Protokoll

der Verhandlungen des Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich

❖❖❖ Abgehalten in Wien ❖❖❖
vom 19. bis 24. Oktober 1917

Preis 3 Kronen

HX
256
S6
1917

Wien 1918
In Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI, Gumpendorferstraße 18 / Druck „Vorwärts", Wien V.

Protokoll

der

Verhandlungen des Parteitages

der

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917.

Wien 1917.

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18. — Druck: „Vorwärts", Wien V.

Tagesordnung:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. **Berichte:**
   a) des Parteivorstandes (Innere Parteitätigkeit, Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht, Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen);
   b) der Kontrolle;
   c) des Klubs der Abgeordneten, Berichterstatter: Karl Seitz.
3. **Stockholm, die Internationale und der Friede.** Berichterstatter: Viktor Adler.
4. **Die Verwirklichung der politischen Demokratie und der nationalen Autonomie.** Berichterstatter: Karl Renner.
5. **Wahl der Parteivertretung.**
6. **Die Forderungen der Arbeiter in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft:**
   a) Volkswirtschaft. Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen;
   b) Das Arbeitsverhältnis. Berichterstatter: Franz Domes;
   c) Volksernährung. Berichterstatter: Matthias Eldersch.
7. **Eventuelles.**

Die Einberufer des Parteitages:

Viktor Adler, Heinrich Beer, Anton David, Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Jakob Reumann, Karl Seitz, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik und Laurenz Widholz aus Wien, Simon Abram (Innsbruck), Ludwig Czech (Brünn), Josef Gruber (Linz), Hans Jokl (Troppau), Vinzenz Muchitsch (Graz), Robert Preußler (Salzburg), Anton Schäfer (Reichenberg) und Josef Seliger (Teplitz).

Büro des Parteitages:

Vorsitzende:

Karl Seitz, Josef Tomschik aus Wien, Ludwig Czech (Brünn).

Schriftführer:

Josef Both (Warnsdorf), August Lindner (Graz), Gabriele Proft und Albert Sever aus Wien.

Mandatprüfungskommission.

Franz Beutel (Aussig), Josef Dametz (Linz), Heinrich Freues (Franzensfeste), Georg Hubmann (St. Veit a. d. Glan), Hermann Leibfried (Dornbirn), Heinrich Leukert (Salzburg), Rudolf Schlager (Leoben), Siegfried Taub (Brünn), Karl Volkert (Wien) und Eduard Zorn (Freiwaldau).

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaat ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußt-

sein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht;

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Organisationsstatut der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Parteitag zu Wien 1912.)

Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet auf Grund des Vorschlages der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt, die Bezirksorganisation, beziehungsweise jene Organisation, die die in diesem Statut sonst für die Bezirksorganisation vorgesehenen Funktionen ausübt.

Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Parteiorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, sind die Zugehörigkeit und die Beitragsleistung zur Parteiorganisation überall nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, eventuell auch Kreis- und in Landesorganisationen.

Die Frauenorganisation ist ein Teil der Gesamtorganisation der Partei und gliedert sich in derselben Weise (§ 22 bis 25 des Statuts).

a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder durch ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

§ 11. Die Statuten der unter a) bis d) angeführten Organisationen dürfen dem Statut der Gesamtpartei und denen der übergeordneten Organisationen nicht widersprechen. Sie sind der übergeordneten Organisation bekanntzugeben. Findet diese derartige Widersprüche, so entscheidet die nächst übergeordnete Organisation, beziehungsweise der Parteitag.

Parteibeitrag.

§ 12. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben.

§ 13. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs-, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenz*).

§ 14. Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 20 Heller betragen.

§ 15. Den Parteibeitrag für weibliche Parteimitglieder setzt die Frauenreichskonferenz fest.

§ 16. Von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder sind zwei Heller für den Monat und das Mitglied von der Reichsparteivertretung dem Frauenreichskomitee zuzuweisen.

§ 17. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Mitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu quittieren. Die Mitgliedskarten und Marken werden von der Reichsparteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 18. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke vom Reichsparteivorstand gegen Erlag des Reichsparteibeitrages (§ 13) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso stufenweise an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlag eines um den jeweiligen Mitgliedsbeitrag dieser Organisationen erhöhten Betrages.

Wahlfonds.

§ 19. Für den getrennt zu verwaltenden Wahlfonds sind obligatorisch Beiträge in der vom Parteitag zu bestimmenden Art und Höhe einzuheben**).

---

*) Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibeitrages beträgt derzeit 3 H. für den Monat und das Mitglied. Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages — Parteibeitrag von 2 H. als für das Mitglied und den Monat — so lange aufrecht, als sie ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können. (Beschluß des Parteitages von Reichenberg, 1909.)

**) Zufolge Beschlusses des Innsbrucker Parteitages 1911 werden derzeit eingehoben:

a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisation 2 H. wöchentlich;

b) von denen aller anderen Organisationen 8 H. monatlich.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern.

Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Wochen- oder Monatsmarke quittiert.

Vertrauenspersonen.

§ 20. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung den Lokalvertrauensmann, beziehungsweise den Lokalausschuß. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Lokal-, des Bezirks- und des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt. Der Obmann gilt als der Vertrauensmann der Organisation. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind dem Reichsparteivorstand sofort mitzuteilen.

Berichte.

§ 21. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni.

Die Bezirksorganisation ist verpflichtet, bis längstens 20. Juli nach einem Fragebogen an den Parteivorstand über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht soll mindestens enthalten: die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation (insbesondere ob er auf Grund eines politischen Vereines erfolgte), über die Häuser- und Straßenorganisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Ebenso haben alljährlich die Kreisorganisationen und die Landesparteivertretungen bis längstens 20. Juli sowie der Klub der deutschen Reichsratsabgeordneten und die Vertreter der Partei in den Landtagen, Gemeindevertretungen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften über ihre Tätigkeit an den Parteivorstand zu berichten.

Frauenorganisation.

§ 22. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenzen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzupassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung durch Beschluß der Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

§ 23. Der Frauenorganisation kommt ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisationen zu.

§ 24. In allen Orten, wo es möglich ist, sind von den weiblichen Parteimitgliedern im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisierung des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind dem Parteisekretariat und dem Frauenreichskomitee mitzuteilen.

§ 25. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die mindestens in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, nach den von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen gewählt.

Bildungswesen.

§ 26. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen zur Durchführung dieser Arbeiten im Einvernehmen mit den anderen Organisationen eigene Bildungsausschüsse eingesetzt werden.

Zur Leitung der Bildungsarbeit wird die von der Reichsparteivertretung eingesetzte Zentralstelle für das Bildungswesen in Wien bestimmt, der alljährlich von allen Bezirksorganisationen ein Bericht über ihre Bildungstätigkeit zu erstatten ist.

Die Parteiorganisationen sind insbesondere auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall soll zu diesem Zweck die Gründung eigener Organisationen gefördert werden.

Desgleichen sollen sich die Parteiorganisationen die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen und alle Bestrebungen auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterstützen.

Parteitag.

§ 27. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen, mit Ausnahme jener Jahre, in denen ein Gesamtparteitag oder ein Internationaler Kongreß stattfindet.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Je zwei Delegierte jeder Bezirks-, Kreis- und Landesorganisation. Bezirke und Kreise, in denen sich Frauenorganisationen befinden, haben jedoch das Recht, außer den männlichen Delegierten auch ein weibliches Parteimitglied zu entsenden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt.

2. Die Mitglieder der Reichsparteivertretung und die Parteisekretäre. (§ 43.)

3. Die Mitglieder des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

4. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitees und je eine Delegierte des Frauenlandeskomitees.

5. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, der Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie der von sozialdemokratischen Reichskonferenzen oder vom Parteitag eingesetzten Körperschaften.

6. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten mit beratender Stimme.

§ 28. Die Mitglieder der Reichsparteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 29. Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 30. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt oder kann der Parteitag aus gewichtigen Gründen in dem bestimmten Ort nicht tagen, so hat die Reichsparteivertretung die Bestimmung vorzunehmen.

§ 31. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vorher durch das Zentralorgan und am gleichen Tage durch die übrigen

Tagesblätter der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

§ 32. Der Parteibericht muß von der Reichsparteivertretung spätestens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

§ 33. Selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie sowie seine eigenen Anträge vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

§ 34. Der Parteitag prüft die Mandate seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Als ständiger Referent des Parteitages gilt, insoweit nicht für einzelne Verhandlungsgegenstände besondere Berichterstatter bestellt sind, der erste, beziehungsweise einer der anderen Parteisekretäre.

§ 35. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Die Beschlußfassung über folgende, vom Parteivorstand zu erstattende Berichte: Kassen- und Wahlfondsbericht; Bericht über das Zentralorgan und alle anderen von der Reichspartei gegründeten literarischen Unternehmungen sowie über deren Geschäftslage; Bericht über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei; Bericht über die politische sowie über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Parteivorstandes und über die parlamentarische Tätigkeit des Klubs der Reichsratsabgeordneten.

2. Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle und Beschlußfassung darüber.

3. Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat.

4. Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.

5. Beschlußfassungen über die Parteiorganisation, deren Statut, über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts können jedoch nur auf einen von der Parteivertretung gestellten oder von einer Organisation bei ihr mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. In jedem Falle sind solche Anträge mindestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntzugeben.

Anträge betreffend die Partei- und Wahlfondsbeiträge sind beim Parteivorstand mindestens sechs Monate vor dem Stattfinden des Parteitages einzubringen und müssen ebenso wie die von ihm in dieser Sache gestellten Anträge mindestens fünf Monate vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntgegeben werden.

Von diesen Vorschriften kann nur durch einen Beschluß, der mit Dreiviertelmehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten gefaßt wird, abgegangen werden.

6. Die Anhörung der Berichte über die im Sinne des § 33 gestellten Anträge und Beschlußfassung darüber.

7. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Der Parteitag faßt seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden. Die Wahlen des Parteivorstandes und der

Kontrolle sind mit Stimmzetteln vorzunehmen. Als gewählt erscheinen diejenigen, deren Stimmenzahl die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel erreicht hat. Haben mehr Personen, als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Insofern die absolute Mehrheit nicht erreicht wird, entscheidet die engere Wahl, wobei diejenigen als gewählt erscheinen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet immer das Los.

Reichsparteivertretung, Vorstand und Kontrolle.

§ 36. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten zwei Mitglieder der Kontrolle und die zehn Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen acht Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

a) Der Reichsparteivorstand.

§ 37. Unmittelbar nach seiner Wahl tritt der Parteivorstand zusammen und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter und den Kassier.

§ 38. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und verwaltet die Parteigelder. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihm hiezu bestellten Organe seine Angestellten und die Angestellten der ihm unterstehenden Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Er ist in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihm zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 39. Der Vorsitzende des Parteivorstandes, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen.

b) Die Reichsparteikontrolle.

§ 40. Die Kontrolle wählt sofort nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer. Sie besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Parteivorstand gemäß § 38 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen den Parteivorstand erhoben werden. Gegen die Entscheidung der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Die Mitglieder der Kontrolle haben aber jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen. Sie sind berechtigt, an allen Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen und haben in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in denen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht.

c) Die Reichsparteivertretung.

§ 41. Die Reichsparteivertretung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Vorsitzenden des Parteivorstandes nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden, beziehungsweise Vorsitzendenstellvertreter des Parteivorstandes.

§ 42. Die Reichsparteivertretung trifft die näheren Bestimmungen über ihre Geschäftsführung sowie über die des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Funktionäre durch eine für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 43. Die Reichsparteivertretung bestimmt die Parteisekretäre, den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans, welche an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen haben.

§ 44. Ueber Beschluß der Reichsparteivertretung können die Vertreter anderer Reichsorganisationen sowie des parlamentarischen Sekretariats an ihren Sitzungen und denen des Parteivorstandes teilnehmen.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 45. Das Ergebnis aller Wahlen sowie die Adresse des Vorsitzenden der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung, beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

Reichskonferenz.

§ 46. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der Reichsparteivertretung und nach den Statuten der Landesorganisationen an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen können.

Parteipresse.

§ 47. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung".

Sie untersteht dem Parteivorstand. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung", von dem wissenschaftlichen Organ der Partei und von allen durch die Reichspartei gegründeten und von ihr erhaltenen Zeitschriften und literarischen Unternehmungen. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung, des Parteivorstandes und der Parteikontrolle sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

§ 48. Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.

Parteiblätter können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen gegründet werden.

Kandidaturen.

§ 49. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Reichsratswahlen durch die Reichskonferenz, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die unter Zuziehung der Landesparteivertretung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation, beziehungsweise einer Vertrauensmännerkonferenz des Wahlbezirkes festgestellt werden. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Reichskonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung. Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und ihren Vorsitzenden wählt. Wenn über dessen Person eine Einigung nicht erfolgt, so bestimmt ihn die Parteikontrolle. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

§ 50. Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die Landtags-, die Bezirks- und Gemeindevertretungen und alle anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden durch die Statuten der Landes- oder der Kreis- und Bezirksorganisationen festgestellt.

Ausschließung aus der Partei.

§ 51. Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 dieses Statuts nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen.

§ 52. Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist beim Parteivorstand einzubringen. Er kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Der Parteivorstand weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichts werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand; er hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

§ 53. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

§ 54. Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen vom Tag der Verständigung durch den Parteivorstand an Schiedsrichter zu ernennen oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb fünf Wochen, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

§ 55. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war. Auf Grund des Gutachtens dieser Organisation sowie derjenigen des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt der Parteivorstand dem Parteitag einen Antrag zur endgültigen Entscheidung.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionsentziehung kann nur durch den Parteivorstand und nach Anhörung derjenigen Organisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt, respektive der Beschluß gefaßt wurde.

Ausschließung aus einer Organisation.

§ 56. Beschließt eine Parteiorganisation die Ausschließung eines Mitgliedes aus ihrem Verband, so ist der Betreffende dadurch nicht auch aus der Partei ausgeschlossen. Es steht ihm überdies die Berufung an die übergeordnete Organisation zu, die den Fall einem endgültig entscheidenden Schiedsgericht zu überweisen hat.

Streichung aus den Mitgliedslisten.

§ 57. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ 58. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

Das Schiedsgericht.

§ 59. Zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen sowie zur Entscheidung über ehrenrührige Vorwürfe gegen ein Parteimitglied kann jede Bezirksorganisation auf Verlangen ein Schiedsgericht, beziehungsweise ein Ehrengericht einsetzen, das aus mindestens vier Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht. Die näheren Bestimmungen trifft das Organisationsstatut der Bezirksorganisation.

In besonderen Fällen kann auch der Parteivorstand und ebenso die Landes- oder Kreisparteivertretung die Einsetzung eines solchen Schieds- oder Ehrengerichtes veranlassen.

Gegen die Entscheidungen eines nach den Bestimmungen des § 59 eingesetzten Schieds- oder Ehrengerichtes ist eine Berufung nicht statthaft.

Bericht

der Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs an den Parteitag in Wien 1917.

In die arbeitsreichen Tage der Vorarbeiten zum Internationalen sozialistischen Kongreß, den wir mit Freude und Stolz in Wien empfangen wollten, brachen die sich überstürzenden Ereignisse des denkwürdigen Juli 1914. In wenigen Stunden hatte die Welt ihr Antlitz verändert: Völkerhaß und Kriegsrausch brandeten jäh auf und überfluteten alle Dämme.

Am 24. Juli, dem Tage nach der Ueberreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien, wandte sich der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft, der zum Teil konfisziert wurde (Siehe „Arbeiter-Zeitung" vom 25. Juli 1914):

„Wir sind überzeugt, daß für alles, was Oesterreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und immer noch wäre, und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klasse, erklären es als die Vertreter der deutschen Arbeiter in Oesterreich, **daß wir für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen,** daß wir für ihn und für alles, was ihm an furchtbar ernsten Folgen entsprießen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, ersonnen, unterstützt und gefördert haben!

Zu dieser Feststellung und Erklärung sind wir um so mehr verpflichtet und gedrängt, als die Völker in Oesterreich seit vielen Monaten ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt sind und der Tribüne entbehren, von der aus sie ihren Willen künden könnten.

Angesichts der Gefahr eines Krieges, der von allen Angehörigen des Staates die volle Hingabe von Gut und Blut in Anspruch nimmt, erscheint die planmäßige Vergewaltigung des Volkswillens, wie sie in der Ausschaltung des Parlaments liegt, um so erbitternder und aufreizender! Wie, es sollte nicht jeden aufrechten Mann in diesem Staate erregen, daß sich selbst in diesem Schicksalsaugenblick, da uns ein Ringen auf Tod und Leben droht — denn wer kann es ermessen, was dem Kriege mit Serbien noch alles nachfolgt! —, der Absolutismus einer volksfremden Bürokratenregierung breitmachen darf und alles unterlassen wird, was die Völker in Oesterreich einander näher bringen und ihnen die Möglichkeit gemeinsamer, schöpferischer Arbeit im Dienste des Volkswohles bieten könnte!...."

„...Wir protestieren gegen ein Regierungssystem, das keine Achtung vor den grundsätzlich verbürgten Rechten des Volkes hat; wir protestieren gegen eine Regierungstätigkeit, die die Nationen mit Unmut, das Volk mit Verzweiflung er-

füllt! Mit dem stärksten Nachdruck erheben wir die Forderung, daß auch dem Volke gegeben werde, was dem Volke gehört, daß die verfassungswidrige, staatsverwüstende und volksschädliche Herrschaft der Regierung Stürgkh, die Gesetz und Verfassung zu Boden tritt, ein Ende nehme!"

Noch einmal, zum letztenmal, mahnte die Sozialdemokratie zum Frieden, rief sie den Machthabern zu, daß es ihre Pflicht sei, den Frieden, das kostbarste Gut der Menschen, zu bewahren. Aber ihre Stimme verhallte ungehört und die Kraft der Partei erwies sich als zu schwach, das Unheil zu wenden. Zwei Tage nach diesem letzten Mahnruf krachten an der Save die ersten Kanonenschüsse. Der Weltkrieg hatte begonnen.

In einem Aufruf an die Parteigenossen am 28. Juli 1914 sagte die Parteivertretung:

Arbeiter und Arbeiterinnen! Parteigenossen!

Die Völker Oesterreichs stehen an der Quelle gewaltiger Ereignisse. Oesterreich steht vor dem Beginn eines Krieges mit aller seiner Gewalt. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich hat seit sechs Jahren vor dieser furchtbaren Gefahr gewarnt. Sie hat seit sechs Jahren alles, was in ihren Kräften stand, getan, um den Völkern das große Gut des Friedens zu erhalten. Heute sehen wir, daß die Kräfte, die zum Kriege drängten, stärker waren als wir.

In diesem Augenblick gilt unser erster Gruß unseren Soldaten, unser heißester Wunsch den Arbeitern, die zur Fahne berufen sind. Noch hoffen wir, daß das Schlimmste ihnen erspart bleiben wird. Mit der ganzen Leidenschaft unserer Herzen wünschen wir ihnen, daß es ihnen beschieden sein möge, bald und unversehrt in unsere Mitte zurückzukehren, zurückzukehren in unsere Reihen: zu dem Kampfe der Arbeiterklasse um ihre Befreiung.

Unser zweites Wort aber gilt euch, Genossen und Genossinnen, die ihr im bürgerlichen Leben geblieben seid.

Die Geschichte lehrt, daß kriegerischen Ereignissen immer große Veränderungen im inneren Leben der Staaten und Völker folgen. Der Krieg wird ein neues Oesterreich schaffen. Er wird unsere Kampfbedingungen wesentlich verändern. Gerüstet zu sein und gerüstet zu bleiben für die Zeit nach dem Krieg ist heute unsere wichtigste Aufgabe.

Darum ist es eure Pflicht in dieser Stunde, unsere Organisationen aufrechtzuerhalten. Die Zerstörung unserer Organisationen würde uns nach dem Kriege der Uebermacht unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner ausliefern. Wohl setzt der Ausnahmszustand, den die Regierung über ganz Oesterreich verhängt hat, unserer Tätigkeit enge Grenzen. Aber unser Vereinsleben wird, sofern es sich an die durch den Ausnahmszustand eingetretenen gesetzlichen Bestimmungen hält, durch ihn keineswegs berührt. Unsere Vereine müssen in Wirksamkeit bleiben. Die Vertrauensmänner müssen ihre normale Tätigkeit fortsetzen. Wo ein Vertrauensmann einberufen ist, muß sofort ein Ersatzmann für ihn gestellt werden. Alles, was den Behörden einen begründeten Anlaß oder Vorwand zur Unterdrückung oder Behelligung unserer Organisationen geben könnte, ist zu vermeiden. Die auf Grund des Ausnahmszustandes erlassenen behördlichen Verfügungen, insbesondere die Verfügung über die Anmeldung von Vereinsversammlungen, sind sorgfältig zu beachten. Die Genossen sind zu ermahnen, daß sie jedes unvorsichtige Wort, das schwere Opfer kosten könnte, vermeiden und sich vor Naderern und Spitzeln hüten.

Eine besonders schwere Aufgabe ist unserer Presse gestellt. Der Ausnahmszustand setzt der freimütigen Kritik, die sie sonst zu üben gewohnt ist, sehr enge Schranken. Desto wichtiger ist es, daß unsere Genossen treu zu unserer Presse stehen, damit dieses wichtige Werkzeug täglicher Verbindung zwischen uns unversehrt bleibe.

Genossen und Genossinnen! In guten Zeiten ist es leicht, zu unserer Sache zu stehen. Erst in schweren Zeiten offenbart sich unsere innere Kraft. Da muß sich unsere Treue, unsere Opferwilligkeit bewähren. Zeigt, daß es auch in unseren Reihen keine Fahnenflucht gibt! Daß auch die Männer des Klassenkampfes bis zum letzten Atemzug zu ihren Fahnen stehen!

Eine besondere Mahnung gilt unseren Vertrauensmännern. Von ihrer Einsicht, ihrer Klugheit, ihrer Männlichkeit, ihrer Beharrlichkeit hängt jetzt die weitere Entwicklung der Arbeiterklasse ab.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Laßt euch nicht entmutigen! Bleibt treu eurer Sache, treu der Sache des arbeitenden Volkes! Dann werden wir nach dem Kriege stark genug sein, dafür zu sorgen, daß das neue Oesterreich, das aus den weltgeschichtlichen Ereignissen des Augenblickes erwachsen soll, werde, was es sein soll: eine Heimstätte freier Völker, ein fruchtbarer Boden für die befreiende Arbeit des Proletariats! Hoch die Sozialdemokratie!

Dem Kriegsausbruch war eine allgemeine Verwirrung gefolgt. Das ganze wirtschaftliche Leben geriet ins Stocken. Zehntausende unserer Parteigenossen mußten sofort einrücken. Tausende andere wurden arbeitslos. Der Ausnahmszustand knebelte unsere Organisationen und machte vorerst jede Vereins- und Versammlungstätigkeit unmöglich. Die Zensur hielt unsere Presse nieder.

Zusammenbruch aller Werte und Errungenschaften der Friedenszeit, das war das Gepräge der ersten Kriegsmonate. Es war aber nicht allein ein Zusammenbruch der Volkswirtschaft und unserer Verfassung sowie eine Erschütterung vieler proletarischer Organisationen, sondern auch ein geistiger Zusammenbruch. Eine wilde Kriegsleidenschaft riß alle Völker mit fort und erstickte jeden Versuch besonnener Zurückhaltung.

Geschürt von einer gewissenlosen Presse, gepeitscht durch die Mache der Regierungsmänner, geriet die Oeffentlichkeit aller kriegführenden Länder in ein Fieber, das nicht allein die herrschenden Klassen, sondern selbst viele Kreise des Proletariats ergriff. In Oesterreich, dem Lande der hadernden Nationen, war das chauvinistische Fieber wohl weniger stark als anderwärts, aber es hat auch hier nicht gefehlt, ja zeitweise eine viel größere Kraft gewonnen, als man vor dem Kriege vermuten konnte.

Die Verwirrung und der Zusammenbruch, die den ersten Kriegsmonaten das Gepräge gaben, bestimmten die Notwendigkeiten unseres Schaffens. Unsere vornehmste Aufgabe war, das Proletariat vor dem Kriegsrausch, soviel als in unseren Kräften stand, zu bewahren. Wohl kam es da und dort auch in unseren Reihen zu Entgleisungen, aber im großen und ganzen behauptete die klassenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs ihre vom Anfang an eingenommene Haltung, die dahinging, die Verantwortung für diesen Krieg abzulehnen und die Herrschenden für ihn verantwortlich zu machen.

Die Ablehnung der Kriegsverantwortung hinderte natürlich nicht, daß sich die Partei sofort und mit allem Nachdruck der Opfer des Krieges annahm. Wir versuchten, dem Arbeitslosenelend zu steuern, die Interessen der Schanzarbeiter zu wahren, die Rechte der Arbeiter in der Kriegsindustrie zu sichern, in den Fragen des Unterhaltsbeitrages für die notleidenden Familien der Eingerückten zu wirken und vor allem in der Bekämpfung der furchtbaren Teuerung eine öffentliche Lebensmittelvorsorge zu erreichen, die das Volk vor den Wucherern und Kriegsgewinnern schützen sollte. Am 21. Oktober 1914 legte der Parteivorstand dem Ministerpräsidenten seine Forderungen vor und hat sodann während der ganzen Kriegszeit im Einvernehmen mit allen Zweigen der Arbeiterbewegung zur rechten Stunde die Forderungen der Arbeiterklasse vertreten.

Die absolutistische Regierung suchte zunächst jegliche Kritik zu unterdrücken. Wir durften kein Mittel unversucht lassen, um unsere Stimme zur Geltung zu bringen. Darum traten unsere Genossinnen und Genossen in all die vielen Körperschaften ein, die nach Kriegsausbruch gebildet wurden, um teils Fürsorgezwecke zu erfüllen, teils als Beiräte und Kommissionen die Meinung der Bevölkerung auf verschiedenen Gebieten zum Ausdruck zu bringen. In der Parteipresse und in zahlreichen Denkschriften

des Parteivorstandes, einzelner Landesorganisationen und anderer Körperschaften sind immer wieder die Forderungen der Arbeiterschaft erhoben worden. Was da an Arbeit geleistet wurde, welche Fülle von Anregungen von unseren Vertretern und Vertreterinnen ausging, wie sich die Ordnung der Dinge gestaltet hat, welches Maß von Sünden die Regierung häufte, ist bereits geschildert worden.

Man vergleiche hierüber: Robert Danneberg, Die Sozialdemokratie im Kriege (enthalten im „Arbeiter-Kalender" 1916); Robert Danneberg, Die Sozialdemokratie im zweiten Kriegsjahr (enthalten im „Arbeiter-Kalender" 1917 und auch als Broschüre erschienen, Preis 30 H.); Politik und Volkswirtschaft im dritten Kriegsjahr (Preis 60 H.); Krieg und Absolutismus, Friede und Recht, zwei Parlamentsreden von Seitz und Renner (Preis 30 H.); Tätigkeitsbericht des Klubs unserer Abgeordneten für die Zeit vom Mai 1911 bis Juli 1917.

Für das Jahr vor dem Kriege vergleiche man den Tätigkeitsbericht des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten (Zwölfte Legislaturperiode, viertes Heft; Preis 30 H.).

Unter den schwersten Bedingungen hat die Partei in den Kriegsjahren ihre Pflicht getan. Denn in Oesterreich herrschte eine Regierung, die ihresgleichen nirgends gefunden hat.

Das System Stürgkh.

Schon vor dem Weltkrieg hatte sich der Absolutismus in der inneren Politik häuslich niedergelassen und alle Scham abgelegt. Das Abgeordnetenhaus hatte im Jahre 1913 große und schwere Leistungen vollbracht und den Beweis seiner Arbeitsfähigkeit voll geliefert. Es hatte die Dienstpragmatik der Beamten, die den österreichischen Reichsrat ein Menschenalter beschäftigt hatte und deren Schwierigkeiten durch die Entfaltung des Organisationsgedankens unter den Beamten noch gewachsen waren, in einem Zuge bewältigt; es hatte auch die Wehrreform, die ja auch zehn Jahre lang warten mußte, es hatte auch die Militärstrafprozeßordnung zuwege gebracht; es war schließlich mit der großen Steuerreform fertig geworden — wohl ausreichende Beweise, daß seine Fähigkeit zur Arbeit nicht zu bezweifeln gewesen ist. Nun hatte sich aus der politischen Lage, die durch die Auflösung des böhmischen Landtages und Beseitigung der autonomen Landesverwaltung entstanden war, ein Konflikt entwickelt, der sich, wie damals schon der Brauch war, in einer Obstruktion im Abgeordnetenhause entlud. Es wäre damals nicht nur möglich gewesen, den Streit zwischen Deutschen und Tschechen aufzulösen; die Lösung bot sich geradezu als nicht zu verfehlend dar. Beide Teile hatten Forderungen an den neuen Landtag: die Forderung der Deutschen war, daß die nationale Autonomie für sie im Landtag beschlossen werde; die der Tschechen war, daß sein Arbeiten fortan von den Deutschen durch Obstruktion nicht gestört werde. Beide Forderungen setzten also voraus und bedingten, daß der neue Landtag herbeigeschafft werde, daß die Neuwahlen für ihn ausgeschrieben werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausschreibung der Neuwahlen für den böhmischen Landtag ausgereicht hätte, die tschechische Obstruktion im Abgeordnetenhause zu bannen; mehr als dies, daß sie ein wichtiger und wertvoller Schritt zur Annäherung der beiden Teile, eine Anbahnung der Lösung der böhmischen Streitfragen geworden wäre. Davon nicht zu sprechen, daß die Ausschreibung der Neuwahlen, um von dem großen Lande die Schande der Landesverwaltungskommissien zu nehmen, die Pflicht der Regierung war.

Graf Stürgkh hat nun nicht nur nichts getan, um diese klare und leichte Lösung herbeizuführen; er hat in den damaligen Verhandlungen, die

in der auf Initiative unserer Fraktion einberufenen Obmännerkonferenz angehoben hatten, jedem Vorschlag die böswilligste Obstruktion entgegengesetzt. Es wäre seine Aufgabe gewesen, die beiden Teile für jenen Lösungsvorschlag zu gewinnen, und das hätte bestimmt gelingen müssen, da er doch dem Anspruch keines Teiles entgegengestanden ist. Statt dessen war es sein Bestreben, jeden Teil auf seinen einseitigen Standpunkt geradezu anzunageln, die Kluft zwischen beiden zu erweitern, eine Vereinbarung unter allen Umständen zu verhindern. Man muß die Ereignisse jener Zeit fest ins Auge fassen, denn sie sind der Schlüssel aller nachkommenden Dinge: sie beweisen nämlich mit unzweideutiger Gewißheit, daß das Abgeordnetenhaus nicht etwa heimgeschickt wurde, weil es arbeitsunfähig geworden sei, sondern daß der bewußte Vorsatz gewaltet hat, sich des Reichsrates in einem bestimmten Augenblick zu entledigen. Die Intimität, die den Grafen Stürgkh damals und darnach mit den tschechischen Obstruktionisten verband, obwohl er sie doch als die Vernichter des Parlaments und dadurch als Schädiger des Staates hätte hassen müssen, die macht es sogar sehr wahrscheinlich, daß sich der Graf Stürgkh die tschechische Obstruktion bestellt hatte, um, mit ihr ausgerüstet, den längst gefaßten Plan, den Reichsrat aus dem Wege zu räumen, ausführen zu können.

Zensur!

und der Bestand eines aufrechten österreichischen Parlaments hätte sich für den Krieg als ein Hindernis herausstellen können. Also entstand der Plan, sich des Reichsrates zu entledigen, und Graf Stürgkh war der Vollstrecker dieses Planes. Halten wir fest: Die Regierung Stürgkh hat den Reichsrat im März nicht wegen seiner „Arbeitsunfähigkeit" heimgeschickt, sondern mit dem besten Vorsatz, den Reichsrat dauernd zu beseitigen, die Verfassung schlechthin aus den Angeln zu heben, dem Absolutismus Tür und Tor angelweit zu öffnen.

Der Absolutismus ließ auch sofort alle Bedenken fallen und begann sein Regiment alsogleich mit der größten Schamlosigkeit. Er beschied sich nicht mit jenen kleinen Verfassungssünden, wie es etwa das Budgetprovisorium ist, sondern schon seine ersten Taten waren die Erhöhung des Rekrutenkontingents mit dem § 14, eine Anleihe von vierhundert Millionen — damals in der Vorkriegszeit noch eine Riesensumme — mit dem § 14; alles Dinge, die zeigen sollten und zeigten, daß er sich keine Schranken aufzuerlegen gedenke. Auch das Verordnen von allerlei (allerdings recht zweifelhaften) sozialen Dingen hatte den Zweck, offenbar zu machen, daß an eine Wiederkehr verfassungsmäßiger Zustände nicht gedacht wird, daß der § 14 Regent geworden ist. Und nun der Krieg ausbrach, entfaltete sich die §-14-Wirtschaft zur niederträchtigsten Tyrannei. Die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger wurden auf der ganzen Linie suspendiert; das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigt, die Geschwornengerichte aufgehoben, die Kriegsgerichte installiert — dies alles unter schmählicher Verletzung der Gesetze. Es kann nicht die Aufgabe dieses Berichtes sein, diese ganze traurige Stürgkh-Zeit im Kriege ausführlich zu schildern; das übersteigt die Kraft selbst eines Geschichtschreibers, und überdies ist die Schmach dieser drei Jahre in das Bewußtsein der Zeitgenossen so tief eingehämmert, daß gegenüber der brennenden Empfindung jede Schilderung verblassen müßte. Noch nie sind mündige Völker von einer Regierung derart tyrannisiert, knjoniert worden, wie die Völker Oester-

reichs von dieser Regierung Stürgkh. Noch nie ist in einem Staat so schamlos gehaust worden, wie in Oesterreich unter Stürgkh. Schon die Tatsache, daß in jedem der kriegführenden Länder, ohne Ausnahme, das Parlament sofort einberufen wurde, in Oesterreich es aber geradezu als Hochverrat behandelt wurde, vom Parlament auch nur zu sprechen, schon dies sagt genug. Kein Wort war mehr möglich in diesem Oesterreich: weder im Reichsrat noch in den Landtagen, noch in den Gemeindestuben; sie alle wurden zum Schweigen verurteilt. Die Tätigkeit der Vereine unterbunden, Versammlungen grundsätzlich verboten, und die Presse schamlos geknebelt: das war der politische Zustand Oesterreichs, während der Staat an die Bürger immer nur noch stärkere Anforderungen stellte. Ueber das ganze Land breitete sich eine Kirchhofsruhe, in der alle Seufzer des Unmutes verhallten. Dabei war dieses absolutistische System auch jeder Schöpferkraft bar, unfähig, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch nur zu erkennen, untüchtig, sie zu erfüllen. Die Korruption wucherte schamlos empor und alle die Erscheinungen, die darnach den Absichen der Oeffentlichkeit erregten, haben ihre letzte Wurzel in dem System Stürgkh. Jene Parasiten der Wirtschaft, wie sie zum Beispiel der Prozeß Krantz vorführte, waren mit dem Grafen Stürgkh innig verbunden; das Täuschungs- und Vertuschungsregime war für sie alle der fruchtbarste Nährboden. Es hat keinen Lumpen gegeben, der damals, durch Beziehungen fragwürdigster Art, zur Regierung nicht gekommen, nicht Schutz bei ihr gefunden hätte. Man wird in der Geschichte der modernen Völker um Jahrzehnte zurückgehen müssen, um eine Regierung von der Gewissenlosigkeit zu finden, wie sie die Regierung Stürgkh repräsentierte und alles, was nun als schier unlösliche Wirren vor uns liegt, ist die Frucht ihrer Verderbnis.

Auch nachträglich zwingt die Tatsache dieser Regierung zu der Frage, wie es möglich war, daß sie sich behauptete, wie es nur sein konnte, daß sie die Völker ertrugen. Denn, wohlgemerkt, die Regierung Stürgkh hatte keinen Sinn und Zweck. Wohl werden wir in der Geschichte auch Regierungen antreffen, die tyrannisch waren und sich verhaßt machten; aber wir finden immer, daß sie von irgendeinem Gesichtspunkte eine Notwendigkeit waren, durch irgendwelche Tatsachen bedingt waren. Von all dem ist in der Regierung Stürgkh keine Spur zu finden, und alle die Uebel, die von ihr, gleich einem Pesthauch ausgingen, hatten nur einen Zweck: den Grafen Stürgkh sicher am Ruder zu erhalten. Er hielt sich für eine Staatsnotwendigkeit, für die erste und wichtigste, und nichts im Staate erschien ihm von Bedeutung gegenüber der Hauptsache, daß er nämlich Minister bleibe. Insbesondere die Knebelung der Presse, neben dem Verfassungsbruch die größte Niederträchtigkeit dieses Regierens und gleichzeitig sein getreuester Ausdruck, hatte vor allem den Zweck, die Kritik von Stürgkh abzuhalten; die angebliche Rücksicht auf die Kriegsnotwendigkeiten stand dagegen weit zurück. Worauf beruhte nun die Gewalt dieser Regierung, die unerschütterlich schien und doch mit nichts im Volke wurzelte? Das war nicht die Macht des Häuptlings einer Partei, der über die Mehrheit im Parlament gebietet wie etwa Tisza; noch weniger die Macht einer anziehenden oder verführerischen Persönlichkeit, auch nicht die Macht eines erfolgreichen Staatsmannes: an all dies ist hier nicht zu denken. Stürgkhs Herrschaft beruhte, wie man weiß, ausschließlich darauf, daß ihn die Krone nicht fallen ließ, und seine Macht bestand darin, daß er von dem alten Kaiser mit Listen aller Art die Wahrheit über die Lage im Reich, über die Stimmung der Bevölkerung, über den angehäuften Groll fernhielt. Und weil es sich nun um Dinge handelte, die der Einwirkung von außen unzugänglich sind, bemächtigte sich allmählich der gesamten politischen Welt ein Gefühl der Verzweiflung. Es gab keinen Menschen, der die Fort-

dauer der Stürgkhschen Regierung nicht als Unglück betrachtet hätte. Die Herrenhäusler hielten Beratung um Beratung, wie seine Entfernung bewerkstelligt werden könnte. Durch das Volk ging ein wahres Zähneknirschen, Erbitterung und Empörung lebten im Volke. Graf Stürgkh aber ließ gemütlich seine Polizisten, seine Zensoren walten. Für den 22. Oktober war vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses und den Professoren des Staatsrechtes an der Wiener Universität eine Versammlung in Wien einberufen, die die Forderung nach Einberufung des Reichsrates aussprechen sollte. Graf Stürgkh ließ sie am 20. Oktober verbieten, damit ein Gleichnis setzend, welcher Verstocktheit er fähig ist. Der Bürokrat im Ministerstuhl forderte das gesamte Volk heraus.

Nun geschah an dem Samstag des 21. Oktober 1916, was uns damals so unerhört erschien, was wir aber, nachdem uns der Seelenzustand des Täters offenbar geworden ist, und da wir das aufgetürmte Unrecht der Stürgkhschen Regierung rückschauend erst mit aller Klarheit erkennen, nun völlig verstehen: Friedrich Adler erhob sich und tötete den Grafen Stürgkh. Wir haben die erschütternde, die aufwühlende Rede gehört, die Friedrich Adler der Welt, die so gröblich unter dem Maße seiner sittlich-edlen Vorstellungen geblieben ist, ins Antlitz schleuderte, und wir wissen, wie sich der Gedanke, sein Leben hinzugeben, um die ins Unrecht des Krieges versunkene Menschheit aufzurütteln, seines Gehirnes mit alles ausschließender Gewalt bemächtigte. Wir haben die Tat reifen gesehen in seinem Bewußtsein; wir sahen, wie jedes neue Unrecht, das von dieser Regierung ausging, den Vorsatz stärkte; wir erschauten es, was wir zu erblicken nie gewähnt hatten, wie dieser reine, edle, gedankenvolle Mensch, der in jedem Menschen tief das Menschliche erkannte und mit Inbrunst es liebte, dem das Blutvergießen als die empörendste Verletzung des Geistigen und Sittlichen in uns erschien, wie er, der den Mord haßte, dazu getrieben ward, Blut zu vergießen. In die verschlungenen Pfade dieser Seele einzudringen, die so einfach ist und so verästelt, dieses Bewußtsein zu analysieren, das so schnurgerade denkt und so widerspruchsvoll scheint, ist nicht die Aufgabe dieses Berichtes. Wohl aber haben wir das Recht, auch an dieser Stelle zu sagen, daß wir tief davon durchdrungen sind, daß Friedrich Adler die Tat, die so ganz aus dem Gedankenkreis der Sozialdemokratie zu fallen scheint und die auch all dem widerspricht, dessen begeisterter Künder Genosse Friedrich Adler alle Zeit gewesen ist, daß er auch diese Tat, in der in geheimnisvoller Urkraft der Drang nach Hingabe seines Wesens weht, getan hat aus heißester Liebe zu den Geknechteten, aus der tiefsten Verknüpfung mit der Partei, die er damit zur Selbstbesinnung führen, zur Einkehr und Umkehr mahnen wollte. Als ein Märtyrer der Idee wird sein Name, sein Wesen allen Zeiten widerstehen.

Wir haben nun den Parteigenossen zu berichten, wie es um das Prozeßverfahren wider Friedrich Adler steht. Er ist angeklagt worden vor einem Ausnahmssenat und von diesem ist am 19. Mai 1917 das Todesurteil über ihn verhängt worden. Die Nichtigkeitsbeschwerde ist vom Obersten Gerichts- als Kassationshof zurückgewiesen worden, das Urteil ist in Rechtskraft erwachsen. Der Kaiser hat dem Verurteilten die Todesstrafe nachgesehen und der Oberste Gerichtshof hat über ihn die Strafe des schweren Kerkers von 18 Jahren verhängt. Das ist, formell betrachtet, die Rechtslage. Das Ausnahmsgericht war jedoch nicht zuständig. Nach dem sich in aller Zweifellosigkeit kundgebenden Rechte hatten über die Schuld dieses Angeklagten Geschworne zu entscheiden. Die Suspension der Geschwornengerichte ist widerrechtlich und verfassungswidrig durch eine §-14-Verordnung erfolgt; über den Grad der Verfassungsverletzung, die

mit einer §-14-Verordnung verübt wird, die die Geltung eines Staatsgrundgesetzes antastet, steht das Urteil unverbrüchlich und unverrückbar fest. Bekräftigt ist es durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der §-14-Verordnung die Genehmigung zu versagen. Mit dem Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 7. Juli 1917 ist die Verordnung sofort und unmittelbar außer Kraft getreten. Leider ist es dem Nichtgenehmigungsbeschluß des Abgeordnetenhauses versagt, die Vernichtung der „provisorischen Gesetzeskraft" in die Vergangenheit, also vom Ursprung der Verfassungswidrigkeit an, zu vollziehen. Dieser Beschluß hat also auf die Rechtslage keinen Einfluß zu üben vermocht. Nun ist folgendes eingetreten: Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Abänderung des Gesetzes über die Bildung der Geschwornenlisten bezweckt, daneben aber die Lücke, die durch die Beseitigung der §-14-Verordnung über die Suspension der Geschwornengerichte eintritt, ausfüllen soll. Die Regierung hatte es allerdings so gemeint, daß die §-14-Verordnung nicht aufgehoben werden soll, wenn das die Lücke ausfüllende Gesetz in Kraft tritt; da aber das Abgeordnetenhaus standhaft blieb und die §-14-Verordnung vorweg und alsogleich aufhob, ist jene Lücke noch fühlbarer geworden. Das Abgeordnetenhaus hat nun in jenen Gesetzentwurf die Bestimmung eingetragen — es ist der Artikel IV des Entwurfes — daß alle Straffachen, die vor die Geschwornen gehören, aber vor den Ausnahmssenaten entschieden wurden, wenn sie am 7. Juli 1917 (dem Tage der Aufhebung der §-14-Verordnung) noch nicht rechtskräftig entschieden waren, in den Stand der Voruntersuchung geleitet werden sollen. Auf den Fall Friedrich Adler angewendet: wenn dieser Beschluß des Abgeordnetenhauses Gesetz wird, so ist das Urteil des Ausnahmssenats aufgehoben und das Verfahren hebt von neuem an, das heißt, Friedrich Adler ist vor einem Geschwornengericht anzuklagen und dieses hat über seine Schuld zu urteilen. Daran ändert sich auch nichts, daß das Urteil des Ausnahmsgerichtes inzwischen vom Obersten Gerichtshof bestätigt, also „rechtskräftig" geworden ist. Es bleibt doch so, daß es am 7. Juli 1917 nicht rechtskräftig war und im Falle der Gesetzwerdung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vor ein Geschwornengericht gelangen muß.

Die Gesetzwerdung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, eines Beschlusses, für den Recht, Moral und Gesetz gleichermaßen streiten, steht aber noch im Zweifel. Das Herrenhaus hat dem Beschluß die Zustimmung versagt und den Artikel IV gestrichen. Das Abgeordnetenhaus hat aber am 25. September 1917 seinen ursprünglichen Beschluß einmütig wieder hergestellt. Die Sache ist nun wieder ins Herrenhaus gelangt, dessen zweiter Beschluß im Augenblick noch ausständig ist. Wir beschränken uns hier auf die Darlegung der Tatsache und fügen nur eines bei: Die Verweigerung des ordentlichen Gerichtes für Friedrich Adler ist in Wahrheit ein Ausnahmsgericht gegen Friedrich Adler. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, dieser Rechtsverweigerung den schärfsten Widerspruch entgegenzusetzen und würde es nicht hinnehmen, daß diesem Täter, durch dessen blutige Tat die sittlichen Motive leuchten, das Recht, das das Gesetz allen Verbrechern verbürgt, geweigert würde.

Die Reichskonferenzen.

Um eine Diskussion über die Haltung der Partei im Kriege zu ermöglichen, die Forderungen der Partei gegenüber der Regierung zu formulieren und ihnen den nötigen Nachdruck zu geben, hat die Parteivertretung dreimal Reichskonferenzen nach Wien einberufen, da die Abhaltung eines öffentlichen Parteitages nicht möglich war. Die erste tagte

am 15. und 16. Mai 1915, und war gemäß § 46 des Organisationsstatuts unter Zuziehung der Redakteure beschickt. Die zweite wurde vom 25. bis 28. März 1916, die dritte vom 2. bis 4. November 1916 abgehalten. Die beiden letzten Konferenzen waren auf Grund der Bestimmungen zusammengesetzt, welche für die Einberufung von Parteitagen gelten. Die Beschlüsse der drei Konferenzen und die abgelehnten Anträge der Opposition auf der zweiten Konferenz sind im Anhang abgedruckt. Ueber die erste Konferenz ist ein Bericht nicht veröffentlicht worden. Ueber die zweite Konferenz ist einer um 8. April 1916 mit nicht weniger als 14 weißen Flecken in der „Arbeiter-Zeitung" erschienen. Ueber die dritte Konferenz hat die „Arbeiter Zeitung" in den Nummern vom 9., 11. und 16. November 1916 berichtet. Der zweiten Reichskonferenz folgte ein von etwa 1000 Vertrauensmännern der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung besuchter Arbeitertag, der am 5. November 1916 im Arbeiterheim Favoriten abgehalten wurde und sich mit dem Arbeiterrecht im Kriege sowie mit den Ernährungsfragen beschäftigte. Die Vertreter fast aller Ministerien haben ihm beigewohnt. Das Verhandlungsprotokoll ist der Regierung als Denkschrift überreicht worden. Ueber den Verlauf des Arbeitertages hat die „Arbeiter-Zeitung" am 6., 7. und 8. November 1916 berichtet.

Die Beziehungen zu den Bruderparteien und zur Internationale. Der Kampf für den Frieden.

Die österreichische Internationale ist während des Krieges nicht zu neuem Leben erwacht. Ja die Entfremdung der sozialistischen Parteien unseres Landes ist größer als zuvor. Im Jänner 1916 ist die polnische Sozialdemokratie, ohne sich mit der Gesamtexekutive darüber auseinanderzusetzen, dem Polenklub beigetreten. Auf der Reichskonferenz im März 1916 erklärte darum Genosse Adler im Namen des Parteivorstandes, daß sich die polnische Sozialdemokratie durch diesen Schritt selbst aus jedem organisatorischen Zusammenhang mit der österreichischen Sozialdemokratie ausgeschlossen habe. Die tschechischen Separatisten sind dem am 18. November 1916 gegründeten Tschechischen Nationalausschuß und dem Tschechischen Verband aller Reichsratsabgeordneten beigetreten. Sie haben seither heftige Krisen innerhalb ihrer Partei, in der es eine nationalistische und eine sozialistische Opposition gibt. Wir haben als deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich unseren eigenen Weg gehen und den Versuch unternehmen müssen, die Verbindung mit der Internationale aufrechtzuerhalten. Mit der Deutschen Sozialdemokratie fanden mehrmals Beratungen statt. Ueber die erste wurde folgender Bericht ausgegeben:

Die Vertreter der Sozialdemokratie Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns haben am 12. und 13. April 1915 eine Aussprache gehabt, bei der sich volle Uebereinstimmung ihrer Auffassung ergab.

Trotz der langen Dauer des Krieges sind die Völker in allen Ländern unbeugsam entschlossen, mit aller Kraft ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Aber der Krieg — unerhört in Ausdehnung, Heftigkeit und Dauer — hat über die Menschheit überall entsetzliches Elend gebracht, Millionen von Leben vernichtet, unermeßliche, durch die Arbeit von Generationen aufgehäufte Kulturgüter zerstört. In verhängnisvoller Weise hat sich die Voraussage unserer bewährtesten Kenner der Wirtschaft und Geschichte auf allen internationalen sozialistischen Kongressen nunmehr bewahrheitet, daß das fortgesetzte Wettrüsten zu einer Weltkatastrophe führen werde. Am meisten leidet überall naturgemäß das Proletariat, insbesondere auch unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges. So

muß, in gleicher Weise in allen Ländern, nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in den neutralen, die Sehnsucht nach Beendigung des Krieges und nach dem Frieden anwachsen. Insbesondere wird beim Herannahen des Maitages der Gedanke an die Solidarität aller Völker lebendiger als je die Herzen der klassenbewußten Arbeiter aller Länder erfüllen.

Die sozialdemokratischen Parteien, die von jeher und ihrem Wesen nach für die Verbrüderung der Völker wirken, sind die berufenen Verkünder der Friedenssehnsucht. Diese entspringt dem Willen und der Kraft der Selbstbehauptung, nicht etwa dem Gefühl der Schwäche. Daraus aber folgt mit Notwendigkeit, daß nur ein Friede möglich ist, der kein Volk demütigt, daß nur ein solcher Friede das dauernde Zusammenarbeiten aller Kulturvölker gewährleisten kann.

Die bei der Zusammenkunft vertretenen Parteien stehen auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse, insbesondere des Kopenhagener Kongresses von 1910, und halten in diesem Sinne beim Friedensschluß folgende Sicherungen für notwendig:

Den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten;

die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen;

die internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziel der allgemeinen Abrüstung;

die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

Weiter erklären die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns: die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis dafür sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten, sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen.

Zu einer Wirksamkeit der Internationale, deren Büro seit der knapp vor Kriegsausbruch in Brüssel abgehaltenen Sitzung keinerlei Tätigkeit mehr entfaltet hat, sollte es aber nicht kommen, obzwar die holländischen Genossen sich zur Leitung des Büros zur Verfügung stellten und das Sekretariat aus dem besetzten Brüssel nach dem neutralen Haag übersiedelt war. So haben wir, nachdem sich unsere erste Reichskonferenz am 15. und 16. Mai 1915 mit der Politik der Partei während des Krieges beschäftigt und den entschiedenen Friedenswillen des österreichischen Proletariats bekundet hatte (der Wortlaut der Resolution ist im Anhang abgedruckt), am 13. Juli 1915 beschlossen, am Ende des ersten Kriegsjahres allein einen Friedensaufruf zu erlassen. Die Zensur hat ihn in den meisten Blättern unterdrückt. Er lautete:

Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands hat am 23. Juni ein Manifest erlassen, das eine ernste und warme Mahnung zur endlichen Herbeiführung des Friedens darstellt. Oesterreich ist mit dem Deutschen Reich in diesem Kriege militärisch und diplomatisch zur Einheit geworden, und es ist ganz begreiflich, daß **das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft der Arbeiterklasse Oesterreichs mit der Deutschlands deutlich und lebendiger ist denn je.** Alle Möglichkeiten, zum Frieden zu kommen, sind uns gemeinsam und schon darum begrüßen die sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs **auf das allerwärmste jene Kundgebung,** die in der ganzen Internationale mit größter Genugtuung aufgenommen wurde.

Bald ein volles Kriegsjahr dulden die Völker Europas; es ist ein Jahr unerhörtester Kraftanstrengung und ungeheurer Opfer für alle; unsagbares Leid ist in allen Familien eingekehrt. Zur Trauer um die Gefallenen, zu dem schmerzlichen Anblick der zahllosen Verkrüppelten gesellt sich die harte Sorge um die Erhaltung der Ueberlebenden; zu den wirtschaftlichen Entbehrungen der Kriegszeit die Be-

sorgnis um die Zukunft der Volkswirtschaft, deren Grundlagen die tiefgreifende Zerstörung der schaffenden Kräfte und der geschaffenen Güter auf lange Zeit hinaus erschüttert. Der herannahende Jahrestag des Kriegsausbruches mahnt alle Völker und Staaten, Volksvertreter und Regierungen jedes Landes zu ernster Prüfung. Die leidenden Massen haben keinen anderen Gedanken als den an den Frieden.

Keiner der Kriegführenden hat heute noch den Einwand zu fürchten, wer vom Frieden rede, verrate Müdigkeit und Schwäche. Denn genugsam hat in diesem Jahre der blutigsten Schlachten jeder dem anderen bewiesen, **daß kein Volk in der kraftvollen Entschlossenheit zur Selbstbehauptung erlahmt.** Diese Entschlossenheit wird verstärkt durch die Bürgschaft der Erfahrung, durch den Beweis der gewaltigen militärischen Ueberlegenheit der Verteidigung.

Selbst der jüngst erfolgte **mutwillige Eintritt der italienischen Machthaber in den Krieg,** der späte Angriff einer frischen, noch unerschöpften Macht auf ein seit Monaten an vielen Grenzen im schwersten Kampf stehendes Staatswesen hat diese Erfahrung nur bestätigt.

So gewiß die Kraft der Selbstverteidigung, so zweifelhaft aber und trügerisch ist das Glücksspiel der Eroberung. **Das haben die Heere des Zaren erfahren, deren übermächtiger Einbruch nunmehr abgewehrt ist, so daß sogar die Hoffnung auf bleibende Sicherung vor ihrem bisher stets drohenden Angriff und auf die endliche Wiederauferstehung des polnischen Volkes nahegerückt erscheint.**

Mit dieser unerschütterlichen Entschlossenheit zur Selbstbehauptung, solange die blutige Notwendigkeit dazu besteht, steht keineswegs im Widerspruch der in allen Schichten aller kriegführenden Völker **täglich und stündlich wachsende Wunsch nach dem Ende, der täglich stärker werdende Wille zum Frieden.** Es ist die Pflicht der Verantwortlichen, auf diesen Ruf zu hören und den Weg zum Frieden mit Ernst zu suchen.

Für alle Kriegführenden ist es Zeit, zum Frieden zu rüsten. Es ist Zeit, daß der entsetzliche Zustand der Verbitterung und Verhetzung der Völker gegeneinander einem menschenwürdigen Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens Platz mache, und es ist die Pflicht auch der Regierungen, alle Bestrebungen, woher sie auch kommen mögen, insofern sie einen Weg zum Frieden öffnen, mögen sie nun durch Mittlerversuche der Neutralen erwachsen oder aus der Friedenssehnsucht der leidenden Massen in allen kriegführenden Staaten stammen, aufzugreifen und zu verfolgen.

Denn es ist in diesem Kriegsjahr offenbar geworden, daß die großen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die **Sicherung der nationalen Selbstbestimmung der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft, durch die Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit für alle Staaten der Welt** nicht im Wege der Waffen gelöst werden können, sondern nur im Wege **von Vereinbarungen aller Kulturvölker, im Sinne billigen Interessenausgleiches und gleichberechtigter Mitarbeit aller an den Kulturaufgaben, zu denen Europa berufen ist.** Es ist vor allem der Wille und die Pflicht der Arbeiterparteien aller Länder, auf ihre Regierungen in diesem Sinne mit größter Offenheit und unermüdlicher Energie einzuwirken. Die Sozialdemokraten Oesterreichs haben vor dem Kriege alles, was in ihren Kräften lag, aufgewendet, um ihn zu verhindern. Sie haben, solange er dauert, **die ihnen auferlegte Pflicht der Verteidigung treu erfüllt,** aber niemals aufgehört, feierlich zu bekunden, **daß sie nach wie vor den Frieden wollen,** und keine größere Hoffnung und keinen heiligeren Wunsch hegen, als **daß die Glieder der proletarischen Internationale ihre volle, durch das Schicksal geläuterte Einsicht in den Dienst des Friedenswerkes stellen.**

Das Proletariat Oesterreichs mahnen wir zu wachsender Ausdauer. Die Reihen unserer Organisation sind durch schwere Verluste gelichtet; Opfer aller Art sind der Arbeiterschaft auferlegt, neue schwere und verantwortungsvolle Aufgaben hat der Krieg unseren Vertrauensmännern gestellt. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß sich die Kraft und Besonnenheit unserer Vertrauensmänner, Genossen und Genossinnen, den unerhörten Schwierigkeiten der Aufgabe als gewachsen erwiesen haben, und wir haben das feste Vertrauen, daß sie sich auch fernerhin nicht beugen und die Fahne nicht sinken lassen werden. Der Krieg war nicht unsere Wahl. Nicht in unseren Händen lag das Geschick des Staates. Wir

hatten nicht die Macht, das Unheil zu verhüten, wir haben sie nicht, es allein zu wenden. Es bleibt bei uns nichts, als auszuharren, unserer proletarischen Sache die Treue zu wahren und unsere Organisationen durchzuhalten bis zur Stunde, wo das Proletariat sein Erhebungs- und Befreiungswerk fortzuführen imstande ist. Mit uns ist die Zeit und unser die Zukunft!

Die Parteivertretung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. — Der Vorstand des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat.

Im Jänner 1916 beteiligten sich Vertreter unserer Partei in Berlin an Beratungen des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion über die Frage Mitteleuropas. Das stenographische Protokoll der Verhandlungen wurde in einer eigenen Schrift „Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns" (Preis Kr. 1·60) veröffentlicht.

Im März 1916 haben wir auf der Reichskonferenz unsere Ansichten über die Friedensfrage und die Internationale neuerdings zum Ausdruck gebracht. Die Anträge des Parteivorstandes wurden mit allen gegen 16 Stimmen angenommen. Die Anträge Friedrich Adlers wurden mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt. (Siehe die im Anhang abgedruckten Resolutionen.)

Im April 1916 versandte das Internationale Sekretariat ein Rundschreiben, in welchem eine Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Staaten angekündigt wurde. Das Schreiben wurde von uns am 8. Juli 1916 mit einem Brief beantwortet, den die Reichskonferenz im November 1916 zur Kenntnis genommen hat. Sein Wortlaut ist folgender:

Der Sekretär des J. S. B., Genosse Huysmans, hat uns in seinem Rundschreiben vom 1. Mai d. J. mitgeteilt, daß in den nächsten Wochen eine „Vorkonferenz" der sozialistischen Parteien der neutralen Länder zusammentreten soll, um jene Fragen zu erörtern, die in den Friedensbedingungen eine Lösung verlangen.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich wird es freudig begrüßen, wenn die Bemühungen des J. S. B., die durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen der sozialistischen Parteien wiederherzustellen, einen ersten, wenn auch nur teilweisen Erfolg haben würden. Damit wäre gewiß nicht nur ein mehr als formaler, sondern vielmehr ein sachlicher und sehr wirksamer Fortschritt gemacht.

Das Rundschreiben fordert aber auch die angeschlossenen Parteien ohne Unterschied auf, diese politischen Fragen der Friedensbestimmungen zu untersuchen. Diese Erörterung der auf die Zukunft Europas sich beziehenden Fragen ist selbstverständlich in unserer Partei wie wohl in den Parteien aller Länder ununterbrochen mit fast automatischer Notwendigkeit im Gang. Die wesentlichsten Züge unserer Auffassung sind Ihnen und der großen Parteiöffentlichkeit ja durchaus bekannt. Aber wir stehen nicht an, unsere Gedanken noch einmal in möglichster Kürze zusammenzufassen.

Der Anfang und das Ende, zugleich das wichtigste Ergebnis aller unserer Erörterungen ist und kann nur sein: Vor allem wollen wir das Ende des Krieges. Das ist nicht nur die Forderung der Massen, ja der ganzen europäischen Menschheit, die nach dem Einstellen des Völkermordens lechzt, sondern es ist unseres Erachtens auch die notwendige Vorbedingung für eine unbefangene und fruchtbringende Erörterung der Zukunft von Europa, der künftigen Beziehungen der Völker und der Bedingungen dauernden Friedens. Solange die Waffen nicht niedergelegt werden, wird der Gedanke der Abwehr und der Selbstbehauptung notwendig weiter im Vordergrund stehen und sogar, wie wir es bei einzelnen unserer Bruderparteien erleben, jede gemeinsame Verhandlung der Internationale als unmöglich erscheinen lassen. Diese Tatsache bleibt bestehen, trotzdem wir unserseits heute wie immer der Ueberzeugung sind, die wir in der Wiener Konferenz vom 12. April 1915 gemeinsam mit der Sozialdemokratie Deutschlands und Ungarns ausgesprochen haben:

Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis dafür sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen.

Die Einsicht, daß die erste, dringendste und unabweisbare Pflicht ist, vor allem für die Beendigung des Krieges zu wirken, ist von der Internationale erkannt und anerkannt worden. Auf den Kongressen in Stuttgart, Kopenhagen und Basel wurde in den Resolutionen gegen den Krieg ausgesprochen, „daß es die Pflicht ist, für dessen raschestе Beendigung einzutreten". Auch der uns auferlegte Zwang, die notgedrungene Abwehr fortzusetzen, solange der Krieg eben dauert, enthebt uns nicht, sondern verstärkt unsere Verpflichtungen und unseren Willen, so viel in unserer Kraft steht, zur Beendigung des Krieges beizutragen. Erst in zweiter Linie kann es sich darum handeln, auf die besondere Gestalt und die Bestimmungen des Friedens einwirken zu wollen. Um so mehr wird diese Erwägung bestimmend sein müssen, wenn wir begreifen, daß, wenn der Einfluß der proletarischen Massen den Krieg nicht verhindern konnte und heute nicht groß genug wäre, um den Abschluß des Krieges näherzubringen, er wohl noch viel weniger ausreichen könnte, mitten im Kriege auf die besondere Gestalt und die einzelnen Bestimmungen des Friedens einzuwirken.

Wir wollen uns jedoch dem Wunsche nicht verschließen, auszusprechen, was uns vor allem nötig erscheint, um den dauernden Frieden zu ermöglichen, und wir wiederholen mit allem Nachdruck, was unsere Wiener Konferenz ausgesprochen, daß nur „ein Friede möglich ist, der kein Volk demütigt".

Wir wissen natürlich, daß die Friedensbedingungen ohne Rücksicht auf unser Wollen in erster Linie von den realen militärischen Ergebnissen des Krieges abhängig sein werden. Das kann uns aber nicht hindern, insbesondere jenen Fragen näherzutreten, die die in Oesterreich-Ungarn vereinigten Völker und die angrenzenden Länder im Nord- und Südosten Europas betreffen. Ohne uns in Erörterungen der Einzelheiten einzulassen, die uns zunächst müßig erscheinen, wollen wir nur auf die Beschlüsse der Reichskonferenz der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei in Oesterreich (abgehalten in Wien Ende März 1916) hinweisen. Dort wurde beschlossen:

Eine die Notwendigkeiten der Völker erfüllende, dauernd befriedigende Ordnung des Südostens von Europa kann nur durch die Ausgestaltung Oesterreich-Ungarns zu einem demokratischen Bundesstaat erzielt werden, in dem allen Nationen gleiches Recht und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten verbürgt und ihre Kraft zu einem großen politischen und wirtschaftlichen Ganzen zusammengefaßt wird und an das sich ein freies und unabhängiges Polen im Norden und ein unabhängiger Bund freier Balkanvölker im Süden im eigensten wie im gemeinsamen Interesse zu einem großen Verband anschließen könnten.

Ueber diese Fragen hinaus, die anscheinend eine lokal begrenzte Bedeutung haben, von deren Lösung in Wahrheit aber die Beseitigung eines den Frieden Europas gefährdenden Zündstoffes abhängt, wollen wir auch an dieser Stelle wiederholen, was wir für notwendig halten, um für die Zukunft ein friedliches Verhältnis der Staaten Europas, insofern das unter der Herrschaft des Kapitalismus und Imperialismus überhaupt möglich ist, zu sichern. Es ist das eine Reihe von Forderungen, die fast gleichlautend auf dem Kopenhagener Kongreß und noch im Jahre 1915 auf den Konferenzen in Kopenhagen, London und zuletzt in Wien formuliert wurden. Im Wortlaut der Wiener Konferenz heißt es:

Wir halten folgende Sicherungen für notwendig:

Den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten,

die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen,

die internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung,

die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

Alle diese Maßregeln laufen darauf hinaus, den Ausbau eines europäischen Völkerrechtes zu sichern, eines Völkerrechtes, dessen erster Anfang in diesem Kriege

von allen kriegführenden Mächten gewaltsam zerstört wurde, angefangen von der Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland bis zur Aufhebung der Londoner Deklaration durch England. Ein solches neues Völkerrecht wird nicht und kann nicht durch Gewalt und Oktroyierung geschaffen werden, aber es wird und muß nach unserer Ueberzeugung in dem Sinne das Ergebnis des Krieges sein, daß alle Völker und ihre Regierungen das unüberwindliche Bedürfnis nach Sicherung vor einer neuen Katastrophe haben werden, so daß die freiwillige Einordnung und Unterordnung unter eine neue zwischenstaatliche Gemeinsamkeit, ein neues europäisches Völkerrecht möglich sein wird. Was schon unsere internationalen Kongresse gefordert haben, die Abschaffung des Seebeuterechtes und damit im Zusammenhang die Einschränkung der maritimen Rüstungen, die Neutralisierung der interozeanischen Kanäle, also ein System von Maßregeln, die zusammen dem Begriff „Freiheit der Meere" Inhalt geben, wenn dieses Wort einen Inhalt haben soll, wird zu den dringendsten Bestimmungen dieses Völkerrechtes gehören müssen.

Für so wichtig wir aber jede einzelne dieser Forderungen halten, wir wiederholen: heute ist das Dringendste, Zwingendste der Ruf nach der Beendigung des Krieges. Und darum erlauben wir uns, an die bevorstehende Konferenz unserer Genossen aus den neutralen Ländern den glühenden Appell zu richten, sie möchten vor allem auf ihre Regierungen einwirken, um sie zu veranlassen, alle Bemühungen zu machen, um Waffenstillstand herbeizuführen und Friedensverhandlungen zu vermitteln. Jede Stunde, die das Morden länger dauert, ist nicht nur für die kriegführenden Länder, sondern fast ebenso für die neutralen die Quelle des Verderbens.

Uns ist um die Zukunft des Proletariats nicht bange. Auch diese furchtbare Krise, auch dieser entsetzliche Aderlaß wird es nicht lähmen und nicht auf die Dauer der Fähigkeit und der Kraft berauben können, seine geschichtliche Mission zu erfüllen. Auf der Grundlage der Wiederbelebung und Kräftigung der sozialistischen Organisation des Proletariats in allen einzelnen Ländern wird die Wiedererhebung der Internationale zur Wahrheit werden.

Im Auftrag des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich:

Viktor Adler **Ferdinand Skaret**

Delegierte im Internationalen Sozialistischen Büro.

Auch auf der dritten Reichskonferenz im November 1916 wurde über die Friedensfrage verhandelt. Im selben Sinne wie die dort beschlossene Resolution lauteten auch Beschlüsse anderer Parteikonferenzen, so eines Vertrauensmännertages der steirischen Arbeiterschaft am 3. Dezember 1916 und der niederösterreichischen Landeskonferenz am 10. Dezember 1916.

Als am 12. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte erfolgte, nahm der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Sitzung am 21. Dezember hiezu Stellung. In dem Bericht über das Ergebnis der Beratung, der zum Teil von der Zensur unterdrückt wurde, hieß es:

„Die Sozialdemokratie fordert von der Regierung, daß sie beweise, daß es ihr voller Ernst ist mit dem Bestreben, das Ende dieser zwecklosen Schlächterei herbeizuführen. Sie darf sich durch eine kühle oder sogar in der Form ablehnende Haltung der gegnerischen Diplomatie nicht abschrecken lassen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzuschreiten, und muß durch eine klare Darlegung ihrer Friedensbedingungen den Gegnern jeden Vorwand nehmen, sich dem einzigen Weg, der zum Frieden führen kann, dem Wege der Verhandlungen, zu entziehen.

Der Klub der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause ist mit der großen Masse des Proletariats überzeugt, daß auch in den anderen Ländern, wie dies die jüngsten Tatsachen zeigen, der Friedenswille der Massen, der immer vorhanden war, jetzt täglich schärfer zum Ausdruck kommt und eine bewegende Kraft zu werden im Begriffe steht.

Die Abgeordneten werden dafür sorgen, daß womöglich an allen Orten die Arbeiterschaft Gelegenheit findet, auch in Versammlungen ihren Friedenswillen zu bekunden."

Am 28. Dezember fand im Favoritner Arbeiterheim die erste Friedensversammlung statt, in der Genosse Viktor Adler sprach. Sie sandte im Einvernehmen mit dem Parteivorstand an Wilson, der eben damals den Mächten seinen Friedensvorschlag unterbreitet hatte, einen Gruß:

Die heutige Versammlung der Sozialdemokraten Wiens begrüßt die erleuchtete und energische Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson, die, in gleicher Linie wirkend wie das beachtenswerte Friedensangebot der Mittelstaaten, den Weg öffnet zur Beendigung der zwecklosen und kulturmordenden Schlächterei des Weltkrieges. Die Versammlung wünscht aus vollem Herzen, daß dem hohen Streben Wilsons voller Erfolg werde und daß sein Eingreifen der blutenden Welt den Frieden näherbringe.

Im Jänner 1917 folgten dann zahlreiche Friedensversammlungen in Wien, Niederösterreich und dann auch in den anderen Kronländern. In den ersten Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

In Uebereinstimmung mit der jüngst erfolgten Kundgebung der sozialdemokratischen Fraktion fordert die Versammlung von der Regierung, daß sie Beweise erbringe, daß es ihr voller Ernst ist mit dem Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Sie soll sich daher durch die in der Form ablehnende Haltung der gegnerischen Regierungen nicht abschrecken lassen, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten und sie muß durch eine klare Darlegung ihrer Friedensbedingungen den Gegnern jeden Vorwand nehmen, sich dem Wege der Verhandlungen zu entziehen. Darum richtet die Versammlung an die Regierung die Aufforderung, sich durch die Treibereien all der Elemente, die aus dem Kriege reichen Gewinn ziehen, und der Hetzpresse, die für den Abbruch der kaum begonnenen Unterhandlungen eintritt, nicht beeinflussen zu lassen und die Note der Ententemächte durch Bekanntgabe der Friedensbedingungen zu beantworten.

Die Versammlung hofft und fordert, daß diese Bedingungen getreu den bei Kriegsausbruch abgegebenen offiziellen Erklärungen und der Darlegung in der Friedensnote vom 12. Dezember Vorschläge zu einem Frieden ohne Annexionen und Vergewaltigungen irgendeiner Art enthalten. Denn nur auf dieser Grundlage ist ein Friedensschluß möglich.

Die Versammlung fordert aber auch die schleunigste Einberufung des Reichsrates, damit der Wille der Völker, um deren Blut und Gut es sich handelt, zu entsprechendem Ausdruck gelangen könne.

Die Versammlung erwartet, daß die sozialistischen Parteien aller Länder ihre Stimme kräftig für den Frieden erheben.

Die gesperrt gedruckten Sätze wurden von der Zensur damals in der „Arbeiter-Zeitung" unterdrückt.

Als die maßlose Antwort der Entente auf Wilsons Note bekannt wurde, setzten wir die Friedensversammlungen dennoch fort. Es gelangte nunmehr überall folgende Resolution zur Annahme:

In Uebereinstimmung mit der jüngst erfolgten Kundgebung der sozialdemokratischen Fraktion fordert die Versammlung von der Regierung, daß sie Beweise erbringe, daß es ihr voller Ernst ist mit dem Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Sie soll sich daher durch die in der Form ablehnende Haltung der gegnerischen Regierungen nicht abschrecken lassen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzuschreiten, und sie muß durch eine klare Darlegung ihrer Friedensbedingungen den Gegnern jeden Vorwand nehmen, sich dem Wege der Verhandlungen zu entziehen. Darum richtet die Versammlung an die Regierung die Aufforderung, sich durch die Treibereien all der Elemente, die aus dem Kriege reichen Gewinn ziehen, und der Hetzpresse, die für den Abbruch der kaum begonnenen Unterhandlungen eintritt, nicht beeinflussen zu lassen, sich von den Gefühlen falschen Stolzes und übertriebener Empfindlichkeit freizumachen und durch detaillierte Be-

kanntgabe ihrer rein defensiven, auf Eroberungen jeder Art verzichtenden Kriegsziele den Kriegswillen der gegnerischen Regierungen zu entwaffnen.

Die Versammlung erklärt es als die dringendste Aufgabe aller Arbeiterparteien, mit der ganzen politischen Macht des organisierten Proletariats gegenüber den Kriegsparteien der herrschenden Klassen und der Regierung die Forderung nicht nach einem Frieden, der durch das Diktat eines Siegers zustande kommt, sondern nach einem demokratischen Frieden der Vereinbarung ohne Länderraub und Vergewaltigungen irgendeiner Art zu vertreten.

Die Versammlung fordert aber auch die schleunigste Einberufung des Reichsrates, damit der Wille der Völker, um deren Gut und Blut es sich handelt, zu entsprechendem Ausdruck gelangen könne.

Die Versammlung sendet ihren Gruß den Sozialisten aller Länder, mit der Aufforderung, überall die Macht des organisierten Proletariats als Friedensfaktor zur Geltung zu bringen.

Als Mitte März die russische Revolution ausbrach, beschloß der Parteivorstand am 22. März, den russischen Genossen durch Vermittlung des Internationalen sozialistischen Büros folgende Erklärung zu übermitteln:

Die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich begrüßen mit größter Freude und Genugtuung das heldenmütige Eingreifen des sozialistischen Proletariats Rußlands in die revolutionäre Bewegung, die unsere Genossen mit bewunderungswürdiger Energie und mit hoffentlich stets wachsendem Erfolg in die Bahnen des Kampfes für Freiheit und Frieden zu lenken bemüht sind. Ueber alle Grenzen hinweg reichen wir unseren russischen Genossen die Hand und wünschen sehnlich, daß ihr Kampf den gequälten Völkern Europas den Frieden bringe und daß der Sturz des zarischen Absolutismus die demokratische Entwicklung Europas, die Ueberwindung der Mächte der Reaktion entscheidend fördere. Wir wünschen der Sozialdemokratie Rußlands den Sieg über die kriegschürenden Elemente, die derzeit auch innerhalb der revolutionären Bewegung mächtigen Einfluß zu haben scheinen.

Zugleich spricht der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich die ernste Erwartung aus, daß die Regierungen der Zentralmächte ihre wiederholt von ihnen betonte Friedensbereitschaft unter den dem Frieden nunmehr weit günstiger gewordenen Bedingungen offen bekunden und wirksam betätigen werden.

In der „Arbeiter-Zeitung" konnte diese Erklärung erst am 17. April veröffentlicht werden.

Am 19. April 1917 haben Delegierte des Parteivorstandes in Berlin einer Sitzung des Parteiausschusses und des Vorstandes der deutschen Reichstagsfraktion beigewohnt und dort ebenso wie die Vertreter der ungarländischen Partei vollinhaltlich und vorbehaltlos folgendem Beschlusse zugestimmt:

Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Kriege als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges notwendig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Ueberzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem

Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machtträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch als möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen. Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand der künftigen Welt sichern zu helfen.

Am 26. April hielten Parteivorstand und Gewerkschaftskommission eine gemeinsame Sitzung ab, um den Bericht der Delegierten aus Berlin entgegenzunehmen. In dieser Sitzung wurde einstimmig beschlossen:

1. Der Bericht der Delegierten der Partei über die Verhandlungen mit den Vertretern der ungarländischen, der reichsdeutschen und der nordländischen Bruderparteien über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung der Friedensfrage wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Partei und die Gewerkschaften werden die für Mitte Mai in Aussicht genommene Konferenz in Stockholm beschicken und dort den festen Entschluß der österreichischen Arbeiter bekunden, ihre ganze Kraft für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzusetzen, sowohl im Rate der Internationale wie im eigenen Lande.

2. Am 1. Mai wird durch allgemeine Arbeitsruhe und durch Versammlungen in allen Orten in feierlichen Manifestationen der entschlossene Friedenswille des Proletariats und seine Solidarität mit den Proletariern aller Nationen, insbesondere mit dem sozialdemokratischen Proletariat Rußlands, bekundet werden.

Die Maifeier wurde eine mächtige Kundgebung der Sympathie für das heldenmütige Proletariat Rußlands und für den Frieden.

Die Stockholmer Konferenz.

Unterdessen war das holländische Komitee, welches die Geschäfte des Internationalen Büros führt, mit dem Sekretär Genossen Huysmans nach Stockholm gegangen, wo es gemeinsam mit einem Komitee der skandinavischen Bruderparteien eine Internationale Konferenz vorbereitete, die schon Mitte Mai zusammentreten sollte. Da sich dies jedoch als unmöglich erwies, wurde nun der Weg eingeschlagen, zunächst mit den einzelnen der Internationale angeschlossenen Parteien in Verhandlungen zu treten. Von unserer Partei begaben sich die Genossen Adler, Ellenbogen, Hueber, Renner und Seitz nach Stockholm und beantworteten dort am 25. und 26. Mai in eingehenden Beratungen den Fragebogen des Konferenzkomitees. (Der Wortlaut der Antwort ist im Anhang abgedruckt.) Während die anderen Delegierten zu der am 30. Mai beginnenden Parlamentstagung zurückkehrten, blieb Genosse Adler bis 6. Juli in Stockholm, um sich an den Vorverhandlungen für die Konferenz zu beteiligen, deren Termin infolge Schwierigkeiten in den Ententeländern immer weiter hinausgeschoben werden mußte, obwohl sich das vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat zur Veranstaltung einer Internationalen Konferenz eingesetzte Komitee mit dem holländisch-skandinavischen Komitee vereinigte.

Am 29. April berichteten die Stockholmer Delegierten unserem Abgeordnetenklub über ihre Verhandlungen. Hierauf wurde folgende Kundgebung beschlossen:

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten entbietet dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat als dem Pionier des Weltfriedens und der europäischen Demokratie seine Grüße und erklärt seine völlige Uebereinstimmung mit ihm in diesem doppelten Ziele. Er ist entschlossen, auch auf dem Boden des Parlaments mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu wirken.

Dem Frieden galt das erste Wort der Partei im Abgeordnetenhause, gesprochen am 14. Juni durch den Genossen Seitz. Als dann der Ministerpräsident v. Seidler in der Debatte über die Friedensinterpellationen Daszynski, Stojan und Hruban am 27. Juni — es war das erstemal, daß ein Minister im österreichischen Abgeordnetenhause über den Frieden sprach — kurz erklärte, das Recht, Frieden zu schließen, bleibe dem Kaiser vorbehalten, jede andere Grundlage für die Friedensverhandlungen lehne die Regierung ab, erwiderte auf der Stelle Genosse Seitz. Er trat für das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und für den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen ein, verlangte von der Regierung die Vorlage der Geheimverträge mit den übrigen Mittelmächten und die offene Darlegung ihrer Friedensbedingungen.

Am 9. September sollte endlich die Stockholmer Konferenz zusammentreten. Von unserer Partei waren die Genossen Adler, Czech, Danneberg, Ellenbogen, Vinzenz Muchitsch, Pernerstorfer, Renner, Paul Richter, Seitz, Seliger, Skaret und Genossin Popp als Delegierte bestimmt. Von den Gewerkschaften waren die Genossen Domes, Hannsch, Hueber, Möller und Mühlberger delegiert. Am 29. und 30. August fand in Wien eine Konferenz der Stockholmer Delegierten aller österreichisch-ungarisch-bosnischen Parteien mit Ausnahme der Polen und der Kroaten statt, zu der auch die Vertreter der Separatisten erschienen sind. An der Konferenz nahmen auch Vertreter der Deutschen Sozialdemokratie und der „breiten" bulgarischen Partei teil. Die Konferenz erklärte, daß eine Erörterung der Schuldfrage in Stockholm, die von den Franzosen begehrt wurde, unzweckmäßig sei. Sie verlangte von der Regierung, wie der Bericht über die Sitzung ausführte, „daß sie mit noch größerer Bestimmtheit und Unzweideutigkeit als bisher öffentlich feststellt, daß sie bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten unter den bekannten Voraussetzungen: keinerlei Annexionen und Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Mehr noch, es wird von der österreichisch-ungarischen Regierung erwartet, daß sie ihren Einfluß innerhalb der verbündeten Regierungen dahin geltend macht, daß auch von ihnen dieser Standpunkt mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck kommt".

Da es auf Grund der Nachrichten über die Paßverweigerung in Frankreich und England als sicher erschien, daß die Stockholmer Konferenz neuerdings verschoben werden müsse, beschloß die Delegiertenkonferenz in Wien die Absendung folgenden Briefes an das holländisch-skandinavische Komitee:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Parteien Oesterreich-Ungarns-Bosniens und die bulgarische geeinigte sozialdemokratische Partei sind hier zu einer Besprechung versammelt, um über wichtige, wesentlich formale und technische Vorbereitungen für Stockholm einen Gedankenaustausch zu pflegen. Die Besprechung wurde gerade für den jetzigen Zeitpunkt einberufen, weil wir in ihm den Vorabend der Stockholmer Konferenz sahen. Wir finden uns nun in der bedauerlichen Lage, daß eine abermalige Verschiebung der Konferenz zu befürchten ist. Wir setzen allerdings voraus, daß die zur selben Stunde stattfindende Konferenz der Sozialisten der Ententeländer einhellig beschließen wird, dem Widerstand ihrer Regierungen zum Trotze Stockholm zu beschicken. Wir setzen weiter voraus, daß unsere Genossen in England, Frankreich und Italien den Widerspruch

der Herrschenden gegen die proletarische Aktion in Stockholm nur als eine Aufforderung mehr ansehen werden, ihre sozialistische Pflicht zu tun, und daß sie auch Einfluß, Macht und Energie genug haben werden, um die Hindernisse, die ihnen gerade in den Ländern, die sich ihrer Demokratie rühmen, in den Weg gelegt werden, zu überwinden. Die Verweigerung der Pässe wird, wie wir mit Sicherheit erwarten, nicht aufrechtgehalten werden können.

Aber, Parteigenossen, wir, die wir die konsequente Zähigkeit und die Umsicht des holländisch-skandinavischen Komitees anerkennen, die wir unserseits von Anfang an mit der größten Bereitwilligkeit und mit der größten Geduld alles getan haben, um zu bewirken, daß das Zusammentreffen der Sozialisten aller Länder ermöglicht und dem Frieden der Weg bereitet werde, die wir uns sorgfältig gehütet haben, irgend etwas zu tun, was diese so bedenklich langsame Entwicklung stören könnte, müssen euch jetzt um so dringender bitten, noch einmal alles daranzusetzen, um ein definitives Datum für unsere Konferenz, und zwar für einen möglichst nahen Termin, festzusetzen und sodann unverrückbar festzuhalten. Es war uns in diesen auch innerpolitisch so kritischen Zeiten nicht leicht, uns auf die wechselnden Termine einzurichten; wir haben auch große Schwierigkeiten bei unserer Parteiarbeit und der Erfüllung unserer parlamentarischen Pflichten überwinden müssen, haben Parteitage und ähnliche Veranstaltungen wiederholt verschoben und es des großen Zweckes halber gern getan.

Aber wenn wir die Einberufer der Stockholmer Konferenz, die sich ein so großes Verdienst um die Internationale erworben haben, dringend ersuchen, nunmehr auch auf diejenigen Parteien Rücksicht zu nehmen, die vom Anfang an Stockholm gewollt und gewünscht haben, so geschieht es nicht nur, um die uns erwachsenden technischen Schwierigkeiten künftig zu vermindern, sondern weil wir der Ueberzeugung sind, daß die wiederholte, wenn auch noch so begründete und unvermeidlich gewesene Verschiebung des Konferenztermins den heiligen Zweck unseres Unternehmens aufs schwerste schädigt. Millionen von Proletariern, Millionen von leidenden Menschen warten sehnsüchtig und mit vertrauensvoller Hoffnung auf die Zusammenkunft und das Zusammenwirken des sozialistischen Proletariats für den Frieden. Diese Hoffnungen werden enttäuscht, diese Begeisterung muß dem Zweifel und der Gleichgültigkeit Platz machen, wenn sich die Massen einer immer wiederkehrenden Verschiebung gegenübersehen.

Die sozialistische Internationale war nicht imstande, den Krieg zu verhindern; das ist ihr Schicksal, nicht ihre Schuld. Und wenn Schuld besteht, ist es heute nicht an der Zeit, über ihr Ausmaß und den Anteil jedes einzelnen Landes an dieser Schuld zu rechten. Aber wie dem auch sein möge, es ist doppelt und hundertfach die Pflicht jedes Sozialisten und jeder sozialistischen Partei, alles zu tun, um dem Kriege ein Ende zu machen und mit Aufgebot aller Kraft und aller Selbstverleugnung den Frieden zu fördern, der dem Entsetzen ein Ende macht, daß die Völker bis an den Hals im Blute waten. Wir setzen voraus, daß diese Gesinnung unsere Genossen in allen Ländern beseelt und daß trotz alledem auch in jenen Ländern, die am schwersten für die Beteiligung an der Konferenz zu gewinnen waren, die Massen die gemeinsame Arbeit für den Frieden wollen und daß ihre verantwortlichen Vertrauensmänner, sich ihrer höchsten und dringendsten sozialistischen Pflicht bewußt, dieses Ziel über alle Bedenken siegen lassen werden.

Wir appellieren daher an euch sowie an die russischen Genossen, die als Mitveranstalter die Konferenz in so zielbewußter und kluger Weise gefördert haben, daß ihr vereint in euren Bemühungen nicht nur fortfahrt, sondern sie endlich zu einem definitiven Abschluß führt. Weitere Ungewißheit würde zu unserem größten Leidwesen und sehr zum Schaden der großen proletarischen Sache und des Friedens unser Werk nicht nur im Bewußtsein der Welt zurückdrängen, sondern seinen Erfolg ernstlich gefährden.

In der Ueberzeugung, daß ihr diesen unseren Appell würdigen werdet als eingegeben von rein sachlichen, aus unserer internationalen sozialistischen Ueberzeugung fließenden Beweggründen und von dem festen Vertrauen auf eure so oft bewiesene Klugheit, Umsicht und Energie, zeichnen wir

(folgen die Unterschriften).

Die Konferenz mußte verschoben werden, ohne daß bisher ein neues Datum festgesetzt werden konnte. Nach wie vor sind wir bereit, ohne Vorbehalt jederzeit an einer Internationalen Konferenz teilzunehmen und erhoffen davon, daß die Internationale allen Schwierigkeiten zum Trotz wieder aufgerichtet werde und eine internationale Friedensaktion des Proletariats ermögliche. Indessen bleibt uns nichts übrig, als allein für den Frieden zu wirken und nichts unversucht zu lassen, um, was in unseren Kräften steht, ein Ende des Völkermordens herbeizuführen.

Die Maifeier.

Während des Krieges geschah es zum erstenmal, daß wir den Ersten Mai nicht in gewohnter Weise feiern konnten. Im April 1915 veröffentlichten wir folgenden Aufruf:

Genossen! Genossinnen!

Der Tag des 1. Mai rückt heran.

Durch fünfundzwanzig Jahre haben wir im Verein mit der klassenbewußten Arbeiterschaft der ganzen Erde diesen Tag dem großen Erlösungsgedanken der Menschheit gewidmet: dem Gedanken des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft durch den Achtstundentag, der Solidarität aller arbeitenden Menschen und des Völkerfriedens. Nun kommt ein düsterer Maitag heran in einer verderbenschwangeren, haßerfüllten Zeit, die das Proletariat in seiner Gesamtheit, die Mann für Mann, Frau für Frau in schwerste Bedrängnis bringt und in den Dienst der Verteidigung des Landes und der Erhaltung des Existenzminimums der Volkskraft zwingt. Niemals wie in diesem Jahre waren die Gedanken, denen unsere Maifeier gewidmet ist, zur heißesten Sehnsucht gesteigert.

Darum werden wir trotz aller Hindernisse auf unsere Maifeier nicht verzichten, aber wir haben es für nötig gehalten, gewissenhaft zu erwägen, welche Form ihr diesmal angesichts der zwingenden Verhältnisse gegeben werden kann und darum gegeben werden muß.

Die Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission sind übereingekommen, der Arbeiterschaft Oesterreichs folgendes als Richtschnur zu empfehlen:

Auf die Arbeitsruhe am 1. Mai soll in diesem Jahre freiwillig verzichtet werden. Wir wollen von dem durch viele Tarifverträge geschützten Recht und von dem durch die Uebung eines Vierteljahrhunderts geheiligten Brauch der Arbeitsruhe nicht das kleinste Stück preisgeben. Wir wollen aber den durch den Krieg herbeigeführten Ausnahmsverhältnissen und Ausnahmsgesetzen Rechnung tragen, die eine Reihe von Verwicklungen und Schwierigkeiten herbeiführen könnten, die wir gerade jetzt vermeiden wollen.

Ebenso wollen wir in diesem Jahre auf die üblichen Demonstrationszüge verzichten, die im besten Falle nur an einzelnen Orten möglich wären, vielfach aber durch die behördlichen Ausnahmsverfügungen verhindert oder mindestens schwer beeinträchtigt werden würden.

Wir wollen die Maifeier diesmal auf Maiversammlungen am Abend des 1. Mai beschränken, die der ernsten Zeit und unserer großen Sache würdig eingerichtet und durchgeführt werden sollen.

Wir erwarten, daß die Genossen und Genossinnen allerorten verstehen und würdigen werden, daß, was wir ihnen dringend empfehlen, der Notwendigkeit der Anpassung an den Zwang des Tages entspricht und daß sie trotz aller Beschränkung in der Form den Gedanken der Maifeier in erhebender Weise zum Bewußtsein der Massen unserer Genossen bringen werden.

In diesem Sinne rufen wir euch zu: Rüstet zur Maifeier!

Die Gewerkschaftskommission: Anton Hueber — Die Parteivertretung: Ferdinand Skaret.

Dasselbe wiederholte sich im Jahre 1916. Das Jahr 1917 brachte eine andere Situation. Am 27. April veröffentlichten wir in der „Arbeiter-Zeitung" folgenden Aufruf:

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Nach zwei Jahren, da uns die harte Notwendigkeit des Krieges zwang, auf die Feier des 1. Mai, so wie wir sie gewohnt waren und wie sie uns ein Stück des proletarischen Befreiungskampfes geworden ist, zu verzichten, rufen wir euch an diesem 1. Mai an, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. An dem 1. Mai 1917 wird, wie durch alle die Kampfjahre vor dem Kriege hindurch, der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden!

In dem Zeichen dieser Maifeier wollen wir unsere unverbrüchliche Solidarität mit der Arbeiterschaft der gesamten Welt bekunden und, über alle Schrecken und Greuel des Krieges hinweg, unsere unerschütterliche Ueberzeugung von der nicht zu brechenden Einheit des gesamten, um seine Befreiung ringenden Proletariats bekräftigen. Die Maifeier durch Arbeitsruhe wird der weithin leuchtende Ausdruck unserer Entschlossenheit sein, den durch den Krieg gestörten Zusammenhang der Internationale wieder aufzubauen und im einträchtigen und geschlossenen Zusammenarbeiten den durch den furchtbaren Bruderkrieg geschändeten Menschheitsgedanken dem Proletariat, den Völkern und Staaten wiederzugeben.

Insbesondere wird die Maifeier durch Arbeitsruhe dem heldenmütigen russischen Proletariat künden, daß wir mit ihm in dem Willen, den Weltkrieg unter Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen, durch eine friedlich-schiedliche Uebereinkunft aller zu beendigen, durchaus einig und auch bereit sind, unsere ganze proletarische Kraft dafür einzusetzen, daß die Welt von dem Kriege, der tobt, erlöst werde und vor einer Wiederkehr dieser grausamen Prüfung für immer bewahrt bleibe. Das russische Proletariat wird den Ersten Mai seiner jungen Freiheit in ganz Rußland durch Arbeitsruhe begehen, und zwar, im Gegensatz zur Zeitrechnung seines Landes, an demselben Tage, der bei uns und überall der 1. Mai ist. So wird die Maifeier durch Arbeitsruhe das Band werden, das uns mit dem Proletariat der ganzen Welt, insbesondere mit dem russischen Proletariat, verknüpft; sie wird den Proletariern in Rußland sagen, daß ihre auf die rascheste Beendigung des Weltkrieges gerichteten Bestrebungen von uns voll geteilt werden und, wie uns, auch ihnen und den Proletariern überall die Kraft geben, den auf die imperialistische Vergiftung der Menschheit gerichteten Tendenzen entgegenzutreten und sie zu überwinden.

Die Maifeier durch Arbeitsruhe wird die würdigste Vorbereitung der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Stockholm sein; ein Aufruf an die Sozialisten aller Länder, sich des geschichtlichen Augenblicks bewußt zu werden und, unter Zurückdrängung aller auf Eroberung und Vergewaltigung gerichteten Vorsätze, nun gemeinsam und geschlossen dafür zu wirken, daß der entsetzliche Krieg beendigt und in der Welt wieder Friede werde. Mit der Maifeier durch Arbeitsruhe werden wir, des gebotenen Verteidigungswillens ungeachtet, die Friedensbereitschaft des Proletariats verkünden, seinen Willen zum Frieden und seine Entschlossenheit aussprechen, die Widerstände, wo immer sie offenbar werden, durch proletarische Ausdauer zu besiegen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nur wenige Tage trennen uns von dem 1. Mai, aber wir vertrauen auf euch, auf euren proletarischen Ernst, der euch sagt, daß wir für das Größte, für den Weltfrieden, auf den Plan treten. Ihr werdet nichts versäumen und alles daransetzen, daß die Maifeier durch Arbeitsruhe machtvoll und in zielbewußter Würde verläuft!

Die Arbeiterschaft hält am 1. Mai nachmittags Versammlungen, in denen sie ihr Bekenntnis für den Weltfrieden ablegt. Um diese Kundgebung auf das wirkungsvollste zu gestalten, sind diesmal bei den Versammlungen alle sonstigen Fragen der inneren Politik zurückzustellen.

Am 2. Mai wird die Arbeit ordnungsgemäß wieder aufgenommen.

Die Maifeier verlief über alles Erwarten großartig. Obwohl nur wenige Tage zur Durchführung des Beschlusses zur Verfügung standen, feierte die Arbeiterschaft des ganzen Reiches. Auch in Betrieben, in denen bisher niemals eine Maifeier zustandekommen konnte, herrschte heuer völlige Arbeitsruhe. In den massenhaft besuchten Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die zur Feier des 1. Mai versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erklären:

Getreu den Beschlüssen der Internationalen Sozialistenkongresse, insbesondere des Kongresses von Basel,

im Sinne der Beschlüsse der Reichskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich vom 4. November 1916

und im Bewußtsein des völligen Einverständnisses mit dem gesamten arbeitenden Volke Oesterreichs und Ungarns

bekundet die Versammlung feierlich die entschlossene Bereitschaft zum sofortigen Frieden ohne Eroberung und ohne Demütigung irgend eines der kriegführenden Länder und erhebt Einspruch gegen jede Verlängerung des Blutvergießens und der Vernichtung von Menschenleben und Völkerwohlstand.

Sie nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis die bindenden Erklärungen der gemeinsamen Regierung Oesterreich-Ungarns, daß dieses Reich den Krieg nur zu seiner Verteidigung führe und zu einem ehrenvollen Frieden ohne Eroberung bereit sei, und fordert das unverbrüchliche Festhalten an diesen Erklärungen als die notwendige Voraussetzung erfolgreicher Friedensverhandlungen.

Die Versammlung begrüßt mit freudiger Zustimmung die begonnenen Verhandlungen der vereinigten Parteien Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns mit den Bruderparteien des Auslandes, welche bezwecken, der brüderlichen Solidarität des Proletariats aller Länder neuerlich Ausdruck zu geben, die Internationale in erweiterter und vertiefter Form wieder aufzurichten und den unbestreitbaren, nur künstlich verdunkelten Friedenswillen des arbeitenden Volkes aller Staaten und Völker der Erde endlich in den Dienst eines dauernden Weltfriedens zu stellen;

sie erwartet, daß die wiederhergestellte Internationale mitarbeitet an der Aufrichtung eines neuen europäischen Völkerrechtes und einer neuen, auf der Freiheit und brüderlichen Solidarität aller Völker beruhenden europäischen Staatengemeinschaft.

Mit leidenschaftlicher Teilnahme begrüßt die Versammlung das Proletariat Rußlands, das in seinem Heldenkampf nicht nur sich selbst, sondern ganz Europa von dem Joch und der Geißel des Zarismus befreit und damit der ganzen Menschheit die Bahn einer neuen politischen und sozialen Entwicklung freigemacht hat.

Die Versammlung gelobt, alle Kraft des einzelnen und der Gesamtheit einzusetzen, um der Notwendigkeit des allgemeinen Friedens zum raschen Durchbruch zu verhelfen.

Der ganzen Arbeiterbewegung gab die Maifeier neuen Antrieb und die Organisationen nahmen überall einen kräftigen Aufschwung.

Die Parteiorganisation.

Die große Arbeitslosigkeit, die nach Kriegsausbruch einsetzte, und die vielen Einberufungen haben selbstverständlich die Parteiorganisation schwer geschädigt. Da vor allem auch viele Vertrauensmänner einrücken mußten und oft trotz großer Bemühungen Ersatz nicht zu finden war, litt die Organisation ganz außerordentlich. Die Umschaltung der Volkswirtschaft hat dann zwar große Arbeitermassen in den Betrieben der Kriegsindustrie zusammengeballt, aber die politische Organisation konnte sich nicht mehr erholen. Obwohl gerade in der Kriegszeit eine außerordentlich große Arbeit im Interesse der Parteimitglieder und der gesamten Arbeiterschaft geleistet wurde — man denke bloß an die Fülle von Arbeit, die durch die Besorgung der Angelegenheiten in Sachen der Unterhaltsbeiträge den Vertrauensmännern erwuchs — erlahmte das Interesse an der politischen Organisation. Ein genaues Bild des Standes der Parteimitglieder kann nicht gegeben werden, wie auch ein Tätigkeitsbericht der Organisationen diesmal nicht gebracht werden kann, weil wir von der Aussendung der üblichen Fragebogen Abstand nehmen mußten. Einen Ueberblick über die Stärke der Parteiorganisation und einen Vergleich des gegenwärtigen Standes mit dem des letzten Friedensjahres gewährt immerhin die folgende Tabelle, die Aufschluß über den Markenbezug gibt:

Vergleich des Markenbezuges in den drei Kriegsjahren 1914/15, 1915/16, 1916/17 zu 1913/14.

Land	Männermarken				Frauenmarken			
	Juli 1913 bis Juni 1914	Juli 1914 bis Juni 1915	Juli 1915 bis Juni 1916	Juli 1916 bis Juni 1917	Juli 1913 bis Juni 1914	Juli 1914 bis Juni 1915	Juli 1915 bis Juni 1916	Juli 1916 bis Juni 1917
Böhmen	294.000	58.000	33.100	33.800	86.000	23.600	22.000	43.000
Bukowina[1]	.	.	.	.	.	.	.	.
Kärnten	29.500	8.000	6·000	8.500	8.500	2.000	5.000	6.000
Mähren	29.000	3.000	5·000	5.000	12.200	5.000	7.000	5.000
N.-Oesterr.[2]	114.600	37.000	21.000	37.500	77.500	38.300	48.800	74.000
Ob.-Oesterr.	51.000	24.000	14.500	18.300	9.000	4.800	7.300	7.500
Salzburg	19.500	6.000	5.600	4.000	5.100	4.100	2.800	2.400
Schlesien	18.300	7.600	5.600	1.500	12.300	5.200	7.000	6.000
Steiermark	117.000	49.000	45.000	44.000	22.000	9.400	8.500	15.500
Tirol	17.000	4.500	4.500	4.000	4.000	3.000	3.000	4.000
Triest	1.030	100	50	100	—	—	—	—
Vorarlberg	5.000	3.000	1.000	3.000	2.000	1.000	—	3.000
Summe	695.930	200.200	141.350	159.700	239.000	95.800	111.400	166.400

[1] Bukowina 1914: 1000 Wochenmarken, seit 16. April 1914 keine Marken mehr bezogen.

[2] Niederösterreich Männermarken ohne Wien.

Außerdem Wien Wochenmarken:

1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914	2,160.500
1. Juli 1914 „ 30. Juni 1915	1,005.000
1. Juli 1915 „ 30. Juni 1916	754.000
1. Juli 1916 „ 30. Juni 1917	696.450

Man sieht, daß die Organisation in Wien sich wesentlich besser gehalten hat als in der Provinz. Aber auch die einzelnen Landesorganisationen weisen durchaus kein gleichartiges Bild auf. Je nach der wirtschaftlichen Lage des Landes gibt es da beträchtliche Unterschiede.

Wir werden ein großes Stück Arbeit zu leisten haben, wenn wir die Organisation nur wieder auf die Stufe bringen wollen, auf der sie vor dem Kriege gestanden hat.

Frauenorganisation.

Der letzte Bericht über die Frauenbewegung erschien zur Frauenkonferenz 1913. Von da an bis Juli 1914 stieg die Mitgliederzahl von 16.706 auf 20.581. Mehr als 3000 waren zuletzt durch eine Werbeaktion mit der „Arbeiterinnen-Zeitung" gewonnen worden. Die Auflage des Blattes stieg damit auf 29.000. Während der Kriegszeit verloren die Organisationen ununterbrochen an Mitgliedern, in vielen Orten wurde die Organisation gänzlich aufgelassen. Den niedrigsten Mitgliederstand hatten wir Ende 1915. Von da an geht es wieder aufwärts, wie aus der Tabelle über den Markenbezug (siehe oben) zu ersehen ist. Eine Angabe der

Mitgliederzahlen auf Grund von Fragebogen wie vor dem Kriege können wir leider nicht machen, weil trotz der größten Mühe eine halbwegs übersichtliche Berichterstattung durch die Organisationen absolut nicht zu erreichen ist.

Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" sank mit dem Mitgliederstand, so daß dieselbe Ende 1915 nur mehr 13.000 betrug. Im Jänner 1917 war sie bereits wieder auf 17.297 gestiegen (davon entfielen auf die politische Frauenorganisation 12.610 Exemplare), im Juli 1917 hatten wir bereits 30.711 (politische Frauenorganisation 29.814). Leider mußten während des Krieges beide Beilagen („Für freie Stunden" und die Jugendbeilage) aufgelassen werden.

Bei steigender Armut und Notlage nach drei Kriegsjahren also ein Aufstieg der Organisation über den Stand der Vorkriegszeit! Dies läßt wohl auch erkennen, daß der Rückgang der Organisationen vor mehr als anderthalb Jahren mit dem Kriege allein nicht so ganz gerechtfertigt werden kann. Nun aber ist der tote Punkt überwunden und es geht dank der aufopfernden Tätigkeit vieler Funktionärinnen wieder vorwärts.

Zweimal jährlich werden größere Veranstaltungen durchgeführt, die der Agitation und der Aufklärung dienen: der Frauentag im Frühjahr und die Werbeaktion im Herbst. Zum Frauentag wurden jedesmal im ganzen Reiche Frauenversammlungen einberufen, im heurigen Jahre mit der Tagesordnung: „Frauentag und Friede." Die Werbeaktion wurde 1915 mit einem Flugblatt, 1916 mit einer Broschüre „Frau, Arbeiterin, Sozialdemokratin" durchgeführt, die in 36.000 Exemplaren verbreitet wurde. Leider haben sich an der Werbeaktion nicht alle Länder beteiligt. Da die Einberufung einer Reichskonferenz der Frauen seit 1913 nicht möglich war, wurden jedesmal während der Tagung der Reichskonferenzen der Partei mit den weiblichen Delegierten Besprechungen abgehalten und die Beschlüsse dann in den einzelnen Ländern zur Durchführung gebracht. So war es auch möglich, wieder eine größere Anzahl von Neugründungen vorzunehmen. Zu den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen wurde in Versammlungen und Konferenzen Stellung genommen. Die Aktion zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge ging von einer Funktionärinnenkonferenz in Wien aus; es wurde im Jänner 1916 und Jänner 1917 ein Memorandum an das Ministerium gerichtet und zugleich eine große Anzahl von Versammlungen abgehalten. In Wien fand am 21. Jänner 1917 eine große Frauenfriedensversammlung statt. Am 6. Mai 1917 tagte im Konzerthaus eine Wahlrechtskundgebung der Wiener Genossinnen, bei der auch alle Parteikorporationen vertreten waren. Die Resolution verlangte nicht nur das Gemeindewahlrecht für Wien, sondern überhaupt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes in Staat, Land und Gemeinden. Dieser Kundgebung schlossen sich solche in fast allen größeren Städten an. Mehrfach forderten auch Deputationen von den Gemeindevertretungen die Demokratisierung des Wahlrechtes.

Kreis- und Landeskonferenzen haben während des Krieges stattgefunden in Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Tirol.

Zu allen diesen Konferenzen sowie zu einer großen Anzahl von Versammlungen in fast allen Ländern wurden Delegierte und Referentinnen vom Reichskomitee entsendet.

In den wirtschaftlichen Vereinigungen und Komitees arbeiten in Wien und in der Provinz noch immer viele Genossinnen, oft unter den größten Schwierigkeiten, mit. So wurde in Wien wiederholt der

Austritt aus den Hilfskomitees der Gemeinde erörtert. Unsere Genossinnen können dort viele nützliche Dinge leisten. Sie kommen aber infolge der steigenden Not und der gleichzeitig immer geringer werdenden Hilfsmittel sehr oft in eine geradezu unangenehme Situation. Der Austritt wurde jedoch nie beschlossen, weil dazu die Partei auch Stellung nehmen müßte. Im Ernährungsrat ist Genossin Freundlich als Vertreterin der Partei. Bei der Landeskonferenz in Niederösterreich wurde eine Resolution der Frauen angenommen, in der die Gemeinden aufgefordert werden, daß in alle Verwaltungskörperschaften Frauen aufgenommen werden sollen, solange sie nicht auf Grund des Wahlrechtes zu ihnen Zutritt haben.

Erwähnen müssen wir auch, daß wir in der letzten Zeit zwei unserer wichtigsten Mitarbeiterinnen in der Frauenorganisation verloren haben. Genossin Fanny Neumann, die langjährige Landesvertrauensperson von Böhmen, mußte heuer im Sommer ihre Funktion wegen andauernder Kränklichkeit niederlegen. In Graz hat Genossin Koch ihre Funktion als Landesvertrauensperson für Steiermark aufgegeben.

Eine wichtige Sache mußte leider halb ausgeführt bleiben, weil es uns an den Mitteln dazu fehlte. Das Reichskomitee hat vor einem Jahre umfangreiche Erhebungen über die Frauenarbeit in der Kriegsindustrie eingeleitet. Viel wertvolles Material ist schon gesammelt, auch zu einem Teil durch Genossin Popp veröffentlicht worden. Es blieb aber bis heute ziemlich unvollständig, weil wir nicht überall Zugang haben und uns auch die Mittel fehlen, die eine umfangreiche Aktion erfordern würde. Vielleicht gelingt es mit Hilfe der Gewerkschaften noch, die Sache zu Ende zu führen, um das Material dann zweckentsprechend verwenden zu können.

Bei unserer Tätigkeit waren die Genossinnen auch wiederholt Verfolgungen durch die Behörden ausgesetzt, am meisten in Böhmen und Niederösterreich. Zu Verurteilungen kam es nur in ganz kleinen Fällen. Alle diese Dinge sind nur unnütze Schikanen, durch die sich die Genossinnen niemals abschrecken lassen würden.

Die Wiener Organisation hat auch in einer Konferenz der Funktionärinnen zur Novelle zum Krankenversicherungsgesetz Stellung genommen, weil sie neben den Verbesserungen, die dieselbe bringt, die Nachteile für die Arbeiterinnen nicht unbesprochen lassen wollte. — Im Winter 1917 wurde im Parteihause ein Redenunterricht abgehalten, den viele Genossinnen besucht haben, manche davon mit sehr guten Erfolgen. Es sind Genossinnen darunter, auf die wir für die spätere Zeit als Mitarbeiterinnen sehr rechnen. — Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, daß sich die im Kriege gegründeten Gruppen der jungen Mädchen aufgelöst haben und die einzelnen Mitglieder dem Verband der jugendlichen Arbeiter beigetreten sind, wo sie jetzt einen ziemlich großen Bestandteil der Mitgliedschaft bilden.

Eine Preiserhöhung der „Arbeiterinnen-Zeitung" hat uns vor die Notwendigkeit gestellt, eine Beitragserhöhung vornehmen zu müssen. Die Vorarbeiten sind bereits geschehen, die Beschlußfassung wird voraussichtlich bei der Frauenreichskonferenz am 18. Oktober erfolgen.

Die internationalen Verbindungen sind trotz der natürlichen Beschränkungen durch den Krieg ziemlich rege. Genossin Popp hatte eine Besprechung mit Genossin Zetkin wegen der Einberufung einer Internationalen Konferenz. Im Jahre 1916 wie auch im heurigen Jahre mußte aber davon Abstand genommen werden, weil die Voraussetzungen für eine zahlreichere Beschickung nicht gegeben sind. Im Einvernehmen mit Genossin Zetkin wurde besprochen, die Konferenz gleich einzuberufen, wenn

die jetzt noch geltenden Beschränkungen im Verkehr mit dem Ausland doch geringer werden.

Im Jänner dieses Jahres waren es 25 Jahre, seit unsere „Arbeiterinnen-Zeitung" gegründet wurde. Wie glänzend sie sich in guten und traurigen Zeiten der Partei für den Befreiungskampf der Arbeiterinnen Oesterreichs bewährt hat, ist wohl am besten an dem Aufstieg abzuschätzen, den sie und mit ihr die Organisation genommen hat. Aus ganz kleinen Anfängen ist sie sehr bald ein Organ geworden, um das sich tausende Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen geschart haben, die mit Begeisterung die Gedanken verbreiten halfen, von denen das Blatt erfüllt war. Wenn wir heute auf einen so großen Erfolg der „Arbeiterinnen-Zeitung" mit Stolz zurückblicken können, so ist dies mit in erster Linie der Redakteurin, unserer Genossin Adelheid Popp zu danken, die in nimmermüder und aufopferungsvoller Tätigkeit ihre Lebensaufgabe darin sah, die Arbeiterinnen Oesterreichs aufzurufen und sie, in der sozialdemokratischen Partei vereinigt, zu tüchtigen und überzeugten Kämpferinnen für den Sozialismus und seine Ziele zu machen. Dafür sei ihr auch an dieser Stelle im Namen der organisierten Frauen Oesterreichs herzlich Dank gesagt und zugleich dem Wunsch Ausdruck gegeben, es möge ihr noch recht lange gegönnt sein, so wie sie es nun schon ein Vierteljahrhundert erfolgreich getan hat, mit der ihr eigenen Arbeitsfreude und Liebe zur Partei im Befreiungskampf des Proletariats mitzuwirken.

Jugendorganisation.

Ganz besonders hat der Krieg auf die Entwicklung unserer Jugendorganisation gewirkt. Trotz der herben Rückschläge, die der Verband durch die fortgesetzten Musterungen und wirtschaftlichen Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erleiden mußte, hat er seine regelmäßige Tätigkeit weitergeführt. Aus den Berichten, die alljährlich im Verbandsorgan „Der jugendliche Arbeiter" veröffentlicht wurden, ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand von 16.196 auf 7268 gesunken ist. Aehnlich hat sich auch der Stand der Gruppen verringert, und zwar von 341 auf 163. Durch die militärischen Einberufungen sind 4279 Mitglieder der Bewegung entrissen worden. Trotz den ungünstigen Verhältnissen ist der Verband jederzeit bemüht gewesen, die Lücken durch eine unausgesetzte Werbearbeit auszufüllen. Der Erfolg ist der, daß der Verband 10.263 neue Streiter und Streiterinnen gewonnen hat. Von den Mitgliedern sind durchschnittlich 9·5 Prozent der politischen und 9 Prozent der gewerkschaftlichen Organisation beigetreten. Einen großen Teil der Tätigkeit nahm die Bildungsarbeit ein. Im letzten Berichtsjahr 1916 wurden zum Beispiel im ganzen von den Gruppen 5736 Veranstaltungen mit 121.356 Besuchern abgehalten. „Der jugendliche Arbeiter" hat besonders unter der Zensur zu leiden. Durch die Einstellung der Kolportage und Rückgang der Mitgliederanzahl verringerte sich seine durchschnittliche Auflage von 19.400 auf 8500 Exemplare. Die Finanzgebarung des letzten Jahres gibt folgendes Bild: Einnahmen Kr. 20.250·01, Ausgaben Kr. 20.095·56. Nicht unerwähnt sollen die Schwierigkeiten bleiben, die von den Behörden unserer Jugendbewegung entgegengestellt werden. Am 9. April 1916 erhielt der Verband eine behördliche Verwarnung mit gleichzeitiger Drohung der Auflösung. In Nordböhmen wurde einigen Gruppen jedwede Versammlungstätigkeit eingestellt. In Wien wurde die Gruppe Meidling direkt aufgelöst. Um die Erziehung der Jugend hat sich in der Kriegszeit besonders die Regierung gekümmert. Hier sind neue Feinde der Arbeiterjugend entstanden, deren Kritik unterdrückt wird. Daher wird es doppelt notwendig sein, in der Zukunft ein wachsames Auge auf die richtige Erziehung der Proletarierjugend zu behalten.

Bildungswesen.

Die Tätigkeit der Zentralstelle für das Bildungswesen und die Bildungsarbeit der Organisationen haben durch den Krieg eine starke Einschränkung erfahren müssen. Die Vorbereitungsarbeiten, welche für den Herbst 1914 bereits getroffen waren, um die Tätigkeit auf erweiterter Grundlage fortzuführen, wurden durch den Kriegsausbruch gegenstandslos. Mangel an Kräften und Mangel an Geld wirkten noch weit stärker hemmend als in Friedenszeiten. Dazu kamen — wenigstens in der ersten Kriegszeit — auch äußere Hindernisse infolge des Ausnahmszustandes.

In erster Linie wurde getrachtet, die vorhandenen Einrichtungen für die Bildungsarbeit zu erhalten. Das ist, so weit man sehen kann, bisher überall gelungen. Die für Unterrichtszwecke bestehenden Lokalitäten sind mit ganz geringfügigen Ausnahmen bis heute erhalten geblieben. Die mit großem Erfolg in der letzten Friedenszeit in Angriff genommene Reform der Arbeiterbibliotheken geriet natürlich ins Stocken. Es gelang aber doch, die Wiener Zentralbibliotheken und auch die meisten in der Provinz während des Krieges in Betrieb zu erhalten. In manchen Gegenden, wie vor allem im Teplitzer Kreisgebiet, wurde die Reformarbeit auch während des Krieges fortgesetzt. Besondere Erwähnung verdient die Schaffung einer großen Arbeiterbibliothek in Innsbruck. Die Entlehnungsziffern sind freilich im Gegensatz zu denen der Volksbibliotheken stark gesunken. Das läßt auf Mängel schließen, deren Beseitigung zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft gehört.

Sehr stark zurückgegangen ist das Vortragswesen. Während zum Beispiel die Zentralstelle für das Bildungswesen im letzten Friedensjahr 1913/14 in Wien 1650 Einzelvorträge vermitteln konnte, waren es im ersten Kriegsjahr nur 364, im zweiten Kriegsjahr 246 und im dritten Kriegsjahr 178. Der Rückgang bei der Vermittlung von Vortragszyklen und Unterrichten ist noch bedeutender. Von der Abhaltung der Parteischule und der Wiener Arbeiterschule mußte während der ganzen Kriegszeit Abstand genommen werden. In der Provinz liegen die Dinge ähnlich. Die Mängel wurden teilweise dadurch wett gemacht, daß in den ersten zwei Kriegsjahren aktuelle Lichtbildervorträge vermittelt wurden, die großes Interesse fanden. Hervorzuheben ist noch, daß die Zentralstelle für das Bildungswesen nach der Auflösung des Vereines „Freie Volksbühne" in Wien ab Herbst 1915 eine Theaterabteilung eingerichtet hat.

Die „Bildungsarbeit", deren fünfter Jahrgang bei Kriegsausbruch abgeschlossen war, hat ihr Erscheinen vorläufig eingestellt und wird erst nach Eintritt normaler Verhältnisse wieder herauskommen.

Die Kinderfreunde.

In der Berichtsperiode hat sich auch eine neue Reichsorganisation gebildet, der Arbeiterverein „Kinderfreunde" für Oesterreich, der sich am 25. Februar 1917 zunächst durch Vereinigung der bestehenden Vereine in Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Brünn gebildet hat. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug bei Bildung der neuen Reichsorganisation etwa 6000. Sie ist bis zum 1. Oktober namentlich durch großen Zuwachs an Mitgliedern in Niederösterreich auf rund 10.000 angewachsen. Der Verein ist „ein nichtpolitischer Elternverein, dessen Zweck es ist, die Arbeiterschaft zusammenzufassen, damit sie aus gemeinsamer Kraft das geistige und leibliche Wohl ihrer Kinder so fördern könne, wie es dem einzelnen Elternpaar nicht möglich ist". Entsprechend diesem in den neuen Satzungen ausgesprochenen Zweck des Vereines und den durch den Krieg

geschaffenen Notwendigkeiten wendet der Verein seine ganze Aufmerksamkeit der körperlichen Ertüchtigung der Proletarierjugend zu. Auf diesem Gebiet hat er schöne Erfolge zu verzeichnen. Er hat im Bannkreis von Wien und Graz gegenwärtig je 3 Sommererholungsstätten und erhält in Wien gegenwärtig 10, in Graz 2 Tageserholungsstätten, und ist daran, bei gleichzeitigem Ausbau der großstädtischen Einrichtungen für die Gesundheit der Proletarierkinder solche auch in Provinzorten zu schaffen. Sein Hauptaugenmerk ist auf die Erwerbung oder langfristige Pachtung von Kinderschutzland gerichtet, dessen insbesondere die Großstädte entbehren. Dabei ist der Verein nach seinen Satzungen gehalten, sich diese Gründe „mit Hilfe der Gemeinden zu sichern, denen er durch diese Art Betätigung einen Teil ihrer Pflichten gegen die Glieder des Gemeinwesens abnimmt". Dadurch ist den proletarischen Gemeindevertretern der Kampf um die Erfüllung einer alten Forderung des Proletariats in den Bereich der Augenblicksarbeit gerückt. Die auf diesem Gebiet nötige Erziehungsarbeit an den bürgerlichen Gemeindeverwaltern besorgt der Verein, wo immer sich Ortsgruppen bilden, mit nötigem Nachdruck. Der Verein hat gegenwärtig 30 Ortsgruppen in Niederösterreich, 8 in Steiermark, 3 in Kärnten, 1 in Brünn und 1 in Linz. In Bildung begriffen sind Ortsgruppen in Innsbruck und Mährisch-Ostrau. Die Erholungsstättentätigkeit des Vereines ist als vorbeugende Arbeit gegen die Tuberkulose zu werten. Dies wurde auch dadurch anerkannt, daß dem niederösterreichischen Verein das Ministerium des Innern einen Staatsbeitrag zur Errichtung von Erholungsstätten in der Höhe von 40.000 Kr. für das Jahr 1917 bewilligt hat, die Krankenkassen Niederösterreichs bisher annähernd den Betrag von 12.000 Kr., die Hammerbrotwerke 10,000 Kr., und daß dem steirischen Verein außer den sehr namhaften Beträgen der Krankenkassen sowohl vom „Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Steiermark" als auch von der steiermärkischen Statthalterei namhafte Zuwendungen gemacht worden sind. In Brünn haben sich die „Kinderfreunde" in den Dienst der von der Brünner Bezirkskrankenkasse geschaffenen Kriegsküchenfürsorge gestellt. In Igls bei Innsbruck konnte der Verein heuer seine erste Ferienkolonie versammeln, in der Kinder aus allen Ortsgruppen Oesterreichs vereinigt waren. Die durchschnittliche Gewichtszunahme betrug dank der werktätigen Mithilfe der Tiroler Arbeiterbäckerei drei Kilogramm. So hat die „Kinderfreunde"organisation Anschlüsse an die Parteiorganisation gesucht und ebenso gefunden wie die öffentliche Anerkennung ihres Wirkens.

Parteipresse.

Begreiflicherweise hatte auch die Parteipresse unter dem Kriege sehr schwer zu leiden. Niemand bekam die Zensur stärker zu fühlen als unsere Zeitungen. Der weiße Fleck wurde eine ständige Einrichtung. Es wird noch an anderer Stelle ausführlich dargelegt werden, wie die Zensur in der Kriegszeit beschaffen ist. Eine solche Vergewaltigung der Presse wie in Oesterreich ist in keinem kriegführenden Lande zu finden.

Man begnügte sich nicht mit der Verhinderung jeglicher Kritik durch die Streichung von Artikeln, sondern unterdrückte mitunter die Zeitungen zur Gänze, so gleich bei Kriegsbeginn „Das Volk".

Andere Parteiblätter hatten dasselbe Schicksal. Es gab Verwarnungen und Einstellungen. Der Reichenberger „Vorwärts" wurde gleich nach Kriegsausbruch am 28. Juli 1914 eingestellt. An seiner Stelle ist ab 12. August 1914 die „Abendpost" erschienen, die seit 1915 als „Reichenberger Tagespost" sechsmal wöchentlich herauskommt. Am 13. Juni 1916

wurden die Teplitzer „Freiheit", der Karlsbader „Volkswille" und die Aschers „Wahrheit" wegen eines Artikels über den Erzherzog Friedrich für einen Monat eingestellt. An ihrer Stelle erschien von 27. Juni an die „Volkszeitung". Das Aussiger „Volksrecht" war vom 28. November 1916 bis 30. April 1917 behördlich eingestellt. Die Warnsdorfer „Volksstimme" wurde am 25. November 1916 für zwei Monate eingestellt, weil es die Nachricht vom Tode des Kaisers Franz Josef auf der zweiten Seite brachte. Die „Vorarlberger Wacht" war zweimal, im November-Dezember 1914 und März-April 1915, eingestellt.

Einige Aenderungen sind noch zu verzeichnen. Der Czernowitzer „Vorwärts" hat wenige Wochen nach Kriegsausbruch infolge der russischen Invasion sein Erscheinen eingestellt. Das Oderberger „Echo" und die Bielitzer „Volksstimme" wurden im dritten Quartal 1915 zu einem gemeinsamen Blatte verschmolzen, das unter dem Titel „Ostschlesische Volksstimme" erscheint. Die Linzer „Wahrheit" änderte ihren Titel in „Tagblatt" um und gibt die Sonntagsnummern auch als Kopfblatt „Salzkammergutbote" heraus. Der Linzer „Sozialdemokrat" stellte sein Erscheinen ein. In Wien erscheint die „A. Z. am Abend" als tägliches Blatt neu seit 17. September 1914. Einige Parteiblätter konnten ihre Erscheinungsweise in günstigem Sinne ändern. Die Teplitzer „Freiheit" erscheint statt dreimal wöchentlich, der Karlsbader „Volkswille" und die Ascher „Wahrheit" statt zweimal wöchentlich jetzt sechsmal wöchentlich. Der Bodenbacher „Nordböhmische Volksbote" erscheint statt zweimal dreimal wöchentlich.

Viele Redakteure und Verwaltungsbeamte unserer Parteiblätter mußten einrücken. Das hat die Aufrechterhaltung der Zeitungsbetriebe oft sehr erschwert. Niemals ist die sozialdemokratische Presse so notwendig gewesen wie in der Kriegszeit, nie hat sie eine größere Aufgabe zu erfüllen gehabt. Leider ist die Auflage der Blätter gesunken. Die folgende Tabelle gibt einen Ueberblick.

Ländesübersicht über die Parteipresse.

Land	Monatliche Durchschnittsauflage			
	Juli 1913 bis Juni 1914	Juli 1914 bis Juni 1915	Juli 1915 bis Juni 1916	Juli 1916 bis Juni 1917
Niederösterreich . . .	77.450	47.944	31.674	28.315
Oberösterreich . . .	9.350	8.863	8.514	6.939
Salzburg	1.800	2.286	1.751	1.411
Tirol	3.300	3.027	2.215	2.167
Vorarlberg	1.850	1.883	1.704	1.397
Steiermark, Kärnten .	32.000	29.656	22.903	22.644
Schlesien	3.750	3.077	2.686	2.420
Mähren	13.340	9.617	8.041	7.163
Böhmen	46.700	35.422	26.982	26.693
Zusammen . .	189.540	136.275	101.447	99.079
„Arbeiter-Zeitung" . .	53.000	110.000	105.000	103.000
„Arbeiterinnen-Zeitung"	30.000	16.000	16.000	24.500
„Das Volk"	80.000	—	—	—
Zusammen . .	353.140	262.275	222.447	226.579

Bei der Auflage der „Arbeiter-Zeitung" ist die der „A. Z. am Abend" mitgezählt.

Obwohl vom Anbeginn des Krieges betont wurde, daß die Verbindung mit den eingerückten Genossen aufrechterhalten werden soll, und obwohl manche Parteiblätter billige Feldpostabonnements eingeführt haben, ist die Verbreitung unserer Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, doch geringer geworden. Das ist um so trauriger, als die bürgerliche Schund- und Kriegshetzerpresse einen riesigen Aufschwung genommen hat. Die Verbreitung unserer Parteipresse muß unsere größte Sorge sein.

Parteibuchhandlung.

Die Wiener Volksbuchhandlung hat dank systematischer Arbeit im letzten Friedensjahr 1913/14 trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse den größten Umsatz seit Bestand des Geschäftes erzielt. Durch den Krieg wurde die günstige Entwicklung jäh unterbrochen. Der Umsatz ging wesentlich zurück, die Grazer Filiale mußte im November 1915 gesperrt werden. Im zweiten Kriegsjahr trat eine kleine Besserung ein, im dritten Kriegsjahr stieg der Umsatz wieder beträchtlich. Erfreulicherweise ist er im ganzen verhältnismäßig weit weniger stark zurückgegangen als die Zahl der Parteimitglieder. Die Verlagstätigkeit, die im letzten Friedensjahr stark gepflegt wurde, mußte im Kriege eingeschränkt werden. Die Herausgabe parteipolitischer Schriften gelang infolge der Zensurverhältnisse nur in ganz geringem Ausmaß. Auf dem Rechtsgebiet dagegen konnte durch die Herausgabe kleiner Schriften Namhaftes geleistet werden. Infolge der ungeheuer gestiegenen Papier- und Druckkosten mußten die Preise der neuen Schriften höher angesetzt werden als früher üblich. Auch die altgewohnten Preise der Kalender und der Maifestschriften ließen sich nicht mehr aufrechthalten. Von einer Herausgabe der Märzfestschrift mußte im Kriege Abstand genommen werden. Die „Glühlichter", deren Auflage bei Kriegsbeginn 19.000 betrug, erschienen, zuletzt mit einer Auflage von 8000 Exemplaren, bis Ende 1915. Sie hatten durch die Zensur ganz besonders zu leiden. Beim Verkauf sämtlicher Bücher und Schriften muß derzeit außer dem aufgedruckten Preis, gemäß einem Beschluß des Reichsvereines der Buchhändler, noch ein zehnprozentiger Teuerungszuschlag eingehoben werden.

Nach dem Kriege wird die Verbreitung der Parteiliteratur zu den wichtigsten Aufgaben gehören. Hiefür im Einvernehmen mit der Buchhandlung den geeigneten Apparat zu schaffen, wird den Organisationen obliegen.

Hier noch ein Bericht über die Verlagstätigkeit. (Die eingeklammerten Ziffern geben die Auflage an):

1913/14.

Bebel-Karten (10.000). — Bernauer, Mit roten Brillen (5000). — Danneberg, Das sozialdemokratische Programm (26. bis 35. Tausend). — Eichler, Erlebnisse eines Weltbummlers (8000). — Eichler, Aus meinem Abenteurerleben (8000). — Handbuch für Arbeiterbibliothekare (5000). — Hannisch, Lazarus' Liebe und Ehe (5000). — Höger-Bilder (500). — Höger-Karten (10.350). — Kalender 1914: Arbeiterkalender (28.200); Taschenkalender (35.000); Lichtstrahlenkalender (20.000); Holzarbeiterkalender (6000); Transportarbeiterkalender (2000). — Leuthner, Der Bankerott unserer Balkanpolitik (500). — Märzfestschrift 1914 (50.000). — Maifestschrift 1914 (50.000). — Oesterreichisches Proletarierliederbuch (15.000). — Parteitagsprotokoll 1913 (6000). — Petzold, Trotz alledem! (Gedichte, 2500). — Popp, Mädchenbuch (5000). — Praktischer Führer durch die österreichische Gesetzgebung: Heft 1, Wie fatiere ich? (45.000); Heft 2, Was zahle ich bei Geburten, Trauungen und

Begräbnissen dem Pfarrer? (20 000); Heft 3/4, Wie werde ich zuständig? (20.000). — Renner, Der Proporz in den Landgemeinden Niederösterreichs (3500). — Schuhmeier, Aus der Werkstatt des Klerikalismus (6. bis 10. Tausend der Neuauflage). — Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten, 3. Heft vom September 1912 bis Juni 1913 (5000). — Turnerliederbuch (10.000). — Was fordern die Sozialdemokraten von der Gemeinde? (10.000).

Kataloge: Verlagsverzeichnis (10.000). — Was sollen wir lesen? Verlags- und Sortimentskatalog (13.000). — Verlagskatalog (5000). — Weihnachtskatalog (5000). — Antiquariatskatalog Nr. 5 (5000).

1914/15.

Danneberg, Die Rekrutenschulen der internationalen Sozialdemokratie (5000). — Kalender 1915: Arbeiterkalender (30.000); Taschenkalender (30.000); Holzarbeiterkalender (3000); Lichtstrahlenkalender (17.000). — Kriegsvorschriften (55.000). — Maifestschrift 1915 (34.000). — Praktischer Führer: Heft 5, Die Ansprüche der Soldaten und ihrer Hinterbliebenen (einschließlich der Kriegsvorschriften, 66. bis 70. Tausend); Heft 6, Die Arbeiter unter den Kriegsgesetzen (5000). — Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten, 4. Heft von Oktober 1913 bis Mai 1914 (5000). — Zar (Spottkarte, 5000).

1915/16.

Bermann, Die Rechte der eingerückten Angestellten (2300). — Kalender 1916: Arbeiterkalender (16.000); Taschenkalender (13.000); Holzarbeiterkalender (2000). — Maifestschrift 1916 (30.000). — Praktischer Führer: Heft 5, Die Ansprüche der Soldaten und ihrer Hinterbliebenen (71. bis 75. Tausend); Nachtrag zu Heft 5 (5000); Heft 7/8, Wie heirate ich? (5000). — Renner, Oesterreichs Erneuerung, erster Band (8000). — Winarsky-Karten (8000).

Kataloge: Weihnachtskatalog 1915 (5000).

1916/17.

Braun, Die Zukunft der Deutschen Sozialdemokratie (2000). — Danneberg, Die Sozialdemokratie im zweiten Kriegsjahr (3300). — Danneberg, Politik und Volkswirtschaft im dritten Kriegsjahr (3000). — Kalender 1917: Arbeiterkalender (16.000); Taschenkalender (20.000); Holzarbeiterkalender (2000). — Krieg und Absolutismus, Reden von Seitz und Renner (50.000). — Maifestschrift 1917 (30.000). — Müller, Die Tabakvergiftung (3000). — Popp, Krieg, Frauen und Sozialdemokratie (1000). — Posttarif (500). — Praktischer Führer: Heft 1, Wie fatiere ich? (46. bis 50. Tausend); Heft 5, Die Ansprüche der Soldaten und ihrer Hinterbliebenen (76. bis 80. Tausend); Neuer Nachtrag zu Heft 5 (3000); Heft 6, Die Lohn- und Beschwerdekommissionen (einschließlich „Die Arbeiter unter den Kriegsgesetzen", 6. bis 10. Tausend); Heft 9, Der Mieterschutz (5000); Heft 10/11, Der neue Arbeitsvertrag (5000). — Renner, Oesterreichs Erneuerung, zweiter Band (4000). — Renner, Oesterreichs Erneuerung, dritter Band (4300).

Kataloge: Verzeichnis der Kriegsliteratur bis Juli 1916 (5000). — Weihnachtskatalog 1916 (3000). — Verzeichnis von 800 guten Büchern zu herabgesetzten Preisen (10.000).

Gewerkschaftsorganisation.

Die Gewerkschaftsbewegung wurde, wie nicht anders zu erwarten, hauptsächlich durch die massenhaften Einberufungen ihrer Mitglieder zum Kriegsdienst besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Trotzdem hat sie die schwere Probe zur Gänze bestanden. Die Zahl der Zentralorganisationen hat sich während der drei Kriegsjahre nur ganz unwesentlich — von 60 am Ende des Jahres 1913 bis auf 56 zu Ende 1916 — verringert. Die Zahl der Ortsgruppen ist im gleichen Zeitraum zwar in wesentlich stärkerem Verhältnis — von 4189 auf 2346 — zurückgegangen; doch erklärt sich dies zum großen Teil nicht aus der Verringerung der Mitgliederzahlen, sondern mehr aus der zeitweiligen Besetzung weiter Staatsgebiete durch den

Feind, die naturgemäß die vollständige Einstellung aller Organisationstätigkeit zur Folge hatte. Der Einfluß, den der Krieg auf die Mitgliederbestände ausübte, ist deutlich aus folgenden Zahlen erkennbar. Es betrug die Zahl der

am Ende des Jahres	männlichen	weiblichen	sämtlichen
	Mitglieder		
1913	372.216	42.979	415.195
1914	210.421	30.260	240.681
1915	151.424	25.689	177.113
1916	138.789	28.148	166.937

Die starke Verminderung der männlichen Mitglieder mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen. Bedenkt man jedoch, daß die Zahl der zum Kriegsdienst einberufenen Gewerkschaftsmitglieder bereits Ende 1915 über 200.000 betrug und seitdem, insbesondere wegen der im Jahre 1916 erst zur Wirksamkeit gekommenen Ausdehnung der Landsturmpflicht bis zum 50. Lebensjahr, eine weitere wesentliche Vergrößerung erfuhr, so wird man sich die Verminderung der Mitgliederzahlen schon rascher erklären. Als erfreulich ist die Tatsache zu vermerken, daß bei den weiblichen Mitgliedern nach dem Rückgang während der ersten zwei Kriegsjahre im Jahre 1916 bereits wieder eine Zunahme wahrnehmbar ist.

Entsprechend der Mitgliederbewegung war auch die Finanzgebarung der Gewerkschaften während der Kriegszeit. Sie gestaltete sich wie folgt:

im Jahre	Einnahmen	Ausgaben
	Kronen	
1913	10,036.521·75	10,058.297·89
1914	8,274.012·99	9,922.301·39
1915	4,979.997·39	4 935.550·57
1916	4,636.393·84	4 466.660·39

Die ersichtliche Besserung, die es bewirkte, daß in den beiden letzten Jahren im Gegensatz zum ersten Kriegsjahr bereits wieder ein Ueberschuß erzielt wurde, ist auf die fortschreitende Verminderung der Unterstützungsausgaben, insbesondere solcher für Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Diese Verminderung kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Es verausgabten sämtliche Gewerkschaften

im Jahre	für Unterstützungen im allgemeinen	für Arbeitslosenunterstützung
	Kronen	
1913	4,616.929·37	2,204.891·09
1914	5,013 659·35	3,023,780·11
1915	1,801.193·77	504.617·65
1916	1,578.944·15	260.575·49

Entsprechend dieser relativ günstigen Finanzgebarung gestalteten sich auch die Vermögensbestände (ausnahmlich der Bestände für Lohnkämpfe), die am Ende des Jahres 1916 bereits höher als unmittelbar vor dem Kriege waren. Sie betrugen (in runden Summen):

Ende	Kronen
1913	14,735.000
1914	13,734.000
1915	14,257.000
1916	14,991.000

Zeigen schon die vorstehenden Zahlen dem objektiv Urteilenden an, daß die Gewerkschaften, wie nicht anders zu erwarten, durch den Krieg wohl geschwächt, durchaus aber nicht in ihrer Entwicklung oder in ihrer Tätigkeit dauernd behindert werden konnten, so ist dies noch mehr zu erkennen aus der Art und dem Umfang ihrer Wirksamkeit. Diese hat zwar unter dem Zwang

der Verhältnisse eine wesentliche Wandlung erfahren. Die Unterstützungstätigkeit hat hauptsächlich infolge des stetig zunehmenden Arbeitermangels und der damit verbundenen Eindämmung der Arbeitslosigkeit eine wesentliche Beschränkung erfahren. Auf dem Gebiet der Lohnkämpfe mußten die Gewerkschaften dem Druck des Kriegsdienstleistungsgesetzes Rechnung tragen. Daß aber hiebei den Interessen der Arbeiter nach Möglichkeit entsprochen wurde, beweisen die in fast allen Berufen von den Gewerkschaften erkämpften, stellenweise recht beträchtlichen Lohnerhöhungen, mit welchen es erst den Arbeitern ermöglicht wurde — wenn auch noch immer mehr schlecht als recht — dieser sonst unerträglichen Teuerung aller Lebensbedürfnisse standzuhalten. Soweit Lohnerhöhungen im entsprechenden Umfange nicht zu erzielen waren, ist allerdings selbst dieses bescheidenste und knappste Standhalten nicht zu erzielen gewesen. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen um entsprechende Lohnerhöhungen und hinübergreifend auf die Teilnahme der Gewerkschaften an der sozialen Gesetzgebung und Verwaltung ist die Schaffung der Lohn- und Beschwerdekommissionen für militarisierte Betriebe zu nennen, denen eine gewisse prinzipielle Bedeutung zukommt, da mit dieser Schaffung der erste praktische Eingriff des Staates in Oesterreich in das Lohnverhältnis erfolgte.

Genossenschaftsbewegung.

Als der Krieg ausbrach, befand sich die Genossenschaftsbewegung in einer schweren Krise, die zunächst durch die Aenderung der Wirtschaftslage noch verschärft wurde. Im Kriege hatten dann die Konsumvereine besondere große Aufgaben zu erfüllen. Bei der öffentlichen Regelung des Warenverkehrs und der Warenverteilung hat man ihnen oft die größten Schwierigkeiten bereitet, obwohl sie gerade jetzt von entscheidender Bedeutung geworden sind. Wie nützlich sie wirken, zeigt die Tatsache, daß ihre Bruttoergebnisse und Reingewinne gegenüber denen der Friedenszeit fast gar nicht gestiegen sind, ja daß, an dem Jahresumsatz gemessen, die Reingewinne sogar um 2 Prozent zurückgegangen sind — dies in der Zeit der größten Preistreiberei und des Wuchers! Würden nicht die äußeren Umstände zu einer Sperrung der Mitgliederaufnahme geführt haben, so könnten die Konsumvereine heute eine sehr große Steigerung der Mitgliederzahl aufweisen. Ueber den Stand der Konsumvereinsbewegung gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Jahr	Verein	Berichtende Vereine	Mitgliederzahl	Warenumsatz	Bruttoertrag	Reingewinn
1913 . .	463	425	300.934	97,753.641	14,076.074	4,507.663
1914 . .	446	406	298.605	94,891.566	13,709 161	4,144.006.
1915 . .	416	399	314.814	101,826.509	13,504.831	4,196.298
1916 . .	428	400	337.003	121,532.139	14,542.337	4,378.250

Die Produktivgenossenschaften haben infolge von Heereslieferungen eine beträchtliche Steigerung ihres Umsatzes zu erreichen vermocht. Ueber ihren Stand unterrichtet folgende Tabelle:

	1913	1914	1915	1916
Verbandsangehörige Produktivgenossenschaften	32	29	29	26
Berichtende Produktivgenossenschaften	30	27	27	25
Mitgliederanzahl	2137	2079	1982	1933
		Kronen		
Umsatz	5,816.454	6,773.855	8,399.259	8,754.698
Reingewinn	112.607	157.341	222.242	319.131

Außerordentlich große Schwierigkeiten müssen die Bau- und Wohnungsgenossenschaften überwinden, deren Tätigkeit jetzt vielfach lahmgelegt ist. Ueber ihren Stand gibt folgende Uebersicht Auskunft:

	1913	1914	1915	1916
Angehörige Bau- u. Wohnungsgenossenschaften	25	28	27	26
Berichtende Bau- u. Wohnungsgenossenschaften	15	15	15	16
Mitglieder	2344	2344	2344	3352
		Kronen		
Genossenschaftliches Anteilekapital	759.613	828.850	632.148	853.557
Reservefonds	31.961	38.446	37.712	44.811
Realbesitz	3,532.367	4,809.879	3,177.977	5,592.021
Grundbesitz	1,458.528	1,194.008	669.161	1,180.386

All die genannten Genossenschaften gehören dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine in Wien an und sind zum überwiegenden Teil deutsch, wie nachstehende Aufstellung zeigt:

	Genossenschaften insgesamt	deutsche	tschechische	polnische	italienische	slowenische	rumänische
1914	508	379	82	24	10	11	2
1915	476	369	75	19	9	11	2
1916	484	374	73	17	9	11	—

Der Zentralverband gibt das Verbandsorgan in drei Sprachen heraus. Die polnische Ausgabe wurde eingestellt. Als Agitationsblatt erscheinen nach wie vor „Die Hausmütter".

Der Warenverkehr für die Konsumvereine wird zu einem großen Teil durch die Großeinkaufsgesellschaft besorgt, deren Entwicklung in der Kriegszeit aus nachstehenden Ziffern ersichtlich ist:

	Warenumsätze	Spareinlagen	Reingewinn
		in Kronen	
1913	26,348.429	2,027.611	152.408
1914	25.525.858	1,461.186	79.839
1915	28,928.296	1,281.959	106.829
1916	50,092.772	2,359.537	340.138

Alles in allem verspricht die Genossenschaftsbewegung, die durch Schaffung von Kreisverbänden und Bezirkskonsumvereinen reorganisiert wird, sich sehr günstig zu entwickeln.

Unsere Toten.

Ueberaus schwere Opfer hat uns der Krieg schon gekostet. Unaufhörlich kommen Nachrichten über den Tod von Parteigenossen, die in unseren Reihen gewirkt haben. Aber auch im Hinterland sind in den letzten bitteren Jahren viele von uns geschieden. Sie alle hier zu nennen und ihre Verdienste zu schildern, ist unmöglich. Nur einige seien angeführt, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen besonderen Platz beanspruchen dürfen.

Am 17. Oktober 1913 starb im 66. Lebensjahr Karl Höger, dessen geschichtliches Verdienst es ist, die Buchdrucker ins Lager der Sozialdemokratie geführt zu haben. Am 27. November 1914 starb im 57. Lebensjahr Leo Walecka, der langjährige Sekretär der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, in den Achtzigerjahren einer der wich-

tigsten Vertrauensmänner der Radikalen. Am 14. Dezember 1914 erlag Anton Weigunn im 63. Lebensjahr einem Schlaganfall. Er war einer der Referenten auf dem Hainfelder Parteitag und ein Vorkämpfer der alpenländischen Arbeiter. Am 22. November 1915 starb Genosse Leopold Winarsky, einer unserer Parteisekretäre, im 42. Lebensjahre. Der Tod dieses rastlosen Mannes bedeutet für die Partei einen überaus schweren Verlust. Am 13. Mai 1916 schied Genosse Ignaz Brand, der Gründer unserer Parteibuchhandlung, im 72. Lebensjahr freiwillig aus dem Leben. Am 8. März 1917 starb Heinrich Gehrke, einer der Angeklagten im Wiener Hochverratsprozeß, im 82. Lebensjahr. Am 12. März 1917 verschied im 63. Lebensjahr Genosse Anton Schrammel, seit langen Jahren Mitglied des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission, einer der bewährtesten Männer der österreichischen Arbeiterschaft. Am 27. Juli 1916 starb im 41. Lebensjahr in einem Züricher Spital der österreichische Genosse Gustav Eckstein. Er wirkte im Ausland als Redakteur der „Neuen Zeit" und war ein sehr bedeutender Theoretiker.

Auch unsere Bruderparteien erlitten in den letzten Jahren schwere Verluste. Mit den Arbeitern Frankreichs trauern wir um Jaurès und Vaillant, mit den Arbeitern Englands um Keir Hardie, mit den Arbeitern Serbiens um Tutzowits, der im Kriege gefallen ist.

Wenige nur können wir hier nennen. Aber nicht nur ihnen, sondern all den Braven, die ihr Bestes für die Sache der Arbeiterschaft und des Sozialismus geleistet haben, gilt unser Gedenken.

Ferdinand Skaret
Parteisekretär.

Bericht des Parteikassiers

für die Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1917.

I. Allgemeine Kassengebarung.

	Kronen
Die Gesamteinnahmen betrugen	590.212·64
Die Gesamtausgaben betrugen	583.433·54
Kassensaldo am 1. Juli 1917	6.779·10

Detailausweis.

A. Einnahmen:

	Kronen
Saldo per 1. Juli 1913	20.195·41
Saldo des Wahlfonds am 1. Juli 1913	9.674·29
Einnahmen des Parteifonds (ordentliche und außerordentliche)	352.651·51
Schenkungen und Erbschaften	56.236·46
Maizeichen	5.718·70
Zinsen	8.824·22
Sonstige Einnahmen	16.873·54
Einnahmen des Wahlfonds	120.038·51
Zusammen	590.212·64

B. Ausgaben:

	Kronen
Subventionen an Vertrauensmänner und Parteisekretariate	58.890·34
Unterrichtsorganisation	21.343·36
Jugendorganisation	15.540·20
Frauenorganisation (Subvention und Markenverrechnung)	27.558·89
Versammlungen	2.752·89
Delegationen	8.481·12
Allgemeine Agitation	567·62
Parteitag und Reichskonferenzen	11.267·39
Gesamtexekutive	1.210·—
Internationales Büro	6.108·91
Internationaler Kongreß	4.727·44
Archiv und Bibliothek	11.107·33
Prozeßkosten	3.110·01
Pensionen	6.550·—
Witwenunterstützungen	1.320·—
Parteikontrollspesen	9.029·40
Diverse Unterstützungen	8.746·32
Gehalte und Remunerationen	144.416·95
Miete, Beleuchtung und Beheizung	15.100·—
Drucksachen, Porto und Telephon	3.670·80
Kanzleierfordernisse	5.281·70
Hilfspersonal	92·40
Kranken- und Pensionsversicherung	15.118·51
Steuer	3.018·38
Diverse Ausgaben	4.068·61
Vorschüsse	5.841·46
Parteisteuerregie (Marken und Legitimationen)	7.568·46
Maizeichen	2.855·13
Parteiunternehmungen	33.540·—
Darlehen und Bankeinlagen	117.945·47
Ausgaben des Wahlfonds	26.604·45
Gesamtsumme der Ausgaben	583.433·54

Die Ausgaben für Agitation und verschiedene Arten von Unterstützungen verteilen sich auf die Kronländer folgendermaßen:

	Kronen
Niederösterreich	5.740·98
Oberösterreich	703·16
Salzburg	2.313·40
Tirol	4.539·70
Vorarlberg	2.200·60
Steiermark	339·—
Böhmen	31.953·16
Mähren	20.118·55
Schlesien	9.009·21
Bukowina	1.070·—
Kärnten	275·60
Krain	85·80
Küstenland	6·—
Ausland[1]	8.838·88

Ferner wurden abgegeben an die einzelnen Bruderparteien:

	Kronen
Tschechische Zentralisten	317·—
Tschechische Autonomisten	792·50
Italienische Sozialdemokraten	423.20
Slowenische Sozialdemokraten	113·—
Kroatische Sozialdemokraten	1.317·40
Bosnische Sozialdemokraten	317·40
Polnische Sozialdemokraten	90·—

II. Wahlfonds.

(§ 19 des Organisationsstatuts.)

	Kronen
Saldo am 1. Juli 1913	9.674·99
Einnahmen	120.038·51
Zusammen	129.713·50
Ausgaben	26.604·45
Saldo am 30. Juni 1917	103.109·05

Der Parteikassier:

Dr. W. Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:

Abram Simon, Beer Heinrich, Czech Dr. Ludwig, Gruber Josef, Jokl Hans, Muchitsch Vinzenz, Preußler Robert, Schäfer Anton, Seliger Josef, Widholz Laurenz.

[1] Für Galizien, Ungarn, Kroatien und Slawonien.

Anhang.

Die Beschlüsse der Reichskonferenzen.

1. Reichskonferenz am 15. und 16. Mai 1915.

Resolution über die politische Lage.

Die Reichskonferenz erblickt in der schweren auswärtigen Krise des Reiches sowohl die allgemeine Wirkung der imperialistischen Ausdehnungs- und Rüstungspolitik und der agrarischen Absperrungstendenzen als auch die Folge der maß- und verantwortungslosen Völkerverhetzung des nationalen Chauvinismus.

Diese Krise hat alle Völker Oesterreich-Ungarns in den Zustand der Notwehr versetzt, in die Zwangslage, den weststaatlichen Wirtschafts-, Rechts- und Kulturboden gegen die Eroberungssucht des Zarismus zu verteidigen. Die Notwendigkeit gemeinsamer Abwehr drängt für den Augenblick die politische Friedensarbeit zurück.

Die Reichskonferenz erklärt es jedoch schon heute für notwendig, nach Abschluß des Krieges und der Erringung des heißersehnten Friedens für ganz Europa die innere Verfassungsarbeit in Oesterreich-Ungarn im Sinne der Demokratie und der nationalen Autonomie tatkräftig aufzunehmen, wodurch allein der verheerende nationale Chauvinismus überwunden, die Wiederkehr kriegerischer Gefährdung verhütet und die Bahn für die soziale Gesetzgebung und kulturelle Erneuerung freigemacht werden kann.

In dieser schicksalsschweren Entscheidungsstunde bekundet die Reichskonferenz im Sinne und in Bestätigung der Beschlüsse, die von den Vertretern der deutschen sowie der österreichischen und ungarischen Sozialdemokratie auf ihrer Wiener Zusammenkunft vom 13. April gefaßt worden sind, den entschiedenen Friedenswillen des österreichischen Proletariats.

Resolution über die Organisation.

Die Reichskonferenz nimmt den Bericht über den derzeitigen Stand der Organisation und Parteipresse zur Kenntnis.

Sie macht es allen Landes-, Kreis- und Bezirksvertrauensmännern zur Pflicht, die Organisation in den Parteiorten innerhalb ihres Organisationsbereiches auch in der Zeit des Krieges nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern weiter auszubauen.

Hiezu ist in erster Linie notwendig, daß an Stelle abgereister oder einberufener Vertrauensmänner sofort geeigneter Ersatz geschaffen werde und daß säumige oder ausgeschiedene Mitglieder, soweit es ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, zur Fortzahlung ihrer Beiträge oder zum Wiedereintritt in die politische Parteiorganisation aufgefordert werden.

Resolution über die Versorgung der Militärinvaliden, Witwen und Waisen.

Die geltenden Gesetze über die Versorgung der Militärinvaliden, Witwen und Waisen sind durchaus unzulänglich. Das Zustandekommen dieser Gesetze fällt in eine Zeit, in welcher weder Regierung noch Parlament in der Lage waren, die ungeheuren Opfer an Leben und Gesundheit, die der Krieg der Bevölkerung auferlegt, auch nur annähernd zu schätzen. Es ist daher eine der dringendsten, absolut

unaufschiebbaren Pflichten der Regierung und Gesetzgebung, unverweilt eine menschenwürdige Versorgung der invalid gewordenen Militärpersonen und Kriegsdienstleister sowie deren Witwen und Waisen im Gesetzeswege zu schaffen.

Für die Aenderung der Militärversorgungsgesetze stellt die Konferenz nachstehende Forderungen:

Anspruch auf eine Pension sollen alle Militärpersonen und Kriegsdienstleister haben, und zwar ohne Rücksicht auf die Dauer der Militärdienstzeit, bei eingetretener Verminderung ihrer Erwerbsfähigkeit, die infolge einer Verwundung, der Kriegsstrapazen oder einer während der Kriegsdienstleistung erworbenen oder in ihrer Entwicklung geförderten Krankheit entstanden ist. Die Militärpensionen sollen nach Maßgabe der Einbuße der Erwerbsfähigkeit nach vier Verluststaffeln (25, 50, 75 und 100 Prozent) bemessen werden. Das Höchstausmaß dieser Pension soll bei hundertprozentiger Erwerbsunfähigkeit mindestens 75 Prozent des im Zivilberuf zuletzt bezogenen Jahresarbeitsverdienstes oder Jahreseinkommens betragen. Uebersteigt der Jahresarbeitsverdienst oder das Jahreseinkommen den Betrag von 5000 Kr., so hat der Mehrertrag außer Berechnung zu bleiben.

Für die Angehörigen von Militärpersonen oder von zur Kriegsdienstleistung herangezogenen Personen, die gestorben sind, wobei es gleichgültig ist, ob der Verstorbene unmittelbar vor dem Feinde gefallen ist, ob er infolge einer Verwundung mit dem Tode abging oder ob die Gesundheitsschädigung, die den Tod zur Folge hatte, in Ausübung eines Kriegsleistungsdienstes erfolgte, sollen Pensionen gewährt werden.

Als Angehörige sind zu betrachten: die Ehefrau oder die im gemeinsamen Haushalt lebende Frau, eheliche, uneheliche und Stiefkinder sowie Aszendenten.

Die Witwe oder die Frau, die mit dem Verstorbenen im gemeinsamen Haushalt lebte, soll eine Pension in der Höhe von 40 Prozent seines Jahresarbeitsverdienstes oder Jahreseinkommens erhalten. Die ehelichen oder unehelichen Vollwaisen bis zum achtzehnten Lebensjahr 30 Prozent, die Halbwaisen bis zum gleichen Lebensjahr 20 Prozent, die Aszendenten, wenn der Verstorbene ihren Lebensunterhalt zum überwiegenden Teil bestritten hat, bis zu ihrem Tode oder bis zum Wegfall der Bedürftigkeit 20 Prozent des obgenannten Verdienstes oder Einkommens.

Die Renten der Frau und der Kinder sollen zusammen 75 Prozent des anrechenbaren Verdienstes nicht übersteigen. Im Falle der Wiederverehelichung erhält die Witwe den dreifachen Betrag ihrer Jahrespension als Abfertigung.

Der Aufwand, den diese Aenderung des Gesetzes über die Militärversorgung erfordert, darf auf keinen Fall das Zustandekommen des Sozialversicherungsgesetzes verzögern, vielmehr muß dieses Gesetz als Träger der Militärpensionsgesetze gelten und es ist daher ehestens in Kraft zu setzen. Die zur Nachbehandlung der Militärinvaliden geschaffenen Anstalten zur Beseitigung körperlicher Schäden, welche die Erwerbsfähigkeit herabmindern, haben in die Verwaltung der Sozialversicherungsinstitute zu übergehen. Für die in Erfüllung der Kriegsdienstpflicht erkrankten Personen haben die gesetzlich eingerichteten Krankenkassen das Heilverfahren zu übernehmen, dessen Kosten ihnen aus Staatsmitteln rückzuerstatten sind.

Die gesetzliche Regelung über die Militärversorgung soll in Oesterreich und Ungarn nach gleichen Grundsätzen erfolgen, wobei die finanziellen Mittel jeder der beiden Staaten gesondert aufzubringen hat.

Die Entscheidung über Streitigkeiten, die aus dem Anspruchsrecht auf Militärpensionen entstehen, soll durch die für die Sozialversicherung in Aussicht genommenen Schieds- und Obergerichte unter dem Vorsitz richterlicher Beamter erfolgen und es ist den Interessenten in diesen Gerichtshöfen eine entsprechende Vertretung einzuräumen.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, alle ihm geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen, um Regierung und Parlament zur Erfüllung ihrer Versorgungspflicht gegenüber den Militärinvaliden, Witwen und Waisen zu veranlassen.

Resolution über die Volksernährung.

Der jähe Ausbruch des Krieges, die Sperrung der überseeischen Zufuhr, die Unterbrechung der Einfuhr aus den Nachbarländern und die augenblickliche Störung des Verkehrs im Innern haben tiefgreifende und rasche Vorkehrungen der Staats-

verwaltung gegen Not und Teuerung zur obersten Aufgabe der inneren Regierung gemacht. Der Parteivorstand und der Vorstand des Klubs der Abgeordneten haben schon in den ersten Kriegsmonaten die hiezu nötigen Maßnahmen vorgeschlagen und betrieben. Die Konferenz beklagt es, daß diese Maßnahmen infolge der Schwäche und Unentschlossenheit der österreichischen Regierung sowie der unglückseligen staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen beiden Reichshälften zum Teil bis tief in die Frühjahrsmonate verzögert, zum Teile aber halbschlächtig und zaghaft durchgeführt worden sind. Das Versagen der Regierung und der Verwaltung ist dadurch mit zur Ursache der weit über das unvermeidliche Maß hinaus verschärften Knappheit und Teuerung der Lebensmittel geworden.

Um die Fortdauer dieser Zustände, insbesondere der Teuerung, die für die arbeitenden Massen ganz unerträglich, für die Volksgesundheit und Volkszukunft zur direkten Gefahr geworden ist, zu verhüten, fordert die Konferenz vor allem die energische und rechtzeitige Sicherstellung der neuen Ernte und ihre planmäßige Verteilung auf das folgende Konsumjahr und beschließt daher:

I. Getreidemonopol.

Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist von der Regierung auf neue gesetzliche Grundlagen zu stellen, so daß sie das Monopol des Getreidehandels in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern besitzt. Die gesamte neue Ernte an Weizen, Roggen, Gerste, Mais und Hafer gilt als für die Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschlagnahmt. Der Anstalt wird ein unverzinslicher Fonds von 50 Millionen Kronen zur Führung der Geschäfte zugewiesen.

II. Die neue Ernte.

Behufs Vorsorge für die neue Ernte wird die Regierung aufgefordert:

a) die Erhebung der Anbauflächen und der Erntetermine sofort anzuordnen, periodisch Saatenstandsberichte einzuholen und die Produzenten zur unverzüglichen Anzeige der Erntemengen zu verhalten;

b) als Höchstpreise für die Körnerfrüchte der neuen Ernte die Höchstnotierungen der Ernteperiode Juli 1913 bis Ende Juni 1914 festzusetzen; weiter

c) mit der ungarischen Regierung Verhandlungen zu pflegen, durch welche die Einfuhr ungarischer Brotfrucht und Mahlprodukte in jenem Prozentverhältnis sichergestellt wird, welches dem fünfjährigen Durchschnitt der nach der Zwischenverkehrsstatistik eingeführten Mengen im Hinblick auf das diesjährige Ernteergebnis entspricht; ferner

d) mit dem Kriegsministerium und der ungarischen Regierung zu vereinbaren, daß der voraussichtliche Militärbedarf auf die beiden Reichshälften nach den tatsächlichen Ernteergebnissen aufgeteilt, in regelmäßigen Zeitabschnitten von der Militärverwaltung angemeldet und von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bereitgestellt wird; endlich

e) behufs Abkürzung der Verhandlungen mit Ungarn und Regelung des Verkehrs mit dem Zollausland eine Vereinbarung zu treffen, durch die nach dem Muster der ständigen Zoll- und handelspolitischen Konferenz oder der Permanenzkommission für Handelswerte eine ständige gemeinsame Getreideverkehrskommission mit voller an sie delegierten Beschlußgewalt eingerichtet wird.

III. Kartoffelversorgung.

Die Regierung ist aufzufordern, eine Kartoffelverkehrsanstalt zum Ausgleich von Bedarf und Vorrat auf Grundlage der neuen Ernte zu errichten, für Kartoffeltrocknungsanlagen und für entsprechend billige Vermahlung zu Kartoffelmehl vorzusorgen; ferner die Höchstpreise für Kartoffeln neuer Ernte mit Unterscheidung der Preise für Futter-, Früh- und Spätkartoffeln festzusetzen.

IV. Vorsorge für Fleisch und Vieh.

Behufs Verbesserung der Fleischnahrung sowie Erhaltung und Nachzucht unseres Viehstandes wird außer der strikten Durchführung aller bisher erlassenen Verordnungen insbesondere gefordert:

a) ein generelles Ausfuhrverbot für sämtliche Lebensmittel und Viehgattungen;

b) die ausschließliche Widmung der Staats- und Fondsgüter zu Zuchtanstalten für Pferde, Rinder und Kleinvieh;

c) die Ausgestaltung der Viehfutterzentrale als Zentralanstalt für Beschaffung von Futtermitteln aller Art, insbesondere von Kraftfutter;

d) die Sicherung der Alpenweiden und der bäuerlichen Wald- und Weideservituten;

e) die Inangriffnahme der Kunstfuttererzeugung, insbesondere der Hefeeiweißgewinnung durch den Staat und die Kronländer;

f) die Veranlassung der Kommunen zur Errichtung von Mastanstalten und zur Erzeugung von Dauerware;

g) die freie Einfuhr von Vieh und Fleisch, insbesondere die Einfuhr von Gefrier- und Kühlfleisch und die Beistellung von Kühlwagen;

h) die Organisation der Seefischzufuhr.

V. Volksernährungsbeirat.

Die Regierung ist aufzufordern, unverzüglich einen Volksernährungsbeirat im Ministerium des Innern zu schaffen, in den zur Wahrung der Interessen der Verbraucher Vertreter der größeren Städte und der organisierten Konsumenten berufen werden.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, die Vertreter der Partei in den Landtagen und Gemeinden und die in die freien Hilfsorganisationen und Beiräte berufenen Parteigenossen werden beauftragt, für die Durchführung dieser Beschlüsse einzutreten.

2. Reichskonferenz (25. bis 28. März 1916).

Parteitätigkeit.

Die Reichskonferenz nimmt den Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten genehmigend zur Kenntnis. Sie beauftragt beide Körperschaften, ihre Aktionen unermüdlich fortzusetzen, insbesondere fordert sie energische Maßnahmen:

1. gegen die immer unerträglicher werdende Teuerung aller Lebensmittel und gegen die mangelhafte Organisation der Volksernährung;

2. zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, insbesondere durch Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren mit den Erwachsenen;

3. zur Erhaltung der früheren Erfolge gewerkschaftlicher Kämpfe durch energischen Schutz der Arbeiterrechte in den militarisierten Betrieben.

Die Reichskonferenz macht es allen Landes-, Kreis- und Bezirksvertrauensmännern zur Pflicht, ihre ganze Kraft für die Erhaltung und für den Ausbau der Parteiorganisation einzusetzen und unermüdlich für die Verbreitung der Parteipresse tätig zu sein. Die sozialdemokratische Werbe- und Aufklärungsarbeit muß auch in der schweren Zeit des Krieges mit aller Energie fortgesetzt werden.

Sozialversicherung und Kriegerfürsorge.

Unermeßlich sind die Opfer an Leben und Gesundheit, die der Krieg den Völkern auferlegt hat. So schwer erträglich aber auch die Gegenwart ist, das künftige Schicksal der Massen bereitet noch schwerere Sorgen: Hunderttausende hoffnungsvoller Leben sind auf den vielen Schlachtfeldern vernichtet oder unheilbar geschädigt worden, viele Tausende kehren als Krüppel oder mit tückischen Krankheiten behaftet heim, entbehren aber einer ausreichenden Versorgung, die auch den Familien der im Felde gestorbenen Krieger und der Kriegskrüppel fehlt.

Die Bevölkerung im Hinterland leidet schwer durch Ueberarbeit und Unterernährung, der Jugend droht die Gefahr der Verwahrlosung, der Mangel eines zureichenden Schutzes für Mütter und Säuglinge hindert die Volksvermehrung, fördert die Kindersterblichkeit. Nach dem Kriege werden sich diese Kriegswirkungen noch mehr fühlbar machen, weil die Arbeitslosigkeit, die bei der Neuorientierung unserer Industrie zu befürchten ist, eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft herbeiführen wird.

Es muß daher eine umfassende und wirksame Hilfsaktion eingeleitet werden, die sich notwendig auf die Einrichtungen der Sozialversicherung stützen muß, deren Stand in Oesterreich leider ein völlig unzureichender ist, weil ihr Ausbau und ihre Vervollkommnung in der Zeit des Friedens arg vernachlässigt wurden. Wer ist besser in der Lage, die Mängel unserer Volksgesundheit, die Leiden der Bevölkerung zu beurteilen und Maßnahmen zu deren Beseitigung vorzuschlagen, als jene Institute, deren Hilfe und Rat die Bevölkerung in Zeiten der Not anspricht. Ein Heer von geschulten Beamten und Aerzten steht bereit, sich in den Dienst der Fürsorgeaktion zu stellen, der Staat schaffe nur die Mittel und Betätigungsmöglichkeiten.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs stellt daher nachstehende Forderungen:

Die Krankenversicherung ist ungesäumt zu reorganisieren und deren Sach- und Geldleistungen den veränderten Lebens- und Gesundheitsverhältnissen entsprechend auszugestalten. Die Beseitigung aller Kassen, die weniger als tausend Mitglieder zählen, ist unbedingt erforderlich, um der weitgehenden Zersplitterung in der Organisation der Krankenversicherung, die jede Leistungsfähigkeit erschwert, ja vielfach unmöglich macht, entgegenzuwirken. Um eine rationelle Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu gewährleisten, ist die Zusammenfassung der dann noch bestehenden Kassen in territoriale Zwangsverbände für einzelne Kreise unter Berücksichtigung der nationalen Siedlungsverhältnisse und ein Zusammenschluß dieser Kreisverbände in einer Reichsorganisation nötig. Auf solche organisatorische Grundlagen gestellt, werden die Krankenkassen allen Aufgaben, die ihnen die Sorge für die Volksgesundheit stellt, gewachsen sein. Der Kampf gegen die Volkskrankheiten, durch Aufklärung der Bevölkerung, durch individualisierende Behandlung, Angehörigenversicherung, Wohnungsfürsorge, Rekonvaleszentenpflege, Mütter- und Säuglingsschutz ꝛc. kann dann von ihnen erfolgreich aufgenommen werden.

Die Geldleistungen der Krankenkassen müssen den Teuerungsverhältnissen entsprechend erhöht werden, sonst wird das Krankengeld der Verelendung der Familien erkrankter Arbeiter nicht entgegenwirken und die rasche Wiederherstellung der Gesundheit durch zureichende Ernährung der Kranken nicht herbeiführen können. Der Bemessung des Krankengeldes ist ein Lohnklassensystem zugrunde zu legen, in das die Versicherten nach Maßgabe ihres Arbeitsverdienstes einzureihen sind. Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben bedarf aber die Krankenversicherung einer ausgiebigen materiellen Unterstützung durch den Staat.

Die Unfallversicherung ist in ihren finanziellen Grundlagen zu reformieren, ihre Rentenleistungen sind den Bedürfnissen der Versicherten entsprechend auszugestalten und die Unfallversicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten zu erstrecken.

Die Ausgestaltung der Sozialversicherung durch Einführung der Invaliden- und Altersversicherung ist ehestens durchzuführen. Die geplante organisatorische und finanzielle Verbindung zwischen Arbeiterinvaliden- und Selbständigenversicherung ist aufzugeben. Die Rentenleistungen sind den geänderten Teuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen und die Lokalgeschäfte den Krankenkassen und ihren Kreisverbänden als einer natürlichen organisatorischen Grundlage zu übertragen. Jetzt wird um so mehr darauf gesehen werden müssen, daß die Mittel möglichst restlos für materielle Versicherungsleistungen aufgewendet werden können, nicht aber für überflüssige und kostspielige Verwaltungskuriositäten, die nur politischen Nebenabsichten, nicht aber sachlichen Notwendigkeiten ihre Entstehung verdanken würden. Die Frage der Beschaffung der Mittel für den Staatsbeitrag, der gleichfalls eine Steigerung erfahren muß, kann zum Teil ihre Regelung finden durch die Inanspruchnahme jener Mittel, die für die Militärinvalidenfürsorge durch den Abfall von Rentnern entbehrlich und dann für die Invalidenversicherung verwendet werden können. Die Sicherung der Einheitlichkeit in den Verhältnissen der Arbeiterversicherung muß durch die Errichtung einer Zentralstelle im Ministerium des Innern bewirkt werden, die Entscheidung über Rentenansprüche Gerichten unter starker Beiziehung von Vertretern der Versicherten zugewiesen werden.

In Bezug auf die Versorgung der Militärinvaliden und der Hinterbliebenen der im Kriege oder an den Kriegsfolgen gestorbenen Militärpersonen bekräftigt und erneuert die Konferenz ihre Beschlüsse vom 15. und 16. Mai 1915. Diese Versorgung

ist neu zu regeln und einheitlich in einem Gesetz zusammenzufassen. Die derzeit in Geltung stehende völlig unzureichende Versorgung der Invaliden sowie der Hinterbliebenen der gefallenen Militärpersonen ist zum mindesten in jenem Ausmaß in Aussicht zu nehmen, das die Unfallversicherung an Rentenleistungen gewährt. Die Vollrente ist im Falle der völligen Hilflosigkeit auf 120 Prozent des Arbeitsverdienstes im Zivilberuf des Beschädigten zu erhöhen. Den Teilinvaliden sind nach dem Grade des Verlustes ihrer Arbeitsfähigkeit Teilrenten zu gewähren. Als Bemessungsgrundlage hat der tatsächliche Lohn- oder Gehaltsbezug vor dem Kriege bis zu einem Betrag von 5000 Kronen zu gelten.

Kriegerwitwen mit Kindern im schulpflichtigen Alter ist die Witwenrente mindestens um das Doppelte ihres Betrages zu erhöhen, damit sie sich der Pflege der Kinder widmen können und nicht übermäßig nach Erwerb suchen müssen.

Die Entscheidung über Rentenansprüche ist den Schiedsgerichten der Sozialversicherung, die Ueberwachung der Rentner und die Auszahlung der Renten den Krankenkassen zu übertragen.

Die Nachbehandlung der heimkehrenden Krieger und der Kriegsbeschädigten ist schon jetzt zu organisieren und mit aller Energie zu betreiben. So nützlich im einzelnen die Privatinitiative wirken mag, auf diesem Gebiet sind eine straffe Zusammenfassung aller zur Verfügung stehenden Mittel und eine planmäßige Verwendung derselben, die systematische Errichtung aller für die Nachbehandlung nötiger Anstalten und Einrichtungen erforderlich. Staatliche und private Fürsorge müssen zusammenwirken, wenn die Riesenaufgabe, die unserer Gesellschaft erwächst, nur halbwegs befriedigend gelöst werden soll. Namentlich der Vernachlässigung der Tuberkulosebehandlung muß ein Ende bereitet und rasch nachgeholt werden, was in früheren Jahrzehnten versäumt worden ist. Den Militärinvaliden, Witwen und Waisen sind unentgeltliche ärztliche Hilfe und Medikamentenbezug zu gewähren, weil die Bestreitung der Kosten hiefür aus den Pensionen unmöglich ist und Verwahrlosung in Bezug auf Gesundheitspflege eintreten würde.

Zur Mitarbeit an allen diesen Aufgaben sind vor allem die Krankenkassen und auch die sonstigen Institute der Sozialversicherung berufen und gewiß auch bereit, wenn ihnen diese Mitarbeit durch finanzielle Unterstützung des Staates ermöglicht wird. Schon aus diesem Grunde sind sämtliche auf die Einschränkung der heutigen Krankenversicherungspflicht und gegen die Ausgestaltung der Versicherungsleistungen abzielenden Maßnahmen zu verhindern.

In der Zeit des Ueberganges vom Kriegs- auf das Friedensverhältnis ist für die sofortige Organisation eines Arbeitsnachweises unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft und für die Gewährung einer den Lebensunterhalt gewährleistenden Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln Sorge zu tragen.

Der Arbeiterschutz ist in großzügiger Weise auszugestalten durch weitgehenden Schutz der Frauen, der Jugendlichen und der Kinder, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Sicherung von Leben und Gesundheit der arbeitenden Klassen, durch Schaffung von Arbeiterwohnungen und Arbeitslosenversicherung und durch Förderung von Tarifverträgen.

Die Reform der Arbeiterversicherung durch die geforderte Reorganisation und Ausgestaltung muß aber ohne Verzug durchgeführt werden, damit nach Beendigung des Krieges eine festgefügte, ihrem Aufgabenkreis gewachsene Organisation vorhanden ist, um die notwendigen Aktionen der Volksfürsorge ungesäumt aufzunehmen.

Die österreichische Handelspolitik und der Ausgleich mit Ungarn.

Die schmerzlichen Erfahrungen des Krieges haben die Verkehrtheiten und schweren Schäden unserer bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik bloßgelegt.

Der Staat hat aus reaktionären Motiven jahrzehntelang seine Arbeit und seine Mittel verschwendet auf die Erhaltung zünftlerischer und rückständiger Betriebsformen in der Landwirtschaft und im Gewerbe, dagegen die Ausbreitung moderner Betriebsmethoden und höherer Betriebsorganisationen vernachlässigt; er hat dadurch unsere landwirtschaftliche Produktion verkümmert und die gewerbliche Entwicklung in engen Betriebsformen festgehalten, dagegen die Förderung der Industrie und des Verkehrs in großem Stile unterlassen und die industrielle Entwicklung zurückgehalten. In der Stunde der Not hat sich gerade die industrielle

Arbeit als der wertvollste und leistungsfähigste Teil der Volkswirtschaft erwiesen, während alle anderen Zweige des Wirtschaftslebens hinter dem, was erwartet werden konnte, zurückblieben.

Insbesondere sind die schweren Opfer, die wir zollpolitisch unserer Landwirtschaft gebracht haben, so gut wie verloren. Von dem vorgespiegelten Ideal der Selbstversorgung der heimischen Bevölkerung sind wir weiter als je entfernt, die Unterernährung und Teuerung über alles Maß dessen hinaus, was andere Staaten im Kriege erfuhren, sind das unvergeßliche Zeugnis für die Verkehrtheit unserer bisherigen Agrarpolitik.

Ganz besondere Gefahr und Erschwernis erwuchs den Volksmassen Oesterreichs durch die unglückselige Doppelstaatlichkeit (Dualismus). Sinn und Zweck des mit teuren Opfern erkauften Ausgleichs sollte die volle Verkehrs- und Handelsfreiheit zwischen beiden Staaten und damit die Garantie unserer Versorgung sein. Dadurch, daß zwei Regierungen das eine und einheitliche Wirtschaftsgebiet verwalten, wären im Kriege Vorkehrungen notwendig gewesen, die bewirken, daß alle Einrichtungen der Volksernährung einheitlich getroffen und durchgeführt werden, wenn der Geist des Ausgleichs erfüllt werden sollte. Der Umstand, daß die beiden Regierungen im Kriege getrennte Einrichtungen trafen und das notwendige Einverständnis nur zu spät und nur zum Teil erzielen konnten, schlug für Oesterreich zum zweifachen Unheil aus: die gewaltige Steigerung aller Lebensmittelpreise bewirkte einerseits eine noch gar nicht abzuschätzende Uebertragung österreichischen Volksvermögens nach Ungarn, anderseits blieb Oesterreich in vielen Zweigen seiner Ernährung nur halb versorgt oder ganz unversorgt. Die staatsrechtliche Misere wirkte so zurück auf den Haushalt aller Staatsbürger.

Zufolge dieser Erfahrungen des Krieges fordert die Reichskonferenz:

1. Die bewußte und durchgängige Neugestaltung unserer inneren Wirtschaftspolitik im Geiste des modernen Industriestaates, im Geiste der Industrie- und Sozialpolitik.

Beide sind unzertrennlich. Der Schutz der Arbeit ist allgemeines Staatsinteresse; aber schon die Steigerung der Produktion hat zur ersten Voraussetzung eine kräftige, gesunde, wohlgenährte Arbeiterschaft. Der jahrzehntelange Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung ist endlich zu brechen, die Arbeiterschutzgesetzgebung tatkräftigst auszubauen, Mutter- und Säuglingsschutz in wirksamer Weise aufzunehmen und die Volksernährung zur dauernden Aufgabe der Staatsverwaltung zu machen.

2. In unserem Verhältnis zu Ungarn die Aufrechterhaltung und Wahrhaftmachung der Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes als des durchaus gleichen und gemeinsamen Interesses beider Staaten und ihre Ausgestaltung in dem Sinne, daß unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Parität die Wirtschaftsverwaltung nicht getrennt nach Gesichtspunkten der Rivalität, sondern nach gleichen Grundsätzen und insbesondere in Ernährungsfragen einheitlich erfolgt.

3. Die völlige Abkehr von der bisherigen Schutzzollpolitik. Weit entfernt, die Produktivkräfte beider Staaten zu entfesseln, hat diese Politik durch die Erhöhung der Lebenskosten der Massen und durch die Verteuerung der Rohstoffe die Produktionskosten gesteigert und so den Inlandsmarkt verkümmert und den Auslandsabsatz untergraben. Auf der Bahn des Hochschutzes gibt es aus diesem verderblichen Zirkel keinen Ausweg. Wenn schon ein sofortiger Uebergang zur Vernunft der Handelsfreiheit nicht zu erwarten ist, so müssen zum mindesten die Korn- und Eisenzölle fallen, alle sonstigen Lebensmittel- und Rohstoffzölle herabgesetzt werden. Die Handelsbeziehungen zum gesamten Ausland sind nach dem Kriege durch eine freiheitliche Vertragspolitik wieder aufzunehmen und sorgsam zu pflegen.

4. Insbesondere aber sind die Beziehungen zu denjenigen Wirtschaftsgebieten, mit denen wir geographisch und geschichtlich, durch Handel und Verkehr seit jeher am engsten verbunden sind, deren wechselseitiger erfolgreicher Austausch mit uns unsere handelspolitische Zukunft entscheidet, zum Deutschen Reich und zum Balkan, nach dem Kriege von allen Fesseln einer übelberatenen zollpolitischen Abschließung zu befreien, durch den Ausbau eines mitteleuropäischen Eisenbahn- und Kanalsystems sowie durch die schrittweise Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung zu vertiefen und dauernd freundschaftlich zu gestalten. Gegen ein schutzzöllnerisches Mitteleuropa müssen wir uns um so mehr zur Wehr setzen, als

dadurch die imperialistischen Tendenzen in der Welt und damit die Kriegsgefahren vermehrt würden.

Oesterreich nach dem Kriege.

Der Krieg, der die Welt verwüstet, der auf allen Gebieten, politisch, wirtschaftlich, kulturell, heute noch gar nicht absehbare Folgen nach sich ziehen wird, hat in Oesterreich eine ganz besondere, eigenartige, jetzt schon deutliche Wirkung gehabt. Er hat das durch die selbstmörderische Obstruktionstaktik der bürgerlichen nationalen Parteien unter planmäßiger Mitwirkung der Regierung arbeitsunfähig gemachte und dadurch zur völligen Machtlosigkeit verdammte Parlament völlig und dauernd ausgeschaltet. Der Krieg hat aber auch alle anderen in der Verfassung vorgesehenen Vertretungskörper bis herab zu den Gemeindevertretungen außer Tätigkeit gesetzt, und zwar nicht nur in den engeren oder weiteren Kriegsgebieten, sondern im ganzen Reiche. Eine hemmungslos waltende Zensur hat jeden Ruf nach Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Funktion des Parlaments unterdrückt, so daß Parteien, die diese Wiederherstellung wünschen, durch die Unmöglichkeit, zu sprechen, in den Schein kommen, auf dem Niveau jener Parteien zu stehen, die mit der Ausschaltung zufrieden sind und insgeheim die Regierung in dieser Politik bestärken. Dazu kommt, daß die gesamte staatliche Verwaltung in allen ihren Zweigen, insbesondere aber die Justiz weit über das hinaus, was man das Bedürfnis der Kriegführung nennt, unter das Diktat der Militärgewalt gestellt ist. Es ist somit für Oesterreich ein Zustand geschaffen, der auch im Europa des Weltkrieges seinesgleichen nicht findet, auch in der Türkei und in Rußland nicht, ja nicht einmal in Ungarn.

Ob man diesen Zustand Absolutismus oder Anarchie nennen will, gilt gleich, jedenfalls geht er weit darüber hinaus, was dem erfahrenen Oesterreicher als bloße „Sistierung der Verfassung" bekannt ist. Denn trotz des Mangels aller zur Gesetzgebung verfassungsmäßig berufenen Organe hat die Regierung den Betrieb der Gesetzeserzeugung ungehemmt weitergehen lassen, dem § 14 eine unerhörte Elastizität gegeben, ja in einzelnen Fällen sogar sich nicht gescheut, in das Gebiet der bisher als dem § 14 unantastbar geltenden Staatsgrundgesetze überzugreifen.

Die Feststellung und Verurteilung unseres politischen Elends in Vergangenheit und Gegenwart kann uns aber nicht genügen: Die Arbeiterklasse will und muß leben, will und muß mit Einsatz aller ihrer Kraft den Völkern Oesterreichs und sich selbst die Zukunft sichern. Darum muß sie sich bereit machen, den Augenblick zu nützen und, was immer die Zeit nach dem Kriege bringen mag, an klar erkannte und deutlich ausgesprochene Forderungen ihre ganze Kraft zu setzen.

Jedermann, der die Augen offen hat in Oesterreich, weiß, daß, welche Gestalt immer der ersehnte Friede Oesterreich geben mag, ein neues Oesterreich aus den Trümmern erstehen muß, widrigenfalls das Schicksal des Staates Verfall und das der Völker politische und wirtschaftliche Verkümmerung und kulturelles Elend sein werden. Ausnahmszustand und Zensur können wohl diese Folgen eine Zeitlang verhüllen, aber nicht heilen.

Eine die Notwendigkeit der Völker erfüllende, dauernd befriedigende Ordnung des Südostens von Europa kann nur durch Ausgestaltung Oesterreich-Ungarns zu einem demokratischen Bundesstaat erzielt werden, in dem allen Nationen gleiches Recht und gleiche Entwicklungsmöglichkeit verbürgt und ihre Kraft zu einem großen politischen und wirtschaftlichen Ganzen zusammengefaßt wird und an das sich ein freies und unabhängiges Polen im Norden und ein unabhängiger Bund freier Balkanvölker im Süden im eigensten wie im gemeinsamen Interesse zu einem großen Verband anschließen könnten. Ob der Abschluß des Weltkrieges uns dieser notwendigen Lösung näher bringen oder von ihr entfernen wird, ist heute noch ungewiß, sicher ist nur, daß sich, wie immer der Ausgang sein wird, der Dualismus sowie die kurzsichtige und engherzige Klassenpolitik der Beherrscher Ungarns als das größte Hindernis für jede Ordnung im Sinne europäischer Vernunft erweisen werden.

Je weniger sich Umfang und Inhalt der nach dem Kriege entstehenden staatsrechtlichen Probleme voraussehen lassen, um so dringender ist die Pflicht, um so größer das Recht der Arbeiterklasse Oesterreichs, schon heute wenigstens ihre Forderungen in Bezug auf die innere Ordnung in Oesterreich zu erörtern und festzustellen, was nötig ist, um Oesterreich und seinen Völkern angesichts der ge-

waltigen Umwälzungen jeder Art, denen wir entgegengehen, ihre Existenz und Entwicklung zu sichern.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert daher die schleunige Einberufung des Reichsrates, der erstens die durch den Krieg hervorgerufenen augenblicklichen Aufgaben zu lösen hätte und dem daneben als oberste Pflicht obliegen würde, die Leistungsfähigkeit der Volksvertretung für immer und endgültig zu sichern; sie fordert weiter die endliche Entwirrung des nationalen Streites durch Begründung und ehrliche Durchführung der nationalen Autonomie auf demokratischer Grundlage. In folgerichtiger und zeitgemäßer Anwendung des Programms, das sich die Sozialdemokratie Oesterreichs auf ihrem Parteitag zu Brünn 1899 gegeben hat, fordern wir, daß dem deutschen Volke wie allen anderen in Oesterreich lebenden Völkern die Bedingungen für ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklung und der Boden für das friedliche Zusammenleben und Zusammenwirken aller Völker endlich gewährt werden. Nur auf diesem Boden ist auch die Aufrichtung einer zweckmäßigen und im besten Sinne ökonomischen, das ist kräftesparenden und kräftesteigernden Verwaltung, also einer wirklichen Selbstverwaltung möglich.

Wir fassen unsere Forderungen in folgenden Sätzen kurz zusammen:

1. Erneuerung des Parlaments durch Abänderung des Wahlgesetzes und der Wahlordnung nach den Grundsätzen der Proportionalwahl unter Beibehaltung der schon gegenwärtig gegebenen nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke und unter Beseitigung der genugsam bekannten Mängel der Wahltechnik.

Sachgemäße Aenderung der Bestimmungen über die Geschäftsordnung und Geschäftsführung des Reichsrates.

2. Eine Reichskreisordnung; eine demokratische Lokalverwaltung in national abgegrenzten Kreisen, wo die bisherige, ebenso umständliche als kostspielige landesfürstliche und autonome Doppelverwaltung durch eine volkstümliche, von nationalen Reibungen befreite Selbstverwaltung überwunden und so endlich eine Stätte geschaffen wird für jene wirtschaftliche und soziale, sanitäre, humanitäre und kulturelle Tätigkeit, deren wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und zur leiblichen und geistigen Wiedergeburt der Völker nach dem Krieg dringend bedürfen.

3. Die sogenannte Autonomie der Kronländer, die bisher die gefährlichste Brutstätte des nationalen Haders war, die durch die Kurienprivilegien der Landtage dem Volke längst entfremdet und in den meisten Teilen des Reiches durch nationalistisches Intrigenspiel und durch chronische Obstruktion bis zum öffentlichen Aergernis entartet ist, ist, insolange die Kronländer überhaupt bestehen, zugunsten der Kreise und der Nationen auf das unumgängliche und erträgliche Maß einzuschränken. Die Landtage sind durch das allgemeine Wahlrecht mit Verhältniswahl der Kontrolle des Volkes, ihre Finanzverwaltung aber, die trotz der jüngsten Sanierung durch den Staat fast überall zerrüttet ist, einer wirksamen Finanzkontrolle zu unterstellen und vor allem das Schicksal der Volksschule wie ihrer Lehrer von der Finanzwirtschaft der Länder zu lösen.

4. Durch Staatsgrundgesetz sind alle Kreise je einer Nation ermächtigt, Zweckverbände zur gemeinsamen und einheitlichen Verwaltung der nationalen und kulturellen Interessen ihres Volkes zu bilden.

Bis zur Einrichtung dieser Zweckverbände sind die auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes zum Reichsrat gewählten Abgeordneten jeder Nation als ihre gesetzliche Vertretung (Nationalrat) anzuerkennen.

Wir verlangen weiter:

1. Sofortige Einschränkung der Zensur auf militärische und die Kriegführung betreffende Nachrichten; dagegen Freigebung der Erörterung aller Fragen der inneren und auswärtigen Politik. Niemals war die öffentliche Meinungsäußerung, die klärende Kritik notwendiger als jetzt, wo wir an einem Wendepunkt der Geschicke der Völker und des Staates stehen.

2. Einstellung der politischen Tendenzprozesse, die nur die dauernde Verbitterung und Vergiftung des nationalen Zusammenlebens bewirken; weiter Amnestie für die infolge solcher Prozesse etwa bereits Verurteilten.

3. Vorsorge für die Opfer des Krieges durch rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Mittel für den würdigen Unterhalt der Kriegsverletzten, für die Hinter-

bliebenen der Gefallenen, für die Entschädigung aller in ihrer Arbeitskraft und Erwerbsfähigkeit Getroffenen.

4. Vorbereitung der Aufbringung der ungeheuren Kriegskosten, deren Last nicht auf die arbeitenden Massen gelegt werden darf, die durch Opfer an Gut und Blut in erster Reihe und am schwersten getroffen wurden. Vor allem sind die Besitzenden durch wirksame Kriegsgewinnsteuern sowie ausgiebige progressive Vermögens- und Erwerbsteuern heranzuziehen.

Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln und bei diesem Anlaß neuerlich mit dem größten Nachdruck zu begehren, daß die Regierung die unzweifelhaft vorhandenen Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen suche und ergreife.

Frauenarbeit und Frauenrechte.

Die industrielle Entwicklung und die soziale Not haben längst dazu geführt, neben und an Stelle des arbeitenden Mannes die weibliche Arbeitskraft zu stellen. Die Verdrängung der Frau aus dem Haushalt, ihr Eintreten in das außerhäusliche Erwerbsleben mußte dazu führen, daß auch bei ihr das Klassenbewußtsein und Selbstgefühl erwacht und daß sie den Widerspruch zwischen ihren neuen Pflichten und der bestehenden Rechtlosigkeit als schweres Unrecht empfinden lernt.

Der Krieg hat diesen Widerspruch in ungeheurem Maße verstärkt. Die Kriegsindustrie beschäftigt immer mehr weibliche Hände und auch alle nicht direkt für den Krieg arbeitenden Berufe verwenden in steigender Zahl Frauen und Mädchen.

Bei gesundheitzerstörender Arbeitszeit verrichten Frauen nicht nur Handlangerdienste, sondern qualifizierte Arbeit jeder Art. Unternehmer bringen zum Ausdruck, daß die Industrie in Zukunft mehr als bisher mit der Frauenarbeit rechnen wird müssen. Zahllos sind die Lasten und Opfer jeder Art, die der Krieg den Frauen als den „Soldaten des Hinterlandes" auferlegt hat. Großes wird der Staat leisten müssen, um die Schäden halbwegs zu heilen, die der Gesundheit der Frau und den Kindern mittelbar und unmittelbar durch die industrielle Verwendung zugefügt worden sind. Die sozialdemokratischen Frauen sind erfüllt von dem Bewußtsein, daß die ihnen auferlegten Opfer und Bürden um so schwerer wiegen, da sie bisher von allen Rechten, die der Staat seinen Bürgern verleiht, vor allem vom Wahlrecht, ausgeschlossen sind.

Darum erhebt die sozialdemokratische Reichskonferenz neuerlich und nachdrücklichst die Forderung nach vollständiger politischer Gleichberechtigung, vor allem nach dem aktiven und passiven Wahlrecht der Frauen zum Reichsrat. Ebenso die Forderung, bei der Neugestaltung der Länderverfassung das Wahlrecht wirklich allgemein zu machen und auf die Frauen auszudehnen.

Der zukünftigen Gesetzgebung obliegen große Aufgaben in Bezug auf die Frauen, vor allem die Ausgestaltung des Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutzes, dann die Versorgung der Kriegerwitwen und Waisen. Daher hält es die Reichskonferenz für dringend, den Frauen die Mitwirkung an diesen gesetzgeberischen Aufgaben zu ermöglichen und verlangt, daß die Regierung dieser Forderung dadurch nachkomme, daß sie dem wieder einzuberufenden Reichsrat einen die Einführung des Frauenwahlrechtes enthaltenden Gesetzentwurf unterbreite.

Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, auch diese Resolution der Regierung zu übergeben und mit allem Nachdruck bei ihr zu vertreten.

Schule.

Die Arbeiterschaft protestiert schon jetzt gegen das Bestreben, die Ersparungen nach dem Kriege auf Kosten der kulturellen Einrichtungen durchzuführen. Sie hat das größte Interesse an der Freiheit und Fortentwicklung der Schule, deren Bedeutung auch für den gegenwärtigen Staat übrigens der Krieg zur Genüge neuerlich erwiesen hat. Sie fordert zunächst den Ausbau der niedrig organisierten Volksschulen, die Vermehrung der Bürgerschulen und Verbesserung der Fortbildungsschulen, die Förderung ergänzender Volksbildungseinrichtungen sowie die Entwicklung im Sinne einer Einheitsschule und Kulturschule, der allgemeinen Bildung und Erziehung zu selbständigem Denken — im Gegensatz zu den Bestrebungen, die Schule zur bloßen Fachschule herabzudrücken und sie nach wie vor unter der tatsächlichen Aufsicht der klerikalen Bildungsgegner zu belassen.

Die Partei und die Internationale.

Die Konferenz der deutschen Sozialdemokratie vereinigt ihre Stimme mit dem Rufe der leidenden Massen in allen Ländern nach Beendigung des Krieges, dessen Fortsetzung nur zwecklose Häufung unsagbarer Opfer und dauernder Verwüstung der schwer erarbeiteten Kulturgüter herbeiführen kann. Sie begrüßt die sozialistischen Arbeiter in allen Ländern und in allen Schützengräben und ist der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß sie sich wieder zur solidarischen Führung des internationalen Klassenkampfes zusammenfinden werden, wenn das Ungeheuerliche dieses Krieges vorbei ist. Sie begrüßt darum jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der durch den Krieg gestörten Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationale und der Solidarität der Arbeiterschaft im Klassenkampf führen kann, verurteilt aber auf das schärfste Bestrebungen — mögen sie von rechts oder links kommen — die vermeinen, die internationale Einigung des Proletariats dadurch herbeiführen zu können, daß sie die proletarischen Parteien in den einzelnen Ländern zersetzen und spalten. Die Solidarität der erneuerten Internationale kann nur auf der festen Grundlage starker und geeinigter Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen.

Die von der zweiten Reichskonferenz abgelehnten Anträge Friedrich Adlers.

1. Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen (der Resolution „Oesterreich nach dem Kriege") der Regierung zu übermitteln und bei diesem Anlaß neuerlich mit dem größten Nachdruck zu begehren, sie solle nach Vereinbarung mit den ihr verbündeten Regierungen in einer öffentlichen Kundgebung erklären, die Mittelmächte seien jederzeit bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten, unter der einzigen Vorbedingung, daß alle Mächte von vornherein auf Eroberungen fremder Gebiete und auf Kriegsentschädigungen verzichten.

2. Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich vereinigt ihre Stimme mit dem Rufe der leidenden Massen in allen Ländern nach Beendigung des Krieges, dessen Fortsetzung nur zwecklose Häufung unsagbarer Opfer und dauernde Verwüstung der schwer erarbeiteten Kulturgüter herbeiführen kann. Die Friedenssehnsucht der Arbeiterklasse kann jedoch nur so weit wirksam sein, als sie von einem klaren politischen Willen getragen ist. Es ist in diesem Kriege offenbar geworden, daß die großen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die Sicherung der nationalen Autonomie der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft durch Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit für alle Staaten der Welt nicht im Wege der Waffen gelöst werden können. Daß im Gegenteil der Friede nur kommen und die Rückkehr zu den Kulturaufgaben nur erfolgen kann, wenn in allen kriegführenden Staaten die Erkenntnis sich durchsetzt, daß die Weiterführung des Krieges zwecklos ist und ihm nur eine Vereinbarung auf demokratischer Grundlage ein Ende zu setzen vermag.

Die nachdrücklichste Vertretung dieser Forderung und die schroffste Gegnerschaft gegen jede Regierung, die nicht öffentlich erklärt, jederzeit zu Friedensverhandlungen auf Grund dieser Prinzipien bereit zu sein, ist die oberste Pflicht der Sozialdemokratie.

Als Erfüllung dieser Pflicht begrüßen wir die Ablehnung aller Kriegskredite, begrüßen wir die mutigen Reden der Genossen der Mehrheit der preußischen Landtagsfraktion und der Minderheit der deutschen Reichstagsfraktion, insbesondere auch die letzte Rede des Genossen Haase, begrüßen wir die Kundgebungen sozialistischen Friedenswillens der Minderheiten in allen Ländern, begrüßen wir den opfervollen Kampf der russischen Dumafraktion, vor allem aber das vorbildliche Verhalten der Sozialdemokratie in Italien.

Von der Erfüllung dieser Pflicht darf sich keine sozialistische Partei abhalten lassen, wenn auch das wirksamste Instrument dieser Politik, die sozialistische Internationale, zerstört ist. Wir gaben uns keiner Täuschung hin, daß diese Zerreißung und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung die notwendige Folge der bis-

herigen Stellungnahme der Mehrheit der sozialistischen Parteien zum Kriege gewesen ist. Eine internationale Aktion von Proletariern, die einander besiegen wollen, ist außer dem Bereich der Möglichkeit.

Wir begrüßen jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationale und der Solidarität der Arbeiter im Klassenkampf führen soll. Einen Ausdruck dieser Bemühungen und zugleich einen Beweis, daß auf den altbewährten Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus auch im Kriege die internationale Solidarität Ausdruck finden kann, sehen wir in der Zimmerwalder Konferenz.

Die Solidarität der erneuten Internationale kann nur auf der festen Grundlage starker und einiger Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen. Diese Einigkeit kann nur erlangt werden, wenn die Sozialisten aller Länder sich entschließen, die Beschlüsse der internationalen Kongresse in allen internationalen Fragen als bindend anzuerkennen.

3. Reichskonferenz (2. bis 4. November 1916).

Die Unterhaltsbeiträge.

Die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes über die Ansprüche auf Unterhaltsbeitrag hat dem Unterhaltsgesetz wieder seinen vom Gesetzgeber gewollten Inhalt zurückgegeben. Die Erkenntnisse haben die von den Unterhaltskommissionen gefällten, dem Sinne des Gesetzes widersprechenden Entscheidungen aufgehoben. Trotzdem die Unterhaltskommissionen gesetzmäßig an die Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes gebunden sind, entscheiden sie doch weiter in dem als gesetzwidrig erklärten Sinne.

Die Reichskonferenz beschließt daher, den Klub der Abgeordneten zu beauftragen, die ihm geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen, um der durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes festgestellten Auslegung und Handhabung des Unterhaltsgesetzes tatsächliche Geltung zu verschaffen.

Ernährungsfragen.

Die Sicherung der Volksernährung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung, deren zureichende Lösung mit allen Mitteln anzustreben nicht nur als ein Zwangsgebot des Krieges betrachtet werden darf. Die Volksernährung muß auch im Frieden unausgesetzt Gegenstand der staatlichen Fürsorge bleiben, um die Bevölkerung in den Stand zu setzen, die Schädigung ihres Ernährungszustandes durch den Krieg zu überwinden, und um zu verhindern, daß die wichtigsten Nahrungsmittel zum Objekt des Wuchers für Produzenten und Händler werden.

Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß die staatliche Förderung der Volksernährung vor dem Kriege arg vernachlässigt wurde, daß die Wirtschaftspolitik des Staates viel zu sehr von der Rücksichtnahme auf Produzenten- und Händlerinteressen beeinflußt war. Aber auch während des Krieges hat die Regierung nur zaghaft, verspätet, in unzureichender Weise oder mit untauglichen Mitteln eingegriffen. Die Aufbringung der Lebensmittel ist zu lange den Produzenten und Händlern überlassen worden, die Verteilung ist den Gemeindeverwaltungen überantwortet, die sich zumeist als Mandatare der wohlhabenden Bürger betrachten, für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung oft nur geringes Verständnis haben und den Konsumentenorganisationen feindselig gegenüberstehen.

Die staatliche Regelung unserer Volksernährung entbehrt vor allem einer einheitlichen organisatorischen Grundlage. Oesterreich ist im Frieden auf die Einfuhr an Lebensmitteln aus Ungarn in hohem Maße angewiesen. Es wäre daher schon zu Beginn des Krieges dringend notwendig gewesen, die Ernährungsverhältnisse beider Staaten einheitlich und nach gleichen Grundsätzen zu regeln und die aufgebrachten Lebensmittel angemessen aufzuteilen. Das ist bisher nicht geschehen. Ungarn hat sich gegen Oesterreich abgesperrt, die Lebensmittelzufuhren sind sehr spärlich, Vereinbarungen über Kontingente und Preise werden nicht eingehalten,

dabei gestalten sich die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung jener Kronländer, die auf Einfuhren aus Ungarn angewiesen sind, vornehmlich jener der Alpenländer, immer ungünstiger.

Aber auch im österreichischen Staatsgebiet werden die Staatsbürger nicht gleich behandelt, und die verordneten Maßnahmen versagen vielfach ihre Wirkung. Die Brot- und Mehlration der Landwirtschaft ist größer als die der Industriebevölkerung und dabei noch ganz unkontrollierbar. Die Verschiedenheit der Ernährungsweise dieser beiden Bevölkerungsgruppen, die zu Beginn des Krieges die Begründung für die ungleiche Portion geliefert hat, hat sich längst ins Gegenteil gekehrt. Der Fleischgenuß ist bei der Landwirtschaft erheblich gestiegen, die Industriebevölkerung lebt nahezu ausschließlich von Brot und Kartoffeln. Die Fettration hat nur für die Industriebevölkerung Geltung und wird auch trotz ihres bescheidenen Umfanges infolge der mangelnden staatlichen Aufbringung dieses notwendigen Lebensmittels nie befriedigt. Trotz der unerschwinglichen Preise der Lebensmittel, deren Anbau nicht erzwungen wird, die vielmehr ständig erhöht werden, ist festzustellen, daß die Produzenten nur widerwillig ihren Verpflichtungen zur Anlieferung nachkommen. Brotgetreide und Milch werden in beträchtlichem Ausmaß verfüttert, der Drusch verzögert, staatliche Verordnungen sabotiert.

Gänzlich unzureichend sind auch unsere Verkehrsmittel. Der Mangel an Waggons und zureichenden Verkehrsanlagen verursachen Störungen in der Lebensmittelzufuhr, die bei dem Mangel an Vorräten für die Städte und Industriezentren verhängnisvoll werden können. Es ist auch die Vermutung nicht abzuweisen, daß die Verkehrsmittel vielfach nicht rationell ausgenützt werden. Die Verkehrsschwierigkeiten bilden namentlich im gegenwärtigen Zeitpunkt eine schwere Gefahr für die Kartoffelversorgung der Industriebevölkerung und für die Zuckerproduktion. Wenn nicht rasch Wandel geschaffen wird, dann verhindern eintretende Fröste die Verfrachtung der Kartoffel und der Rüben, und die Ernährung in den Wintermonaten erscheint in Frage gestellt.

Das neu gegründete staatliche Ernährungsamt bietet nicht die Gewähr, daß seine Verfügungen rasch und nur von sachlichen Notwendigkeiten beeinflußt zustande kommen und daß diese Verfügungen von den anderen staatlichen Behörden unverweilt in Vollzug gesetzt werden. Dieses Amt untersteht dem Ministerium des Innern; dieser Umstand hindert jedoch nicht, daß auf seine Entscheidungen auch noch vier andere Ministerien Einfluß nehmen und die schließliche Entscheidung in die Kompetenz der interministeriellen Approvisionierungskommission fällt. Bei unseren Erfahrungen mit dem bürokratischen Apparat erfüllt uns die Sorge, daß die Leiter dieses Amtes beim besten Willen nicht in die Lage kommen werden, zeit- und zielgerecht jene Maßnahmen zu treffen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt nötig sind, unsere Volksernährung auf jenen Stand zu bringen, der es der Bevölkerung ermöglicht, die Entbehrungen des Krieges zu ertragen.

In Anbetracht dieses ungünstigen Standes unserer Ernährungsverhältnisse fordert die Reichskonferenz:

Die Schaffung eines von allen Fachministerien unabhängigen Ernährungsamtes, dessen Verfügungen von allen staatlichen und autonomen Behörden und Aemtern in Vollzug zu setzen sind. Die Ernährungsfragen sind in Oesterreich und Ungarn von den beiden Ernährungsämtern einheitlich und nach gleichen Grundsätzen zu regeln. In das Ernährungsamt sind auch Mitverwalter und Beiräte aus den wichtigsten wirtschaftlichen Berufen und sozialen Schichten der Bevölkerung zu berufen. Die gleiche Forderung muß auch rücksichtlich der Zusammensetzung der Verwaltung jener Lebensmittelaufbringungszentralen gestellt werden, die bisher lediglich von Vertretern der Produzenten und Händler geleitet werden.

Die Aufbringung von Brotgetreide ist mit allen Mitteln raschestens durchzuführen, zur Bewältigung der Druscharbeiten sind alle verfügbaren Kräfte (Flüchtlinge, Gefangene und Militärpersonen des Hinterlandes) bereitzustellen und dabei unnütze, die Inanspruchnahme dieser Arbeitskräfte erschwerende Vorschriften außer Kraft zu setzen. Die Förderung der Druscharbeiten ist das wirksamste Mittel zur Verhinderung der Verfütterung des Brotgetreides, da die beim Produzenten am Halm lagernden Getreidemengen schwer kontrollierbar sind. Wo sich in Produzentenkreisen eine absichtliche Zurückhaltung in der Anlieferung zeigt, ist mit den schärfsten

Abwehrmitteln vorzugehen. In gleicher Weise ist für die vollkommene Ausnützung aller geeigneten Bodenflächen für den Anbau des nächsten Jahres Sorge zu tragen.

Es muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Surrogierung der Brotfrucht mit Gerste, Hafer und Kartoffeln für alle Bevölkerungskreise und für alle Gebiete des Staates tunlichst gleichmäßig angeordnet und durchgeführt wird. Es wirkt unerträglich, wenn in manchen Orten und Ländern Brot aus Backmehl, in anderen wieder nur aus Surrogatmehlen erzeugt wird.

Die Staatsverwaltung muß unverweilt jene Vorsorgen treffen, die nötig sind, um einen möglichen Abgang an Brotgetreide infolge der Unzulänglichkeit der heimischen Produktion durch Zufuhren aus Ungarn, militärisch besetzten oder neutralen Ländern auszugleichen.

Die Aufbringung und rasche Heranbringung von Kartoffeln in die Städte und Industriezentren in dem voraussichtlichen Ausmaß des Winterbedarfes muß in den nächsten Wochen beendet sein, wenn nicht empfindliche Störungen in der Ernährung eintreten sollen.

Die restlose Ausnützung aller zur Verfügung stehenden Fahrbetriebsmittel ist planmäßig im Einvernehmen mit der Militärverwaltung sicherzustellen, die ja die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung des Hinterlandes gleichfalls als ein eminentes militärisches Interesse anerkennen muß.

Die Fettversorgung ist vor allem einer Zentrale zuzuweisen und in der Weise zu regeln, daß alle Fettmengen von dieser Zentrale aufgebracht, unter Kontrolle genommen und in Verkehr gesetzt werden. Die Fettkarte erschwert gegenwärtig nur der Arbeiterbevölkerung die Fettversorgung, da die Landwirte sich selbst mit Fett versorgen oder die Milch verbuttern, in den Städten aber die Wohlhabenden Fett zu höheren Preisen ohne Fettkarte erlangen und der völlig unzureichende Rest an Fett der Arbeiterbevölkerung nur im Wege des Anstellens erreichbar ist.

Die Milchversorgung der Städte ist durch die strengste Handhabung des Verbotes der Schlachtung von Milchkühen; durch Förderung der Aufbringung von Milchkühen, durch Beistellung entsprechender Futtermittel in Bedarfsfällen, durch Ausgestaltung der Versorgungsrayons im Umkreis der großen Städte, eventuell durch das Verbot der Spezialmilch-, Butter- und Käsebereitung und durch Produktionszwang zureichend zu gestalten. In jedem Falle ist Kindern und Kranken die Möglichkeit der Milchnahrung zu sichern.

Das Ernährungsamt hat auch dafür Sorge zu tragen, daß die vorhandenen Lebensmittel allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig und in einer Weise zugeteilt werden, die das moralisch, gesundheitlich und volkswirtschaftlich überaus schädliche Anstellen in Straßen und Geschäften verhindert. Als Grundlage für die Verteilungsorganisation kann das System der Kundenlisten, das den Konsumenten die Wahl der Stelle, von der sie die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel beziehen wollen, innerhalb eines bestimmten Rayons freistellt, oder das System der Rayonierung mit amtswegiger Kundenzuweisung gewählt werden.

Unzuverlässige oder leistungsunfähige Kaufleute sind von der Verschleißerbefugnis auszuschalten, Konsumentenorganisationen jedoch grundsätzlich mit dieser Funktion zu betrauen. Aufgabe des Ernährungsamtes muß es auch sein, endlich den Abbau der unerschwinglichen Lebensmittelpreise anzubahnen und darauf zu dringen, daß notwendige Lebensmittel ungesäumt im Wege der Requisition aufgebracht werden, da die bisher erlassenen Verordnungen und gütliches Zureden in Produzentenkreisen nur auf geringes Entgegenkommen zu rechnen haben.

Die Reichskonferenz ist der Ansicht, daß nur rasch, energisch, planmäßig und zielbewußt durchgeführte Maßnahmen der Staatsverwaltung, die jede Rücksichtnahme auf Sonderinteressen einzelner Berufsklassen grundsätzlich vermeiden, dazu führen können, unsere Volksernährung, wenn schon nicht zureichend, so doch unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse ertragbar zu gestalten. Die organisierte Arbeiterschaft fühlt sich frei von jeder Verantwortung für den Stand unserer Volksernährung, da ihre Vertreter immer und rechtzeitig bestehende Uebelstände gekennzeichnet und jene Maßnahmen vorgeschlagen haben, die eine reichlichere Aufbringung, eine restlose Ausnützung und eine gerechte Verteilung der wichtigsten Lebensmittel ermöglichen.

Die rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriege.

Der Krieg, dessen Wirkungen auf allen Gebieten der Wirtschaft und des Rechtes heute noch kaum übersehbar sind, hat auch das geltende Arbeiterrecht von Grund aus umgestaltet.

Das Kriegsleistungsgesetz hat den freien Arbeitsvertrag beseitigt, die Macht der Unternehmer aller Schranken entledigt, die Rechte der Arbeiter dagegen außer Kraft gesetzt. Die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht sind aufgehoben, die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkt. Hunderttausende Arbeiter stehen unter militärischer Disziplin und Strafgewalt, aus dem freien Arbeitsvertrag ist ein Zwangsverhältnis geworden, unter dem die Kriegsproduzenten ihre kapitalistischen Interessen schrankenlos vertreten können, die Arbeiter dagegen sich wehrlos jeder Arbeitsbedingung fügen müssen.

Bei der Schaffung des Kriegsleistungsgesetzes hat die Regierung nach sehr ernsten parlamentarischen Verhandlungen auf die Einsprüche der sozialdemokratischen Abgeordneten hin feierlich versichert, daß man in der Not des Krieges von allen Bürgern, also von Arbeitern und Unternehmern, gleichmäßig jene Opfer verlangen werde, deren der Staat zur Sicherung einer wirksamen Verteidigung bedarf, daß also sowohl der Zwang wie der Schutz des Gesetzes Unternehmern und Arbeitern gleichmäßig gelten werde. In der praktischen Anwendung jedoch ist das Gesetz zum Vorteil für die Unternehmer, aber zum Fluche für die Arbeiter geworden.

Allerdings bestimmt das Gesetz und die Durchführungsverordnung, daß die Verträge zwischen Unternehmer und Arbeiter, insbesondere die Lohnbedingnisse, ohne Zustimmung der Arbeiter nicht geändert werden dürfen. Aber das Festhalten an den früheren Löhnen bedeutet bei der fortschreitenden Teuerung ein Sinken des Reallohnes auf ein Drittel des Friedensstandes. Ueberdies kommt es nicht selten vor, daß selbst Reduzierungen der fest vereinbarten Löhne vorgenommen werden. Auch die militärischen Betriebe machen in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Ja noch mehr: es ist vorgekommen, daß in Lieferungsverträgen zwischen der Militärverwaltung und den Unternehmern Vereinbarungen getroffen wurden, nach denen Arbeiter, die als Kriegsleister einberufen waren, zu Landsturmarbeitern klassifiziert und mit Löhnen von Kr. 2·70 täglich abgefunden wurden, während der tarifmäßige Lohn 8 bis 10 Kr. beträgt.

Am schwersten sind jedoch jene Arbeiterfamilien bedroht, deren Ernährer nicht in ihrem ständigen Wohnort, sondern auswärts verwendet werden. Trotz der ausdrücklichen Bestimmung des § 14 der Durchführungsvorschrift, daß die Kriegsleister tunlichst dem Verwendungsort selbst oder der nächsten Umgebung zu entnehmen sind, ist die Zahl solcher Arbeiter nicht gering. Diese Kriegsleister und die „Kommandierten" erhalten in der Regel den üblichen (ortsüblichen), hie und da auch den gleichen Lohn wie die auswärtigen Arbeiter. Der Lohn reicht jedoch kaum aus, um die Bedürfnisse des im fremden Orte wohnenden Arbeiters selbst zu bestreiten. Das Gesetz hat daher im § 8 die Bestimmung getroffen, daß die hilfsbedürftigen Familien ebenso einen Unterhaltsbeitrag zu bekommen haben wie die Familien der Militärpersonen. Nichtsdestoweniger erhalten solche Arbeiter, wenn sie 5 bis 6 Kr. Lohn beziehen, für ihre Familien keinen Unterhaltsbeitrag und sind daher der schlimmsten Not preisgegeben.

Die gewerkschaftlichen Organisationen, die pflichtgemäß die Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern wahren, insbesondere ihre Vertrauensmänner in den Betrieben, sind den schwersten Verfolgungen ausgesetzt, obwohl die Regierung bei der Schaffung des Gesetzes bindend zugesagt hat, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht geschmälert werden soll. Die Vertrauensmänner werden den militärischen Leitern als „Hetzer" und „Arbeitsscheue" angegeben, ja — sofern sie vom militärischen Dienst enthoben sind — wider besseres Wissen als entbehrlich bezeichnet und zur militärischen Einberufung gebracht. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die sich gegen Lohnverkürzungen verwahrt hatten, unter besonderer Bezeichnung an die Front geschickt oder mit dem Stigma von Arbeitsscheuen in die sogenannten Arbeitskompagnien nach Brünn abgeschoben wurden.

Die Gewerkschaften und ihre Vertrauensmänner haben nicht nur die berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern und gegenüber der Heeresverwaltung vertreten, sie haben mit dem gleichen Pflichtbewußtsein während der ganzen schweren Zeit des Krieges auch nach der anderen Seite hin gewirkt,

die Notwendigkeit höherer Arbeitsleistungen betont, ungerechtfertigte Beschwerden abgewiesen und zahlreiche Konflikte gelöst. Sie sind entschlossen, alle Angriffe auf ihre Rechte abzuwehren und sie werden es in dem Bewußtsein tun, daß ihre Tätigkeit nicht nur für die Arbeiter ersprießlich, sondern auch im öffentlichen Interesse notwendig und unerläßlich ist.

Die sogenannten militärischen Leiter der Betriebe haben nach den bestehenden Vorschriften ausschließlich die Aufgabe, Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten, nicht aber das Arbeitsverhältnis zu beeinflussen. Dennoch üben sie nicht selten ihren Einfluß auch in dieser Richtung aus, ja es ist vorgekommen, daß viele Leiter kraft ihrer militärischen Autorität den Arbeitern befohlen haben, Akkord- und Zeitlöhne nach dem Gutdünken der Fabrikanten anzunehmen und daß sie über Arbeiter, die dagegen Einspruch erhoben, Arrest- und andere demütigende, ja menschenunwürdige Strafen verhängt haben. Solche Fälle ereignen sich insbesondere dort, wo Reserveoffiziere, die im Zivilverhältnis selbst Unternehmer oder Fabrikbeamte sind, als militärische Kommandanten wirken oder wo zwischen dem Leiter und dem Unternehmer aus der Friedenszeit her andere wirtschaftliche oder gesellschaftliche Beziehungen bestehen.

Aber nicht nur die wirtschaftliche Existenz der Arbeiter, auch ihre staatsbürgerlichen Rechte sind bedroht. Selbst in seinem Privatleben steht der Arbeiter vielfach im Banne des Unternehmers. Gibt es doch militärische Leiter, die den Arbeitern unter Androhung von Arreststrafen verbieten, an Besprechungen und Versammlungen teilzunehmen, Vereinen anzugehören und dergleichen.

Allen diesen Angriffen auf ihre Rechte sind die Arbeiter schutz- und wehrlos preisgegeben. Das Kriegsleistungsgesetz bestimmt zwar den Arbeitszwang, die Bindung des Arbeiters an die Betriebsstätte, die Aufhebung des freien Arbeitsvertrages, aber es enthält kein Wort über das unerläßliche Gegenstück eines solchen staatlichen Zwanges: den staatlichen Schutz des Arbeiters und seiner Rechte gegen die schrankenlose Willkür des Unternehmers.

Diese Zustände sind unhaltbar geworden. Sie werden aber noch dadurch verschärft, daß der Zwang des Kriegsleistungsgesetzes auf Wunsch der Unternehmer auch auf Betriebe angewendet wird, die ihrer Natur und Bestimmung nach dieses Zwanges nicht bedürfen. Sollen die Arbeitskräfte und die Arbeitsfähigkeit erhalten bleiben, so müssen der Profitgier der Kriegslieferanten Schranken gesetzt werden. Sie müssen verhalten werden, die Arbeiter angemessen zu entlohnen, die Betriebe hygienisch einwandfrei zu halten, die Arbeiterschutzbestimmungen zu achten. Die Gewerbeinspektoren haben ihre besondere Fürsorge den jugendlichen Arbeitern und den arbeitenden Frauen, deren Zahl immer wächst, zuzuwenden, die Kinderarbeit ist gänzlich einzustellen, die Heimarbeiter sind in ihren Löhnen und in der Krankenversicherung den übrigen Arbeitern gleichzustellen.

Die Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei fordert daher für alle unter dem Kriegsdienstleistungsgesetz stehenden Arbeiter:

1. Staatlichen Schutz der Lohnrechte und der Tarifverträge und Anpassung der Tariflöhne an die gesteigerten Preise. Gleichstellung der Löhne der Frauen bei gleicher Leistung. Auszahlung des Unterhaltsbeitrages an die Familien jener Arbeiter, die zur Kriegsdienstleistung außerhalb ihres Wohnortes herangezogen werden.

2. Strenge Beaufsichtigung der Betriebe zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter, vollständiges Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, Vermehrung der Gewerbeinspektoren und Berufung von fachlich gebildeten Frauen für dieses Amt.

3. Wahrung der Organisationsrechte der Arbeiter. Schutz ihres Versammlungs- und Vereinsrechtes sowie aller ihrer staatsbürgerlichen Rechte.

4. Genaue Feststellung der Kompetenz der militärischen Leiter der Betriebe als Organe, die ausschließlich zur Aufrechthaltung der Ordnung und Disziplin berufen sind, Anhörung beschuldigter Arbeiter vor Verhängung von Strafen, ein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung und Beseitigung aller Strafarten, die geeignet sind, die Arbeiter zu demütigen und zu entehren. Schaffung einer besonderen Beschwerdeinstanz gegen die Strafverfügungen der militärischen Leiter.

5. Errichtung von Beschwerde- und Lohnkommissionen, die aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer und aus Delegierten der zuständigen Behörden zu bilden sind. Diese Kommissionen sollen die Befugnis haben, die den Arbeitern

gebührenden Löhne, wenn nötig auch unter Abänderung der Tarif- und Lohnsätze, unter Berücksichtigung der Lebensmittelpreise festzustellen, Lohndifferenzen und Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch Vermittlung zu schlichten und, wenn nötig, die Entscheidung auszutragen.

Bekleidungsgewerbe und Heimarbeit.

Die übernommene Art der Vergebung von Lieferungen oder Konfektionierungen von Bekleidungsgegenständen für das k. k. Heer entspricht nicht mehr. Der Krieg hat die mit dieser Art der Vergebung verbundenen Schäden deutlich aufgezeigt. Bis jetzt haben sich die Ministerien bei Vergebung von Lieferungen oder Konfektionierungen, wo es sich nicht selten um Millionen von Kronen handelte, nur um den Preis der Ware, nicht aber um die eigentlichen Erzeuger gekümmert. Die schwachen Versuche, die in der letzten Zeit auf diesem Gebiet unternommen wurden, sind vollständig unzulänglich. Dadurch ist es gekommen, daß die Lieferanten und Konfektionäre, um sich einen möglichst großen Gewinn zu sichern, die Löhne auf den möglichst kleinsten Betrag heruntergedrückt haben. Aber auch in den Fabrikbetrieben, in denen vor dem Kriege vielfach geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse geherrscht haben, wurden durch Herbeiziehung von ungelernten Arbeitern und Arbeiterinnen, durch Aufhebung der Arbeiterschutzgesetze und des Koalitionsrechtes der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet. Die Arbeiterschaft dieser Gewerbe erhebt neuerlich die Forderung, daß bei Vergebung von solchen Lieferungen und Konfektionsarbeit auf ihre berechtigten Interessen Rücksicht genommen wird.

Die Arbeiter verlangen:

1. Unter den Lieferungsbedingnissen ist der für die Arbeit zu bezahlende Lohn aufzunehmen.

2. Bei Vergebung von Arbeit zur Konfektionierung ist Arbeitslohn und Entschädigung für beizustellende Materialien zu trennen und konform der deutschen Bekleidungsämter 75 Prozent des dem Unternehmen bezahlten Lohnes als Arbeitslohn festzusetzen.

3. Wirksame Einrichtungen zur Kontrolle über die Einhaltung dieser Vorschriften.

4. Einsetzung eines aus Arbeitern, Unternehmern und Vertretern der beteiligten Ministerien bestehenden Schiedsgerichtes zur Entscheidung über alle aus diesen Bestimmungen entstehenden Streitfragen.

5. Haftbarmachung des Lieferanten oder Konfektionärs für die Auszahlung der Löhne an die Arbeiter und Arbeiterinnen, seine Zwischenmeister und Faktoren sowie überhaupt aller Mittelspersonen.

6. Verpflichtung der Unternehmen zur Krankenversicherung der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen.

Die Einberufung des Reichsrates.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wiederholt den oft erhobenen und bekräftigten Einspruch gegen die Sistierung der Verfassung inmitten einer für das Reich und seine Völker entscheidungsvollen kriegerischen Verwicklung, gegen die Zensur und gegen die Beschränkung der Vereins- und Versammlungstätigkeit. Sie fordert die unverzügliche Einberufung des Reichsrates als die selbstverständliche und bedingungslos durch die Verfassungsgesetze gebotene Pflicht der Regierung wie als politische Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit bei der augenblicklichen Lage Oesterreichs. Sie macht auch jene bürgerlichen Parteigruppen, die für die Beraubung des Volkes um seine Vertretung noch immer Gründe und Vorwände suchen oder bieten, für den beschämenden Zustand mitverantwortlich. Sie beauftragt die Vorstände der Partei und des Klubs, den Protest gegen die Ausschaltung der Volksvertretung der Regierung zur Kenntnis zu bringen, von ihr die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen unverzüglich zu fordern, und allen verantwortlichen Stellen klarzumachen, daß die Arbeiterklasse Oesterreichs zur Wiederaufrichtung des verfassungsmäßigen Lebens, zur Wiederherstellung des Parlaments des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes sowie der verfassungsmäßigen Grundrechte der Staatsbürger alle zweckdienlichen Mittel aufbieten wird, damit der Boden geschaffen und die Kräfte gesammelt werden, die zur Behebung der Kriegsfolgen wie zur durchgreifenden Reform un-

seres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens im Sinne der Beschlüsse der Reichskonferenz unerläßlich sind.

Die Arbeiter und der Friede.

Die heutige Konferenz der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich erneuert ihren Ruf nach dem Frieden. Der Krieg, welches auch seine Ursachen und welche Faktoren auch seine Entzünder sein mögen, hat den Staaten und den Völkern das harte Gebot der Selbstbehauptung aufgezwungen; aber die Selbstbehauptung bedingt nicht nur die Notwendigkeit der Landesverteidigung, sondern auch die Beendigung des Krieges, soll nicht Selbstbehauptung zur Selbstvernichtung werden, zur Ertötung aller Wurzeln der Zukunft der Völker.

Hängt auch das Einstellen des Mordens, der Beginn von Friedensverhandlungen nicht von einer einzelnen Regierung allein ab, so hat doch jede die Pflicht und die Macht, die Herbeiführung des Friedens, dieses gegenwärtig dringendsten Kriegszieles, anzubahnen und näherzubringen. Sie zur Erfüllung dieser Pflicht zu veranlassen, ist das oberste Gebot für alle Glieder der proletarischen Internationale in allen Ländern, die nur so die Träger des mit jedem Tage vernehmlicher werdenden Rufes der überall unsagbar leidenden Massen des arbeitenden Volkes sind.

Die heutige Konferenz verlangt darum, daß endlich klar ausgesprochen werde:

daß Oesterreich bereit ist zum Frieden, daß sein Ziel auch heute, wie anfangs verkündet, nur die Verteidigung und keineswegs Eroberungen sind, die nicht nur für die Zukunft neue Kriegsgefahren heraufbeschwören, sondern für den eigenen Staat die Quelle des Verderbens werden müßten;

schließlich, daß Oesterreich-Ungarn bereit ist, mitzuwirken an der Aufrichtung eines neuen europäischen Völkerrechtes, und gewillt, sich einer neuen europäischen Gemeinsamkeit einzuordnen.

Die Fortsetzung des Krieges ist ebenso unerträglich für alle Völker, wie zwecklos für alle Staaten. Das Bewußtsein dieser Tatsache heller, mächtiger, ja zwingend zu machen, wird stündlich mehr der einzig notwendige Inhalt der Politik des internationalen Proletariats. Die heutige Konferenz weiß sich eins mit all den Millionen, die in allen Sprachen Europas, in allen Schützengräben und in allen Hinterländern nach dem Ende des Entsetzens rufen, und sie weiß sich mit ihnen allen brüderlich verbunden. Sie begrüßt wehmutsvoll die Millionen der Opfer der Leidenden in allen Ländern und sie begrüßt voll Hoffnung die Schar der für den Frieden immer kräftiger Wirkenden.

Die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich haben den Glauben an die Internationale nicht verloren. Vielmehr ist es ihnen felsenfeste Gewißheit, daß die durch den Krieg an Tiefe und Umfang ungeheuer gesteigerte und beschleunigte Umwälzung aller proletarischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen sowie die unausbleibliche Verschärfung des Klassenkampfes den Proletariaten aller Länder den Zusammenschluß in der aus allen Trübungen und Wirren wiedererstandenen Internationale mit eiserner Notwendigkeit aufzwingen wird, ja die Internationale fester, zielbewußter und kampffähiger als je machen muß.

Die heutige Konferenz erklärt, daß die Vertrauensmänner des Proletariats ihre internationale Pflicht am besten erfüllen und den Wiederaufbau der Internationale am sichersten vorbereiten, wenn sie die Geschlossenheit, Einheit und Kraft der proletarischen Bewegung im eigenen Lande in nimmermüder, aufklärender und organisatorischer Arbeit zu erhalten und zu steigern bemüht sind.

Sympathieerklärung.

Die Reichskonferenz spricht den Genossen und Genossinnen in allen Ländern, die um des Kampfes willen, den sie gegen den Krieg und die Entrechtung des Volkes führen, verfolgt werden, ihre wärmste Sympathie aus.

Die Stockholmer Konferenz.

Programm des holländisch-skandinavischen Komitees für die Diskussionen der Vorkonferenzen.

I. Friedensbedingungen.

a) Allgemeine Grundlagen des Friedens: Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Autonomie der Nationalitäten, Annexionen, Kriegsentschädigungen, Wiederherstellung.

b) Anwendung dieser Prinzipien in den konkreten Fällen:

1. Belgien, Serbien, andere Balkanstaaten, Polen, Finnland, Elsaß-Lothringen, Nordschleswig, Armenien, Litauen, Ukraina, Tschechen, Juden.

2. Kolonien.

II. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen.

a) Völkerrechtliche Bestimmungen: Internationale Rechtsordnung, internationale Schiedsgerichte, obligatorische Untersuchungsfrist bei Konflikten, andere Mittel, um den Frieden zu erhalten. (League to enforce peace, sanctions, Zwangsmaßregeln.)

b) Abrüstung und Freiheit der Meere.

c) Mittel, die berechtigten Bedürfnisse der ökonomischen Expansion ohne territoriale Machterweiterung zu befriedigen. (Internationalisierung der internationalen Transportwege, Meerengen, Kanäle, Haupteisenbahnlinien u. s. w.)

d) Abschaffung der geheimen Diplomatie.

III. Praktische Verwirklichung dieser Ziele.

a) Inwieweit müssen diese Fragen bei den eigentlichen Friedensverhandlungen behandelt werden?

b) Könnten Studienkommissionen zur Vorbereitung gewisser Fragen gegründet werden?

IV. Aktion der Internationale.

a) Mitarbeit der Neutralen an dem Frieden.

b) Direktes Mitarbeiten der Parlamente.

c) Mitarbeit der sozialistischen Parteien.

d) Maßregeln, um während der vorbereitenden Friedensverhandlungen und während der offiziellen Friedenskonferenz einen dauerhaften Einfluß auszuüben von Seite der Internationale.

V. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Ist man bereit zur Teilnahme an einer allgemeinen Konferenz:

1. Ohne Bedingungen?

2. Wenn nicht, unter welchen Bedingungen?

a) Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien während des Krieges, Schuldfragen.

b) Mehrheit und Minderheit.

Antwort der Delegation der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die allgemeine Ursache des Weltkrieges ist nicht in partiellen Einzeltatsachen, weder diplomatischer, noch nationaler, noch gar persönlicher Natur, sondern in den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen. Der Kapitalismus ist, sobald er in die Phase des Imperialismus eintritt, durch das Bestreben gekennzeichnet, fremde Absatzmärkte, Rohstoffterritorien, Kapitalsanlagegebiete, Kolonien unter seine ökonomische Herrschaft zu bringen und monopolistisch auszubeuten. Hieraus entstanden internationale Konflikte, die, zum Teil durch zwischenstaatliche Verträge zeitweilig entschärft, in den letzten zwei Jahrzehnten eine ganze Reihe kriegerischer

Einzelexplosionen hervorgerufen haben. Gerade die Allgemeinheit der Interessengegensätze, die übrigens auch zwischen den derzeit verbündeten Staaten bestehen, hat zu der Universalität des Weltkrieges geführt. Denn in allen kapitalistischen Staaten, sofern sie die Stufe des Imperialismus erreicht haben, bestehen die gleichen objektiven Tendenzen zur schließlichen Austragung der wirtschaftlichen Interessenkonflikte mit den Waffen. Diese Erkenntnis ist der ganzen sozialistischen Internationale vor dem Kriege gemeinsam gewesen, wie die Beschlüsse von Stuttgart und Kopenhagen beweisen.

Der vorgelegte Programmentwurf scheint auch deshalb die Fragestellung etwas zu verschieben, indem er unter die Friedensbedingungen sub I vorwiegend und einseitig nationale Fragen aufnimmt. Den nationalen Fragen kann vom sozialistischen Standpunkt höchstens eine gelegentlich Krieg auslösende, keinesfalls eine Krieg verursachende Bedeutung zugeschrieben werden. Vielfach haben sie geradezu nur als Kriegsvorwände für die Verhüllung der imperialistischen Eroberungsabsichten von kriegführenden Mächten gedient. Die wirtschaftlichen Untergründe des Krieges, ohne deren Verständnis natürlich auch an das Friedenswerk nicht wirksam herangetreten werden kann, kommen deshalb im Programm zu kurz. Sie wären auf den allgemeinen Konferenzen — ganz im Sinne der Beschlüsse von Stuttgart und Kopenhagen — als erster Punkt zu behandeln. Nur mit Rücksicht auf die im Programm gewählte Anordnung beantworten wir zunächst Punkt I.

A. Friedensbedingungen.

(Fragebogen I. Nach dem Gesagten gehörte auch der größere Teil der sub II behandelten Gegenstände zu den wesentlichen Bedingungen des Friedens.)

Ad a) Allgemeine Grundlage.

1. Die nationalen Fragen. Die Begriffsunterscheidung zwischen Nation und Nationalität ist unklar. Versteht man unter Nation nach romanischem Sprachgebrauch das Staatsvolk, so bedeutet „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" einfach die Freiheit und Unabhängigkeit der bestehenden Staaten. Innerhalb der Internationale muß der Sprachgebrauch endlich geklärt werden, weil er sonst die Quelle unendlicher, durch die Chauvinistenpresse auch böswillig ausgebeuteter Mißverständnisse werden kann und muß. Das Selbstbestimmungsrecht der Staaten ist selbstverständlich und wird sowohl hinsichtlich der großen als der kleinen natürlich von uns anerkannt.

Was die Rechtsstellung der Nationen in Nationalitätenstaaten und der Minderheitsnation neben einer vorwiegenden Nation betrifft, so muß hervorgehoben werden:

a) Im Zentrum, Osten und Südosten Europas ist die nationale Siedelung fast überall so gemischt, daß eine genaue territoriale Abgrenzung meist unmöglich ist, immer aber ein Grund zu vermehrter Bedrückung und ein erneuter Kriegsanlaß wäre.

b) Die Nationen sind oft so verschieden an Kultur und wirtschaftlicher Reife, daß die Abtrennung zuweilen sozial unmöglich oder ein kultureller Schaden wäre. Manche Nation könnte sich, auf ihre eigenen Mittel angewiesen, zum Beispiel nicht einmal die Schulen erhalten, die ihr im Rahmen des Gesamtstaates geboten sind.

Für den Schutz nationaler Minderheiten hat die österreichische Entwicklung Rechtsformen geschaffen, die hier im einzelnen nicht dargestellt werden können, jedoch des Studiums und der Nachahmung anderer Nationalitätenstaaten wert wären.

Selbst wo Nationen räumlich und sozial trennbar wären, ergäbe sich, wenn man sie, statt ihnen die nationale Autonomie sicherzustellen, zu souveränen Staaten erheben würde, eine solche Kleinstaaterei, daß der politische und wirtschaftliche Aufstieg dieser Nationen gefährdet wäre. Einmal bestehende große Staats- und Wirtschaftsgebiete zu zerschlagen wäre entwicklungsfeindlich und höchstens imperialisti-

schen Großstaatsbourgeoisien dienlich, die viele Kleinstaaten politisch und wirtschaftlich leichter gegeneinander ausspielen, beherrschen und ausbeuten oder sogar annektieren könnten.

Wohl aus diesen Gründen hat sich das Manifest von Basel von den Grundsätzen leiten lassen, auf denen wir noch heute stehen und die im wesentlichen besagen:

1. Nationen und Nationsminderheiten, die in einem Nationalitätenstaat vereinigt sind, erhalten ihre kulturelle und nationale Freiheit garantiert innerhalb der bestehenden Staaten und ihrer Grenzen durch jene verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Einrichtungen, die unter dem Namen der nationalen Autonomie bekannt sind.

2. Die Erringung dieser Freiheiten muß das Werk dieser Nationen selbst sein, ihres eigenen innerpolitischen Emanzipationskampfes sowie der brüderlichen Hilfe des Proletariats der anderen Nationen ihres Staates, darf jedoch nicht zum Vorwand kriegerischer Angriffe und Annexionsbestrebungen, noch weniger als Deckmantel imperialistischer Bestrebungen oder gar als Vorwand zur Hinausziehung des gegenwärtigen Krieges oder als vorgeschobenes Kriegsziel dienen.

Wenn die Internationale diese durch Basel bekräftigten Grundsätze preisgäbe, würde sie selbst das Signal zu immer neuen und endlosen Kriegen geben.

Ad b) Einzelne Fragen.

Aus diesen durch die Beschlüsse der bisherigen Kongresse wie durch das Manifest von Basel gebilligten Grundsätzen heraus erklären wir im einzelnen:

1. Wir fordern einen Friedensschluß ohne Annexionen.

2. Wir erkennen als Kriegsursache das kapitalistische und imperialistische System, halten als für den Krieg objektiv verantwortlich alle bürgerlichen Regierungen und herrschenden Bourgeoisien in gleicher Weise und sind auch darum für einen allgemeinen Frieden ohne Entschädigung.

3. Was die einzelnen Nationen betrifft, so finden wir die Aufzählung sub I b unvollständig und einseitig und ihren Einteilungsgrund unklar. Es fehlt Irland, obschon Nordschleswig einbezogen ist, von dem im Kriege nie die Rede war, und obwohl Irland das einzige in diesem Kriege bekanntgewordene Beispiel einer wirklich aktiven revolutionären Erhebung einer Minderheitsnation gegen eine sie beherrschende Mehrheitsnation ist. Es fehlen die in der jüngsten Zeit, zum Teil erst im Kriege vollzogenen Annexionen der Burenstaaten, von Tripolis, Marokko, Aegypten und es fehlen die nationalen Minderheitsfragen von Malta, Korsika u. s. w. Anderseits will uns scheinen, daß die Kolonien nicht sub I, sondern höchstens sub II c als Streitgegenstand der Kolonialpolitik, nicht der nationalen Frage, einzubeziehen wären.

Unter diesem Vorbehalt sei im einzelnen bemerkt:

1. Wir erklären uns gegen die Annexion von Belgien und halten — immer im Sinne unserer oben abgegebenen Erklärung: „Die Erringung dieser Freiheiten ꝛc." — für wünschenswert, daß die Flämen und Wallonen der nationalen Gleichberechtigung und Autonomie teilhaftig werden.

2. Das serbische Volk soll seine staatliche Selbständigkeit erhalten und durch die endliche Vereinigung Serbiens mit Montenegro den freien Zugang zum Meere bekommen, der durch keinerlei völkerrechtliche Vorbehalte eingeschränkt werden soll.

3. Die Balkanstaaten mögen ihre staatlichen Beziehungen einverständlich regeln, etwa wie das vor dem Balkankrieg von ihnen geplant war, und durch ein Bündnis unsere alte Forderung „Der Balkan den Balkanvölkern" selbst verwirklichen. Die südslawischen Staaten und Kronländer Oesterreich-Ungarns samt Bosnien etwa aus dem heutigen staatlichen Verband herausreißen zu wollen, hieße den Krieg entfachen und beleben. Sie wären gemäß dem Baseler Manifest im Verband des Reiches zu belassen. Wir verpflichten uns, ihre Bestrebungen nach Autonomie im Sinne der von ihren sozialistischen Exekutiven zu treffenden Vereinbarungen jederzeit zu fördern.

4. Polen und Finnland sind Staaten, die rechtlich in voller Selbständigkeit zu Rußland in Personalunion getreten und widerrechtlich ihrer staatlichen Selbständigkeit beraubt worden sind. Ihre staatliche Selbständigkeit ist wiederherzustellen. Was die Polen in Galizien und in Preußen betrifft, treten wir für ihre volle Autonomie im Rahmen der beiden Staaten ein, sowie wir auch die volle Anerkennung der nationalen Autonomie der Ruthenen fordern, und erwarten von der Zukunft, eventuell von freien Vereinbarungen zwischen dem wiedererstandenen Staate Kongreßpolen und beiden Mittelmächten die dauernde Ordnung der polnischen Frage.

5. Elsaß-Lothringen, ein deutsches Gebiet, das seinerzeit durch die Annexion des absoluten Königtums in Frankreich erworben, dann im Frankfurter Frieden wieder mit Deutschland vereinigt worden ist, bleibt Bestandteil des Deutschen Reiches. Wünschenswert ist jedoch, daß es erstens in den Genuß der vollen Rechte eines Gliederstaates im Reiche und somit der Vorzüge der föderativen Verfassung des Reiches gesetzt und zweitens daß dem französisch sprechenden Teile Lothringens der volle Schutz nationaler Minderheiten zuteil werde.

6. Die Tschechen genießen in Oesterreich staatsbürgerliche Gleichheit und außerdem als Nation in Böhmen und Mähren die Vorteile einer Mehrheit, so daß die Deutschen in diesen Ländern oft in die Lage einer nationalen Minderheit geraten. Das sogenannte böhmische Staatsrecht lehnen wir ab, weil es im Widerspruch steht zu dem Gedanken der nationalen Autonomie und weil es die Aufrichtung einer nationalen Fremdherrschaft über die deutsche Minderheit bedeutete. Wenn auch eine territoriale Absonderung wegen der starken Sprachmischung und der unhaltbaren Grenzgestaltung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht an allen Stellen durchführbar ist, so muß durch eine Kreiseinteilung die nationale Selbstverwaltung gesichert und außerdem das Sprachenrecht weiter ausgebaut werden. Diese Fragen werden auch durch gemeinsame und einverständliche Entschließungen beider Nationen ihre Lösung erfahren, da sowohl deutsche wie tschechische Sozialdemokraten den Ausbau des Sprachenrechtes im Sinne der vollen Gleichberechtigung aller Völker anstreben.

7. Das letztere gilt auch für die Ukrainer in Galizien.

8. Die Frage der Ukraine in Rußland sowie die übrigen sub I b, 1 und 2 berührten Fragen entziehen sich zunächst unserem Einfluß und unserer eingehenden Kenntnis.

B. Die wirtschaftlichen Friedensbedingungen.

(Fragebogen II, Punkt b im zweiten Teil und Punkt c.)

Unter II des Fragebogens sind von Punkt b die Freiheit der Meere und Punkt c hier getrennt beantwortet, denn sie enthalten die wesentlichen Bedingungen eines Friedens, der den internationalen Wettstreit des Imperialismus eindämmen soll.

a) Die wirtschaftliche Freiheit.

Die Verkehrsfreiheit zu Land und zu Meer muß wiederhergestellt und erweitert werden. Die Absperrung des Mutterlandes durch einen nahezu prohibitiven Zollschutz und die Monopolisierung der Kolonialgebiete durch einzelne Mächte gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Kriegsursachen. Ein Friede kann in Wahrheit nur dann dauernd sein, wenn auf diese hauptsächlichsten Mittel des imperialistischen Wettkampfes verzichtet wird. Daher:

1. Abbau des Hochschutzzollsystems, Beseitigung der Lebensmittelzölle, Abbau der Industriezölle und Herstellung aller Verkehrserleichterungen im Mutterland.

2. Offene Tür in allen Kolonialgebieten, um der monopolistischen Ausbeutung ausschließlichen Rohstoffbesitzes zu begegnen. Festlegung des Begriffes der offenen Tür ähnlich wie im zweiten Marokkovertrag und Unterstellung der Rechtsstreitigkeiten daraus unter das obligatorische Urteil des Haager Schiedshofes.

b) Die Freiheit des Weltverkehrs.

Sie ist zu garantieren durch die Einrichtung einer gemeinsamen internationalen Verwaltung sämtlicher Seehandelsstraßen und interozeanen Kanäle. Neue Welteisenbahnrouten sind tunlichst unter Beteiligung und Mitverwaltung der Mächte zu schaffen.

c) Die Pariser Konferenz.

Die wirtschaftlichen Kampf- und Abschlußmethoden des Imperialismus wurden geradezu in ein System gebracht durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz vom Jahre 1916. Wir erheben Einspruch gegen diese Beschlüsse und fordern die gemeinsame Abwehr der gesamten Internationale. Zollvereinigungen angrenzender, wirtschaftlich eng verbundener Gebiete sind nur dann ein Fortschritt, wenn sie nicht auf Zollabschluß, sondern auf Erleichterung und Erweiterung des freien Verkehrs abzielen.

d) Arbeiterschutzgesetzgebung.

Im Friedensvertrag sind gemeinsame Bestimmungen im Sinne der von den internationalen Gewerkschaftskongressen (zuletzt in Leeds) festgestellten Minimalforderungen betreffend die sozialpolitische Gesetzgebung und den Arbeiterschutz vorzusehen und Vorkehrungen zu treffen, wodurch im Wege von Mindestnormen des Arbeiterschutzes, auch in den Kolonien, der fortschreitenden Herabsetzung des Lebensfußes der arbeitenden Klassen in den abendländischen Kulturländern entgegengewirkt wird.

e) Die Freiheit der Meere.

Der Krieg hat alle Garantien des bisherigen Seekriegsrechtes vernichtet. Die Rechtsentwicklung, die im Pariser Frieden vom Jahre 1856 angebahnt ist, muß in diesem Frieden weitergeführt werden. Die Kaperei, die Bewaffnung der Handelsschiffe müssen untersagt bleiben, das Seebeuterecht muß abgeschafft, das Privateigentum zur See allgemein sichergestellt werden. Die Ausdehnung des Begriffes der Konterbande, die im Kriege vorgenommen wurde, muß beseitigt, von dem Konterbandebegriff müssen mindestens sämtliche Rohstoffe der Bekleidung und Ernährung ausgeschlossen bleiben. Das Recht der Blockade muß auf den alten Umfang zurückgeführt werden. Die Blockade muß effektiv sein und darf nur konkrete Seehäfen und streng begrenzte Küstenstrecken einschließen. Die Erklärung irgendeines Teiles des offenen Meeres als Kriegsgebiet, wie es zuerst von der englischen und dann von der deutschen Regierung vollzogen worden ist, muß verboten sein. Im Zusammenhang damit sind die im See- und Luftkampf zulässigen Kampfmittel einzuschränken. Im übrigen ist die stärkste Garantie für eine wirkliche Freiheit der Meere in einer allgemeinen Abrüstung zu suchen.

C. **Hauptgrundsätze internationaler Vereinbarungen.**

(Fragebogen II, Punkt a, b und c.)

a) Völkerrecht.

Zu den Punkten II a des Fragebogens wird gefordert: Fortschreitender Ausbau des Völkerrechtes, Fortführung des Friedenswerkes der beiden Haager Konferenzen in folgendem Sinne:

1. Rechtsfragen, das sind Streitfragen des staatsbürgerlichen, bürgerlichen, Handels- und Verkehrsrechtes, der Ein- und Auswanderung, der Zoll- und Handelsverträge sind obligatorisch durch den Schiedshof zu entscheiden.

2. In den bisher als Existenzinteressen und Ehrenfragen behandelten und aus der Schiedsgerichtsbarkeit noch ausgeschlossenen Streitgegenständen verpflichten sich die Staaten schon heute, mindestens überhaupt keine feindseligen Handlungen (Mobilisierung, Grenzschutzverstärkung u. s. w.) vorzunehmen, bevor nicht der Schiedshof um seine Vermittlung angegangen wurde, sein Gutachten erstattet hat

oder sein Urteil gefällt ist. Die Unterstellung auch dieser Streitgegenstände unter den Schiedshof ist anzustreben.

3. Die Staaten haben sich weiter zu verpflichten, unter dem Kommando neutraler Funktionäre eine gemeinsame Exekutivgewalt aufzurichten, welche den Vollzug der Entscheidungen des Schiedshofes erzwingt. Sie stellen auf Aufforderung gemeinschaftlich in den Dienst dieser Exekutivgewalt ihre gesamten wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gegen denjenigen Staat, der in Widerspruch zu dem Schiedsspruch handelt.

4. Die Einrichtungen des Schiedshofes im Haag sind durch ständige Konferenzen auszugestalten, deren Aufgabe es ist, das internationale, Privat-, Straf- und Völkerrecht auszugestalten und zu vereinheitlichen.

b) Abrüstung.

Gemäß den Beschlüssen von Stuttgart und Kopenhagen fordern wir die vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande bis zur völligen Abrüstung der stehenden Heere, Organisierung einer auf bloße Landesverteidigung eingerichteten Volkswehr. Die Rüstungseinschränkungen ergeben sich wohl schon als notwendig zufolge der allgemeinen Erschöpfung der Bevölkerung und der Staatsfinanzen nach dem Kriege. Soweit Rüstungen noch erforderlich sind, ist die Rüstungsindustrie zu verstaatlichen.

c) Geheimdiplomatie.

Wir fordern die Abschaffung der geheimen Diplomatie. Internationale Verträge erhalten nur dann Rechtsgültigkeit und können nur dann im internationalen Schiedsverfahren Beachtung finden, wenn sie von den Parlamenten der betreffenden Staaten öffentlich genehmigt sind. Gegenstände, die die ganze Völkergemeinschaft angehen, sind in periodisch wiederkehrenden, öffentlich zu verhandelnden Staatenkongressen zu erledigen.

D. Praktische Verwirklichung dieser Ziele.

(Fragebogen Punkt III.)

Ad a. Bei den eigentlichen Friedensverhandlungen müssen die unter A und B behandelten nationalen und wirtschaftlichen Fragen verhandelt und durch eine allgemeine Staatenvereinbarung sichergestellt werden. Dasselbe gilt für II b: Abrüstung. Doch ist auch die Erledigung der übrigen Fragen sofort beim Friedensabschluß erwünscht.

Ad b. Soweit diese Erledigung nicht zu erzielen ist, sind zwischenstaatliche Studienkommissionen in Anlehnung an den Haager Schiedshof dauernd einzurichten.

Wir stellen an die vorstehende Konferenz den Antrag: Die sozialistische Internationale hat aus ihrer Mitte selbst solche Studienkommissionen einzusetzen und dem Internationalen Bureau anzugliedern. Eine solche Studienkommission hat außerdem die nationale Frage in allen Kulturländern zu studieren und die Ergebnisse ihrer Studien den Sektionen mitzuteilen.

E. Aktion der Internationale.

(Fragebogen Punkt IV.)

Ad a. Die Mitarbeit der Neutralen am Zustandekommen des Friedens ist erwünscht und dankenswert. Sie haben schon heute den Kriegführenden ihre guten Dienste anzubieten und sollen mit Rücksicht auf die allgemein menschliche Bedeutung des Friedensschlusses teilnehmen an dem internationalen Staatenkongreß, der die zwischen den Kriegführenden getroffenen vorangehenden Vereinbarungen und die allgemeinen Friedensbedingungen zusammenfaßt und feststellt.

Ad b. Das direkte Mitarbeiten der Parlamente an der Vorbereitung des Friedens durch interparlamentarische Konferenzen und am Abschluß des Friedens ist anzustreben.

Ad c. Die sozialistischen Parteien aller Länder haben im Sinne der Beschlüsse von Kopenhagen schon jetzt zur Beschleunigung des Friedensschlusses die Friedensstimmung in ihrem Lande zu pflegen, auf ihre Regierungen im Sinne der Friedensbereitschaft einzuwirken und gegenüber Regierungen, die einem Friedensschluß im Sinne der gekennzeichneten Bedingungen widerstreben, die Freiheit der Aktion zu wahren; sie haben weiter ihre ganze politische Macht in ihrem Lande für den Frieden und gegen das kapitalistische imperialistische System aufzubieten. In diesem Sinne haben sie in der Presse, in Versammlungen und in den Parlamenten zu wirken.

Diese Wirksamkeit muß selbstverständlich in allen Staaten international, das heißt in einverständlicher und gleicher Art erfolgen. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich wird jeden einheitlich gefaßten Beschluß des Internationalen Kongresses von Stockholm aufs gewissenhafteste durchführen.

Ad d. Für die Zeit der Friedensvorbereitungen hat das Internationale Bureau einen ständigen und prompten Pressedienst zur Berichtigung der durch die bürgerliche Presse verbreiteten Entstellungen und Verdächtigungen einzurichten und einen laufenden Austausch der offiziellen Parteierklärungen der angeschlossenen Sektionen vorzunehmen. Das Bureau hat das Recht, jederzeit Experten der angeschlossenen Sektionen einzeln oder gemeinsam zu vernehmen.

F. Allgemeiner Sozialistenkongreß.

(Fragebogen Punkt V.)

Wir sind heute, wie zu jeder Stunde seit Kriegsausbruch, ohne Vorbedingungen zu stellen oder Vorbehalte zu machen, zur Beschickung des Sozialistenkongresses und zur Teilnahme an demselben bereit und halten diese Teilnahme für die Pflicht jeder Sektion der Internationale.

Wir stellen also keine Bedingungen, halten aber dafür, daß der Kongreß und seine Verhandlungen nur dann fruchtbar sein können:

1. wenn alle angeschlossenen Sektionen in gleichem Geiste in die Verhandlungen eintreten;

2. wenn alle nationalen Sektionen, sowohl in ihrer Mehrheit wie in ihrer Minderheit, vertreten sind;

3. wenn die Verhandlungen nicht so sehr auf Rekriminationen über Vergangenes als auf die Ueberwindung aller Schwierigkeiten und Irrungen der ersten Kriegszeit durch den möglichst raschen Abschluß des allgemeinen Friedens eingestellt sind.

Infolgedessen sind wir der vollen und entschiedenen Ueberzeugung, daß die Erörterung der sogenannten Schuldfrage, ob man nun darunter die Schuld der Regierungen der kriegführenden Staaten oder das angebliche Verschulden einzelner Parteien meint, von der Behandlung in der Konferenz ausgeschlossen bleibt. Die Behandlung der Schuldfrage muß unfruchtbar sein, denn

1. ist die Schuld einzelner Personen und Personengruppen nach sozialistischer Auffassung an sich, zufolge der Verursachung des Krieges durch Kapitalismus und Imperialismus, nicht entscheidend; sie ist ferner zufolge der beim Kriegsausbruch eingetretenen vollständigen Unterbindung jeder Verständigungsmöglichkeit und Ueberflutung der Massen mit lügenhaften Preßberichten auch bedeutungslos und endlich für den Friedensabschluß gleichgültig;

2. sind die geschichtlichen Akten nicht so vollständig und allseitig gesammelt, daß die Schuldfrage in absehbarer Zeit wirklich objektiv entschieden werden könnte;

3. ist es die Aufgabe einzelner sozialistischer Parteien, die Verantwortlichkeiten in jedem einzelnen Lande festzustellen. Aus diesen Gründen legen wir mit aller Entschiedenheit gegen die Behandlung der Schuldfrage in der Konferenz schon heute Verwahrung ein, dies mit dem Bemerken, daß wir keineswegs die Absicht haben, der Erörterung dieser Frage vor jedem anderen Forum auszuweichen, und keineswegs gewillt sind, nach Friedensschluß die Verantwortung unserer Regierung für Krieg und Frieden zu erleichtern oder zu ersparen.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Worte sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.
In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Anträge zum Parteitag.

Zur Tagesordnung.

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

1. Vorschlag der Parteivertretung.

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Berichte:
   a) des Parteivorstandes (Innere Parteitätigkeit, Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht, Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen);
   b) der Kontrolle;
   c) des Klubs der Abgeordneten, Berichterstatter: Karl Seitz.
3. Stockholm, die Internationale und der Friede. Berichterstatter: Viktor Adler.
4. Die Verwirklichung der politischen Demokratie und der nationalen Autonomie. Berichterstatter: Karl Renner.
5. Wahl der Parteivertretung.
6. Die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den anderen sozialistischen Parteien in Oesterreich.
7. Die Forderungen der Arbeiter in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft:
   a) Volkswirtschaft. Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen;
   b) Das Arbeitsverhältnis. Berichterstatter: Franz Domes;
   c) Volksernährung. Berichterstatter: Matthias Eldersch.
8. Eventuelles.

2. Antrag der Bezirksorganisation Klosterneuburg.

Sollte in dem Punkt 7 der Tagesordnung: „Die Forderung der Arbeiterschaft in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft" die Erörterung der „Volksernährung" gedacht sein, wird der Antrag gestellt, diesen Punkt wie folgt zu ergänzen: Forderungen der Arbeiterschaft in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft und die Volksernährung.

Dieser in solcher Form ergänzte und klargestellte Punkt ist sodann vor den Punkt: Wahl der Parteileitung zu setzen.

(In den Verhandlungen beantragt.)

3. Antrag der Parteivertretung.)

Es werde der Punkt 6 von der Tagesordnung abgesetzt.

Zum Punkt: Berichte.

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

4. Antrag der steiermärkischen Landesparteivertretung.

Der bisherige Parteibeitrag für die politische Parteiorganisation ist entsprechend zu erhöhen.

5. Antrag Alfred Berdan (Kladrau).

Die Abnahme des im Orte eingeführten Tagblattes der Partei oder aber des Zentralorgans, der „Arbeiter-eitung", ist allen Genossen zur Pflicht zu machen und diese Verpflichtung, einschließend in den Parteibeitrag, auch im Organisationsstatut festzulegen.

6. Antrag der jugendlichen Arbeiter.

Innerhalb der Parteiorganisation soll Gelegenheit für alle Genossen und Genossinnen zur Diskussion der strittigen Fragen der Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes geschaffen werden.

7. Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau.

Die Monatsbeiträge zur politischen Parteiorganisation sind nach Klassen zu bestimmen, deren Anzahl 9 beträgt. Das Einkommen des Mitgliedes bestimmt die Einreihung in die Klasse. Für Mitglieder mit einem Einkommen von unter 1600 Kr. erscheint der Beitrag zur Parteiorganisation nicht erhöht. Es wäre demnach zur Bemessung des Beitrages zur politischen Parteiorganisation nachstehende Tabelle anzuwenden:

	Einkommen	Monatsbeitrag
1.	Klasse unter Kr. 1.600	Kr. —·30
2.	„ von „ 1.600 „ „ 2.000	„ —·40
3.	„ „ „ 2.000 „ „ 3.000	„ —·50
4.	„ „ „ 3.000 „ „ 4.000	„ —·70
5.	„ „ „ 4.000 „ „ 6.000	„ —·90
6.	„ „ „ 6.000 „ „ 10.000	„ 1·20
7.	„ „ „ 10.000 „ „ 15.000	„ 1·50
8.	„ „ „ 15.000 „ „ 20.000	„ 1·80
9.	„ mehr als Kr. 20.000	„ 2·50

8. Antrag der Bezirksorganisation Landstraße.

Der Parteitag vermißt mit tiefem Schmerz den Genossen Friedrich Adler in seiner Mitte. Er behält in treuem Gedenken die unermüdliche und unerschrockene Aufklärungsarbeit, mit welcher Genosse Friedrich Adler schon von Beginn des Krieges an in Wort und Schrift die Grundsätze des Internationalen Sozialismus vertreten hat. Er sieht mit Stolz auf ihn als einen der ersten, der die Ideen verteidigte, welche sodann in dem großen Prinzip der glorreichen russischen Revolution „Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker" ihren geschichtlichen Ausdruck gefunden haben und heute die Grundlage der Friedenspolitik aller sozialistischen Parteien bilden. Der Parteitag begrüßt daher in Genossen Friedrich Adler einen der besten Vorkämpfer des internationalen Proletariats, dessen theoretisches Wirken in der Zeit tiefster Verwirrung der Internationale und größten Zweifels an ihr selbst vielen Genossen ein unverrückbarer Richtpunkt wurde und ein moralischer Antrieb, an der Partei festzuhalten. Darum sendet der Parteitag über Kerkermauern hinweg dem treuen Genossen, dem unerschrockenen Kämpfer, dem hochgemuten Manne in die Einsamkeit seiner Zelle den brüderlichen Gruß der deutschen Arbeiterklasse in Oesterreich. Er empfindet es nicht nur als sinnlosen Widerspruch, sondern auch als eine Verletzung des allgemeinen Rechtsempfindens, daß, während für andere politischen Delikte der Kriegszeit sich die Kerker bereits öffnen mußten, dies gerade im Falle des Genossen Fritz Adler nicht zugetroffen ist. Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß dieses reiche und edle Leben, welches dem Proletariat und der Wissenschaft noch vieles zu geben hat, nicht dazu bestimmt ist, im Dunkel des Gefängnisses zu erlöschen, sondern seiner Wirksamkeit bald wiedergegeben wird.

(In den Verhandlungen gestellte Anträge.)

9. Antrag Dr. Czech für die Kontrolle.

Es werde dem Parteivorstand für seine gesamte Tätigkeit das Absolutorium erteilt.

10. Antrag Dr. Adler und Genossen (zur Erklärung der „Linken".)

Indem der Parteitag die nach allen Seiten klärende und fruchtbringende Debatte über die Taktik der Partei schließt, spricht er den Genossen, die überall bis hinaus im letzten Dorfe in schwerster Zeit opfervolle Arbeit für das Proletariat geleistet haben und leisten, Dank und Anerkennung aus; er stellt fest, daß die Partei ohne Unterschied der Richtungen darin einig ist, ihre Geschlossenheit und Einigkeit zu erhalten und den Kampf für den Frieden mit aller Tatkraft fortzusetzen und in der notwendigen täglichen Kleinarbeit für die Interessen des Proletariats die Pflicht nicht zu vernachlässigen, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten. Der Parteitag erwartet mit vollem Vertrauen von der zukünftigen Vertretung der Partei, daß sie im Geiste der Grundsätze der Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments den Klassenkampf zu führen und vor allem für den Frieden zu wirken verstehen wird.

11. Antrag Janecek (Wien XX).

Der Parteitag wird aufgefordert, der zu wählenden Parteileitung die Verpflichtung aufzuerlegen, die rücksichtsloseste Bekämpfung des Krieges mit allen Mitteln sofort in Angriff zu nehmen.

12. Antrag Janecek (Wien XX).

Dem Parteivorstand wird, da er sich bei Kriegsausbruch nicht an die Beschlüsse der internationalen Kongresse hielt, die Mißbilligung ausgesprochen.

13. Antrag Max Winter:

Der Parteitag beschließt, den Arbeiterverein „Kinderfreunde" für Oesterreich als Parteiorganisation anzuerkennen.

14. Antrag der Kommission zur Beratung der Beitragserhöhung.

1. Der § 14 des Parteistatutes hat folgendermaßen zu lauten:

Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 40 H. betragen.

2. Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibeitrages beträgt derzeit 9 H. für den Monat und das Mitglied.

3. Diese Beschlüsse treten vom 1. April 1918 in Kraft.

4. Der Antrag des Genossen Alfred Berdan (Kladrau) ist abzulehnen.

Ebenso der Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau auf progressive Beitragsleistung.

15. Antrag Kohn (Gänserndorf):

Die Beitragserhöhung tritt am 1. Juli in Kraft.

Zum Punkt: Bericht des Klubs der Abgeordneten.

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge).

16. Antrag der Lokalorganisation Wigstadtl.

In Anbetracht der Tatsache, daß sich die arbeitslosen Textilarbeiter in einer großen Notlage befinden, da die Unterstützung viel zu gering bemessen ist, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Arbeitslosenunterstützung den heutigen Lebensverhältnissen entsprechend aus Staatsmitteln erhöht werde.

(Während der Verhandlungen beantragt).

17. Antrag Baumheier (Reichenberg).

Der Parteitag betrachtet es als selbstverständlich, daß der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gegen den Staatsvoranschlag und gegen die Kriegskredite stimmen wird.

Der Parteitag fordert den Klub auf, diese Abstimmung nicht opportunistisch, sondern prinzipiell zu begründen; also nicht mit der Gegnerschaft gegen die gegenwärtige Regierung, sondern mit der Gegnerschaft gegen jede kapitalistische Regierung und gegen jeden imperialistischen Krieg.

18. Antrag Kiesewetter.

Der Parteitag bedauert, daß der Klub der Abgeordneten seinen eigenen Beschluß vom 29. April, „auch auf dem Boden des Parlaments mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu wirken" bisher nur mangelhaft durchgeführt und es bisher unterlassen hat, eine entsprechende Abstimmung herbeizuführen, und eine Volksbewegung für den Frieden auf dieser Grundlage einzuleiten.

19. Antrag Gröbner (Bezirksorganisation Josefstadt).

Der Parteitag wolle beschließen:

a) Einem österreichischen deutschen Sozialdemokraten ist es unter keinen Umständen erlaubt, Minister oder Mitglied einer Regierung zu werden.

b) Sollte es irgendein Genosse trotzdem tun, ist er unbedingt aus der Partei auszuschließen.

a) ist nur durch einen neuerlichen Parteitagsbeschluß abänderungsmöglich, Absatz b) überhaupt nicht.

19a. Antrag Gröbner (modifiziert):

Der Parteitag erklärt sein ausdrückliches Einverständnis mit der Ablehnung der Ministerposten durch den Klub und den Parteivorstand.

20. Zusatzantrag Dr. Max Adler zum Antrag 19.

Im ersten Absatz ist vor das Wort „Regierung" „bürgerlichen kapitalistischen" einzufügen.

21. Antrag Scholz (Klosterneuburg).

In allen Bevölkerungsschichten ertönt nachhaltig der Ruf nach dem Frieden. Diesen Ruf öffentlich zu bekunden, ist der Wunsch aller. Die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten wird demnach beauftragt, sich für eine völlige Versammlungsfreiheit einzusetzen, damit es uns ermöglicht wird, unseren Friedenswillen in Volksversammlungen öffentlich bekunden zu können.

22. Antrag Anna Kaff und Genossinnen.

Als Frauen und Mütter wie auch als Sozialdemokratinnen fühlen wir uns veranlaßt, dem Parteitag folgende Entschließung vorzulegen.

Mit Schmerz und Empörung stehen wir vor der Tatsache eines vierten Winterfeldzuges, dem, wie zu fürchten ist, wieder eine Frühjahrsoffensive folgen würde. Dies und die wiederholten Enttäuschungen über das Nichtzustandekommen der internationalen Konferenz in Stockholm sind geeignet, das Vertrauen der Volksmassen in die internationalen sozialistischen Ideen zu schwächen; außerdem besteht die Gefahr, daß die Errungenschaften der russischen Revolution, die für die Arbeiterschaft der ganzen Welt von ungeheurer Bedeutung sind, durch weitere Dauer des Krieges verloren gehen. Es scheint uns nicht genug, wenn die sozialdemokratischen Parteien immer und immer wieder nur friedliebende Erklärungen abgeben, was selbst in jenen kriegführenden Ländern nicht genügt, wo die Regierung sich zum Frieden bereit erklärt, wie dies in Oesterreich wiederholt geschehen ist. Die Unterzeichneten beantragen vielmehr:

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichsrat möge unverzüglich darauf dringen, daß die Regierung im Parlament in klaren unzweideutigen Worten erklärt, daß sie zu einem Frieden auf Grund der russischen Formel ohne Annexion und ohne Kontribution unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bereit ist.

Die sozialdemokratische Reichsratsfraktion ist ferner zu beauftragen, mit ganzer Kraft dafür zu wirken, daß die österreichische Regierung der russischen Regierung offiziell die Verständigung zukommen lasse, daß sie auf obiger Grundlage den Frieden anstrebt, zugleich soll die russische durch die österreichische Regierung aufgefordert werden, auf Grund dieses Angebotes auf ihre Verbündeten einzuwirken.

Diese Aktion der Regierung soll von der sozialdemokratischen Partei in der Form unterstützt werden, daß im ganzen Reiche unverzüglich Massenkundgebungen für den Frieden veranstaltet werden. Bei diesen Friedenskundgebungen soll auch den Kriegsverbündeten Oesterreichs gegenüber klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht werden, daß wir nichts als den Frieden wollen.

Der Parteitag gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche Friedenskundgebung in Oesterreich die deutsche Bruderpartei bestimmen wird, außer ihren bisherigen Friedensaktionen auch eine Kundgebung in dem hier beantragten Sinne zu unternehmen.

23. Antrag Scharing (Rumburg).

Der Parteitag fordert den Abgeordnetenklub auf, im Abgeordnetenhause die Einsetzung eines Ausschusses zu verlangen, für den das Recht erwirkt werden soll, die Fronten zu bereisen und Beschwerden der Soldaten entgegenzunehmen.

24. Zusatzantrag Seitz (zum Antrag 17).

Die Worte „wie immer" sind einzufügen.

25. Antrag Preußler.

Der Bericht des Abgeordnetenklubs wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Zum Punkt: Verwirklichung der politischen Demokratie und der nationalen Autonomie.

26. Antrag des Berichterstatters Dr. Renner.

1. Der Krieg hat die Verfassungsgrundlagen aller Staaten verändert; niedergebrochen ist mit den letzten Resten der orientalischen Despotie der russische Absolutismus, niedergebrochen auch der auf dem Wahlrechtsraub gegründete Scheinkonstitutionalismus der Duma; moralisch entwurzelt und praktisch zu den Toten geworfen der preußische Landtag, die letzte Hochburg der westeuropäischen Reaktion; Ungarn schickt sich an, sich ein demokratisches Wahlrecht zu geben: die vorbehaltlose und uneingeschränkte Demokratie ist das politische Grundgesetz der Welt geworden.

2. Ueberall stehen die arbeitenden Volksklassen beim Kampfe um die Demokratie in den ersten Reihen. Die deutsche Arbeiterschaft Oesterreichs begrüßt neuerlich das russische Proletariat als den kühnen Vorkämpfer um die Demokratie der Welt und um die soziale Befreiung der besitzlosen Klassen, sie begrüßt neuerdings die Sozialdemokratie des Deutschen Reiches ohne Unterschied der Richtung und erwartet, daß sie mit geeinigter und gesammelter Kraft ihren jahrelangen Kampf um die Demokratisierung Preußens und die demokratische Neuordnung des Reiches rasch zum endgültigen Siege führt.

3. Die organisierte Arbeiterschaft Oesterreichs ist nicht gewillt, in diesem Kampfe zurückzubleiben, und nicht gewillt, die politische Entrechtung, die sie in ihrem eigenen Staate in den Gemeinden und Ländern erfährt, länger geduldig zu ertragen; sie fordert die endliche Durchführung ihrer vollen politischen Gleichberechtigung in allen öffentlichen Einrichtungen des Staates und erklärt: Inmitten der allgemeinen Demokratie der Welt und neben dem demokratischen Bunde freier Völker in Rußland kann Oesterreich nicht bestehen ohne die Verwirklichung der Selbstregierung des Volkes und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen!

Als gangbarsten und gebotenen Weg zu diesen Zielen erkennt der Parteitag:

I. Die politische Demokratie.

1. Die Wahlreform und der Sieg des allgemeinen Stimmrechtes zum Reichsrate ist der erste Ansatz zur Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens gewesen und nicht mehr. Die Demokratie der Gesetzgebung ist bloßes Stückwerk ohne die Demokratie der Verwaltung. Die Regierungen selbst haben die Verfassungsreform aufgerollt: keinerlei Verfassung kann dem Volke genügen, die nicht auf der festen, unzerstörbaren Unterlage einer demokratischen Lokalverwaltung ruht, in der das Volk sich in seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten selbst regiert und die staatlichen Aufgaben nach den Gesetzen eines Volksparlaments zum Vollzuge bringt. Unsere Verfassung kennt eine Lokalverwaltung im Sinne der Selbstregierung nicht. Im Kriege hat sowohl die rein bürokratische Obrigkeitsverwaltung, als auch die auf den Kastenvorrechten der Kurien aufgebaute Scheinautonomie der Gemeinden und Länder vollständig versagt.

2. Die Bezirkshauptmannschaften waren als reine Juristenämter ohne eigenes Finanzrecht zur Wirtschaftsverwaltung weder geeignet noch berufen. Die sogenannten autonomen Gemeinden, schon wegen ihrer Zersplitterung und Zwerghaftigkeit im ganzen leistungsunfähig, zeigten sich außerdem beherrscht von Wahlkörpern, die als Vertreter engherzigster Besitz- und Geschäftsinteressen dem öffentlichen Ernährungs- und Fürsorgedienst zähen Widerstand bereitet und dadurch allein ihre ganze Staats- und Volksfeindlichkeit dargetan haben.

3. Die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen sind durch diese Umstände über alles Maß und über alle Notwendigkeit hinaus verschlechtert worden. Nicht nur diese unsagbaren Leiden der Vergangenheit, sondern noch viel mehr die Sorge um die Zukunft zwingt uns, Abhilfe zu fordern. Die Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens, die Wiedergesundung unseres Volkes und die Bewältigung der hohen sozialen Aufgaben nach dem Kriege sind undenkbar ohne die unverzügliche Aufrichtung einer demokratischen Lokalverwaltung, ohne Kreisämter, die auf der Selbstregierung des Volkes beruhen, das Besteuerungsrecht besitzen und die wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Kräfte der ganzen Gesellschaft in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Die rein obrigkeitliche Regierung der Juristenbürokratie sowohl als auch die Cliquen- und Kastenherrschaft der Kurien und Wahlkörper sind

zur Bewältigung der staatlichen Aufgaben weder befähigt noch auch den ihrer selbst bewußt gewordenen Völker länger erträglich.

4. Die unerläßlich gewordene Verwaltungsreform droht, durch chauvinistische Agitation aller Nationalparteien schon heute verzerrt, verfälscht und vereitelt zu werden:

Die tschechischen Parteien widersetzen sich ihr teils aus historischen Vorurteilen, teils aus dem nationalimperialistischen Bestreben, deutsches Gebiet der Herrschaft ihrer Bourgeoisie zu unterwerfen. Die deutschen Nationalparteien diskreditieren und mißbrauchen sie, indem sie das, was die allgemeine Vernunft fordert, nur für Böhmen zulassen und so als Ausnahmsregel gegen ein einzelnes Volk darstellen.

Die deutsche Arbeiterschaft verwahrt sich gegen die Mißdeutungen beider Art: sie fordert die einheitliche, allgemeine Kreisverfassung für ganz Oesterreich, und zwar auf Grund der nationalen Abgrenzung der Kreise und in gemischtsprachigen Gebieten auf Grund der nationalen Sonderung in eigenen Verwaltungskörpern, eine Kreisverfassung, deren Träger befreit sind von den Hemmungen des Sprachenstreites und sich endlich der wirtschaftlichen und sozialen Arbeit ungestört widmen können.

5. Die Finanzlage nach dem Kriege verbietet von selbst den verschwenderischen Luxus der Doppelverwaltung, die maßlose Anschwellung des bürokratischen Berufsbeamtentums wie die kontrollose Vergeudung der Steuermittel durch die sogenannte Landesautonomie. Das Volk bedarf seiner Steuern und Abgaben zur Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft, zur Pflege seiner Krüppel, zur Heilung seiner Siechen und zur Neuordnung seines sozialen Lebens.

6. Der Parteitag erklärt die Aufrichtung der lokalen Selbstregierung des Volkes als das nächste und dringendste Gebot jeder Verfassungsreform, protestiert gegen den bloßen Gedanken, daß die Kurienschande in Gemeinde und Landtagen nur eine Stunde über den Krieg hinaus forterhalten werden könnte und fordert für die Staatsbürger beiderlei Geschlechts die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen Verhältniswahlrechtes in Gemeinde und Kreis.

II. Die nationale Autonomie.

1. Der Parteitag fordert neuerdings, wie schon vor bald zwei Jahrzehnten der Gesamtparteitag zu Brünn, die Umwandlung Oesterreichs in einen Nationalitätenbundesstaat, der allein imstande ist, das unbestreitbare Selbstbestimmungsrecht jeder einzelnen Nation zu versöhnen und zu vereinigen mit der friedlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit aller Nationen.

2. Die Kreisverfassung und die Selbstregierung des Volkes im Kreise weist zur Verwirklichung des Nationalitätenbundesstaates einen gangbaren Weg, denn sie schafft für sie die lokale Unterlage. Die überlieferten Kronländer können diese nicht bieten.

Der Parteitag warnt davor, die schon vor dem Kriege an ihrer inneren Haltlosigkeit und Unfähigkeit, an ihrer finanziellen Mißwirtschaft und an den Exzessen des nationalen Chauvinismus zugrunde gegangenen Landtage wieder aufzubauen und diese Brutstätten des nationalen Hasers wieder herzustellen. Niemals waren sie Organe der Selbstregierung einer Nation, sondern immer bloße Mittel der nationalen Fremdherrschaft. Die Erfahrungen zweier Menschenalter haben auch genugsam erwiesen, daß mehrnationale, vielsprachige Körperschaften dieser Art zur Verwaltung nicht taugen. Landtage mit Großgrundbesitz- und Kammerkurien, mit plutokratischen Wahlvorrechten sind — nach dem Zusammenbruch des preußischen Landtages — an sich unhaltbar, niemals wird das Proletariat sie anerkennen und niemals mehr ertragen.

3. Was die Nationen brauchen, ist ihre staatliche Zusammenfassung in Gesetzgebung und Verwaltung, ihre Konstituierung als Gliedstaaten im Nationalitätenbundesstaat. Der hiezu zunächst gegebene Weg ist: Durch Gesetz sind alle in den Wahlkreisen einer Nation gewählten Abgeordneten als Nationsvertretung einzusetzen und das in Kreisen organisierte eigene Siedlungsgebiet der Nation ihrer besonderen Verwaltung anzuvertrauen.

Diese staatliche Selbständigkeit fordert der Parteitag vor allem für uns Deutsche selbst, er fordert sie aber auch für alle anderen Nationen. Die gesamtstaatliche Verwaltung ist zu führen durch den Bundesstaat der freien und sich selbst

regierenden Nationen, die im Wege der Vereinbarung ihre gemeinsamen Angelegenheiten bestimmen und in verhältnismäßiger Anteilnahme an der Macht gemeinsam ordnen. Zur Aufrichtung einer solchen Verfassung ist das Parlament des allgemeinen Stimmrechtes berufen; versagt das jetzige, so ist das Werk einem neugewählten Volkshause anzuvertrauen.

4. Der Parteitag protestiert im Namen der gesamten deutschen Arbeiterschaft gegen die schmählich zusammengebrochenen Versuche nationalchauvinistischer Parteien, diese Verfassungsarbeit zu ersetzen durch den Staatsstreich absolutistischer Regierungen irgendein Recht auf dem Wege des Unrechtes zu erschleichen und dadurch das Verhältnis zwischen den Völkern, mit denen die Deutschen Oesterreichs unter allen Umständen zusammen leben und zusammen wirtschaften müssen, neuerdings und dauernd zu vergiften.

5. Der Parteitag verwirft auch den Vorschlag, im Wege irgendeiner „Sonderstellung" neuerdings Nationen ersten, zweiten und dritten Grades, bevorrechtete und hörige Völker zu schaffen. Die nationale Autonomie, die wir für die deutsche Nation fordern, muß auch jedem anderen Volke zugute kommen. Bei der Neuregelung der Beziehungen zwischen den Völkern darf der Dualismus, der so viele Nationen vergewaltigt und heute nur mehr die magyarische Junkerklasse bevorrechtet, für eine vernunftgemäße und gerechte Ordnung des Zusammenlebens der in einer Grenze vereinigten Völker kein absolutes Hindernis sein.

III. Die Verwirklichung.

Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, im Innern des Staates wie nach außen für den Frieden zwischen den Völkern und für eine dauernde friedliche Regelung ihrer Beziehungen mit aller Entschiedenheit zu wirken. Aber jeder nationalen Neuordnung voran geht die Sorge um das tägliche Brot, um das nackte Leben, um die politischen Freiheitsrechte der Staatsbürger. Die deutsche Arbeiterschaft Oesterreichs fordert daher, daß zunächst die Verwaltungsreform in Angriff genommen und in den neuen Kreisämtern der Träger unserer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verwaltung geschaffen wird. In diesem Geiste fordert der Parteitag die deutsche Arbeiterklasse Oesterreichs auf, den Kampf um die politische Demokratie und die nationale Autonomie in Oesterreich mit der ganzen Tatkraft, die sie im Wahlrechtskampfe entfaltet hat, aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß den Volksmassen, die für diesen Staat die Waffen führen mußten, ihre Rechte nicht länger vorenthalten werden.

27. Antrag Emmy Freundlich.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Demokratisierung Oesterreichs notwendigerweise kommen muß, richtet der Parteitag an die gewählten Vertreter der Sozialdemokratie, insbesondere aber an die sozialdemokratischen Fraktionen im Parlament, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen die dringende Aufforderung, anläßlich aller Verfassungsänderungen, die bevorstehen, mit voller Kraft in den Kampf um die Erringung des Frauenwahlrechtes einzutreten und diesen Kampf mit allen Mitteln durchzuführen, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, denn die Konferenz sieht die Forderung nach dem Frauenwahlrecht als eine der dringendsten Forderungen nicht nur der weiblichen, sondern der gesamten Arbeiterschaft an und sie ist überzeugt, daß das Proletariat erst dann mit voller Kraft und erfolgreich für die Neugestaltung des Staates und der Gesellschaftsordnung wird kämpfen können, wenn die Frauen als Gleichberechtigte an diesen Kämpfen teilnehmen werden. Deshalb fordern wir die Genossen und Genossinnen auf, nicht zu ruhen, bis sie dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an zum Sieg verholfen haben.

28. Antrag Neumann.

Der Parteitag fordert die Gemeindevertreter, insbesondere in den Gemeinderäten der Städte, auf, mit aller Energie und mit immer erneuter Kraft den Kampf für die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen zu führen. Der Beseitigung des Wahlkörpersystems, die Durchführung des Proportionalwahlrechtes unter Ablehnung jeder Verschlechterung durch ein Pluralwahlrecht, die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frauen muß das Ziel dieses Kampfes sein. Der Kampf unserer Vertreter in den Gemeindevertretungen soll durch die

Einbringung geeigneter Vorlagen im Reichsrat, die die Aenderung des Reichsgemeindegesetzes zum Ziel haben, wirksam unterstützt werden. In den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, die vor allem unter der Rechtlosigkeit, die sie von der Vertretung in den autonomen Körperschaften ausschließt, am meisten zu leiden hat, soll der Kampf gegen die Duldung dieses entwürdigenden Zustandes, dieser Quelle von Rechtsbeugungen und Vergewaltigungen (siehe Heimatsrechtsverleihungen), gegen dieses System, das die kapitalistische Ausbeutung und Bewucherung unterstützt und die arbeitende Bevölkerung um das winzige Wahlrecht, das ihnen das Kuriensystem gibt, bringt, soll der leidenschaftliche Kampf entfacht werden, der diesem System ein Ende bereitet. Die Landesparteivertretungen werden aufgefordert, die Propaganda für die grundsätzliche Aenderung der Gemeinde- und Landverfassungen durch Versammlungen, Vorlage von Resolutionen zu fördern, um so die Forderung der Gemeindevertreter wirksam zu fördern, zu unterstützen und zu ergänzen, damit der Oeffentlichkeit Oesterreichs bewußt werde, daß die arbeitende Bevölkerung nicht länger mehr gewillt ist, diesen Zustand der Entrechtung in Land und Gemeinde zu ertragen.

29. Antrag Rudolf Beer.

Das Referat Dr. Renners ist in Druck zu legen und als Broschüre für die Massenverbreitung herauszugeben.

30. Zusatzantrag Dr. Renner zum Antrag 29.

Nach dem Worte „Renners" ist beizufügen „sowie die ganze Debatte über diesen Punkt".

Zum Punkt: Wahl der Parteivertretung.

31. Antrag der Wahlkommission.

§ 36 des Organisationsstatuts soll lauten: Der Parteitag wählt die aus 26 Personen bestehende Reichsparteivertretung. 14 vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen 12 Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten zwei Mitglieder der Kontrolle und die 14 Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen 10 Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

Zum Punkt: Forderungen der Arbeiter in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

32. Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau.

Die sozialdemokratische Reichsratsfraktion möge ehestens einen Gesetzentwurf dem Parlament unterbreiten, durch welchen in Oesterreich nachstehendes Gesetz werden soll:

1. Der Achtstundentag für Beschäftigte aller Unternehmungen ohne Ausnahme;

2. die gesetzliche Festsetzung von Mindestlöhnen in Betriebsunternehmungen aller Arten, in möglichst geringen Abstufungen nach Industrieorten;

3. die Auflassung aller Werks- und Fabrikswohnungen für Arbeiter in der bestehenden Einrichtung;

4. es soll verboten werden, fertige Speisen an Beschäftigte des Unternehmers zu verabreichen oder Anweisungen auf Kostorte auf Rechnung des Unternehmers zu erteilen;

5. den Betriebsunternehmungen soll verboten sein, Naturalien und dergleichen zwecks Verteilung an die Beschäftigten zu beschaffen.

In diesem Gesetz soll klargelegt sein, daß Werks- und Fabrikswohnungen nur im Sinne der Wohnungsgenossenschaften nach dem Gesetz vom 9. April 1873 an Beschäftigte einer Firma vermietet werden dürfen, daher Wohnungsgenossenschaften zu errichten wären. Ferner daß die bisher von Industrieunternehmern an ihre Beschäftigten verabfolgten Lebensmittel und Bedarfsartikel nur durch

Wirtschaftsgenossenschaften im Sinne des oben zitierten Gesetzes zu verteilen wären und dadurch der Einfluß der Beschäftigten auf die Preisbildung, Warenverteilung und Geschäftsführung gewahrt bleiben soll.

33. Antrag der Bezirksorganisation Wien XVII.

Der Parteitag wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, für eine gerechte, das heißt gleiche Verteilung aller notwendigen Bedarfs- und Lebensmittel Sorge zu tragen.

34. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX.

An der besitzlosen Bevölkerung geht der Mangel an Nahrungsmitteln, der durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufen ist, besonders aus. Insbesondere muß die Arbeiterklasse, der ungenügenden und unwirksamen Regierungsmaßnahmen wegen, dauernd hungern, obwohl die Besitzenden und Bevorzugten, die für Lebensmittel Wucherpreise zahlen können, auch weiter versorgt sind und obwohl auch jetzt noch Lebensmittel zugrunde gehen. An diese Feststellung knüpft sich die Sorge, daß nach dem Kriege durch die Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse Not und Hunger vermehrt werden. Darum ist für den Augenblick und für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Diese Erwägungen bestimmen den Parteitag, zu beschließen: Die Regierung ist von den Vertretern unserer Parteiorganisation in allen öffentlichen Körperschaften, in der sozialdemokratischen Presse, in Versammlungen und auch durch andere Kundgebungen aufzufordern, folgendes vorzukehren:

1. Alle unentbehrlichen Lebensmittel sind durch den Staat in gleicher Weise wie das Getreide beim Erzeuger zu beschlagnahmen und staatlich zu bewirtschaften.

2. Die Verteilung dieser Lebensmittel hat ohne jede Ausnahme für jedermann durch Lebensmittelämter der Gemeinden und von hiezu beauftragten Genossenschaften und nur auf Grund von Bezugskarten zu erfolgen.

3. Der Unterschied zwischen der Mannschafts- und der Offizierskost hat künftighin zu entfallen, sowohl im Felde als auch im Hinterland.

35. Antrag der Bezirksorganisation Mistelbach-Matzen.

Die Bezirksorganisation beantragt die Einberufung einer Reichskonferenz behufs Erstellung einer gleichmäßigen Aufteilung der vorhandenen Lebensmittel und Bedarfsartikel, welche die Möglichkeit geben würde, diese Artikel zu verbilligen. Eventuell wäre über diese Angelegenheit auf dem Parteitag zu verhandeln.

36. Antrag der Bezirksorganisation Haida.

Der Parteitag fordert, daß der Parteivorstand an den geeigneten Stellen als auch insbesondere die Abgeordneten des Klubs der deutschen Sozialdemokraten im österreichischen Reichsrat mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit die Interessen der breiten Massen durchzusetzen versuchen und mit allen Mitteln die selbstsüchtigen, gegen das Volkswohl gerichteten Bestrebungen der Agrarier, die staatliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel zu durchbrechen (wie das Beispiel bei den Kartoffeln zeigt), zu bekämpfen.

Es ist alles daranzusetzen, daß eine vernünftige Preispolitik bei der Regierung durchgesetzt wird und daß schließlich jeder Regierung, welche die Interessen der Massen nicht zu achten vermag, mit dem schärfsten Kampf gegenüberzutreten sei.

(In den Verhandlungen gestellte Anträge.)

37. Antrag des Berichterstatters Dr. Ellenbogen.

Das Streben der Kapitalistenstaaten nach monopolistischer Beherrschung von Absatzmärkten und Rohstoffgebieten hat zum Weltkrieg und seinen grauenvollen Verwüstungen geführt. Wenn sich die Völker und ihre Wirtschaft aus den Trümmern sollen erheben können, so ist die Voraussetzung dafür die Ueberwindung des Imperialismus und die Ersetzung seiner auf die Vernichtung und Ausmerzung der konkurrierenden Volkswirtschaften gerichteten Bestrebungen durch ein System von Verträgen, wodurch der Aufbau einer internationalen Organisation der Volkswirtschaft angebahnt wird.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, durch wissenschaftliche Forschung und praktische Agitation die Erkenntnis immer mehr zu vertiefen, daß die Bedrohung und Unterbindung der Höherentwicklung fremder Volkswirtschaften kein Vorteil, sondern nur ein Schaden für die eigene Volkswirtschaft und die Weltwirtschaft, das ist die Gesamtheit der wirtschaftlichen Interessen aller Völker ist.

Der Parteitag erhebt daher schärfsten Protest gegen alle Versuche, durch wirtschaftliche Abschließung, Boykott, Vergeltungsmaßregeln aller Art einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege heraufzubeschwören, mögen sie von welcher Seite immer kommen und unter noch so wohlklingendem Namen auftreten.

Der Parteitag erachtet es für geboten, daß alle Fragen, welche schon während der Uebergangszeit zu Reibungen zu führen geeignet sind, wie Rohstoffbezug, Schiffsraumausnützung, Rückerstattungen und ähnliche, schon auf dem Friedenskongreß ihre einverständliche internationale Regelung erfahren. Er verlangt, daß die während der Uebergangszeit zur Wiederherstellung der normalen Wirtschaft unerläßlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote in der vorsichtigsten Weise gehandhabt und so rasch als möglich wieder aufgehoben werden.

Obzwar sich der Parteitag keinerlei Täuschung darüber hingibt, daß die staatliche Bewirtschaftung im Kriege von den herrschenden Klassen nur wegen der Drosselung der Produktion und vor allem der Einschränkung der Vorratsmengen eingeführt wurde, erachtet er es aus denselben Gründen für notwendig, sie während der Uebergangszeit aufrechtzuerhalten; ja in einer ganzen Reihe von Produktionsgebieten sie zur bleibenden Einrichtung zu machen und auszugestalten.

Sollen die Völker unter den Nachwirkungen des Krieges nicht völlig zugrunde gehen, so wird es die Pflicht der Regierungen sein, die bisherigen Wege der Handelspolitik gänzlich zu verlassen und die Zollwirtschaft systematisch abzubauen. Insbesondere sind die Agrarzölle ehestens zu beseitigen, denn sie haben nicht nur ihrerseits zur Verschärfung der internationalen Konflikte beigetragen und damit den Ausbruch des Krieges beschleunigt, sondern überdies die Widerstandskraft des Staates untergraben und lediglich die im Kriege so staats- und volksfeindlich hervorgetretene Habgier der Agrarier großgezogen. Dem Prinzip des vollkommen freien internationalen Verkehrs sind die Tore zu öffnen.

Die Aufgabe des Proletariats wird es sein, seine Kraft mit voller Wucht zugunsten dieser Umwandlung der Handelspolitik in die Wagschale zu werfen und einen unversöhnlichen Kampf auf allen Gebieten gegen die die Kräfte aller Völker vernichtende Macht der imperialistischen Volkswirtschaftspolitik zu führen.

38. Antrag des Berichterstatters Domes.

Der Krieg ist von den herrschenden Klassen dazu benützt worden, die Arbeiterklasse Oesterreichs einem unerträglichen Ausnahmsrecht zu unterwerfen. Dieses Ausnahmsrecht ist nicht notwendig zur Sicherung des Produktionserfolges. Es dient nur der maßlosen Bereicherung der kapitalistischen Kriegsinteressenten und es führt zur Knechtung und Verelendung der Arbeiter.

Dieses Ausnahmsrecht wirkt um so aufreizender, als es sich ausschließlich gegen die Arbeiter richtet. Die Regierung macht von den Machtmitteln gegen die industriellen Kapitalisten, die ihr das Kriegsleistungsgesetz gibt, keinen Gebrauch. Sie kapituliert vor der passiven Resistenz der Agrarier gegen alle Gesetze. Aber sie richtet ihre ganze Strenge selbst über ihre gesetzliche Vollmacht hinaus gegen die Arbeiter.

Der Parteitag fordert daher zunächst die vollständige Aufhebung des Kriegsleistungsgesetzes und die Wiederherstellung des normalen Arbeiterrechtes.

Ist schon das Kriegsleistungsgesetz selbst voll tückischer Härten gegen die Arbeiterschaft, so werden diese Härten noch ins Maßlose gesteigert durch die Art seiner Anwendung. Gegen die Absicht selbst dieses Gesetzes gebärden sich die militärischen Betriebsleiter in vielen Betrieben noch immer als Organe der Unternehmer, denen die Arbeiter dank der vollständigen Aufhebung ihrer Freizügigkeit und Vertragsfreiheit wehrlos ausgeliefert sind. Der Parteitag fordert den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten auf, auf dem Boden des Parlaments alle Anstrengungen zu machen, um die Arbeiterschaft wenigstens von den schwersten dieser Fesseln zu befreien.

Die Kriegsverwaltung ist über das Kriegsleistungsgesetz noch weit hinausgegangen durch die Militarisierung der Arbeiter in den Kriegsleistungsbetrieben.

Man hat die Arbeiter in Soldaten, die Fabriken in Kasernen verwandelt. Diese Maßregel hat nur den einen Zweck, die Arbeiter dem Militärstrafgesetz und den Militärgerichten zu unterwerfen. Ist das geschehen, so kann man den kleinsten Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern zum Verbrechen der Meuterei stempeln; Arbeiter, die ihr Recht gegen den Unternehmer verteidigen, mit Todesstrafe oder langjähriger Kerkerstrafe bedrohen. Die Militarisierung wird immer weiter ausgedehnt, indem wider das Gesetz untaugliche und mindertaugliche Arbeiter in Landsturmarbeiter verwandelt und dadurch nicht nur ihrer staatsbürgerlichen Rechte und ihres Koalitionsrechtes, sondern oft auch ihrer gesetzlichen Lohnansprüche beraubt werden. Der Parteitag erhebt gegen diese gesetzwidrige Militarisierung der Arbeiter seinen leidenschaftlichen Protest und fordert, daß für alle Arbeiter, die nicht an der Front oder in der Etappe verwendet werden, das normale Arbeiterrecht wiederhergestellt werde.

39. Antrag des Berichterstatters Eldersch.

Die Ernährungsverhältnisse der Arbeiterschaft und der anderen unbemittelten Bevölkerungsschichten haben sich während des Krieges völlig unzureichend gestaltet, sie drohen im vierten Kriegswinter ganz unerträglich zu werden. An den wichtigsten Lebensmitteln und unentbehrlichsten Bedarfsartikeln herrscht infolge eingeschränkter Produktion ein erschreckender Mangel, die Lebensmittelverteilung ist verfehlt organisiert, Schleichhandel und Preistreiberei schmälern die kärglichen Rationen der unbemittelten Volksklassen.

Die Inanspruchnahme unentbehrlicher Arbeitskräfte durch die Militärverwaltung, der Egoismus der Produzenten, die Profitwut der Händler, die Rückständigkeit und Unzulänglichkeit unseres Transportwesens, die rücksichtslose Ausnützung unserer wirtschaftlichen Bedrängnis durch Ungarn, die Schwäche der österreichischen Staatsverwaltung und nicht zuletzt die planmäßige Hintansetzung der Interessen der Gesamtbevölkerung durch die Gemeindeverwaltungen haben unsere Volksernährung in einen Zustand versetzt, der als unhaltbar und unerträglich bezeichnet werden muß, der die Kriegsopfer ins Ungemessene vermehrt.

Der Parteitag stellt fest, daß die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft rechtzeitig alle Schäden unserer Lebensmittelwirtschaft sowie deren Ursachen klargestellt und eine durch die Verhältnisse gebotene zweckmäßige Organisation unseres Ernährungswesens gefordert haben. Der unbesiegbare Optimismus der maßgebenden Regierungsstellen und die Rücksichtnahme auf kapitalistische Interessen haben den Forderungen der Vertreter der organisierten Arbeiter die Erfüllung versagt oder deren Stattgebung erheblich verzögert.

In Erwägung der unhaltbaren Verhältnisse unseres Ernährungswesens fordert der Parteitag:

Die sofortige Aufstellung eines Ernährungsplanes, der in Deutschland, Oesterreich und Ungarn der Bevölkerung die gleichen Lebensmittelrationen zu erschwinglichen Preisen sichert, die Regelung, Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsartikel in Oesterreich und Ungarn nach gleichartigen Grundsätzen unter Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Ausgestaltung des gemeinsamen Ernährungsausschusses, der gegenwärtig anscheinend mehr der Befriedigung der Bedürfnisse der Militärverwaltung als jener der Bevölkerung dienstbar ist. Der Lebensmittel- und Warenverkehr zwischen Oesterreich, Ungarn und Deutschland ist staatlichen Zentralstellen vorzubehalten, jeder Schleichhandel, der immer preistreiberische Tendenzen hat, zu unterbinden.

Die staatliche Regelung der landwirtschaftlichen Produktion durch Statuierung eines Anbauzwanges für die unentbehrlichen Bodenfrüchte, die Evidenzhaltung der Anbauflächen, eine planmäßige, gemeindeweise Organisation zur Bewältigung der Anbau- und Erntearbeiten, Sicherstellung des Ernteertrages und Verwaltung der geernteten Bodenfrüchte durch obligatorische Lokalwirtschaftsämter mit selbständiger Finanzgebarung, deren Funktionäre in der Weise zu berufen sind, daß den Konsumenten und Kleinproduzenten eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung gesichert ist. In ähnlicher Weise wie der Getreidedienst ist die Aufbringung und Bewirtschaftung aller anderen unentbehrlichen Nahrungsmittel (Kartoffel, Fleisch, Fett, Milch, Gemüse und Obst 2c.), der Futtermittel und wichtiger Bedarfsartikel einer staatlichen Regelung zu unterwerfen und den Lokalwirtschaftsämtern zuzuweisen.

Der Parteitag protestiert entschiedenst gegen das Vorgehen der Regierung in der Kartoffelfrage, die eine in Geltung befindliche Verordnung des Ernährungsamtes durch eine Verabredung mit den Produzenten unwirksam gemacht und die Kartoffelversorgung gefährdet hat. Im vierten Kriegsjahr erscheint jeder Versuch, die staatliche Bewirtschaftung wichtiger Lebensmittel einzuschränken oder aufzugeben, als ein Attentat gegen die Volksinteressen, der Dilettantismus im Ernährungswesen darf sich nicht bei jedem Regierungswechsel neuerlich ausleben. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse und der Mangel an Fahrbetriebsmittel, in wieder zu ungelegener Zeit für militärische Bedürfnisse stark in Anspruch genommen werden, erschweren die Kartoffelversorgung ungemein und es muß mit allen Mitteln eingegriffen werden, um ihr Versagen zu verhüten.

Ebenso katastrophal gestalten sich die Verhältnisse in der Fett- und Milchversorgung. Die heimische Schweinemästung dient nahezu ausschließlich der Versorgung der Landwirte, die ungarische Zufuhr wird gedrosselt und ist nur zu Wucherpreisen möglich. Die Haltung von Milchkühen ist durch den Futtermangel erschwert und wenig ergiebig, sie wird aber auch mit Absicht zugunsten der rentablen Aufzucht von Jungvieh eingeschränkt. Schließlich wird die Milch auch zum Zwecke der Versorgung der Wohlhabenden verbuttert. Die energischesten Maßnahmen sind dringend geboten, wenn die Fett- und Milchversorgung nicht ganz versagen oder dem wucherischen Schleichhandel überantwortet werden soll.

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem neutralen Ausland ist tatkräftigst und ohne Rücksicht auf kleinliche Bedenken wegen einer etwaigen Schädigung der Valuta zu fördern. Der Einfuhr von Fett, Hülsenfrüchten, Gemüsen und Milchprodukten ist der Vorzug zu geben. Der Parteitag fordert dringend einen Abbau der Lebensmittelpreise, die zueinander, zu den Preisen der Futtermittel und zu den Viehpreisen in eine ihrer Verwertbarkeit entsprechende Relation zu bringen sind, damit der unbemittelten Bevölkerung die Befriedigung ihrer Nahrungsmittelbedürfnisse möglich wird und die landwirtschaftliche Produktion nicht durch spekulative Erwägungen entartet. Auch die Preise der Industrieartikel sind den tatsächlichen Gestehungskosten anzupassen und die Gewinne der Händler zu beschränken. Der erschreckende Mangel an Rohstoffen für die Herstellung von Textilwaren bedingt eine weitgehende Beschränkung der Luxusbedürfnisse und die Sicherung der absolut nötigen Volksbekleidung.

Eine großzügige Produktionspolitik wird erschwert durch das selbständige Vorgehen der Militärverwaltung bei Inanspruchnahme von Material und Arbeitskräften. Ein planmäßiges Zusammenwirken von Zivil- und Militärverwaltung bei allen die Produktion berührenden Maßnahmen ist daher unerläßlich, wenn unheilbare Schäden unserer Volkswirtschaft verhindert werden sollen.

Der Parteitag fordert nachdrücklich eine gerechte Verteilung aller unentbehrlichen Lebensmittel und Bedarfsartikel nach dem System der Rationierung und durch Organisierung des Konsums auf genossenschaftlicher Grundlage, wo diese nicht gegeben ist, durch Rayonierung. Dieses System allein gewährleistet die gleichmäßige Befriedigung der Ansprüche nach Maßgabe der festgesetzten Ration oder der verfügbaren Vorräte. Die dieser Ordnung in der Lebensmittelverteilung entgegenwirkenden Interessen der Händler und Nahrungsmittelproduzenten müssen unberücksichtigt bleiben; die Tätigkeit der Konsumentenorganisation ist zu fördern.

Um die Aufbringung der Lebensmittel zu erleichtern und die Inanspruchnahme von Transportmitteln tunlichst einzuschränken, ist die Herbeiführung ständiger Beziehungen zwischen den einzelnen Bedarfs- und Ueberschußgebieten dringendst erforderlich. Ueberschußgebiete haben nach Möglichkeit an bestimmte Bedarfsgebiete zu liefern, der ständige Verkehr wird die Abwicklung der Geschäfte wesentlich erleichtern.

Der Parteitag stellt nochmals die Unzulänglichkeit und Verfahrenheit der Verhältnisse unseres Ernährungswesens fest, die den Lebensnotwendigkeiten der unbemittelten Volksklassen in keiner Weise gerecht werden, und fordert die Regierung auf, ungesäumt die geforderten Maßnahmen durchzuführen, um der Bevölkerung vermeidbare Kriegsopfer zu ersparen.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten und die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in den einzelnen Ernährungskörperschaften und Zentralstellen auf, nach wie vor auf eine radikale Aenderung des gegenwärtigen Systems unserer Ernährungswirtschaft zu dringen, dies um so mehr, als das

Ernährungswesen nicht nur für die restliche Kriegsdauer, sondern auch für eine lange Periode der Friedenszeit einer strengen staatlichen Regelung nicht entbehren kann.

40. Antrag Abram (Innsbruck).

Trotz der ausgesprochenen und mit Beharrlichkeit verfolgten Absicht der Feinde, unser Volk auszuhungern, haben die Agrarier aller Zungen in diesen furchtbaren Kriegsjahren ihre Sonderinteressen nur zu oft über das allgemeine Volksinteresse gestellt und insbesondere der normalen Ablieferung der Bodenprodukte auf vorgeschriebenem Wege und zu festgesetzten Preisen Schwierigkeiten bereitet.

In den bürgerlichen Kreisen, besonders in den Städteverwaltungen, werden die Gewinninteressen des Handels- und des Produktivkapitals vorangestellt und der gemeinnützigen Tätigkeit der Konsumvereine die größten Schwierigkeiten bereitet, ja in vielen Orten wird der Kriegsanlaß benützt, unter dem Titel „Schutz des legitimen Handels" die Selbsthilfsgenossenschaften der Arbeiter zugrunde zu richten. In den meisten Orts-, Bezirks- und Landespreisprüfungsstellen wirken Vertreter der Produktion und des Handels zusammen, um nicht bloß den Abbau der Preise zu verhindern, sondern unter Ausnützung des Umstandes, daß in den Preisprüfungsstellen Vertreter der arbeitenden Klassen überall in zu geringer Zahl berufen sind, jeden angeregten Preisaufschlag unbekümmert um die wachsende Notlage der Bevölkerung für berechtigt zu erklären.

Endlich entbehrt die im Staate regierende Bürokratie vom Ministerium herab bis zu den Bezirkshauptmannschaften der Entschlossenheit und Kraft, das wichtigste Gut des Staates, Gesundheit und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung, gegen die Sonderinteressen der Besitzenden wirksam zu schützen.

Indem der Parteitag diese Tatsachen feststellt, erklärt er: Die deutsche Sozialdemokratie lehnt vor dem ganzen Volke die Verantwortung für die Fehler und Versäumnisse des staatlichen Ernährungsdienstes und für ihre nahen, verhängnisschweren Folgen ab.

41. Antrag Bermann (Wien).

Der Parteitag erklärt es als Pflicht des Staates, den durch den Krieg erwerbslos gewordenen Arbeitern und Angestellten die Existenzmöglichkeit zu sichern. Der Parteitag verlangt die Gewährung staatlicher Unterstützung an durch die Folgen des Krieges stellenlos gewordene Arbeiter und Angestellte und fordert die Berücksichtigung dieser mittellosen Opfer des Krieges bei der Bestellung der in den Wirtschaftszentralen und in der Kriegsindustrie zu besetzenden Arbeitsstellen.

42. Antrag Emmy Freundlich (Wien).

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission und dem Zentralverband der Konsumvereine eine Kommission einzusetzen, die sich eingehend mit den Fragen der Uebergangswirtschaft beschäftigt, damit in der Uebergangswirtschaft nicht wie in der Kriegswirtschaft alle Lasten auf die Arbeiter gewälzt werden.

43. Antrag Pichler (Bruck a. d. M.).

Die Fraktion wird aufgefordert, die Einrückendmachung der Untauglichen mit allen parlamentarischen Mitteln zu bekämpfen.

Zum Punkt: Stockholm, die Internationale und der Friede.

(Vor den Verhandlungen beantragt.)

44. Antrag Robert Ascher.

Der Parteitag beauftragt die Delegierten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich für die Internationale Konferenz in Stockholm, bedingungslos einer Erörterung der Schuldfrage auf der Konferenz zuzustimmen, und ersucht alle anderen sozialistischen Parteien in den Mittelstaaten, ihren Delegierten den gleichen Auftrag zu erteilen.

45. Antrag der Bezirksorganisation Landstraße.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei Verhandlungen mit der Arbeiterbewegung in Deutschland stets mit beiden sozialdemokratischen Parteien in Verhandlungen zu treten.

46. Antrag der Bezirksorganisation Landstraße.

Der Parteitag bedauert lebhaft, daß Genosse Karl Kautsky von der Stätte seines 35jährigen Wirkens verdrängt worden ist, spricht ihm den wärmsten Dank für seine der Internationale gewidmete Arbeit aus und hofft, daß er in kürzester Zeit eine neue Stätte für seine der gesamten Arbeiterbewegung unentbehrliche Wirksamkeit finden werde.

(Während der Verhandlungen beantragt.)

47. Antrag des Berichterstatters Dr. Adler.

Der Parteitag erkennt als gegenwärtig oberste und dringendste Aufgabe des sozialistischen Proletariats alle seine Kraft in den Dienst der Herbeiführung des Friedens zu stellen. Die Fortsetzung der Massenschlächterei ist zwecklos und widersinnig bis zum Wahnwitz, um so mehr, da es schon klar in das Bewußtsein aller Sehenden eingedrungen ist, daß Erfolge militärischer Gewalt eine Entscheidung in diesem Kriege nicht herbeiführen können. Von beiden feindlichen Staatengruppen werden immer neue Millionen zur Schlachtbank geführt, aber keine ist imstande, die andere endgültig niederzuringen. So bleibt nichts anderes übrig, als dem grausen Gemetzel ein Ende zu machen durch Verständigung. Das Proletariat lehnt jede Vergewaltigung eines Volkes ab als Verbrechen nicht nur an dem Volke, das das Opfer der Gewalt wäre, sondern auch an dem Volke, dessen Regierung Gewalt zu üben unternehmen würde. Die Beendigung des Krieges durch Gewalt ist aber auch unmöglich, der Weg der Verständigung damit unvermeidlich und notwendig geworden.

Als mächtigsten Helfer zum Frieden begrüßt der Parteitag die russische Revolution, mit deren glorreichen Sieg über den Zarismus eine neue Aera der Geschichte der Kulturmenschheit angeht. Den opferreichen Kampf der revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands verfolgt die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich nicht nur mit ihren heißesten Wünschen, sondern als ihre eigene Sache als entscheidend für die Geschicke des kämpfenden Proletariats in allen Ländern.

Die Sache der russischen Revolution und die Sache des Völkerfriedens sind untrennbar miteinander verknüpft. Und unsere Partei hat beiden gedient, wenn sie die vereinten, zähen und klugen Bemühungen des holländisch-skandinavischen Komitees und der Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldatenrates nach Kräften unterstützt hat, die Vereinigung der Proletariate aller Länder zur Friedensarbeit und die Wiederaufrichtung der Internationale herbeizuführen. Der Parteitag anerkennt die trotz allen Schwierigkeiten bisher erzielten Fortschrittte auf diesem Weg und erhofft ein baldiges Gelingen des bedeutungsvollen Werkes von Stockholm.

Der Parteitag erklärt es als die selbstverständliche Pflicht der politischen und parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie, mit aller Energie jede Möglichkeit auszunützen, für den Frieden zu wirken. An die Regierung ist die dringende Forderung zu stellen, daß sie, auf dem von ihr eingeschlagenen Wege fortschreitend, alle kriegführenden Staaten auffordere, zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten, indem sie offen und in klaren Worten verkündet, daß sie bereit ist und ihre Verbündeten dafür gewinnt, solche Verhandlungen zu beginnen, unter der Voraussetzung

keine Annexion und keine Kriegsentschädigung anzustreben;

insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wiederherzustellen, ohne diese Staaten oder das unabhängige Polen in irgendwelcher wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten zu wollen.

Und daß sie schließlich bereit ist, bestimmte Vorschläge zu machen und entgegenzunehmen, die durch internationale Abrüstung, obligatorische Entscheidung aller Streitfragen zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichte ein neues Völkerrecht schaffen, um der Wiederholung des heute wütenden Völkermordens vorzubeugen.

48. Antrag Ludo Hartmann.

Der Parteitag erklärt, daß die Instruktion Skobelew eine geeignete Grundlage für die Friedensverhandlungen ist, daß sie von der Regierung fordert, dies — selbstverständlich mit Vorbehalt der territorialen Integrität ihrer Länder — ausdrücklich

anzuerkennen, und wünscht ferner, daß das Komitee in Stockholm baldmöglichst die Konferenz wieder einberuft.

49. Abänderungsantrag Dr. Viktor Adler (zum Antrag 46).

Die Worte „von der Stätte ... verdrängt worden ist" sind zu ersetzen durch die Worte „die Stätte ... verlassen mußte".

50. Antrag Therese Schlesinger.

Der Parteivorstand wird beauftragt, sein Antwortschreiben auf den Fragebogen des Stockholmer Konferenzkomitees den Organisationen zur Diskussion vorzulegen und erst nach deren Anhörung die endgültige Fassung zu beschließen.

50a. Antrag Therese Schlesinger (modifiziert).

Der Parteivorstand wird beauftragt, die abschließende letzte Kundgebung des Stockholmer Büros den Organisationen zur Diskussion vorzulegen und die Antwort der Partei auf diese Kundgebung erst nach Anhörung dieser Organisationen zu beschließen.

51. Antrag Neurath (Reichenberg).

Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, die Grundsätze dieser Resolution durch Abhaltung von Massenversammlungen im ganzen Reiche zu erläutern und auf diese Weise in einer großen Volksbewegung lebendig zu erhalten.

52. Antrag Fritz Wagner.

Der Parteitag entbietet den Genossen und Genossinnen in allen Ländern, die um ihrer Ueberzeugung willen verfolgt werden, seinen brüderlichen Gruß. Er begrüßt insbesondere Genossen Liebknecht, der als erster mit voller Energie für den Frieden eingetreten ist. Er begrüßt die Genossinnen Luxenburg, Zetkin und Zietz, die gleichfalls in Gefängnissen schmachten. Er spricht aber auch allen anderen Opfern der durch den Kriegszustand herbeigeführten Verfolgungen seine innigsten Sympathien aus, den Internierten und Verschleppten in allen Ländern, den vielen hunderten Proletariern, die schuldlos in Gefängnissen schmachten, und den Tausenden, die durch den Mißbrauch der Kriegsleistungsgesetze in allen Ländern versklavt sind. Die auf dem Parteitag Versammelten geloben, bei jeder Gelegenheit alle Kraft daranzusetzen, um das Los dieser Märtyrer zu erleichtern.

52a. Antrag Fritz Wagner (ohne Nennung von Namen).

Der Parteitag entbietet den Genossen und Genossinnen in allen Ländern, die um ihrer Ueberzeugung willen verfolgt werden, seinen brüderlichen Gruß. Er begrüßt insbesondere alle Genossen, die im Gefängnis schmachten. Er spricht aber auch allen anderen Opfern der durch den Kriegszustand herbeigeführten Verfolgungen seine innigsten Sympathien aus, den Internierten und Verschleppten in allen Ländern, den vielen hunderten Proletariern, die schuldlos im Gefängnis schmachten, und den Tausenden, die durch den Mißbrauch der Kriegsleistungsgesetze aller Länder versklavt sind. Die auf dem Parteitag Versammelten geloben, bei jeder Gelegenheit alle Kraft daranzusetzen, um das Los dieser Märtyrer zu erleichtern.

Zum Punkt: Eventuelles.

(Während der Verhandlungen beantragt.)

53. Antrag Hillebrand.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse dem nächsten Parteitag entsprechende Anträge auf Aenderung des Parteistatuts vorzuschlagen und insbesondere nachstehende Vorschläge zu berücksichtigen: Das Delegierungsrecht zum Parteitag ist nach der Mitgliederzahl der delegierenden Organisationen entsprechend abzustufen. Es ist derart zu erweitern, daß den berechtigten Ansprüchen aller Zweige der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entsprochen werden kann. Der Parteivorstand ist folgendermaßen auszugestalten: In die Parteivertretung werden 26 Parteimitglieder gewählt, von denen 16 in Wien ihren ständigen Wohnsitz haben. Die übrigen Mitglieder werden den Organisationen der einzelnen Länder entnommen. Die Parteivertretung hat nach Bedarf — mindestens aber einmal im Monat — zusammenzutreten. Die in Wien wohnenden Mitglieder der Parteivertretung bilden den Vorstand. Die Wahl aller Mitglieder der Parteivertretung vollzieht der Parteitag. Die Kontrolle der Geschäftsgebarung des Parteivorstandes besorgt eine fünfgliederige Kontrolle, die gleichfalls vom Parteitag zu wählen ist.

Verhandlungen des Parteitages.

Eröffnungssitzung.

Der Parteitag trat am Abend des 19. Oktober zu seiner Eröffnungssitzung im großen Saale des Arbeiterheims in Favoriten zusammen. Um ½8 Uhr betraten die Sänger und Sängerinnen der „Freien Typographia" die Bühne und sangen O. E. Hartlebens Chor „Weltenfriede". Hierauf ergriff das Wort

Abgeordneter **Skaret:** Nach einer Pause von vier Jahren und nach fast dreieinhalb Jahren des kulturschänderischen Mordens tritt die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich wieder das erstemal zu einem Parteitage zusammen. Die Beratungen, die wir auf diesem Parteitag zu pflegen haben, gelten natürlich zunächst dem Wirken für den Frieden; aber daneben haben wir die nicht minder wichtige Aufgabe, für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege Vorarbeiten zu leisten, für jene Zeit, die zweifellos eine sehr böse Zeit sein wird. Für die wichtigen Aufgaben, die wir noch im Kriege zu erfüllen haben, wie auch für jene, die uns noch nach dem Kriege bevorstehen, ist es notwendig, daß wir die bisherige Einmütigkeit und Geschlossenheit auch in Zukunft bewahren. (Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich Sie namens des Parteivorstandes und erkläre den Parteitag für eröffnet.

Wir haben zunächst ein Präsidium zu wählen. Hiefür schlage ich Ihnen vor: Zu Vorsitzenden Abgeordneten Seitz, Abgeordneten Tomschik und Dr. Czech (Brünn), zu Schriftführern Abgeordneten Sever (Wien), Goth (Warnsdorf), Gabriele Proft (Wien), Lindner (Graz).

Vorsitzender **Seitz:** Ich danke Ihnen im Namen des Präsidiums für die Wahl und erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Adler.

Abgeordneter **Dr. Adler:** Es ist jetzt vier Jahre her, daß wir beisammen waren, vier Jahre, die jedem von uns unvergeßlich bleiben würden und wenn wir Hunderte von Jahren alt würden, vier Jahre, die uns als einzelne wie als Gesamtheit die ganze Leiter der Empfindungen haben durchleben lassen, welche Menschen erschüttern können. Wir waren vor vier Jahren in Wien beisammen und der Parteitag hatte sich damals wesentlich zu beschäftigen mit den Vorzeichen des Krieges, mit den endlosen Mobilisierungen, mit dem Wetterleuchten am Balkan, mit der wahnsinnigen und, wie sich immer mehr an den blutenden Leibern unserer Völker gezeigt hat, wahnwitzigen Politik unserer Regierungen auf dem Balkan. Wir haben damals schon diese furchtbaren Leiden und Lasten, die die unkriegerische Form des Krieges, die bloße Mobilisierung, über das Proletariat gebracht hat, gesehen; seither aber haben wir die Folgen jener Politik erlebt, die Folgen davon, daß man anstatt einer vernünftigen Politik für Oesterreich und einer vernünftigen Politik für die anderen Völker da unten eine Politik gemacht hat, die Oesterreichs Völker ausgehungert und jene Völker im Süden zu unseren geschworenen Feinden gemacht hat.

Und nun kam der Krieg und wir standen alle vor dem furchtbaren Unbekannten, vor der äußeren und inneren Notwendigkeit, uns gegen eine Niederlage zu wehren, anderseits vor der Aussicht, daß alles zusammenbricht, die Partei, die Organisation, die ganze Wirtschaft; und es ist wohl nicht zu viel, wenn ich sage, daß diese ersten Zeiten des Krieges für jeden einzelnen und für die Partei im ganzen Zeiten der größten Unsicherheit waren in der Beurteilung der Dinge wie

in Bezug auf den Weg, den wir einzuschlagen haben. Aber eines dürfen wir trotz der großen Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben und die Möglichkeiten des Wirkens der Arbeiterschaft im Kriege, die naturgemäß bei uns wie in allen Ländern entstanden sind, trotz der großen Schwierigkeit, den Kreis unserer Pflichten zu begrenzen, eines dürfen wir wohl sagen: wir haben uns bald gefunden, vor allem in dem Gedanken, daß wir, was immer der Krieg bringen mag und wie wir die Pflichten, die er uns auferlegt, begrenzen, vor allem durchzuhalten haben unsere Organisation, unsere Partei, unsere Gewerkschaften, unsere Genossenschaften und den festen Zusammenhalt des Proletariats in Oesterreich, der allein unsere Zukunft verbürgt. Was kommen mag und kommen wird, darüber wird noch zu reden sein, eines aber will ich heute schon zur Begrüßung sagen: Es ist uns bitter gegangen, aber wir wissen heute nach vier Jahren, die Partei lebt, die Partei wirkt; die Partei hat die Zuversicht, daß sie leben wird und schließlich siegen wird, nicht verloren, sondern sie in allen diesen Bitternissen vielleicht noch verstärkt erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Es ist uns schlecht gegangen, sie haben sie zu Tausenden und Zehntausenden töten lassen, unsere Brüder, unsere Kinder, ja die Jüngeren können sagen: unsere Väter; jeder von uns hat unaussprechlich persönlich gelitten, jede Familie nicht nur durch den Tod, sondern auch durch die Aushungerung. Und so ist auch unsere Zukunft und die Zukunft des Proletariats in ihrer physischen Entwicklung getroffen durch die Kriegsfolgen. Das Proletariat hat eine Anzahl seiner besten Vertrauensmänner verloren. Blicken wir zunächst ins Ausland, in die Internationale, so sehen wir die Reihen gelichtet. Der erste Tag des Krieges ist gekennzeichnet durch die Ermordung von Jaurès, dem Sinnbild, dem leuchtendsten Vertreter des internationalen Gedankens, dem genialsten von seinen Trägern zu jener Zeit. So sind Freunde, Mitkämpfer dahingegangen, so auch Vaillant. Stoßen wir uns nicht daran, daß in den letzten Monaten seines Lebens seine Haltung innerhalb der Internationale uns unbegreiflich war, und lassen wir das Andenken an ihn nicht trüben. Es hat es der Krieg mit sich gebracht, daß es die schwerste Sache war, einander zu begreifen und zu verstehen und die Hoffnung nicht zu verlieren, daß der Weg zu einander noch gefunden werden würde und müsse; und die haben es nicht mehr erlebt. Der tapfere Vaillant, ein begeisterter Freund nicht nur der Internationale, sondern ganz besonders der deutschen Sozialdemokratie, und ich kann wohl sagen, auch der österreichischen, er hätte zu uns zurückgefunden, wenn sich jenes düstere Schicksal endlich gewendet und er das Kriegsende erlebt hätte. Da haben wir Keir Hardie, den serbischen Genossen Tutzowitsch, einen der tüchtigsten, gescheitesten und einsichtigsten Leute in der internationalen Sozialdemokratie, der gefallen ist. Und wie viele sind gestorben und verdorben mittelbar oder unmittelbar an den Folgen des Krieges! Sie werden es begreifen, wenn so ein alter Mann, der das alles mitgemacht hat, das Gefühl hat, daß es um ihn einsam wird von denen, mit denen man alt geworden ist. Es sind aber nicht nur draußen Brüder und Mitkämpfer gestorben; ich werde nur wenige Namen nennen von denen, die wir hier auf dem Parteitage als Delegierte und Wortführer so oft sahen: Weiguny, Winarsky, Brand, Gehrke, Schrammel, Eckstein, dieser eine der besten Federn und tüchtigsten Theoretiker der Partei. Ich nenne nur die. Sie sind vor der Zeit dahingegangen und ich nenne sie nur als Vertreter der Hunderte und Tausende, die wir verloren. Es gibt keine Organisation, die nicht ärmer geworden ist an den Besten, und von denen, die der Tod auf dem Schlachtfelde verschont hat, sind viele in ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit herabgesetzt und wir werden lange brauchen, um wieder ihre Kraft zu gewinnen zu neuer Arbeit. Wenn wir auf die Not schauen, in der wir leben, wenn wir durch die Straßen gehen und die Leute ansehen, die Frauen, wie sie abgehärmt sind und gebeugt unter ihrer Last, obwohl sie so wenig nach Hause zu tragen haben, wenn wir die Kinder anschauen, dann müssen wir sagen, es braucht ein gutes Stück Vertrauen zu der Kraft der Menschen und des Proletariats, um die Hoffnung an die Zukunft nicht zu verlieren, es braucht ein gutes Stück Entschlossenheit, um sich zu sagen, daß wir wieder aufbauen müssen, was uns der Wahnsinn und das Verbrechen des Kapitalismus zerstört hat.

Was unsere Partei angeht, haben wir keine Sorge. Die Toren, die gemeint haben, die Sozialdemokratie gehe im Weltkriege zugrunde, werden sich überzeugen, daß der Kapitalismus an verlockendem Zauber nichts gewonnen hat für die Menschheit dadurch, daß dieses Gemetzel seine unmittelbare Folge war. Die Menschen

wenden sich nicht wieder zu der alten Grundlage ihrer Existenz. Die alten Heiligtümer unseres Staates, unserer Gesellschaftsordnung, haben nichts gewonnen an Verehrungswürdigkeit in diesem Kriege, und diejenigen, die die unversöhnlichen Feinde dieser Gesellschaftsordnung sind, waren und sein werden, die Sozialdemokraten, haben gewiß nichts verloren, sondern nur gewonnen, denn der Krieg mit allen seinen Greueln ist der Beweis, daß unsere Ueberzeugung und Lehre die wahre, unser Weg der richtige, unser Ziel das für die Menschheit notwendige ist; er ist der Beweis, daß die Welt nicht gesunden kann, wenn sie nicht vorwärtsgeht auf dem Weg, den der Sozialismus ihr weist.

Genossen! Sie haben während dieser Zeit nicht nur gelitten, Sie haben auch gearbeitet. Wir haben uns nicht in Verbitterung zurückgezogen, uns nicht begnügt, dem Geschicke zu fluchen und die Mächtigen zu verurteilen, ansonsten aber die Hände in den Schoß zu legen. Wir haben überall eingegriffen und das Unsere geleistet, das beigebracht an organisatorischer Fähigkeit und organisatorischer Kraft, was wir beistellen konnten, und wir dürfen, ohne unbescheiden zu sein, nur der Wahrheit die Ehre gebend, aussprechen, daß der Beitrag von organisatorischer Fähigkeit, den die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die Genossen gebracht haben, bei uns und in allen Ländern, sehr viel mitgewirkt hat, erstens den anderen die Anfangsgründe davon beizubringen, ihnen ein Beispiel zu geben und wenigstens halbwegs zu verhindern, daß die äußerste Not hereinbreche. Wir haben alles getan, damit wenigstens die vorhandenen Mittel, so knapp zugemessen sie auch sind und so elend unfähig sich die Regierung und die Verwaltung des Staates erwiesen hat, das Richtige zur rechten Zeit zu tun, nach Kräften der Allgemeinheit zugute kommen. Unsere Wirksamkeit hat sich darin gezeigt, worin man uns gefolgt und worin man unserem Rate nicht gefolgt hat. Es hat sich gezeigt, wie richtig wir die Dinge beurteilten und daß wir die einzigen waren, die den Kopf nicht verloren haben. Unsere Wirksamkeit zeigt sich auch in Einzelheiten. Heute ist alles voll vom Rufe der Fähigkeit der Frau in der Organisation. Denken Sie aber an die Zeit vor dem Kriege, wie wir mit unserer Forderung der Heranziehung der Frauen zur politischen und Verwaltungstätigkeit verhöhnt wurden! Heute fängt man an, darüber anders zu sprechen, auch unsere Gegner denken anders.

Parteigenossen! Ich spreche aus Ihrer aller Herzen, wenn ich sage, unser erster Gruß gilt den Siegern der russischen Revolution! (Lebhafter Beifall.) Welch furchtbare Krisen ihr noch bevorstehen, kann niemand sagen. Wir sind zu sehr geschichtlich geschult, als daß wir erwartet hätten, daß sich die Revolution in Rußland abspielen werde wie ein Kulissenwechsel im Theater, daß einfach die Romanows gehen und die Sozialdemokraten die Zügel ergreifen. So einfach ist das nicht. Die Macht der Reaktion ist nicht so leicht zu beseitigen und die Uebernahme der ganzen Regierung und Verwaltung, der ganzen Macht durch die Revolutionäre ist kein einfaches Werk. Aber das wissen wir: Was immer geschehen möge, der alte Zarismus, die alte Gewalt, die über ganz Europa drohte, ist endgültig, was immer kommen mag, gebrochen. Mit ihr hat man gründlich aufgeräumt. Damit ist auch für immer ausgeschlossen das drohende Gespenst der Heiligen Allianz, jenes Bündnis, das darum heilig geheißen hat, weil es alles Unheilige, Verdammenswerte erhalten und jedes Verbrechen an der Menschheit gefördert hat. Die Heilige Allianz der konservativen und reaktionären Mächte ist von nun an ausgeschlossen. Im Dreikaiserbündnis fehlt — abgesehen von dem Willen der drei Kaiser — der dritte und wichtigste für immer. Damit ist eine Periode der Geschichte Europas abgeschlossen, eine neue beginnt und für die Träger der Zukunft, für das sozialdemokratische Proletariat in allen Ländern beginnt damit die Pflicht, die Forderungen der Zukunft zu erkennen, danach zu handeln, daß nunmehr der Demokratie und damit der Beseitigung der Herrschaft des Kapitalismus in neuen Formen, mit noch größerer Entschlossenheit, mit größerem Mute, mit größerer Hoffnung unsere Kräfte geweiht sein müssen.

Wir in Oesterreich haben es wahrhaftig nicht leicht, wir deutschen Sozialdemokraten am allerwenigsten. Wir leben in einem Lande und gehören einem Volksstamme an, mit dessen Bürgertum und Bauernschaft wir absolut nichts anfangen können. Wenn die Arbeiter anderer Völker darüber Illusionen haben, daß sie mit den Klassengegnern vereint Politik machen können — uns sind solche Illusionen in Bezug auf deutsches Bürgertum und deutschen Bauernstand vollständig fern! Für uns hat der Klassengegensatz, der Klassenkampf nicht in einem einzigen Augen-

blick jenes Burgfriedens geruht, der nur bedeutet, daß man davon nicht spricht, weil man gerade etwas anderes zu tun hat. Niemand hat bei uns an eine Ausgleichung der Gegensätze, an die Möglichkeit des Zusammengehens oder der Ueberbrückung der Gegensätze nur einen Augenblick gedacht. Wir haben immer gewußt, woran wir mit den Herren der bürgerlichen Klassen und vom hohen Adel sind. Und wer sich etwa noch solche Illusionen gemacht hat, der müßte erkannt haben, daß er blind gewesen ist, da er vor kurzer Zeit gelesen hat, daß sich die Blüte des deutschen Bürgertums gegen den Verständigungsfrieden erklärt, daß sie die größte Scharfmacherei in Bezug auf den Frieden treibt, daß sie entweder aus Gedankenlosigkeit oder aus Gewissenlosigkeit vermocht hat, auszusprechen, daß die Fortsetzung des Krieges um Eroberungen willen das Ziel des deutschen Volkes sein muß, daß sie gewagt hat, im Namen der Millionen blutenden Glieder des deutschen Volkes, die nur den Wunsch haben, des Mordens Ende zu sehen und zu den Kindern nach Hause zu kommen, die Fortsetzung des Krieges gutzuheißen und als Programm zu erklären. Wen überrascht das? Aber es ist gut in gewissem Sinne — so sehr wir wünschen würden, daß sich auch diese Kräfte für den Frieden einsetzen —, daß auch diese Karten offen auf den Tisch gelegt wurden, und wir wissen, wer Freund und wer Feind ist.

Indem ich Sie hier auf dem Parteitage begrüße und Sie auffordere, im alten Geiste mit neuer Kraft weiterzuarbeiten, bitte ich Sie, nicht etwa voneinander abweichende Meinungen zu unterdrücken oder nicht zu äußern oder etwa eine falsche Einheitlichkeit darzustellen. Ich bitte Sie im Gegenteil, Ihre Meinungen frei auszusprechen. Klarheit kann uns nur werden durch Aussprache und Diskussion: Meinungsverschiedenheiten in der Partei brauchen noch nicht eine Feindseligkeit zu sein. Das darf uns nicht lähmen und die Beispiele, die wir leider im Auslande sehen, sollen uns nicht zu einer bitteren Kritik und Verurteilung führen, sie sollen uns warnen, denselben Weg zu betreten. (Sehr richtig!) Wir wollen bleiben, was wir waren, eine Genossenschaft von kämpfenden Brüdern, und die Disziplin, die jetzt erzwungen wird durch drakonische Gesetze, durch drakonische Reservate und durch die Instrumente der Gewalt, die jeden einzelnen bedrohen, die Disziplin wollen wir hier herbeiführen als eine menschliche, als ein Zusammenwirken von Menschen, die sich bewußt sind, daß wir auf demselben Felde gemeinsam arbeiten und kämpfen müssen, weil wir nur gemeinsam siegen können. Recht haben ist ja schön, aber kämpfen, arbeiten kann man nur, wenn man Schulter an Schulter kämpft und dem Freunde zubilligt, daß auch er eine Meinung haben kann. So wie er sich irren kann, kann ich mich ja auch geirrt haben. Dieses Bewußtsein ist das Wichtigste. Wir waren nervöser und heftiger zu Beginn des Krieges, als die furchtbarsten Fragen an uns gestellt wurden und jedes einzelne Gehirn nur die abweichendsten Antworten geben konnte. Wir sind ruhiger geworden. Tragen wir die Erregung jener Zeit nicht herein in die heutige Diskussion und am wenigsten in die heutige gemeinsame Arbeit. Seien wir uns der Not der Zeit bewußt! (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Ich habe über die politische Lage in Oesterreich wenig zu reden. Ich weiß nicht, wo Oesterreich anfängt, ich weiß nicht, wo es aufhört, ich weiß nicht, wie es aussehen wird am Ende des Krieges, ich weiß nicht, was die Regierenden wollen werden, die nicht einmal heute wissen, was sie heute wollen. Ich weiß nur, daß alle den guten Willen zu haben behaupten, und wenn ihr guter Wille so weit geht, daß uns der Ministerpräsident sogar das Paradies versprochen hat, so will ich ja an seinem guten Willen nicht zweifeln, dieses gute Los den Völkern zu bereiten. Wenn es leicht gehen wird, wird er es ja schon machen. (Heiterkeit.) Aber ich fürchte, daß wir nicht dazu kommen. Jedenfalls weiß ich, daß wir unser Vertrauen zu einer Regierung nicht bauen könnten bloß auf ihre Gutwilligkeit. So stehen wir vorsichtig den Parteien, noch vorsichtiger der wohlmeinenden Regierung gegenüber. Allen Verlockungen gegenüber, die an uns gerichtet waren, widerstehen wir in dem Bewußtsein, daß wir uns nur auf eines verlassen können: auf uns selber, auf die politische Einsicht, den Gemeinsinn und den Willen der Arbeiterklasse, der nicht nur ein guter Wille ist. Wir stehen geschlossen und gestützt auf unsere Kraft, auf unsere Einsicht und Geschlossenheit, allem, was kommen mag, die einheitliche Phalanx des deutschen klassenbewußten Proletariats entgegenzusetzen. Möge diese Kampfbereitschaft dem heutigen Parteitage dienen, dessen Arbeiten Sie nun beginnen mögen! (Stürmischer Beifall.)

Die Tagesordnung.

Abgeordneter **Staret** (zur Tagesordnung): Im Namen des Parteivorstandes schlage ich Ihnen vor, den sechsten Punkt der Tagesordnung: „Die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den anderen sozialistischen Parteien in Oesterreich" von der Tagesordnung abzusetzen und diese Beziehungen eventuell bei den Referaten der Abgeordneten Adler und Renner zu erörtern.

Der Vorschlag wird angenommen.

Abgeordneter **Staret**: Ich schlage Ihnen ferner vor, die Geschäftsordnung der früheren Parteitage anzunehmen. (Angenommen.)

Abgeordneter **Staret**: Als Arbeitszeit schlage ich Ihnen, damit wir die reichhaltige Tagesordnung erledigen können, vor: die Zeit von ½9 Uhr vormittags bis ½1 Uhr nachmittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags. (Angenommen.)

Abgeordneter **Staret**: Wir haben nun noch eine Mandatprüfungskommission und eine Wahlkommission zu wählen. Wir machen Ihnen hiezu folgende Vorschläge:

Für die Mandatprüfungskommission: Aus Wien: Karl Volkert, Oberösterreich: Josef Dametz (Linz), Salzburg: Heinrich Leutert (Salzburg), Tirol: Heinrich Freues (Franzensfeste), Vorarlberg: Hermann Leibfried (Dornbirn), Steiermark: Josef Schlager (Leoben), Kärnten: Georg Hubmann (St. Veit a. d. Glan), Böhmen: Franz Beutel (Aussig), Mähren: Siegfried Taub (Brünn), Schlesien: Eduard Zorn (Freiwaldau).

Für die Wahlkommission: Aus Wien: Ludwig Bretschneider, Niederösterreich: Franz Gerdinits (St. Pölten), Oberösterreich: Rupert Koltinger (Linz), Salzburg: Josef Breitenfelder (Salzburg), Tirol: Martin Napoldi (Innsbruck), Vorarlberg: Hermann Leibfried (Dornbirn), Steiermark: Hans Resel (Graz), Kärnten: Florian Gröger (Klagenfurt), Böhmen: Oswald Hillebrand (Karlsbad), Mähren: Theodor Hackenberg (Brünn), Schlesien: Franz Link (Jägerndorf).

Die Vorschläge werden genehmigt.

Erster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt Abgeordneter **Tomschik**.

Bericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Abgeordneter **Staret**: Im gedruckten Berichte haben wir Ihnen eine Darstellung über die politische und wirtschaftliche Tätigkeit des Parteivorstandes im Interesse der Arbeiter auch im Hinterlande gegeben. Sie finden darin auch alle Resolutionen abgedruckt, die auf den drei Reichskonferenzen, die wir an Stelle eines Parteitages gewissermaßen als Kriegsersatz abgehalten haben, als Direktive für die Tätigkeit des Parteivorstandes beschlossen wurden. Ich kann mich also im wesentlichen auf Ergänzungen beschränken, auf das, was nicht gut in den Bericht aufgenommen werden konnte. Da möchte ich gleich anfangs auf den Vorwurf verweisen, der so häufig von unseren Genossen und noch viel mehr von den Genossinnen erhoben wird, auf den Vorwurf, daß die Parteivertretung nichts tue. Bei jeder Knappheit auf den Märkten, bei jeder Verteuerung von Lebensmitteln wurde immer wieder — bei jeder Parteibesprechung, bei jeder Konferenz — dieser Vorwurf erhoben. Die Ausführungen Dr. Adlers dürften Sie gestern wohl schon zum Teile belehrt haben, daß es während des ganzen Krieges kein Gebiet, keinen Zeitabschnitt gegeben hat, wo wir nicht unablässig hinterher waren, daß wir bei jeder einzelnen Frage, bei jedem einzelnen Notstand, der sich als Begleiterscheinung des Krieges einstellte, auf das intensivste eingegriffen haben. Daß wir nicht immer Erfolg hatten, daß wir trotz aller unserer Arbeit dem Wucher wie der Lebensmittelknappheit nicht steuern konnten, kann wohl kein Vorwurf gegen den Parteivorstand sein. Die Not ist groß, jeder einzelne verspürt sie an seinem Körper. Jeder sucht naturgemäß nach einem Sündenbock, den er verantwortlich machen könnte, und wer anderer könnte es sein als der Parteivorstand, wer sonst könnte für alles Unglück verantwortlich sein, das jetzt über die Bevölkerung gekommen ist? Sie können versichert sein,

die Arbeit des Parteivorstandes hat sich im Kriege nicht etwa verzehnfacht, sondern verhundertfacht, und es ist kein Tag vergangen, wo wir nicht mindestens bei einer Behörde intervenieren mußten, um den einen oder anderen Uebelstand abzustellen. Es wäre auch verfehlt, wenn wir uns heute wieder in Rekriminationen darüber einlassen wollten, was am Anfange des Krieges war, wie wir damals über einzelne Dinge geurteilt und wie wir gehandelt haben. Wenn Sie ehrlich und vernünftig bekennen wollen, wie Sie alle zusammen — und jene eingeschlossen, die sich heute als linker Flügel der Partei geben — zu Beginn des Krieges über eine ganze Reihe von Fragen gedacht haben, so glaube ich, werden Sie mit den Vorwürfen doch etwas zurückhalten müssen.

Ich halte es auch nicht für angemessen, uns heute in gegenseitigen Vorwürfen zu ergehen, oder wie es einzelnen Parteigenossen immer beliebt, da sie in Oesterreich nichts finden können, ihre Kritik bei der deutschen Bruderpartei anzusetzen. Ich meine, wir haben genügend vor unserer eigenen Türe zu kehren. Daß wir den Krieg gewollt haben, wird ja kein Mensch mit gesunden Sinnen behaupten, wenn aber manchmal behauptet wird, daß nicht alles geschehen ist, um den Krieg zu verhindern, so bitte ich Sie, versetzen Sie sich ehrlich wieder in jene Zeit zurück und fragen Sie sich selbst: Was hätte damals der Parteivorstand tun können, um diesen Weltkrieg zu verhindern? Sie finden unsere Aeußerungen zu dem Ultimatum an Serbien im Berichte. Wir haben niemand darüber im unklaren gelassen, wie wir über dieses Ultimatum denken: daß wir dagegen sind, daß irgendein Konflikt mit irgendeinem Nachbarlande ausbreche. Mehr konnten wir in der damaligen Zeit nicht gut tun. Wir haben den Krieg, wir haben die Verantwortung für den Krieg abgelehnt, aber es wäre eine falsche Taktik des Parteivorstandes gewesen, wenn wir, nachdem der Krieg einmal da war, nicht alles getan hätten, um die Not, das Elend der Proletarier im Hinterlande zu mildern. Zehntausende, ja Hunderttausende von Arbeitern mußten damals rasch einrücken, viele Tausende wurden nach Beginn des Krieges arbeitslos. Der über Oesterreich verhängte Ausnahmszustand knebelte unsere Organisation und unsere Parteipresse. Wir waren also einerseits durch die massenhafte Einrückung unserer Vertrauensmänner, fast unseres ganzen Vertrauensmännersystems, durch die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf den Kriegsbeginn folgte, und nicht zum letzten Teile durch die Knebelung der Organisation und der Parteipresse durch die Ausnahmsgesetze etwas gelähmt. Aber das hat uns nicht gehindert und konnte uns nicht hindern, an unsere Parteigenossen immer wieder die Aufforderung zu richten, sie mögen unsere Organisation zusammenhalten, sie mögen sie nicht in Brüche gehen lassen, sie mögen an Stelle eines jeden einberufenen Vertrauensmannes sofort wieder einen anderen Vertrauensmann stellen, der sich um die Organisation und ihren weiteren Auf- und Ausbau bekümmere. Eine unserer vornehmsten Aufgaben war es damals — und ich kann sagen, daß die Partei und die Parteipresse sie wohl erfüllt hat — das Proletariat davor zu bewahren, daß es in denselben Kriegsrausch verfalle, in den das gesamte Bürgertum und zum Großteil auch das nichtorganisierte Proletariat verfallen war. Wohl wurde gesagt, die Partei hätte den Krieg negieren, sie hätte ihn als nicht existent betrachten, sie hätte sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Krieg und gegen die, die den Krieg unterstützen, wenden sollen. Was hätte es uns genützt, wenn wir immer wieder wie Papageien das abgewirtschaftete Wort „Wir negieren den Krieg, wir negieren die Landesverteidigung" wiederholt hätten? Hätten wir dadurch die Wirkungen des Krieges auch nur im geringsten zu verhindern vermocht?

Es mußte darum unsere Aufgabe sein, weniger solche vortäuschende Schlagworte in die Reihen der Arbeiter zu werfen, als vielmehr dafür zu sorgen, daß die Familien der Eingerückten, daß die Arbeiter insgesamt vor der bittersten Not geschützt werden.

Wir haben es als unsere wichtigste Aufgabe angesehen, zu verhindern, daß die Opfer im Hinterlande allzu groß seien. Wir haben die Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen dadurch zu lindern gesucht, daß wir uns gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission zusammengesetzt und den Solidaritätsfonds geschaffen haben, um den Angehörigen jener Gewerkschaften, die von der Arbeitslosigkeit am meisten heimgesucht wurden, entsprechende Unterstützungen gewähren zu können. Wir mußten uns um die Interessen der Fortifikationsarbeiter annehmen, die, wenn es nach den Anordnungen verschiedener Fortifikationskommanden gegangen wäre, mit den allererbärmlichsten Löhnen abgefertigt worden wären, ohne daß ihre

Familien den Unterhaltsbeitrag bezogen hätten. Wir mußten uns um die Wahrung der Arbeiterrechte der in den Kriegsleistungsbetrieben Beschäftigten — und deren Zahl zählt nach Hunderttausenden — kümmern, wir konnten sie nicht als willenlose Objekte der Plusmacherei der Unternehmer ausnützen lassen, wir mußten uns der Familien der Eingerückten annehmen, denn wie viele Tausende anspruchsberechtigte Frauen und Kinder wurden ohne Grund mit ihrem Anspruch auf Unterhaltsbeiträge abgewiesen, weil die Unterhaltsbezirkskommissionen kein Verständnis für das Unterhaltsbeitragsgesetz, noch weniger für die Not und das Elend der Familien der Eingerückten hatten. Wir mußten uns um eine Menge von Approvisionierungsfragen kümmern. Es gibt keinen Teil Deutschösterreichs, von wo nicht wöchentlich Deputationen geschickt worden sind, von Parteigenossen und Bürgerlichen, wir sollen doch um Gottes willen helfen und trachten, mit Hilfe des Ernährungsamtes dieser Not ein Ende zu machen. An Arbeit, um auf diesem Gebiete die Folgen und Begleiterscheinungen des Krieges für das Proletariat zu mildern, hat es wahrlich in den fast dreieinhalb Jahren des Krieges nicht gefehlt. Aber wie hat man diese Arbeit gedeutet? Welchen Namen hat man dieser Arbeit gegeben, die wir im Interesse der im Hinterlande zurückgebliebenen Proletarier erfüllen zu müssen glaubten? Man hat wieder eine Formel dafür gefunden und hat dieses unser Eintreten für die Kriegsleister, für die Schanzarbeiter, unsere Arbeit in den Fragen der Approvisionierung und der Unterhaltsbeiträge als „Durchhaltepolitik" des Parteivorstandes bezeichnet. Hätte man nichts getan, wäre der Vorwurf gekommen, der Parteivorstand tut nichts, er erfüllt seine Pflicht nicht. Da wir aber sehr bestrebt waren, in allen diesen Fragen alles zu tun, um die Not der Bevölkerung im Hinterlande zu mildern, hat man in den verschiedenen Konferenzen und Konferenzchen wieder erklärt, das sei die Durchhaltepolitik und die sei verwerflich, weil wir dadurch nur den Krieg verlängern. Unsere Durchhaltepolitik war vom Anfange des Krieges an einzig und allein darauf gerichtet, Zustände zu schaffen, die es uns ermöglichen, mit unserer Organisation über den Krieg durchzuhalten. Wenn wir große Erschwernisse in dieser Frage gehabt haben — ich erinnere nur an unsere unausgesetzten Kämpfe gegen das Regime Stürgkh, das Ihnen freilich nicht zum Bewußtsein gekommen ist und nicht zum Bewußtsein kommen konnte, weil es ja der Oeffentlichkeit gegenüber immer nur in weißen Flecken erschienen ist — so gelangte dies noch krasser dadurch zum Ausdrucke, daß in diesem kritischesten Momente unsere österreichische Internationale versagt hat. Wir konnten leider, wo immer wir eine Aktion durchführen wollten, immer nur als deutsche Sozialdemokraten auf den Plan treten, aber niemals als die Gesamtheit der sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs. Wie Sie wissen, haben sich ja die tschechoslawischen Sozialisten schon lange vor dem Kriege von unserer österreichischen Gesamtpartei abgewendet und wir hatten jetzt so gut wie gar keine Beziehungen zu ihnen. Wir haben im Laufe der Zeit des Krieges im Interesse des klassenbewußten österreichischen Proletariats ein engeres Zusammenarbeiten mit ihnen als notwendig erachtet und haben geglaubt, es werde wenigstens möglich sein, in bestimmten Fällen als Partei der gesamten Sozialdemokratie aufzutreten. Wir hatten auch einige solche Besprechungen, zu denen auch Delegierte der Separatisten zugezogen waren. Aber zu einem ernstlichen engeren Zusammenarbeiten ist es in der ganzen langen Zeit des Krieges nicht gekommen. Mit Bedauern muß ich aber feststellen, daß auch die polnische Sozialdemokratie eine Schwenkung durchgemacht hat, indem sie zu einem immer engeren Zusammenschluß mit den polnischen Bürgerlichen kam, so daß wir heute sagen können: Wir vermissen schmerzlich auch die polnischen Sozialdemokraten im Lager der klassenbewußten österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei. Unsere österreichische Gesamtpartei ist also dadurch noch weiter zusammengeschmolzen. Die Südslawen haben durch Ausnahmsgesetze und Standrecht jede Bewegungsmöglichkeit verloren, sie wurden vielfach von ihrer Scholle vertrieben und in Flüchtlingslager gebracht, genau so wie auch unsere italienischen Genossen. Die Ruthenen mußten zum großen Teile Ostgalizien und die Bukowina räumen, und es ist jede Verbindung mit ihnen so gut wie abgeschnitten. Es ist also heute von unserer österreichischen Gesamtpartei, die wir während des Krieges zu den verschiedenen Aktionen so notwendig gehabt hätten, nichts mehr übriggeblieben als wir und die tschechischen Zentralisten. (Dr. Ellenbogen: Und was ist es mit den italienischen Sozialdemokraten?) Ich habe bereits erklärt, daß die italienischen Sozialdemokraten zum großen Teile von ihrem Boden in

Flüchtlingslager vertrieben wurden, so daß wir eine andere Verbindung als mit den einzelnen Personen nicht hatten.

Wenn wir das als besonders schmerzlich empfanden, so müssen wir um so mehr als notwendig erkennen, unser eigenes Haus, das Haus der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, besser zu bestellen, als es in einzelnen Kronländern während des Krieges vielfach geschehen ist. Ich will nicht leugnen, daß wir seit der letzten Maibewegung in unserer Parteiorganisation und auch in der Parteipresse einen ziemlichen Aufschwung zu verzeichnen haben. Leider muß aber festgestellt werden, daß das nicht in allen Kronländern der Fall war. Nur einzelne Kronländer waren es, die es verstanden haben, die außerordentliche Bewegung sich zunutze zu machen und, auf der Begeisterung, die die Bewegung in den Massen erzeugte, aufbauend, die Werbearbeit für unsere Organisation entsprechend einzurichten. Wir dürfen dabei allerdings nicht übersehen, daß das zweifellos eine sehr schwierige Aufgabe war, da der Apparat, den wir früher für unsere Werbearbeit besaßen, uns heute leider nicht mehr oder nicht in derselben Qualität zur Verfügung steht.

Wir haben in dem Berichtshefte eine vergleichende Darstellung des Standes der Organisation während der drei Kriegsjahre gegenüber dem Friedensjahre 1913/14 gegeben. Sie können aus ihr ersehen, daß wir, obwohl darin nur zwei Monate nach dem 1. Mai 1917 enthalten sind, in diesem Jahre einen, wenn auch nicht bedeutenden Aufschwung genommen haben, während die früheren Kriegsjahre eine fortlaufend rapid absteigende Linie aufweisen. Wir konnten den Stand der Organisation diesmal nicht mittels Fragebogen bei den einzelnen Lokalorganisationen erheben, weil durch die fortwährenden Musterungen und Einrückungen die Verbindungen mit verschiedenen Lokalorganisationen verloren gegangen sind. Wir mußten uns daher unseren Mitgliederstand einzig und allein nach dem Markenstand berechnen, wobei ich übrigens das Empfinden habe, daß diese Berechnung des Mitgliederstandes nach dem Markenbezuge eine richtigere Ziffer gibt als die seinerzeitige Berichterstattung durch die Lokalorganisationen, bei denen viele Mitglieder im Kataster weitergeführt werden, die wahrscheinlich schon längst nicht mehr unserer Parteiorganisation angehören oder vielfach schon zu anderen Parteiorganisationen übergetreten sind, was leicht zu einer Doppelzählung führt. Wir hatten danach am 30. Juni 1914 in unserer politischen Parteiorganisation 99.542 männliche Mitglieder, am 30. Juni 1917 26.701, so daß also die Zahl unserer männlichen Mitglieder auf etwas mehr als ein Viertel herabgesunken ist, wir demnach beinahe drei Viertel unserer männlichen Mitglieder verloren haben. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am 30. Juni 1914 — wieder nach dem Markenumsatze berechnet — 19.916, am 30. Juni 1917 13.866. Die Frauen haben seit dem Frieden nicht einmal ein volles Drittel ihres Mitgliederstandes verloren. Die Gesamtzahl der Mitglieder Mitte 1914 war 119.458, Mitte 1917 nur 40.567. Nun will ich ruhig zugeben, daß von dem Dreiviertel verlorener männlicher Mitglieder unserer Parteiorganisation ein außerordentlich großer Teil auf die Einrückungen entfällt. Es wird aber wohl niemand unter uns ernstlich behaupten wollen, daß sich mit Rücksicht auf den außerordentlich großen Aufschwung, den die Kriegsleistungsbetriebe genommen haben, in die eine ganze Menge indifferenten Proletariats zusammengewürfelt wurde, bei etwas gutem Willen nicht auch unter diesen organisatorisch mehr hätte machen lassen, als es geschehen ist.

Wir haben immer wieder, so oft wir zur Agitation aufforderten, gehört: Wir haben keine Kriegsleister; wenn aber die Genossen unsere materielle Hilfe brauchten, dann hat es wieder geheißen: Wir haben so viele Kriegsleister und können nichts machen, weil wir keine materiellen Mittel haben. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text! Es ist ja wahr, daß sich am Anfange des Krieges ein sehr großer Teil der Arbeiter auf den Standpunkt gestellt hat, daß man ohnedies wegen des Ausnahmszustandes und wegen der Militarisierung nichts machen könne. Wenn der Krieg vorüber sei, würden sie wieder die Alten sein und in die Organisation zurückkommen. Wie schaut aber eine Partei aus, die sich auf nichts stützen kann, als hie und da auf willige Vertrauensmänner, nicht aber auf geschlossene Organisationen? So kann es natürlich nicht weitergehen. Es hat in diesen Jahren des Krieges keinen günstigeren Moment gegeben für die Organisation als seit der russischen Revolution und seit dem 1. Mai. Kommen Sie nicht wieder mit der Ausflucht, daß nichts zu machen ist. Wenn die Vertrauensmänner verzweifeln, kann man sich vorstellen,

wie das Gebilde „Organisation" beschaffen ist. Daß Werbearbeit nicht nutzlos ist, kann ich an zwei Beispielen beweisen. Steiermark hat im Juni mit einer solchen Werbeaktion eingesetzt, und das Ergebnis dieser Arbeit, die sie in 13 Bezirksorganisationen durchführten, waren 3010 neue Mitglieder und zugleich ein ganz bedeutender Aufschwung der Parteipresse. Das ist ein Beweis, daß, wo der Wille ist, auch die Möglichkeit ist, wenn auch nicht überall soviel wie hier, aber doch Wesentliches zu erreichen. Schöne Erfolge haben auch die Genossen in Oberösterreich durch ihre Agitation erzielt. Als wir im Frühjahre das Zirkular ergehen ließen, überall Versammlungen einzuberufen und eine rege Agitation zu entfalten, haben sie das sofort getan und in einer Serie von Versammlungen die niedergedrückte Stimmung gehoben, sie haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie noch lebt und wirkt, und die Folge war eine Steigerung bei ihrem Tagblatt um mehr als tausend neue Abnehmer und eine ziemliche Stärkung ihrer Organisation. Ich meine darum, daß wir die Dinge nicht so laufen lassen können, wie sie laufen, und daß wir es nicht ruhig hinnehmen können, uns immer wieder sagen lassen zu müssen: Es geht nicht, es ist nichts zu machen; oder: Bei uns liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie anderwärts liegen. Besser als die Organisation hat sich im Kriege die Parteipresse erhalten. Aber es ist auch hier wieder sehr bezeichnend, daß in den Ländern, wo die Organisationen zurückgegangen sind, auch die Parteipresse oft bis auf ein klägliches Minimum zurückgegangen ist. Anderseits haben wir Länder, wo die Parteipresse sich nicht nur auf der ursprünglichen Friedenshöhe erhielt, sondern sich sogar über die Friedenshöhe hinaus entwickelte. Ich kann mir nicht helfen — korrigieren Sie mich, wenn es nicht richtig ist — aber ich meine, es muß doch etwas Schuld an unserem Organisationsapparat in den einzelnen Ländern, Bezirken und Kreisen liegen. Wo gearbeitet wurde, haben wir entweder nur kleine oder gar keine Verluste, wo man die Dinge gehen ließ, wie sie gehen, dort verzeichnen wir sehr starke Verluste. Ich möchte Sie also sehr bitten, diesem Teile unserer Arbeit — und seien Sie überzeugt, es ist nicht so unwichtig, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen mag — Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Vor allem befreien Sie sich von dem alle Arbeit lähmenden Gedanken: Es ist Krieg, und es geht eben jetzt nicht anders! Sorgen Sie vielmehr dafür, daß das, was wir im Kriege jetzt erfassen können, erfaßt werde, um für die spätere, zweifellos sehr schwere Zeit als Parteiorganisation gerüsteter dazustehen als jetzt. (Beifall.)

Um das Ausmaß der Redezeit nicht allzu weit auszudehnen, will ich nun zu den gestellten Anträgen übergehen.

Ich möchte vor allem den Antrag der Bezirksorganisation Landstraße, der sich auf den Genossen Friedrich Adler bezieht, herausheben. Ich meine, daß in diesem Saale alle den schmerzlichen Verlust Friedrich Adlers empfinden. Er war nicht nur ein außerordentlich liebenswürdiger Kollege im Parteisekretariat, sondern er war in jeder Beziehung einer der selbstlosesten Genossen, die wir in der Partei haben. (Lebhafter Beifall.) Ich meine deshalb, der Antrag spricht für sich selbst und empfehle ihn als Begrüßung an Friedrich Adler in den Kerker zur Annahme.

Wir haben weiter den Antrag 4 der steiermärkischen Landesparteivertretung, der eine entsprechende Erhöhung des Parteibeitrages für die politische Organisation verlangt. Wir haben in unserem Parteistatut einen Parteibeitrag als Mindestbeitrag in der Höhe von 20 H. festgelegt. Nach dem Organisationsstatut darf also der Beitrag in unserer politischen Organisation nicht unter 20 H. monatlich betragen. Die meisten Landesorganisationen haben aber schon einen Beitrag von 30 H. monatlich, einzelne sogar 40 H. und Wien ist im Sommer darangegangen, den Beitrag auf 80 H. monatlich zu erhöhen, das heißt auf 20 H. wöchentlich. Es ist gar kein Zweifel, die steiermärkischen Genossen haben sehr recht, daß unser heutiger Parteibeitrag ungenügend ist. Wir können die notwendigen agitatorischen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen, weder in den Lokalorganisationen noch in den Bezirks- und Landesorganisationen und, ohne dem Bericht des Genossen Ellenbogen vorgreifen zu wollen, erst recht nicht in der Parteizentrale selbst. Nie waren die Anforderungen so ungeheuer hoch wie gerade in der Zeit des Krieges, und mich wundert nur, daß die Genossen, die von der Reichszentrale das viele Geld für Agitation für Unternehmungen verlangen, sich noch nicht die Frage vorgelegt haben: Wie soll denn die Reichszentrale bei dem außerordentlich starken Rückgang der Mitgliederzahl und dadurch der Beitragsleistungen all diesen Anforderungen genügen? Es ist also, wenn wir organisatorisch und agitatorisch arbeiten wollen, notwendig, daß die

Beiträge erhöht werden. Vielleicht werden die Genossen in dieser Forderung des steiermärkischen Antrages einen Widerspruch erblicken insofern, als bei der kolossalen Lebensmittelteuerung von der Partei neue Anforderungen erhoben werden. Wir haben solche Aeußerungen über diesen delikaten Punkt schon wiederholt gehört. Gewiß übersteigt die Lebensmittelteuerung die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, aber unsere wichtigste Aufgabe muß zunächst darauf gerichtet sein, den Ausbau unserer Organisation durchzuführen. Wir kommen nicht vom Flecke, wenn unsere Bezirks- und Landesvertrauensmänner uns immer wieder sagen müssen: Wir haben keine Mittel und können deshalb auch nichts unternehmen. Und schlimmer noch als den Bezirken und Ländern geht es den Landesorganisationen. Ich bitte Sie aber, sich bei der Erhöhung nicht allein als Interessenten zu betrachten, sondern auch an die Reichszentrale zu denken. Ich habe Ihnen ja mitgeteilt, daß wir von 25.000 Mitgliedern monatlich 3 K. bekommen. Sie können sich vorstellen, über welche Mittel wir unter solchen Umständen verfügen. Wir sind also sehr dafür, daß die Parteibeiträge erhöht werden, ich möchte aber nicht, daß wir im Plenum ein Lizitieren über Ziffern vornehmen und stelle daher den Antrag, daß wir zum Zwecke der Statutenänderung bezüglich der Beitragserhöhung — die Beitragserhöhung involviert ja eine Statutenänderung — eine Kommission einsetzen, in der die Kronländer durch je einen Delegierten vertreten sind. Die Kommission soll darüber beraten, bis zu welchem Grade sie die Erhöhung festsetzen will und soll dem Parteitage darüber Bericht erstatten.

Nun komme ich zu dem Antrag 7 der Bezirksorganisation Freiwaldau. So gut der Antrag gemeint sein mag, so wenig scheint er mir auf unsere politische Parteiorganisation anwendbar. (Zustimmung.) Wir können doch um Gottes willen von unseren Parteigenossen nicht verlangen, daß sie am Beginne des Jahres ihr gegenwärtiges Einkommen einbekennen sollen. Wer heute freiwillig der Partei steuern wollte (es gibt ja noch einige wenige Ausnahmen, es werden ihrer aber immer weniger), dem sind weder im Statut noch durch sonstige Beschlüsse jemals Hindernisse bereitet worden. Aber eine solche staffelweise oder klassenweise Einrichtung des Parteibeitrages würde bei unseren Parteigenossen nicht die Folge haben, daß sie sagen, es sei eine freiwillige Leistung, die einer auf sein Einkommen übernimmt, sondern es würde zur Folge haben, daß der eine dem anderen zum Vorwurfe machen würde: Was, du verdienst um so viel mehr und zahlst auch nicht mehr als ich? Du hast nach dem Parteibeschluß so und so viel zu bezahlen! Hätten wir Unterstützungseinrichtungen, wie wir sie bei den Berufsorganisationen haben, dann wäre eine staffelweise Einführung, so daß jeder nach seinem Einkommen auch seine Versicherung in der betreffenden Klasse vornähme, ja am Platze. Da wir aber eine demokratische Vereinigung sind, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, halten wir doch die gleiche Beitragsleistung für entsprechender als irgendeine staffelweise, die nur zu Unzufriedenheiten und Verstimmungen Anlaß gibt und uns auch praktisch absolut als undurchführbar erscheint. Ich beantrage daher, den Antrag 7 der Bezirksorganisation Freiwaldau auch der einzusetzenden Kommission über die Beitragserhöhung zuzuweisen und aus der Diskussion des Parteitages vorläufig auszuscheiden.

Auch für den Antrag 5 des Genossen Alfred Berdau (Kladrau) kann ich mich absolut nicht erwärmen. Die Verhältnisse liegen in den verschiedenen Ländern sehr verschieden, der Antragsteller verlangt aber, es solle allen Kreisen und Ländern die obligatorische Einführung der Parteipresse in die Parteiorganisation und die Einbeziehung in den Beitrag zur Pflicht gemacht werden. Ich bin für die Ablehnung des Antrages; wenn ein Land mit seiner Organisation so weit ist, daß es glaubt das durchführen zu können, dann soll es die obligatorische Einführung ihres Parteiblattes vornehmen.

Der Antrag 6 der jugendlichen Arbeiter verlangt innerhalb der Parteiorganisation Gelegenheit zur Diskussion der strittigen Fragen der Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes. Die jugendlichen Antragsteller sollen mir verzeihen, aber ich finde diesen Antrag — ich bitte, es ist nur meine subjektive Auffassung — außerordentlich kindlich und naiv. (Hört!) Wann wurde je in der Partei den Parteiorganisationen untersagt — ich rede jetzt von der Partei im allgemeinen und nicht von der Jugendorganisation, die soll sich das mit ihrem Verbande selbst ausmachen; das ist keine Frage der Partei, sondern eine Frage der einzelnen Organisationen — solche Themen zu diskutieren. Wir bedauern es außerordentlich, daß in den Organi-

sationen so wenig diskutiert wird, und empfinden es selbst auf das schmerzlichste, daß unsere Parteibewegung nicht durch solche Diskussionen belebt wird. Es ist uns am wenigsten eingefallen, sie in der Parteiorganisation zu untersagen. Wenn es aber einzelne Organisationen gibt, die das erzieherische Moment ihrer Tätigkeit noch in den Vordergrund stellen zu müssen glauben, die glauben, nur das, was uns vereinigt und nicht das Trennende hervorheben zu sollen, dann ist das eine Angelegenheit der jeweiligen Organisation, und der Antrag kann sich nur darauf beziehen. In unserer Parteiorganisation besteht die vollste Freiheit in Bezug auf Diskussionen über Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes und ich würde nur wünschen, daß davon der weitestgehende Gebrauch gemacht werde. Ich glaube darum, daß dieser Antrag für den Parteitag vollständig überflüssig ist.

Wenn ich meine Ausführungen zusammenfasse, so muß ich konstatieren, daß wir uns in dieser schweren Zeit immer vor Augen halten müssen, daß unsere innere Tätigkeit kaum eine andere sein konnte, als sie war. Unsere Aufgabe war zunächst darauf gerichtet, alle uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um den Krieg abzukürzen, zweitens darauf, alles zu tun, um unserer Organisation über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen und drittens die Notlage des Proletariats zu lindern. Das sind die drei Gesichtspunkte, von denen aus ich Sie bitte, unsere Tätigkeit aufzufassen. Wir gehen Zeiten entgegen, die noch schwerer sein dürften als die jetzigen, und wir wissen nicht, wie sich die Dinge in Oesterreich auch nur in den nächsten drei Monaten gestalten werden. Ein Programm ist also sehr schwer zu machen. Wir müssen unsere ganze Tätigkeit zunächst auf den Ausbau der Organisation einstellen, wir müssen dafür sorgen, daß das Proletariat im Hinterlande vor der äußersten Not geschützt, daß es vor den Ungerechtigkeiten von Behörden und Verwaltungsorganen bewahrt werde, und Sie können versichert sein, was in der Macht der Parteivertretung gelegen ist, was wir zur Beendigung des Krieges tun können, ist bisher geschehen und wird weiterhin geschehen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Vorberatung der Beitragserhöhung wird angenommen.

Kassenbericht.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Die Parteivertretung hat, soweit die finanzielle Seite ihrer Tätigkeit in Frage kommt, ihre Aufgabe darin erblickt, die Zerstörungen, die der Krieg hervorrufen mußte, soweit als möglich hintanzuhalten, beziehungsweise ihre Wirkungen abzuschwächen. Es ist daher nicht merkwürdig, daß, wenn auch anfangs eine Reihe von Sekretariaten in der Provinz durch Abgang von Vertrauensmännern an die Front ihre Tätigkeit einstellen mußte, die Zahl der vom Parteisekretariate unterstützten Provinzsekretariate gegenwärtig größer ist als am Anfang des Krieges. Es werden gegenwärtig 19 Sekretariate von der Partei subventioniert, davon 8 in Böhmen, 2 in Mähren, 3 in Schlesien, 2 in Tirol und je eines in Vorarlberg, Salzburg und Niederösterreich. Eine Reihe von Sekretariaten war gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Einige davon haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, weil der betreffende Sekretär zurückgekehrt ist oder weil für diese Stelle ein anderer gefunden wurde. Sehr bald nach Anfang des Krieges ist uns die Subvention, die an ein Sekretariat geschickt wurde, als unbestellbar zurückgeschickt worden. Es war das Sekretariat in Czernowitz, wo infolge des Einbruches der Russen die Tätigkeit der Partei selbstverständlich aufgehört hat. Für eine Reihe von Sekretariaten mußten die Unterstützungen erhöht werden. So haben wir den Beitrag an die Jugendorganisation um das Dreifache erhöht und auch andere Sekretariate haben erhöhte Unterstützungsbeiträge erhalten. Damit war aber die finanzielle Tätigkeit des Parteivorstandes in Bezug auf Erhaltung der Arbeit in der Provinz nicht erschöpft. Eine ganze Reihe von mitunter sehr beträchtlichen Beträgen ist teils in der Form von Darlehen, teils als direkte Unterstützungen an verschiedene Parteiunternehmungen und Sekretariate gegangen. Wir mußten zum Beispiel den Organen „Gemeinde" und „Kampf", die während dieser Zeit naturgemäß weder eine Werbearbeit verrichten noch den Abonnentenstand aufrechterhalten konnten, mit Subventionen zu Hilfe kommen. Erfreulich ist die ganz neue Tatsache, daß die Zahl derjenigen, die die Partei mit Schenkungen bedenken, immer größer wird. In den letzten drei Jahren haben drei Erblasser ihre Erbschaft der Partei hinterlassen, ein vierter hat sein ganzes Vermögen dem Schuhmeierfonds überantwortet.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch dankbar der Genossen aus Amerika gedenken, die zu Beginn des Krieges mehrere Male größere Summen zum Zwecke der Unterstützung von Witwen nach im Kriege gefallenen Parteigenossen an die Parteivertretung geschickt haben; ich glaube, es sind im ganzen rund 6000 Kr. Diese Summen sind nach einem bestimmten Schlüssel auf alle Parteien in Oesterreich und Ungarn, also auch auf die ungarische, die kroatische, die bosnische und die autonomistische Sozialdemokratie, aufgeteilt worden. Sie finden unter den detaillierten Ausgaben eine Post „Ausland". Diese bezieht sich nicht, wie es dort irrtümlich heißt, bloß auf Galizien, Ungarn, Kroatien und Slawonien, sondern es ist darunter auch eine Reihe von russischen und serbischen Genossen verstanden, die wir bei Ausbruch des Krieges — später sind auch Kriegsgefangene dazu gekommen — unterstützten, oder denen gegenüber wir es für unsere Pflicht gehalten haben, ihnen das Verlassen des österreichischen Bodens, sei es, daß sie in die Schweiz oder in ihre Heimat reisen wollten, zu ermöglichen. Die Post „Internationaler Kongreß" brauche ich wohl nicht zu erläutern. Leider sind diese Summen umsonst ausgegeben worden, denn in dem Augenblicke, als der Kongreß hätte zusammentreten sollen, ist bekanntlich der Krieg ausgebrochen, aber eine gewisse Fruchtbarkeit werden diese Ausgaben schon entwickeln; in den Drucksorten, in den Agitationsbroschüren, die damals geschrieben worden sind, in der Festschrift, die verbreitet wurde, werden sie ihre Nachwirkung, wenn auch leider in sehr bescheidenem Maße, doch haben. Die Summen der Ausgaben des Wahlfonds sind in diesen letzten vier Jahren merkwürdig — oder wenn Sie wollen, gar nicht merkwürdig — klein. Wir haben auch sonst in Nichtwahlzeiten viel größere Summen in einem Jahre ausgegeben als jetzt in vier Jahren. Das war damit zu erklären, daß wir fortwährend Nachwahlen hatten; speziell wir Sozialdemokraten waren in der angenehmen Lage, fast ununterbrochen an Nachwahlen beteiligt zu sein. Das war in den letzten Kriegsjahren natürlich vollständig ausgefallen, so daß wir in der Lage waren, 103.000 Kr. anzusammeln. Von den 26.000 Kr. Ausgaben sind allerdings etwa 16.000 bis 18.000 Kr. auf Wahlagitation entfallen, denn wir haben im letzten Jahre vor dem Kriege doch noch eine Wahl gehabt im sechsten Wahlbezirke von Wien (Leopoldstadt), die damals allerdings nicht zu unseren Gunsten ausgefallen ist.

Es ist hier ein Antrag — Genosse Skaret hat ihn schon besprochen — eine Beitragserhöhung betreffend, eingelangt. Ob er in dieser Form oder in einer anderen angenommen wird, überlasse ich dem betreffenden Komitee. Ich meine jedoch, daß die Empfindung, daß diese Beiträge erhöht werden müssen, allgemein ist, es hat sich ja auch gezeigt, daß der Versuch, die Beiträge für die „Volkstribüne", und zwar in gar nicht geringem Ausmaße zu erhöhen, durchaus nicht auf einen wesentlichen Widerstand gestoßen ist, der beste Beweis dafür, daß die Parteigenossen wirklich die Empfindung haben, daß in einer Zeit, wo man gezwungenermaßen tiefer in den allerdings nicht sehr vollen Geldbeutel greifen muß, die Partei nicht das letzte sein darf, wofür man sein Geld ausgeben muß. Ich würde daher dem Komitee sehr empfehlen, daß es sich mit dieser Frage ernstlich befasse und dem Parteitage einen wirklich durchführbaren Vorschlag mache, den Parteitag aber möchte ich bitten, die Parteiarbeit im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Organisationen auch finanziell nach allen Richtungen zu unterstützen, was uns ermöglicht, die Organisationen nach Kräften, wo es nur irgend geht, auszubauen. (Beifall.)

Druckerei und Presse.

Berichterstatter Emmerling: Der Krieg hat in unseren Parteigeschäften selbstverständlich tiefe Furchen gezogen und insbesondere die Gebarung der „Arbeiter-Zeitung" vollständig auf den Kopf gestellt. Drei verschiedene Zeitabschnitte sind seit Kriegsausbruch in der Gebarung der „Arbeiter-Zeitung" festzustellen. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges stieg die Auflage von Tag zu Tag und in wenigen Wochen hatten wir um vierzigtausend mehr als früher. Leider haben wir — nicht deswegen, weil das Interesse am Kriege schwand, sondern weil unsere Leser und Abonnenten einrücken mußten — schon im November 1914 den Zuwachs wieder eingebüßt. Dazu kam auch noch, daß die Geschäftswelt, völlig unklar über die kommenden Ereignisse, ihre Geschäfte nicht mehr in jenem Maße in den Blättern zur Anzeige brachte, wie früher. Die Inseratenein nahmen gingen rapid zurück und das kam natürlich ungünstig auch in der Gebarung zum Ausdruck. Noch eines ist zu der

Steigerung der Auflage zu bemerken, was auch für die Provinzpresse gilt. Während die bürgerlichen Blätter bis in das Jahr 1916 ein stetes Steigen der Auflageziffern zu verzeichnen hatten, weisen die Parteiblätter einen Rückgang auf. Es ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß das Arbeiterblatt nicht gleichzeitig das Blatt der Frau ist. In bürgerlichen Kreisen ist das Blatt des Mannes auch das Blatt der Frau, und wenn der Mann einrückt, dann behält sie erst recht ihr Blatt. In den proletarischen Haushalten kommt natürlich auch noch das finanzielle Moment, das durchaus nicht zu unterschätzen ist, hinzu. In den Jahren 1915 und 1916 hatten wir unter dem Ausnahmszustand und der Zensur sehr zu leiden. Unmittelbar nach dem Friedensangebot der Mittelmächte kam auf einmal Leben in die Masse. Ein rasches Ansteigen der Auflage war bemerkbar, wir hatten zwei bis dreitausend Abonnenten im Monate mehr, bis wir nach der russischen Revolution den höchsten Stand erreichten. Leider kam diese Steigerung in die Zeit der Papiernot. Während wir einerseits nicht genug drucken konnten, mußten wir infolge der Verordnung, die im März erschien, mit Papier sparen. Eine Aufgabe, die schwer zu lösen war. Wir hätten leicht noch um 10.000 bis 15.000 Blätter täglich mehr verkaufen können, bekamen aber nicht das nötige Papier dafür. Wir haben die Schwierigkeiten so gelöst, daß wir uns völlig vom Inseratenteile freimachten. Während die „Arbeiter-Zeitung" vor dem Kriege finanziell wesentlich auf Inseratenannahmen beruhte, hat sich das jetzt in das Gegenteil verkehrt. Vor dem Kriege nahmen wir in einem halben Jahre für Inserate 218.000 Kr. ein, jetzt nur etwas über 100.000 Kr. Dadurch, daß wir einen großen Teil der Sonntagsinserate wegließen, konnten wir in der Woche einige tausend Blätter mehr drucken. Wir haben also am Schlusse des dritten Geschäftsjahres einen weitaus günstigeren Stand auch finanziell aufzuweisen als vor dem Kriege. Allerdings erst im Halbjahre 1917, die ersten zwei Jahre haben wir mit Verlust bilanziert. Zu dem günstigen Ergebnis hat wesentlich das Abendblatt beigetragen, die „A. Z. am Abend", die schon in den ersten Wochen ihres Erscheinens eine Auflage von täglich 70.000 erreichte, die sich bis vor einigen Monaten auf dieser Höhe erhielt und bei besonderen Ereignissen bis auf 100.000 hinaufschnellte. Das Abendblatt hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir uns über die Schwierigkeiten des Krieges hinweggeholfen haben. Wenn seine Auflage in den letzten Monaten zurückging, so ist das offenbar darauf zurückzuführen, daß dieses Blatt das Blatt der ärmsten Schichten der Wiener Bevölkerung ist, die durch die lange Dauer des Krieges immer ärmer wird. Wenn ich konstatieren konnte, daß sich unsere finanzielle Situation gebessert hat, so muß ich auf der anderen Seite feststellen, daß die Schwierigkeiten der Herstellung immer größere geworden sind. Nicht weniger als dreizehn Redakteure und Beamte und fünf Diener sind eingerückt, von denen einer in Russisch-Polen gestorben ist, ein Redakteur ist in russischer Gefangenschaft, ein Beamter wird vermißt. Wir hatten auch nicht die Möglichkeit, entsprechenden Ersatz durch die Aufnahme neuer Leute zu finden, so daß die Arbeit mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden mußte.

Nun einiges über die Verteilung der Auflage. Vor dem Kriege hatten wir in der Provinz 6000 einzelne Abonnenten, heute sind es über 15.000. Es ist geradezu rührend, welche Anhänglichkeit die Leute bewiesen haben. Es fand beim Einrücken oft eine förmliche Uebergabe von einem Genossen an den anderen statt, sonst wäre es ja nicht zu verstehen, daß wir in diesem Jahre einen gewaltigen Aufschwung haben. Wir haben auch einen ziemlichen Abgang nach dem Felde und nach dem Etappengebiet. In das Feld allein gehen über 4000 Exemplare. Sie dürfen aber durchaus nicht glauben, daß sie nur von 4000 Lesern gelesen werden. Sie können diese Zahl ruhig mit fünf multiplizieren. Wenn Sie bedenken, daß die „Arbeiter-Zeitung" heute monatlich Kr. 3·40 kostet, so werden Sie es begreifen, daß ein Soldat, der ausschließlich von seiner Löhnung leben muß, das Abonnement nicht bezahlen kann. Es haben sich daher sowohl in den Schützengräben als auch im Etappengebiete förmliche Lesezirkel gebildet, die mehrere Zeitungen abonniert haben und das Abonnement gemeinsam aufbringen. Ich glaube überhaupt, daß das Lesen von Zeitungen für die Leute mehr zur Gewohnheit geworden ist. Leute, die sich früher mit einem Kalender begnügt haben, waren in der Einsamkeit förmlich gezwungen, zu einer Zeitung zu greifen. Wir haben in der ersten Zeit, als wir noch genug Papier hatten und Gratisblätter schicken konnten, gesehen, mit welchem Danke man diese Sendungen quittiert hat. Wenn wir in der Lage wären, unsere Auflage zu erhöhen, würden wir ohneweiters 10.000 bis 15.000 Exemplare hinausgeben können. Daher

glaube ich, daß die Presse als Kampfmittel in der Zukunft ganz anders beurteilt werden muß. Man muß damit rechnen, daß Zehntausende von Menschen im Felde die sozialdemokratische Presse gelesen und sich über sie das denkbar beste Urteil gebildet haben, Leute, die uns vor dem Kriege gänzlich indifferent gegenüberstanden. Selbstverständlich mußten auch gewisse Rücksichten geübt werden. Unsere besten Vertrauensmänner wagten es in der ersten Zeit nicht, die „Arbeiter-Zeitung" zu abonnieren. Später änderte sich die Sache und jetzt nehmen wir im Felde ständig zu. Daraus kann man wohl die Hoffnung ableiten, daß unsere Parteiorganisation nach dem Kriege ein Aufleben haben wird, das sich auch in dem Absatze unserer Presse äußern wird.

In diesem Zusammenhange gestatten Sie mir nur ein Wort über den Antrag, der davon spricht, daß die „Arbeiter-Zeitung" dort, wo sie erscheint, auch mit dem Parteibeitrage in Verbindung zu bringen sei. Was ich jetzt sage, ist meine rein persönliche Meinung. Ich bin der Ansicht, daß eine Zeitung und insbesondere ein Tagblatt von allen diesen Bindungen losgelöst sein soll. So schlecht und unpraktisch es wäre, sie mit irgendeiner Art der Versicherung zu verbinden, für ebenso unpraktisch halte ich es, sie mit dem Parteibeitrage zu verquicken. Entweder soll der Leser die Empfindung haben: ich unterstütze die Partei materiell und muß sie unterstützen und daher zahle ich meinen Parteibeitrag, oder er soll aus bloßem Interesse ein Abnehmer der Tageszeitung sein. Wenn Sie den Parteibeitrag vermischen mit einer Zeitung, dann haben Sie keine Parteimitglieder, die die Partei materiell unterstützen, dann haben Sie Zeitungsabnehmer, die Ihnen auch sofort wieder davonlaufen, wenn sie mit der Zeitung in der einen oder anderen Richtung nicht zufrieden sind. Wir sollen ganz andere Mittel und Methoden zur Gewinnung und Erziehung unserer Parteigenossen aufwenden und ich bin der Meinung, daß es ganz gleichgültig ist, womit wir nach dem Kriege beginnen; wir müssen mit einer so geringen Anzahl von Parteimitgliedern beginnen, daß wir es uns ohneweiters gestatten können, auch hier irgendeine Aenderung eintreten zu lassen. Ich bin also dagegen, daß die „Arbeiter-Zeitung" verquickt wird mit irgendeiner Leistung an die Partei. Wir haben verschiedene Preiserhöhungen vorgenommen. Allerdings nicht gleich, sondern bis 1. April 1916 haben wir zugewartet mit einer Preiserhöhung, trotzdem die Papierpreiserhöhungen schon im Jahre 1915 begonnen haben und trotzdem die Erhöhungen aller übrigen Produktionsmittel sich schon früher bemerkbar gemacht hatten. Erst im April 1916 erhöhten wir den Abonnementspreis monatlich um 40 H. und entsprechend auch den Einzelverschleißpreis. Am 1. April 1917 waren wir genötigt, eine weitere Erhöhung eintreten zu lassen, so daß wir von einem Friedenspreise von Kr. 2·20 auf 3 Kr. in Wien und von Kr. 2·60 auf Kr. 3·40 in der Provinz gestiegen sind. Ich habe Ihnen vorhin noch von jener Umwandlung Mitteilung gemacht, die wir im Verschleiß- und Inseratengeschäfte vorgenommen haben. In diesem Zusammenhange muß ich Ihnen auch mitteilen, daß wir eine ganz bedeutende Erhöhung unserer Inseratenpreise vorgenommen haben.

Das Inseratengeschäft hat sich völlig geändert. Der Geschäftsmann, der früher seine Ware anbieten mußte, hat jetzt dazu keine Veranlassung, weil es auf dem ganzen Markte nur mehr Nachfrage, aber kein Angebot gibt. Daher haben die Geschäftsleute an den Inseraten kein Interesse mehr. Anderseits ist eine ganze Reihe von Artikeln ausgegangen oder im Ausgehen begriffen, so daß auch dieser Teil der inserierenden Geschäftswelt die Inserate aufgibt. Eine wichtige Nachfrage haben wir im Inseratenteil: Der Arbeitsmarkt. Und wenn Sie heute unsere Presse durchgehen, so finden Sie ein Suchen, ein Ueberbieten der Arbeitskräfte, wie es früher nie bemerkbar war. Diesem Kapitel bitte ich die Verwalter der Provinzpresse ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir werden lange Zeit nach dem Kriege mit dem normalen Inseratengeschäfte nichts zu tun haben. Die Ware wird entweder staatlich bewirtschaftet sein oder so zugemessen werden, wie Kleider, Schuhe u. s. w., daß die Geschäftswelt kein Interesse daran haben wird, dem lesenden Publikum diese Waren anzupreisen. Nach wie vor wird auf dem Markte die Nachfrage das Anbot weitaus überwiegen. Nach dem Kriege wird sich ein Suchen nach qualifizierten, nach brauchbaren Arbeitern fühlbar machen, man wird ganz besonders tüchtige Kräfte benötigen. Wir haben nun auf der einen Seite beim normalen Inseratengeschäfte einen bedeutenden Ausfall zu verzeichnen und mußten daher auf der anderen Seite trachten, diesen Ausfall zu ersetzen. Wir sagten uns: wenn der Unternehmer für einen tüchtigen Monteur einmal 30 oder 40 Kr. mehr bezahlt, so

spielt das für diesen Kriegsgewinner keine Rolle. Wir haben daher für solche Inserate den Tarif von 12 H. auf 25 H., bei besonderer Auswahl des Platzes auf 40 H. erhöht. Am Samstag müssen wir gewöhnlich zwei, drei und auch vier Seiten Inserate ablehnen, was natürlich zu Beschwerden führt.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat unmittelbar nach Ausbruch des Krieges ihre Abnehmer verloren. Der Grund lag in der Arbeitslosigkeit. Die Mitglieder der Frauenorganisationen blieben mit ihren Beiträgen im Rückstande, alles eine Folge der damaligen Unsicherheit und, gestehen wir es offen, in der ersten Zeit des Krieges wußten wir es uns selbst nicht einzurichten, wir mußten zuwarten, und das hat es mit sich gebracht, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in der Auflage sehr gesunken ist. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung betrug bei Kriegsausbruch 28.000 und 29.000, sie ist dann von Monat zu Monat gesunken und war im Dezember 1914 schon auf 18.000 Exemplare herabgegangen. Sie sinkt dann weiter bis zum Jahre 1916 und erreicht ihren Tiefstand mit 13.000 Exemplaren. Von Juni 1916 an sieht man wieder ein regeres Leben in der Frauenorganisation, von da an zeigt sich ein wohl langsames, aber stetes In-die-Höhe-gehen der Auflage. Heute ist die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" weitaus größer als vor dem Kriege, heute beträgt sie 32.000 Exemplare. Auch bei der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist uns durch die Papiernot eine Schranke auferlegt. Hier konnten wir uns allerdings leichter behelfen als bei der „Arbeiter-Zeitung". Wir haben den Umfang von 16 Seiten auf 8 Seiten, also die Hälfte herabgesetzt und waren so in der Lage, auch hier den behördlichen Anordnungen Rechnung zu tragen. Es ist klar, daß der Rückgang auch in der Gebarung zum Ausdrucke kam, obwohl die Verwaltung bestrebt war, zu sparen, wo es nur möglich war. Während vor dem Kriege das Blatt jährlich 7000 bis 8000 Kr. Erträgnis abwarf, sank das Erträgnis im Jahre 1915 auf 1000 Kr., im ersten Halbjahre 1916 hatten wir bereits einen Verlust. Der Verlust betrug im zweiten Halbjahre 1916 2300 Kr., im ersten Halbjahr 1917 betrug er noch 1400 Kr. Das zweite Halbjahr 1917 bringt einen wenn auch nicht großen Ertrag. Wir schließen in diesem Zeitraume nicht mehr mit einem Verluste ab.

Und nun zu unserem wissenschaftlichen Organ, zum „Kampf". Es ist klar, daß in der ersten Zeit, wo sich die Ereignisse überstürzten, wo die Proletarier in großen Massen einrücken mußten, nicht viel Zeit und auch nicht viel Lust zum Studium eines wissenschaftlichen Blattes vorhanden war. Allerdings mit an dem Rückgange war auch die Redaktion schuld, denn sie hat nach Ausbruch des Krieges das Erscheinen des „Kampf" wenn auch nicht formell eingestellt, aber ihn doch vorläufig nicht erscheinen lassen, und wollte die Redaktion das Blatt erscheinen lassen, dann war die Staatsanwaltschaft damit nicht einverstanden. So ging es fort bis Ende 1914. Erst im Jänner 1915 ist das erste Heft erschienen. Der „Kampf" ist auch von da ab nicht regelmäßig herausgekommen und man war genötigt, Doppelhefte erscheinen zu lassen. Das alles hat natürlich auf die Gebarung des Blattes ungünstig wirken müssen. Wir hatten vor dem Kriege 3000 Einzelabnehmer, von diesen haben wir wohl nur 900 verloren. Trotzdem war das Defizit ziemlich groß. Vor dem Kriege hatte der Kampf ein Erträgnis, das der Parteivertretung abgeliefert wurde; gleich nach dem ersten Halbjahr nach Ausbruch des Krieges trat ein Abgang ein.

Es ist klar, daß die Druckerei, die Zeitungen zu erzeugen hat, ebenfalls sehr schwer in Kriegszeiten lebt. Die Druckerei kann sich sehr schwer in eine Kriegsindustrie verwandeln. Während alle anderen Berufe den Versuch unternahmen sich den geänderten Verhältnissen anzupassen, läßt sich das in einer Druckerei nicht machen. Sie hat daher auch im ersten Kriegsjahre ungeheuer gelitten. Wir hatten vor dem Kriege einen Warenumsatz von 1·75 Millionen Kronen im Jahre und hatten im ersten Kriegsjahre um 600.000 Kr. Umsatz weniger. Wenn Sie sich vorstellen, daß ein Betrieb, der für diesen großen Umsatz eingerichtet ist und auch sein entsprechendes Personal hat, plötzlich 600.000 Kr. Umsatz weniger aufweist, werden Sie einsehen, daß man da nicht mit besonderen Erträgnissen abschließen kann. Noch eines aber kam dazu. Wir hatten ausschließlich in der Druckerei einen Personalstand von rund 320 bis 350 Personen. Davon rückten im ersten Ansturme nahezu 50 ein und im Verlaufe der Kriegsjahre sind über 130 unserer Arbeiter eingerückt. Wir mußten sie ersetzen, konnten sie aber nicht immer in derselben Qualität ersetzen, wir konnten aber auch nicht sofort unseren Betrieb auf die veränderten Verhältnisse einrichten, wesentlich deshalb, weil in einer Druckerei die Umwertung der Arbeitskräfte die

größte Rolle spielt. Eine Druckerei hat allein 40 bis 50 Prozent ihres Umsatzes für Löhne und Gehälter auszugeben. Hat man in normalen Zeiten mehr zu tun, so muß man eben mehr Personal nehmen; hat man weniger zu tun, so muß man wieder das Personal in entsprechender Weise einschränken. In der ersten Zeit nahm uns das Militär das Personal weg; wenn wir aber dann in der Folge weniger Arbeit hatten, konnten wir das Personal nicht weggeben, weil wir ja wußten, daß in wenigen Wochen neue Musterungen oder Einrückungen kommen. Wir mußten also das Personal halten, obwohl wir dafür nicht die entsprechenden Aufträge hatten, und daher war die Gebarung des ersten Kriegsjahres so besonders ungünstig. Wir hatten vor dem Kriege ungefähr 36.000 Kr. Ertrag und hatten im Jahre 1914/15, das nur elf Kriegsmonate umfaßte, ein Defizit von 94.000 Kr. Im Jahre 1915/16 konnten wir uns schon wieder einigermaßen erholen und das Defizit von 94.000 Kr. wurde wettgemacht; das Jahr 1915/16 weist allerdings keinen besonderen, aber doch immerhin bescheidenen Gewinn von einigen tausend Kronen auf. Im Jahre 1916/17 haben sich die Verhältnisse auch in der Druckerei einigermaßen gebessert. Der Umsatz, der von 1·75 Millionen auf 1·1 Millionen gesunken und im Jahre 1915/16 auf 1·2 Millionen gestiegen war, stieg im Jahre 1916/17 auf 1·4 Millionen Kronen und der Ertrag auf 12.000 Kr. Wenn wir um 200.000 Kr. Umsatz mehr erzielten, so ist diese Steigerung nicht auf eine Erhöhung der Produktion zurückzuführen, sondern ausschließlich auf die Teuerungszuschläge, die wir unseren Kunden auferlegen mußten. Diese Aufschläge sind uns sehr unangenehm. Die 10 Prozent Privatkunden, die wir haben, können die Erhöhung leichter zahlen, sie können sie auf ihre Abnehmer überwälzen, während die Gewerkschaftskunden durch die Erhöhung stark belastet werden. Wir müssen aber damit rechnen, daß die Steigerung der Gestehungskosten noch nicht ihren Abschluß gefunden hat. Die Entwertung des Geldes kommt nicht allein in der Forderung der Angestellten nach Teuerungszulagen, nach Erhöhung der Löhne, sondern vor allem im Einkaufe zum Ausdruck. Wenn wir vor dem Kriege für Zeitungspapier 23 bis 25 Kr. gezahlt haben, jetzt 80 Kr. zahlen und nach dem 1. Jänner wieder mehr zahlen sollen, muß das in der Gebarung doch seinen Ausdruck finden. Zur Herstellung einer Zeitung gehören aber noch hunderte Artikel, die zum Teile nicht mehr, zum Teile nur zu Phantasiepreisen zu haben sind. Während wir für die Farbe früher 43 bis 45 Kr. gezahlt haben, kostet sie heute 260 Kr. Es sind alle Artikel um 500 bis 1000 Prozent gestiegen, während wir uns mit einem 20- bis 25prozentigem Aufschlag begnügen müssen.

Wir haben nicht nur in Oesterreich, sondern in allen Staaten noch lange nach dem Kriege mit sehr hohen Papierpreisen zu rechnen, weil die Papierindustrie die einzige ist, die für den Ausfall der Baumwolle und der übrigen Webeprodukte einen wenn auch geringeren Ersatz schaffen konnte. Die Zeitungspapierfabriken haben gar kein Interesse daran, Flachpapier oder Zeitungspapier zu erzeugen, weil sie im günstigsten Falle für einen Waggon Zeitungspapier 8000 bis 10.000 Kr. bekommen, für einen Waggon Spinnpapier aber 32.000 bis 36.000 Kr.; auch nach dem Kriege wird man wohl nicht sofort Baumwolle in Massen einführen können, sondern wird nach wie vor alle Bindestoffe, alle Webestoffe für gröbere Gewebe aus Spinnpapier erzeugen. Wir werden also mit einer anhaltenden Preissteigerung zu rechnen haben. Nun werden Sie fragen: wozu die staatliche Bewirtschaftung? Man sieht auch hier wie bei allen Zentralen, daß viel zu spät begonnen wurde. Man hätte schon im Jahre 1915 und nicht erst im Jahre 1917 mit der Festhaltung aller notwendigen Produktionsmittel beginnen sollen. Vor allem hat aber die Industrie auf Kriegsindustrie umgestattelt, sie arbeitet heute in Spinnpapier und Munitionspapier und das Kriegsministerium sagt selbstverständlich: Zuerst komme ich und dann kommen erst die Zeitungen und die anderen Abnehmer.

Wir haben also sowohl mit einer Preissteigerung als auch mit einer immer größer werdenden Papiernot zu rechnen. Ich mache Sie heute schon aufmerksam, daß begründete Sorge besteht, daß wir im Winter, wenn Schnee und Eis auf den Geleisen liegen wird, zweifellos mit einem zeitweiligen Stillstand auch unserer Zeitungsunternehmungen zu rechnen haben werden.

Ich kann meinen Bericht nicht schließen, ohne unserer Angestellten zu gedenken und vor dem Parteitage zu sagen, daß die Führung der Geschäfte mit diesem Ergebnis nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht sämtliche Angestellten ohne Ausnahme treu und fest zum Unternehmen gehalten und ihre ganze Arbeitskraft hingegeben hätten. Wir sind verpflichtet, ihnen allen den Dank auszusprechen. (Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Für die Kommission für Beitragserhöhung sind folgende Vorschläge aus den einzelnen Kronländern eingelangt: Hummel und Gerdinits (Niederösterreich), Kollinger und Ginzinger (Oberösterreich), Lindner und Fohringer (Steiermark), Gröger (Kärnten), Beck und Witternigg (Salzburg), Napoldi und Scheibein (Tirol), Leibfried (Vorarlberg), Cermak und De Witte (Böhmen), Hackenberg und Rasch (Mähren), Jokl und Zorn (Schlesien).

Der Parteitag stimmt diesen Vorschlägen zu.

Bericht der Volksbuchhandlung.

Berichterstatter Dr. **Danneberg**: Die Volksbuchhandlung hat im letzten Jahre vor dem Kriege den Umfang ihrer Geschäfte beträchtlich zu erweitern vermocht. Wir haben den Verlag ausgestaltet, haben uns bemüht, auch die Kolportage auszubauen, wir haben dem Geschäfte ein sozialdemokratisches Antiquariat angegliedert, das größte, das irgendeine Parteibuchhandlung besitzt, wir haben dann ein Handbuch für Arbeiterbibliothekare herausgegeben, auch der erste Versuch dieser Art, der von irgendeinem Parteigeschäft gemacht wurde. Dann kam der Krieg, und alle unsere Bemühungen haben einen argen Stoß erlitten. Dadurch, daß die Genossen im Hinterlande weniger wurden, wurde auch das Bedürfnis nach Büchern zunächst geringer und wir konnten auch nicht, wie die bürgerlichen Buchhandlungen, einen Ersatz in der sogenannten Kriegsliteratur finden, die ja in Wirklichkeit eine Kriegshetzerliteratur ist. Wir mußten uns nun — gegen das Geschäftsinteresse — darauf beschränken, nur einen Teil davon zu verkaufen. Wir hatten also einen starken Rückgang in den Einnahmen. In den Jahren vor dem Kriege hatten wir trotz der Wirtschaftskrise eine ständige Vermehrung der Einnahmen zu verzeichnen und waren 1913 bis auf 342.600 Kr. gekommen. Der Rückgang 1914 war zunächst außerordentlich groß, 1915 etwas größer als ein Drittel, und wir sind heute doch wenigstens wieder so weit, daß unsere Einnahmen 1917 etwa drei Viertel des Betrages von 1913 ausmachen werden. Aber auch ein solcher Ausfall von einem Viertel der Einnahmen spielt bei einem Geschäfte von relativ kleinem Umfange noch eine sehr große Rolle, eine um so größere, als unsere Geschäftsspesen nicht wesentlich geringer geworden sind. Die Verminderung des Personals war ganz unbeträchtlich, wir hatten auch Verpflichtungen gegenüber den Angestellten, und so ist es zu einem argen Defizit gekommen, das allein für das letzte Halbjahr 1916 trotz der Besserung der Verhältnisse 16.000 Kr. beträgt. Das mag als eine kleine Summe erscheinen, aber es geht doch nicht an, daß der Parteivorstand aus Parteigeldern Defizite eines Geschäftes deckt, das nicht allein den Parteibedürfnissen dient. Das Geschäft ist eben nur möglich, wenn es sich selbst zu erhalten vermag.

Zur Ueberwindung könnte sehr viel beitragen, wenn unsere Kunden sich entschlössen, prompter zu zahlen. Wir hatten bei Kriegsbeginn beträchtliche Außenstände, und diese betragen noch für Ende 1916 nicht weniger als 122.000 Kr., eine ganz kolossale Summe, an der Kolporteure, Vereine und Privatkunden beteiligt sind. Bis heute ist dieser Schuldenstand allerdings nicht größer, aber leider auch nur unbeträchtlich kleiner geworden. Wenn wir das Defizit beseitigen wollen, ist es auch notwendig, die Erscheinungen unseres Verlages anders zu kalkulieren. Bisher sind wir davon ausgegangen, daß im Interesse möglichster Verbreitung der Preis niedrig sein soll, waren aber im Kriege gezwungen, bei den neuen Verlagssachen mit einer Steigerung der Preise vorzugehen, schon wegen der höheren Kosten. Die Kolportage ist sehr wichtig, aber sie ist nicht möglich bei fortgesetzten Verlusten. Um so weniger, als viele Dinge dabei mitlaufen, die mit der Partei nichts zu tun haben. Es ist gewiß sehr schwer, eine Lösung herbeizuführen, namentlich die Rabattfrage wird nach dem Kriege zusammen mit den Parteiorganisationen geregelt werden müssen. Auch die Frage der Steigerung des Absatzes bedarf eingehender Erörterung. Daß diese Steigerung möglich ist, haben die Genossen der Steiermark mit ihrer Parteibuchhandlung gezeigt, ebenso auch die Genossen in Westböhmen, die mitten im Kriege eine eigene Literaturstelle einrichteten, die einen großen Aufschwung genommen hat. Wie schlecht es aber trotz des unleugbar stärkeren Interesses mit der Verbreitung bestellt ist, das beweist die eine Tatsache, daß von der Broschüre mit den Reden der Genossen Seitz und Renner von 50.000 Exemplaren bis heute 40.000 liegen geblieben sind, obwohl der Parteivorstand ganz offiziell die Bezirksorgani-

sationen auf die Wichtigkeit der Broschüre aufmerksam gemacht hat. Es ist richtig, daß durch eine Verkettung von Umständen, an denen die Buchhandlung keine Schuld trägt, die Broschüre verspätet erschienen ist. Trotzdem wäre auch eine stärkere Verbreitung möglich gewesen. Das beweist auch schon der Unterschied zwischen den einzelnen Bezirken. Einer Regelung der ganzen Frage wird man die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Grundlegende Reformen sind allerdings erst nach dem Kriege möglich. Wir werden nach dem Kriege alles daransetzen müssen, damit sich der Betrieb nicht nur als Parteiinstitution, sondern auch als Geschäft bewährt. (Beifall.)

Bericht der Kontrolle.

Berichterstatter Dr. Czech: Die Tätigkeit der Kontrolle hat durch die abnormalen Verhältnisse, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, naturgemäß keine Unterbrechung erfahren. In den ersten Monaten des Krieges ist die Parteikontrolle vierteljährig zusammengetreten, hat die Geschäfte der Partei, die Parteiunternehmungen, die Parteikassengeschäfte revidiert und die Ergebnisse der Revision und die hiebei gemachten Wahrnehmungen in gemeinsamer Beratung mit dem Parteivorstande erörtert. Eine Ergänzung dieser Revisions- und Kontrolltätigkeit haben dann die sogenannten turnusmäßigen Kontrollen gebildet, die eigentlich nur die Bücherrevision und die Kassenskontrierung zum Gegenstande hatten und die von zwei Genossen besorgt wurden, die der Reihe nach Monat für Monat hiefür bestimmt wurden. Im großen und ganzen war aber der Kontrollapparat äußerst primitiv, weil nur für kleine Verhältnisse zurechtgeschnitten, und hat sich naturgemäß sehr bald als unzulänglich erwiesen. Die Parteiagenden, die Parteiunternehmungen haben an Umfang zugenommen, es sind an die bestehenden Unternehmungen neue Zweige angegliedert worden und das hat eine Ausgestaltung notwendig gemacht. Diese Ausgestaltung wurde im April 1915 beschlossen. Wohl ist es dann noch immer bei der sogenannten vierteljährlichen Kontrolle, wie sie im Statut und in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, geblieben. Diese vierteljährlichen Tagungen der Kontrolle waren aber ausschließlich der Entgegennahme der Berichte der Leiter der Unternehmungen und gemeinsamen Beratungen zwischen Parteivorstand und Kontrolle gewidmet.

Das Schwergewicht der Kontrolle lag in einer neuen Einrichtung. Bis zum April 1915 wurde die Kontrolle korporativ von allen Kontrollmitgliedern in allen Unternehmungen besorgt. Das hat sich als unpraktisch erwiesen und es wurde nun an Stelle dieser Kontrolle ein neuer Vorgang gesetzt. Aus der Mitte der Parteikontrolle wurden für jede der Parteiunternehmungen Referenten bestellt, welche die Aufgabe hatten, mit den Parteiunternehmungen und den Parteikassen in steter Fühlung zu bleiben, sich gründlichst über die Buchführung und über die Kassenführung, kurz über die ganze Gebarung und Verwaltung der Parteiunternehmungen zu unterrichten, die Entwicklung der Parteiunternehmungen zu verfolgen, über ihre Wahrnehmungen fortlaufende Berichte an den Obmann der Parteikontrolle zu erstatten und diese Berichte dann in den vierteljährlichen ordentlichen Tagungen der Kontrolle durch einen mündlichen und erschöpfenden Bericht zu ergänzen. Durch diesen neuen Vorgang erlangte die Kontrolle einen außerordentlich erschöpfenden Einblick in die Betriebsverhältnisse der Parteiunternehmungen, sie erlangte vollen Ueberblick über den Stand derselben und konnte ihr Augenmerk auch der Entwicklung der Parteiunternehmungen zuwenden. All dies führte in weiterer Folge zu einem fortwährenden Meinungsaustausche zwischen Parteikontrolle und Parteivorstand und zu wiederholten Anregungen, deren eine ich nur sehr flüchtig erwähnen will: Die Einrichtungen der Volksbuchhandlung erwiesen sich vielfach als unpraktisch, unmodern sowie unzulänglich und es wurde daher von der Parteikontrolle eine gründliche Aenderung des Systems der Geschäftsführung, und zwar sowohl nach der kommerziellen als auch nach der technischen Seite hin empfohlen; eine Reorganisation, der sich dann der Parteivorstand in vollem Umfange anschloß. Es ist auch tatsächlich gelungen, den Großteil dieser Reorganisation, soweit er die buchhalterische Seite und die Kassengebarung betraf, durchzuführen. Leider ist der Betriebserfolg der Buchhandlung neuerlich ein ungünstiger. Das ist vornehmlich auf die abnormalen Verhältnisse zurückzuführen, in denen es naturgemäß auch ganz unmöglich war, alle die beschlossenen Reformen, insbesondere die als notwendig

befundenen Aenderungen in der technischen Führung des Unternehmens durchzuführen. Hoffentlich wird dies sehr bald geschehen können.

Selbstverständlich wurden auch die anderen Parteiinstitutionen gründlich revidiert. Es gilt dies von der „Arbeiter-Zeitung", von der „Arbeiterinnen-Zeitung", wie überhaupt von allen Unternehmungen der Parteipresse, aber auch von der Parteikasse. Ein Anlaß zu Beanstandungen wurde nicht gefunden und es muß hier im Namen der Kontrolle die Erklärung abgegeben werden, daß überall eine mustergültige Führung vorgefunden wurde.

Damit war die Tätigkeit der Kontrolle noch lange nicht erschöpft. Sie hat sowohl bei den ordentlichen Tagungen als auch bei außerordentlichen Sitzungen gemeinsam mit dem Parteivorstande im Rahmen der Parteivertretung wichtige Fragen organisatorischer, agitatorischer, taktischer Natur erörtert sowie alle Fragen von großer prinzipieller Bedeutung.

Nach dem Parteistatute ist die Parteikontrolle auch Beschwerdeinstanz. In der Berichtsperiode hatte sie sich als Beschwerdeinstanz, da sie von keiner Seite angerufen wurde, nicht zu betätigen.

Da alles klaglos befunden wurde, beantragt die Parteikontrolle, dem abtretenden Vorstande das Absolutorium zu erteilen.

Ich kann nicht schließen, ohne mich dem Danke, der vom Genossen Emmerling zum Ausdrucke gebracht wurde, anzuschließen, dem Danke an alle unsere Parteifunktionäre, Parteibeamten und Parteiangestellten, ohne deren Mitwirkung und Mitarbeit die großen Leistungen unserer Parteipresse, die Leistungen unserer Partei und unserer Parteiunternehmungen nicht möglich gewesen wären. (Beifall.)

Abgeordneter **Dr. Schacherl** (zu einem formalen Antrag): Eine Gruppe von Delegierten, Parteigenossen und Parteigenossinnen, die mit der Tätigkeit und der Haltung der Partei sowie des Parteivorstandes nach verschiedenen Richtungen, besonders in Bezug auf Krieg und Frieden, nicht einverstanden ist, hat ihre Meinungen in einer Erklärung festgelegt, welche die Genossin Proft als erste Rednerin bekanntgeben wird. Da diese Erklärung längeren Umfanges ist, wird Genossin Proft mit einer Redezeit von zehn Minuten nicht das Auslangen finden und ich stelle daher den Antrag, daß die Redezeit dieser Genossin auf zwanzig Minuten verlängert wird. Der Antrag wird angenommen.

Die Erklärung der „Linken".

Gabriele Proft: Auf den letzten Reichskonferenzen hat es jedesmal eine Gruppe von Genossen und Genossinnen gegeben, die mit der Haltung der Partei, mit ihrer Stellung zu Krieg und Frieden nicht übereinstimmt. Wir haben sowohl bei dieser Gelegenheit als auch bei verschiedenen Diskussionen unsere Ansichten zum Ausdrucke gebracht und es wurden auch teilweise Anträge angenommen. Nun, da der Parteivorstand einen Parteitag einberufen hat, wollen wir die Gelegenheit ergreifen, um hier im Namen aller jener Genossen und Genossinnen unsere Meinung zu den Problemen, die der Krieg gebracht hat, im Zusammenhange darzulegen. Die Erklärung, die gedruckt vorliegt, sagt alles, was unsere Meinung ist. Sie enthält auch das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zu den Gruppen in den verschiedenen Ländern, die in der Minderheit sind. In dieser Erklärung ist auch niedergelegt, was wir von der Partei in Bezug auf den Frieden verlangen. Die Erklärung lautet:

Die Erfahrungen des Krieges haben die Arbeiterparteien aller Länder in verschiedene einander bekämpfende Richtungen geschieden. Die großen Fragen, die die Arbeiterparteien aller Länder bewegen, mußten und müssen auch im Schoße der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich aufgeworfen werden. Im Streite der Meinungen vertritt die Linke der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich dieselben Grundsätze, die im Deutschen Reiche durch die Unabhängige Sozialdemokratie, in Rußland durch die internationalistischen Fraktionen der Sozialdemokratie, in Italien durch die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Partei, in England durch die Unabhängige Arbeiterpartei und durch die Britische Sozialistische Partei, in Frankreich durch die Minderheit der Geeinigten sozialistischen Partei vertreten werden. Die österreichische Linke betrachtet sich daher als ein Zweig einer großen internationalen Bewegung, die innerhalb der gesamten

sozialistischen Internationale um Geltung ringt, jener internationalen Bewegung, die in den Zimmerwalder Konferenzen ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Der erste, der in Oesterreich den Kampf für die Grundsätze aufgenommen hat, die wir hier heute vertreten, war unser Freund und Genosse Friedrich Adler. Wir sind grundsätzliche Gegner des individuellen Terrors; aber wir wissen, daß Fritz Adler zu seinem Attentat durch nichts anderes bewogen wurde als durch seine heiße Liebe zu der großen Sache der durch den Absolutismus geknechteten Arbeiterklasse und durch seine bittere Verzweiflung an einer Arbeiterbewegung, die sich von den alten Grundsätzen des sozialistischen Klassenkampfes immer weiter entfernt hat. Wir halten fest an der alten Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse ihre Befreiung nicht durch individuelle Heldentaten erringen kann, sondern nur durch den organisierten Kampf der Masse selbst; aber wir bekennen uns zu jenen Grundsätzen dieses Massenkampfes, die Friedrich Adler in seinen Abhandlungen im „Kampf" und in seiner Verteidigungsrede vor Gericht ausgesprochen hat.

Wir streben nicht die Spaltung der Partei an. Wir wollen innerhalb der Partei, innerhalb ihrer Organisationen unsere Ansichten verbreiten, ihnen die Mehrheit der Parteimitglieder gewinnen und auf diese Weise die Haltung der Partei verändern.

Als das wichtigste Mittel zu diesem Zwecke betrachten wir die öffentliche Erörterung aller inneren Parteifragen in der Parteipresse und in den Parteiorganisationen. Die Vertrauensmänner unserer Partei sahen in solchen Erörterungen bisher mit Unrecht eine Gefährdung unserer Organisation. Diskussionen gefährden nicht, sondern beleben die Organisation und stärken dadurch ihre Anziehungskraft. Das Vertrauen der Arbeitermassen zur Partei wird gekräftigt werden, wenn die Arbeiter erkennen werden, daß die Haltung der Partei nicht mehr durch einige Führer bestimmt, sondern durch den Gesamtwillen der ganzen Parteimitgliedschaft gestaltet wird.

Die Parteipresse soll über alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei offen berichten. So oft Streitfragen auftauchen, sollen sie in den Parteiorganisationen diskutiert werden und die Parteipresse soll über diese Diskussionen Bericht erstatten. Die Parteitagreferate sollen vor dem Parteitage veröffentlicht werden; hat der Parteitag über Streitfragen zu entscheiden, so sollen neben den Referenten, die die Ansicht des Parteivorstandes vertreten, Korreferenten als Vertreter der Parteiopposition bestellt werden. Referate und Korreferate, vor dem Parteitage veröffentlicht, sollen von der Parteipresse diskutiert werden, wobei Vertreter aller Richtungen innerhalb der Partei zu Worte kommen sollen. Auf diese Weise vorbereitet, sollen die Versammlungen der Parteimitglieder die Beratungsgegenstände des Parteitages diskutieren und erst auf Grund der Ergebnisse ihrer Diskussionen die Delegierten zum Parteitage wählen. Nach dem Parteitage sollen die Delegierten in den Mitgliederversammlungen berichten; es soll über ihren Bericht die Debatte eröffnet und über diese Debatte in der Parteipresse berichtet werden. So wird es in den sozialistischen Parteien des Auslandes geübt. Auch unsere Partei muß sich endlich demokratisieren. Nur auf diese Weise können wir das Monopol einiger Führer auf das politische Denken brechen, die Masse selbst zu politischem Denken erziehen, ihren blinden Autoritätsglauben, der mit dem Wesen einer demokratischen Partei unvereinbar ist, überwinden.

In diesen Diskussionen werden wir die folgenden Grundsätze vertreten:

1. Die deutschösterreichische Sozialdemokratie steht in engster Geistesgemeinschaft mit der Deutschen Sozialdemokratie im Reiche. Es gibt in unserer Partei Genossen, die die Ansichten der Mehrheit der Deutschen Sozialdemokratie, aber auch Genossen, die die Ansichten der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands teilen. Stellt sich die österreichische Partei einseitig an die Seite der Mehrheit oder der Minderheit der reichsdeutschen Partei, so stößt sie einen Teil ihrer eigenen Parteimitgliedschaft ab und ruft dadurch auch in Oesterreich die Gefahr einer Spaltung hervor. Wir fordern daher, daß der Parteivorstand beide sozialdemokratischen Parteien im Reiche als vollkommen gleichberechtigte Bruderparteien betrachte und mit beiden gleich enge Beziehungen unterhalte, daß er, so oft Verhandlungen mit der Deutschen Sozialdemokratie notwendig sind, mit beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands verhandle.

2. Die Internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen haben erklärt, im Kriegsfalle sei es die Pflicht der Sozialdemokratie, „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksmassen und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunützen". Dieser Pflicht hat die Politik des Parteivorstandes während des Krieges nicht entsprochen. Er hat jede „Aufrüttelung der Volksmassen" vermieden, weil sie dem Landesfeinde nützen könne. Er hat ganz im Gegenteil die Arbeitermassen zu dem Glauben erzogen, daß der Krieg als ein Verteidigungskrieg der deutschen Nation auch im Interesse der deutschen Arbeiter, als ein Krieg gegen den Zarismus im Interesse der Demokratie, als ein Krieg für die Erhaltung des Wirtschaftsgebietes im Interesse des Proletariats geführt werde. Nicht zum Kampfe gegen die Klassenherrschaft, sondern zum Kampfe gegen den Landesfeind wurden die Arbeiter aufgerüttelt.

Die Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen haben den sozialdemokratischen Parteien weiter die Pflicht auferlegt, im Kriegsfalle für die rasche Beendigung des Krieges einzutreten. Wird heute mit Recht darüber geklagt, daß die Mehrheit der französischen Sozialisten und der englischen Arbeiterpartei diese Pflicht verletzt, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch die Mehrheit der österreichischen Partei ihr keineswegs immer, keineswegs vollständig entsprochen hat. Als Friedrich Adler als erster einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigungen forderte, hat die Mehrheit der Partei diese Forderung auf der zweiten Reichskonferenz im März 1916 abgelehnt; sie hat sie erst dann angenommen, als unter dem Einflusse einer veränderten Kriegslage auch die herrschenden Klassen in Oesterreich-Ungarn sich dieser Friedensforderung zu nähern begannen. Gegen Rußland hat man das Nationalitätsprinzip — „jede Nation ein Staat" — vertreten, die Forderung nach der Herstellung eines selbständigen Polen und Finnland auf Rußlands Kosten unterstützt; wo aber das Nationalitätsprinzip gegen Oesterreich sprach, hat man es abgelehnt und ihm die Lehre gegenübergestellt, daß der „übernationale Staat" eine höhere Staatsform sei als der Nationalstaat. Auch die Erklärungen über die Friedensbedingungen, die unsere Vertreter in Stockholm abgegeben haben, lehnen für Oesterreich-Ungarn ab, was sie für Rußland fordern. Diesen Erklärungen gegenüber stellen wir uns ganz auf den Boden der mutigen, von echtem demokratischen Geiste erfüllten Erklärung, die die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands in Stockholm abgegeben hat.

Im gegenwärtigen Augenblicke fordern wir von der Partei eine energische Aktion für den Frieden. Die Aktion im Parlament und in der Parteipresse muß durch Massenversammlungen und Massendemonstrationen unterstützt werden. Das Ziel dieser Aktion muß sein, die österreichisch-ungarische Regierung vorwärtszutreiben, damit sie ihre ganze Kraft einsetze, die Regierung des Deutschen Reiches zu offener, unzweideutiger Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen zu bewegen. Wir erwarten, daß eine energische Aktion des österreichischen Proletariats auch die reichsdeutschen Arbeiter ermutigen wird, entschiedener als bisher den Kampf für einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigungen zu führen. Nur eine tatkräftige, entschlossene Friedensaktion der Arbeiterklasse Deutschlands und Oesterreichs kann das Solidaritätsgefühl der englischen und der französischen Arbeitermassen wecken, die sozialistischen Minderheiten in England und Frankreich stärken, das Proletariat Westeuropas ermutigen, endlich den Kampf um den Frieden aufzunehmen. Die Internationale, durch die Kriegspolitik der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien zerstört, wird im gemeinsamen Kampfe um den Frieden wiedererstehen.

3. Nach dem Ausbruche des Krieges hat sich die ganze Tätigkeit der Partei erschöpft in den Interventionen der Abgeordneten bei den Behörden und in der Teilnahme an der Verwaltungsarbeit in den Gemeinden und in den Kriegswirtschaftsorganisationen. Ohne die große Arbeit, die unsere Genossen auf diese Weise geleistet haben, zu unterschätzen, halten wir es doch für notwendig, vor der Ueberschätzung und vor den Gefahren dieser Methoden zu warnen.

Die Sozialdemokratie kann ihre geschichtliche Aufgabe nur im Klassenkampfe erfüllen. Die Schlagkraft der Partei im Klassenkampfe darf nicht dadurch geschwächt werden, daß alle Kräfte der Partei mit reiner Verwaltungsarbeit überlastet werden. Die Kampfstellung der Partei gegen die ganze bürgerliche Welt darf

nicht abgeschwächt werden durch tägliche Verhandlungen mit der Regierung und tägliches Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien. Die Partei darf nicht zu einem Wohltätigkeitsverein werden, dessen ganze Tätigkeit sich darin erschöpft, einzelnen Arbeiterschichten eine kleine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zuzuwenden. Die wichtigste Aufgabe der Partei ist und bleibt der Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Herrschaft des Kapitals. Nicht Verhandlungen mit den herrschenden Klassen, sondern der Kampf gegen die Klassenherrschaft ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Aber auch im politischen Kampfe offenbart sich der Geist des engen Reformismus, in dem die Partei immer mehr aufzugehen droht. Unsere Abgeordneten und unsere Presse appellieren nicht an den Willen des Proletariats, sondern an die Einsicht der herrschenden Klassen. Sie suchen ihre Aufgabe nicht darin, die Arbeiter über den Klassencharakter des kapitalistischen Staates aufzuklären, sondern darin, die Herrschenden zu überzeugen, daß die Erfüllung sozialdemokratischer Forderungen ihr eigenes Interesse sei. Sie bekämpfen die herrschenden Klassen nicht, sondern suchen sie zu überreden. Demgegenüber glauben wir nachdrücklich an die alte Erkenntnis erinnern zu müssen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, nur im Kampfe gegen die herrschenden Klassen errungen werden kann.

Der Reformismus führt notwendig zum Ministerialismus. Schon legt Genosse Renner, der folgerichtigste Vertreter des engsten Reformismus in Oesterreich, in seinem letzten Buche dar, daß die Arbeiterklasse mit der Regierung ihres Landes desto enger verbunden sei, je höher das Land entwickelt ist, und daß die Arbeiterklasse ihre internationalen Aufgaben erst dann werde erfüllen können, wenn sie in jedem Lande in der Regierung vertreten sein wird. Diese Tendenz innerhalb der Partei werden wir entschieden bekämpfen. Wir lehnen jedes dauernde Bündnis mit bürgerlichen Parteien, jede Blockpolitik, wir lehnen jede Bewilligung des Budgets des Klassenstaates, jede Bewilligung von Kriegskrediten, jede Teilnahme an bürgerlichen Regierungen unbedingt ab. Wir halten fest an dem alten Grundsatze: dem kapitalistischen Staate keinen Mann und keinen Groschen!

4. Die Aera Stürgkh hat gezeigt, daß der österreichische Reichsrat ein ohnmächtiges Scheinparlament ist, das die Herrschenden nur so lange arbeiten lassen, als sie es brauchen, und zur Seite stoßen, sobald es ihnen unbequem wird. Die Sozialdemokratie hat nicht die Aufgabe, diese Tatsache zu beschönigen, in der Arbeiterklasse große Hoffnungen auf die Leistungen eines solchen Parlaments zu erwecken und dieses Parlament in jedem Falle und um jeden Preis zu stützen, zu „retten". Sie muß vielmehr die Massen darüber aufklären, daß wir nur durch volle Demokratie, durch eine Verfassungsreform auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu einem wirklichen Parlamentarismus gelangen können. Sie muß die Arbeiter auf die Möglichkeit eines neuerlichen Zusammenbruches unseres Scheinparlamentarismus vorbereiten, muß die Arbeiter erkennen lehren, daß gerade die schwere Staatskrise, die der wiederholte Zusammenbruch unseres Scheinparlamentarismus hervorrufen müßte, die günstigste Gelegenheit bieten kann zum Kampfe für einen wirklichen demokratischen Parlamentarismus.

Die Krise des österreichischen Parlamentarismus ist ein bloßes Symptom der schweren Staatskrise, die sich in dem Verhältnisse aller slawischen Nationen zum Staate deutlich offenbart. Die Parteipresse hat, vornehmlich unter dem Einflusse und in den Artikeln des Genossen Renner, die schwere Krisis des Staates verhüllt und beschönigt. In der Zeit der standrechtlichen Massenhinrichtungen hat Renner diesen Staat geradezu idealisiert, ihn als den Hort der kleinen Nationen gefeiert, den „übernationalen Staat" als eine höhere Staatsform hingestellt. Er hat die Illusion zu erwecken versucht, daß die Krankheit des Staates durch eine bloße Verwaltungsreform geheilt werden könne. Wir unterschätzen die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform in Gemeinde und Kreis nicht, aber wir sind überzeugt, daß eine Reform unserer Verwaltungsorganisation nicht zureicht, das staatliche Problem zu lösen. Wie das soziale Problem nicht in bloßer Verwaltungsarbeit gelöst werden kann, sondern nur durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, so kann auch das nationale Problem nicht durch ein paar Verwaltungsgesetze gelöst werden, sondern nur durch den vollen Sieg der Demokratie. Nicht die Kreisverwaltung kann unsere Losung sein im Kampfe für die nationale Autonomie, sondern nur

die Einberufung konstituierender Nationalversammlungen der einzelnen Nationen, von denen jede die Verfassung und die Verwaltungsorganisation ihrer Nation souverän festsetzt und die Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten mit den anderen Nationen vereinbart.

5. In unserer Partei besteht einerseits eine nationalsoziale Richtung, deren Hauptvertreter Pernerstorfer und Leuthner sind, anderseits eine sozialpatriotische Richtung, deren Vertreter Renner ist. Beiden Richtungen stellen wir den alten Internationalismus entgegen, der alle Fragen der inneren und der äußeren Politik nicht nach dem Sonderinteresse der deutschen Nation oder des österreichischen Staates, sondern nach dem allgemeinen Interesse des ganzen internationalen Proletariats beurteilt.

In der tschechischen Arbeiterschaft besteht eine analoge Scheidung. Der nationalsozialen Richtung Modratschecks und der sozialpatriotischen Richtung Schmerals steht auch dort eine internationale Richtung gegenüber, die vornehmlich durch die tschechischen Zentralisten vertreten ist. In jüngster Zeit sind aber auch in der separatistischen Partei Stimmen laut geworden, die dem Nationalismus Modratschecks und dem Sozialpatriotismus Schmerals den alten Internationalismus entgegenstellen.

Die polnische Sozialdemokratie in Galizien ist ganz dem Nationalismus verfallen. Aber nach dem Kriege wird sich die galizische Bewegung unter dem Einfluß der sozialistischen Bewegungen in dem bisher russischen Teile Polens entwickeln. Von dort aus werden auch nach Galizien jene polnischen sozialistischen Parteien eindringen, die den Grundsätzen des internationalen Klassenkampfes treu geblieben sind.

Wir halten eine leistungsfähige internationale Gesamtpartei in Oesterreich erst dann für möglich, wenn innerhalb der Arbeiterschaft der einzelnen Nationen die internationalen Richtungen hinreichende Kraft gewonnen haben. Heute wäre eine solche Gesamtpartei nichts anderes als eine Allianz der sozialpatriotischen Richtung Renners mit der sozialpatriotischen Richtung Schmerals; sie wäre nicht leistungsfähig, weil eine gemeinsame internationale Politik nicht denkbar ist, solange die deutsche Partei durch den Nationalismus Pernerstorfers, die tschechische durch den Nationalismus Modratschecks beeinflußt ist. Wir können die österreichische Gesamtpartei nur auf einem anderen Wege wiederherstellen. Führen wir innerhalb der deutschen Partei einen energischen Kampf gegen den Nationalsozialismus auf der einen, den Sozialpatriotismus auf der anderen Seite, so wird dieser Kampf in der Arbeiterschaft der anderen Nationen Widerhall finden. Auch in der tschechischen und in der polnischen Arbeiterschaft werden die internationalen Richtungen gegen die Nationalsozialen und gegen die Sozialpatrioten Kraft gewinnen. Mit den Internationalisten innerhalb der deutschen Partei werden sich die tschechischen und die polnischen Internationalisten verbünden. Nur auf diese Weise glauben wir die Wiederherstellung einer mächtigen, von echtem internationalen Geiste erfüllten und darum einigen und lebenskräftigen Gesamtpartei in Oesterreich vorbereiten zu können.

Angeschlossen ist die Erklärung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Stockholm, damit die Genossen auch davon Kenntnis erhalten können. Ich bitte Sie, unsere Erklärung zur Kenntnis zu nehmen, ich bitte Sie weiters zur Kenntnis zu nehmen, daß die Genossen und Genossinnen, in deren Namen ich die Erklärung vorgelesen habe, es sich zur Aufgabe gemacht haben, im Sinne dieser Erklärung innerhalb der Partei zu wirken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Lindner (Graz): Es ist sehr erfreulich, daß wir während des entsetzlichen Krieges Zeit und Gelegenheit haben, uns mit der inneren Parteitätigkeit und insbesondere mit unserer Parteiorganisation zu beschäftigen. Daß in der Parteiorganisation Erfolge erzielt werden können, dafür spricht das Beispiel, das Genosse Skaret bezüglich der steiermärkischen Organisation angeführt hat. Ich möchte insbesondere hervorheben, daß wir nicht nur für die Parteiorganisation, sondern auch für die Parteipresse eine Tätigkeit entfaltet haben, und zwar schon zu einer Zeit, bevor irgendeine Parole aus Wien gekommen ist. Die Steigerung unserer Abonnentenzahl hat unmittelbar nach Abschluß der siegreichen Revolution in Rußland eingesetzt, und mit der Agitation für die Parteiorganisation haben wir mit der diesjährigen Maifeier eingesetzt. Wir haben in den Monaten Juni und Juli

im ganzen Lande rund 50 Versammlungen abgehalten, was sehr schwierig war, weil die Verkehrsverhältnisse mit Rücksicht auf die fortwährenden Truppenverschiebungen sehr schlechte sind. Es wäre notwendig, daß für die Diskussion über unsere Parteiorganisation mehr Zeit zur Verfügung steht, es wäre auch sehr empfehlenswert gewesen, wenn uns der Vorstand frühzeitig nach irgendeiner Richtung Direktiven zur Agitation gegeben hätte.

So ist es aber gekommen, daß nur ein Schreibebrief an alle Landesorganisationen versendet, daß uns kein Material zur Verfügung gestellt wurde und auch in der Parteipresse herzlich wenig über die geplante Aktion für die Parteiorganisation gesagt wurde. Die Parteiorganisation ist nicht nur während des Krieges ungemein wichtig, sondern sie wird auch unmittelbar nach dem Kriege ungeheure Aufgaben zu erfüllen haben, damit wir allen Anforderungen gewachsen sind. Ich möchte Sie deshalb bitten, auch in den anderen Ländern unermüdlich für die Parteiorganisation und die Parteipresse zu wirken. (Beifall.)

Schlager (Leoben): Die Erklärung, die die Genossin Proft hier vorgelesen hat, ist nichts anderes als das, was die Arbeiter durchwegs in den Fabriken denken und wollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich glaube berechtigt zu sein, das zu sagen, weil ich seit Kriegsbeginn nicht einen Moment mit der Organisationsarbeit ausgesetzt und dabei kennen gelernt habe, was die Arbeiter denken und wollen.

Genosse Skaret hat darüber Klage geführt, daß die Parteigenossen allenthalben die Ausrede gebraucht haben, es lasse sich nichts machen u. s. w. Ich möchte dem entgegenhalten, daß die Parteivertretung, beziehungsweise das Parteisekretariat an organisatorischer Initiative, insbesondere in der ersten Zeit, alles habe vermissen lassen. Das erste, was wir nach dem Kriegsausbruche vom Parteisekretariat erhalten haben, war ein Zirkular, wonach uns gestattet wurde, jene Mitglieder, welche die Beiträge nicht bezahlen konnten, in eine hiefür bestimmte Stundungsrubrik einzutragen. Wenn wir das gemacht hätten, dann würden wir in 14 Tagen überhaupt keinen Beitrag mehr bekommen haben. Wir haben dieses Zirkular ruhig beiseite gelegt; wenn Parteigenossen den Beitrag nicht leisten können, dann brauchen wir kein Zirkular, um ihnen eine Stundung zu gewähren. Später ist dann wieder einmal ein Zirkular gekommen, worin uns empfohlen wurde, eine Kriegsstampiglie zu kaufen. Was wir aber vermißt haben, war eine Information, wie wir uns den neuen Verhältnissen gegenüber verhalten sollen. Die Zensur hat mit aller Wucht eingesetzt, die Parteipresse durfte nichts schreiben, und während dieser Zeit haben wir nur das erfahren, was uns das Landessekretariat mitgeteilt hat. Es ist ja richtig, Dutzende Parteigenossen wurden verhaftet, die Parteibeiträge einkassiert haben oder zum Anschlusse an die Partei aufforderten, Dutzende Parteigenossen wurden einrückend gemacht, weil sie Parteiblätter verbreiteten. Wenn die Parteivertretung rechtzeitig mit ihrer Initiative eingesetzt hätte, dann würde es mit unserer Parteiorganisation nicht so aussehen wie jetzt.

Mit der Frage der Beitragserhöhung haben wir uns schon längst beschäftigt, und es wundert mich sehr, daß man nicht schon im vorigen Jahre diese Frage erörtert hat. Wir stimmen für die Erhöhung der Beiträge, weil sie notwendig ist, aber wir setzen ganz bestimmt voraus, daß die Aufteilung der Beiträge so erfolgt, daß vor allem die Bezirkssekretariate in Zukunft nicht mehr auf Glückshäfen, Wohltätigkeitskränzchen u. s. w. angewiesen sind. Wir haben in den Parteiversammlungen über die Erhöhung gesprochen, und wir glauben, daß der Parteibeitrag mit 50 H. im Monat vollkommen ausreicht, um unsere Aufgaben zu erledigen.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die Höhe des Beitrages allein schuld ist an der finanziell mißlichen Lage der Partei. Schuld ist die geringe Mitgliederzahl, und ich bin überzeugt, daß, wenn wir unsere Mitgliederzahl nicht nennenswert erhöhen, wir bald wieder dort stehen werden, wo wir uns heute befinden: bei einer neuerlichen Erhöhung der Beiträge. In meinem Bezirk haben wir dank unserer Arbeit nicht mehr Mitglieder verloren als einberufen wurden. (Beifall.)

Pichler (Bruck a. d. Mur): Wenn es mit der Zahl der Parteimitglieder nicht zum allerbesten aussieht, so ist das nicht bloß Schuld der einzelnen Vertrauensmänner, sondern in erster Linie des Parteivorstandes. Ich kann ruhig sagen, daß einzelne Genossen alles darangesetzt haben, ihre Freiheit und trotz des Krieges unsere Organisation aufrechtzuerhalten. Alle Verfolgungen wären nicht möglich gewesen, wenn gleich zu Beginn des Krieges mehr Nackensteifheit in der Partei vorhanden gewesen wäre. Ich würde sehr wünschen, daß unsere Parteipresse in Zukunft nicht mehr so umschmeißt, wie es anläßlich der Tat des Genossen Friedrich

Adler der Fall war. Einzelne Blätter haben in dieser Sache nicht den Standpunkt eingenommen wie die Mehrheit der Arbeiter. (Beifall.) Man mag über die Tat Friedrich Adlers denken wie man will; wir faßten sie als ein Ereignis auf, das für Oesterreich der russischen Revolution gleichzustellen ist. Sie war eine Befreiungstat für das österreichische Proletariat und hat wie ein Blitzstrahl auf die Stimmung der österreichischen Bevölkerung hingewiesen. Es wurde gesagt, wir mögen über die deutsche Partei nicht zu Gericht sitzen. Wenn aber die Arbeiterbewegung heute einen derartigen Tiefstand erreicht hat, so verdanken wir das zum großen Teile der ganz unbegreiflichen Haltung der Mehrheitspartei in Deutschland. (Lebhafter Beifall.) Was haben die deutschen Mehrheitssozialisten in den letzten Monaten geleistet, um die Arbeiterschaft zu überzeugen, daß sie wirklich den Frieden wollen? Ich behaupte, daß Herr Erzberger vom Zentrum in mancher Beziehung mehr geleistet hat. Es ist mir ganz unbegreiflich, daß man wohl mit den Mehrheitssozialisten, insbesondere wegen Stockholm, Konferenzen gepflogen, die Unabhängigen aber ausgeschlossen hat.

Unsere Vertrauensmänner, die draußen die Kleinarbeit machen müssen, werden sie trotz Ausnahmszustand und Krieg auch weitermachen, mag kommen was will, denn über dem österreichischen Staate steht uns die sozialdemokratische Partei und über allen Streitigkeiten steht uns, daß das sozialdemokratische Proletariat siegen will und auch siegen muß. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Tomschik**: Ich breche die Verhandlungen ab.

Vom Abgeordneten Palme ist ein Telegramm eingelangt: Wegen Krankheit verhindert zu kommen, wünsche ich den Beratungen besten Erfolg.

Weiters habe ich die Mitteilung zu machen, daß Genosse Pernerstorfer erkrankt ist und gleichfalls an den Beratungen des Parteitages nicht teilnehmen kann. Wir vermissen ihn um so schmerzlicher, als er ja durch lange Jahre Vorsitzender unseres Parteitages war. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich dem Wunsche Ausdruck gebe, daß er baldigst genese und wieder in unserer Mitte erscheine. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Abgeordneter **Dr. Renner**: Zunächst möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Genossen, die sich zur Linken rechnen, ihre Auffassungen in einer zusammenfassenden lückenlosen Darstellung niedergelegt haben, welche ihre besondere Meinung systematisch entwickelt, ohne darum in Anspruch zu nehmen, daß andere Meinungen nicht bestehen und nicht auch ihren Grund haben können. Auf dieser Basis kann man diskutieren. Es ist auch die Gefahr nicht mehr vorhanden, daß die Aeußerungen, die einmal gefallen sind, nach der einen oder nach der anderen Richtung hin gewendet werden. Besonders froh bin ich darüber, daß die Genossen unserer Linken erklärt haben, daß sie an der Einheit der Partei festhalten und ihre Grundsätze innerhalb der Partei vertreten wollen. (Zustimmung.) Ich bin außerstande, in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit auf all das einzugehen, was in dieser Denkschrift niedergelegt ist. Wir werden noch lange darüber diskutieren müssen, und je länger wir diskutieren, desto besser.

Ich habe gleich nach Ausbruch des Krieges den Standpunkt vertreten, daß die Probleme, die jetzt in der Partei auftauchen, sehr ernst, und daß die Meinungsverschiedenheiten aus der Natur der Bewegung heraus notwendig sind, und daß für die Partei die vollste Diskussionsfreiheit geboten ist. Ich habe in dem Buche, das hier zitiert ist, ausdrücklich darzutun versucht, daß eine Vielheit von Auffassungen über die Probleme des Staates und über den Weg zum Sozialismus innerhalb der Arbeiterschaft entstehen muß, daß wir also in erster Linie duldsam sein und daß wir die Meinung des anderen nicht vorweg als unsozialistisch bezeichnen dürfen, weil sie mit unserer nicht übereinstimmt. Es ist etwas anderes, wenn ich sagen würde: unmarxistisch. Unmarxistisch kann ich jede Meinung nennen, von der ich glaube, daß sie den Grundauffassungen von Marx nicht entspricht. Deswegen ist man möglicherweise noch immer ein Sozialist, weil leider nicht jedem Sozialisten die Zeit, die Möglichkeit und die Vorbildung gegeben ist, zu den Erkenntnissen von Marx vorzudringen. Ich habe gegen diese Schrift nur eine einzige Einwendung. Da meine Person in sehr vielen von diesen Abschnitten genannt wird, so würden Sie Gefahr laufen, daß die Diskussion statt über den Bericht des Parteivorstandes und über die allgemeine Parteitätigkeit ausartet in eine Diskussion über den Genossen

Renner. Das möchte ich aus vielen Gründen nicht. Ich habe weder im Parteivorstand noch in der Parteipresse eine unmittelbare Funktion. Ich gebe zu, daß ich mir Mühe gab, der Partei zu dienen, wo ich kann, und auch meine Auffassung zur Geltung zu bringen, aber meine Auffassung ist keine autoritative. Ich habe in meinem Buche erklärt, daß ich es ablehne, mich auf irgendeine marxistische Richtung festlegen zu lassen. Ich bin weder Reformist, noch Revolutionär, ich lasse mich nicht einrangieren in eine Rechte oder Linke. Ich behalte mir vor, jeden einzelnen Fall so zu beurteilen, wie er am bestimmten Tage und am bestimmten Orte ist.

Was die Denkschrift anbelangt, so könnte ich sagen, daß ich mit vielem einverstanden bin und in sehr vielen Punkten eine abweichende Meinung habe. Gerade das, was die Denkschrift mir vorwirft, das trifft nicht zu und das kann ich sehr rasch beweisen. Ich möchte mich im großen und ganzen an den Wortlaut halten und möchte sagen, daß die Denkschrift in dem einen Punkte einen schweren Fehler zu haben scheint. Die Denkschrift spricht von der Teilnahme an der Verwaltungsarbeit und sagt, daß sie, ohne diese große Arbeit, die unsere Genossen auf verschiedenen Gebieten geleistet haben, zu unterschätzen, es doch für notwendig halte, vor der Ueberschätzung und vor den Gefahren dieser Methoden zu warnen. Hier ist ein Punkt, in dem ich mich von den meisten der Linken unterscheide. Es wird ein Gegensatz aufgestellt zwischen dem Klassenkampf und der Verwaltungsarbeit in Staat, Gemeinde, Konsumverein u. s. w. Es wird gesagt, diese Arbeit verflache den Geist des Klassenkampfes. Diese Auffassung bekämpfe ich entschieden. Es liegt uns Theoretikern nahe, den Klassenkampf in seinen großen Konturen zu sehen, wir sehen, daß der Klassenkampf konkret wirklich geführt wird von jedem gewerkschaftlichen Vertrauensmann in den einzelnen Werkstätten, daß der wirkliche Schützengrabenkampf des Klassenkampfes geführt wird von jedem Genossenschafter, von jedem einzelnen Funktionär in der Gemeinde und im Parlament und daß die Summe aller dieser Kämpfe Klassenkämpfe sind, daß es keine Klassenkämpfe in abstracto gibt. Es ist eine große Gefahr, das zu sagen. Jeder Gewerkschafter führt seinen Kampf um jede Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung. Das schaut klein aus. Der Genossenschafter verlangt etwas mehr Kartoffeln, der einzelne Gemeinderat verlangt eine bessere Straßenbeleuchtung oder irgendwo eine Bedürfnisanstalt. Wenn man nun darangeht, diese Arbeit bedenklich erscheinen zu lassen, oder wenn einzelne von der Linken mit einem Handgriff das abtun wollen, dann entwurzeln sie diese Bewegung. (Zustimmung.) Wir sind lauter Detailarbeiter, weil die Arbeit so groß ist, daß jeder von dem Großen ein Detailstück durch seine Hände führt. Der Parlamentarier kämpft um einzelne Paragraphen der Geschäftsordnung, von dem Genossenschafter sagt man: Du genügst mir nicht. Es ist vielfach im einzelnen so besprochen worden, als ob die Vertrauensmänner draußen mit Ihrer Bewegung gehen würden. Ich sage, wenn diese Bewegung unter der organisierten Arbeiterschaft Fuß faßt, dann laufen wir Gefahr, daß sie einen starken anarchistischen Charakter anzunehmen droht, und das sollte jeder Genosse bedenken. (Beifall.)

(Der Redner bittet um Verlängerung der Redezeit.)

Abgeordneter **Neumann** (zur Geschäftsordnung): Gerade diese Diskussion ist für uns von allergrößter Bedeutung, es sollen die Prinzipien klargelegt werden für unseren künftigen Weg. Deshalb beantrage ich, bei diesem Punkte von jeder Beschränkung der Redezeit abzusehen.

Abgeordneter **Seliger**: Es würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen, wenn bei diesem Punkte die Redezeit unbeschränkt wäre. Ich würde vorschlagen, den in Verhandlung stehenden Punkt der Tagesordnung zu teilen und vorerst über die Erklärung der Linken zu sprechen. Für diese Erörterung beantrage ich eine Redezeit von 30 Minuten.

Der Antrag Neumann wird abgelehnt, der Antrag Seliger angenommen.

Abgeordneter **Dr. Renner** (fortfahrend): Es wird nun in der Schrift gewarnt vor dem Geiste des Reformismus, in den die Partei aufzugehen drohe. Man sagt, daß ich der folgerichtigste Vertreter des engsten Reformismus wäre. Ich behandle in meinem Buche „Marxismus, Krieg und Internationale" die taktische Frage und sage: „Diesen einseitigen Systemen stehen die anderen Systeme gegenüber, deren Wurzel sich aus der Ueberschätzung des Ideologischen nähren: der Orthodoxismus, der alle Zweige der Bewegung vom Lehrbuch herab schulmeistert, der Revolutionarismus, der seinen Maßstab für die Praxis des Alltags aus den höchsten geschichtlichen Erhebungen der Menschheit nimmt und gleichsam jeden Kalendertag

zum Festtage machen will, der Schwärmer für die allein seligmachende direkte Aktion, der den langweiligen Umweg der parlamentarischen Aktion und die verdrießliche Sammlung von Gewerkschaftsfonds ersparen, das Parteibeamtentum und seine Anmaßungen abtun und durch einen einmaligen, allgemeinen, unmittelbaren Eingriff der Masse die Welt aus den Angeln heben will. Syndikalismus, Generalstreik. — Idee und Wille ist alles, sie tun Wunder. Vor allem behüten sie uns davor, in der Jämmerlichkeit der Kleinarbeit unterzugehen."

Ich sage also ausdrücklich, ich lehne ab den Reformismus als eine Theorie, welche das Schwergewicht der Arbeiterbewegung verlegt in die Bürokratie der Arbeiterschaft, in ihre Vertrauensmänner und das Schwergewicht legt auf die ewige einzelne Reformarbeit, ohne das Ganze zu sehen, und die Theorie ablehnt. Ich lehne aber auch den Doktrinarismus und Revolutionismus ab, der meint, alles und jedes lasse sich durch die unmittelbare Aktion der Massen verwirklichen. Ich meine, es gibt für die Arbeiterklasse Zeiten und Umstände, wo sie nichts anderes tun kann, als die ganz gemeine Schützengrabenarbeit des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen kommunalen Kampfes, aber ich leugne nicht, daß es andere Zeiten gibt, wo die Arbeiterschaft zu anderem und Höherem berufen ist und ich warte auf die Stunde, wo die Arbeiterschaft in ihrer gesamten Masse durch eine einzige große Aktion imstande ist, das Schicksal der Welt zu wenden. Nur glaube ich nicht, daß dieser Moment jede Minute, jede Stunde, jeden Tag gegeben ist und verwende meine ganze Aufmerksamkeit darauf, zu untersuchen, in den außerordentlichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und an den Dingen, die gegen uns stehen, wann die Arbeiterklasse die Macht und Geschlossenheit hat, in der Welt durch eine einzige Aktion weiter zu kommen. Ich habe gefunden, daß wir diese Stunde heute noch nicht haben und morgen auch noch nicht haben werden, und wenn Sie mich deshalb einen Rechten nennen, so bin ich ein Rechter; wenn die Stunde kommt, werden Sie sehen, daß ich auch ein Linker sein kann.

Nun wird hier weiter gesagt: „Der Reformismus führt notwendig zum Ministerialismus. Schon legt Genosse Renner, der folgerichtigste Vertreter des engsten Reformismus in Oesterreich in seinem letzten Buche dar, daß die Arbeiterklasse mit der Regierung ihres Landes desto enger verbunden sei, je höher das Land entwickelt ist" u. s. w. Wenn Sie meinen, mein Reformismus führt notwendig zum Ministerialismus, so wissen Sie, daß er dazu nicht geführt hat, und daß ich dazu keinerlei Meinungsäußerung von seiten des Parteivorstandes gebraucht habe, daß ich zuerst aus freien Stücken gesagt habe: „Es ist ausgeschlossen, daß ich mich an der Regierung beteilige". Ich meine also, jene Konsequenz ist nicht gezogen worden. Aber wenn irgendwo gesagt wird, ich hätte bewiesen, daß die Arbeiterklasse mit der Regierung ihres Landes desto enger verbunden sei, je höher das Land entwickelt ist, so habe ich das nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, daß die Arbeiterklasse kraft der Natur des Kapitalverhältnisses und nachdem einmal das Kapital in jedem Lande ein nationales Kapital geworden ist, geschmiedet an das Kapital des Landes und daß sie mit diesem Kapital leider Gottes auch gemeinsame Interessen hat, die nicht weggeleugnet werden können, und man versteht die Arbeiter nicht, wenn man nicht begreift, daß sie mitten in dem großen Zwiespalt der Interessen stehen. Diesen Zwiespalt zu begreifen ist die Voraussetzung dafür, daß man die Arbeiterschaft in unserer Zeit begreift. Denn wir sehen, daß durch alle Proletariate aller Länder dieser gleiche Zwiespalt geht und daß man hier zurückgreifen muß auf die Wurzel der Theorie und der Bewegung, um nicht zu verzweifeln an der Möglichkeit des Zusammenarbeitens des Proletariats. Das gleiche gilt im Verhältnisse des Arbeiters zum Staate und hier ist die Hauptanklage: „Die Parteipresse hat, vornehmlich unter dem Einfluß und in den Artikeln des Genossen Renner die schwere Krisis des Staates verhüllt und beschönigt." Die Genossen haben es heute leicht. Aber diejenigen, die mit der Presse irgend etwas zu tun gehabt haben, werden wissen, daß das Verhüllen und Beschönigen der Staatsanwalt besorgt hat (Rufe: Sehr richtig!) und daß tausend Dinge einfach nicht zu sagen waren geradeheraus und ohne Umstände, wie sie sind.

Aber es heißt weiter: „In der Zeit der standrechtlichen Massenhinrichtungen hat Renner diesen Staat geradezu idealisiert." Nun, ich habe das Buch „Oesterreichs Erneuerung" geschrieben. Es ist das schon einmal Gegenstand der Verhandlung bei einer Konferenz gewesen. Ich habe in diesem Buche gezeigt, daß ein internationaler Staat, ein Staat, aus mehreren Nationen zusammengesetzt, bestehen können muß

und bestehen kann, und daß man einen Staat nicht mit den Argumenten des Nationalismus allein verwerfen darf, wenn man Sozialist ist. (Sehr richtig!) Es ist aber so, daß der nationale Gedanke, die Grundidee des Nationalismus, nämlich, daß jede Nation ein Staat sein muß und nur ein Staat sein kann, leider Gottes zu tief hereingebrochen ist in unsere eigenen Reihen. (Beifall.) Nun, gegen diesen Gedanken wende ich mich und sage: Ein Staat ist deshalb noch nicht verwerflich, weil er viele Nationen umfaßt, im Gegenteil, wenn wir den Gedanken der Internationale ernst nehmen, müssen wir in Zukunft selbst nach Staaten streben, die mehrere Nationen umfassen und alle Nationen umfassen. Das ist der Gesichtspunkt, der hier mitspielt. Ich habe Oesterreich vielleicht in schönen Worten, aber in energischer Weise charakterisiert, indem ich bewies, daß Gemeinde, Bezirkshauptmannschaften, Statthaltereien nichts taugen. Indem ich darlegte, was man anders machen muß, habe ich nicht das geringste übriggelassen, aber die Möglichkeit aufgezeigt, den Staat umzugestalten. Wer an diese Möglichkeit nicht glaubt, muß zu anderen Konsequenzen kommen, er muß diese Konsequenzen aber auch ziehen. Das ist der Punkt, an dem man sich hierzulande zu Tode quält. Man weiß nicht, soll man Oesterreich anerkennen, oder soll man es verwerfen. Fragt man: „Willst du die Verwaltung reformieren?", so wird die Antwort: „Ja, der Arbeiter braucht eine gute Verwaltung, der Unternehmer braucht sie, die ganze Bevölkerung braucht sie!" Aber die zweite Frage tritt dabei auch auf: Profitiert nicht auch der Staat? Ja, er profitiert, aber als wir das allgemeine Wahlrecht forderten, wußten wir, daß es auch dem Staate nützt. Haben wir es nicht dessenungeachtet erkämpft? Haben wir deshalb weniger Leidenschaft aufgewendet? Wenn man sagt, der Arbeiter brauche eine geordnete Verwaltung, hört man: „Ihr kümmert euch nur um Oesterreich und laßt die anderen Dinge gehen!" Aber in diesem Punkte muß die Arbeiterschaft zur Klarheit kommen. Will sie den Verfall zum Grundsatz erheben, soll sie es tun; will sie es nicht, so muß sie die Zelle, in der man sie gefangenhält, sauber halten. Das ist das Wesentliche, was man unter der Verwaltungsreform zu verstehen hat.

Nun sagt man, ich sei ein Staatsfanatiker. Ich bin es nicht, ich bin aber auch nicht blind für den Staat. In diesem Punkte bitte ich allerdings, nicht daß Sie mir glauben, sondern daß Sie darüber diskutieren und nicht bestreiten, daß Sie mir aber auch den Zweifel aus der Welt schaffen, der in der Frage liegt. Ich sage: „Reden wir nicht in Begriffen, sondern in Tatsachen. Der Arbeiter fordert, der Staat möge den Achtstundentag festsetzen, den Schaffenden in der Werkstätte in jeder Beziehung schützen, ihn gegen Krankheit und Unfall für sein Alter und zugunsten seiner Hinterbliebenen versichern, die Mütter beschützen, die Säuglinge in seine Obhut nehmen, die Kinder gesund erhalten, für die Volksbildung und für die Wissenschaft das möglichste tun, den Ackerbau pflegen, die Anarchie in der Produktion bannen, den Krieg überwinden. „Der Staat soll!" — das ist der einzige immer wiederkehrende proletarische Imperativ. Natürlich, wer denn sonst als der Staat. Damit er es kann, muß er reich und stark sein. Wie denn anders? Wie könnte er das alles, wenn er ohnmächtig ist. Wer hindert ihn aber, die Pflichten zu erfüllen, die wir ihm auferlegen wollen? Die Kapitalistenklasse, die ihn heute beherrscht! Und unsere Forderung ist: Eroberung der politischen Macht! Das ist Befreiung des Staates von der Macht des Kapitales. Wir haben keine andere Gemeinschaft als den Staat, und darum muß der Staat da sein und muß die notwendigen Mittel haben.

Diese Frage ist das wichtige taktische Problem. Wir sind in vielen taktischen Fragen deshalb fehlgegangen, weil wir nicht eingesehen haben, welches Gewicht der Staat im täglichen Leben der Arbeiterklasse hat. Das hat sich geändert, und darum müssen wir heute dreifach nachdenken und unseren taktischen Weg für die Zukunft mit Vorsicht wählen. Im Kriege ist es noch anders geworden, heute gibt uns der Staat Brot und Zucker und Bekleidung. Der Staat beherrscht uns im Arbeitsprozesse, der Staat hat jetzt den ganzen Menschen in der Hand. Unter diesen Umständen kann die Arbeiterklasse nicht eine Politik machen, die nur die allgemeinen Grundsätze sieht, nicht aber die konkrete Praxis des Lebens im Staate, in dem sie lebt. Darin sieht man meinen Reformsozialismus. Ich bin der Meinung, daß die Politik des Proletariats sein muß: Eroberung der Staatsgewalt, um sie in den Dienst der arbeitenden Klasse zu stellen. Nun gibt es dafür zwei Wege. Der Genosse Reumann bildet sich ein, er erobert ein Stück Staatsgewalt, wenn er den Einfluß der Sozialdemokratie in der Gemeinde Wien vermehrt. Der Ge-

nosse Ofenböck und andere Gemeindefunktionäre tun mit an der Eroberung der Staatsgewalt, indem sie das in anderen Gemeinden tun. Die Genossen der politischen Bewegung helfen mit, indem sie bei jeder einzelnen Wahl trachten, daß ein Sozialdemokrat mehr in das Parlament gewählt wird. Das ist der eine Weg, der Weg der allmählichen Eroberung. Der andere Weg ist, daß man an irgendeinem Großtage der Geschichte, der ja nicht der Alltag sein muß, den Staat durch einen Generalsturm der Arbeiterklasse auf einmal erobert und in Besitz nimmt. Ob man es nun reformistische, ob man es revolutionäre Richtung nennt, so erkläre ich, ich will zum Ziele kommen und ich will suchen, wie der Tag und die Umstände es ergeben. Und wenn eine einzige Eroberung möglich ist, dann bin ich für die einzige Eroberung. Wenn es möglich ist, viel zu erobern, dann bin ich für viele Eroberungen. Es gilt von vornherein keinen sicheren Weg, nur ein sicheres Ziel. Wenn ich aber den Staat erobern will, dann darf ich ihn nicht von vornherein negieren, sondern ich muß ihn erkennen und studieren, und das kann ich nur, wenn ich in alle seine gesetzgebenden, wirtschaftlichen und Verwaltungskörperschaften eindringe. Das ist es, was ich in meinem Büchlein zu beweisen suche. Wäre ich in Rußland, so würde ich wahrscheinlich dasselbe den russischen Genossen in Bezug auf Rußland sagen. Ich kann es nur jetzt für Oesterreich nachzuweisen suchen und werde niemals darin erlahmen, die Arbeiterklasse mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß die Eroberung der Staatsgewalt, ob plötzlich, ob stufen- oder etappenweise in politischer Beziehung ihr Hauptziel ist. (Stürmischer Beifall.)

Janeček (Wien): Wenn man die Erklärung, die von der sogenannten Linken vorliegt, genau überdenkt, so muß man sich fragen, welche Erfindung ist denn damit gemacht worden? Was soll denn diese Erklärung eigentlich bringen? Das, was in dieser Erklärung verlangt wird, das sollte seit jeher in unserer Partei sein, darauf ist unser Parteiprogramm begründet und aufgebaut. Wo ist der Grund, warum sich die Partei in eine Rechte und eine Linke geschieden hat? Wenn es nichts anderes gibt, als diese Erklärung über Formeln, dann erklärt diese Erklärung nichts anderes, als das, was in der Partei bisher gewesen ist. Mir kommt es vor, wenn Genossin Proft die geistige Mutter der Erklärung ist, daß der geistige Vater auf der Rechten ist. (Heiterkeit.) Auch die Rechte hat da mitgearbeitet, und in diesem Falle kann man nicht sagen, daß die Rechte nicht weiß, was die Linke gemacht hat. Diese Frage ist keine Lösung der Streitigkeiten, die uns trennen. Die liegen tiefer und allgemeiner. Ich muß mir aber bei diesem Punkte Zurückhaltung auferlegen und die Erörterung dieser Frage aufsparen bis zum allgemeinen Berichte.

Dr. Max **Adler** (Wien): Der unmittelbare Vorredner hat uns hier förmlich in einer Art Anklage vorgehalten, was für eine neue Erfindung denn unsere Erklärung enthalten hat. Das sind ja lauter Sachen, die schon im Parteiprogramm stehen. Wir können die Worte des Genossen Janeček nur mit größter Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Ja, Genossen, es steht wirklich nichts „Neues" in der Erklärung der Linken, denn es sind tatsächlich alte Grundsätze der Partei, die aber in Vergessenheit und vollständig in Mißbrauch gekommen sind. Und wenn Sie daher der Ansicht sind, daß unsere Erklärung nur darauf hinauslaufen kann, das wieder in Erinnerung zu bringen, so ist das schon als Erfolg zu betrachten. Es ist jetzt wohl nicht möglich, über alle Punkte hier zu sprechen, wie es nötig wäre. Zunächst anknüpfend an das, was Renner unter großem und starkem Beifall des Parteitages erklärt hat, finde ich, daß dies ein Typus der Bekämpfung der Linken ist. Man wirft uns vor, daß wir mit abstrakten Ideen arbeiten, daß wir sozusagen stets das Lehrbuch des Sozialismus aufschlagen. Wir waren immer gewohnt, als Partei des wissenschaftlichen Sozialismus zu gelten, für die nicht nur die Erfordernisse des praktischen Lebens, sondern auch die Lehren der Wissenschaft maßgebend waren. Jetzt findet sich ein fast mißachtender Blick für diese Ideen. Man sieht den Klassenkampf nur in der Arbeit des einzelnen Vertrauensmannes in der Partei, in der Gewerkschaft, der Genossenschaft. Aber diese Arbeit kann nur dann als sozialistisch angesehen werden, wenn sie zur Besiegung der Klassenherrschaft führt und wenn diese Arbeit von dem einzelnen Manne fortwährend im Bewußtsein der großen Idee des Sozialismus durchgeführt wird. (Lebhafter Beifall.) Ohne diesen immerfort lebendigen Geist in der Kleinarbeit, die wir nicht unterschätzen, ist uns diese Kleinarbeit keine Arbeit im Dienste des Sozialismus. Ohne diesen Geist führt sie durchaus nicht zum Emanzipationskampfe des Prole-

ziales, sondern führt dazu, einen Geist der bloßen Arbeiterpartei, der bloßen Opportunitätspolitik zu züchten, der auf nichts anderes ausgeht, als jeden Moment kleinere oder größere Vorteile für die Arbeiterschaft zu erzielen, ohne aber den großen Zusammenhang des Lebens der Arbeiterschaft mit der Klassenordnung und die dadurch bedingte Hoffnungslosigkeit des Proletariats in der kapitalistischen Staatsgesellschaft zu überwinden. Gewiß, der Kleinkampf kann nicht hoch genug geschätzt werden, denn ohne ihn hätten wir nicht unsere Organisation, hätten wir nicht unsere Werbearbeit. Aber was machen Sie mit großen und starken Reihen, wenn das lauter Leute sind, die keinen lebendigen Zusammenhang mit den letzten Zielen des Sozialismus haben? (Widerspruch und Zwischenrufe.) Ich möchte mich sofort gegen die Unterstellung verwahren, als ob ich nicht der Meinung wäre, daß dieser Geist in den Köpfen der Arbeiter herrscht. In den Köpfen der Arbeiter herrscht der Geist des Sozialismus, aber in den Köpfen der Führer herrscht er zumeist nicht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, Widerspruch.) Ich erhebe nochmals Protest dagegen, daß man meine Worte derart ausdeutet, als fehle der prinzipielle Geist der Arbeiterschaft. Nein, er fehlt nicht nur nicht, er wird mühsam niedergehalten. Die Arbeiter bekommen in den Versammlungen, in den Organisationen viel zu wenig Gelegenheit, diesen Geist zu äußern. (Abgeordneter Smitka: Woher wissen Sie das? Sie kommen ja nicht in Arbeiterversammlungen!) Ich kann Ihnen nicht jedesmal eine Korrespondenzkarte schicken, wenn ich in eine Arbeiterversammlung gehe, wenn Sie aber Wert darauf legen, werde ich es tun. Ich sage also: Der Kleinarbeit alle Ehre, aber die Kleinarbeit ohne lebendigen Zusammenhang mit dem sozialistischen Geiste der Bewegung ist keine Grundlage des Emanzipationskampfes des Proletariates.

Wenn Genosse Renner gesagt hat, daß wir, wenn wir mit diesem Manifest in die Massen hinaustreten, die Bewegung entwurzeln, dann weiß nur er, was er damit gemeint hat. Er hat allerdings hinzugefügt, daß seine Interpretation unserer Erklärung gar nicht in der Erklärung darinsteht, sondern daß andere Leute anders reden. Aber, Parteigenossen, jetzt haben Sie die Erklärung, die unsere Meinungen darlegt. An diese Erklärung haben Sie sich zu halten. Das ist überhaupt das schwere Mißgeschick in der Polemik mit der Linken, daß man ihr immer Meinungen unterschiebt, die sie in Wirklichkeit nicht hat, und daß man von den Meinungen der Linken, welche man notgedrungen hat akzeptieren müssen, sagt, es sind ohnedies unsere Meinungen. Das neue Buch des Genossen Renner ist ein Beispiel dafür. In diesem Buche steht alles über den Sozialismus, was gut und schön ist vom Sozialismus.. Renner kann uns aus seinem Buche seitenlang die schönsten Darlegungen sozialistischer Ideen zitieren und hernach triumphierend fragen, ob die Linke dies besser sagen kann. Aber es steht auch noch anderes darinnen, seine schon berühmt gewordene Lehre von der Durchstaatlichung der Oekonomie, die dem proletarischen Klassenkampf seinen ganzen revolutionären Sinn nimmt. Und wenn das so begründet wird, wie es heute hier geschehen ist, muß man dagegen Widerspruch erheben. Renner sagt, er habe Revisionismus und Doktrinarismus abgelehnt, ohne daß er sich dogmatisch binden wolle. Er hat gesagt, wenn die Stunde kommt, werde er tun, was sie erfordert. Ja, wie stellt er sich vor, daß die Stunde kommt? Kommt sie denn von selbst? Die Stunde, in der die Arbeiterschaft vor eine große Aufgabe gestellt werden kann, die sie erfüllen soll, wird nur kommen, wenn sie vorbereitet wird. So wie der Uhrenzeiger nur von Minute zu Minute vorrückt, so lange bis die Stunde schlägt, muß auch die Arbeiterschaft unablässig im sozialistischen Geiste vorwärts schreiten, bis eben die Stunde kommt, zu der sie vorbereitet und erzogen werden muß.

Renner hat gesagt, was man ihm vorwerfe, sei nicht etwas Vereinzeltes, sondern komme auch in Frankreich, England und, wie er meint, in Italien vor. Ich lasse mich in den Streit nicht ein. Aber der Hinweis, daß anderswo ein ähnliches Abflauen der sozialistischen Ideen eingetreten ist, beweist noch nicht, daß das auch bei uns sein muß. In seinem Buche führt er aus, die ökonomische Entwicklung des Hochkapitalismus erkläre das Auftreten der neuen Phänomene. Daß sie da sind, macht aber ihre Bekämpfung nicht überflüssig. Und wenn man auf diese Tatsachen als eine geschichtliche Notwendigkeit der Abflauung des Sozialismus hinweist und sagt, die materiellen Erscheinungen begründen sie, so heißt das, aus der materialistischen Geschichtsauffassung einen Fatalismus machen, so heißt das: das ist notwendig und man kann nichts dagegen machen. Gewiß ist die Stellung der

sozialistischen Parteien im Kriege in allen Ländern begründet durch materielle Tatsachen, aber ebenso begründet ist, daß die Opposition ein Gegengewicht gegen diese eine geschichtliche Tendenz setzt.

Renner hat über das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staate manches auseinandergesetzt. Was er über Oesterreich sagte, darüber will ich jetzt nicht sprechen. Wir sind aber der Ansicht, daß die Voranstellung der Untersuchung, in welcher Weise Oesterreich erhalten und wohnlich gemacht werden kann, eine Aufgabe ist, die im Kriege nicht in die erste Aufmerksamkeit des Proletariats zu rücken war und nur geeignet war, seine Aufmerksamkeit von anderen Problemen abzulenken. Das ist darunter zu verstehen, wenn unsere Erklärung meint, daß durch seine Darlegungen die Krise Oesterreichs beschönigt wird. Renner sagt: Wir leben in diesem Staate, da müssen wir ihn sauber machen. Für das Proletariat gibt es aber vor allem die Frage, wie es um die Sauberkeit seiner eigenen Entwicklung steht, um die Reinheit seiner Prinzipien und Ziele; und wenn es dann zur Erkenntnis kommt, daß um dieser Reinlichkeit willen die Frage Oesterreichs zurücktreten soll, wird an der Richtigkeit dieser Rangordnung kein Zweifel sein. Die Frage um die Einrichtung Oesterreichs wird vom Proletariate nicht abgewälzt werden können, aber sie wird erst nach dem Kriege in den Vordergrund seines Interesses zu treten haben. Nun meint Renner freilich: Das Proletariat erhebt fortwährend Forderungen an den Staat, wie kann es sich dann in Gegensatz zu ihm bringen? Mich wundert diese Fragestellung. Gerade indem das Proletariat sagt, der Staat soll das und das tun, setzt es sich mit ihm in Gegensatz und identifiziert sich nicht mit ihm. Das wachsende Interesse des Proletariates an staatlichen Aufgaben ist nicht zugleich ein wachsendes Interesse für den Staat, der immer noch der Klassenstaat bleibt. Das Proletariat kann seinen Willen nur durchsetzen, je mehr es ihn dem Staate aufzwingen kann, also je mehr es sich mit ihm in Gegensatz bringen kann. Wenn es sich um die Verteidigung des Staates bemüht, verliert es die Kraft, die es braucht, wenn es das in seinem Willen Gelegene verwirklichen will. Gerade so wie das Proletariat Kinderschutz und Achtstundentag verlangt, verlangt es, der Staat solle Frieden schließen. Das durchzusetzen ist aber nur möglich, wenn das Proletariat sich in Gegensatz zu dem Staate stellte, wie er heute ist und den Krieg beginnen mußte, und sich klarmacht, daß es nicht in diesem Staate zu Hause ist, sondern in ihm nur zur Miete wohnt.

Renner sagte, der Staat hat den ganzen Menschen in der Hand. Gerade darum sei es nötig, daß das Proletariat auf dem Boden des gegebenen Staates seine eigene Politik macht. Wir haben aber gesehen, daß es die Politik machte, die bestimmt wurde durch die Kriegsziele der herrschenden Klassen und daß es seine eigenen Ziele zurücktreten ließ. (Lebhafter Beifall.) Ich beschränke mich in diesem Augenblicke auf diese Worte und ich glaube, es wird später noch auf anderes zurückgekommen werden können.

Abgeordneter Dr. **Schacherl**: Die Berichte stehen in unzerreißbarem Zusammenhange mit der Erklärung der Linken. Diese Erklärung läßt verstehen, warum es zu der Massenflucht aus den Organisationen und zum Rückgange der Presse gekommen ist, der bis vor einigen Monaten währte. Zwischen der letzten Reichskonferenz und heute liegt sehr vieles. Es liegt dazwischen die Tat Friedrich Adlers, die zustande brachte, was die Partei nicht zustande gebracht hat: die Aufrüttelung der Arbeiterklasse. Es liegt dazwischen die russische Revolution, es liegt dazwischen der immer empfindlicher werdende Hunger, was alles die Arbeiter in Bewegung setzte. Es ist kein Wunder, daß unter dem Einflusse dieser Verhältnisse auch der Parteivorstand erwacht ist und die große Bewegung in der Arbeiterklasse auch auf die hochkonservativen Körperschaften zurückführte, die wir an unserer Spitze haben.

Die Erklärung der Linken ist hervorgerufen dadurch, daß diese mit der Haltung der Partei nicht einverstanden ist. Wenn es im Berichte der Parteivertretung heißt: „Geschürt von einer gewissenlosen Presse, gepeitscht durch die Macht der Regierungsmänner, geriet die Oeffentlichkeit aller kriegführenden Länder in ein Fieber, das nicht allein die herrschenden Klassen, sondern selbst viele Kreise des Proletariats ergriff" — da müssen wir uns doch fragen, ob wir nicht selbst an die Brust schlagen und nicht eingestehen müssen, daß auch wir vielleicht wenig getan haben, um dieser Irreführung durch die gewissenlose Presse und die andere Mache entgegenzutreten. Tatsache ist, daß zu Beginn der Krise und noch lange darüber hinaus die Partei die Arbeiter hinausfahren ließ wie ein steuerloses Schiff.

Zweifellos ist, daß die Haltung unserer Parteipresse gewiß nicht schuldlos gewesen ist, daß dem Kriegsrausche der bürgerlichen Kriegspresse nicht entsprechend entgegengewirkt wurde. Ich spreche nicht von dem, was die Presse nicht bewirken konnte, was auf Rechnung der Zensur und des Ausnahmszustandes zu stellen ist. Aber Hand aufs Herz, ich muß finden, daß sie in den ersten zweieinhalb Jahren des Krieges aktiv — bei aller Berücksichtigung der durch die Zensur gebotenen Verhältnisse — mitgewirkt hat an der Verwirrung und der Steigerung des Kriegsrausches. Ich verweise da nur auf die geradezu lächerlichen Kriegsberichterstatterberichte, die nichts anderes als die Umschreibungen unserer offiziellen Kriegsberichte gewesen sind. Unsere Presse ist gerade deswegen ganz gehörig zurückgegangen. Es ist auch selbstverständlich: in der Nacht sind alle Kühe grau, und wo die Zeitungen alle feldgrau waren, da haben sich unsere Zeitungen nicht wesentlich von den anderen Zeitungen unterschieden und unsere Genossen haben aus diesem Grunde auch wenig Veranlassung gehabt, unsere Parteipresse zu lesen. (Zwischenruf: Zensur!)

Heute ist es ja schon viel anders geworden, allerdings stehen wir schon im vierten Kriegsjahre. Es wird jetzt schon seit längerer Zeit in der Partei vom Frieden gesprochen und es wird der Frieden verlangt. Aber die Zeit ist noch nicht so lange her, wo man geradezu belächelt wurde, wenn man gesagt hat, daß die Partei vom Frieden zu sprechen habe. Ich kann das aus eigener Erfahrung belegen. Als ich in der Sitzung der Fraktion 1915 mehr ironisch als im Ernste fragte, ob man denn warten wolle, bis uns die Regierung das Zeichen geben werde, vom Frieden zu sprechen, da wurde man sehr zornig. Und im März 1916 in der Reichskonferenz ist ein Antrag abgelehnt worden, worin man für den Frieden ohne Abtretungen und ohne Entschädigungen eingetreten ist. Heute dagegen werden diese Forderungen offiziell und allgemein und bei jeder Gelegenheit erhoben. Aber es scheint mir, daß mehr nötig ist, es ist dies auch in der Erklärung ausgedrückt worden, daß ein stärkerer Druck auf unsere Regierung ausgeübt werden muß, damit diese wieder einen stärkeren Druck auf die deutsche Regierung ausübe und auf die deutschen Arbeiter, bei denen es ja leider infolge der Haltung der Majorität zu einer Spaltung gekommen ist. In Wirklichkeit scheint es aber in der letzten Zeit der Fall zu sein, daß umgekehrt Deutschland auf Oesterreich zurückwirkt. Denn nach meiner Ansicht ist die letzte Erklärung des Grafen Czernin der Anfang zu einem Rückzug von den früheren Erklärungen, daß man einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen haben wolle. Ich glaube, daß das Hauptgewicht der Erklärung Czernins auf den zweiten Passus zu legen ist, daß man, wenn die Entente nicht in absehbarer Zeit auf diesen Vorschlag eingeht, wiederum freie Hand erhalte. Ich mache darauf aufmerksam, daß die bürgerliche Presse, voran die „Neue Freie Presse", die „Reichspost" und der „Pester Lloyd", also Regierungsblätter oder Blätter, die gewöhnlich das schreiben, was die Regierung wünscht, in der letzten Zeit in der auffälligsten und verdächtigsten Weise wiederum von dem Frieden ohne Annexionen abzurücken beginnen. Ich verweise weiters auf die Reden des deutschen Kaisers, und zwar gerade auf die letzte Rede in Sofia, aus der nicht hervorgeht, daß man die Absicht hat, auch auf Annexionen zu verzichten. Ich glaube, das legt uns die Pflicht auf, darauf zu dringen, daß mit aller Entschiedenheit von der österreichischen Regierung und durch sie von der deutschen ein Bekenntnis abgelegt werde, damit man sehe, ob es ihnen wirklich Ernst ist mit einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

Es ist von Genossen Renner über den Klassenkampf gesprochen worden, und Genosse Adler hat sich darüber besonders eingehend geäußert. Ich glaube aber, alles das, was Genosse Renner hier zur Verteidigung seines Standpunktes angeführt hat, ist geeignet, beim nächsten Parteitag als Argument dafür angeführt zu werden, daß die sozialdemokratische Partei — vielleicht kommt es noch dazu — einen Minister im Rate Seiner Majestät sitzen haben müsse. Mit diesen Argumenten, daß wir alles benützen müssen im Interesse der Arbeiter, kann man auch die Ministrabilität verteidigen, und wenn das auch diesmal vorbeigegangen ist, so weiß ich nicht, ob das nicht so eine Sache ist wie im „Julius Cäsar", wo dem Antonius die Krone angeboten wird, die er zwei- oder dreimal zurückschiebt, aber jedesmal unwilliger, da er sie schon gerne aufsetzen möchte. (Heiterkeit.) Ich sage das nicht aus einer bloßen Vermutung, sondern aus einer Debatte im Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten, aus welcher zu ersehen ist, daß es Abgeordnete gibt,

die bereit sind, dafür zu stimmen, daß der Klassenkampf unter dem Vorsitz des Kaisers geführt werde. (Ruf: Traurig, aber wahr!) Dr. Adler hat in seiner gestrigen Ansprache gesagt, es handle sich jetzt darum durchzuhalten, durchzuhalten für unsere Partei. Diese Auslegung des Durchhaltens war die Auslegung Friedrich Adlers und er hat das Wort ausgesprochen: Wir haben es gegenüber dem sogenannten Durchhalten ganz anders gemeint, wir müssen den Sozialismus durchhalten. (Dr. Renner: So wie es in der Erklärung der Partei am 4. August der Fall war!) Wir haben doch die Pflicht, unseren Ziffern der Berichte Aufmerksamkeit zu schenken. Drei Viertel der Mitglieder sind aus der Parteiorganisation ausgetreten. (Lebhafter Widerspruch.) Daß unsere Parteiorganisation so zurückgegangen ist.... (Widerspruch.) daraus geht hervor, daß doch große Fehler geschehen sein müssen. Nun hat Dr. Renner gesagt, daß die Kleinarbeit nicht zu unterschätzen ist. Er hat vielleicht der Linken zugemutet, daß sie gegen die Kleinarbeit ist. (Dr. Renner: Das wird durch Vermiesung und Verzagtmachen herbeigeführt!) Ich glaube, daß uns dieser Vorwurf nicht treffen kann. Ich möchte vor allem mich dagegen verwahren, daß man den Vorwurf, die Kleinarbeit nicht zu wollen, mir unterschiebt, denn ich kann ruhig sagen, daß ich seitdem ich in der Partei bin, Kleinarbeit von der Pike auf gemacht habe, durch mindestens 25 Jahre hindurch. (Zwischenruf: Aber nicht in der Werkstätte! — Dr. Renner: Aber, die Arbeit in der Presse ist auch eine wichtige Arbeit!) Ich will mich nicht hervorheben, aber ich will nur sagen, daß ich die Häuserorganisation in Graz mit einem oder zwei Genossen eingeführt habe.

Gewiß setzt sich der Klassenkampf aus zahllosen kleinen Kämpfen zusammen, aber über diese einzelnen Episoden des Klassenkampfes darf man doch niemals das Ziel vergessen. Große Ereignisse stehen uns noch bevor, und es ist für uns besser, wenn wir uns über alles klar werden, was kommen kann. Bisher haben wir uns von den Ereignissen fortschleifen lassen. Wir müssen aber an das Wort des Laieiners denken: „Den Wollenden leitet das Schicksal, den Nichtwollenden reißt es mit sich fort." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abgeordneter **Seliger**: In der Erklärung der Genossen, die sich die Linke der Partei nennen, ist eine Reihe sehr schwerer Vorwürfe gegen die Partei enthalten, an denen der Parteitag, wenn er nicht pflichtvergessen wäre, nicht achtlos vorübergehen kann. Es wird unter vielen Vorwürfen gegen die Partei der Vorwurf erhoben, daß sie ihre Pflicht nicht in jenem Sinne getan habe, wie ihr dies von den internationalen Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen auferlegt worden ist, die Pflicht, den Krieg, wenn er einmal ausgebrochen ist, möglichst abzukürzen. Wenn es wahr wäre, daß die Partei diese Versäumnis begangen hat, so weiß ich nicht, welche Strafe die Führung der Partei und die Gesamtheit der Vertrauensmänner, die diese Politik gebilligt und mitgemacht haben, treffen müßte, um sie für das schwere Verbrechen, das sie am Proletariat und an der ganzen Menschheit begangen hätte, in ausreichendem Maße büßen zu lassen. Ich würde es nicht über mein Gewissen bringen, eine so schwere Anschuldigung gegen die Partei zu erheben, wenn ich nicht den vollen Beweis bis aufs I-Tüpfelchen führen könnte. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wo aber ist dieser Beweis? Sie reden davon, daß die Partei das nicht getan hat, was zur Ausführung des Beschlusses notwendig gewesen wäre, „der die Partei verpflichtet, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksmassen und zur Beschleunigung des Sturzes der Klassenherrschaft auszunützen. Dieser Pflicht hat die Politik des Parteivorstandes während des Krieges nicht entsprochen". Wenn Sie sagen, daß nichts geschehen ist zur Aufrüttelung der Volksmassen, dann befinden Sie sich nicht nur mit Ihren Auffassungen, sondern mit Ihrem ganzen Leben in einem Wolkenkuckucksheim. Wissen Sie nicht, was von jedem einzelnen draußen geleistet wurde? Wir haben freilich nicht Demonstrationen gemacht und sind nicht auf die Straße gezogen, vor allem nicht in den ersten Tagen, weil die Masse nicht da war. So ist es! Sie reden wie der Blinde von der Farbe. In der ersten Zeit, da war in den Industrien draußen kein einziger Vertrauensmann. (Dr. Max Adler: Jetzt sind drei Jahre vergangen!) Auch heute steht es so. Sie wissen es nicht, weil Sie in der Studierstube sitzen und nicht mitten unter den Arbeitern. Es war nicht möglich, weil die Menschen nicht da waren. (Dr. Max Adler: Nach Friedrich Adler konnten Sie die Masse aufrütteln, da waren Leute da, die auf die Gasse gehen wollten! — Unruhe. — Der Vorsitzende bittet, den Redner aussprechen zu lassen.) Ich will

Ihnen etwas sagen, Genosse Max Adler, weil Sie die Frage der Demonstrationen berühren. Ich als Vertrauensmann, der ich in täglicher und stündlicher Berührung und im Verkehre mit den Arbeitern, ihren Gattinnen und ihrer ganzen Familie bin, weiß, daß ich es mir hundertmal überlegen muß, bevor ich den Genossen und Genossinnen sage, daß wir auf die Straße gehen sollen. Und noch mehr muß ich es mir im Kriege überlegen, wo der Staat das Höchstmaß physischer Gewalt in seiner Faust hält, die er je gehabt hat. (Dr. Max Adler: Es handelt sich um den Geist! — Dr. Viktor Adler: Ja, Geist! Dünkel ist es!)

Daß wir eine rasche Beendigung des Krieges verhindert haben sollen, das ist ein furchtbar blutiger Vorwurf, und wenn er wahr wäre, dann würde auf uns die Mitschuld an dem Tode von hunderttausenden Proletariern lasten, wenn wir den Krieg nicht abgekürzt haben sollten, wo wir die Macht dazu gehabt hätten. Und worauf gründet sich dieser Vorwurf? Weil wir die Resolution, in der ein Friede ohne Kontributionen und Annexionen verlangt wurde, nicht angenommen haben. Und, Hand aufs Herz, fragen Sie sich, ob es glaubhaft ist, daß eine sozialdemokratische Reichskonferenz durch die Annahme dieser Resolution die Möglichkeit geschaffen hätte, einen Schritt näher zum Frieden zu tun, ob es wirklich die ungeheure Tat gewesen wäre, die das Ende des Krieges hätte herbeiführen können. So viel Gewicht, so viel Bedeutung und Wirksamkeit für die übrige Welt darf man einer solchen Resolution nicht beimessen. (Dr. Max Adler: Hier machen wir ja auch nur Resolutionen!) Ja, aber Resolutionen, die vor allem unser Handeln, unser Denken bestimmen im Innern für unsere Partei und dann erst auch nach außen. Das hängt aber nicht von der Annahme oder Ablehnung einer Resolution auf einer sozialdemokratischen Reichskonferenz ab, daß der Krieg hätte abgekürzt werden können. Ich möchte mich nun mit der dritten Stelle in der Erklärung befassen, wo Sie sich gegen die Mehrheit in Deutschland wenden. Ich kann Ihnen aufrichtig gestehen, mir hat die Politik der Mehrheit der deutschen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes in einzelnen Dingen gewiß nicht gefallen. Aber mir anzumaßen, das Urteil über sie auszusprechen, das ist mir niemals in den Sinn gekommen. Und wenn es vielleicht noch begreiflich und entschuldbar wäre vor dem deutschen Parteitage, nach dem Parteitage haben wir kein Recht mehr dazu. Denn hinter der Mehrheit steht die Mehrheit der deutschen proletarischen Vertrauensmänner. (Beifall und Oho-rufe.) Und diesen bringe ich Vertrauen entgegen und fordere auch von Ihnen, daß Sie der Mehrheit der schuldigen Respekt entgegenbringen.

Und nun komme ich zu der Frage der Kleinarbeit, die von Max Adler an Dr. Renner gerichtet wurde, und auf die Renner zum Teil erwidert hat. So wie das jetzt ist, meint Dr. Max Adler, züchtet man durch sie eine bloße Arbeiter- und Opportunitätspolitik, ohne damit den großen Gegensatz zu überwinden. Aber, fügt er hinzu, es sind nicht die Arbeiter, die diese Politik machen, sondern die Führer sind es. Nun, wir haben in unserem Bezirke schon wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges unsere erste große Vertrauensmännerversammlung zusammenberufen. Damals waren noch Vertrauensmänner da, es hatten noch nicht alle Musterungen stattgefunden, es war noch ein Häuflein übrig. Da habe ich den Genossen und Genossinnen dort gesagt, wir müssen jetzt vorbereitet sein auf alles! Dieser Krieg birgt in seinen Falten nie gekanntes, nie gesehenes, nie gefühltes und in der Menschheit nie erlebtes Elend, aber er birgt in seinen Falten auch das höchste Glück, das es für den Sozialdemokraten geben kann! Und dann bin ich an die Arbeit gegangen und habe mich gefragt: was müssen wir jetzt in dieser schlimmen Lage tun? Ich bin kein Theoretiker; ich habe leider nicht die Vorbildung und nicht die Zeit, vielleicht auch nicht die Fähigkeiten gehabt, durch Selbststudium tiefer einzudringen in den Marxismus, ich muß mich nur mit dieser Kleinarbeit, mit dieser täglichen und aufreibenden Erziehungs- und Versammlungsarbeit in der Partei betätigen. Da habe ich mich also gefragt: Was ist jetzt zu tun? Es ist jetzt zu tun was notwendig ist, um für beide Fälle, für das tiefste Elend und für das Höchste, das Glück, das, was Sie die „Stunde" nennen, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu erhalten, am blanken und bloßen Leib zu erhalten (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), zu erhalten in ihrer blanken physischen und seelischen Kraft. Das haben wir nun begonnen und da habe ich mich, der Abgeordnete, der ich schließlich, wenn man so von einer Rangordnung sprechen will, nicht der allerletzte in der Partei bin, in der Gemeinde hingesetzt und habe gerauft mit den Gemeindegewaltigen: wir haben mit dem Staate gerauft um ein Stückchen Brot mehr, um ein paar

Kartoffeln mehr für die Arbeiter, um eine gleichmäßige Verteilung, damit sie nicht verhungern — bis zu dieser großen Stunde, die da kommen soll! (Lebhafter Beifall.)

Sie sagen, das Proletariat kann seine Forderungen nur durchsetzen im Gegensatze zum Staate. Was — glauben Sie — haben wir gemacht in den Ernährungsausschüssen, in den Approvisionierungsausschüssen, was tun wir in den Wirtschaftsämtern? Dort stehen wir Tag für Tag, Stunde für Stunde im Gegensatze zum Staate, denn der Staat ist nicht die Regierung, der Staat ist nicht der Kaiser, der Staat ist jede Gemeinde, jeder Bezirk, jeder Landtag, jeder Landesausschuß. Wo wir hinkommen und hinschauen, tritt er uns entgegen mit seinen scharfen Gegensätzen. Und was wir dort getan haben, war immer im Gegensatze zum Staate, und jeden Bissen Brot, jedes Kilogramm Kartoffeln und jedes Deka Fett und Butter, das den Arbeitern erkämpft wurde, haben wir dem Staate herausgerissen. (Lebhafter Beifall.) Reden Sie nicht davon, daß wir eine Politik des „Packelns", wie man es nennen müßte, mit dem Staate machen, die in Ueberredung besteht. Nein, es war ununterbrochener fortgesetzter Kampf um politische Macht, um Einfluß, in Gemeinde, Land und Staat. (Unruhe. Dr. Max Adler: Die Agrarier kämpfen auch um die politische Macht.)

Vorsitzender **Seitz**: Es wird schwer sein, zu Ende zu kommen, wenn wir uns jetzt schon in eine solche Erregung hineinreden und das gerade bei einem Gegenstande, der die größte Ruhe und Sachlichkeit erfordert. Ich stelle daher die dringende Bitte, die ostentativen Beifallsäußerungen möglichst zu beschränken, wenn nicht abzustellen und die Zwischenrufe zu unterlassen. Es hat doch jeder Gelegenheit, hier zu sprechen. Insbesondere muß ich unsere verehrten Gäste ersuchen, sich in die Verhandlungen nicht einzumischen. Versuchen wir diese wichtigen Fragen sachlich zu klären, anstatt uns gegenseitig zu reizen.

Abgeordneter **Seliger**: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich in einige Erregung gekommen bin, aber die Schwere der Vorwürfe, die auch mich treffen, weil ich die mißbilligte Politik mitgemacht habe, hat auch mich erregt. Doch deshalb keine Feindschaft! Man muß die Dinge beurteilen nach den objektiven Tatsachen und ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat in dieser schweren Krise, die nicht nur eine Krise für den Staat war, sondern auch für uns, weil sie uns unsere Vertrauensmänner, also unsere wirkenden Kräfte genommen hat, bestanden und ihre Pflicht erfüllt im Rahmen des Gegebenen und Möglichen. (Lebhafter Beifall.)

Kohn (Gänserndorf): Es ist leichter zu kritisieren, als besser zu machen. Als ich die Erklärung gelesen hatte, fand ich, daß offene Türen eingerannt werden. Ich will mich nicht auf diese oder jene Seite stellen, aber die Genossen der Provinz Niederösterreich stehen auf dem Standpunkte: Solange an der Spitze der Partei Viktor Adler steht, können wir getrost das gutheißen, was geschieht. Von diesem Standpunkte aus kann jeder Genosse beruhigt nach Hause gehen. Wenn vieles nicht so gemacht wurde, als es sein sollte, so sind die Verhältnisse daran schuld. Selbst wenn die Linke an der Stelle der Rechten gewesen wäre, besser gemacht hätte sie es nicht. Wir haben viele andere Schmerzen, als daß wir uns in eine uferlose Debatte über das, was geschehen ist, einlassen sollten. Wir sollten die anderen Verhandlungen ermöglichen.

Paul Richter (Wien): Es ist schwer, nach der sehr leidenschaftlichen, um nicht zu sagen provokanten Rede Seligers nicht auch in einen ähnlichen Ton zu verfallen. Ich werde mich aber bemühen, das, was ich zu sagen habe, sachlich und leidenschaftslos vorzutragen. Als vor dem Parteitage in den Organisationen die Fragen besprochen wurden, die den Parteitag beschäftigen, so ist, soweit ich in Wien und Niederösterreich wahrnehmen konnte, überall tiefe Unzufriedenheit mit dem Parteivorstande zutage getreten und überall ging die Unzufriedenheit der Arbeiter auf die Vertrauensmänner über und es wurde der Wunsch laut, der Parteitag möge klare Antwort geben, ob die Politik, die bis heute gemacht wurde, die richtige war, oder ob von diesem Parteitage aus eine Neuorientierung ausgehen müsse. Die Genossen, die ich hörte, haben deutlich kundgegeben, daß sie mit dem Verhalten des Parteivorstandes in der Frage von Krieg und Frieden und in allen anderen politischen Fragen unzufrieden sind. War wirklich die Arbeit des Parteivorstandes so, daß man sagen kann, es sei am besten bestellt? Es ist sicher ein gutes Stück Uebertreibung dabei, das aus den österreichischen Verhältnissen erklärlich ist, wenn die Genossen gemeint haben, der Parteivorstand müsse alles so machen, daß es zur

vollsten Zufriedenheit ausfallen müsse. Aber es ist kein Zweifel, daß der Parteivorstand nur allzusehr eine Führung der Partei vermissen ließ. Er ist von den Organisationen nur allzuoft geschoben und war nur allzuwenig der Führer im Kampfe.

Der Parteivorstand hat beispielsweise zu einer Zeit, als innerhalb der Parteiorganisationen der Wille mächtig und groß war, der Friedenssehnsucht des Volkes irgendwie nach außen Ausdruck zu geben, noch immer gemeint, daß man jetzt noch immer nicht darangehen soll, etwas über den Frieden zu reden. (Abgeordneter Dr. Adler: Wann war denn das?) Wir haben im Dezember des Vorjahres drei Tage vor dem Friedensangebote der Zentralmächte eine Landeskonferenz abgehalten, in der der Vertreter des Parteivorstandes Genosse Seitz noch erklärte, es sei ihm sehr unwahrscheinlich, daß jetzt ein geeigneter Zeitpunkt sei, mit einer Friedensaktion einzusetzen. Drei Tage später ist das Angebot der Zentralmächte gekommen. (Heiterkeit.) Ein weiteres Beispiel. Der Parteivorstand hat in den Tagen des April zur Maifeier noch die Stellung eingenommen, den Genossen zu empfehlen, auch nach der russischen Revolution auf die Arbeitsruhe am 1. Mai zu verzichten. Am 27. April, also vier Tage vor dem 1. Mai, ist — nachdem in einer Wiener Konferenz wieder abgelehnt worden war, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen — durch den Druck aus den Werkstätten und Fabriken dem Parteivorstand die Erleuchtung gekommen, daß es im Jahre der russischen Revolution unmöglich ist, die Arbeiter in den Werkstätten und Fabriken zurückzuhalten und es ist die Parole eines Maifeiertages ausgegeben worden. Man kann also im Zusammenhange mit dieser Erklärung nicht darüber schweigen, daß der Parteivorstand bis in die allerletzten Tage es versäumt hat, den Parteigenossen führend voranzugehen.

Vor einigen Tagen war in der „Arbeiter-Zeitung", allerdings nur in referierendem Sinne, zu lesen, daß die Vertretung des deutschen Bürgertums in Oesterreich, der Deutsche Nationalverband, Gott sei's geklagt, sich in einer kriegshetzerischen Kundgebung gegen den Verständigungsfrieden wendete. Hat der Parteivorstand nicht geglaubt, es sei an der Zeit, mit einer politischen Aktion diesen wahrhaft hetzerischen Umtrieben des Nationalverbandes zu begegnen? Ich bin überzeugt, wenn die Genossen des Parteivorstandes begriffen hätten, daß der Zeitpunkt da wäre, nicht nur mit einer parlamentarischen Aktion einzugreifen, die eigentlich unwirksam ist, sondern wenn der Parteivorstand versucht hätte, die Arbeitermassen mobil zu machen, dann wäre der gesteigerte Groll, der Unmut der Arbeiter gegen den Deutschen Nationalverband zum Ausdrucke gekommen, und — davon bin ich überzeugt — wir hätten eine Friedensbewegung bekommen, die sich in Oesterreich hätte sehen lassen können. (Beifall.) Deshalb sind die Rechtfertigungs- und Reinwaschungsversuche des Parteivorstandes nicht plausibel. Wir reden immer davon, wir können in dieser schweren Zeit nichts anderes machen, als den Weg gehen, den wir gegangen sind. Genosse Seliger hat gefragt: Ja würde etwas geändert werden, wenn eine Resolution angenommen würde? Eine Resolution in etwas mehr oder minder scharfem Tone gegen die bestehende Staatspolitik gewendet, hätte ja nicht viel gesagt. Es ist allerdings wahr, daß, wenn eine solche Resolution mit einer mehr oder minder scharfen Betonung auf einer Reichskonferenz oder sonstigen Zusammenkunft angenommen worden wäre, die Partei nicht Bedeutendes geändert hätte, aber das gilt auch von anderen Resolutionen. Haben uns die drei Jahre Krieg nicht gezeigt, daß wir nicht einen Schritt weitergekommen sind mit dieser Methode und daß diese Methode nicht die richtige ist?

Die Arbeiter draußen in den Betrieben und in den Organisationen horchen förmlich mit atemanhaltender Spannung auf jede Aeußerung irgendeiner Minderheit in irgendeinem anderen Lande. Es ist eine bekannte und nicht zu bestreitende Tatsache, daß der Sozialistenkongreß in Bordeaux bei den Arbeitern die unglaublichsten Erwartungen erweckt hat. Was haben sie von diesem Kongresse erwartet? Haben sie etwa erwartet, daß dieser Kongreß es zuwege bringen wird, den Krieg zu beendigen, oder haben sie nicht vielmehr erwartet, daß die französische Arbeiterklasse sich gegen ihre Führer, die gemeinsame Politik mit ihrer Regierung machen, wenden und verlangen wird, es möge endlich dieser schädlichen Treiberei der offiziellen Sozialisten, die sich enge liiert haben mit ihren Regierungen, ein Ende gesetzt werden? Und wenn die Arbeiter in jedem Lande nichts anderes machen werden als immer darauf warten, was in dem anderen Lande die Minderheit ihrer Regierung und ihrer offiziellen Partei gegenüber durchsetzen wird, dann werden

wir nichts anderes haben als eine alle halben oder ganzen Jahre zum Ausdrucke kommende Friedenssehnsucht des Proletariats, wir werden aber niemals irgendeine Möglichkeit haben, diese Friedenssehnsucht des Proletariats umzugießen und umzuwerten in den bewußten Willen der Arbeiterklasse, dem Schrecken der drei Jahre ein Ende zu machen, so oder so. (Zustimmung.) Ich bin kein Revoluzzer und kein Radikalinski und bilde mir nicht ein, daß es möglich sein könnte, mit irgend einer großen Gewalttat dem ungeheuren Elend ein Ziel zu setzen, wenn die Vorbedingungen dafür nicht geschaffen sind. Aber ebensowenig wie ich mir einbilde, daß die Vorbedingungen künstlich geschaffen werden können für jenen großen Tag, für jene historische Stunde, von der Genosse Renner gesprochen hat, ebensowenig bilde ich mir ein, daß die Politik von heute berechtigt ist, die alle fünfe gerade und unseren Herrgott einen guten Mann sein läßt und nichts an den bestehenden Zuständen ändert. Deswegen bin ich ganz der Meinung des Genossen Renner, wenn er sagt, daß dem Proletariat zwei Wege zur Verfügung stehen — der eine Weg davon das Eindringen in jede der kleinsten Funktionen der Staatsgewalt, das Eindringen und Unterhöhlen und Durchbohren und Durchsetzen, das sukzessive Ansichreißen der Macht, Stück für Stück, um so den Kampf der Arbeiterklasse um den Besitz der politischen Macht vorzubereiten. Aber ich bin mir ebenso bewußt, daß, wenn die große historische Stunde kommt, alle die kleinen Kinkerlitzchen versagen müssen, und daß an das Proletariat die wahrhaftige Schicksalsfrage gestellt werden wird: Was willst du nunmehr tun, bist du für die Stunde auch gerüstet? Und da wäre es doch am Platze nach dreieinviertel Jahren Krieg die Frage aufzuwerfen: Was soll denn noch Schrecklicheres über die Menschheit kommen, was soll denn noch Ungeheures über die Arbeiterklasse kommen als das, dessen erschütterte Zeugen wir jetzt sind? Ist denn nicht unser ganzes Volkstum ausgeblutet, ist nicht die Blüte der Nation hingesunken und hingemordet worden, sind nicht Frauen und Kinder auf der Straße des Hungertodes gestorben, ist nicht der vollständige Zusammenbruch alles dessen zu sehen, was eigentlich früher den Stolz der großen Kultur Europas bedeutet hat? Wenn jetzt nicht die Zeit wäre, wo der große Stundenschlag ankündigt, daß das Proletariat sich auf seine eigene Kraft besinne, dann hören Sie mir auf mit allen den Redensarten von revolutionärer Sozialdemokratie, dann wird sie eben nichts sein als eine Reformpartei. Ich bin überzeugt, die Vertrauensmänner werden sich auch weiter ehrlich plagen und sich bemühen, Kartoffeln und Nahrungsmitteln herbeizuschaffen, aber weit wichtiger ist, daß von diesem Parteitage aus eine Aktion einsetzt, die die Massen aufrüttelt, auf daß sie die wahrhaftig geschichtliche Stunde erfassen, die Stunde zu erkennen vermögen. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich habe gestern den Wunsch ausgesprochen, es mögen auf diesem Parteitage abweichende Meinungen gegenseitig klar und deutlich Ausdruck finden. Dieser Wunsch wird, wie es scheint, reichlich erfüllt. Es könnte dies sogar in etwas ruhigerer und weniger aggressiver Weise geschehen. Aber, Parteigenossen, das ist kein Unglück. Wenn man vier Jahre nicht beisammen war und sich nicht gegenseitig seine Meinung sagen konnte, ist es begreiflich, daß, wenn man das erstemal wieder zusammenkommt und sich viel zusammengedrängt hat in jedes einzelnen Brust, alles stürmisch nach außenhin drängt und daß die Debatte heftiger ausfällt, um so mehr, wenn sie das Höchste und Wichtigste betrifft, das uns alle erfüllt. Wenn die Führung der Partei hier so heftig angegriffen wird, so sage ich Ihnen eines: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Mein Gewissen ist rein, daß wir mit den bescheidenen Mitteln — bescheidener als je seit meiner politischen Tätigkeit — die uns zur Verfügung standen, so viel geleistet haben. Wir haben die Partei erhalten, haben sie als Einheit erhalten und haben diesen Parteitag möglich gemacht. Das war kein leichtes Stück, und vielleicht wären diejenigen, die heute so klug, so überlegen über alles das reden, was man vor drei oder vier Jahren hätte machen sollen oder nicht, in Verlegenheit, wenn sie sagen sollten, auf welchem anderen Wege man die Einheit der Partei hätte zustande bringen sollen, ja noch mehr: wo es galt, die Existenz der Partei, die Existenz unserer politischen und — was ich nicht zu vergessen bitte — unserer gewerkschaftlichen Organisation zu erhalten.! Wir hätten nicht durchhalten können, was von Anfang an unser Bestreben war, wenn wir uns nicht den jeweiligen Verhältnissen, Möglichkeiten und Mitteln angepaßt hätten, die uns zur Verfügung standen. Glauben Sie nicht, daß ich den Sturm gegen die alten erbgesessenen Führer im Vorstande, diese heftigen Anklagen, daß ich — der ich doch auch einigermaßen daran beteiligt bin — das bedauere oder als schlechtes Zeichen

sehe. Im Gegenteil, es freut mich, daß aus jenen Stimmen, die so grell klingen und nicht so liebenswürdig sind, wie wir es um unsere Genossen verdient hätten, daß auch aus den — nach meiner Anschauung irrtümlichen — Anschauungen zu sehen ist, daß wir die Alten geblieben sind. Voll von Temperament, voll von Entschlossenheit zu handeln, voll auch von dem Bestreben, jeden, der anderer Ansicht ist, niederzuschreien. (Heiterkeit.) Wir haben vor uns ein Dokument — eine Erklärung wie es sich nennt, kurz, ein Dokument von Malkontenten. Ein Schriftstück, das ungleich ist in seinem Inhalt, das sich vor allem dadurch auszeichnet, daß es die Geschichte dieser drei und vier Jahre nur sehr lückenhaft berücksichtigt und mitunter den Eindruck macht, als ob die Vorbringer dieser Erklärung nicht alles miterlebt hätten, was wir Tag für Tag erleben mußten. Parteigenossen! Es ist heute leicht, anders zu reden, als man 1914 geredet hätte. (Max Adler: Man sollte auch heute anders reden!) Ich rede auch anders als im Jahre 1914. Es ist heute leicht, einen großen Teil unserer Erlebnisse einfach beiseite zu lassen und Dinge zu sagen, die heute so selbstverständlich klingen, die aber im Jahre 1914 sozusagen nicht möglich waren für Leute, die sich ihrer Verantwortung, der Lage der Partei und der ganzen Verhältnisse bewußt waren, unter denen sie arbeiten mußten. Die Erklärung teilt sich nicht paragraphenmäßig, aber immerhin in Gruppen von Argumenten. Ein Teil, und das ist wohl der größte, beschäftigt sich damit, offene Türen einzurennen. Es gibt eine große Menge Dinge darin, bei denen keiner sagen wird, das sei etwas, was man uns erst zu sagen braucht oder wozu man erst eine Linke eigens zu etablieren braucht. Sind es doch Dinge, mit denen wir aufgewachsen sind. Aber dadurch, daß man diese Dinge mit Leidenschaft und in einem anklägerischen Tone sagt, wird der Schein erzeugt, als ob wir anderer Anschauung wären. Diese Erklärung macht uns den Vorwurf, daß wir die Diskussion nicht genügend gepflegt hätten, daß wir die Partei nicht genügend demokratisiert, daß wir ein Monopol einiger Führer auf das politische Denken eingeführt hätten, das endlich zu brechen wäre. Parteigenossen! Nichts wird mich mehr freuen, als wenn Sie der Diskussion in unserer Organisation neue Anstöße bringen und sie heben, dazu hätte es aber nicht des Krieges, nicht all dieser Nöte bedurft, das wäre schon vor vier Jahren nötig gewesen; denn schon damals haben wir unter diesem Mangel schwer gelitten — zu meinem großen Bedauern. Wenn wir die Gründe untersuchen, was freilich eine weitschichtige Sache wäre, sehen wir vor allem eines: Wir sind eine überbürdete Partei, die alles, was sie unternimmt, gewissermaßen über ihre Kraft unternimmt, von allem Anfang an. Nicht die Partei allein ist überbürdet, auch jeder einzelne ist es, weil wir arm sind, arm an Menschen, die zerstreut unter sehr verschiedenen Verhältnissen leben und das in einem Staate, der schon allein ein Problem ist in seiner Gänze, in jedem seiner Teile und in allen seinen Erscheinungsformen, und uns deshalb so viel Aufgaben stellt, daß wir ihnen kaum gewachsen sein können. Aber das eine kann ich sagen, und das wird nicht einmal Genosse Max Adler leugnen können, der uns ja über die Anfangsgründe des Sozialismus sehr maßgebend (Heiterkeit) belehrt hat, daß wir irgendwie die Diskussionsmöglichkeit eingeschränkt haben. Es war im Gegenteil. Wir haben gerade während des Krieges gezeigt, daß wir abweichende Ansichten, abweichend von der Ansicht des Parteivorstandes haben aussprechen lassen auf dem Papier des offiziellen Organes der Partei, auf das wir Einfluß haben. Wir haben sogar — nicht gerade nach dem Wunsche der Führer der Linken — uns Schranken auferlegt und haben alle reden lassen. Es ist niemand gedrosselt worden, wir haben niemand den Mund verbunden. Jeder konnte in seinem Kreise, in seiner Organisation aussprechen, was er wollte, und kann es auch heute.

Wenn also der Vorwurf eines Mangels an Diskussion, der Anwurf eines Monopols auf politische Meinung gegen irgend jemand gerichtet wird, dann ist es ungerecht. Es müssen andere Gründe und Ursachen sein, und Sie wissen es ja selbst, womit Sie es zu tun haben. Was aber unsere Verhältnisse im Kriege anbelangt, so würde ich, wenn Genosse Seliger nicht so drastisch wahrheitsvoll und der Wirklichkeit entsprechend alles gesagt hätte und ich mich daher darüber nicht weiter zu verbreitern hätte, sagen müssen, daß die Meinung, als ob wir aus der Sozialdemokratie einen Wohltätigkeitsverein gemacht hätten, nur bei Leuten bestehen kann, die — ich will niemand nahetreten — von dem eigentlichen Leben des Proletariats, von dem, was den Menschen bewegt, und von dem, was jeden Augenblick notwendig war, nicht die geringste Ahnung haben. Parteigenossen, Sie wissen es und ich rufe jene, die den engeren Beratungen zugezogen waren, zu Zeugen. Für uns hat es sich

darum gehandelt, in erster Linie durchzuhalten. Heute können Sie ganz anders reden als im Jahre 1914. Nach der russischen Revolution und nach allem, was vorgegangen ist, jetzt sind Sie weise und wissen retrospektiv, was Sie früher hätten machen sollen. Sie haben uns aber auch damals die russische Revolution nicht vorhersagen können. Aber damals hat es sich nur darum gehandelt, die Partei durchzuhalten, und wenn sie geistig durchgehalten werden sollte, mußte sie vor allem materiell durchgehalten werden, und das nach zwei Seiten: Erstens mußte nach Kräften dafür gesorgt werden, daß die Leute, aus denen sie besteht, nicht mehr hungern, als unbedingt notwendig ist. Zweitens aber, und das rechne ich schon zu der geistigen Seite — ich weiß nicht, ob auch Sie; ich habe nicht so ätherische und übermenschliche Meinungen über das Geistige der Partei — mußten wir auch den Beweis erbringen, daß die Partei der Anwalt, der Vertreter, der Helfer der Arbeiterschaft ist — im Kriege ebenso wie im Frieden. Wir mußten das Vertrauen der Arbeiter auch durchhalten im Kriege. Und gestatten Sie, daß ich an dieser Stelle den Genossen, die da sind, und denen, die nicht da sind, den Männern und Frauen dafür danke, daß sie gearbeitet haben im Sinne des Sozialismus und der sozialistischen Solidarität (Beifall); daß sie sich nicht nur um das einzelne verdient gemacht haben, sondern um das Leben und die Zukunft der Partei, und wenn sie nicht an jedes Wort, an jede Handlung, bei den Unterhaltsbeiträgen, bei der Zufuhr von Brot ꝛc., programmatische Erklärungen geknüpft haben, nehme ich, der ich darin viel mitgemacht habe, es ihnen gar nicht übel. Der Arbeiter versteht es schon, aus welchem Geiste unsere Organisationstätigkeit geboren und von welchem Geiste sie getragen ist, ohne daß man ihm bei jedem Schritte an die Nase binden muß, daß es gegen den Kapitalismus geht. Wir lassen uns die Arbeit, die da geleistet worden ist, nicht herabsetzen und nicht verekeln, nicht für die Gegenwart und nicht für die Zukunft, denn wir sind noch lange nicht am Ende und wir wissen nicht, was uns bevorsteht. Ich erkläre hier, daß ich überzeugt bin, im Geiste unseres Hainfelder Parteiprogramms gehandelt zu haben, im Geiste der alten Satzungen, daß das Wesen unserer Partei darin besteht, die Arbeiterklasse geistig und physisch kampffähig zu erhalten zur Erreichung ihres Zieles. Was Sie als Interventionen ansehen und herabsetzen, waren zum Teile übermenschliche Leistungen, es waren nicht Interventionen um Gnade, sondern Interventionen zur Ausübung des Einflusses, zur Ausübung von Macht, die wir schon erreicht haben und die nur durchzusetzen war auf Grund schon getaner Arbeit. Vergessen Sie ein zweites nicht. Wir haben nicht nur interveniert, wir haben auch in Bezug auf die praktische und gegebene Lage in jedem Momente der Regierung — nicht als Bitte, sondern als Forderung des Proletariats — Vorschläge unterbreitet, die, wenn man uns gefolgt hätte, vieles von dem Elend verhindert hätten, das heute über die Völker gekommen ist. Unterschätzen Sie das nicht und lassen Sie sich durch den etwas überlegenen Ton dieser Erklärung nicht verleiten, es geringzuschätzen, daß von allem Anfang an die Sozialdemokratie die einzige war, die gewußt hat, was sie zu fordern hat, welches die Mittel und welches die Notwendigkeiten im Kriege sind.

Wenn wir dann noch gewarnt werden, den Scheinparlamentarismus in Oesterreich zu überschätzen, so hat das für mich einen eigentümlichen Beigeschmack, denn ich und die meisten von uns haben die Aera Stürgkh ohne Parlament und den Kampf um das Parlament am eigenen Leibe miterlebt. Wir wünschen nicht, den Leuten, die das Parlament nicht wollen, soweit es Schein und soweit es Wirklichkeit ist — es ist auch ein gutes Stück Wirklichkeit — Wind in die Segel zu geben. Ich glaube auch nicht, daß es den Genossen, die sich da als Linke aufgetan haben, vor zwei Jahren möglich gewesen wäre, diese Sätze zu schreiben oder zu sprechen. Aber der Hauptvorwurf, der hier gemacht wird, ist, daß die Partei nicht im Jahre 1914/15 die Politik gemacht hat, die sie im Jahre 1917 machen kann. Daß die russische Revolution und alles, was damit zusammenhängt, daß die Zustände, die der Krieg mit sich gebracht hat, im Lichte der russischen Revolution gesehen — Möglichkeiten, Umwälzungen im Denken, Umwälzungen in den Anschauungen mit sich gebracht hat, die eben damals nicht vorhanden waren, das wird niemand leugnen. Aber ich glaube, es ist ungerecht und unbillig — unbillig, aber sehr billig — heute Vorwürfe zu erheben, daß man nicht schon im Jahre 1914 gemacht hat, was heute vielleicht möglich ist.

Genossen! Sie haben allenthalben offene Türen eingerannt; ich kann nicht alles anführen, aber eines liegt mir am Herzen zu sagen: Sie haben in Ihrer

Erklärung die Forderung ausgesprochen, man möge die Parteien draußen in Deutschland, Majorität und Minorität, auf gleichem Fuße behandeln. Sie werden schon verzeihen, man kann eine Partei nicht behandeln, bevor sie existiert. Es ist kein gerechter Vorwurf, daß wir die Minorität in Deutschland, die sich erst in den letzten paar Monaten als Partei erklärt hat, ob wir den Schritt nun billigen oder nicht, nicht auch von uns als Partei anerkannt und zu diesem Parteitage eingeladen haben. Sie können nicht von uns verlangen, daß wir prophetisch schon in früherer Zeit diese Gruppe, die damals eine Minorität war, eingeladen hätten.

Sie erzählen in Ihrer Erklärung, daß ein großer internationaler Zusammenhang besteht mit den Minoritäten in den anderen Ländern. Ich will nicht untersuchen, ob die prinzipiellen und taktischen Grundlagen dieselben sind hier in der Linken, in der unabhängigen Arbeiterpartei in England, in der Minorität in Frankreich u. s. w. und in der einen Gruppe der russischen Sozialdemokratie, die Sie herausheben ... (Therese Schlesinger: Nein, es heißt „internationale Parteien in Rußland"!) Ja, ja, Sie wissen schon, daß ich recht habe, wenn auch dort die Mehrzahl steht. (Therese Schlesinger: Nein, Sie haben nicht recht! Das ist ein Irrtum.) Dann fragen Sie den, der es weiß.

(Der Redner wird unterbrochen, weil die Redezeit abgelaufen ist. Es wird ihm die Fortsetzung seiner Rede gewährt.)

Es ist ja nicht leicht, gegenüber diesem Schriftstück kurz zu sein. Es wird gesagt — morgen oder übermorgen werde ich ja darüber noch sprechen — daß diese gedankliche Uebereinstimmung in Zimmerwald ihren internationalen Ausdruck fand. Ich weiß, in welchem Teile von Zimmerwald. Es gibt auch dort die große Kirche, auch Zimmerwald hat Unterkirchen. Also nur mit Bedacht, und nur nicht Dinge sagen, die den Tatsachen nicht vollständig entsprechen. Wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich haben — und der ist unwahr, der es zu leugnen versucht — im Maße der Möglichkeit für den Frieden und gegen den Krieg gekämpft nicht nur vor dem Kriege, was ja selbstverständlich ist, sondern von der ersten Stunde des Krieges an. Wir haben uns nicht identifiziert mit dem Kriege, sondern wir haben die Notwendigkeit anerkannt, eine Niederlage von uns abzurücken. Und, Parteigenossen, der Krieg war im Jahre 1915 und 1916 der Krieg gegen den Zarismus, er hatte ein ganz anderes Gesicht als der Krieg gegen die siegreiche russische Revolution. Es ist billig, heute den Vorwurf zu erheben, daß wir uns damals hätten benehmen sollen, als ob die russische Revolution vollzogen gewesen wäre, als ob an unseren Grenzen damals nicht die Heere des Zaren gestanden wären. Ich sage, es ist billig, heute so klug zu sein. Wir waren es nicht und, verzeihen Sie, wir hoffen, daß wir uns bessern werden. Aber eines sage ich Ihnen: ich nehme, für meine Person wenigstens, das, was in diesem Schriftstück an Anklagen ist, daß wir den Reformismus wollen, daß wir uns dem Ministerialismus nähern, nicht tragisch. Das erstemal, als wir eine Verlockung zum Ministerialismus hatten, ist das halblächelnd zurückgewiesen worden. Man hat uns aufgefordert, in ein Ministerium zu treten, und wir haben das ohne viel Aufhebens abgelehnt. Wir hätten ja daraus eine revolutionäre Tat machen können, aber wir haben das nicht getan, wir haben das als selbstverständlich betrachtet. Wenn Dr. Schacherl Vergleiche mit Antonius aus Julius Cäsar stellen will, so soll er ruhig abwarten, vielleicht ist sein literarisches Zitat ganz falsch, und man kann doch nicht auf solche Vorstellungen Anklagen gegen Männer richten, die in ihrem ganzen Leben voll von Tätigkeit für die Partei waren, die gezeigt haben, daß sie keine Antoniusrollen prätendieren und nach Kronen nicht geizen. Ich muß schon sagen, es kommt mir ein bißchen übertrieben vor, wenn man uns hier mit solchen Argumenten angreift. Es kommt mir sehr unangebracht vor, wenn man literarische Kontroversen gegen Artikel und Bücher in Erklärungen auf dem Parteitage abgibt. Wem das Buch von Dr. Renner nicht gefällt — ich erkläre, daß mir daraus auch manches nicht gefällt, manches aber ja — der soll ganz einfach ein anderes Buch schreiben. Das steht ihm frei. (Heiterkeit.) Aber die Parteivertretung dafür verantwortlich zu machen, geht denn doch nicht an. Dafür ist Dr. Renner verantwortlich. Die Artikel des Genossen Pernerstorfer, die er da und dort geschrieben hat, haben zum Beispiel auch mir sehr wenig behagt. Pernerstorfer liegt heute, was mir sehr schmerzlich ist, ernstlich erkrankt im Bette. Es tut mir leid, daß er seine Sache hier nicht selbst vertreten kann. Er hätte das mit der ihm eigenen Energie und dem ihm eigenen Temperament getan. Aber

wie können Sie aus vereinzelten Anschauungen Vorwürfe schmieden gegen die Meinung der Partei? Halten Sie die für so gefährlich?

Ich anerkenne die Loyalität der Erklärung, daß die Linke im Innern der Partei wirken will. Aber ich sehe keinen Grund zu dem verurteilenden Verdikt, das über unsere ganze Tätigkeit gesprochen wird. Wenn zuletzt noch vorgebracht wurde, daß wir die Maifeier anfangs anders machen wollten, da wird die Kleinigkeit übersehen, daß zwischen den ersten Beschlüssen und der schließlichen Form nichts Geringeres als die russische Revolution (Zwischenrufe) und mit ihren Wirken liegt. (Ekgret: Die Erklärung der Russen vom 22. April, daß sie die Maifeier begehen wollen.) Sie wissen so gut wie ich, daß die Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht entstanden ist durch das erste Telegramm über die russische Revolution, sondern sich erst hat bilden müssen. Außerdem vergessen Sie nicht, daß wir auch auf die Gewerkschaftsorganisationen Rücksicht nehmen und erkunden mußten, wie weit es möglich ist, das zu tun, was dann zu unserer Freude sich als möglich ergeben hat. Für den Frieden sind wir von Anfang an eingetreten, und es ist ungerecht, von uns zu verlangen, daß wir anfangs 1915, als wir das erstemal mit der deutschen Partei zusammentrafen, so hätten reden können wie heute. Es ist Genossen Schacherl bekannt, daß wir eine parlamentarische Aktion, die weitergeht, im heutigen Moment für möglich und geboten halten. Aber es war damals nicht möglich, was wir heute planen. Die etwas schwarzseherische Auffassung des Genossen Schacherl über die österreichische Regierung teile ich nicht. Das nur nebenbei. Parteigenossen! Erfüllen Sie sich nur recht mit revolutionärem Geiste! Je mehr Sie es tun, desto besser. Dann tun Sie aber mit dem revolutionären Geiste in jeder Stunde, was diese Stunde möglich macht, und glauben Sie nicht, daß man mit allgemeinen, noch so hinreißenden Reden Bäume ausreißen kann und die Dinge, die uns vielleicht noch bevorstehen, wird überwinden können. Paul Richter hat sehr beweglich gefragt: Wenn heute nicht, wann denn? Brav, ich stimme ihm zu, aber er hat nicht gesagt: was denn? Das ist eine schwere Sache. Die Genossen, die leicht rufen können, weil auf ihren Ruf niemand kommt, haben viel leichtere Aufgaben und sind weniger verantwortlich als die, die wissen, daß, wenn sie rufen, die Genossen auch kommen, weil die breiten Schichten der Arbeiter das Vertrauen zur Führung der Partei haben, weil sie wissen, die Partei werde nicht rufen, wenn kein Ergebnis in Aussicht steht, als Opfer. Wir sind entfernt davon, Opfer zu scheuen, aber wir sind auch davon entfernt, uns durch Temperament hinreißen zu lassen zu Demonstrationen, ohne einen anderen Erfolg als unsere Ohnmacht zu zeigen.

Tun wir, was in unserer Macht steht, nicht weniger, aber auch nicht mehr! Das heißt: gehen wir über die gegebenen Möglichkeiten nicht hinaus. Welche Möglichkeiten und welche Pflichten das Ende des Krieges noch bringen wird, weiß ich so wenig wie irgend jemand, und auch die Genossen der Linken wissen es nicht, wenn sie auch so tun, als wüßten sie alles — etwas, was geradezu aufreizend ist, weil es immer so scheint, als wären nur sie gescheit. Aber halten wir einig fest: bleiben wir beisammen, bleiben wir eins, halten wir das Bewußtsein unserer Einheit und Geschlossenheit aufrecht! Daß wir das tun konnten, daß dieser Parteitag trotz aller Meinungsverschiedenheiten die Partei als einiges Ganzes darstellt, ist der beste Beweis, daß die Parteivertretung ihre Pflicht getan und ihre wichtigsten Aufgaben erfüllt hat. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Seitz**: Am Beginne des Krieges hatten wir in München eine Unterredung mit einigen Genossen über die Stellung der Partei zum Kriege, zu Kriegskrediten, Durchhalten, Landesverteidigung und dergleichen. Wie immer in solchen Diskussionen verwiesen einige Genossen mehr auf die Pflichten der Partei gegenüber der Internationale, andere auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung. Oder, um es anders auszudrücken, die einen legten mehr Nachdruck auf die Zukunftsziele, auf die Ueberwindung des Kapitalismus durch die vereinigte internationale Kraft des Proletariats, die anderen auf die Gegenwartspflichten. Es war die alte Diskussion über die in der Partei immer bestehenden zwei Tendenzen: die Zukunftstendenz und die Gegenwartstendenz. Ich weiß nicht mehr, wer von uns für die eine und wer für die andere Richtung gesprochen hat. Ich weiß nicht mehr, ob ich etwa gegenüber einem Genossen von links gerade genötigt war, mehr die Pflichten der Gegenwart zu betonen oder gegenüber einem rechtsstehenden Nur-Durchhalter die Pflichten gegenüber der Zukunft und der Internationale. Jedenfalls war es einer von denen, die es sich sehr leicht machen, indem sie immer nur von

einer Pflicht und von einer Aufgabe der Sozialdemokratie reden und dabei glauben, wer weiß wie klug, vor allem wie charakterhaft und unbeugsam sie sind. Da machte einer der Genossen einen guten Witz, in dem aber viel Ernst steckt: Wie wäre es, wenn wir vereinbarten, die Partei in zwei Teile zu spalten? Bewußt und planmäßig! Dann können wir beiden Aufgaben genügen und es kommt nur darauf an, eine gute Verbindung zu halten. Aus dem heiteren Witz ist leider eine traurige Tatsache geworden: eine Spaltung der deutschen Partei ohne Plan und ohne Bindeglied. Diese Tatsache enthebt keine der beiden Gruppen, die zweite Pflicht ganz zu vergessen, sie befreit keine von den Schwierigkeiten, sie vergrößert sie nur für beide und ganz besonders für die Gesamtbewegung. Es nützt uns eben nichts, wir kommen um die Schwierigkeit nicht herum, wir müssen uns immer bewußt sein, daß es ein Gebot kluger Taktik der Sozialdemokratie jedes Landes ist, bei der Erhaltung der Einheit der Partei in jedem historischen Momente beiden Tendenzen zu dienen, abzuschätzen und abzuwägen, wie weit man der Zukunft und der Internationale Rechnung zu tragen hat und wie weit der Gegenwart, wie weit man die Arbeiter zu erziehen und aufzurichten hat zum Kampfe für die Internationale, für die Revolution zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft, und wie weit man sich im gegebenen Momente der Pflichten zu erinnern hat, das Proletariat physisch und geistig kampffähig zu machen, damit es einst seinen großen Aufgaben gerecht werden kann. Diese richtige Mitte in jedem einzelnen historischen Momente zu finden ist nicht nur eine schwere, es ist vor allem eine wenig dankenswerte Aufgabe.

Es ist weitaus leichter, mit den allerradikalsten Redensarten in Versammlungen zu prunken, es ist weitaus leichter, sich mit frivolen Scherzen hinwegzusetzen über die „Wohltätigkeitsvereine", und es ist umgekehrt auch weitaus leichter, sich mit ebenso frivolen Scherzen hinwegzusetzen über die Revoluzzer und über die Narren, die nur dem radikalen Intellektualismus anhängen, die immer nur den Kladderadatsch vor Augen haben und Not und Elend der Gegenwart nicht sehen. Beides ist leicht. Schwer aber ist, in jedem Momente die richtige Mitte einzuhalten. Das ist die schwierige, die verantwortungsvolle, die undankbare Aufgabe eines sich seiner Pflicht bewußten Parteivorstandes.

Wir haben hier eine Resolution vom Bezirke Landstraße, die in unmittelbarem Zusammenhange steht mit der Erklärung der sogenannten Linken. Das ist eine Resolution, die unsere Sympathien bekundet für Fritz Adler. Ich habe das Glück gehabt, seit vielen Jahren Genossen Fritz Adler meinen Freund zu nennen — ich nenne mich heute noch seinen Freund, obwohl ich nicht weiß, wie weit er das zulassen würde und ob er mich als Mitglied dieses verfehmten Parteivorstandes nicht verachtet oder mir mindestens die Freundschaft gekündigt hat. Aber ich hege — das kann er mir nicht verbieten — für ihn heute dieselben Sympathien wie vor dem 21. Oktober 1916. Ich weiß, daß Fritz Adler alles, was er je getan hat — ich betone das Wort „alles" — nur getan hat aus den edelsten Motiven, selbstlos und nach seinem besten Wissen und Gewissen im Interesse der Partei. Ich verurteile — das gestehe ich ebenso offen — und bekämpfe die Ansicht, daß die Sozialdemokratie oder irgendeine andere politische Partei berechtigt sei, sich ihrer Gegner dadurch zu erwehren, daß sie sie in ihrem Hause oder in ihrem Gasthause aufsucht, um sie unschädlich zu machen. Ich halte das für eine absolut falsche Taktik und ich würde es unendlich bedauern, wenn diese Taktik im öffentlichen Leben Anhänger gewänne. Aber dem Fritz Adler etwas Schlechtes zu unterschieben, eine schlechte Gesinnung, das wäre falsch. Und doch, Genossen, er hatte meines Erachtens einen großen Fehler, den ich ihm in allen den vielen Diskussionen, die ich mit ihm hatte, oft bis drei Uhr früh, vorhielt: Er sah immer nur das eine. Ich habe ihm oft gesagt: „Gerade Sie als ein wissenschaftlich so gebildeter Mensch, der so viel weiß, haben die Pflicht, auch klug und weise zu sein, gerade Sie haben nicht das Recht, sich einseitig auf einen Standpunkt zu stellen, weil Sie genau wissen, welchen groben Fehler wir begehen, wenn wir die Partei ausschließlich nach einer Richtung schieben. Gerade Sie hätten die Pflicht, zwischen den zwei auch von Ihnen als notwendig anerkannten bestehenden Tendenzen die richtige Mitte zu suchen und so in dieser schweren Zeit immer das ausgleichende, das führende Element zu sein."

Aber ich habe mich anderseits auch nicht gescheut, offen dem Genossen zuzustimmen, der, als Genosse Fritz Adler nicht mehr war, einmal zu Renner gesagt hat: „Lieber Freund, Du glaubst, weil Fritz Adler nicht mehr da ist, kannst Du Dir schon alles erlauben!" Ich habe wiederholt dem Genossen Renner den Vorwurf ge-

macht, daß auch er nicht freizusprechen ist von dem Fehler des Fritz, daß auch er immer nur an eine Tendenz denkt, daß er immer nur für die Gegenwart arbeitet und immer nur für das, was der Arbeiter gerade heute braucht — das heißt, ich glaube nicht, daß er nicht auch an die Zukunft denkt, aber er übersieht mindestens zu sehr seine Pflicht, immer doch auch der anderen Tendenz Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, daß die Massen, besonders unsere organisierten Massen, auch nach der anderen Richtung hin erzogen werden — er überläßt das dem Fritz Adler und seinen Freunden.

Nun, Genossen, jede der beiden Gruppen hat recht, nur macht es sich jede zu leicht, die schwierige Aufgabe überläßt sie dem Parteivorstande. Und was kommt am Schlusse für ihn heraus? Daß er natürlich an allem schuld ist, was schlecht ist in der Welt und daß ihm von beiden Seiten Vorwürfe gemacht werden. Das ist ganz gut so, das ist der Welt Lauf und wir sind es gewöhnt. Da ist gesagt worden, daß der Vorstand zu wenig gegen die kriegshetzerische Politik des Nationalverbandes getan hat. Ich glaube nicht, daß es in unserer ganzen parlamentarischen und außerparlamentarischen Tätigkeit je einen Augenblick gegeben hat, wo wir nicht den Kampf geführt haben gegen den Nationalverband. Die Genossen, die diesen Vorwurf erheben, hätten es vielleicht gar nicht gewußt — denn die Dinge waren sehr anonym — was der Nationalverband gemacht hat, wenn wir nicht in der „Arbeiter-Zeitung" den Nationalverband wegen dieser kriegshetzerischen Politik so heftig bekämpft hätten. Aber der wichtigste Vorwurf ist: der Parteivorstand sei zu wenig revolutionär, der Parteivorstand betone zu wenig die Aufgaben der Internationale, er erziehe zu wenig für die Zukunftsaufgaben. Nun, ich lasse mir sehr viel einreden — auch von Genossen Max Adler — aber daß von irgendeinem Mitgliede des Parteivorstandes gesagt werde, daß er weniger Mut habe und weniger revolutionär sei als Dr. Max Adler, das lasse ich mir nicht gefallen.

In der Erklärung ist derselbe Fehler, der in der ganzen Haltung einzelner Genossen zu finden ist. Wenn man die Erklärung durchliest, findet man über die Taktik der Partei und über ihre prinzipielle Stellung zum Kriege manch richtiges Wort. Die ganze Erklärung aber hat den großen Fehler, daß sie den zweiten Pflichtenkreis der Partei außer acht läßt. (Widerspruch.) Wenn das nicht richtig ist, wenn die Genossen auch die Gegenwartsarbeit als nützlich und notwendig anerkennen, wenn sie zugeben, daß es notwendig ist, für die Unterhaltsbeiträge der Kriegerfrauen, für die Behebung der Ernährungsnot, für den Schutz der Kriegsleister u. s. w. einzutreten, dann geben sie ja zu, daß wir neben den Pflichten für die Zukunft auch Pflichten für die Gegenwart haben, daß wir gezwungen sind, für das physische Leben der Arbeiter in der schweren Zeit des Krieges zu wirken. Aber mit welchem Rechte verhöhnen Sie dann diese Tätigkeit als bürgerliche Humanität, als Tätigkeit eines Wohltätigkeitsvereines? Alle diese Dinge waren nie ausschließlich und allein die Aufgabe des Parteivorstandes und werden es nie allein sein. Der ganze Gegensatz besteht darin, daß die einen glauben, man sollte mehr die Zukunftsaufgaben betonen, und nicht den Mut haben, zu sagen, die Gegenwartsarbeit sei zwecklos, während die anderen wirklich oft nur von der Gegenwartsarbeit reden und zu sehr des anderen Pflichtenkreises vergessen.

Wenn man sagt, es sollen mehr Diskussionen sein, so heißt das, das Abc predigen. In wie vielen Fällen hat der Vorstand selbst die Initiative zu solchen Diskussionen ergriffen! Als wir in Wien die erste große, viele Wochen dauernde Diskussion im Parteihause hatten, gaben wir zugleich die Anregung in die Provinz, auch dort solche Abende zu veranstalten. Sie wissen, wie sich jeder von uns bemüht, die Diskussionen zu fördern und damit die Meinungen zu klären. Sowohl dieses Arbeiterheim im 10. Bezirke wie jedes andere kann Zeugnis dafür ablegen. Es liegt ja auch im Interesse des Parteivorstandes, zu diskutieren, und es wäre töricht, dieses Interesse nicht zu verfolgen.

Was den Vorwurf betrifft, es sei die deutsche unabhängige Partei nicht beachtet worden, so weiß ich nicht, worauf er beruht. Umgekehrt, wir haben diese unabhängige deutsche Partei erst aufgesucht, sie darauf verwiesen, sie möge, wenn sie schon bedauerlicherweise eine neue Partei geworden ist, eine offizielle Kundgebung erlassen, sie möge ihre Adresse angeben und mit dem internationalen Büro und den Bruderparteien in Verbindung treten. Wir haben sie zu diesem Parteitage eingeladen und auch mit den leitenden Genossen, als wir in Berlin waren, über Stockholm verhandelt.

Wenn gesagt wurde, wir sollen auch die Regierung des Deutschen Reiches zu offenen unzweideutigen Bekanntgaben ihrer Friedensbedingungen veranlassen, verweise ich außer auf viele andere unserer Kundgebungen auf unser erstes Wort im Parlamente, das immer wiederholt wird.

Wenn gesagt wird, die Linke lehne jede Bewilligung des Budgets des Klassenstaates, Kriegskredite und die Teilnahme an der Regierung unbedingt ab, und wenn das in einer Erklärung steht, die den Gegensatz zur übrigen Partei und zum Parteivorstande kennzeichnen soll, dann muß man schon sagen: Was heißt das? Haben die Genossen geschlafen, haben sie nicht gesehen, daß der Abgeordnetenklub die Vorlagen über die Kriegskredite auf das entschiedenste bekämpft hat, daß wir das Budget in namentlicher Abstimmung abgelehnt haben, daß wir die allerdings kindlich-naiven Angebote der Regierungen Clam und Seidler, wir sollten während des Krieges in ein österreichisches Ministerium eintreten, ablehnten und erklärten, daß wir das weder können, noch tun wollen? Wenn ich auch mit vielem, was Renner sagt und schreibt, nicht einverstanden bin: Sobald er mit dem „Ministerialismus" in Zusammenhang gebracht wird, muß ich erklären, daß er in dem Augenblicke, da ihm zugemutet wurde, in die Regierung einzutreten, es abgelehnt hat. Ich weiß allerdings nicht, ob er sich dabei für alle Zeiten verschworen hat, was ich auch nicht tun möchte. (Heiterkeit.) Aber er hat sofort erklärt, soweit es sich um eine Aufforderung an den Klub handle, einen Vertreter ins Ministerium zu entsenden, werde dieser selbst durch das Präsidium die Antwort geben und soweit es sich um ihn persönlich handle, lehnt er sofort ab. (Mathilde Eisler: Es wird ja auch kein Vorwurf daraus gemacht.) Aber in dem Zusammenhange, wenigstens in dem räumlichen, in dem in der Erklärung vom Ministerialismus und von Renner gesprochen wird, kann man es schwer anders deuten.

Auch bei der Forderung nach Einberufung konstituierender Nationalversammlungen weiß ich nicht, ob die Genossen nachreden, was wir schon lange gefordert haben, oder ob sie etwas Neues zu sagen glauben. Schon vor langer Zeit haben wir im Parlament dargelegt, daß der einzige Weg zur Ermöglichung eines vernünftigen Zusammenlebens der Völker nur ist, daß man die Nationen konstituiert, das heißt ihre Vertreter auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes zu einer konstituierenden Versammlung zusammenführt. Auf Seite 4 sagt die Erklärung, daß „alle Fragen der inneren und der äußeren Politik nicht nach dem Sonderinteresse der deutschen Nation oder des österreichischen Staates, sondern nach dem allgemeinen Interesse des ganzen internationalen Proletariats beurteilt werden müssen". Je genauer ich den Satz lese, desto mehr sehe ich, daß auch dieser Satz nicht so unrichtig ist, wie er im ersten Momente scheint. Zuerst habe ich ihn oberflächlich — wie wir schon sind — so verstanden, als wollten die Genossen sagen, daß man alles, was in der inneren und äußeren Politik geschieht, nur nach dem allgemeinen Interesse des ganzen internationalen Proletariats zu beurteilen habe. Auch diese Ansicht wird oft vertreten und mein Irrtum ist begreiflich, weil ich gerade dem Genossen Fritz Adler oft den Vorwurf machen mußte, daß seine Theorien logisch zu dieser falschen, weil einseitigen Auffassung führen müssen. Aber es ist hier anders. Es wird nicht das Gesamtinteresse des Proletariats in Gegensatz gestellt zu den speziellen Interessen des Proletariats jeder Nation — so gestellt, wäre es eine wichtige parteitheoretische Frage, die ich nicht im Sinne Fritz Adlers beantworten wollte — sondern es werden einander gegenübergestellt das allgemeine Interesse des gesamten internationalen Proletariats und das Sonderinteresse der deutschen Nation oder des österreichischen Staates. Da darf uns wohl niemand zum Vorwurf machen, daß wir gegenüber den Sonderinteressen des österreichischen Staates oder der deutschen Nation das Gesamtinteresse des Proletariats zurückgestellt haben. Wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns besteht, so könnte es höchstens die sein, daß einzelne unserer Genossen der Ansicht sind, daß unsere ganze Stellung nur zu bestimmen ist von dem einseitigen Standpunkte des Gesamtinteresses des internationalen Proletariats ohne Rücksicht auf das Interesse des Proletariats einer Nation, während wir der Ansicht sind, daß wir allerdings die Gesamtinteressen des Proletariats der ganzen Welt in Einklang zu bringen haben mit unseren eigenen, mit den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen des Proletariats unseres Volkes. Diese ganz außer acht zu lassen, wäre gewiß ein grober Fehler, ja es wäre geradezu ein Anreiz, bei der Beurteilung der allein maßgebenden Gesamt- und Einheitsinteressen des Proletariats der Welt die notwendige Objektivität außer acht zu lassen. Wir haben in

unserer Politik immer die richtige Mitte eingehalten und haben immer beiden Interessen die gebührende Beachtung geschenkt.

Aus allen diesen Gründen kann ich also nicht einsehen, was die Erklärung eigentlich will, es wäre denn, daß die Genossen den Zweck verfolgen, nach außen hin, nach Rußland, nach Frankreich, nach England, zu bekunden, daß auch in Oesterreich eine starke organisierte Minderheit bestehe, und daß man auf diese Minderheit rechnen könne, so wie bei uns unverbesserliche Schwärmer auf die Minderheiten in Frankreich und England für gewisse Zwecke rechnen. Aber ich glaube, selbst wenn sich die Genossen von solchen Erwägungen leiten lassen, verfehlt das Mittel den Zweck: auch die Tatsache einer organisierten Minderheit wird die Franzosen und Engländer nicht bestimmen.

Anderseits liegt aber eine große Gefahr vor, die Gefahr, daß eine solche Sondererklärung der Anfang einer Spaltung der Partei ist, (Widerspruch) bitte, daß eine solche Sondererklärung mindestens der Anfang ist einer Absonderung und einer Sonderorganisation, die Sie heute gewiß nicht beabsichtigen, die Sie dann aber vielleicht nicht hindern können, und daß man mit einem Mittel, das vielleicht im Interesse der Weltpolitik gut gemeint, aber ein untaugliches Mittel ist, auf dem Gebiete der inneren Politik und der Parteipolitik in Oesterreich einen verhängnisvollen Fehler begeht. Wenn die Internationale wieder auferstehen und im Interesse des Friedens wirksam werden soll, dann nur durch die Vereinigung der großen Massen des organisierten Proletariats jedes einzelnen Staates. Die Minoritäten der einzelnen Staaten werden niemals imstande sein — so wenig wie die Majoritäten allein — die großen Aufgaben der Internationale für den Frieden zu erfüllen. Diese Aufgaben können nur geschlossene, einheitliche, in sich selbst gefestigte nationale Gruppen der Sozialdemokratie der Welt bei brüderlichem Zusammenschluß unter Achtung vor den speziellen Interessen jeder Nation bewältigen. Wirken werden wir nur für den Frieden, wenn in Oesterreich, in Frankreich, in England, in Rußland und Deutschland je die sozialdemokratische Arbeiterpartei geschlossen und einheitlich wirkt, sowohl nach außen als auch nach innen gegen die Kriegshetzer und gegen die herrschenden Regierungen. Insbesondere wir in Oesterreich werden für den Frieden nur wirken, wenn wir eine geschlossene, einheitliche Partei sind.

Wehe uns, wenn wir nach diesem unsagbar furchtbaren Kriege uneinig in die Friedensarbeit kommen, wehe uns, wenn die Unternehmer über uns herfallen und die Schwäche der Gewerkschaften und unserer Organisation werden benützen können, um die Arbeiterklasse noch mehr zu knechten als vor dem Kriege und im Kriege, wehe uns, wenn die schweren Zeiten kommen, und wenn sie ein zerspaltenes, ein in sich uneiniges Proletariat treffen! Wir können unseren großen Aufgaben, die uns nach dem Kriege gestellt sind, in der Internationale wie in der inneren Politik nur gerecht werden als eine einheitliche, geschlossene, internationale Sozialdemokratie Oesterreichs. Deshalb möchte ich mit allem Nachdruck und besonders im Interesse unserer Friedensarbeit vor jeder Spaltung, ja vor jeder Scheidung warnen. Hoffen wir, daß dieser Parteitag herstellt und für alle Zeiten sicherstellt die Einheit und Geschlossenheit der Partei. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Tomschik** eröffnet die Sitzung.

Die

Debatte über die Erklärung der Linken

wird fortgesetzt.

Abgeordneter **Hillebrand**: In der gestrigen Diskussion hat ein Redner gemeint, der ganze Komplex von Problemen, die von der Linken aufgerollt wurden, könne am besten dadurch abgetan werden, daß, solange Viktor Adler an der Spitze steht, wir uns ruhig und bedenkenlos seiner Führung überlassen können. Das ist selbstverständlich ein Standpunkt, auf den sich der Parteitag nicht begeben kann. Ebensowenig, wie es einen unter uns gibt, der dem Genossen Adler nicht die allergrößte Verehrung entgegenbrächte, können wir uns einer solchen Anschauung anschließen, die geradezu die Bankerotterklärung der Partei bedeuten und Dr. Adler sozusagen zum geistigen Konkursmasseverwalter der Partei machen würde. (Kohn: So war das nicht gemeint!) Es könnte aber so aufgefaßt werden und deshalb muß

man sich gleich dagegen wenden. Es ist nicht zu verkennen, daß im Verlaufe dieser Kriegsjahre die Entwicklung der Gesamtpartei einen Zug nach links gemacht hat, und es ist jetzt zweifellos in der Gesamtheit der Partei eine ganz andere Auffassung als auf der ersten Reichskonferenz, wo gesagt wurde, wir müßten in den Krieg ziehen nicht nur weil wir ihn nicht verhüten konnten, nicht nur weil er da ist, mit zusammengebissenen Zähnen, sondern sozusagen mit Begeisterung, als Sozialisten. So sieht man die Dinge heute natürlich ganz allgemein nicht mehr, und von jener Auffassung zu der heutigen, die nun ganz allgemein ist, daß man die Arbeiterklasse durchhalten muß, ist gewiß ein weiter Weg. Ebenso wie es gewiß ist, daß in der Resolution Fritz Adler auch von anderem die Rede ist als vom Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, ebenso sicher ist es, daß damals die Konferenz nicht von der Regierung die unbedingte Erklärung verlangen wollte, daß wir einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen abschließen wollen. Nun hat uns gestern Seliger — ich muß hier gleich namens der westböhmischen Genossen erklären, daß nicht etwa ganz Böhmen auf seiten Seligers steht — ausgeführt, daß, wenn wir die Resolution angenommen hätten — ich bekenne, daß ich selbst nicht dafür gestimmt habe — wir doch dem Frieden keinen Schritt näher gekommen wären. Wenn das unser Standpunkt ist, dann packen wir auch heute ein, denn auch heute werden wir nichts anderes tun können, als eine Resolution beschließen. Richtig ist allerdings, wie Dr. Adler gestern dargelegt hat, daß heute nach drei Kriegsjahren die Dinge viel leichter zu beurteilen sind als beim Ausbruch des Krieges. Aber ebenso richtig ist, daß auch auf früheren Reichskonferenzen von der Linken die Dinge, die man heute schon zum Teile anerkennt, bereits ausgesprochen wurden. Ich erinnere mich noch sehr jenes Warnungsrufes Dr. Adlers auf der zweiten Reichskonferenz: „Ihr seid an der Grenze angelangt und weiter darf es keineswegs gehen; vielleicht ist die Grenze schon überschritten!“ Was hatte die Linke denn eigentlich getan? Sie hatte ihre Meinung ausgesprochen. Das ist aber doch das primitivste Recht, ja mehr, es ist die absolute Pflicht jedes Sozialdemokraten, zu sagen, was er meint. Aber man war in weiten Kreisen geneigt, in jedem, der die Dinge anders sah, einen Quertreiber, ein hysterisches Weib, einen übergeschnappten Juden zu sehen. Und man war nicht geneigt anzuerkennen, daß der Krieg ein so außerordentliches Ereignis ist, daß es zu verzweifeln wäre, wenn sich nicht verschiedene Anschauungen geltend machen würden. Es wäre ein Beweis von Erstarrung, wenn nicht durch das außerordentliche Ereignis auch außerordentliche Denkarbeit angeregt worden wäre. Diskussion ist erfreulich und ich freue mich, daß auch von anderer Seite ausgesprochen wird, daß man nicht mit dem Worte „Quertreiber“ eine solche Bewegung abtun kann. Es muß uns stutzig machen, daß Leute, wie Kautsky, Eckstein, Mehring, Hilferding, Personen, vor deren geistiger Kapazität wir früher alle unsere Verbeugung gemacht haben, auf der Seite der Linken der Partei stehen. Und daß keineswegs nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern sich innerhalb des Sozialismus solche Minderheiten bilden. Wir müssen uns damit abfinden, daß es sich hier um Leute handelt, die den besten Teil ihrer Arbeitskraft dem Dienste der Partei gewidmet haben, und es wäre töricht, zu meinen, daß diese Leute nun aus irgend einer perversen Lust heraus das zerstören helfen wollten, was sie selbst in treuer, jahrzehntelanger Arbeit aufgerichtet haben. (Beifall.) Es ist eine Gewissenssache für jeden von links und für jeden von rechts. Deshalb freue ich mich außerordentlich, daß man nunmehr die Diskussion für wichtig anerkennt, und ich hoffe, daß man endlich mit der Duldsamkeit beginnen will. Die Erfahrungen in Deutschland sind wahrhaftig warnend genug, um uns klarzumachen, daß man durch Majoritätsbeschlüsse und durch eine Behandlung von oben herab solche Bewegungen nicht bannen kann.

Man wird dem vielleicht entgegenhalten: so schlimm waren die Dinge nicht. Auf der letzten Reichskonferenz hat der Parteivorstand eine Resolution eingebracht, in der gesagt wird, die heutige Konferenz verlange, daß endlich klar ausgesprochen wird, Oesterreich sei bereit zum Frieden, daß sein Ziel auch heute noch nur Verteidigung und nicht Eroberungen sind und daß Oesterreich-Ungarn bereit sei, mitzuwirken an der Aufrichtung eines neuen europäischen Völkerrechtes. Danneberg hat damals ebenfalls einen Antrag eingebracht, dessen erster Absatz sozusagen eine Solidaritätserklärung mit den Zimmerwaldern bedeutete. Nachdem die Resolution des Parteivorstandes bekannt geworden war, zog Danneberg diesen ersten, prinzipiell wichtigsten Teil seines Antrages zurück, und ich glaubte, damit sei die Annahme des

Schlusses gesichert. Danneberg verlangte, daß die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten im Falle des Zusammentrittes des Reichsrates verpflichtet sei, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken. Das mag überflüssig erscheinen, weil es eigentlich selbstverständlich ist; aber nachdem ein solcher Antrag einmal gestellt war, habe ich erwartet, daß er selbstverständlich angenommen werden wird. In einem weiteren Absatze verlangte Danneberg, daß die Parteien der anderen Länder aufgefordert werden, im Sinne dieser Entschließung auch auf ihre Regierungen zu wirken. Es ist doch nichts selbstverständlicher als das. Wir alle sind daran interessiert, daß die Sozialdemokraten Frankreichs, Englands, Deutschlands auf ihre Regierungen einwirken, damit der Krieg so bald als möglich beendet wird. Es geht auch um unser Leben und unser Blut. Der Antrag Dannebergs wurde damals abgelehnt, was nicht hinderte, daß eine Woche später in der vom Parteivorstande ausgearbeiteten Versammlungsresolution diese Aufforderung an die Parteien der anderen Länder gerichtet wurde. Verstehen Sie doch, daß solche Ablehnungen erbitternd wirken müssen und daß zu leicht die Auffassung entstehen könnte, es werden diese Anträge nicht ihres sachlichen Inhaltes wegen, sondern deshalb abgelehnt, weil sie von der Linken gestellt werden. Ich sage nicht, daß es so ist, aber wir müssen den Anschein zu vermeiden suchen, daß dem so ist.

Die gestrige Erklärung der Linken bedeutet einigermaßen eine Entladung des Unmutes, der sich angehäuft hat, vor allem aber eine Klarstellung der Ziele und Auffassungen, die die Linke innerhalb der Partei vertritt. Daß diese Diskussion und auch diese Erklärung notwendig waren, davon zeugt die außerordentlich große Rednerzahl. Sachlich bin ich keineswegs mit allem einverstanden, was in dieser Erklärung ausgesprochen wird. Ich fürchte mich nicht vor dem etwaigen Vorwurf, daß ich mich nach zwei Seiten richten will, sondern erkläre Ihnen, daß vieles, was in dieser Erklärung ausgesprochen wird, nicht meiner Ueberzeugung entspricht; ebenso aber erkläre ich, daß vieles andere nach meinem Dafürhalten gesagt werden mußte. Ich teile die Auffassung der Genossen von der Linken nicht, die Partei habe sich besonders im parlamentarischen Kampfe lediglich darauf beschränkt, zu verhandeln, die anderen zu überreden, anstatt die Herrschenden zu bekämpfen. Der Parlamentarismus ist doch seinem Wesen nach ein Verhandeln. Natürlich müssen wir auch verhandeln, wenn es das Interesse der Arbeiterklasse erheischt. Ich bin auch nicht ganz einverstanden mit der Behauptung, daß die Partei in Verwaltungsarbeit aufgegangen sei. Die Arbeit in unseren Lebensmittelkommissionen, im Dienste der geordneten Auszahlung der Unterhaltsbeiträge war außerordentlich wichtig. Es war, wie Dr. Adler gestern gesagt hat, eine wesentlich sozialistische Aufgabe der Partei, diese Arbeit im Interesse der Erhaltung der Kampffähigkeit der Massen zu leisten. Wir müßten uns sonst auch gegen jede Sozialreform, eventuell gegen die Genossenschaftsbewegung wehren, die die Erhaltung eines bestimmten Lebensniveaus zum Ziele hat. Aber diese Arbeit im Dienste der Lebensmittelfürsorge darf nicht so weit gehen, daß wir die Partei für die politische Aktion nahezu unfähig machen, indem wir sie der letzten guten Kräfte berauben, so daß wir keine Leute mehr haben, um sie in Versammlungen zu schicken. Ich bin auch nicht einverstanden mit der Erklärung der Linken über den Ministerialismus. Mag man mich auch als reaktionär verschreien, so sage ich doch: Es kann die Stunde kommen, wo sich die österreichische Sozialdemokratie dazu bequemen muß, an die Frage eines eventuellen Eintrittes in die Regierung heranzutreten. Ich glaube, daß ich mich da in der gewiß nicht schlechten Gesellschaft Karl Kautskys befinde, der, wie Sie sich erinnern, gelegentlich der Frage der Teilnahme der holländischen Partei an der Regierung ebenfalls diesen Standpunkt eingenommen hat. Ich wende mich also gegen die unbedingte und voraussetzungslose Ablehnung des Ministerialismus. Es hat aber wahrhaftig wohl niemand Grund, jetzt hineinzusteigen in diesen ganzen Dreck, die Verantwortung mitzutragen für das, was uns durch den Krieg aufgebürdet wurde.

Wenn ich also keineswegs mit allem einverstanden bin, was in dieser Erklärung steht, so bin ich auch mit manchem ganz außerordentlich einverstanden, und insbesondere teile ich die dort niedergelegte Auffassung über den Verteidigungskrieg und die Landesverteidigung. (Beifall.) Ich meine, daß auf den internationalen Kongressen die Frage, wie sich die Partei zu diesem Probleme zu stellen hat, falsch gestellt wurde. Gerade der jetzige Krieg, wo die sozialistische Arbeiterklasse in jedem Lande der felsenfesten Ueberzeugung ist, daß sie angegriffen ist und daß die anderen unrecht haben, beweist das. Auch wir haben uns einreden lassen, daß wir vom An-

fertig an einen Verteidigungskrieg führen, obwohl wir wissen, daß schon im Verlaufe der bosnischen Annexionskrise die österreichisch-ungarische Regierung auf einen Krieg hingewirkt hat. Auch wir haben von einem Verteidigungskrieg gesprochen, obwohl das Ultimatum an Serbien von uns ausgegangen ist und obwohl die österreichischen Sozialdemokraten damals schon aufmerksam gemacht haben, daß unsere Regierung ein gefährliches Spiel treibt. Im März 1914 hat man das Parlament nach Hause geschickt aus dem Grunde, weil der Krieg bereits vorbereitet war. (Zustimmung.) Da kann man doch schwer sagen, daß wir im Juli 1914 plötzlich in die Verteidigung gedrängt wurden. Ich meine, daß die Unterscheidung zwischen Verteidigungskrieg und Angriffskrieg für die Sozialisten kaum brauchbar ist, und ich stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn sich eine sozialistische Partei über ihre Stellung zum Kriege entscheiden soll, für sie nur maßgebend sein kann die Frage, der Sieg welcher Mächtegruppe im Interesse der Demokratie gelegen ist. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, daß wir nun über die Irrungen und Verwirrungen in dieser Sache hinaus sind. Wir sind heute insbesondere auch geschützt vor der Auffassung, daß wir den Kampf gegen den Zarismus führen, jener Gedanke, der uns zu Beginn des Krieges erfaßt hat. Der Zarismus ist tot, ein neues, junges, revolutionäres Rußland ist auferstanden. (Großer Beifall.) Damit fällt das eine Argument weg, damit fällt aber auch die Antwort auf die Frage, ob die österreichische Sozialdemokratie Kriegskredite zu bewilligen hat. Ich glaube auch, es ist gut gewesen, in der Erklärung der Linken auszusprechen, es sei nützlich und notwendig, auf die Regierung den größtmöglichen Druck im Sinne eines Friedensangebotes auszuüben. (Zustimmung.) Ich halte es für gut und nützlich, wenn es unserem Parteivorstande zur Pflicht gemacht wird, auf die deutsche Sozialdemokratie in diesem Sinne einzuwirken. Auch ich will mich nicht zum Richter über die deutsche Partei aufwerfen, es ist aber keine Anmaßung, wenn man den Genossen der deutschen Mehrheitsfraktion sagt, daß sie nicht nur im „Vorwärts" droben, sondern auch die Tat folgen lassen sollen. Das Blut, das in diesem Weltkriege fließt, ist nicht nur Blut der deutschen Arbeiterklasse, es ist auch das Blut unserer Arbeiter, und wir dürfen schon verlangen, daß die deutsche Mehrheitspartei alles tut, was dazu führen kann, den Krieg abzukürzen, daß sie insbesondere von der deutschen Regierung verlangt, daß diese endlich nicht mehr mit unklaren Kriegszielen hervortritt, sondern klipp und klar erklärt, daß es sich ihr nicht um einen Annexionskrieg handelt. Wenn die deutsche Regierung dieses Ziel klar ausgesprochen hätte, dann wären wir dem Frieden sicher schon bedeutend näher. Ich glaube, es ist auch ganz selbstverständliche Pflicht der revolutionären Sozialdemokratie Oesterreichs der russischen Revolution gegenüber, daß wir es den deutschen Genossen klarmachen, daß wir der russischen Sozialdemokratie gegenüber eine größere Pflicht haben. (Stürmischer Beifall.) Es geht nicht an, die russische Revolution verfaulen und verdorren zu lassen aus bloßer Sorge, die Höflichkeitsformen zu verletzen (lebhafter Beifall), wenn wir über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie reden. Im stillen Kämmerlein seines Herzens hat es mancher in seiner Verzweiflung empfunden, daß die beiden letzten Gelegenheiten zu einem ernsten Friedensangebote von der deutschen Regierung nicht zu einem solchen benützt wurden. Der Kanzlerwechsel und die russische Revolution wären die Gelegenheiten gewesen, klipp und klar und aufrichtig zu erklären, daß Deutschland den Frieden wolle. Aber auch nach einer anderen Richtung hin hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Pflicht nicht voll erfüllt. Haben wir es nicht selbst an unserem Leibe gespürt? Wir haben durch drei Jahre voll Blut und Schrecken einen Absolutismus über uns ergehen lassen müssen, der so unerträglich, so unerhört war, wie ihn kein Staat der Welt hatte. Wir haben uns an die deutschen Genossen gewendet, und sie gebeten: Tretet auf im deutschen Reichstag und werdet Ankläger der österreichischen Regierung. Scheidemann hat sich nur herbeigelassen, im deutschen Reichstage zu erklären, die österreichischen Genossen wollen das Land verteidigen, sie wollen den Frieden, sie können das aber nicht sagen, weil sie keinen Reichsrat haben.

Ich war außerordentlich erfreut — und bin noch ganz erfüllt von diesem Eindrucke — über die Erklärung der Linken, daß ihr der Gedanke einer Parteispaltung völlig fernliegt. Ich glaube, wir dürfen den Genossen der Linken durchaus vertrauen, daß dieser Gedanke in ihrem Gehirne nicht Raum hat. Aber, Genossen, mitunter sind die Ereignisse stärker als die Menschen, und diejenigen, die der Linken nicht angehören, haben deshalb die absolute Pflicht, alles zu unterlassen, was geeignet sein könnte, die Linke hinauszudrängen und ihr das Leben innerhalb der

Partei zu verekeln. Wir wollen, daß die Genossen der Linken ihre Meinung frank und frei und rücksichtslos aussprechen, wir wollen und wünschen, daß sie für ihre Ideen innerhalb der Partei werben; denn das müßte ein schlechter Sozialist sein, der nicht versuchte, für seine Auffassung neue Anhänger zu gewinnen. Reden wir deshalb nicht mehr von Quertreibern und verschrobenen Köpfen, als ob ein Verbrechen begangen würde, wenn man seine Meinung offen ausspricht. Es erscheint mir vor allem wichtig, daß die Einheit der Partei gewahrt werde. Das größte Erlebnis unseres Lebens war die Bekehrung, das Hinfinden zum Sozialismus. Wir alle hängen am Sozialismus mit ganzer Kraft. Aber so gewichtig und gewaltig die Idee des Sozialismus auf mich eingewirkt hat, das Erste, das Primäre, das Wichtigste, das Unerläßlichste ist mir eine einige Arbeiterbewegung überhaupt. Die Stellung zu den einzelnen Problemen, so wichtig sie auch sein mag, ist immer erst eine sekundäre Frage. Um die Einheit der Arbeiterbewegung immerdar, und in diesen Tagen, von denen man nicht weiß, welche Entwicklung sie bringen werden, mehr als sonst, zu erhalten, ist es notwendig, Duldung zu üben von rechts und Disziplin zu halten von links. (Lebhafter Beifall.)

Witternigg (Salzburg): Sonderbare Gefühle löst die Debatte über die Erklärung der Linken aus, insbesondere bei jenen Parteigenossen, die durch drei Jahre fern an den Grenzen gestanden sind. Die Genossen haben in der Presse, während wir draußen gestanden sind, wiederholt die Frage aufgeworfen, was jene Genossen sagen werden, wenn sie heimkehren. Werden sie es zu schätzen und zu würdigen wissen, was wir, daheim für die Partei geleistet haben? Parteigenossen, ich kann Ihnen nur das eine sagen, daß alle jene Genossen, die draußen an der Front stehen und gestanden sind, der Partei und allen Genossen und Genossinnen, die für die Aufrechthaltung der Organisation und für die Aufrechthaltung alles dessen, was wir als Partei besitzen, gearbeitet haben, den herzlichsten Dank sagen. Wenn man draußen steht und die Vorgänge zu Hause in der Presse liest, dann muß man es erkennen, unter welchen Schwierigkeiten und unter welcher verantwortungsvoller Arbeit die Genossen daheim für die Aufrechthaltung der Organisation zu arbeiten hatten. Wenn wir heimkehren, ist es unser sehnlichster Wunsch, was wir verlassen haben, wiederzufinden. Wir können als sicher annehmen, wenn es nach dem Wunsche der Linken geht, wie wir aus diesen Debatten entnommen haben, wir vor einem Trümmerhaufen stehen werden. Die Genossen sagen, sie wollen keine Spaltung der Partei, sie verlangen nur die freie Diskussion in der Partei und in der Presse. Wir haben bisher niemals, so lange ich in der Partei stehe, eine andere Meinung unterdrückt. In dem Momente aber, wo wir es uns zum Prinzipe machen, innerhalb der Partei über Parteifragen den Streit zu eröffnen, werden wir die unfruchtbarste Arbeit beginnen zum Schaden der Organisation. In erster Linie ist es unsere Pflicht, daß wir die hehren Ideen des Sozialismus verbreiten. Wir an der Front haben in diesen drei Jahren die Erfahrung gemacht, wie wenig aufgeklärt die Massen noch sind, wir sind mit Kameraden draußen gestanden, die nicht wissen, was Sozialismus ist, die nur einen dumpfen Instinkt in sich haben. Das Ende soll kommen, und dieses soll der Sozialismus bringen, aber von Sozialismus selbst haben Hunderttausende noch keine blasse Ahnung. Wie viele sind da, die nicht einmal lesen und schreiben könnten, deutsche Soldaten, die ihren eigenen Namen nicht schreiben können.

Die Erklärung der Linken fordert die rasche Beendigung des Krieges. Glauben Sie, daß die Genossen, die heute an der Spitze der Partei stehen, nicht denselben Wunsch haben? Wir haben zu ihnen Vertrauen, weil sie uns schon den Beweis erbracht haben, daß sie in der schwersten Zeit treu ihre Pflicht erfüllt haben. Die Parteigenossen jedoch, die hier in radikal-revolutionärer Weise die rasche Beendigung des Krieges verlangen, haben uns diesen Beweis noch nicht erbracht. (Widerspruch.) Ich bin überzeugt, daß, wenn der Moment kommt, alle, die die rasche Beendigung des Krieges wünschen, ihren Mann stellen werden. Vergessen Sie aber nicht, daß unsere Partei heute nicht mit der Macht ausgestattet ist, um das durchzusetzen, was uns die Genossen hier predigen. Wir haben den Mut, für unsere Ueberzeugung zu kämpfen und zu sterben, aber der Verstand sagt uns, daß es gegenwärtig noch zu früh ist. (Gelächter und Widerspruch.) Wir wollen nicht erst heute den Krieg beendigt sehen, unser Wunsch war es, daß er überhaupt nicht kommt. Es gilt nicht, uns um innere Parteifragen herumzustreiten, sondern die Millionen in Knechtschaft lebenden Menschen aufzuklären. In einer

Zeit, wo Millionen Menschen an der Front bluten, ist es die Aufgabe der Partei, das Schicksal der Zurückgebliebenen zu mildern. Diese Arbeit ist geleistet worden und dafür wird den Genossen der Kopf gewaschen, wird ihnen ein Mangel an Mannhaftigkeit vorgeworfen. Das ist unwürdig und unschön. Noch etwas anderes wurde an der Front gefragt: Wer sind denn die Leute, die den Radikalismus predigen? Schriftsteller, Theoretiker und Akademiker. Die Praktiker sind in verantwortlichen Stellungen und verbinden die Idee des Sozialismus mit der Praxis, während die anderen Fanatiker von Ideen sind, die uns schaden und große Opfer auferlegen würden. Wenn Sie die Partei, auf der die Augen von Millionen Menschen gerichtet sind, vorwärtsbringen wollen, müssen Sie fruchtbarere Erörterungen auf die Tagesordnung setzen als die Erklärung der Linken. Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Zukunft dem Sozialismus gehört. Aber mit der Taktik, die Sie treiben wollen, würden wir dahin nicht kommen.

Glauben Sie, daß wir nicht auch eine bessere Zukunft in dem Staate, in dem wir leben, wünschen? Wir müssen den Weg beschreiten, der die Zukunft erschließt, ihn können wir aber nur geeint, nicht gespalten finden. Sie sollen sein Männer der Tat, Organisatoren und Apostel für das Evangelium des Sozialismus sein, aber nicht Zertrümmerer der Partei. Wir haben von den alten Führern gelernt, und haben Achtung vor ihren Erfahrungen. Wenn Sie heute Kautsky als Führer der Linken sehen und sich glücklich schätzen, ihn an der Spitze zu haben, vergessen Sie auch nicht, daß August Bebel gesagt hat, wenn das Land in Gefahr sei (Ruf: Gegen den Zarismus!), gegen den haben wir ja geblutet; er hat gesagt, gegen den Zarismus nehme er als Greis die Flinte auf den Buckel. Im Sinne dieser Lehre wollen wir weiterwirken, nicht im Sinne derer, die uns in ein Wolkenkuckucksheim führen wollen. Wir wollen auf dem Boden der Realität dahin kommen, wohin sich unsere Herzen sehnen, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. „Was wir begehren von der Zukunft Fernen, daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehen, daß unsere Kinder in der Schule lernen, unsere Greise, Krüppel, Witwen und Waisen nicht mehr betteln gehen!" Darauf konzentriert sich unsere Arbeit. (Beifall.)

Scharflechner (Knittelfeld): Die Bevölkerung draußen ist wohl von allgemeiner Unzufriedenheit erfüllt, schiebt aber keineswegs die Schuld an allem dem Parteivorstande zu. Wir, die wir draußen arbeiten und mit jedem einzelnen in Verbindung kommen, wissen das vielleicht besser als jene, die hier in der Stube sitzen. Die Unzufriedenheit ist gewiß überaus groß und die Bevölkerung ist daher der Meinung, wir sollen den Parteivorstand dazu bringen, einen Schritt zu unternehmen, damit es endlich einmal zum Frieden kommt. Was wir aber gestern gehört haben, klingt so, als ob der Parteivorstand Verrat begangen hätte. Es wäre ja nach den Statuten die Möglichkeit gewesen, daß jene 25 Lokal- und Bezirksorganisationen einen außerordentlichen Parteitag verlangt hätten. Das ist aber nicht geschehen. Wenn wir das, was wir gestern gehört haben, daß an allem der Parteivorstand schuld ist, in die Bevölkerung hinaustragen, dann kommen wir zu derselben Anarchie, die wir seinerzeit gehabt haben. Genosse Max Adler hat gestern gesagt, der Parteivorstand habe beigetragen, die Bestrebungen der Arbeiter niederzuhalten. Wenn wir das in die Bevölkerung hinaustragen, dann haben wir die Revolution auf eigene Faust und wir werden die Macht aus unseren Händen verlieren. Ich glaube, es ist besser, den Parteivorstand aufzufordern, er soll uns eine Richtschnur geben und uns sagen, wie wir uns dem Frieden nähern können. Ich glaube, das ist auch geschehen, indem er zur Maifeier aufgefordert hat, und die Massen sind ihm auch gefolgt.

Abgeordneter **Bretschneider:** Ich bin wohl über den Verdacht erhaben, nicht ebenso wie die Genossen, die sich die Linke nennen, mit vollem Herzen alle Bestrebungen zu unterstützen, die eine möglichst rasche Beendigung des Krieges herbeiführen sollen. In dem Sinne hat aber die Organisation gewiß ihre Pflicht erfüllt. Es haben hier manche Parteigenossen erklärt, wenn ihnen in der Erklärung der Linken auch einiges nicht passe, so seien doch viele Selbstverständlichkeiten darin, die den Parteivorstand und alle anderen erinnern sollen, was wir als Sozialdemokraten zu tun verpflichtet seien. Die Genossen Hillebrand und Witternigg haben auch ihrer Freude Ausdruck gegeben, daß die Genossen von links erklären, unter keinen Umständen eine Spaltung der Partei anzustreben. Ich will aber den vorhergehenden Passus der Erklärung vernehmen und mich fragen, ob das,

was sie unternehmen wollen und unternommen haben, durch die bisherigen Geschehnisse gerechtfertigt ist. Die Erklärung beginnt mit den Worten, daß im Streite der Meinungen die Linke in Oesterreich dieselben Grundsätze vertritt, wie in den anderen Ländern die verschiedenen Minderheitsparteien. Die österreichische Linke betrachtet sich daher als Zweig einer großen internationalen Bewegung. Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es doch nicht dasselbe. Man mag über die Verhältnisse im Deutschen Reiche denken, wie man will, ich maße mir von hier aus nicht an, alles so fix und fertig beurteilen zu können. Insbesondere nicht, ob die Genossen in Deutschland, als sie am 4. August, die Stunde als Schicksalsstunde empfindend, für die Kriegskredite stimmten, recht getan haben oder nicht. Aber ich weiß, daß auch Genossen, die heute an der Spitze der Unabhängigen stehen, damals selbst für die Kriegskredite gestimmt haben. Ich nenne da den Genossen Haase und namentlich den Genossen Bernstein, der geradezu geschworen hat, daß Marx und Engels ihnen recht geben würden. Nachher haben sie auf einmal umgesattelt und gesagt: Wir haben einen Fehler gemacht, indem wir für die Kriegskredite stimmten. Diese Genossen haben trotz aller Versuche, die man von der sogenannten rechten Seite unternommen hat, um die Spaltung zu vermeiden, die Spaltung dennoch vollzogen. Es war auch für uns in Oesterreich ein schmerzlicher Augenblick, als wir dies erfuhren, und noch schmerzlicher war es, daß es in Wien Genossen und Genossinnen gegeben hat, die über die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie geradezu gejubelt haben. Wer aber ein Gefühl für die Einigkeit und Geschlossenheit einer großen proletarischen Partei hat, empfindet es schmerzlich, daß es nicht doch irgendwelche Mittel gegeben hat, die auseinandergehenden Meinungen zu vereinigen. In Rußland hat es niemals eine einige Sozialdemokratie gegeben. In Rußland gab es Bolschewiki, Menschewiki, Trudowiki und, als die Revolution ausbrach, haben sich noch mehr Spaltungen ergeben. Es ist durchaus erklärlich, daß sich gerade in Rußland, wo die Revolution den Frieden wie das tägliche Brot braucht, eine Gruppe von Parteigenossen gefunden hat, die sich mit jeder Faser ihres Herzens für den Frieden einsetzen. Auch in England hat es niemals eine einige Partei gegeben, weder vor dem Kriege noch während des Krieges. Ich finde die Gruppe, die sich in England dafür einsetzt, alles zu unternehmen, um den Frieden möglichst rasch herbeizuführen, vollständig berechtigt, weil die Majorität, die an der Regierung teilnimmt, auch an der Weiterführung des Krieges in sehr verhetzerischer Weise tätig ist. Nicht viel anders ist es in Frankreich, wo Parteigenossen wie Sembat heute noch immer trotz des Friedensanbotes der Zentralmächte den Frieden nicht wollen. Ich muß dabei bemerken, daß mich die Rede des Grafen Czernin noch lange nicht befriedigt hat, schon gar nicht die Rede des Reichskanzlers Dr. Michaelis. In Frankreich ist nur die Gruppe der Zimmerwalder bestrebt, alles zu unternehmen, um die möglichst baldige Herbeiführung des Friedens zu suchen, im Gegensatze zur Majorität. Aber nun frage ich: Ist es bei uns in Oesterreich notwendig nachzumachen, was draußen eine Berechtigung hat, weil die Majorität der Partei mit der Regierung den Frieden nicht will? Es war unser Stolz, daß die Partei auch im Kriege ihre Geschlossenheit nicht verloren hat. Trotz des Rückganges der Mitgliederzahl haben wir uns so nach links und nach rechts Achtung zu verschaffen gewußt, innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Eines allerdings haben wir zu verzeichnen. Eine große Unzufriedenheit gegen uns alle. Sie lebt in der Lokalorganisation gegen die Lokalleitung, in der Bezirksorganisation gegen die Bezirksleitung, und alle geben sie weiter bis zum Parteivorstand. Es ist nicht unbegreiflich, daß nach mehr als drei Jahren Krieg eine solche Unzufriedenheit besteht. Die Genossen der Linken sagen, daß sie die Parteispaltung nicht wollen, sondern für ihre Auffassung innerhalb der Partei zu werben wünschen. Sie werden das aber nicht nur einmal im Monat oder alle 14 Tage tun wollen, sondern zu jeder Stunde in allen Parteiorganisationen die Fragen aufwerfen, die ihnen als die wichtigsten erscheinen. Wissen Sie, zu welchen Konsequenzen das führen kann? Die Jüngeren haben keine Erfahrung, wie eine Spaltung allmählich entsteht. Aber ich habe den Anfang und die Schrecknisse der Spaltung miterlebt von 1883 bis zur Beendigung. Auch damals gab es lange Konferenzen, an denen beide Gruppen teilnahmen, es wurden auch damals viele Versuche unternommen, es nicht zur Spaltung kommen zu lassen. Trotzdem hat sie sich vollzogen. Das erste, was in Erscheinung trat, war das Zerwürfnis in

öffentlichen Versammlungen. Dann kam der Bruderkrieg in die politischen Organisationen und von den politischen Organisationen übertrug sich der Meinungsstreit in die Gewerkschaften. Er tobte nun in jeder Ortsgruppe und in jeder Werkstätte. Trotz dem Vorsatze, beisammenzubleiben, bildeten sich überall zwei Lager. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeit, die sich die Genossen heute vornehmen, auch zu solchen fürchterlichen Folgen führen könne. Das fürchten mit mir auch manche andere alte Genossen. Spielen Sie nicht mit dem Feuer! Bedenken Sie, daß der Brand über Ihnen zusammenschlagen könnte, und lassen Sie sich jetzt schon grauen vor dem Chaos, das entstehen kann. Rufen Sie nicht die Geister, die Sie nicht mehr beschwören können. Auch unsere Gewerkschaften müssen auf der Wacht sein und der Parteitag muß ein offenes Wort darüber sprechen, wie die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei gewahrt werden kann. Was heißt es: „Innerhalb der Partei wollen wir die Mehrheit finden?" (Therese Schlesinger: Das ist unsere Pflicht! Genossin Schlesinger, Sie sind um 30 Jahre zu spät auf die Welt gekommen! (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Sie älter wären, würden Sie eine andere Auffassung haben. Innerhalb der Organisation soll vollste Meinungsfreiheit bestehen. Ihr allen Respekt. Ich sehe keinen Unduldsamen, weder links noch rechts. Ich schätze über alles die Demokratie in der Organisation und die freie Meinungsäußerung. Aber diese muß ihre Grenze dort haben, wo die Einheit der Partei gestört werden könnte. Wenn der Parteitag die Richtlinien für die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei bestimmt hat, haben die Sozialdemokraten auch die Pflicht, nach dem Parteitag die beschlossenen Richtlinien einzuhalten und nicht eine Sonderaktion fortzusetzen, die zu nichts führen kann als zur Erbitterung und Entzweiung.

Ich richte die Anfrage an die Genossen der Linken: Was ist Ihr Hauptziel, weshalb Sie sich als eine Linke konstituieren wollen? Sie sind wohl mit dem Parteivorstand unzufrieden, da er für die rasche Beendigung des Krieges viel zu wenig getan habe. Es scheint auch Ihr Hauptziel zu sein, Ihre Propaganda dahin zu richten, eine möglichst rasche Beendigung des Krieges herbeizuführen. Ich glaube, wenn die Frage gestellt wird: Wollt Ihr für eine rasche Beendigung des Krieges alles einsetzen und alles befolgen, was der Parteitag beschließt, würde kein einziger, sei er von der äußersten Linken oder von der äußersten Rechten, mit Nein antworten. Aber wenn dann die Frage an Sie gerichtet werden wird — und auch sie wird auf diesem Parteitag entschieden werden: Wollt Ihr, daß wir auch fernerhin zu Nutz und Frommen der sozialistischen Proletarier Oesterreichs geschlossen und einig sind, so wird auch diese Frage kein einziger mit Nein beantworten können, weil alle diejenigen, die eine Spaltung der Partei herbeiführen wollen, ein Verbrechen an der Partei begehen würden. Uns obliegt die Aufgabe und die Pflicht, auch fernerhin Geschlossenheit zu bewahren und alles zu vermeiden, was uns in einen unglückseligen Bruderzwist verschlingen könnte. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Ellenbogen**: Ich habe gestern die Erklärung der Linken sehr genau gelesen, ich kann aber nicht behaupten, daß ich durch die Lektüre klüger geworden bin, was zweifellos an mir liegt. Ich finde nun darin eine Reihe von Behauptungen, denen der Beweis fehlt. Anderseits habe ich darin eine Reihe unbestreitbarer, ewiger Wahrheiten gefunden, nur kann ich nicht leugnen, daß mich da wieder die Empfindung beschleicht: je allgemeiner richtig diese Wahrheiten sind, um so stärker fühlt man, daß die konkreten Vorstellungen, die dahinter stehen, mangelhaft sind. Sie reden, Genossen von der Linken, fortwährend vom Klassenkampf, den sie, wie es selbstverständlich ist, als Hauptsache hinstellen, und Sie geben zu verstehen, daß die Parteivertretung an den Grundsätzen des sozialistischen Klassenkampfes Verrat geübt habe. Wie beweisen Sie nun diese so schwerwiegende Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, mit vollem Rechte Entsetzen erregen müßte. Denn ein Parteivorstand, der an den sozialistischen Grundsätzen Verrat geübt hat, ist nicht würdig, seine hohe Position einzunehmen. Sie sagen unter anderem: Die Sozialdemokratie kann ihre geschichtliche Aufgabe nur im Klassenkampfe erfüllen, das ist so wahr, wie daß zweimal zwei vier ist, wie, daß wir überhaupt ein Parteiprogramm und eine Weltanschauung haben. Und zur Begründung erklären Sie dann weiter, daß nicht Verhandlungen mit den herrschenden Klassen, sondern der Kampf gegen die Klassenherrschaft die Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Ich glaube aber, daß hier ein Denkfehler vorliegt. Der Klassenkampf kann und muß auf verschiedene Arten geführt werden. In den dreißig Jahren, in denen ich in der Partei lebe, haben wir alle möglichen verschiedenen Formen, wie man den Klassenkampf

führt, kennen gelernt. Einmal mit Verhandlungen, dann mit Straßenkämpfen, Demonstrationen, Versammlungen u. s. w. Keines dieser Mittel schließt der bewußte Klassenkampf aus. Wenn Sie ein Mittel ausschließen, ergibt sich eine schiefe Logik, indem etwas in einen Gegensatz gestellt wird, wo gar kein Gegensatz ist. Sie sagen: „Nicht an den Willen des Proletariats hat die Parteivertretung appelliert, sondern an die Einsicht der herrschenden Klassen.“ Es ist eine taktische Frage, eine Frage der augenblicklichen Lage, der politischen Verhältnisse, vor allem eine Frage der Machtverhältnisse des jeweiligen Augenblickes, ob man den Klassenkampf so führt, daß man an den Willen des Proletariats appelliert, oder ob man glaubt, man erreicht mehr, wenn man an die Einsicht der herrschenden Klassen appelliert. Das sind keine Gegensätze. Man hat das Prinzip des Klassenkampfes nicht verraten, wenn man glaubt, in einem gegebenen Augenblicke eine Methode anwenden zu müssen, die von Ihnen und ebenso von uns wiederholt angewendet wurde. Wenn Sie wollen, daß man nicht an die Einsicht der herrschenden Klassen appelliert, dann dürfen Sie niemals einen Antrag im Parlamente einbringen, niemals eine Broschüre schreiben, mit der Sie über das Proletariat hinaus an die Oeffentlichkeit appellieren, dann dürfen Sie keine Zeitung herausgeben, mit der Sie über das Proletariat hinaus als einer Waffe wirken wollen. Denken Sie nur an den Wahlrechtskampf! Wir haben ihn fünfzehn Jahre lang geführt und Sie können nicht leugnen, daß an Radikalismus in der Wahlrechtsbewegung so viel geleistet wurde, daß dies gewiß auch den auf der äußersten Linken Stehenden entspricht. Aber damit allein hätten wir den Wahlrechtskampf nicht zu Ende gebracht, sondern wir haben dies auch dadurch bewirkt, daß wir die herrschenden Klassen in der „Arbeiter-Zeitung“ Tag für Tag zu überreden suchten. Erinnern Sie sich nur, was der arme Austerlitz dem Hoerber jahrelang zugeredet hat und den Regierungen nach ihm, wie er alle Argumente von allen Seiten zusammengescharrt hat. Das ist die eigentliche, wirkliche Arbeit des Klassenkampfes, diese sogenannte Kleinarbeit, die manchmal eine große Arbeit ist. Die verteilt sich auf fünfzehn, auf zwanzig Jahre, bis man endlich den Gegner von allen Seiten unterwühlt hat, bis er endlich nachgeben muß. Der Kampf wird nicht bloß mit der Faust, sondern auch mit dem Gehirne geführt. (Zustimmung.) Man darf daher das Mittel des Appells an die Einsicht nicht so stark unterschätzen, wenn man das Gehirn auch als eine der Waffen ansieht, mit denen man im Klassenkampfe kämpft. Unmittelbar nach dem zweifellos richtigen Satze über die sozialistischen geschichtlichen Aufgaben im Klassenkampfe kommt die Geschichte mit dem berühmten Wohltätigkeitsvereine, wo Sie sagen, daß man einzelnen Arbeitern eine Besserung ihrer Lebensweise wohl verschafft hat, daß sich aber darin unsere Tätigkeit erschöpft. Ich werfe Ihnen nur Mangel des Denkens vor, Sie haben sich nicht genau überlegt, was Sie sagen wollen, ich werde schon sagen warum — Sie haben sich nicht überlegt, daß Sie damit die ganze Sozialdemokratie leugnen. (Widerspruch.) Jawohl, Sie haben die Geister selbst gerufen und jetzt graut Ihnen davor. Auch der Achtstundentag ist nur eine ganz kleine Verbesserung der Arbeiterschaft, ebenso ist die Sozialversicherung nur ein ganz kleines Mittel, und der Kampf gegen das Kriegsleistungsgesetz, den Sie vielleicht speziell meinen, und die zahllosen Interventionen, die wegen dieses Gesetzes gemacht wurden, bedeuten vielleicht nur kleine Verbesserungen des Loses der Arbeiterschaft. Aber diese kleinen Verbesserungen ergeben ein Großes: den Aufstieg der Arbeiterklasse! (Beifall.) Das muß man begreifen, wenn man nicht nur den Radikalinski spielen will. Ist es nicht eine Verhöhnung der Partei, wenn Sie sie mit einem Wohltätigkeitsvereine vergleichen? Und wenn Sie im Anschluß an diesen Vergleich der Partei an den Kopf werfen, die wichtigste Aufgabe der Partei ist und bleibt der Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Herrschaft des Kapitalismus, wenn Sie diesen in Gegensatz zu diesen kleinen Dingen setzen, dann ist es, verzeihen Sie, nur eine Phrase. (Dr. Max Adler: Die Identifizierung mit der Sozialversicherung ist es nicht?) Ganz gewiß, das muß auch jemand zugeben, der nicht Philosoph ist. (Dr. Max Adler: Der Protest gegen die Philosophie ist kein Beweis!) Gestatten Sie, Doktor Max Adler, wenn die Philosophen undeutlich im Ausdrucke werden, so kann ich nichts dafür.

Das hindert nicht, daß die Erklärung eine ganze Reihe von richtigen Dingen enthält. Wenn Sie sagen, die Krise des Parlamentarismus sei ein Symptom der schweren Staatskrise, so bin ich, auch wenn ich die persönlichen Folgerungen, die Sie daraus ziehen, bestreite, damit einverstanden. Ich stimme nicht mit allen Konse-

grenzen, die Renner aus seiner Konstruktion und Behandlung der Frage zieht, überein. Aber die Partei hat wirklich in der Stellung zum Staate ein merkwürdiges Spiel getrieben. Wir haben seit zwanzig Jahren nicht die Courage, über unsere Stellung zum Staate klar zu sprechen. Einmal sagen wir, er sei die Wurzel alles Uebels, ein Staat, der nicht lebensfähig ist, und nachdem wir hundertmal dieses Mißvergnügen ausgesprochen haben, arbeiten wir selbstverständlich wieder am Aufbaue des Staates — so wie es Viktor Adler einmal ausgedrückt hat: Es ist zwar ein Misthaufen, aber wir sind gezwungen, da zu leben, und so wollen wir ihn wohnlich einrichten. (Heiterkeit.) Das sind Widersprüche. Wenn Renner aus ihnen herauszukommen sucht, tut er ein verdienstliches Werk, und wenn er uns einen Weg zeigt, um aus dem Dilemma herauszukommen, werden wir vielleicht nicht mit allem einverstanden sein, seine Bemühungen dürfen aber nicht der Anlaß sein zu den über alle Grenzen hinausschießenden Angriffen, nicht der Anlaß dazu, daß er durch alle Gossen gezogen, als Sozialpatriot beschimpft wird. (Abram: Weil er kein Jude ist! — Dr. Max Adler: Das ist das Resultat...) Ihrer Erziehung! (Dr. Max Adler: Das kommt von Ihren fortwährenden Sticheleien auf die Akademiker und Theoretiker!)

Vorsitzender Seitz: Ich muß die Genossen dringend bitten, störende und besonders provozierende Zwischenrufe zu unterlassen. Der Gegenstand ist zu wichtig, als daß wir dulden können, daß er auf ein anderes Niveau gebracht wird, als ihm gebührt.

Dr. Ellenbogen: Ich muß gestehen, daß ich diesen Zwischenruf aus Abrams überschießendem Temperament herleite. Das hindert nicht, daß ich ihn für unzutreffend finde und natürlich auch nicht, daß ich die maßlosen Beschimpfungen Renners in allen möglichen Kreisen, wo man Beifall erlangen kann, zurückweisen muß.

Wenn auch die Genossen mit dem Satze von der Staatskrise vollständig recht haben, so haben sie doch ganz unrecht, wenn sie vom Scheinparlamente sprechen und die Partei verhöhnen, indem sie ihr vorwerfen, sie habe nicht die Aufgabe, das Parlament um jeden Preis zu stützen und zu retten. Sie müssen wirklich auf dem Monde leben, eingesponnen in Ihre scheinbar radikalen Vorstellungen. Ich will nicht, wie Sie, vom Scheinparlamentarismus, vom Scheinradikalismus reden, aber Sie scheinen nicht zu wissen, was in Oesterreich vorgegangen ist. Wenn das Parlament nichts anderes getan hat, als die Justiz der Militär- und Ausnahmsgerichte aufzuheben — vom Wohltätigkeitsvereine, in den Sie die Unterhaltsbeiträge verweisen, gar nicht zu sprechen — so gehört doch eine Stirn dazu, die Partei zu verhöhnen, daß sie das Parlament retten wollte. Daß es nicht ideal ist, haben wir auch ohne Sie gewußt, aber wir würden uns eher die Zunge abbeißen, als solche das Proletariat verwirrende Aeußerungen zu wagen. Ich habe solche Aeußerungen über das Parlament schon vor langer Zeit gehört. Der alte Satz kommt wieder: Wozu das Parlament? (Dr. Max Adler: Das ist bezeichnend!) Für Sie! Die Verwirrung liegt nahe in solchen Zeiten, aber es gehört etwas dazu, sie nicht zu sehen und sie noch zu vergrößern. (Dr. Max Adler: In der Erklärung steht nichts Derartiges vom Parlamentarismus!) Dort steht: Um jeden Preis zu stützen und zu retten. Wer das nicht als Verhöhnung ansieht, dem kann ich nicht helfen. (Beifall.) Sie haben gesagt, der Parteivorstand habe den Glauben verbreitet, daß der Krieg als ein Krieg gegen den Zarismus im Interesse der Demokratie geführt werde. Sie haben die Meinung, daß der Krieg im Interesse der Demokratie gegen den Zarismus geführt wird, persiflieren wollen. Ich verstehe Ihre Aeußerung nicht anders. Sie verhöhnen stets die Umlerner. Bis zum Tage des Krieges — ich rede nicht von Marx, Engels und Bebel, sondern von uns Kleinen, Sie eingeschlossen — hat die Meinung gegolten, daß der Zarismus der Feind der Demokratie aller Länder ist, und diese Ueberzeugung hat sich in dem bekannten Satze Bebels am allerdeutlichsten ausgedrückt. Ich sage es mit Stolz und Freude, daß ich von diesem Gesichtspunkte aus den Krieg behandelt habe und daß wir die Pflicht hatten, das Land gegen den Einbruch zu schützen. Daß sich die Heere des Zarismus nicht so stark erwiesen haben, konnten nicht wir und nicht Sie voraussehen. Diese alte Ueberzeugung, die Sie so hochgehalten haben, jetzt zu verspotten, halte ich nicht für entsprechend.

Ich begreife ganz gut, was Sie bewegt. Es ist dasselbe, was mich bewegt. Das Mißbehagen an der langen Dauer des Krieges und die Unzufriedenheit mit seinen Greueln. Jeder von uns hat dasselbe Bedürfnis: Wenn nur der Krieg so

bald als möglich zu Ende ginge. Der Unterschied beginnt aber dort, wo Sie Antwort geben sollen auf die Frage: Wie macht man das? Davon sagen Sie nichts. Der Unterschied ist der, daß wir uns die Frage jeden Tag vorlegen und danach handeln, Sie sich sie aber nicht vorlegen und Ihren Mißmut in Anklagen gegen den Parteivorstand verwandeln. Würden Sie an dieser Stelle stehen, wo die Verantwortung für so und so vieles zu tragen ist, würden Sie sich die Sache nicht so leicht machen. Ich bin sehr einverstanden, daß Sie verlangen, daß die deutsche Regierung aufgefordert werde, Farbe zu bekennen. Auch ich meine, daß sie an Deutlichkeit viel zu wünschen übrigläßt. Die österreichische Erklärung ist viel deutlicher, und ich teile da auch nicht die Meinung des Genossen Dr. Schacherl. Bisher konnte man absolut nichts einwenden, bisher war die Haltung klar und deutlich: keine Eroberungen, keine Entschädigungen, Verständigung, Abrüstung, Schiedsgericht. Ich bin mit Ihnen einverstanden, daß wir, soweit es an uns liegt, in den parlamentarischen Vertretungskörpern dieses Verlangen aufstellen. Nur dagegen muß ich mich wenden, daß wir uns in die internen Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in dem Sinne einmengen, daß wir von außen ihnen Ratschläge geben, wie sie vorzugehen haben. Dafür sind die deutschen Genossen nicht uns, sondern dem reichsdeutschen Parteitage verantwortlich. Ich begrüße es als einen Akt der Loyalität, daß Sie gleich anfangs Ihrer Erklärung sagen, daß Sie die Spaltung der Partei nicht anstreben. Soweit ich Sie alle kenne, bin ich fest überzeugt, daß Sie das nicht wollen und daß Sie eine Spaltung der Partei für gefährlich halten, ja sogar für gefährlicher als den Sieg der anderen Meinung. Das ist sehr loyal, aber ich weiß nicht, ob Sie sich darüber klar sind, — ich bin dafür, daß solche Angelegenheiten diskutiert werden, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagen würden, wo, wann, von wem und wie das verhindert wurde, und möchte nur bemerken, daß die Schuld nicht immer an uns liegt und daß in unseren Bezirksversammlungen oft solche Tagesordnungen aufgestellt waren, wo die Diskussion über diese Fragen sehr nahelag, daß aber die Genossen der Linken von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht haben (Zwischenrufe. — Therese Schlesinger: Wo ich Gelegenheit hatte, bin ich immer gekommen!), ich weiß also nicht, ob Sie sich darüber klar sind, welche Gefahren solche zu weit getriebene Verkündungen des Gegensatzes in den Massen der Arbeiterschaft erzeugen.

Es ist zweifellos eine Gärung in den Massen der Arbeiterschaft, und es wäre ein Wunder, wenn es nicht der Fall wäre. Es gibt Stimmungen in ihnen, von denen wir nicht sagen können, ob sie mit einem Appell an die Einsicht und Einigkeit der Arbeiterschaft wird beherrscht werden können, Stimmungen, denen unter Umständen auch nicht durch ein allerklarstes, allerdurchdachtestes und am besten vorgetragenes Parteiprogramm Rechnung getragen werden kann. Mit diesen Stimmungen zu rechnen gehört auch zur Aufgabe eines jeden Parteigenossen, der sich seiner Verantwortung bewußt ist. Mit diesen halben Redensarten, wie sie in der Erklärung stehen, können Sie unter Umständen Unheil anrichten. Wenn Sie, wovon ich fest überzeugt bin, die Einigkeit der Partei nicht sprengen wollen, dann seien Sie sich auch dieser möglichen Folge Ihrer Handlungsweise bewußt und überspannen Sie den Bogen der Meinungsverschiedenheiten, die es gibt und die es immer geben kann und auch geben soll, nicht; denn wider Ihren Willen würden Sie dann der Partei einen großen Schaden zufügen. (Lebhafter Beifall.)

Püchler (Wiener-Neustadt): Ich will zu der Erklärung der Linken als einer von denen Stellung nehmen, die in den Schützengräben der Partei stehen und nicht auf dem Feldherrnhügel. Da muß ich nun sagen, daß in der Arbeiterschaft die Meinung sehr verbreitet ist, daß die Partei in Bezug auf die Herbeiführung des Friedens zu wenig radikal vorgeht. Ich bin der Meinung, daß wir Massenversammlungen veranstalten sollen, um die österreichische Regierung noch mehr zu beeinflussen, daß sie die Regierung des Deutschen Reiches in die Richtung des Friedens drängt. Die Arbeiterschaft hat die Empfindung, daß wir dem deutschen Imperialismus Vorspanndienste leisten. Ich will gegen den Parteivorstand nicht den Vorwurf erheben, daß er nicht alles Notwendige unternommen hat, aber es ist so, daß Diskussionen verhindert wurden, wodurch die Stimmung gereizt wurde. Und wenn schon ein Redner der Mehrheit erschienen ist, so hat die Arbeiterschaft, die auf seine Worte wie auf ein Evangelium gewartet hat, Ausführungen über die englische Machtpolitik gehört, nicht aber über das, was zum Durchhalten unserer Organisationen notwendig ist. Ich will durchaus nicht alles unterschreiben, was in der Erklärung nieder-

gelegt ist. Insbesondere teile ich nicht die absprechende Anschauung über die „Wohltätigkeitsaktion". Wir wären undankbar, wenn wir nicht anerkennen wollten, daß sich die Partei unserer Frauen und Kinder sehr angenommen hat. Ich muß aber gegen den Genossen aus Salzburg erklären, daß derjenige, der im Kugelregen gestanden ist, durchaus kein Held im proletarischen Klassenkampf sein muß. (Beifall.) Denn wir machen die Erfahrung, daß diejenigen, die als dekorierte Helden zurückkommen, oft vor jedem Antreiber in die Knie sinken. Sie sind ja keine freiwilligen, sondern gezwungene Helden, unsere Armee aber rekrutiert sich aus freiwilligen Helden. (Zustimmung.) Deshalb will ich doch nicht allzusehr dem Gedanken der revolutionären Aktion in dem Sinne huldigen, daß wir solche Helden brauchen, die auch so freiwillig sich der Kugel der Reaktion entgegenstellen würden. Wünschenswert wäre es, wenn diese Angriffe von links und rechts insbesondere draußen, außerhalb des Parteitages, nicht jene Formen annehmen, wie sie sie heute in einem provozierenden Zwischenruf angenommen haben. Das ist auch mitbestimmend, daß die Verbitterung gegen Sie so groß geworden ist. Die Mehrheit hat auch Leute unter sich, die schon allzusehr auf dem rechten Flügel stehen. Aber dem Proletarier fällt der Schritt nach links viel leichter als nach rechts, und wenn die Genossen der Mehrheit nicht so brav wären, Disziplin zu halten, dann würde der proletarische Charakter darunter leiden, von dem diese Genossen vom rechten Flügel sehr weit abschwenken. Ich habe die Empfindung, daß diese rechtsstehenden Genossen in den Massen eine Stimmung erzeugen, die sie zum Abschwenken nach links führen muß. Gerade so, wie die äußerste Linke, bildet die äußerste Rechte einen Zankapfel in der Partei. Die Arbeiterschaft denkt nicht an eine Spaltung und sie weiß, daß es auch in Zukunft notwendig sein wird, geschlossen gegen unsere Gegner anzukämpfen. Deshalb wünschen wir, daß die Betätigung der Genossen beider Flügel in der Partei so eingerichtet werde, daß die Einheit der Partei erhalten bleibe. Wir draußen verstehen oft nicht sofort, warum die Partei diese oder jene Haltung einnimmt, und wir haben oft gefunden, daß zu stark gebremst wird. Da möchte ich ersuchen, weniger Schnellbremsungen als Betriebsbremsungen vorzunehmen. (Heiterkeit.) Betriebsbremsungen sind oft sehr gut, weil die Räder nicht so schnell laufen, Schnellbremsungen bringen aber den Karren leicht ganz zum Stehen.

Die Ausführungen der Linken gegen den Ministerialismus sind nicht dahin aufzufassen, daß es nicht wirklich ein revolutionärer Kampf wäre, wenn man heute als Vertrauensmann in Approvisionierungs- oder Unterstützungsangelegenheiten arbeitet, wozu sehr oft schon ein gehöriges Maß von Mut gegen die verschiedenen Cliquen gehört. Ich muß auch mein Bedauern aussprechen, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre oft nicht dazu zu haben sind, für die Partei zu sprechen. Ohne Partei würde das Kriegsleistungsgesetz noch ganz andere Folgen gezeitigt haben, da wäre die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner sehr in Frage gestellt. Könnte es nicht überall so sein wie in Steiermark, wo die politische Organisation einen solchen Aufschwung genommen hat? Auch in Niederösterreich, wo die Kriegsindustrie einen solchen Umfang hat, könnte es so sein, und es ist beschämend, daß wir es nicht weitergebracht haben. (Beifall.)

Josefsberg (Neunkirchen): Die Diskussion über die Erklärung zerfällt in zwei Teile: in die prinzipielle Erörterung, inwieweit der Kampf der Arbeiter die Prinzipien unseres Programms angeblich verraten hat, und in die Erörterung, ob die Parteivertretung ihrer organisatorischen Aufgabe gerecht geworden ist. Am Schlusse wird bei der Feststellung der Richtungen der Unterschied zwischen Nationalsozialen, Sozialpatrioten und Internationalen gemacht, und es wird der Schluß gezogen: wer auf dem Boden dieser Erklärung steht, ist international, alle anderen sind Sozialpatrioten. Ich glaube, daß sich die Genossen der Tragweite einer solchen Erklärung nicht bewußt sind. Das gilt auch von den Bemerkungen, die einen Unterschied zwischen der sozialistischen Masse und den Führern machen, wo sich dann bei den unverständigen Leuten, an die man sich damit wendet, der Schluß von selbst aufdrängt, daß sie von diesen Führern und Vertrauensmännern, vom Genossen Renner angefangen, verkauft und verraten sind. (Zwischenrufe.) Jawohl, Genossen, das geschieht. Gegenüber den Vorwürfen, daß die Partei den revolutionären Geist verloren habe und die Gegner nicht mehr bekämpfen, sondern überreden wolle, hat schon Genosse Dr. Ellenbogen mit Recht auf den Wahlrechtskampf verwiesen, wo wir beide Mittel, Ueberredung und revolutionären Straßenkampf, jedes zu seiner Zeit, mit Erfolg angewendet haben. Wenn Sie die Sache so darstellen wollen, als ob die Partei zu

wenig revolutionär wäre, und sich demgegenüber auf den Radikalismus der Massen berufen, so frage ich die Genossen, die mit den Massen in Fühlung sind, ob denn irgendwo das Verlangen nach politischen Ausständen war; das Verlangen war überall nach Brot. (Zustimmung.) Nach Brot ging der Radikalismus, aber nicht nach politischer Freiheit. Dasselbe gilt von den Vorwürfen wegen der Verhinderung von Diskussionen. Alle Genossen haben die Möglichkeit gehabt, zu diskutieren. Aber in den Bildungsvereinen, wo wir die Massen aufklären und belehren wollen, wurden diejenigen, die über den Marxismus diskutieren wollten, gleich als distinguierte Fremde betrachtet. Diskussionen waren nicht möglich, trotz aller Versuche. Bis September 1916 herrschte eine solche Gleichgültigkeit, daß es oft selbst in den Lokalorganisationen kaum möglich war, die normalen Sitzungen abzuhalten, geschweige denn Versammlungen. Gewiß, wir waren auch nicht ganz einverstanden mit der Presse, speziell nicht mit den Artikeln über das herrliche deutsche Volk, aber daß wir deswegen gleich als Sozialpatrioten erklärt werden, das ist doch zu viel. Es wird eine Zeit kommen, wo wir den Kampf aufnehmen werden. Im Jahre 1905, da haben die Genossen sich zusammengefunden und diskutiert, der Parteivorstand hat sich dafür erklärt, jetzt loszuschlagen, und es war ein Erfolg. Aber wenn die Genossen von links das für heute wollen, müssen wir sagen, daß wir die Gewalt vielleicht haben, etwas anzufangen, aber daß wir nicht die Macht haben, die Massen zu halten. Die Leute sind unzufrieden auch mit der Parteileitung. Aber durch diese Form der Diskussion schaffen Sie einen großen Haufen von Unzufriedenen. Aber wir haben in der bisherigen Debatte nicht erfahren, wozu man sie rufen soll. Genosse Max Adler hat gestern erklärt, in den Köpfen der Arbeiter sei der Sozialismus, in den Köpfen der Führer aber nicht. Es geht aber nicht an, daß man einzelnen Genossen, die so viel geleistet haben, wie zum Beispiel der Genosse Renner, der besonders genannt wurde, als Dank dafür die ärgsten Beleidigungen an den Kopf schleudert. Ich bitte Sie dringend, sich dahin auszusprechen, ob die Zeit zum Losschlagen gekommen ist. Wenn dies der Fall ist, dann möge die Parteiorganisation den Kampf vorbereiten, der Parteivorstand das Signal geben. Sind wir imstande, unseren Teil zur Erreichung des Friedens beizutragen, so tun wir es! Aber wie die Dinge heute liegen, kann das nach meiner Ansicht nicht zum Erfolge führen. (Beifall.)

Abgeordneter **Sever**: Wir alle müssen gewiß zugeben, daß in diesen drei Jahren manches hätte geschehen können, was unterlassen wurde. Aber wir müssen uns fragen, ob jetzt gerade die richtige Zeit ist, einen Parteistreit vom Zaune zu brechen. Unsere besten Vertrauensmänner fehlen, wir halten mit Mühe und Not die Organisation aufrecht durch Personen, die wir erst zu Parteigenossen erziehen müssen. Ueberall stockt die Arbeit, weil die nötigen geschulten Genossen nicht da sind. In dieser Zeit will man die Brandfackel der Zerstörung in die Organisationen werfen, einen Kampf entfesseln, der ausgefochten werden soll von ungeschulten Leuten. Die Genossen der Linken sagen, daß sie eine Spaltung nicht wollen. Glauben Sie aber, daß diese sich würde vermeiden lassen, wenn nach zwei Richtungen gearbeitet wird? Wenn die eine Richtung nichts täte, als alles herabzusetzen, was die Partei macht, und die andere Seite die praktische Arbeit durchführen müßte? Die Spaltung würde dadurch von selbst kommen, weil eine gedeihliche Arbeit ausgeschlossen wäre. Entweder haben wir das Vertrauen zur Partei und arbeiten für sie, oder die Arbeit bleibt von selbst stehen. Wenn aber die einen die Sozialpatrioten sind und die anderen sind die Radikalen, nach welcher Richtung soll dann gearbeitet werden? Genosse Schacherl meinte, das Vorgehen der Partei habe die Massenflucht aus der Organisation verschuldet. In Wahrheit sind aber die Gründe die Einberufungen und nichts anderes. Für Wien, und ich glaube auch für Niederösterreich, kann ich das ruhig aussprechen. (Zustimmung.) Wenn das nicht der Fall wäre, dann müßten es sich die Genossen von links zuschreiben, daß sie diese Massenflucht bewirkt haben durch das Herabsetzen der Partei, eine Arbeit, die sie großartig verstehen. Wenn man uns den Vorwurf entgegenschleudert, daß wir nur als Wohltätigkeitsverein tätig sind, so meine ich — von allem anderen abgesehen — daß dieser sogenannte Wohltätigkeitsverein für die Familien unserer eingerückten Parteigenossen viel wichtiger war als der Parteistreit, den man uns jetzt so anpreist. Tausenden und aber Tausenden Arbeiterfamilien konnte nur geholfen werden dadurch, daß sie sich vertrauensvoll an die Organisation wenden konnten, und wenn Sie die Briefe und Karten all der Genossen aus dem Felde an die Vertrauensmänner lesen, so werden Sie

darum finden, wie glücklich sie darüber sind, daß ihre Frauen, Mütter oder Kinder sich an den sogenannten Wohltätigkeitsverein gewendet haben, denn dieser Wohltätigkeitsverein bedeutete für den Mann im Felde eben mehr als für Sie, er bedeutete, daß er sich verlassen kann auf seine Parteiorganisation, daß sie sich seiner Angehörigen annimmt. Es wird ja die Zeit kommen, wo die Genossen, und hoffentlich sehr viele von ihnen zurückkehren werden, und wir werden dann hören, ob sie damit nicht einverstanden waren, daß wir in der Zeit ihrer Abwesenheit ihre Frauen und Kinder als Glied unserer Organisation betrachtet und für sie gesorgt haben, wo es nur möglich war. Genosse Max Adler sagt uns, daß erst die Linke die Arbeiter hat aufrütteln müssen. Das Aufrütteln verstehen Sie gut, aber gehen müssen die anderen. (Beifall. — Zwischenrufe.) Wir haben es ja im Mai gesehen. Da sind 14- bis 16jährige junge Leute auf die Ringstraße gesendet worden, um zu demonstrieren, aber diejenigen, die die jungen Leute hingeschickt haben, waren nicht zu sehen. Und als es sich darum handelte, die jungen Leute, wenn sie verhaftet waren, wieder herauszubringen, da waren die, die als Sozialpatrioten verschrien werden, gut genug dazu.

Ich anerkenne den Radikalismus der Jugend, wir alle waren einmal jung und wissen, wie wir gewesen sind. Aber daß sich der Radikalismus nur darin ausspricht, daß man unsere Jugend in der Herabsetzung der Partei, in der Herabsetzung einzelner unserer Parteigenossen... (Therese Schlesinger: Wer tut das?) Gehen Sie in die Jugendorganisation, dann werden Sie sehen, wer das tut. (Rufe: Wer?) Ich nenne keinen Namen. (Therese Schlesinger: Nennen Sie sie!) Nun denn, Moritschoner. (Therese Schlesinger: Der gehört nicht zu uns!) Jetzt wollen Sie ihn abschütteln. Das wird Ihnen nicht gelingen. Wenn die ganze Kraft darin liegt, daß man den jungen Leuten einredet, daß der und jener gekauft ist, so handelt, weil er Geld von der Regierung bekommen hat, daß die „Arbeiter-Zeitung" nicht mehr auf ihrer Höhe ist u. s. w. und wenn die Leute von denjenigen, denen sie nicht wert sind, die Schuhriemen zu lösen, als von Verrätern sprechen, dann hat das mit Radikalismus nichts zu tun, sondern es ist bewußte Herabsetzung all der Genossen, die durch zwanzig und dreißig Jahre in der Partei gewirkt haben. Wenn die Genossen ihre Art, über die allgemeine Organisation zu sprechen, nicht ändern werden, so wird ein gemeinsames Wirken unmöglich sein und es wird dazu kommen, daß es tatsächlich zu einer Spaltung kommen wird. Es ist notwendig, zu sagen, wie dieser Radikalismus bei uns aussieht. Wir spüren in den Bezirken, was man aus unserer Jugend machen will. Sie wird vom gegenseitigen Hasse erfüllt und ihr Haupttrumpf ist nicht der wissenschaftliche Sozialismus, sondern das Herabreißen der Parteigenossen, die bis jetzt die Arbeiter geführt haben. Lassen Sie den Krieg vorbeigehen und alle unsere Freunde wieder zurückkehren, und wir werden ruhig ihrem Urteile entgegensehen. Ich bin überzeugt, daß alle, die zurückkommen, sagen werden, daß in der Zeit, wo wir ohnehin dadurch geschwächt sind, daß Tausende durch den Militarismus von uns weggerissen wurden, die Parteigenossen viel Wichtigeres zu tun haben, als miteinander zu streiten. (Lebhafter Beifall.)

Austerlitz (Wien): So selbstverständlich, ja dringend notwendig eine ernste und eindringliche Kritik an dem gesamten Wirken der Partei während des Krieges erscheint, so wenig können die Genossen, die uns diese Erklärung vorgelegt haben, überrascht sein, daß sie bei den Parteigenossen, die im Vordergrunde der Bewegung stehen und denen die Aufgabe zugefallen ist, in dieser schweren Zeit das Gefüge und das Dasein der Partei aufrechtzuerhalten, bittere Empfindungen hervorgerufen hat. Die Genossen waren gezwungen, eine Arbeit zu übernehmen, die gewiß auch nicht ihr Entzücken findet, und die vielleicht und stellenweise weit ab davon liegt, was wir als die geschichtliche Tätigkeit der Sozialdemokratie erachten, aber die blanke Not hat sie gezwungen, diese Arbeit für die Massen zu übernehmen, und sie können diese Erklärung nicht anders auffassen, als daß sie über ihr gesamtes Verhalten den Stab bricht, an ihnen kein gutes Haar läßt, und es begreift sich, daß sich diese Männer, die diese eintönige, wenig heldenmütige, aber unerläßliche und nützliche Arbeit geleistet haben, gegen diese Aburteilung zur Wehre setzen. Dazu kommt noch eines: Indem diese Erklärung, die gleichsam organischen Gebrechen unserer Partei und eine Taktik, die uns wesentlich durch die Eigenart dieses Staates aufgezwungen wird, als Produkte der Unzulänglichkeit der führenden Männer vorführen will, macht sie den Eindruck, daß der Vorsatz gewaltet hat, ein recht ausgiebiges Sündenregister

aufzustellen. Wir hören die Klage, daß in der Partei „zu wenig diskutiert wird". Ueber den Erfolg von Diskussionen denke ich im allgemeinen skeptisch. Die deutsche Partei hat seit dreißig Jahren Diskussionen ununterbrochen und leidenschaftlich geführt, und womit haben sie geendet: mit der Spaltung! Wenn die Diskussion ein Mittel wäre, die Ansichten zu klären und die Einigkeit herbeizuführen, so hätte die reichsdeutsche Partei immer einiger werden müssen. Die „Diskussion" bringt es mit sich, daß jede Meinung die schärfste Ausprägung erhält und die Gegensätze immer breiter werden. Ist es nun nützlich, jede zufällige, jede jeweilige, aus einer vergänglichen Lage entstehende Meinungsverschiedenheit zu vertiefen und zu stabilisieren? Aber es gibt natürlich auch Zeiten, wo die Diskussion etwas Lösendes und Befreiendes ist, namentlich dann, wenn, wie im Kriege, das Handeln so erschwert ist. Aber Umfang und Inhalt der Diskussion hängen von dem Grade der Entwicklung der Partei ab, von ihrer Reife, von der Ertüchtigung ihrer Glieder; wir aber waren lange eine Partei, in der der Wille vorgeherrscht hat, der nachgrübelnde Verstand aber zu kurz gekommen ist. Die Diskussion kann also nur die Frucht des Interesses an Diskussionen sein, wonach es mir wenig demokratisch scheint, ihren Mangel dem Parteivorstande zur Last zu legen. Das hieße doch, in dem Parteivorstand so eine Art hoher Obrigkeit zu sehen, die alles anzuordnen habe und ohne deren Anordnung sich nichts entwickeln könne. Die Erklärung macht auch die Bemerkung, daß unsere Parteipresse weniger Gewicht darauf legt, den Willen des Proletariats zu verkörpern, als die Herrschenden und die Mächtigen zu „überreden". Ich glaube, dieser Hohn fällt daneben. Denn es ist gerade die spezifische Aufgabe der Parteipresse im Klassenkampfe, in den Forderungen der Arbeiterklasse die Kulturnotwendigkeit zu beweisen. Wenn ein Sozialdemokrat die Forderung des Achtstundentages vertreten will, so wird er sich nicht begnügen, bloß zu sagen, daß es eine Forderung ist, die aus dem Entwicklungsgesetze des Proletariats entspringt und seinen Willen und seinen Machtanspruch verkörpert, sondern er wird auch beweisen, daß diese Forderung im Entwicklungsgesetze der gesamten Kultur und der gesamten Menschheit liegt, er wird wohl auch nachweisen, daß die Erfüllung dieser Forderung der Industrie nicht nachteilig ist, der Produktivität der Industrie nicht Abbruch tut. Er wird mit einem Worte die Forderung der Arbeiterschaft als eine Forderung und Bedingung des Aufstieges der gesamten Menschheit dartun. So macht man es auch bei den politischen Forderungen, indem man nicht bloß sagt, daß die Demokratie eine Forderung der Arbeiter ist, sondern auch ihre belebende Wirkung auf den Staat und auf die Volkheit nachweist. Das ist die besondere Aufgabe der Parteipresse, eine Aufgabe, die nur Mangel an Schöpferkraft oder Mangel an Arbeitsbereitschaft schuldig bleiben kann, die man aber mit dem Spott, daß sie ihre Aufgabe nur darin sehe, die Mächtigen zu überreden, nicht abtun kann. Es begreift sich, daß das Wort von dem „Wohltätigkeitsverein" wie ein Peitschenhieb auf die Genossen gewirkt hat, die durch die harte Not der Volksmassen gezwungen sind, diese Arbeit zu leisten. Es kann wohl gesagt werden, daß ein Uebermaß der genossenschaftlichen Bewegung eine Gefahr für den Geist der Partei bildet, daß, wenn die Genossenschaftsbewegung den Umkreis überschreitet, der ihr gezogen ist, nämlich ein dienendes Glied zu sein, und den Anspruch erhebt, die tragende Säule im Emanzipationskampfe des Proletariats zu sein, eine wirkliche Gefährdung des Klassenkampfcharakters und der politischen Schlagkraft der Partei entstehen kann. Aber etwas anderes war und ist es während des Krieges, der das Problem der Ernährung in den Vordergrund gerückt und zur unmittelbarsten Sorge jedes Proletariers gemacht hat; nichts selbstverständlicher, als daß alle diese Sorgen und Fragen die Kräfte der Partei in größtem Maße in Anspruch genommen haben. Man darf auch nicht ungerecht gegen die Abgeordneten sein, denen die Interventionen doch nicht Behagen erregen und die wohl keinen besonderen Genuß darin finden. Verkehr mit den Zentralstellen zu haben. Abgesehen davon, daß darin auch ein gewisser Ausdruck der erlangten Macht des Proletariats sichtbar ist und der Krieg, der so viele Kampfmittel ausgeschaltet hat, diese Interventionen zur unmittelbaren Notwendigkeit gemacht hat, entspringen sie gradaus aus der Beschaffenheit dieses Staates. Denn da wir in einem derart verschlampten Staate leben, wo überall die Willkür herrscht und die unmittelbare Beeinflussung der Bürokratie nicht zu umgehen ist, so darf man nicht plötzlich eine politische Taktik beanstanden, die nicht erst der Krieg hervorgebracht hat, die uns durch die „Eigenart" unserer politischen Zustände aufgezwungen ist und in der sich unsere Taktik keineswegs erschöpft. Das ist ungerecht! (Lebhafte Zustimmung.)

Nun sagt die Erklärung, daß die internationalen Kongresse in Stuttgart und Kopenhagen den sozialdemokratischen Parteien die Pflicht auferlegt haben, den ausgebrochenen Krieg zur revolutionären Aufrüttlung der Massen zu benützen, und sie schließt daraus, daß wir es in Oesterreich unterlassen hätten, auf eine Unzulänglichkeit des Parteivorstandes, auf Mangel an Einsicht und Mut. Ich will die Frage der Landesverteidigung hier nicht aufrollen und es nicht untersuchen, ob es möglich ist, einesteils die Landesverteidigung als selbstverständliche Pflicht der Arbeiter zu erklären und anderenteils zu erwarten, daß die Linie, wo sich diese Pflichterfüllung von der geistigen Unterthänigkeit im Verhältnisse zum Kriege scheidet, haarscharf eingehalten wird. Aber jene Kongresse hatten doch wohl keine rechte Vorstellung davon, was ein Weltkrieg ist, und keine Ahnung, wie die Gewalt des Staates im Kriege ins Ungeheuerliche wachsen und eine Gewalt werden wird, vor der alle anderen Gewalten versinken. Denn es ist so, daß wir die Gewalt des Staates noch nähren müssen, denn wenn wir unausgesetzt fordern, daß der Staat in die geheiligteste Sphäre der kapitalistischen Welt rücksichtslos eingreifen soll, in die Sphäre des Privateigentums, so wird seine Macht immer größer und auch größer uns gegenüber. Wer die ersten Kriegsjahre politisch durcherlebt hat, der weiß wohl, daß die Aufrüttlung nicht unterblieb — im übrigen besorgt sie ausreichend der Krieg selbst —, weil der Parteivorstand jener Kongreßbeschlüsse nicht eingedenk war, sondern weil hiezu überhaupt jede Möglichkeit fehlte. Vor allem deshalb fehlte, weil wir kein Parlament hatten. Und nun sagt uns die Erklärung, daß wir in den Fehler verfallen seien, die Bedeutung des Parlaments zu überschätzen. Und wir sollen nun den Arbeitern das Parlament, das wir mit Mühe aufgebaut haben und das eine Frucht der größten proletarischen Aktion in diesem Staate ist, als „Scheinparlament" hinstellen! Als Scheinparlament es ihnen dartun, nachdem wir die drei Jahre ohne Parlament hinter uns haben, wo wir die Argumente von der Schädlichkeit des Parlaments über uns ergehen lassen mußten, nachdem wir uns drei Jahre lang nach dem Parlament heiser geschrien haben und nachdem Friedrich Adler den Stürgkh erschossen hat, weil er eine Versammlung verboten hat, die die Einberufung des Parlaments fordern wollte, nun sollen wir aufstehen und den Arbeitern klarmachen, sie mögen ihr Herz an das Parlament nicht hängen, es sei nur ein Scheinparlament! In einem Staate, in dem das Parlament den politischen Mittelpunkt darstellt, in dem es jeder Bezweiflung entrückt ist, da kann es wohl auch nützlich sein, über die Bedingtheit der Wirksamkeit eines Klassenparlaments Klarheit zu verbreiten. Aber in einem Staate, in dem das Parlament unausgesetzt bezweifelt und verneint wird, in dem die Kamarilla jeden Augenblick den Versuch erneuern kann, das Parlament zu erwürgen, da ist es nicht die Aufgabe der Sozialdemokraten, vor dem Parlament zu warnen, sondern umgekehrt, es wird eher ihre Aufgabe sein, mit Ausdauer und Beharrlichkeit für die Notwendigkeit der Volksvertretung einzutreten und den Geist der Leichtfertigkeit zu bannen, der sofort über das Parlament den Stab bricht, kaum sich eine Schwierigkeit zeigt. Diese Ausdauer auch den Arbeitern einzuprägen, ist ungleich notwendiger, als sie vor der „Ueberschätzung des Parlaments" zu warnen! (Lebhafter Beifall.) Die Erklärung kommt dann auf die Pflicht zu sprechen, dem Kriege ein Ende zu machen, und will die Behauptung, daß wir diese Pflicht nicht erfüllt haben, mit der Ablehnung jener Friedensresolution von Friedrich Adler beweisen. Ich will mich in die Geschichte dieser Resolution nicht vertiefen. Ich weiß nicht, wie sie gelautet hat, ich weiß nicht, aus welchen Gründen sie die Reichskonferenz abgelehnt hat. Aber das weiß ich, daß sie sie nicht abgelehnt hat, weil wir für Annexionen gewesen sind. Denn ein österreichischer Sozialdemokrat ist vorweg davor bewahrt, für Annexionen einzutreten. Denn er kennt sein liebes Vaterland und weiß, wie schwierig es ist, es im Gleichgewichte zu erhalten, wie schwierig seine politische Ausbilanzierung ist, als daß er jemals den Einfall haben könnte, die Schwierigkeiten des Nationalitätenstaates durch Vermehrung seiner Nationalitäten zu steigern. Aber wenn der Ablehnung der Adlerschen Friedensformel damals eine Erwägung zugrunde lag, so sicherlich diese: Damals ist von der Linken die Anschauung vertreten worden, daß die Selbständigkeit Polens eine Annexion russischer Gebiete wäre, daß der Friede ohne Annexionen bedinge, daß das besetzte Polen Rußland zurückgegeben werden müsse, dem Rußland, das damals das zarische Rußland war. Es ist deshalb einigermaßen überraschend, daß nun von derselben Seite, die sich gegen die Unabhängigkeit Polens damals sehr kühl verhielt und es recht ungläubig aufnahm, als man sich da

auf ein Vermächtnis unserer großen Vorkämpfer, auf große Traditionen des internationalen Sozialismus berief, nun die Forderung nach der Selbständigkeit Polens in einer wahrhaft unerbittlichen Weise erhoben wird. Die Bedenken wegen der Ungeklärtheit der polnischen Verhältnisse sind nun erst durch den Schritt der Zentralmächte und durch die russische Revolution beseitigt worden. Aber darüber kann kein Zweifel obwalten, daß die österreichische Sozialdemokratie geradezu von Kriegsausbruch an unermüdlich, beharrlich und entschlossen für den Frieden gewirkt hat. (Stürmischer Beifall.) Wir haben uns von dieser Pflicht unseres Gewissens, von dieser Pflicht der Menschlichkeit und Sittlichkeit durch keine Schmähungen und Verdächtigungen, durch keine Kriegskarte abhalten lassen, weil, nach meiner Empfindung, wenigstens, vor der Notwendigkeit des Friedens, vor der Notwendigkeit, diesem entsetzlichen und schändlichen Kriege ein Ende zu machen, sich gar nichts, keine sogenannte staatliche oder nationale Notwendigkeit behaupten kann (lebhafter Beifall), gar keine Frage irgendwelches Staats- oder irgendwelches Volksinteresses bedeutsam und wichtig genug erscheinen könnte, um nur einen Tag weiter diesen fluchwürdigen Krieg fortdauern zu lassen. (Neuerlicher Beifall.)

Wenn wir die ganze Erklärung überschauen, so haben wir doch das Gefühl, daß sie mehr ein Nachhall und ein Widerklang reichsdeutscher Verhältnisse als ein Produkt unserer eigenen Lage ist. (Sehr richtig!) Ich glaube, zuerst war der Vorsatz da, eine Linke zu bilden, und dann erst sind die Gründe zusammengesucht worden, die diese Notwendigkeit dartun sollen. Denn es ist ein für allemal falsch, es so darzustellen, wie es oft geschieht, daß unser Vorgehen ein Abklatsch oder eine Wiederholung der reichsdeutschen Vorgänge gewesen sei. Das kann ich deshalb sagen, weil ich die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie als ein weltgeschichtliches Unglück betrachte (Sehr richtig!), als ein Unglück vor allem für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie; denn wenn ihr der Sauerteig der Opposition fehlt, die Kritik entzogen wird, die sozusagen das alte Parteigewissen darstellte, so muß sie naturgemäß immer mehr nach rechts abgedrängt werden. Aber trotzdem ich die Spaltung für einen der größten Unglücksfälle ansehe, die dem europäischen Proletariat zustoßen konnten, schon deshalb, weil die beklagenswerte Verfemung der deutschen Partei dadurch noch wächst, so begreife ich wieder, daß die Spaltung unvermeidlich gewesen ist. Denn wenn die Mehrheit einer Partei nicht Vernunft annehmen will und immer mehr darauf beharrt, einen Geist zu vertiefen und zu verstärken, von dem die Minderheit durchdrungen ist, daß er auf Abwege führt, so muß die Trennung eintreten. (Lebhafter Beifall.) Die Linke ist allerweil und allezeit ein Produkt der Rechten gewesen. Aber bei uns waren die Verhältnisse immer anders. Es wäre billig, sich etwa darauf zu berufen, daß wir für die Kriegskredite nicht gestimmt haben, weil kein Parlament da war. Aber ich bin überzeugt, wenn wir am 4. August für die Kriegskredite im österreichischen Parlament gestimmt hätten — bis zur letzten Anleihe hätten wir es mit dem Stimmen für die Kriegskredite wohl nicht gebracht. Wir hätten schon längst erkannt, daß das Proletariat nicht nach rechts und nach links sehen, sondern seine wirkliche Aufgabe erfüllen soll, die sich in die Worte kleidet: Was machen wir für den Frieden? Aber dazu gehört vor allem: sich von dem Kriege abzuwenden und die Ueberzeugung, daß der Krieg geendigt werden kann und werden soll, in der Abstimmung zu bekräftigen. (Lebhafter Beifall.)

Nur dürfen Sie nicht übersehen, daß diese Erklärung unserer Partei eine zu große Aufgabe zuweist. Was sollen wir alles leisten? Die Erklärer haben ihren Blick auf Europa geworfen und überall etwas gefunden, was sie unzufrieden stimmt. Und nun meinen sie oder sagen sie, wir könnten es leisten, die ganze Welt aus den Angeln zu heben und alle ihre Gebrechen zu beseitigen. Wir sollen vor allem wirken auf alle sozialistischen Parteien Oesterreichs. Wir sollen so brave internationale Musterknaben werden, daß sich Tschechen und Polen reuig an die Brust schlagen, an unserem glorreichen Beispiel sich ermuntern und bekehrt zum internationalen Sozialismus zurückkehren. So international, daß es den tschechischen Sozialdemokraten entspricht, können wir nie sein, denn das wäre kein Internationalismus mehr, sondern ein Vorspann für alle nationalistischen Forderungen des Tschechentums; aber dafür sind wir natürlich nicht zu haben. Die Erklärung muß selbst zugeben, daß das Hindernis für den Frieden im Sinne der Formel ohne Annexionen und Kontributionen, im Sinne der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichte nicht in Oesterreich liegt. Sie meint, das Hindernis in der deutschen Regierung zu erblicken. Und wir sollen es nun bewerkstelligen, daß die österreichische Regierung

die deutsche Regierung so beeinflußt, daß sie jene Friedensformel annimmt. Das heißt, uns eine Leistung zuschieben, die wohl der reichsdeutschen Sozialdemokratie obliegt. Wir sollen ferner die reichsdeutsche Sozialdemokratie „ermutigen", für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen entschiedener aufzutreten. Das Bewußtsein der internationalen Solidarität soll auch in Frankreich und England durch unser Beispiel herbeigeführt werden, wobei die Erklärung über das sehr schlechte Beispiel der sozialistischen Parteien dieser Länder wohl auch ein kräftigeres Wort hätte sagen sollen. Die Tschechen und die Polen, die Deutschen, die Franzosen und die Engländer erziehen: ist das nicht ein bißchen viel für uns? Wir sind ein Proletariat aus einer Bevölkerung von insgesamt zehn Millionen Menschen, eine Partei, deren Grenzen vielleicht nicht deutlich hervortreten, weil sie in einem großen Staate wirkt. Wir, diese kleine Partei, sollen also durch unser Beispiel die ganze Welt zur Vernunft zurückführen! Es ist ungerecht, eine so große Leistung vorzuschreiben, um ein größeres Versäumnis feststellen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich nun auch meine, daß gegen jede dieser Beschwerden eine berechtigte Einwendung erhoben werden kann, daß sie vielleicht alle entkräftet werden können, so bin ich mir doch auch wieder dessen bewußt, daß der Krieg die Durchdringung der Partei mit radikalem Geiste einigermaßen verlangsamt, wenn nicht zurückgeworfen hat. Das ist es wohl, was die Erklärung meint, wenn sie gleich gezwungen ist, diese Feststellung an einzelnen Tatsachen zu unternehmen. Wenn ich die Wahl habe, daß eine sozialistische Partei zu konservativ oder zu radikal sei, werde ich mich doch eher selbst für ein Uebermaß des Radikalismus erklären. Denn das Leben, die Politik, das tägliche Handwerk zwingen uns so viel Rücksicht, so viel Kompromisse, so viel Berührungen und Verschmelzungen mit bürgerlichen Auffassungen auf, daß die Gefahr, unser eigentliches Wesen zu verlieren, nur gebannt werden kann, wenn die Durchdringung mit radikalem Geiste die Partei vollständig ergriffen hat. Die Kleinarbeit, die mit Unrecht so genannt wird, weil auch sie eine große Sache ist, kann natürlich nicht entbehrt werden, soll nicht bagatellisiert oder verhöhnt werden. Aber es ist immer die Gefahr vorhanden, daß sich eine Partei zu sehr an die Tagesarbeit hängt und daß sie in dieser Arbeit schon den Schlußstein ihres Wirkens erblickt. Und so notwendig es ist, daß die praktische Arbeit stetig fortschreite, so notwendig ist es auch, daß in der Partei Männer sind, die ihre warnende und mahnende Stimme allezeit für die große Idee erheben. Es ist das ein Dualismus, wie er eigentlich in jedem von uns lebt. In dem einen Augenblick scheint uns die Kleinarbeit von der größten Bedeutung zu sein, im anderen Augenblick aber sind wir wieder davon durchdrungen, daß diese Kleinarbeit erst von der großen Idee befruchtet und erhoben werden muß. Und wie diese zwei Meinungen in jeder Brust sind, so finde ich es auch nicht beklagenswert, vielmehr ganz nützlich, daß in der Partei diese zwei Meinungen bestehen, und schrecke vor keiner Gegensätzlichkeit zurück. Die Einheit besteht in dem politischen Handeln, und das Nachdenken vor der Tat walte frei! Deswegen glaube ich nicht, daß diese herbe und entschiedene Auseinandersetzung für die Partei schädlich oder unersprießlich ausfallen könnte. Es ist ganz gut, wenn die von rechts erfahren, was die von links ihnen vorzuwerfen haben, und es ist auch gut, wenn die von links erfahren, daß jedes ungerechte Wort über die bedeutsame Arbeit der anderen eine Verletzung der berechtigten Empfindungen des Arbeiters ist. Die Einheit wird uns aber dadurch nicht entrissen werden, dafür sorgt schon die unerbittliche Gewalt der Notwendigkeit, die uns zwingt, einig zu sein und geschlossen zu bleiben, weil wir nur dann die Kraft haben, fortzuschreiten, uns zu entwickeln und gegen die Welt von Feinden die heilige Sache des Proletariats zum Siege zu führen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Seitz: Es ist ein Telegramm unserer deutschen Bruderpartei eingelangt (s. Anhang), ferner ein Telegramm der organisierten Arbeiterschaft der Flugzeug- und Autobestandteilfabrik Wien XIII und ein Begrüßungsschreiben des in Militärdiensten stehenden Genossen Schloßnikl aus Sternberg. (Beifall.)

Die Parteivertretung hat gestern abends eine Sitzung gehabt und sich damit befaßt, wie man die reichhaltige Tagesordnung erledigen könnte. Die laufende Debatte ist wohl die wichtigste und es muß ihr deshalb der weiteste Raum gewährt werden. Trotzdem glaube ich den Wunsch aussprechen zu sollen, daß sie noch heute beendet werde und daß nach dieser Debatte auch der Bericht über die Tätigkeit des Klubs der deutschen Abgeordneten, der ja mit Rücksicht auf diese Debatte keine große Diskussion hervorrufen dürfte, heute erledigt

werde. Dann käme Punkt 3 unserer Tagesordnung: „Stockholm, die Internationale und der Friede." Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor, mit Rücksicht darauf, daß wir Nachrichten über die letzten Verhandlungen des Stockholmer Büros erwarten, diesen Gegenstand zurückzustellen und ihn am Schlusse unserer Tagung zu erledigen. Morgen käme als nächster Punkt die „Verwirklichung der politischen Demokratie und der nationalen Autonomie". Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? Nein, er ist angenommen.

Vorsitzender Seitz: Schließlich muß ich Sie daran erinnern, daß Anträge vorliegen betreffend die Parteibeiträge und daß auch von mehreren Seiten in der Kommission der Wunsch ausgesprochen worden ist, mit Rücksicht auf die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden eine Vermehrung der Mandate in der Parteivertretung eintreten zu lassen. Ich mache aufmerksam, daß nach § 35 unseres Organisationsstatuts ein solcher Antrag sechs Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages verlautbart werden muß. Wir können diese Anträge nur dann verhandeln, wenn sich kein Widerspruch erhebt. Erhebt jemand Widerspruch? (Nach einer Pause) Es ist nicht der Fall. Der Antrag kommt also zur Verhandlung.

Nachmittagssitzung.

Pölzer (Wien): Die Genossinnen und Genossen der Linken erklären uns, daß sie eine Spaltung der Partei nicht beabsichtigen. Ich nehme an, daß die Genossen, die die Verantwortung tragen, es so meinen. Das ist die Theorie; in der Praxis sind die Dinge ganz anders. Ich bin überzeugt, daß die reichsdeutsche Linke nicht den Vorsatz hatte, eine Spaltung herbeizuführen, sondern sie zu vermeiden suchte. In Wirklichkeit war das aber unmöglich und es ist die Spaltung gekommen. Ich bin felsenfest überzeugt, daß es bei uns genau so kommen wird, wie draußen, weil es anders kaum denkbar ist. Die Genossen mögen es sich in der Theorie ausmalen, wie man auf den Vereinsabenden diskutieren wird. Wir haben aber praktische Beispiele erlebt, wie dieses Diskutieren eigentlich aussieht, und wie heute vormittags ein junger Genosse mit kurzer Hose eine Erklärung in der „Gleichheit" abgeben mußte, weil er gesagt hat, daß Genosse Sigl und meine Wenigkeit uns bei einer Lohnbewegung materielle Vorteile zugeschanzt haben. Solche Dinge kommen aber bei jungen Leuten leicht heraus. Der größere Teil Ihrer Anhänger besteht aus jüngeren Leuten, deren Herzen und Sinne vergiftet werden. Man könnte stundenlang darüber reden, was wir bei den Ausständen der Munitionsarbeiter und Metallarbeiter erlebt haben. Wir haben es gesehen, wozu es führt, wenn man den jungen Leuten, die keine Verantwortung tragen, immer sagt: Eure Vertrauensmänner — die zwanzig Jahre gut genug waren und an der Spitze aller Gefahren marschiert sind — verraten und verkaufen euch und sind von der Regierung bezahlt. (Rufe: Von wem wird das gesagt?) Vielleicht können Sie Maß halten und werden nicht über das Ziel schießen, aber die jungen Leute, die von Ihnen geführt sind, die sagen es dann.

Wir waren auch jung, aber solche Verdächtigungen haben wir uns nicht geleistet, wie gerade diejenigen, die zu Ihnen zählen. Sie sagen, Sie werden an den Vereinsabenden diskutieren und Mitglieder für Ihre Ansichten werben, aber glauben Sie, das geht so, wie Sie es sich am grünen Tische ausdenken? Was müssen sich die Tausende von Vertrauensmännern denken, die sich in den drei Kriegsjahren mehr geplagt haben als vor dem Kriege, wenn man von einem „Wohlfahrtsverein" spricht? Ich für meinen Teil und alle meine Parteigenossen im Bezirke und sicherlich auch im Reiche sind stolz darauf, daß sie Tausenden von Parteigenossen und Genossinnen zu ihrem Rechte verholfen haben. Sie meinen, das könne nicht die Aufgabe der Partei sein, einem Kinde zum Unterhaltsbeitrage zu verhelfen. Die meisten von Ihnen haben leicht reden, sie kommen mit den Massen nicht in Berührung. Es sind nur wenige von Ihnen, die wirklich in Versammlungen gehen. Die meisten haben gar keine Ahnung, wie es in der Organisation aussieht, wie das praktische Leben ist. Es ist heute leicht zu sagen, die Vertrauensmänner erfüllen ihre Pflicht nicht; es ist keine Kunst, die Massen, wenn sie hungern, aufzupeitschen. Glauben Sie nicht, daß die Dinge so spurlos vorübergehen werden, wie Sie es meinen mögen.

Es ist doch eine Merkwürdigkeit, von den Leuten, die zwanzig Jahre an der Spitze der Bewegung standen, zu sagen, sie hätten kein Rückgrat und keinen Mut. Ich weiß nicht, ob diejenigen, die heute links stehen, schon unter den Pferden der Dragoner gelegen sind. Wenn es Gelegenheit gäbe, diesen Mut zu zeigen, würde

men manchen Genossen der un[illegible] Linke als nicht genug radikal erklärt. Alles, was geschieht, bedeutet nichts für diese Genossen, so die Tätigkeit für die ungezählten Kriegsleister. Viele sind statt um 7 Uhr um 9 Uhr in die Fabrik gekommen, weil sie sich so lange um Lebensmittel anstellen mußten, und sind deshalb bestraft worden. Als wir nun, um diese Strafen zu vermeiden, den Lebensmittelverband gründeten, sagten diese Genossen: Das ist gar nichts, das ist nicht revolutionär — daß die Leute etwas zu essen haben, ohne eingesperrt zu werden. Die Arbeiterschaft ist Ihnen dafür nicht dankbar, sie redet ganz anders, und mir ist nicht bange, daß die erfahreneren Vertrauensmänner nicht so denken werden wie unsere Linke. (Beifall.) Es ist wahr, die Arbeiter sind unzufrieden mit den Verhältnissen, und es wäre traurig, wenn sie es nicht wären, wo sie Hunger und Drangsale aller Art erdulden müssen. Aber sie sind nicht allein über die Partei ungehalten, sondern über die Verhältnisse, aber Sie, Genossen von der Linken, tragen dazu bei, daß dafür die Partei verantwortlich gemacht wird; und daß es den Anschein erhält, als ob nicht der Staat und die Gemeinde, sondern wir daran schuld wären. Als ob wir schuld wären, daß der Krieg noch nicht beendet ist. Jeder müßte sich als Lump fühlen, wenn er nicht dazu beitragen würde, daß der Krieg so rasch als möglich zu Ende geht. Tausende Vertrauensmänner haben sich von jedem einzelnen von uns verabschiedet mit den Worten: „Haltet unsere Organisation aufrecht." Das ist heilig für mich, und ich würde mich als Eidbrüchiger fühlen, wenn ich, der ich den Genossen die Hand gegeben habe, daß unsere Organisation aufrechtgehalten wird, mich jetzt dazu hergeben wollte, sie zu zerstören. Sie mögen den besten Willen haben, die Organisation nicht zu zerstören, aber ob Sie wollen oder nicht, Sie tragen dazu bei. Die Zeit wird schon kommen, wo wir auf die Straße gehen müssen, wo die alte erprobte Partei von Wien und der Provinz ihre Pflicht erfüllen wird. Wir haben große Kämpfe vor uns, vor allem den Kampf gegen das Unternehmertum, dann den Kampf gegenüber den Regierenden und den Kampf gegenüber den Lebensmittelwucherern. Aber diese großen Kämpfe werden wir nur führen können, wenn wir geeinigt dastehen. Wenn Sie es aber auf die Spitze treiben, dann wird die Arbeiterschaft der Spaltung schon selbst Einhalt tun. Die Arbeiter, die immer den richtigen Instinkt haben für die Einigkeit der Partei und für das, was ihr frommt, werden Ihnen zurufen: „Hand weg! Hand weg, ihr jungen Herren, von der Organisation!" Sie mögen es ganz ehrlich meinen, aber es sind auch solche unter Ihnen, die, wie es allmählich durchsickert, eine eigene Partei gründen wollen. (Oho-Rufe.) Versuchen Sie es nur, die Arbeiterschaft wird sich schon selbst ihren Richter machen und den Weg schon finden, daß die Organisation aufrecht bleibt!

Rapoldi (Innsbruck): Die Linke hat in ihrer Denkschrift an den Parteitag angekündigt, daß sie in der Diskussion bestimmte Grundsätze vertreten werde. Bisher hat sie jedoch diesen Grundsätzen noch keine Auslegung gegeben, die ihr nicht gewöhnliches Vorgehen dem Parteitage begreiflich erscheinen lassen würde. Wir müssen uns also nur an das halten, was die Opposition hier gedruckt vorgelegt hat; bedauern aber müssen wir im Interesse der Debatte, daß keiner der Redner der Linken zu Beginn dieser Debatte die so schweren Anschuldigungen gegen den Parteivorstand begründet und näher dargelegt hat. Die Anklageschrift allein ist nicht genügend zu einer Justifizierung, zumal wenn die Anklage sich nur in allgemeinen Redensarten bewegt. Die Denkschrift besteht nur aus Redensarten, die an Stimmungen anknüpfen und die, soweit sie Prinzipien anrufen, nur aussprechen, was wir Sozialdemokraten immer vertreten haben.

Die erste und schwerste Anschuldigung ist wohl die, daß der Parteivorstand die Beschlüsse der internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen nicht ausgeführt, sondern sich diesen Beschlüssen direkt entgegengestellt hätte. Diese Beschlüsse besagen, es sei „Pflicht der Sozialdemokraten, die durch den Krieg herbeigeführte politische und wirtschaftliche Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunützen". Dazu bemerkt nun die Linke in ihrer Denkschrift: „Dieser Pflicht hat die Politik des Parteivorstandes während des Krieges nicht entsprochen, er hat jede Aufrüttelung der Volksmassen vermieden, weil sie dem Landesfeind nützen könne."

Das, was da in der Denkschrift behauptet wird, ist eine ungeheuerliche Anschuldigung, und wenn nur etwas davon wahr wäre, wenn bewiesen werden könnte, daß der Parteivorstand bewußt für den Krieg eingetreten ist, dann würde es ihm gebühren, daß er sehr ernstlich zur Rechenschaft gezogen wird. Aber die Anschuldigung

ist eben nicht bewiesen und nicht beweisbar. Wahr ist, daß der Parteivorstand bei Kriegsausbruch genau so wie die Anhänger der Linken die Hände gebunden hatte, wahr ist ferner, daß es damals unmöglich war, in einer Versammlung zu den Parteigenossen zu sprechen, wahr ist endlich, daß die Zeitungen überhaupt nichts schreiben konnten gegen den Krieg. Jeder, der in einer Redaktion sitzt, weiß, wie furchtbar die Zensur in der ersten Periode des Krieges auf uns losgefallen ist, das wissen auch die Leute von der Linken, denn sie haben sich selbst mit ihrem ersten Manifest in die Schweiz geflüchtet. Es mag ja sehr verdienstlich sein, den Schweizer Arbeitern zu sagen, wie die österreichische Linke denkt, aber wer in Oesterreich unter allen Umständen den Kampf gegen den Krieg führen will, darf nicht in das Ausland gehen, der muß, wenn es legal nicht geht, illegale Manifeste und Flugblätter herausgeben. Die Linke hat sich, indem sie in das Ausland ging, unter den Ausnahmszustand gebeugt, und es ist nicht sehr mutig, jetzt, da man ein freieres Wort sprechen kann, dem Parteivorstand den Vorwurf zu machen, daß er keine Aufrufe gegen den Krieg herausgegeben hat, wo Sie es selbst nicht getan haben. Dr. Schacherl hat dem Parteivorstand den Vorwurf gemacht, daß er nichts unternahm, um der Kriegspsychose entgegenzuwirken; es wurde sogar gesagt, der Abonnentenverlust unserer Presse sei darauf zurückzuführen, daß viele Parteiblätter nach Kriegsausbruch die sozialdemokratische Gesinnung abgestreift haben. Gewiß, es sind Sünden begangen worden, und ich klopfe reuig ans Herz. Auch andere Redakteure werden zugeben müssen, daß sie in der Auswahl der Titel und der Kriegsberichte nicht so vorsichtig waren, wie man als Sozialdemokrat und Gegner des Krieges sein müßte. Auch die heute linksstehenden Blätter haben große Titel über die Kriegsereignisse und Kriegsberichte gebracht, die heute eine Prüfung durch Genossen, die auf einem extremen Grundsatze stehen, nicht immer gut überstehen würden. Aber vergessen Sie nicht: die Presse war zu dieser Haltung völlig gezwungen, um sich eben zu behaupten; die ganze Bevölkerung und auch die Arbeiter haben sich mit einem wahren Heißhunger auf die Blätter mit schreienden Titeln und viel Text über den Krieg gestürzt. Je mehr die Blätter vom Kriege und von den Siegen berichtet haben, desto mehr sind sie gekauft worden. Die Stimmung der Arbeiter zu Beginn des Krieges war eine andere als sie es jetzt ist, und wenn Sie vom Parteivorstande Rechenschaft verlangen, warum man damals nicht eine große Aktion gegen den Krieg gemacht hat, warum er nichts getan hat, um die Menschen aus der Kriegspsychose herauszureißen und zu nüchternem Denken zu bringen, so verlangen Sie nachträglich wohl etwas, was damals im Kriegstaumel nicht möglich war. Als ich in den heißen Augusttagen die Menschen auf der Gasse sah, bin ich schamerfüllt über die Menschen nach Hause gegangen. Wenn das Häuflein Genossen, die nicht einrücken mußten, gegen den Krieg demonstriert hätte, so hätte der Staat nicht Gendarmerie und Polizei gebraucht, uns hätten die Kriegstrunkenen selbst geprügelt.

So sind die Dinge gelegen. Ich glaube, daß man im Ernste nicht verlangen kann, der Parteivorstand hätte diese Stimmung meistern sollen; er wäre nicht in der Lage gewesen, in dieser Situation eine große und erfolgreiche Aktion zu entfalten, welche die Opfer gerechtfertigt hätte. Noch stärker war die Kriegspsychose in Deutschland; und was in Frankreich und in den anderen Ländern geschah, das wissen wir heute noch nicht. Das war ja die Kunst aller Regierungen, im Volke den Eindruck zu erwecken, als wären sie die Angegriffenen, die einen Verteidigungskampf führen müssen. Diese Regierungen sollte man jetzt zur Verantwortung ziehen, über sie sollte man dem Volke die Augen öffnen, damit es nicht ein zweitesmal das Opfer einer solchen Politik wird. Dem Parteivorstande wird nun auch der Vorwurf gemacht, daß er auch später keinen entsprechenden Kampf für den Frieden geführt habe und auch heute noch nicht die notwendige Energie aufbringe. Was kann die Partei in Oesterreich für den Frieden tun? Nach meiner Auffassung zweierlei: Erstens, daß sie sich mit der Internationale auf einer Konferenz findet und mit dem Proletariat in allen kriegführenden Ländern eine gemeinsame Aktion für den Frieden unternimmt. Die Herbeiführung dieser Konferenz ist sicherlich von der österreichischen Sozialdemokratie, vom Parteivorstande mit allen Mitteln gefördert, von den Genossen von links wie von rechts mit der gleichen Sehnsucht erwartet worden. Wenn diese Konferenz zustande käme und beschlösse, alles zu tun, um den Krieg zu beenden, würde es bei uns weder eine Linke noch ein Rechte, sondern nur handelnde Parteigenossen geben. Die Konferenz ist bis jetzt gescheitert. Nicht an uns und auch nicht an der deutschen Parteimehrheit, sondern an der Haltung der französischen

Mehrheit und besonders an der englischen Arbeiterpartei. Es ist nicht gut, diese Tatsachen zu ignorieren, uns immer als die Schuldigen hinzustellen und alles vom Auslande zu erwarten. Wenn die Konferenz scheitert und wir mit allen Mitteln, wie es die Linke wünscht, den Frieden herbeiführen sollen, dann bleibt nur die zweite Eventualität: das ist die, daß wir aufstehen und sagen: Regierung kapituliere! Und die Linke hätte in ihrer Erklärung nur den folgerichtigen Schluß gezogen, wenn sie zu dieser Konsequenz gekommen wäre. Wer von der Partei fordert, daß sie den Frieden herbeiführe, auch wenn eine gemeinsame Aktion des Proletariats sich als unmöglich erweist, muß das gefürchtete Wort: Kapitulation aussprechen.

Wir — und besonders wir deutschösterreichischen Sozialdemokraten — brauchen heute mehr als je die Einigkeit. Wir haben ja gar keinen Zusammenhang mehr mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Nationen. Und wenn sich die deutsche Partei auch noch in gegenseitigen Anklagen ergeht und den Zankapfel in alle unsere Organisationen hineinwirft, wie werden wir dann im entscheidenden Moment dastehen? Mit den anderen Parteien keinen Zusammenhang haben und auch unsere Partei zersetzen, das bedeutet die Auflösung der österreichischen Sozialdemokratie. Ein Kampf in unseren eigenen Reihen bedeutet, daß wir in der Zukunft, wo große Fragen auf dem Spiele stehen — die Uebergangswirtschaft, die Erweiterung unserer politischen Rechte u. s. w. — statt aktionsfähig zu sein, ohnmächtig dastehen werden. Die gegensätzlichen Meinungen in Ehren, aber jeder soll sich so viel Selbstzucht auferlegen, daß er nicht so weit geht, um durch seine Handlungen die Einheit der Partei zu gefährden.

Nun wird von der Linken in der Erklärung weiter gesagt, die Partei darf nicht ein „Wohltätigkeitsverein" werden, dessen ganze Tätigkeit sich darin erschöpft, einzelnen Arbeiterschichten eine kleine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zuzuwenden. Mich hat es geschmerzt, als ich den Ausdruck Wohltätigkeitsverein gelesen habe. Nicht nur diejenigen werden damit beschimpft, die diese „Wohltaten" ausgeteilt haben, sondern diejenigen auch, welche hilfesuchend sich an unsere Organisation gewendet haben: diese werden als Almosenempfänger beschimpft, weil sie in der Stunde der Not die Organisation aufgesucht haben. Ich habe Hunderten von Frauen Auskünfte gegeben in Sachen des Unterhaltsbeitrages, bin ihnen in Fragen der Approvisionierung beigestanden, und wo immer wir für die Arbeiterschaft etwas erreichen können, setzen wir uns dafür ein. Ich habe aber immer die Empfindung gehabt, daß wir uns mit dieser Tätigkeit im Rahmen der Parteigrundsätze bewegt haben und daß wir nicht auf die Stufe eines Sankt Vinzenz- oder Josefivereines gesunken sind. Glauben Sie, wir hätten der Partei mehr gedient, wenn wir den Frauen, die hilfesuchend zu uns gekommen sind, gesagt hätten: Gesuche machen wir keine, aber wir wollen Revolution machen und ihr sollt euch daran beteiligen!? Oder wenn wir ihnen die Broschüre von Max Adler „Prinzip und Romantik", worin die Anschauungen der Linken vertreten sind, gegeben und gesagt hätten: Da leset, damit wird euch geholfen werden!... Damit hätten wir unsere Anhänger nur zu unseren Gegnern getrieben, und die Leute, die bei uns hinausgeworfen worden wären, wenn sie bei uns Hilfe gesucht haben, die wären bei uns am Lande draußen einfach zum Pfarrer gegangen und der hätte sie mit einer anderen Belehrung empfangen, als sie in der Broschüre „Prinzip und Romantik" zu lesen steht.

In der Erklärung der Linken ist überhaupt die grundsätzliche und prinzipielle Frage aufgeworfen, welcher Weg zu unserem Ziele führt, der Weg der Evolution oder der Revolution. Die Linke will den letzteren Weg gehen; sie sagt, daß man das Volk nur auf das Große und Ganze hinlenken soll und vorbereiten für den Weg, da es die Staatsgewalt nur durch Revolution erobern kann. Ich glaube nicht, daß die Entwicklung diesen Weg nehmen kann. Ich kann wohl sagen, daß ich ein klein wenig Erfahrung besitze. Ich habe in der Gewerkschaft viele Jahre gearbeitet und war bei vielen Werkstättenbesprechungen. Ich weiß, wie schwer die Indifferenten gewonnen werden für die Organisation, und meine Erfahrungen haben mich gelehrt, daß die Stimmung der Massen wohl radikal, aber nicht, daß sie radikalsozialistisch ist. Der Radikalismus der Masse besteht in dem Bestreben, möglichst viel in der Gegenwart zu erreichen. Sie werden eine große Versammlung der Gewerkschaften, an der alle Berufsgenossen teilnehmen, zusammenbringen, wenn es sich um Fragen des Lohnes oder der Arbeitszeit handelt. Wenn Sie aber einen Vortrag über die sozialistische Gesellschaft haben, kommen nur die Vorgeschrittenen.

Das ist bedauerlich, aber wahr. Die große Masse lechzt radikal nach Gegenwartserfolgen, die ihr ein Stück Elend abnehmen. Diese Arbeit haben unsere Gewerkschaften bisher getan. Es ist wahr, bei dieser Arbeit hätten viel mehr sozialistische Grundsätze hineingetragen werden können in die Masse, die Vertrauensmänner hätten mehr für die Verbreitung der Parteiliteratur tun, die Bewegung mehr mit sozialistischem Geiste erfüllen können. Es war manchmal nicht möglich, in einer Gewerkschaft über sozialistische Auffassungen zu sprechen. Wenn Sie, Genossen von der Linken, durch die Kritik an dieser betrüblichen Erscheinung etwas ändern, tun Sie etwas sehr Verdienstliches. Aber die Gegenwartsarbeit muß weiter und kräftigst geleistet werden! Diese ganz in den Hintergrund schieben, wie es die Linke will, führt zu keiner Stärkung, sondern zu einer Schwächung der Organisation.

Nun macht diese Denkschrift unter anderem der Partei den Vorwurf, daß sie sich allzusehr mit dem Problem der Neuordnung Oesterreichs beschäftige und daß sie sich darin in vollständigem Widerspruche bewege. Die Denkschrift sagt: „Gegen Rußland hat man das Nationalitätsprinzip: Jede Nation ein Staat vertreten, die Forderung nach der Herstellung eines selbständigen Polens und Finnlands auf Rußlands Kosten unterstützt; wo aber das Nationalitätenprinzip gegen Oesterreich sprach, hat man es abgelehnt und ihm die Lehre gegenübergestellt, daß der übernationale Staat eine höhere Staatsform sei als der Nationalstaat. Auch die Erklärungen über die Friedensbedingungen, die unsere Vertreter in Stockholm abgegeben haben, lehnen für Oesterreich-Ungarn ab, was sie für Rußland fordern." Dieser Vorwurf kann sich nur gegen einzelne Personen richten und da ist die Bezeichnung „hat man" zu sehr verallgemeinert. Stellt sich also die Linke, die diesen Vorwurf erhebt, auf den Grundsatz des nationalen Staates? Falsch! Sie stellt sich nur auf den Grundsatz, daß der Parteivorstand einen Fehler begangen habe, als er für Rußland, für Polen, Finnland u. s. w. das Prinzip vertrat, jede Nation ein Staat, und die österreichischen Nationen in den übernationalen Staat zusammenpferchen will. Selber zieht die Opposition die logische Konsequenz nicht, denn sie spricht am Schlusse ihrer Erklärung auch vom Nationalitätenstaat Oesterreich, sie stellt sich auf den früher von ihr bekämpften Grundsatz des Genossen Renner und wählt nur eine andere Form. Dr. Renner verlangt die Errichtung nationaler Kreise, die Linke aber will die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung der einzelnen Nationalitäten. Das ist ein und dasselbe, nur mit dem Unterschiede in der Färbung. Aber niemand wird sagen, daß diese Forderung die logische Schlußfolgerung aus dem Vorwurfe ist, den die Linke der Partei macht. Nicht jeder, der dieses Manifest liest, wird es genau und kritisch überprüfen; er wird die Mängel an Konsequenz nicht erkennen und bei ihm nur der Vorwurf hängen bleiben: Unser Parteivorstand macht wirklich nichts Ordentliches. Wenn die Linke schon einmal öffentliche Anklage erhebt, dann muß sie sie auch fundieren und sie muß selbst das wollen, was sie von den anderen verlangt. (Beifall.)

Rudolf Beer (Wien): Die Erklärung der Linken, die Höhe und Tiefe der Debatte, sie sind ein Zeitabschnitt in der Geschichte der Partei. Minderheiten und Mehrheiten — es sind das keine Ewigkeitsbegriffe. Minderheiten werden zu Mehrheiten und Mehrheiten zu Minderheiten, wir werden vielleicht wieder Spaltungen haben und dann doch wieder zur Einigkeit gelangen. Wenn man die Erklärung der Linken so auffaßt, wie sie ist, ohne etwas hineinzulegen, was nicht darinnen steht, wird man zu einem anderen Urteile kommen. Opposition war in der Partei nie verboten. Wir haben immer Opposition gehabt. Genosse Winarsky hat Opposition gemacht... (Abgeordneter Dr. Adler: Auch Genosse Rudolf Beer!), ja, auch ich habe hier in diesem Saale, als die Genossen dem Ministerium Koerber die Wasserstraßen ohne Kompensationen bewilligt haben, Opposition gemacht, ich habe auf dem Reichenberger Parteitage, als man den Bauernkult zu weit trieb und den Bauern Meliorationen und Subventionen bewilligte, Opposition gemacht, und ich bin deshalb nicht geköpft worden. Seit wann haben wir Furcht vor der Diskussion in der Partei? Allerdings muß ich schon sagen: die Linke in Deutschland und auch hier — liberale Kampfhähne werden es nicht sein. Aber das darf uns doch nicht abhalten, auch die Meinung anderer Genossen zu hören, und wenn wir uns vor Augen halten, daß wir drei Jahre Krieg hinter uns haben, so werden wir den Standpunkt der Linken anders beurteilen.

Die Genossen der Linken sagen, daß sie die Erfolge der Sozialpolitik, die jahrzehntelange gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit angesichts des

Massenelends und Massenhungers als unzureichend und hinfällig betrachten müssen. Wollen Sie dem widersprechen? Können Sie dem widersprechen? Wenn weiters gesagt wird, daß diese Wohltätigkeitsarbeit nicht die erschöpfende, sondern daß sie eine Begleitarbeit sein soll, unter der die prinzipielle und agitatorische Aufklärung nicht leiden soll, so finde ich in dem Worte „Wohltätigkeitsverein", wie ich es auffasse, und wie es wahrscheinlich auch gemeint ist, nicht jenes Verbrechen, als welches es einzelne Genossen hier dargestellt haben. Ob die Parteivertretung ihre Pflicht getan hat oder nicht, ist auch Sache der Auffassung. Die Genossen meinen nicht, daß die Parteivertretung — ich sage wieder, so wie ich die Erklärung auffasse — nicht ihre Pflicht getan habe, sondern daß sie sie auch in einer anderen Weise hätte tun können, beziehungsweise daß man an die Pflichterfüllung jetzt einen strengeren Maßstab anlegen muß. Die Genossen verlangen weiter, daß wir mehr für den Frieden tun sollen, daß die internationalen Beschlüsse von Stuttgart und Kopenhagen mehr Beachtung finden sollen. Niemand, der sich die Objektivität des Urteils bewahrt hat, wird den Genossen daraus einen Vorwurf machen können. Die Sehnsucht nach dem Frieden wird täglich stärker. Und wer soll denn den Frieden herbeiführen? Wenn der jahrelange Kampf der Waffen den Krieg nicht entscheiden kann, wenn die Diplomaten den Frieden nicht herbeiführen können, wenn es der Papst nicht tun kann, soll da nicht die Frage vor unser Gewissen treten: Kann es nicht die Internationale Sozialdemokratie? Das ist die Frage des Tages. Da wünschen wir auch, daß sich die Parteivertretung mit ihr näher befasse in einem den Zeitumständen angemessenen Sinne. Alle Suggestionen sind verscheucht worden durch die Erkenntnis, die auch den Arbeitern der Kriegsindustrie deutlich wurde, daß die Werkzeuge des Krieges nicht mehr der Landesverteidigung, sondern der Landesvernichtung dienen. Wenn wir das bedenken, werden wir auch die Erklärung der Linken anders beurteilen. Angesichts der Massengräber und des Massenjammers sollen wir uns bewußt auch sein, daß die Parteivertretung zweierlei Verantwortung hat. Dr. Adler hat in seiner weisen Rede auf die Verantwortung der Organisation und der Partei hingewiesen. Die Partei hat aber auch die zweite Verantwortung, die Regierung auf ihre Verantwortung hinzuweisen, auf die Gefahr, daß alle Kultur vernichtet wird. Wenn in diesem Sinne Tätigkeit von der Parteivertretung verlangt wird, werden wir der Linken deshalb nicht gram sein. Und noch etwas verlangen die Genossen der Linken: daß die Genossen ihre persönlichen Reformprogramme nicht zum Parteiprogramm machen, sondern das Parteiprogramm zu ihrem persönlichen. Wenn wir verlangen, daß sie ihre Liebe zur deutschen Nation nicht zu sehr in den Vordergrund rücken, weil das ja auch als die Liebe zur deutschen Bourgeoisie, zum deutschen Scharfmachertum, zum deutschen Gendarmen, zum deutschen Kapitalismus angesehen werden kann, und daß jeder seine Liebe zum deutschen Proletariat und zum internationalen Proletariat voranstellt, ist das etwas, was wir heute nicht bloß von der Parteivertretung, sondern auch von allen Abgeordneten verlangen müssen. Die Stimmung, die besteht, muß auch von den Abgeordneten und von der Parteivertretung verstanden werden. Was wir von der Parteivertretung angesichts der Situation und der bevorstehenden Kämpfe erwarten, ist, daß sie uns zuruft: Vorwärts, ihr Philister, wollt ihr ewig leben!

Grabiele **Proft** (Wien): Als diejenige, die die Aufgabe gehabt hat, dem Parteitag die Erklärung vorzulegen, will ich jetzt einige Worte dazu sagen. Im großen und ganzen ist die Erklärung vom Parteitag nicht so schlimm aufgenommen worden. Die größte Wucht der Aufregung hat sich gegen das gerichtet, was in der Erklärung nicht gestanden ist. (Sehr richtig!) Die Genossen haben sich besonders gegen die Spaltung gewendet. Aber wir streben keine Spaltung an, deswegen haben wir die Erklärung schriftlich abgefaßt, damit man uns nichts unterstellen könne. Das mit der Spaltung ist ja nicht neu, das geht schon solange als wir während des Krieges Konferenzen gehabt haben. Vom Anfange an wurde immer wieder das Argument der Spaltung hervorgeholt und mit ungeheurer Wucht dagegen Sturm gelaufen. Wir haben auf der ersten Reichskonferenz im Jahre 1916 eine Resolution eingebracht, die sich mit der Stellung der Partei zu den verschiedenen Parteifragen befaßt hat. In der Opposition waren 15 oder 16 Delegierte, und Genosse Adler hat dort unter dem größten Beifalle der Reichskonferenz erklärt: Das Maß der Opposition ist voll, wenn es nicht schon überschritten ist. Das war das erstemal, daß sich einer erlaubt hat, über verschiedene Parteidinge eine andere Meinung zu haben, und sofort wurde gegen die Handvoll Leute das schwerste

Geschütz aufgefahren und auch gesagt, daß die Opposition auf eine Spaltung hinarbeite. Niemand hat dieses Wort so hart empfunden wie die Opposition selbst, denn weder damals noch heute waren wir für eine Spaltung. Genosse Austerlitz hat mit Recht gesagt, daß das Vorhandensein der Linken eine Sünde der Rechten ist, und es ist schon etwas abgebraucht, wenn Sie sich immer so eine Absicht konstruieren, denn deutlicher kann man es nicht sagen und aufschreiben, daß wir keine Spaltung wollen, und ich weiß, daß es dazu nicht kommen wird. Dr. Viktor Adler hat damals in derselben Rede gesagt, und zwar dem Genossen Fritz Adler gegenüber: „Ihr macht Resolutionen, um euch für später ein Alibi zu schaffen." Jetzt, ein Jahr später, wird aber gesagt: „Jetzt seid ihr so gescheit, jetzt wißt ihr das, was euch früher nicht eingefallen ist." Genosse Viktor Adler mußte also damals damit rechnen, daß die Zeit kommt, wo man dieses Alibi mit Recht bringen kann. Nun bringe ich es.

Das wollte ich denjenigen gesagt haben, die nur mit dem Argumente arbeiten, daß wir eine Parteispaltung haben wollen, denn sie wissen, wenn das der einfachste Parteigenosse hört, so wird er sich gleich sagen: Mit diesen Leuten will ich nichts zu tun haben, die wollen die Partei zerreißen. Durch diese Taktik wird von vornherein jede Aufmerksamkeit für die besten Gedanken weggenommen. Man spricht hier von der „sogenannten Linken" oder der „sogenannten Opposition" oder der „Quasi-Opposition", allerhand Beifügungen, die uns herabsetzen sollen. Bei uns hat weder Eitelkeit noch Ueberhebung, noch Nachahmung in Bezug auf die deutschen Verhältnisse eine Rolle gespielt, sondern die Bezeichnung erfolgte nur deshalb, weil man doch dem Kinde einen Namen geben muß; wir haben uns diese Bezeichnung einfach deshalb gegeben, um uns von den anderen zu unterscheiden.

Diese angeblichen Spaltungsbestrebungen wurden auch sofort festgenagelt. Nach der Reichskonferenz hat der Floridsdorfer „Volksbote" diese Genossen als Parteizerstörer gekennzeichnet und gesagt, die Parteikonferenz habe mit Einmütigkeit das Höchste und Wichtigste, was wir haben, neuerlich bestätigt, die Einheit — mit Ausnahme dieser wenigen Genossen und Genossinnen, die damit also als Parteischädlinge hingestellt worden sind.. Wer hatte das Recht, dies zu sagen? Auch in Deutschland hat es so angefangen. (Rufe: Jawohl!) Und auch damals ist man gegen die deutschen Genossen so vorgegangen, wie man jetzt gegen uns vorgeht. Es sind schon anderthalb Jahre her, seit wir uns mit unserer Meinung herausgetraut haben, und bis heute ist es noch zu keiner Spaltung gekommen, bis heute ringen wir noch um die Anerkennung des Rechtes, eine andere Meinung zu haben. In Deutschland ist es dann zur Spaltung gekommen, und obwohl der abgespaltene Teil bereits 120.000 Mitglieder zählt, sind die Parteigenossen noch immer bereit, jeden, der anders denkt als die offizielle Partei, als Schädling hinzustellen, der überhaupt kein Recht habe, sich Parteigenosse zu nennen. Ich möchte zu bedenken geben, daß es nicht möglich ist, wenn man nicht auch die Folgen auf sich nehmen will, so gegen die Leute vorzugehen, die es gewagt haben, anderer Meinung zu sein. Es wird Ihnen schwer fallen, mehr als allgemeine Redensarten gegen die Anhänger dieser Resolution vorzubringen. Genosse Bretschneider, ein so erfahrener Parteigenosse, hat hier unter dem Beifall des Parteitages auch Dinge vorgebracht, die er im Kaffeehause gehört hat. Was würden Sie sagen, wenn wir mit solchen Dingen kämen? Da bekämen wir noch ganz andere Namen als „Jud", „Philosoph" u. s. w. (Heiterkeit und Beifall.) Ich würde es Ihnen nicht zumuten, das anzuhören, was ich Ihnen etwa von Kaffeehausgesprächen erzählen könnte. Wenn Sie es gar nicht vertragen können und wenn Sie gar nichts gelten lassen wollen von dem, was hier die Andersdenkenden, die „sogenannte" Linke, vorgebracht hat, dann müssen Sie auch den Mut haben, zu sagen: „Opposition wird in der Partei nicht geduldet." Dann werden aber auch wir die Konsequenzen daraus ziehen. Das ist keine Drohung, das ist nur die logische Folgerung dessen, wie sich die Diskussion hier entwickelt hat.

Nun werde ich der Reihe nach die Teile der Erklärung besprechen, die den größten Widerspruch der Genossen herausgefordert haben. Vor allem den Absatz, der von der öffentlichen Erörterung aller in der Partei vorkommenden Dinge handelt. Da hat der Genosse Skaret in seinem Parteibericht — ich glaube im Zusammenhange mit dem Antrage der Jugendorganisation, daß die politische Partei Diskussionen veranstalten soll — gesagt: „Ja wann haben wir das einmal verboten?" Man sagt, was nicht verboten ist, ist erlaubt. Das trifft aber auf diesen Fall nicht zu. Es ist nirgends verboten worden, Diskussionen zu halten, das kann doch eine

sozialdemokratische Partei nicht gut tun, das kann man auch nicht beschließen. Aber es wurde doch unmöglich gemacht, solche Diskussionen abzuhalten. Genosse Napoldi hat gesagt, daß man nicht allgemeine Redensarten, sondern Argumente vorbringen soll. Das werde ich nun tun. In Wien — von der Provinz weiß ich es nicht — haben die Genossen gleich nach Kriegsausbruch, als die Diskussionen begonnen haben und die Meinungen auseinandergingen, gesagt: „Jetzt haben wir genug, so geht das nicht weiter, das ist keine Einigung." Viele Monate ist nicht mehr geredet worden. Viele Genossen sagten: „Wir werden uns nicht klar, lassen wir die Diskussion bis nach dem Kriege." Das war eine sehr verbreitete Meinung. Die Mitglieder haben wieder gesagt: „Die Führer sind noch nicht einig, was man will, behaltet das für euch, bis ihr einig seid, und dann kommt zu uns." Da hätte es die Parteivertretung als ihre Aufgabe erkennen müssen, in diese verworrenen Dinge Klarheit zu bringen. Es wäre niemand unter uns gewesen, der gesagt hätte: „Erzählen Sie uns nichts!" Weil wir aber nicht miteinander beraten haben und nur einmal im Jahre zusammenkommen, explodieren die Meinungen; da sagt man wieder: „Das sind die Krakeeler, die zerstören die Partei." Nach einer Reichskonferenz geht man aber nach Hause und redet wieder nichts über die Dinge. Die Leute, die anderer Meinung waren, waren als Redner für einen Vortrag oder eine Versammlung nicht unterzubringen. In einem Bezirke wurde beantragt, gegen die Unterrichtsorganisation loszugehen, weil sie solche Redner hinausschickt. Es ist gesagt worden, die Unterrichtsorganisation wirke vergiftend. Es war schwer möglich, im eigenen Bezirke zu sagen, was wir denken. Immer wurde gesagt: „Das sind Parteizerstörer, vor denen man sich hüten soll." Es ist kein Wunder, daß sich die Mitglieder nicht darum reißen, Diskussionen zu hören, wenn es die Funktionäre nicht für angezeigt halten. Darum ist es notwendig, daß wir ununterbrochen zusammenkommen und das besprechen, was der Tag fordert. Daß das nicht nur immer ketzerische Ansichten waren, beweise dieses: Heuer im Sommer wurde eine Parteikonferenz abgehalten, bei der konkrete Beschlüsse gefaßt wurden. Es wurde beschlossen, daß Vertrauensmännerkonferenzen einberufen werden, wo sich die Funktionäre aussprechen und daß sie dann weiterberichten sollen in ihren Organisationen; daß man auch in der Presse alles bespreche, sowohl in der Provinz wie auch in Wien. Bis heute aber ist nicht ein einziges Wort darüber gefallen. Es wurde weiter ein Beschluß gefaßt, daß eine Broschüre geschrieben werden soll, da, wie auch vom Parteivorstande gesagt wurde, nirgends eine Richtschnur für unser Handeln gegeben wurde. Bis heute ist sie nicht erschienen.

Diese „allgemeinen Redensarten", die hier in der Erklärung enthalten sind, sind also berechtigt. Dann ist gesagt worden, daß wir ja Gelegenheit gehabt hätten, zu reden. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Besonders der Genossin Schlesinger hat man den Vorwurf gemacht, daß sie die Jugend vergifte, nannte es Klatschereien (Oho!-Rufe), es wurde ihr aber niemals möglich gemacht, sich zu rechtfertigen. In der Zeitung erschien ein Artikel „Hände weg!", von dem jeder wußte, gegen wen er sich richte, aber niemand konnte sich dagegen wehren. So gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die den Grund abgeben, daß die Genossen fühlen mußten, daß man sie nicht zu Worte kommen lassen will. Weder in Konferenzen, noch in Versammlungen durfte man über eine Sache reden, ohne daß man den Vorwurf auf sich geladen hätte, daß man die Partei zerstören wolle. Genosse Seyer hat von der Streikbewegung im Mai gesprochen. Damals haben die Genossen die Bewegung so hingestellt, als ob einige unreife Jungen auf die Gasse gegangen wären. Meine Meinung über diese Dinge ist aber die: Wenn in einem Betriebe kein Vertrauensmann ist und es gelingt irgendeinem Fremden, eine Streikbewegung zu entfachen, dann ist das ein bedenkliches Zeichen. Auch hier hat man keine Aussprache gepflogen, sondern einfach gesagt: „Die und die haben das angezettelt, das sind Quertreiber, die dafür verantwortlich zu machen sind." Ich muß sagen, uns tut es sehr leid, daß nicht Opposition die Ursache dieser Ausstandsbewegung war. Ich sage das deshalb, weil die Ursachen nicht erwähnt wurden. Diese Ausstandsbewegung lag in den fürchterlichen Verhältnissen, in denen sich die Leute befanden. Und wenn Sie noch immer glauben, daß unverantwortliche Leute herumgehen müssen, die anderen anzuhalten, in den Ausstand zu treten, dann halte ich das für ein Verkennen der heutigen Situation, für nichts anderes. Dann ist es richtig, daß wir lange Zeit verhindert wurden, Versammlungen überhaupt abzuhalten. In einem Orte wurden sogar die Frauen gehindert, eine Versammlung abzuhalten.

Als wir mit dem Vertrauensmann dieses Ortes darüber sprachen, meinte er: „Ja wer wird denn die Verantwortung übernehmen?“ Wer kann überhaupt eine Verantwortung übernehmen für das, was im Kriege geschieht? Die Erklärung verlangt von der Partei, daß sie wichtige Fragen öffentlich behandelt, und ich bin überzeugt davon, daß dann nicht aus jeder solchen Frage ein Streitfall werden wird. Ein Streitfall wird es nur dann, wenn sich soviel Unmut hüben und drüben anhäuft.

Von Austerlitz wurde der Vorwurf erhoben, daß wir sagen, die Obrigkeit sei nicht demokratisch, und doch nehmen wir sie immer wieder in Anspruch. Ja, das ist eigentlich richtig. Aber in einer Organisation wie bei uns in Oesterreich, wo jeder Mensch, der mit irgendeiner Bemerkung hervortritt, gleich irgendwie qualifiziert wird, so daß er nirgends hingehen und seine Meinung zum Ausdrucke bringen kann, müssen wir es mit der Parteiobrigkeit versuchen, es uns möglich zu machen, daß auch wir in die Organisation gehen können, damit auch dort eine andere Meinung gehört und erörtert werde als diejenige, die der Parteivorstand vertritt.

Dann der Passus „Aufrüttlung der Volksmassen“. Wir haben Friedensversammlungen haben wollen. Es hat lange gedauert, bis wir halbwegs so weit waren, daß Friedensversammlungen einberufen wurden. Das ist auch ein Punkt, um beurteilen zu können, was die Partei getan hat zur Aufrüttlung der Volksmassen. Nun komme ich zur Frage des Ministerialismus. Dr. Renner hat von sich gesagt, daß er einmal inoffiziell und einmal auch offiziell die Aufforderung erhielt, in die Regierung einzutreten und er es beide Male abgelehnt hat. Es wurde aber nicht gesagt, daß wir überhaupt nicht in eine Regierung gehen, sondern es wurde damit motiviert, daß wir *derzeit* nicht hineingehen. Das war also keine prinzipielle Ablehnung, sondern eine opportunistische. Die Bemerkung über den Ministerialismus bezieht sich also nicht bloß auf den Genossen Renner, sondern überhaupt auf das, was die Partei sagte, als sie aufgefordert wurde, an der Regierung teilzunehmen.

Die Genossen haben sich nun auch sehr über das aufgehalten, was in der Erklärung über den „Wohltätigkeitsverein“ und über die Arbeit in den Wirtschaftsämtern gesagt wird. Dieses Wort wird hier nicht zum erstenmal gebraucht. Schon Genosse Adler hat von einer philanthropischen Gesellschaft gesprochen. Die Aufregung richtet sich aber wieder gegen das, was eigentlich nicht in der Erklärung steht; denn es heißt dort ausdrücklich, „die Partei soll sich nicht in *reiner* Verwaltungsarbeit erschöpfen“, es steht somit nicht darinnen, daß sie diese Arbeit überhaupt nicht machen soll. Es heißt dann weiter, „daß sich die Tätigkeit der Partei in Interventionen der Abgeordneten erschöpft hat“. Das ist etwas ganz anderes, als wenn man hier sagt: „Ja die wollen nicht, daß wir den Arbeitern Lebensmittel verschaffen.“ Damit soll den Massen gesagt werden: „Seht, die von der Linken wollen, daß die Arbeiter verhungern.“ Das will niemand. Man lebt im Kriege viel schwerer als im Frieden und muß deshalb froh sein, wenn man zu essen hat. Wogegen wir uns aber wenden, das ist die *reine* Verwaltungstätigkeit und die Tatsache, daß sich die Tätigkeit der Partei lange Zeit in Interventionen erschöpft hat. Ich will auch dafür Beweise erbringen. Wenn man in die Provinz hinausfährt — und es gibt außer den Genossen, die das hier immer so unterstreichen, noch einige Genossen, die mit Arbeitern Zusammenhang haben — so sieht man, daß es eine ungeheuer große Anzahl neuer Funktionäre gibt, weil dieselben infolge der vielen Einberufungen immer wechseln. Da kommt es vor, daß diese Funktionäre, die früher vielleicht keine Sozialdemokraten, mindestens aber keine Funktionäre waren, die Aufgaben, die ihnen in den Wirtschaftsämtern auferlegt werden, so ernst nehmen, daß sie glauben, man habe neben dieser Verwaltungsarbeit überhaupt keine sozialdemokratische Aufklärungsarbeit zu machen. Darum aber hat sich die Partei in der Kriegszeit gar nicht gekümmert. Das ist der Grund, warum man sagen muß, daß die Partei ihre Tätigkeit hauptsächlich darin gesehen hat, die Genossen und Genossinnen in Körperschaften zu entsenden, die nur Verwaltungsarbeit leisten. Ich kann dem Genossen Renner nicht zustimmen, wenn er sagt, daß das alles Klassenkampf ist. Das kann Klassenkampf sein, aber es kann auch eine Arbeit sein, die sich nicht zu unterscheiden braucht von der Arbeit der bürgerlichen Institutionen, die während des Krieges in Haufen gegründet worden sind. Auch sie sagen, das gilt der Ernährung, der Erhaltung des Lebens und der Gesundheit. Unsere Verwaltungsarbeit und unsere Tätigkeit auf

diesem Gebiete muß sich von der der bürgerlichen Klassen unterscheiden, wir müssen diese Arbeit im Sinne des Klassenkampfes und entsprechend dem Charakter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausüben. Auf den Zwischenruf des Genossen Abram einzugehen, halte ich für zwecklos. Das ist kein Zwischenruf, der in der Erregung erfolgt ist, das ist die Ueberzeugung des Genossen Abram. Ich weiß dies auch aus einem privaten Gespräch mit ihm. Wenn ich das höre, fällt mir ein, was der verstorbene Genosse Schuhmeier von Pernerstorfer gesagt hat: „Er hat eine nationale Krampfader." Beim Genossen Abram denke ich jedesmal an die antisemitische Krampfader. (Zustimmung.) Ich glaube, daß ein solches Verhalten ungehörig ist, weil es nicht sozialdemokratisch ist.

Ich bitte Sie also, unsere Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und zugleich auch dies, daß 50 Delegierte des Parteitages diese Erklärung unterschrieben haben (Beifall), und daß wir nichts anderes wollen, als was in ihr enthalten ist. Wir werden uns ganz entschieden dagegen zur Wehr setzen, daß uns jemand auch nur einen Buchstaben unterschiebt über das hinaus, was in der Resolution enthalten ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Tomschik**: Es sind noch 29 Redner zu der Erklärung vorgemerkt. Zu Worte gemeldet waren nämlich noch folgende: Schäfer (Reichenberg), Leuthner (Wien), Pichler (Bruck a. d. Mur), Abram (Innsbruck), Weber (Wien), Mathilde Eisler (Wien), Marie Bock (Wien), Domes (Wien), Max Adler (Wien), Fritz Wagner, Emmy Freundlich (Wien), Therese Schlesinger (Wien), Viktor Adler (Wien), Leibfried (Dornbirn), Beck (Salzburg), Beutel (Aussig), Jokl (Troppau), Tuller (Graz), Pohl (Turn), Eisler (Marburg), Max Winter (Wien), Seitz (Wien), Seliger (Teplitz), Breitenfelder (Salzburg), Pick (Wien), Hartmann (Wien), Czermak (Teplitz), Hannsch (Wien), Moriz (Wien). Wenn alle sprechen, würden wir 14 Stunden brauchen. Außerdem sind noch fünf Redner zum allgemeinen Berichte vorgemerkt. Das Präsidium hatte die Absicht, Ihnen die Wahl von drei Generalrednern von jeder Seite vorzuschlagen. Mittlerweile ist ein Antrag Adametz eingelaufen, der Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern beantragt.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Abgeordneter **Glöckel**: Ich glaube, die Sache ist ziemlich geklärt. Es genügt vollständig, wenn von jeder Seite ein Generalredner spricht.

Der Antrag Glöckel wird angenommen und zu Generalrednern gewählt: für Neurath (Reichenberg), gegen Dr. Viktor Adler.

Vorsitzender **Tomschik**: Von Genossen Dr. Viktor Adler ist folgende Resolution eingebracht worden:

(liest Antrag 10).

Persönliche Bemerkungen.

Abgeordneter **Abram**: Ich habe heute vormittags einen Zwischenruf gemacht und möchte hier erklären, wieso er entstanden ist und warum ich mich für berechtigt hielt, ihn zu machen. Das geschah deshalb, weil ich in der Erklärung der sogenannten Linken eine hochnasige Beschimpfung der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie und eine ganz ungleiche Behandlung der Sozialdemokratien der anderen Staaten finde. Es ist in Oesterreich und Deutschland zum Beispiel ganz ausgeschlossen, daß die Mehrheit der Parteigenossen dulden würde, daß ein Genosse Munitionsminister wäre, wie es Thomas in Frankreich ist, wenn sich schon ein Genosse bereit fände, was ausgeschlossen ist. Es ist auch ausgeschlossen, daß eine solche Stellung, wie sie die französischen Sozialisten, auch die der Minderheit, einnehmen, in Oesterreich jemals hätte Platz greifen können, auch wenn das Parlament einberufen gewesen wäre. Die österreichische Sozialdemokratie hat zu Ostern 1915, als 84 Bezirkshauptmannschaften besetzt waren, erklärt, wir sind für den Frieden und wir hätten auch in dieser Zeit einen Frieden machen können. Die österreichische Sozialdemokratie und die in der Partei tätigen Genossen haben während der ganzen drei Jahre, während welcher sie die Not des Proletariats stets vor Augen hatten, mit dem Einsatze ihres ganzen Könnens, ihres ganzen Wollens und ihrer ganzen Tatkraft gehandelt und es nicht verdient, in solcher Weise angegriffen zu werden. Ich habe nun in diesem Schriftsatze den Namen Dr. Renner wiederholt gefunden. Ich bin mit der Meinung des Genossen Renner über die Erneuerung Oesterreichs

durchaus nicht einverstanden, er weiß, daß ich für meine engere Heimat eine andere Lösung wünsche. Aber Genosse Dr. Renner hat uns in diesen drei Jahren, wo wir draußen praktisch tätig sein mußten, so viel Handwaffen und brauchbares Material gegeben, daß wir ihm innerlich und auch öffentlich zu Dank verpflichtet sind. (Lebhafte Zustimmung.) Da habe ich gemeint: Es ist ein Fehler bei dir, daß nicht acht Tage nach deiner Geburt eine Operation an dir vorgenommen wurde (Heiterkeit), das ist ein Fehler. Wenn Genosse Renner zur Gilde gehören würde, dann wäre er unser großer Karl. So aber beißt man sich an ihm die Zähne aus und das muß man zurückweisen. Diese Arroganz, die wir auf der Seite der Linken sehen, macht ein Wort der Abwehr vollauf berechtigt. Wenn Sie den Genossen Schuhmeier als Kronzeugen anführen, so hatte der Genosse Schuhmeier wahrscheinlich noch in verstärktem Maße die Ader, die Genossin Proft an mir entdeckt hat.

Noch ein Wort zu dem, was Genosse Richter gesagt hat. Ich mache der Linken zum Vorwurf, daß sie unsere eigene praktische Arbeit fortgesetzt besudelt. Jetzt, wo das Proletariat den Leidensweg bis zur dreizehnten Station durchgemacht hat und wo wir auf einen Frieden in absehbarer Zeit hoffen können, besudeln Sie unsere praktische Arbeit und lasten die Verantwortung für die Not des Krieges den praktisch tätigen Parteigenossen auf, zum Gaudium der bürgerlichen Gegner. Man darf nicht den Bürgerlichen die Verantwortung abnehmen, indem man die Partei für Verhältnisse verantwortlich macht, die sie nicht geschaffen hat. Damit entbindet man diejenigen der Verantwortung, die das Unglück der Welt verschuldet haben.

Grünwald (Wien): Genossin Proft sagte, es sei unmöglich gemacht worden, sich gegen den Artikel „Hände weg!", der in der „Gewerkschaft" erschien, zu wehren. Ich stelle nun fest, daß kein Versuch gemacht worden ist, in der „Gewerkschaft" auf den Artikel etwas zu entgegnen; ob er anderwärts unternommen worden ist, ist mir nicht bekannt. Weiter sagte sie, alle Welt wisse, wer gemeint gewesen sei, die Person sei aber in dem Artikel nicht genannt worden. Das hatte seinen guten Grund. Wir können uns nicht der Gefahr aussetzen, Denunzianten genannt zu werden. Nachdem aber alle Welt, zumindest die Parteiwelt, gewußt hat, wer gemeint war, war es auch gar nicht nötig, einen Namen zu nennen.

Abgeordneter Dr. Renner: Als ich mich zu diesem Punkte zum Worte gemeldet habe, hatte ich die Absicht, zu erklären, daß ich sehr befriedigt bin, daß meine Person, die in der Erklärung der Linken eine so große Rolle gespielt hat, in der Debatte dann hinter den allgemeinen Gesichtspunkten zurückgetreten ist. In Bezug auf den Zwischenfall, der durch den Ruf des Genossen Abram hervorgerufen wurde, erkläre ich, daß ich nicht die Absicht habe, von den Zufälligkeiten der Geburt und den sich hieran knüpfenden Folgeerscheinungen Gebrauch zu machen. (Heiterkeit und Beifall.)

Pichler (Bruck a. d. Mur): Ich möchte nur gegenüber dem Genossen Pölzer bemerken, daß auf der Linken nicht lauter Buben mit kurzen Hosen sind, und daß bei der Linken die Leute nicht nur im Wolkenkuckucksheim sitzen und keine Arbeit geleistet haben. Wir haben draußen in der Provinz 130 Versammlungen gehabt und Sitzungen abgehalten und sind unter den größten Gefahren für das Proletariat eingetreten. Die Debatte war gut, aber wenn man den Teufel an die Wand malt, dann muß man schon andere Ausdrücke finden, wenn man von Genossen spricht, die bloß einer anderen Meinung sind.

Paul **Richter** (Wien): Gegenüber dem Genossen Abram, dem es in einer ganz unqualifizierbaren Weise beliebt hatte, mich als Parteischädling hinzustellen, überlasse ich es dem Parteitage, aus meinen Ausführungen herauszuhören, was einer Besudelung gleichkäme. Ich blicke auf eine ebensolange Parteiarbeit zurück wie Abram, und ich kann es mir absolut nicht gefallen lassen, öffentlich auf dem Parteitage als Parteischädling hingestellt zu werden. Das bitte ich den Genossen Abram zur Kenntnis zu nehmen.

Die Generalredner.

Neurath (Reichenberg): Ich möchte vor allem folgendes feststellen: Genosse Seliger reklamiert Deutschböhmen für seinen Standpunkt, den er hier vertreten hat. (Abgeordneter Seliger: Das ist absolut nicht wahr!) Er hat sich für seinen

Standpunkt auf die deutschböhmische Organisation berufen. Ich möchte feststellen, daß, was den Reichenberger Bezirk betrifft, er nicht auf dem Standpunkte Seligers steht. Ebenso möchte ich im Auftrage Kiesewetters für das ostböhmische Gebiet dieselbe Erklärung abgeben.

Genosse Seliger hat von dem Passus der Stuttgarter Resolution gesprochen, der dem Sinne nach verlangt, daß die Partei nach Ausbruch eines Krieges die durch den Krieg geschaffene politische und wirtschaftliche Situation auszunützen habe, um die Proletarier aufzurütteln gegen die kapitalistische Klassenherrschaft. Nun hat er den Krieg in Zusammenhang gebracht mit der Tätigkeit der Genossen in den Approvisionierungsausschüssen und erklärt, die Partei habe getan, was in jener Stuttgarter Resolution verlangt worden ist. Ich finde die Notwendigkeit, festzustellen, daß die Stuttgarter Resolution nach Ausbruch des Krieges allerdings nicht allein bei der Parteimehrheit in Oesterreich und Deutschland, sondern auch bei der Parteimehrheit in Frankreich und England unter den Tisch gefallen ist, und daß die Haltung der Mehrheit dieser Forderung der Resolution keineswegs entspricht. Im übrigen hatte ich das Empfinden, daß Seliger und Dr. Renner besonders an dem Kern der Sache doch ein wenig vorbeigeredet haben. Wenn Seliger davon gesprochen hat, wieviel geleistet worden ist und noch geleistet wird von den Vertrauensmännern in den Approvisionierungsausschüssen, so wird natürlich niemand da sein, der das bestreiten würde. Wogegen wir uns aber wenden ist, daß durch die Ueberbürdung bei dieser Arbeit unsere Vertrauensmänner der Parteiarbeit entzogen wurden. Das ist für Deutschböhmen leicht zu beweisen. Seliger ist Direktor des Teplitzer Konsumvereines, Germak des Lebensmittelverbandes für Aussig, Schäfer ist in der Bäckerei beschäftigt. Daß gearbeitet wird, bestreitet niemand, auch nicht die Fruchtbarkeit der Arbeit. Man kann aber nicht sagen, daß in dieser Tätigkeit das zum Ausdruck kommt, was man den Klassenkampf nennt. Wogegen sich die Opposition richtet, ist das, daß die Mehrheit der Partei bis in die letzten Tage auf jede selbständige Politik verzichtet und die Politik der Herrschenden unterstützt und gefördert hat. Es fällt uns nicht ein, zu bestreiten, daß die gewerkschaftlichen oder politischen Vertrauensmänner, die in einen Ernährungsausschuß geschickt werden, auch Kleinarbeit im Klassenkampfe leisten. Der Vorwurf geht dahin, daß die Partei auf eine eigene Politik verzichtet hat. Das ist allerdings in der letzten Zeit wesentlich anders geworden, und der Parteitag beweist es. Genosse Viktor Adler hat gestern ausgesprochen, es sei selbstverständlich, daß man die Opposition zum Worte kommen lassen, daß man für die Freiheit der Diskussion in der Partei einstehen müsse. Das war nicht immer so, das ist erst so geworden. In der Märzkonferenz von 1916 war man nicht so tolerant wie heute. Da wurde man nervös über die Forderung der Opposition, man möge sie nicht nur auf dem Parteitage anhören, sondern auch in der Organisation. Ein Augenblick wird mir in meinem ganzen Leben unvergeßlich bleiben: als Genosse Friedrich Adler damals für die Minderheit gesprochen hatte, versuchte man nicht, seine Argumente sachlich zu bekämpfen, sondern man machte sie lächerlich und lachte ihn aus. Heute ist natürlich eine ganz andere Situation. Die Verhandlungen auf dem Parteitage haben es zur Genüge gezeigt. Jetzt ist man bereit, alle Diskussionen freizugeben. Aber auf der Märzkonferenz war das noch nicht der Fall. Nun ist gesagt worden, daß damals eben andere Verhältnisse waren, unter denen man gezwungen war, andere Ansichten zu vertreten als heute. Da muß ich schon sagen, daß das eine merkwürdige Sozialdemokratie ist, die die Durchsetzung von Forderungen von den jeweiligen Verhältnissen abhängig macht, unter denen man lebt. Wir müssen, meine ich, in schwerster Zeit mehr einsetzen als sonst. Oder wir haben nicht ernstlich die Absicht, die sozialdemokratischen Forderungen durchzusetzen. Es war also im März ebensosehr die Aufgabe der Partei, wie es ihre Aufgabe heute ist, für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Forderungen zu sorgen. Es sind heute von einigen Rednern Liebeserklärungen an die russische Revolution abgegeben worden. Ich möchte feststellen, daß diese Erklärungen so lange platonisch und sinnlos bleiben, solange die Zwecke nicht gefördert werden, die hieraus erwachsen. Die Aufgabe aller Sozialdemokraten muß darin bestehen, der russischen Revolution zu zeigen, daß auch wir entschlossen sind, unsere Regierungen dazu zu bringen, sich für einen Verständigungsfrieden klar und deutlich auszusprechen. Aber nach Ausbruch der russischen Revolution, als die russische Regierung klar und deutlich die Friedensformel formuliert hat, sind die Antworten teils ausgeblieben, teils waren sie nicht klar und deutlich abgefaßt. Wir behaupten nun, daß die sozialdemokratischen

Mehrheitsparteien es versäumt haben, deutlich zu sagen, daß die sozialdemokratischen Parteien jetzt nach Ausbruch der Revolution darangehen, ihre Regierungen zu veranlassen und sie zu zwingen, sich klar und deutlich zur Friedensfrage zu stellen.

Das und vieles andere war es, was uns die ganzen Jahre hindurch bewegt hat, und es ist selbstverständlich, daß wir versuchten, über diese Probleme zu diskutieren. Wenn heute davon gesprochen wird, daß ohnedies keine Beschränkungen auferlegt wurden, so möchte ich, abgesehen von der schon erwähnten Märzkonferenz, doch feststellen, daß die Genossen, die sich in den Parteiorganisationen zur Mehrheit bekannt haben, nicht sehr erbaut waren, wenn wir darangingen, über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zu diskutieren. Seliger hat gestern die Linke gefragt, wen er denn hätte auf die Straße führen sollen, als es sich gezeigt hat, daß die Arbeiter mit der Art der Approvisionierung unzufrieden geworden sind. Darauf möchte ich sagen, daß die Arbeiter keineswegs gewartet haben, bis ein Genosse den Versuch macht, sie hinauszuführen, sondern daß sie in vielen Gebieten Oesterreichs ohne Aufforderung auf die Straße gegangen sind. Wenn Seliger weiter erklärt, es sei der Erfolg der Genossen in den Approvisionierungsausschüssen, daß es möglich geworden ist, daß die Arbeiter physisch und geistig durchhalten, so möchte ich darauf erwidern, daß das unter sehr merkwürdigen Umständen möglich gemacht wurde. In Wahrheit hat sich das immer so zugetragen, daß die politischen Behörden in jenen Bezirken, in denen sich die Arbeiter gerührt haben, allerdings dafür gesorgt haben, daß möglichst rasch Lebensmittel herbeigeschafft werden, um die Arbeiter zu befriedigen. Diese Lebensmittel mußten aber anderen Bezirken entzogen werden. Wir sind nunmehr an jener Grenze angelangt, wo sich selbst ein Verwaltungskünstler umsonst abmühen würde, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß es ausgeschlossen ist, physisch auszuhalten. Wir haben bei allen diesen Gelegenheiten erklärt, daß es nicht so sehr darauf ankommt, daß die Approvisionierungsausschüsse tadellos arbeiten, sondern wir haben versucht, den Genossen und Genossinnen zu zeigen, daß das Grundübel des Elends nirgends anders wurzelt als in dem Kriege, und daß unsere ganze Politik darauf gerichtet sein muß, eine Situation zu schaffen oder vorzubereiten, die den Herrschenden und ihren Regierungen zeigt, daß es die höchste Zeit ist, den ernstlichen Versuch zu machen, dem Kriege ein Ende zu setzen.

Die Art und Weise, wie man hier gegen die Linke argumentiert, hat mich mehr als überrascht. Die Genossen des Reichenberger Bezirkes, die sich bald nach Ausbruch des Krieges zur Linken bekannt haben, sind keine Akademiker der Studierstube, sondern ausnahmslos Arbeiter. Bald nach Ausbruch des Krieges, als uns die Stellungnahme der offiziellen Sozialdemokraten bekanntgeworden war, war es uns klar, daß es notwendig ist, gegen diese Politik der Parteimehrheit Front zu machen. Es ist eine vollständige Verbiegung der Tatsachen, wenn man sagt, die ganze Opposition sei auf die Agitation einiger hysterischer Weiber oder einiger Juden, einiger Akademiker zurückzuführen, die mit der Organisation keine Fühlung haben und nicht wissen, was die Genossen in den Organisationen zu leisten haben, um Erhöhungen der Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w. durchzuführen. Gewiß sind alle diese Dinge sehr wichtig und notwendig. Aber es wäre falsch, zu behaupten, daß die Genossen der Linken damit nichts zu tun hätten. Alle diese Genossen arbeiten auch während des Krieges unermüdlich in der Organisation und wissen sehr wohl, daß diese Opposition nicht von Akademikern angezettelt wurde, sondern ein ganz natürliches Produkt der Entwicklung ist und so lange nicht nur bestehen, sondern immer stärker werden wird, solange diese Politik des Parteivorstandes besteht, ohne daß ich dabei in den Fehler verfallen wollte, den Parteivorstand in jeder Hinsicht verantwortlich machen zu wollen. Ich möchte feststellen, daß die Art, wie man hier dem Genossen Max Adler begegnet ist, restlos von den Genossen Nordböhmens abgelehnt wird. (Beifall.) Man hat hier gegen ihn in einer Art argumentiert, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Wir in Nordböhmen schätzen den Genossen Max Adler schon seit Jahren als hervorragenden Kämpfer für den Sozialismus, wir lieben ihn außerordentlich und haben es nicht versäumt, was er schrieb, so oft als möglich abzudrucken, und wir haben noch nicht gefunden, daß das, was er schreibt, unverständlich ist. Wir haben gemeint, daß das, was Genossen wie Max Adler, schreiben, man gerade jetzt den Arbeitern zur Kenntnis bringen muß. (Beifall.) Das ist auch selbstverständlich. Darin verstehe ich die Freigabe der Meinungsverschiedenheiten, daß man in der Presse nicht nur einseitig die Politik der Rechten vertritt. Die „Reichenberger Tagespost", die, nachdem der „Vorwärts" eingestellt war, nicht

die Politik der Linken vertreten hat — das hat sich seither vollständig geändert — hat seit langer Zeit dafür zu sorgen gesucht, daß nicht nur das, was die Mehrheit zum Ausdrucke bringt, sondern auch das, was die Minderheit sagt, zur Kenntnis der Genossen kommt. Es ist selbstverständlich, daß wir, die wir auf dem Standpunkte der Linken stehen, dafür sorgen, daß das, was die Linke sagt, den Genossen bekannt wird.

Ein Redner hat gemeint, er habe noch keinen Beweis dafür, daß Genosse Max Adler, wenn die Stunde der Gefahr komme, Opfer bringen würde. Das ist die kurioseste Art der Argumentation. Der Beweis für die Zukunft kann noch nicht geliefert sein, weder von der Linken noch von der Rechten. Uns genügt, was Adler bisher getan hat, um feststellen zu können, daß wir ihn hochschätzen und daß wir wünschen, daß er auch weiter energisch im Sinne der Linken wirke. Wir haben die Erfahrung wieder machen müssen, daß man den Parteitag dazu benützt, um eine ausgesprochen antisemitische Hetze zu inszenieren. Das muß energisch abgelehnt werden. Wenn man glaubt, daß das übertrieben sei, so ist zu erwidern, daß es nicht das erstemal war, sondern daß auf der Märzkonferenz Abram genau dasselbe gemacht hat. Dagegen muß ich — und die Vertrauensmänner Nordböhmens denken ebenso — mich ganz entschieden wenden. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, wir begrüßen den Antrag des Genossen Viktor Adler als Erfolg der Minderheit, weil darin zum Ausdrucke kommt, daß die Minderheit die Möglichkeit erhält, sich innerhalb der Partei zu rühren und für ihre Meinung einzustehen, und wir werden für ihn auch stimmen. Wir werden aber für die Erklärung der Minderheit überall dort, wo wir können, wirken und dafür Sorge tragen, daß die Parteigenossen mit ihr bekannt gemacht werden. Ich bin fest überzeugt, daß die Genossen von Nordböhmen die Erklärung mit großer Freude begrüßen werden, weil sie fühlen, daß es längst notwendig geworden ist, daß die Minderheit ihre Stellung nicht nur scharf umrissen rednerisch zum Ausdrucke bringt, sondern in einer Konferenz oder auf einem Parteitage vorlegt. Die Resolution ist von 51 Delegierten bereits unterzeichnet. Das ist schon eine ganz andere Zahl als die Zahl jener, die sich auf der letzten und vorletzten Konferenz zu diesen Anschauungen bekannt haben, und wenn wir auch sehr weit davon entfernt sind, an eine Spaltung zu denken, so ist es wohl selbstverständlich, daß wir dafür sorgen werden, daß die Zahl der Anhänger der Minderheit möglichst anwachse, und wir hoffen, daß die Anschauung der Minderheit an Boden gewinnt. Es ist nicht zu leugnen, daß namentlich seit der russischen Revolution ein Zug nach links geht, man braucht ja nur die „Arbeiter-Zeitung" zu lesen, die, wie sie heute ist, nicht verglichen werden kann mit der von damals. (Dr. Viktor Adler: Das ist das Verdienst des damaligen Staatsanwaltes!) Der Staatsanwalt hat gewiß Schwierigkeiten gemacht, aber es kommt darauf an, ob die Redaktion diejenige Politik gemacht hat wie heute. Wir freuen uns über den Zug nach links, daß es aber erst so geworden ist, wird niemand bestreiten. Im Jahre 1914 und auch noch 1915 haben die maßgebenden Vertreter der Sozialdemokratie Exzesse verübt, die denen eines Leutsch u. s. w. vollständig gleichwertig sind. Das, was Leuthner, Pernerstorfer und Hartmann geleistet haben, das kann man heute der Partei doch nicht mehr bieten. Das ist schon ein fühlbarer Beweis, daß die Anschauungsweise der Minderheit die richtige ist. An eine Spaltung denkt natürlich niemand. Die Gefahr der Spaltung ist längst vorüber. Die jetzige politische Situation ist eine solche, daß sich keine Spaltungen ergeben können, sondern ein Zusammenschluß gespaltener Parteien.

In diesem Sinne fassen wir in Nordböhmen die Stellung der Minderheit auf und wir hoffen, daß der Verlauf dieser Debatte dazu beitragen wird, daß der Einfluß der sogenannten Linken nicht nur durchdringen und die Partei stärken, sondern auch die Politik der ganzen Partei im Sinne der Linken zu beeinflussen vermögen wird. Wenn uns dies gelingt, dann dürfen wir mit dem Erfolge der Arbeit der Minderheit vollauf zufrieden sein. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich hoffe Sie nicht allzulange aufhalten zu müssen. Ich bin hier als Redner der Rechten, die angeblich existiert, aufgerufen worden. Ich bitte, diese Unterscheidung von links und rechts als einen Mißbrauch unserer Freunde von da und drüben (Heiterkeit), anzusehen. Wenn man genau zusieht, so ist — abgesehen von einigen Exzessen, von denen die Leute, die Sie die Rechte nennen, gewiß nicht frei sind, genau so wie auch Sie von dem Rechte,

Exzesse zu begehen, ganz ausgiebigen Gebrauch gemacht haben — eigentlich nicht viel, worin wir uns unterscheiden. Es fällt mir nicht ein, nach einer so ernsten und für mich, ehrlich gesagt, erfreulichen, auffrischenden und erhebenden Debatte Meinungsverschiedenheiten, die faktisch bestehen, etwa verwischen oder verhüllen zu wollen. Meinungsverschiedenheiten hat es immer gegeben und wird es immer geben, nur ist es nicht nützlich, die Meinungsverschiedenheit gewissermaßen zu fixieren, zu stereotypieren. Ich erinnere mich, im Anfang des Krieges, wo die Meinungen vielfach vielfältiger, auch heftiger waren als heute und wo jeder einzelne — so bekenne ich es wenigstens für mich — vielfältige Meinungen gehabt hat und arge Arbeit an sich selbst tun mußte, um sich zu klären, damals habe ich gesagt oder geschrieben, der größte Fehler wäre im gegebenen Momente, den anderen auf Worte festzunageln.

Täuschen wir uns nicht! Sehr vieles von dem, was Sie heute sagen — mit Recht oder mit Unrecht — entspringt nur der Tatsache, daß wir eben vier Jahre keinen Parteitag hatten. Und wenn Sie so hören, was die Leute da vorwerfen, so sind das zum Teile die aufgetauten Trompeten des Münchhausen, das sind Vorwürfe und Eindrücke, die in alte Zeiten zurückreichen — Zeiten mit ganz anderen Bedingungen, Zeiten mit ganz anderen Möglichkeiten, als sie heute bestehen. Den Hauptfehler dieser Erklärung — und das sage ich nicht als Mann von rechts, aber als einer, der nicht links ist und sich dieser Erklärung nicht anschließen kann — sehe ich darin, daß sie abweichende Meinungen festlegt und mit Titeln, mit Namen bezeichnet, die, so schön sie vielleicht klingen mögen, für uns nur Schimpfnamen bedeuten. Warum jemand, der anderer Meinung ist, immer einen Sozialpatrioten nennen? Warum nicht gleich einen gelben Hund (Heiterkeit. — Ruf: Schwarzgelb!) oder gar schwarzgelb? Das ist falsch. Es kann einer in gewissen Zeiten und Perioden, die vorbei sind, sich haben zu Stimmungen hinreißen lassen, die er längst nicht mehr hat, und Sie klopfen eigentlich vielfach alte Kleider, die der Mann längst nicht mehr an hat. (Heiterkeit.) Sie dürfen doch in der Zeit, in der wir leben und die wir miteinander durchlebt haben, nicht vergessen, daß wir doch in einer fortwährend stark strömenden Entwicklung waren. Ja freilich, wessen Hirn so einfach und so solid konstruiert ist, daß es automatisch sofort in jeder Lebenslage weiß, wie sich der Betreffende zu entscheiden und was er zu meinen hat, den kann ich vielleicht beneiden; aber ich muß bekennen, daß ich und viele andere so solid konstruierte, automatisch urteilende Gehirne nicht haben. Das ist es, was ich dieser Erklärung der Linken hauptsächlich vorwerfe, daß sie abstempelt, abstempelt in einer wenig erfreulichen, wenig angenehmen Weise, daß aber die Genossen, die herüberschießen, außerordentlich empfindlich sind in Bezug auf das Hinüberschießen.

Wir haben hier Aeußerungen gehört, die so klingen, daß man geglaubt hätte, daß die Drangsalierungen der Genossen und Genossinnen, die sich die Linke nennen, furchtbar gewesen sind, daß etwa ein Ketzerrichtertum geübt worden ist. Was ist nun herausgekommen? Daß die Genossen der Parteivertretung, die natürlich die schlechtesten Kerle sind, und auch andere nicht angenehm berührt waren oder gezeigt haben, daß es ihnen nicht recht ist, wenn man Meinungen, die ihre nicht sind, äußert. Ich gestehe ohneweiters — das weiß ich besser als Sie alle — daß diese Empfindlichkeit, diese Furcht vor der Diskussion lange nicht nur auf der einen Seite, sondern daß sie sehr verbreitet ist. Aber, Parteigenossen von der Linken — wenn Sie durchaus als Linke bezeichnet werden wollen — verzeihen Sie: Sie haben ein wenig Mangel an Selbstvertrauen in Bezug auf die Partei! Es fehlt Ihnen ein wenig an der Zuversicht, daß unserer Partei, was unsere Grundanschauung und die ganze Richtung unseres Handelns anbelangt, nichts geschehen kann. Diese gewisse Aengstlichkeit, es könnte uns der Klassenkampf abhanden kommen, weil wir eine Zeitlang gerade nicht viel Streiks haben und sie aus guten Gründen nicht für nützlich halten, diese Aengstlichkeit, daß wir den Kampf mit den bürgerlichen Parteien, den wir recht lebhaft zu führen gewohnt sind, aus guten Gründen für eine gewisse Zeit zurückstellen müssen, weil wir anderes zu tun haben, diese Aengstlichkeit teile ich nicht. Der Klassenkampf wird uns nicht abhanden kommen. Seien Sie überzeugt: die Zeiten, denen wir entgegengehen, werden nicht nur jede Gefahr einer Spaltung des Proletariats verhindern, sondern sie werden vor allem bewirken, daß mit einer Schärfe, wie wir sie vielleicht überhaupt noch nicht erlebt haben, die Klassengegensätze hervortreten und durchgekämpft werden müssen. Ich freue mich, daß doch auch von den Unterzeichnern der Erklärung

das gesagt wird, was Sie vom Anfang an, wenn auch nicht scharf zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie die anderen zwar für Menschen zweiter Klasse, aber nicht letzter Klasse, daß Sie uns doch noch für besserungsfähig halten. Aber seien Sie überzeugt, daß wir alle unsere geistigen und organisatorischen Kräfte werden zusammennehmen müssen. Die Probleme, vor denen wir in kurzer Zeit bis zum Frieden und erst recht und doppelt nach dem Friedensschlusse stehen werden, werden unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen, unsere geistige Kraft als Sozialdemokraten, als Politiker des Proletariats, und dreimal unsere volle Energie als Organisation in allen ihren Formen, als politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation. Darum haben mich die Nadelstiche, die im Laufe der letzten Zeit ab und zu auch von Leuten erfolgt sind, die noch nicht reif genug waren, mit Nadeln gut umgehen zu können (Heiterkeit), nie sehr erschüttert, sondern ich habe mir gesagt: Wir werden jetzt schnell reif werden, die Zeit ist danach angetan, daß sie schnell zum Denken zwingt. Und wenn jemand ein bißchen vorzeitig und bevor er zur Reife gekommen ist, losschlägt, so sage ich mir: Brav, mein Junge, es wird schon etwas werden. Die Vorwürfe, die auch der Jugend gemacht wurden, bitte ich nicht allzu tragisch zu nehmen. Wenn wir Alten mitunter gesagt haben, die Jugend möge sich ein bißchen zurückhalten und man möge sie nicht verleiten, sich auf Gebiete einzulassen und Aufgaben zu übernehmen, denen sie nicht gewachsen ist, so ist das nicht zu unserem Schutze, sondern zum Nutzen und zum Schutze gerade dieser Jugend selbst geschehen. Ich hoffe, Sie verstehen mich!

Es ist eine Reihe von Vorwürfen erhoben worden, daß wir die Massen nicht gerufen haben, und es ist auf die Versuche anderer hingewiesen worden, die das unternommen haben. Zwischen uns, die wir die Verantwortung übernommen haben, und Ihnen ist aber ein großer Unterschied. Wenn Sie rufen, dann kommen wenige und nicht immer diejenigen, die die verläßlichsten sind. Wenn wir rufen, kommen die Massen und wir sind verantwortlich für das, was herauskommt. Das sage ich nicht nur als politischer Mann, sondern auch für die Gewerkschaften, die hier ihr Wollen nicht zum Ausdruck gebracht haben, deren Interessen und deren Zukunft zu wahren aber auch unser aller erste Pflicht ist. Es ist auch nicht richtig, daß dieser Ruf „Hinaus!" so etwas Linkes, nach links Schmeckendes ist. Ich komme ja nicht nur mit Parteigenossen zusammen, sondern auch mit anderen Leuten, und schon seit einem Jahre und länger ist die Stimmung so, daß die ältesten Hofräte nach Revolution schreien. Sie möchten gerne, daß sich etwas ereignet, und sie begreifen nicht, daß die Arbeiterschaft nicht auf die Straße geht, um ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. (Lebhafter Beifall.) Ich sage solchen alten Hofräten, Generaldirektoren, auch Generalen — auch einen solchen Fall habe ich in meinem Album —, ich sage ihnen: „Sie haben ganz recht, aber wenn Sie Blut sehen wollen, probieren Sie es selber, oder lassen Sie sich zur Ader." (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Das werden wir nicht machen. Bevor wir zum Handeln auffordern, überlegen wir die Grenzen unseres Könnens. Vielleicht irren wir. Niemand ist besessen vom Dünkel der Unfehlbarkeit. Da wir es nicht mit weißem Papier zu tun haben, sondern unser Material die Menschen sind, sind wir nicht leichtfertig und wir halten uns auch nicht für unfehlbar. Die Genossen, die hauptsächlich Kritik üben und so fest überzeugt sind, daß nur sie recht haben, und denen nie der Gedanke kommt: vielleicht steckt auch in dem, was der von rechts sagt, etwas Vernünftiges, sollten das ebenfalls für sich gelten lassen. Ich würde sehr wünschen, daß, wenn die Kritik ihr Recht bekommt, die Empfindlichkeit und Aengstlichkeit — weit weniger beim Parteivorstand als bei anderen in der Bürokratie tiefer stehenden Instanzen, nicht nur in Wien — geringer werde. Aber ich möchte die Vorsicht verteidigen. Ja, heute leben wir in einer anderen Luft, als wir in den Jahren 1914, 1915 und 1916 gelebt haben. Daß wir uns den Verhältnissen anpassen müssen, das wird wohl jeder zugeben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Vorwurf, der gegen meine Person gerichtet wurde, kurz abtun. Es wurde hier erzählt, daß ich gesagt hätte: „Das Maß ist voll, ja schon überschritten." Wie ich mich kenne, sieht es mir nicht gleich, als ob mir irgendein Maß der Diskussion zu groß wäre. Ich weiß wohl, daß meine Methode, zu debattieren, nicht allen angenehm ist. (Zwischenrufe von der Linken.) Es gibt eben Leute, die gerne schießen, wenn man aber zurückschießt, dann weinen sie gleich. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß sich der Fritz darüber beklagen würde, denn der hat am wenigsten unter einem Mangel an Freiheit zu leiden gehabt.

Es bleibt mir ja nach der ausgezeichneten und beinahe in allen Dingen meinen Beifall findenden Rede, die Genosse Austerlitz heute vormittag hier abgehalten hat, wirklich wenig zu sagen übrig. Ich möchte ihm nur gleich sagen, womit ich nicht einverstanden bin. Ich bin nicht damit einverstanden, daß sich der natürliche Vorgang, wie sich die Dinge in Deutschland entwickeln, bei uns getreulich abspiele, und daß wir den Streit auch hier noch ausfechten, auch noch auf unserem Parteitage. Es ist genug, daß wir das privat machen. Ich bin nicht damit einverstanden, weniger mit Austerlitz, als mit der Linken, daß sie hier eigentlich die Schlagworte von außen importieren und uns an den Kopf werfen. Ich bin nicht einverstanden damit, daß man den von mir ebenso wie von Ihnen tiefbeklagten Streit in der deutschen Partei zum Anlasse nimmt, die Mehrheit der deutschen Partei, mit der auch ich in vielen Dingen nicht einverstanden bin, hier einseitig, wie ich den Eindruck habe, einer Kritik zu unterziehen. Es klingt sehr hübsch, zu sagen, daß die Entstehung der Linken immer ein Erfolg der Rechten ist. In Deutschland ist es zum großen Teile anders und umgekehrt. Meine Ueberzeugung ist, daß die Fehler der Rechten zum großen Teile auch provoziert werden vom Vorgehen der Linken. Ich lasse mich auf mehr nicht ein, ich erkläre das als meine Ueberzeugung. Fehler sind hüben und drüben geschehen. Niemand beklagt es mehr als ich, daß ich meine besten, ältesten Freunde heute zum Teile von der Partei losgetrennt sehe, daß ich gestehen muß, daß sie in einer Weise behandelt werden, die ich nicht für klug und nicht für angemessen finde. Niemand beklagt es mehr, sagen zu müssen: ganz ohne Schuld sind sie selbst nicht, daß das geschehen ist. Ich möchte es darum schon vermieden wissen, daß wir allzusehr für rechts und links draußen in Deutschland Partei nehmen. Wir haben mit unseren Dingen genug zu tun. Es würde uns das auch veranlassen, Partei zu nehmen in den Streitigkeiten auch der anderen Länder. Und uns als ein oberster Gerichtshof zu fühlen über die Genossen und ihre Streitigkeiten in den verschiedenen Ländern, halte ich nicht für klug, vor allem nicht im Interesse unserer eigenen Partei gelegen. Warten wir die Entwicklung draußen ab! Nach meiner Ueberzeugung werden die Fehler, die nach rechts gemacht werden, sehr bald von der Geschichte und von der Entwicklung repariert. Wir werden ja sehen, wie lange es möglich ist, den Optimismus aufrechtzuerhalten, mit dem die sogenannte Majorität draußen heute zu handeln scheint. Ich fürchte, es werden bittere Enttäuschungen kommen. Aber es ist nicht meine Sache, zu richten. Genug, wenn es uns gelingt und gelungen ist und von heute an erst recht gelingen wird, — wovon ich die volle Gewißheit habe, — zu vermeiden, daß der Streit zu uns herüberschlägt.

Ein Wort muß ich hier doch auch in politischen Dingen sagen! Sie haben uns — ich weiß nicht wer — in diversen Reden vorgehalten, daß wir keine eigene Politik gemacht, daß wir die Politik der herrschenden Parteien unterstützt haben. Das ist schon ein bißchen übertrieben. Da muß man schon sehr weit von den politischen Schauplätzen entfernt sein, um solche übertriebene Behauptungen aufzustellen. Sie sind aber weiter gegangen und haben gesagt, wir hätten das Angebot, Minister beizustellen, nicht mit der nötigen Entschiedenheit abgelehnt. Das Angebot ist zweimal an uns gestellt worden. Das erstemal an Renner persönlich, und da hat er nicht erst die Meinung der anderen eingeholt, sondern rundweg nein gesagt. Das zweitemal, als ein Koalitionsministerium gebildet werden sollte, wurde das Angebot vom Ministerpräsidenten an mich persönlich gestellt. Sie können sich denken, ich habe es an der nötigen Erklärung nicht fehlen lassen. (Heiterkeit.) Ich habe nicht auf irgendeinen Punkt unseres Parteiprogramms hingewiesen, sondern dem Ministerpräsidenten auf eine ihm verständliche Weise (Heiterkeit) und mit ausreichender Klarheit und Entschiedenheit gesagt, daß wir nicht in der Lage sind, auf diesen ehrenvollen Antrag einzugehen, und ich glaube nicht, daß der Ministerpräsident wieder kommen wird. (Heiterkeit.) Seien wir also da völlig beruhigt. Dann gibt es noch einen Vorwurf. Gegenüber den Leuten, die in diese gemischte Gesellschaft, die man als Koalitionsministerium versammeln wollte, gehen, haben wir gar kein Wesen daraus gemacht, und haben mit gar keinem Aplomb von den Empfängen u. s. w. gesprochen. Dafür sind wir eben nicht. Auf uns kam man, weil man in der Not war, und da sucht man die gescheitesten Leute. Weil aber die Sozialdemokraten die gescheitesten Leute sind, haben sie es vorgezogen, darauf zu pfeifen. Ich kann Ihnen nur noch sagen, wenn wir uns bereit gezeigt hätten, der Berufung Folge zu leisten, daß dann dieses Koalitionsministerium zustandegekommen wäre. Aber so gutmütig sind wir nicht und nicht so dumm. Ich mußte das sagen, weil sonst eine Legende über die ganze Sache entsteht.

Nun lassen Sie mich kurz darauf zurückkommen, was in der Resolution steht. Trotz alldem, was hier vorgebracht wurde, habe ich die feste, nicht nur tröstende, sondern erhebende Ueberzeugung, daß dieser Parteitag und das Aussprechen der Gegensätze gezeigt haben, daß wir auf einem gemeinsamen Boden fest und geschlossen stehen. Wir sind streitende Brüder — und Schwestern —, aber Brüder und Schwestern, die sich solidarisch fühlen trotz aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, von demselben Boden ausgehend und demselben Ziele zustrebend. Wir sind mitunter ungeschickt und wollen nicht anerkennen, was geleistet wird. Wir sind das aber uns selbst schuldig. Selbst viele Mitglieder der „Linken" — ich sage das immer unter Gänsefüßchen — haben auch in der täglich notwendig gewesenen und noch immer notwendigen Arbeit mit Aufopferung und Klugheit sehr viel geleistet. Sie haben an sich selbst eine Kritik geübt, die sie gar nicht verdienen. Verkleinern wir nicht das wirklich Große unserer Partei, daß vom ersten Augenblick an bis hinaus ins kleinste Dorf unsere Vertrauensmänner, unsere Frauen mit Klugheit, Aufopferung und Erfahrung in der Organisation Tüchtiges geleistet haben. Haben Sie anderseits die Sicherheit, daß wir das große Ziel nicht vergessen. Ich bin Ihnen nicht böse. Es ist gut, daß einem das Gewissen geschärft wird. Ich tue das zu Hause auch manchmal und — wie ich das nenne — ich gehe sehr oft in die Bücher, stärke mich im Glauben, versuche mich zu erheben über den Augenblick, suche hinaufzublicken zu den großen Richtlinien unserer Partei und unserer Bewegung. Ich sage Ihnen: das Elend unserer Tage, das Elend für alle zusammen wie für den einzelnen, wäre nicht auszuhalten, unerträglich wäre das elende Detail, das niederdrückt und erwürgt, wenn wir nicht das Große empfänden, das in der Geschichte, in der Aufgabe des Proletariats liegt, der wir dienen — wenn wir es auch nicht in jeder Stunde ausdrücklich sagen, und wenn es uns auch nicht zu jeder Stunde ins Bewußtsein kommt. Wir sind aber immer bewegt davon, denn wir wissen: jede Tagesarbeit ist so viel wert, als sie die Richtung unserer großen Ziele vorbereitet. (Lebhafter Beifall.) Unter diesem Gesichtspunkte betrachten wir unsere Arbeit. Wenn wir das Proletariat kampffähig erhalten wollen, müssen wir jedem einzelnen Proletarier ein Helfer sein.

Genossen, in diesem Sinne glaube ich, hat der Parteitag mit seiner Diskussion ein gutes Stück Arbeit geleistet. Kämpfen Sie für die Linke, wenn Sie diesen Namen behalten wollen, so gut Sie können. Wir lehnen es ab, die Rechte zu sein. Wir kämpfen für die Sozialdemokratie und wir hoffen, Sie auf diesem Wege als Kampfgenossen begrüßen zu können. Das scheint mir das Resultat der Debatte zu sein, und ich bitte Sie, diese kurze Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Tatsächliche Berichtigungen.

Abgeordneter **Seliger**: Die Behauptung, ich hätte in meiner Rede gesagt, ich spreche im Namen Deutschböhmens, muß wohl auf einem Hörfehler beruhen. Ich habe wohl gesagt, daß ich die Arbeit in Deutschböhmen im Interesse der Partei geleistet habe, ich habe jedoch nicht gesagt, daß ich im Namen Deutschböhmens spreche. Genosse Neurath hat weiter behauptet, daß ich keine Parteiarbeit mehr leiste. Diesem schweren Vorwurfe gegenüber kann ich beweisen, daß ich die ganze Zeit hindurch sowohl im Dienste der reinen Parteiarbeit gestanden bin, wie ich allerdings auch, aber auch nur für die Partei, meinen Dienst in der Ernährungssache geleistet habe.

Abgeordneter **Schäfer**: Gegenüber dem Genossen Neurath erlaube ich mir im Einvernehmen mit Genossen Wolf, der Genossin Sponer und meiner Wenigkeit tatsächlich zu berichtigen, daß in unserem Gebiete wohl ein Teil der Parteigenossen den Standpunkt der Linken teilt, daß aber Genosse Neurath nicht berechtigt ist, im Namen der Gesamtheit der Genossen des Reichenberger Bezirkes und noch weniger des Kreises Reichenberg zu erklären, daß sie die gleichen Anschauungen vertreten. Auch wurde im Reichenberger Bezirke kein Beschluß gefaßt, der den Genossen ermächtigt hätte, hier eine solche Erklärung abzugeben. Es ist weiters unrichtig, daß ich durch meine Tätigkeit in der Arbeiterbäckerei und in den Wirtschaftskommissionen die Parteiarbeit hätte vernachlässigen müssen.

Neurath (Reichenberg): Ich stelle fest, daß ich nicht gemeint habe, Genosse Seliger leiste keine Arbeit, sondern ich habe gesagt, daß er durch seine Tätigkeit in der Approvisionierung weniger Parteiarbeit leisten könne als er früher geleistet

hat. Dasselbe bezieht sich auch auf den Genossen Schäfer. Ich behaupte auch nicht, daß restlos alle Genossen der Reichenberger Bezirksorganisation, wohl aber die überwiegende Mehrheit hinter mir steht.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen die Resolution Dr. Viktor Adler und Genossen einstimmig angenommen.

Dritter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Tomschik**: Von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen (siehe Anhang). (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Es folgt nun der

Bericht der Mandatprüfungskommission.

Berichterstatter **Bentel** (Aussig): Die Mandatprüfungskommission hat alle Mandate geprüft und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Anwesend sind auf dem Parteitage 283 Delegierte, davon 36 Frauen, und zwar: für die Parteivertretung 15, Kontrolle 8, Abgeordnete 22, Gewerkschaftskommission 2, Frauenreichskomitee 2, Jugendorganisation 1, Volksbuchhandlung 1; Parteipresse 12, Fachpresse 16, Zentralverbände 41, Landes-, Kreis- und Bezirksorganisationen 163. Schriftliche Mandate haben alle beigebracht mit Ausnahme der Genossen Mühlberger (Bischofshofen) und Scheuer (Znaim). Ein große Anzahl von Mandaten ist mit Bleistift geschrieben und mangelhaft ausgefüllt. Weiters sind Mandate, namentlich aus dem engeren Kriegsgebiete, mit der Post gekommen, was die Verzögerung der Berichterstattung verschuldet hat. Die Kommission überläßt es dem Parteitage, zu entscheiden, ob die Mandate der Genossen Mühlberger und Scheuer anerkannt werden.

Abgeordneter **Skaret**: Die Delegierung der beiden Genossen ist von ihren Organisationen schriftlich angezeigt worden.

Alle Mandate werden hierauf vom Parteitage anerkannt.

Vorsitzender **Tomschik**: Es folgt nun wieder die Debatte über den allgemeinen Bericht, wobei wieder die beschränkte Redezeit in Kraft tritt.

Debatte über den Bericht des Parteivorstandes.

Janecek (Wien): Im Berichte der Parteileitung wurde sehr eindringlich der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Parteileitung in der Kriegsfrage nichts unternommen habe. Es wurde darauf erwidert, sie habe alles getan, was in ihrer Macht gelegen war. Soviel ich aber weiß, ist der Beschluß der internationalen Kongresse, daß die Partei jedes Landes verpflichtet sei, den Krieg zu diskreditieren und zu bekämpfen, nicht durchgeführt worden. Ich meine aber, es sollten Beschlüsse, die von den tüchtigsten und verantwortlichsten Genossen aller Länder gefaßt werden, auch eingehalten werden, besonders, wenn sie in so feierlicher Weise niedergelegt werden, daß die ganze Welt auf sie sieht. Was hat unsere Parteileitung unternommen, um den Krieg zu verhindern mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen? Man verweist auf die kolossale Kriegspsychose, die alle erfaßt habe. Daß diese Kriegspsychose bestand, will ich nicht in Abrede stellen, aber was ist von der Parteileitung gegen diese Kriegspsychose unternommen worden? Man fragt, welche Mittel man gegen den Krieg hat, obwohl diese bereits in unserem Programm und in den internationalen Beschlüssen festgelegt sind. Warum hat man im Jahre 1905 bei Ausbruch der russischen Revolution, als es sich darum handelte, in Oesterreich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Wahlrecht zu erkämpfen, nicht gezögert, davon Gebrauch zu machen? Damals war es ebenso gefährlich wie in der Kriegszeit, und man hat, da man mit der Möglichkeit der Verhaftung der Parteivertretung rechnete, sogar eine Ersatzparteileitung gewählt, die sofort die Führung zu übernehmen gehabt hätte. Warum hat man bei Ausbruch des Krieges von diesen Mitteln nichts gewußt? Man konnte wenigstens erwarten, daß, wenn die Parteileitung sich zu schwach fühlte, um gegen den Krieg aufzutreten, sie die erreichbaren Vertrauensmänner einberufen und sich mit ihnen beraten werde. Vielleicht wäre man zu einem anderen Beschlusse gekommen, zumindestens wäre die Parteileitung gedeckt gewesen. So hat aber die Parteileitung auf eigene Verantwortung eine Resolution ausgearbeitet, und weiter ist nichts geschehen. Allerdings ist der Vorwurf, die Parteileitung habe nicht alles

unternommen, den Krieg zu diskreditieren, insofern wirklich unberechtigt, als der Krieg heute auch ohne Parteileitung diskreditiert ist; heute ist niemand, der den Krieg und seine Urheber nicht verwünscht. Aber unsere Stellung in der Internationale kam dadurch in ein zweifelhaftes Licht. Wenn sich die Sozialisten der Ententeländer mit unseren und den reichsdeutschen Genossen nicht zusammensetzen wollen, wenn sich der Stockholmer Konferenz so ungeheure Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist das begreiflich; man sagt, wir haben uns in den Dienst der Regierung gestellt, und es ist unter solchen Umständen sehr schwer, das Vertrauen der Internationale wieder zu gewinnen. Auch die Genossen der neutralen Länder haben das Vorgehen der österreichischen Partei sehr verurteilt. Genosse Greulich zum Beispiel hat geschrieben, er habe geglaubt, daß ein Wahnsinn über uns und die deutschen Genossen gekommen ist. Daß man sich von der Kriegspsychose so hat hinreißen lassen, ist eine große Schuld, die unbedingt verurteilt werden muß. Da kann der Genosse Seliger noch so sehr mit dem Brustton der Ueberzeugung rufen: „Es ist nicht wahr!", die ganze Arbeiterschaft hat die Empfindung, daß nichts unternommen worden ist. Sprechen Sie mit den Leuten in den Betrieben und Sie werden diese Meinung überall vorfinden, nur kann sie sich nicht recht verständlich machen. Ich begreife das Verantwortlichkeitsgefühl der Parteileitung, aber die Arbeiterschaft hat aus Verzweiflung über den Krieg wiederholt Streiks unternommen, obwohl sie unter Kriegsleistungsgesetz stand. Sie ist aber ohne Führung geblieben, die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner allein mußten die Sache immer wieder in die Hand nehmen. Diese Bewegungen hatten jedoch nicht nur einen gewerkschaftlichen Charakter, es waren auch politische Beweggründe dafür maßgebend. Sie haben hauptsächlich eingesetzt nach der russischen Revolution und nach der Maifeier, nebenbei auch ein Kapitel, das jedem objektiv Denkenden eine sehr große Kränkung bereiten mußte. Man hat noch zwei Tage vor dem Beschlusse, der in dem Parteitagsberichte zitiert wird, daß die Arbeiterschaft den 1. Mai feiern sollte, einen anderen Beschluß gefaßt, und erst nachdem die Regierung durch einen sanften Wink mit dem Zaunpfahl zu verstehen gegeben hatte, es wäre notwendig, sich gegenüber den russischen Genossen auch in Oesterreich ein wenig zu einer revolutionären Tat aufzuraffen, hat man den Beschluß umgestoßen, und Genosse Richter hat in diskreter Weise gesagt, es sei dem Drucke der Arbeiterschaft draußen in den Betrieben Rechnung getragen worden. Damals ist also dieser entscheidende Moment für die Parteileitung vorhanden gewesen.

Sie dürfen sich nicht wundern, daß die Erklärung, die die Linke hier abgegeben hat, die Arbeiterschaft nicht befriedigen wird. Die Arbeiterschaft wird in dieser Resolution und in diesen Formeln und Entschließungen, die eigentlich nichts anderes sind als Wiederholungen alter Sachen, welche Resolution aber die Opposition unter einem gewissen Einflusse der Rechten verfaßt hat, nicht vieles finden. Ich kann mich der Ueberzeugung nicht entschlagen, daß diese Opposition nicht mehr dieselbe Opposition ist, wie die, die Genosse Friedrich Adler gemacht hat, sondern, daß die Opposition ohne Friedrich Adler heute schon eine andere geworden ist, und ich weiß nicht, ob sich Fritz Adler nicht selbst dagegen zur Wehre setzen würde, daß man das seine Intentionen nennt, denn Fritz Adler hat sich nicht allein im Gegensatze zur Parteileitung befunden, als er diese Resolution ... (Ruf: Das haben wir schon gestern gehört, es ist nicht notwendig, dasselbe zweimal zu sagen!) Ich bitte, wenn Sie mich nicht sprechen lassen — ich bin übrigens gleich fertig —, so muß ich meine Ausführungen beendigen. Ich habe nichts weiter zu sagen, als daß die Bewegung, wie sie heute dasteht, die Arbeiterschaft nicht mehr befriedigt und daß ich im Auftrage der Bezirksorganisation des zwanzigsten Bezirkes zwei Anträge vorzulegen habe.

(Verliest die Anträge 11 und 12.)

Honay (Wien): Die Leitung der Jugendorganisation hat dem Parteitage einen Antrag vorgelegt, der die Erörterung der strittigen Probleme des Sozialismus innerhalb der Parteiorganisation verlangt. Nun ist es klar, daß die Jugendorganisation diesen Antrag nicht zum Vergnügen eingebracht hat, und wenn der Berichterstatter des Parteivorstandes Genosse Skaret meint, daß die Einbringung dieses Antrages wie der Antrag überhaupt kindlich und naiv sei, so berührt uns das sehr eigentümlich, weil die Einbringung dieses Antrages gerade für die Jugendorganisation sehr notwendig war. Die lange Debatte über die Erklärung des linken Flügels der Partei hat das bewiesen. Denn eben, weil insbesondere in den ersten zwei Jahren des Krieges keine Gelegenheit war, über alle diese Fragen innerhalb der Parteiorgani-

sation zu beraten, hat eine ganze Reihe von älteren Mitgliedern der Jugendorganisation besonders in den Wiener Gruppen versucht, unsere Jugendbewegung dazu zu mißbrauchen, um zu all diesen Problemen der Partei kritisch Stellung zu nehmen und sie dort zur Austragung zu bringen. Ich will hier vorweg erklären, daß die Leitung der Jugendorganisation mit dieser Art Bildungstätigkeit nicht einverstanden war und daß sie alles versuchte, um diesen Genossen klarzumachen, daß diese Fragen nicht innerhalb der Jugendorganisation gelöst werden können, sondern daß sie zum Wirkungskreis der Parteiorganisationen gehören. Das hat natürlich wenig gefruchtet, und je weniger diesen Genossen Gelegenheit geboten wurde, ihre Meinung innerhalb der Partei zum Ausdrucke zu bringen, um so mehr haben sie versucht, die Jugendorganisation ihren Zwecken dienstbar zu machen. Ja, es ist so weit gekommen, daß in der Wiener Kreiskonferenz im April die vorgeschrittenen Mitglieder der Jugendorganisation eine Erklärung vorbrachten, daß sie mit den Genossen, die mit den herrschenden Klassen Burgfrieden geschlossen haben, nicht weiter arbeiten können und daß die Jugendorganisation mit diesen Genossen nichts zu tun habe, sondern ihre eigene Politik machen und zu allen Fragen selbst Stellung nehmen wolle. Wir mußten natürlich diese Frage bereinigen und haben eine Reichskonferenz einberufen, in der die Vertreter der Jugendorganisation des ganzen Reiches ihre Meinung klarlegten. Es ist selbstverständlich, daß die Jugendorganisation diese Probleme wohl erörtern mußte, und es wäre unmöglich, sie den jugendlichen Arbeitern zu verheimlichen, da doch gerade die Arbeiterjugend im Kriege daran weitaus mehr interessiert ist als die älteren Genossen. Mehr aber als ein objektiver Unterricht darf nicht erfolgen und das ist auf unserer Reichskonferenz im August klar und deutlich gesagt worden. Es hat mich deshalb eigentümlich berührt, daß gerade Genosse Sever hier behauptete, daß die Jugendlichen bei den Demonstrationen den Ton angaben und daß die Linke die Jugendlichen hineingezogen habe. Das war nicht der Fall. Noch unbegreiflicher ist es, daß Sever den Namen eines Genossen genannt hat, der heute in der Jugendorganisation keine Rolle mehr spielt, und der nicht nur mit der Linken nichts zu tun hat, wie ich im Namen der Linken erklären kann, sondern der, wie Sever weiß, von der Jugendorganisation abgesägt wurde. Gerade die Genossen der Linken waren es, die sich gegen diese Art Bildungsarbeit gewehrt haben. Ich will noch besonders betonen, daß unter den Genossen, die in Wien in der Jugendorganisation wirken, eine ganze Reihe von Angehörigen der Linken ist, deren Mitarbeit wir nicht entbehren können, da sie tüchtige Arbeit leisten. Es ist uns gleichgültig, welche Meinung innerhalb der Partei ein Genosse hat, solange er seine Arbeit in der Jugendorganisation objektiv leistet, die jungen Genossen unterrichtet, aber nicht mit aller Gewalt ihnen seine Meinung aufdrängen will.

Es ist aber notwendig, daß die schwere Situation der Jugendbewegung von den Genossen mehr gewürdigt werde. Die Leitung der Jugendorganisation hätte es gerne gesehen, daß zu ihrer Reichskonferenz der Parteivorstand einen Delegierten entsendet hätte. Er hat sich mit einem Begrüßungsschreiben begnügt. Es wäre aber nützlich gewesen, wenn er die Verhandlungen mit angehört hätte. Wir begrüßen es, daß uns die Subvention auf das Dreifache erhöht wurde, doch auch ein innigeres Zusammenarbeiten mit der Jugendorganisation wird immer mehr nötig. Bestände es, so wäre es zum Beispiel nicht vorgekommen, daß vor einigen Wochen in Tirol, als ein Landesparteitag und eine Gewerkschaftskonferenz stattfanden, Abram erklärte, daß in Wien zwar eine Jugendorganisation bestehe, aber sehr wenig Ersprießliches geleistet habe. Eine solche Aeußerung eines Abgeordneten ist uns nicht förderlich, denn die Gegner schroten sie gegen uns aus, und die Parteigenossen werden vor den Kopf gestoßen. Es soll uns doch in dieser ernsten Zeit die Arbeit nicht noch erschwert werden. Es liegt im Interesse der Partei, die Jugendorganisation gut über den Krieg hinwegzubringen, denn nach dem Kriege wird die Partei den Nachwuchs sehr notwendig brauchen. (Beifall.)

Leibfried (Dornbirn): Als der Krieg ausbrach, haben wir draußen in der Provinz von der Parteivertretung Weisungen im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel erwartet, wir saßen draußen wie auf Nadeln, als die Mobilisierung erfolgte. Die Genossen hatten Zutrauen zur Parteivertretung und viele erwarteten eine Weisung, diese Massenmobilisierung zu verhindern. Es kam aber gar nichts als ein Artikel der „Arbeiter-Zeitung", der den Krieg, ich will nicht sagen verherrlichte, aber doch beschönigte. Die Provinz ist darauf angewiesen, daß ihr eine Richtschnur gegeben werde. Da Instruktionen nicht kamen,

suchten wir in erster Linie unsere Organisationen sicherzustellen, das wenige Geld, das wir besaßen, in Ordnung zu bringen und Ersatzausschüsse zu wählen. Wir haben dann praktisch gearbeitet, wir haben den Kriegerfrauen Unterstützungen angedeihen lassen. Allerdings haben wir diese Wohltätigkeitsvereinsmeierei-Unterstützung nicht aus Prinzipienlosigkeit geübt, sondern deshalb, weil wir glaubten, daß das für den Moment auch ein Stück praktischer Arbeit sei. Richtig ist, daß in der Provinz die Genossen und Genossinnen sehr unzufrieden sind, unzufrieden deshalb, weil bei der Masse der Arbeiterschaft viel zu wenig für den Frieden getan wurde. Die Masse hat die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie imstande ist, dem furchtbaren Morden ein Ende zu bereiten. Nun kommt aber Mißmut in die Organisationen, weil die Parteigenossen denken, daß nicht nur unsere Feinde das Hindernis wären, den Krieg zu beendigen, sondern daß die Parteileitung nicht imstande ist, den Weg zu weisen, der zur Beendigung des Krieges führt. Die Friedenssehnsucht ist im Proletariat sehr groß und deshalb ist das Proletariat auch sehr radikal; ich möchte behaupten, daß, wenn in unserer Mitgliedschaft eine Abstimmung vorgenommen würde, die Linke die Mehrheit der Arbeiter finden würde, nicht aus Prinzip, sondern aus Friedenssehnsucht.

Vorsitzender **Tomschik**: Ich möchte den Redner ersuchen, sich an den Bericht der Parteivertretung zu halten, die andere Debatte wurde bereits gestern abgeführt.

Leibfried: Die Mehrheit der Arbeiter würde sich instinktiv zu dieser Richtung bekennen, weil sie dort Hilfe erwartet. Welche Wege zum Ziele führen, ist der Masse an sich ganz gleichgültig. Die Masse hat die Parole „Frieden und Brot", ob mit Minister oder ohne Minister, ob mit Radikalismus oder ohne Radikalismus, ob mit Regierung oder ohne Regierung. Insbesondere aber sind unsere Parteigenossen damit unzufrieden, daß das Parlament versagt und den Wünschen des Volkes nicht entgegenkommt, daß die Auswucherung des Volkes anstatt kleiner, immer größer wird, daß die Ausbeutung in den Kriegsleistungsbetrieben und ärarischen Fabriken immer ärger wird, so arg, daß es kaum mehr auszuhalten ist. Deshalb soll unsere Parlamentsfraktion mit aller Schärfe gegen dieses System auftreten und, wenn notwendig, die Massen zur Unterstützung aufrufen. Wir wünschen also auch in der Provinz eine lebhaftere Bewegung, eine scharfe Opposition. Wir wollen das Proletariat kampffähig und physisch leistungsfähig erhalten. Dazu ist es unbedingt notwendig, daß Parteivorstand und Fraktion energische Mittel anwenden, um dieses Ziel zu erreichen. (Beifall.)

Beck (Salzburg): Ich spreche im Namen des ersten Wahlkreises der Stadt Salzburg. Wir wissen alle, daß die Arbeit der Parteigenossen in den Approvisionierungsausschüssen und dergleichen äußerst undankbar ist und nicht anerkannt wird. Was die Parteitätigkeit anbelangt, so stimme ich dem Genossen Schlager zu, daß die Vertrauensmänner seit Anfang des Krieges und sogar noch im Jahre 1916 vollständig außer Fühlung mit der Reichspartei waren und nicht wußten, was sie tun sollen. (Abgeordneter Skaret: Schlage an die eigene Brust!) Als ich aus dem Kriege zurückkam, sah ich, daß von der Reichspartei bisher nichts gemacht worden war, oder daß vielleicht infolge des Versagens der Post oder infolge der Zensurverhältnisse nichts zu uns gekommen ist. Wir haben dadurch einen schweren Fehler begangen. Die Genossen behaupten, die Reichspartei habe jetzt Furcht. Während man im Frieden wegen einer Erhöhung der Fleischpreise um zwei Heller riesige Demonstrationen veranstaltete, während man sich bei den Wahlen furchtbar radikal gebärdete, ist jetzt, wo der Moment der revolutionären Sozialdemokratie gekommen ist, alles still geworden. Die Genossen sagen, die Sozialdemokratie hat versagt, weil sie sich nicht getraut, das zu halten, was sie im Frieden versprochen hat. Sie werfen aber auch der Linken vor, daß sie keinen Mut gezeigt hat. Die Rechte hat im Kriege vielleicht eine kluge Taktik bewiesen, aber besonderen Mut hat sie auch nicht gezeigt. Was die Erhöhung der Parteibeiträge betrifft, so kommt es mir sonderbar vor, daß von der Parteileitung kein Antrag vorliegt, und daß andere Genossen die Finanzen der Reichspartei so gut kennen, daß sie den Antrag einbringen müssen. Wir haben durch Zufall davon erfahren, haben in unserer Bezirkskonferenz darüber gesprochen und sind der Anschauung, daß wir den Moment zu einer Erhöhung des Parteibeitrages für äußerst ungünstig halten. Für uns ist diese Frage derzeit nicht diskutierbar und ich erkläre, daß auch der zweite Wahlkreis von Salzburg denselben Beschluß gefaßt hat.

Wir protestieren gegen das Vorgehen der „Arbeiter-Zeitung" nach der Tat des Genossen Fritz Adler. Die „Arbeiter-Zeitung" hat eine Haltung eingenommen, die alles andere war, nur nicht parteimäßig. So berichtet man vielleicht über einen Schädling der Partei. Wir in Salzburg leiden daran, daß unsere Presse nach Innsbruck verlegt werden mußte. Genosse Preußler ist durch die Arbeit in den Ausschüssen sehr überbürdet, und so kommt es, daß die Genossen darüber Beschwerde führen, daß die „Salzburger Wacht" nicht das bringt, was den Salzburger Verhältnissen angepaßt ist. Wir wollen nicht eine Spaltung herbeiführen. Wittenigg hat eine Trommelfeuerrede gegen die Linke gehalten und gemeint, alle Genossen von links seien Fanatiker. Er scheint über die Ansicht von 90 Prozent der Salzburger nicht unterrichtet zu sein, und seine Meinung kommt mir sonderbar vor. Aber ich will ihn nicht verurteilen, weil er so lange nicht zu Hause war. Man nannte auch jenen einen Fanatiker, den man gestern hier gefeiert hat. Wir wollen keine Spaltung, keinen Zwist, wir wissen, daß die Einigkeit stark macht. Aber wir wollen, daß die Genossen nicht fortwährend bremsen, daß sie weniger Furcht zeigen und daß sich die Parteileitung den Wünschen der Arbeiter anpasse. Wir wünschen nichts anderes, als daß die Genossen Führer der Sozialdemokratie bleiben und die Arbeiterschaft ihren Vertrauensmännern im selben Sinne wie vor dem Kriege ihr Vertrauen zuwende.

Abgeordneter Winter: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Kriegs- und darum Schmerzenskinder lenken. Das erste Schmerzenskind ist das Abendblatt der „Arbeiter-Zeitung", die während des Krieges gegründete „A. Z. am Abend". Sie ist im Pressebericht etwas stiefmütterlich weggekommen. Das Blatt hat die Absicht, und hat sie bisher mit Glück verfolgen können, zu ganz neuen Schichten, die wir bisher mit unserer Presse nicht erreichen konnten, in Wien und Umgebung zu sprechen. Die Redaktion allein stellt aber nicht schon ein Blatt dar. Und es ist notwendig, daß auch die Genossen draußen Agitation für das Blatt betreiben. Dazu ist es wieder notwendig, daß das Blatt von diesen mit anderen Augen angesehen wird. Es ist während des Krieges in Niederösterreich eine ganze Reihe von Arbeiterstädten entstanden, Wöllersdorf, Wiener-Neustadt, St. Pölten sind heute große Arbeiterstädte, bei Tulln wird gegenwärtig eine große neue Arbeiterstadt gebaut, in Wilhelmsburg ist eine sehr große Zahl Kriegsleister versammelt, aber alle diese Genossen, mit Ausnahme von Wiener-Neustadt, werden von der „A. Z. am Abend" nicht erreicht. Es sind zehntausende Arbeiter, zu denen die „A. Z. am Abend" nicht kommen kann, weil noch nicht der Antrieb von außen zu uns gekommen ist. Ich bitte Sie darum, werben Sie für die „A. Z. am Abend", sehen Sie sie nicht über die Achsel an. Gestern wurde uns über die „A. Z. am Abend" nur von der finanziellen Seite berichtet, aber auch bei diesem Blatte gibt es nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein ideelles Erträgnis, das wir nicht aus dem Auge lassen dürfen.

Das zweite Schmerzenskind aber ist der „Arbeiterverein Kinderfreunde für Oesterreich". Auch dieser Verein ist ein Kriegskind. Wir haben in den letzten beiden Tagen so viel von Wohltätigkeitsvereinen reden gehört. Es gab zu Kriegsbeginn in der Partei wirklich einige Vereine, die von vielen Genossen als eine Art Wohltätigkeitsvereine angesehen wurden, das waren die verschiedenen Arbeitervereine „Kinderfreunde". Während des Krieges aber haben wir, die Grazer und die Wiener Genossen voran, erkannt, daß wir dem Arbeiterverein „Kinderfreunde" diesen Geruch endgültig wegnehmen müssen, daß wir aus dem, was so viele Genossen als Wohltätigkeitsverein bezeichnet haben, eine Organisation machen müssen, die dem Proletariat genau so zu dienen hat, wie jede andere Organisation, und diese Pflicht haben wir während des Krieges unter großen Schwierigkeiten und Nöten auch wirklich erfüllt. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Wir haben im Februar des heurigen Jahres eine neue Parteiorganisation, den „Arbeiterverein Kinderfreunde für Oesterreich" gebildet, zunächst durch Verschmelzung der bestehenden Vereine, und wir sind damals mit einer Mitgliedschaft von 6000 dagestanden. Heute können wir Ihnen berichten, daß wir schon über 10.000 Mitglieder in unseren Reihen vereinen. Diese 10.000 Mitglieder haben nur einen Gedanken: dem Programmpunkte der sozialdemokratischen Partei zu dienen, der da sagt, das Proletariat ist physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten. Aufgebaut ist die Organisation der „Kinderfreunde" auf dem alten Leitgedanken aller sozialdemokratischen Organisationen: In der Masse liegt die Macht. Unser Ziel im Kriege ist dahin zu kennzeichnen, daß wir der Partei helfen wollen, als Partei durchzuhalten, ebenso aber auch dem Proletariate, als Proletariat durchzuhalten. Wir suchen, um dieses Ziel erreichen zu

können, Anschlüsse, und zwar zunächst Anschlüsse an die Partei, und haben diese Anschlüsse auch gefunden bei den Krankenkassen, bei den Genossenschaften und zum Teile auch schon bei den Gewerkschaften, ja ein einzelner Betrieb in Oesterreich, die Munitionsfabrik in Enzesfeld, ist so weit gegangen, daß er eine neue Einrichtung getroffen hat, die unserem Verein außerordentlich zugute kommt. Er hat den sogenannten „Kinderheller" eingeführt: Jeder Arbeiter dieses Betriebes hat sich verpflichtet, von jeder Lohnkrone einen Heller für die Kinderfreundezwecke zu steuern. Mit Hilfe dieser Gelder, die da zusammengekommen sind — im Jahre 1917 von diesem einen Betriebe allein etwa 120.000 Kronen — konnte ein Bauerngut gekauft werden, auf dem im nächsten Jahre ungefähr 200 Kinder Gesundung finden werden. (Lebhafter Beifall.) Sie sehen, daß in der Masse wirklich die Macht liegt, wenn die Masse will. Wir haben aber auch bei den Krankenkassen sehr großes Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Die Krankenkassen geben uns für jedes Kind, das wir in eine Erholungsstätte bringen, ohne Unterschied, ob die Eltern in der Krankenkasse eingeschrieben sind oder nicht, 50 Heller für jeden Tag. Auch das ist eine wertvolle und anerkennenswerte Unterstützung für unsere Bestrebungen.

Wir sagen in den Satzungen, daß wir unsere Arbeit zu leisten haben unter Mitwirkung, ja mit Hilfe der Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften, denen wir mit dieser Art Betätigung für das proletarische Kind einen Teil ihrer Pflichten für das Gemeinwesen abnehmen. Das ist der Rechtstitel, unter dem wir an die Gemeinden und an den Staat herantreten. Tatsächlich haben uns auch Gemeinden Gründe billig verpachtet und haben uns auch andere Hilfe gewährt, und der Staat hat unsere Tätigkeit in den Erholungsstätten damit anerkannt, daß er uns für diese Erholungsstätten für das Jahr 1917 aus den Mitteln der Tuberkulosebekämpfung einen Staatsbeitrag im Betrage von 40.000 Kronen gegeben hat. Es ist wichtig, daß Sie auch davon ganz offiziell Kenntnis erhalten. Unser Grundsatz bei der Arbeit lautet: Vorsorgen ist billiger, besser und schöner als fürsorgen. Spielwiesen und Erholungsheime sind viel billiger und viel besser als künftige Tuberkulosenheilstätten, und wenn wir die Kinder mit Büchern und guten Menschen umgeben, ist es besser, als wenn wir das Geld der Gesamtheit opfern für Gefängnisse und Fürsorgeerziehungshäuser. Ich bitte Sie, sich zu unserem Satze zu bekehren, daß wir durch Vorsorge Menschen gewinnen und erhalten, die wir durch Fürsorge oft nicht erhalten können. Helfen Sie uns bei dieser für das Proletariat und die Partei sehr nützlichen und notwendigen Arbeit.

Cermak (Teplitz): Der Bericht des Parteivorstandes über die allgemeine Parteitätigkeit ist ärmlich ausgefallen, er enthält eine trockene Aneinanderreihung von Akten, nicht aber eine Darstellung des Parteilebens und der Parteiarbeit in diesen drei Jahren. Dieser Mangel wird um so fühlbarer, wenn man den Bericht der Frauenorganisation damit vergleicht. Es ist die Fülle der Arbeit, die die Genossen in den drei Jahren geleistet haben, nicht genügend hervorgehoben. Der Bericht stellt aber einen Mangel fest, der vielleicht die erste Folge des Parteistreites ist: das sehr schlechte Verhältnis zwischen Partei und Jugendorganisation. Diese selbst wird nur mit einigen Sätzen behandelt. Wenn Sie bedenken, daß die älteren Genossen eingerückt und die wenigen, zu Hause gebliebenen mit tausend neuen Arbeiten beschäftigt sind, so ist die Betreuung der Jugendorganisation eine besondere Aufgabe der Partei. Ich habe mit Verstimmung vernommen, daß das Mißverstehen so weit gediehen ist, daß der Parteivorstand keinen Vertreter zur Reichskonferenz der Jugendlichen entsendet hat. Wenn man mit der Jugendorganisation in Wien Unstimmigkeiten hat, so kann das die Gesamtorganisation nicht kümmern. Hier hat der Parteivorstand die Pflicht, für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu sorgen. Die Jugendorganisation darf aber nicht zur Seite gestellt werden, zumal sie im Kriege so wichtig ist. Im Berichte ist der Tätigkeit der Frauen verdientermaßen ehrend gedacht worden. Doch wie die Frauen tüchtig sind, ist es auch die Jugend. Der Zustand, daß zwischen Jugendorganisation und Partei keinerlei Verbindung besteht, kann, wie ich glaube, nicht weiter bleiben.

Ich finde aber im Berichte eine Organisation behandelt, die vom Parteitage noch nicht behandelt wurde: die „Kinderfreunde". Es fällt mir nicht ein, etwas gegen sie zu sagen. Ich weiß aber nicht einmal, ob der Parteivorstand etwas über sie beschlossen hat, denn im Berichte ist über einen solchen Beschluß nichts gesagt. Es ist kein Vorgang, daß sich eine Organisation gründet und dann behandelt wird wie eine, die uns einverleibt ist, und daß sie mit der Partei in Verbindung gebracht wird,

ohne daß der Parteitag das Verhältnis klargestellt hätte. Ich kenne und unterstütze ihre Bestrebungen, aber erst ist festzustellen, in welche Rangordnung im Rahmen der Partei sie zu kommen hat. Es ist ja heute praktisch unmöglich, eine besondere Wirksamkeit für diesen Zweig der Tätigkeit zu entfalten. Wenn wir im Frieden zu unseren Aufgaben der Betreuung der Parteiorganisation, der Frauenorganisation, der Jugendorganisation u. s. w. eine neue Organisation dazu bekommen, so müssen wir doch vorher Gelegenheit haben, darüber zu reden und zu beschließen.

Einige Redner haben ausgeführt, daß wir zu Beginn des Krieges vollständig führungslos waren. Ich muß das ebenfalls bestätigen. Wenn die Genossen der Provinz in den ersten Kriegsmonaten auf Direktiven oder Anregungen von Wien hätten warten müssen, dann würden wir schön weit gekommen sein. Aber dieser Vorwurf hat heute nicht viel Zweck und ich muß heute sagen, daß es gut war, daß sich der Parteivorstand und auch die einzelnen führenden Genossen in Bezug auf politische Fragen, wie auf den Frieden, nicht auf Meinungen festgelegt haben. Wenn wir uns nun in dieser kritischesten Zeit trotzdem im großen und ganzen zurecht fanden, so ist das wohl der stärkste Beweis für die Solidität unserer Partei, für die gute Schulung unserer Vertrauensmänner, für die Tüchtigkeit unserer Genossen. Allerorten ist es möglich gewesen, unsere Organisation aufrechtzuerhalten. Es wäre gewiß sehr gut gewesen, wenn der Parteivorstand in seinem Berichte selbst festgestellt hätte, daß er in den ersten Monaten des Krieges außerstande war, irgend etwas zu sagen, daß wir aber weder aus der „Arbeiter-Zeitung" noch aus dem Organe der damals allerdings noch nicht bestandenen Linken, dem „Kampf", eine Aufklärung erhalten haben, weil er Vertrauen zu den Vertrauensmännern der Partei hatte. (Beifall.)

Gabriele **Proft** (Wien): Ich habe Ihnen einige Mitteilungen über die Beschlüsse der Frauenreichskonferenz zu machen, die am 18. und 19. d. M. stattgefunden hat. Der Bericht in der „Arbeiter-Zeitung" mußte natürlich sehr kurz sein, deshalb möchte ich Ihnen einiges über die Beschlüsse mitteilen. Sie wissen, daß über den Antrag hinaus, den das Reichskomitee im Einvernehmen mit allen Organisationen gestellt hat, die Beiträge von 40 auf 50 Heller zu erhöhen, dieselben auf 60 Heller erhöht wurden. Wir haben es zum erstenmal erlebt, daß aus einer Konferenz heraus der Antrag gestellt wird, den Beitrag mehr zu erhöhen, als es von der Referentin vorgeschlagen wurde. Wir mußten aber diesen Wünschen Rechnung tragen, weil gut die Hälfte der Delegierten dafür war und wir es nicht hätten verantworten können, wenn wir bei unserem Antrage geblieben wären. Es ist weiter der Beschluß gefaßt worden — Sie werden bei einem anderen Punkte die Beschlüsse finden, die wir über das Frauenwahlrecht gefaßt haben — einen Teil dieser Erhöhung um 20 Heller für einen Frauenwahlrechtsfonds anzulegen. Weiters haben wir eine Resolution angenommen, die sich mit dem Arbeiterinnen-, Frauen- und Kinderschutz beschäftigt. Ich kann die Resolution nicht verlesen, weil die Redezeit zu kurz ist. In der „Arbeiter-Zeitung" waren die Resolutionen auch nicht ausführlich veröffentlicht, wir werden sie aber dem Parteivorstand übermitteln, weil der Parteivorstand und auch alle Parteigenossen aufgefordert werden, im Sinne dieser Beschlüsse tätig zu sein. Ich möchte Sie bitten, diese Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen und zugleich zur Kenntnis zu nehmen, daß die Frauenorganisation heute besser steht als vor dem Kriege. Das ist nur möglich geworden durch die Tätigkeit der Genossinnen in einzelnen Ländern. In mehreren Ländern steht die Frauenorganisation sehr schlecht, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die Genossinnen seit Kriegsausbruch ihre ganze Tätigkeit auf die wirtschaftlichen Organisationen und Kriegsfürsorgestellen verlegt haben, so daß die Frauenorganisation in manchen Ländern niedergebrochen ist und teilweise bis heute noch nicht aufgerichtet werden konnte. In anderen Ländern aber, und dazu gehört vor allem Böhmen, steht die Frauenorganisation glänzend, und dadurch ist es möglich geworden, daß der gesamte Mitgliederstand höher ist als vor dem Kriege.

Therese **Schlesinger** (Wien): Genosse Janeček hat sich den Kopf darüber zerbrochen, ob Genosse Fritz Adler mit der derzeitigen Haltung der Linken einverstanden wäre. Ich glaube, Genosse Janeček könnte diese Sorge schon uns überlassen. (Oho-Rufe.) Ich kann Ihnen aber mit der größten Bestimmtheit sagen, daß wir ganz im Geiste von Friedrich Adler arbeiten und daß wir das auch beweisen könnten.

Was die Jugendorganisation betrifft, ist es notwendig, daß sich die Genossen ein klares Bild machen, wie dort gearbeitet wird. Genosse Čermak hat mit Recht

bemängelt, daß die Parteivertretung mit der Jugendorganisation nur in einem äußerst losen Zusammenhange steht. Das ist aber nicht erst während des Krieges so geworden, auch vor dem Kriege konnte nicht sehr viel für die Belehrung der Jugend geschehen. Ich weiß, daß jeder Parteifunktionär mit Arbeit überlastet ist, und daß auch der eifrigste nicht auf allen Gebieten arbeiten kann. Es sollte daher begrüßt werden, wenn sich auf einem Gebiete, auf dem die meisten Genossen zu arbeiten entweder nicht die Zeit oder nicht die Eignung haben, Parteigenossen finden, die sich mit besonderem Eifer und mit Hingebung und mit gutem Erfolg betätigen. Vor dem Kriege hatten unsere wichtigsten Funktionäre keine Zeit für die Jugendorganisation übrig. Es wurde dort zwar von manchen Genossen gearbeitet, aber nicht systematisch. Auf den Wunsch der Verbandsleitung wurde nun eine Institution geschaffen, die Abhilfe brachte: Bildungsarbeit für die Jugendlichen. Pädagogisch geschulte Parteigenossen, insbesondere Studenten, haben sich um diese Arbeit angenommen und der Erfolg war ein guter. Wir haben ganz neue Methoden in diese Arbeit hineingebracht. Wie man es jetzt für unrichtig findet, daß in den Schulen die Kinder zu wenig zu eigenem Denken angehalten werden, und daß man ihnen den Unterrichtsstoff schon fertig beibringt, so haben auch wir es uns angelegen sein lassen, den Jugendlichen den Unterrichtsstoff, die Ideen des Sozialismus, in der Weise beizubringen, daß sie selbst mitarbeiten. Und wir haben gefunden, daß sie das mit großer Freude und Begeisterung aufnahmen, nicht nur die jugendlichen Arbeiter, sondern auch die Arbeiterinnen. Es ist eine Reihe junger Arbeiter aus dieser Schule hervorgegangen, auf die die Partei stolz sein kann, die heute in der politischen und in der gewerkschaftlichen Organisation ihren Mann stellen. (Beifall.) Leider werden uns in den Kriegsjahren immer die besten Leute weggenommen, unsere Jugendorganisation verliert ihre reiferen Mitglieder durch den Krieg und durch die Tuberkulose. Aber ich kann Ihnen sagen, aus den Schützengräben kommen uns immer wieder Briefe zu, die uns zeigen, mit welcher Anhänglichkeit die Jugendlichen an ihren Bildungsbeiräten hängen. Ich könnte hier aus unserer Organisation hervorgegangene Genossen mit Namen nennen, die mir regelmäßig schreiben, was sie draußen im Felde lesen, die mich ersuchen, ihnen Bücher und Zeitschriften zu schicken, die in regster Korrespondenz nicht mit mir allein, sondern auch mit dem einen oder anderen ihrer Bildungsbeiräte stehen und die sich freuen, wenn wir ihnen über die eine oder andere Frage schriftliche Mitteilungen machen. Ich könnte Ihnen sogar einen jungen Genossen nennen, der aus meiner Schule in der Jugendorganisation hervorgegangen ist, der mir aus dem Felde schriftliche Arbeiten schickt und mich um Begutachtung dieser Arbeiten bittet. Die Bildungsbeiräte haben auch im Kriege nicht umgelernt, sondern sie sind weiter auf dem alten Boden geblieben, auf dem Boden des Parteiprogramms und der Broschüre, die Danneberg über das Parteiprogramm geschrieben hat. Bei den Vorgeschrittenen arbeiten wir an der Hand des Kommunistischen Manifestes und der Schriften von Engels und Kautsky, und ich muß sagen, es ist eine wahre Herzensfreude, zu sehen, mit welchem Eifer und mit welcher Hingebung sich diese übermüdeten, schlechtgenährten jungen Leute mit der Theorie des Sozialismus befassen. Ich habe wiederholt Parteigenossen, die abfällige oder verdächtigende Bemerkungen gegen unsere Arbeit gemacht haben, dringend gebeten, in unsere Diskussions- und Unterrichtsabende zu kommen und sich die Arbeit, die wir leisten, anzuhören — es ist nicht einer gekommen. Ich habe gesagt: „Wenn irgendeine Körperschaft nicht zufrieden ist mit der Arbeit in der Jugendorganisation, ich bin bereit, überall Rede zu stehen und zu schildern, wie wir arbeiten" — es hat mich nicht eine eingeladen. Aber natürlich, bequemer ist es, immerfort zweideutige Bemerkungen zu machen, von Vergiftung der Jugend zu reden u. s. w.

Was ist es mit dieser Behauptung? In einer Zeit, die solche Gegensätze hervorbringt, in der der Zusammenbruch der internationalen Gemeinschaft erlebt wurde, ist es selbstverständlich, daß sich auch die jungen Leute den Kopf darüber zerbrechen. Wenn sie fragen: „Wie verhält es sich mit diesen oder jenen Beschlüssen und wie steht es um deren Durchführung durch die Partei?", sollen wir sagen: „Das geht euch nichts an!"? Zu dieser Erziehungsarbeit gebe ich mich nicht her. Wenn sie ein Interesse dafür haben, was sich in der Partei abspielt, so halte ich es für meine Pflicht, sie aufzuklären. Alle Bildungsbeiräte haben es bekämpft, daß da mit billigen Schlagworten gearbeitet werde. Das ist geschehen, aber nicht von einem Genossen der Linken, sondern von einem, mit dem wir es ablehnten, in der Jugend-

organisation zu arbeiten. (Weber: Vor vierzehn Tagen!) Es ist uns gewiß nicht leicht geworden, uns von einem Genossen zu trennen, der Jahre hindurch mit größtem Eifer und größter Hingebung in der Jugendorganisation gearbeitet hat, aber schon lange vor dem Kriege hatten wir mit ihm Diskussionen. Wir versuchten ihn zu bekehren, und hatten mit ihm aufgeregte Auseinandersetzungen. Er hat sich aber zu unseren Grundsätzen und unserer Methode nicht bekennen wollen, und da haben wir uns vor vierzehn Tagen von ihm losgelöst. Koritschoner gehört aber nicht zur Linken, und hat unsere Anschauungen selbst ausdrücklich abgelehnt. Wenn er sich jemals auf den Boden unserer Grundsätze stellen sollte, wird er uns willkommen sein. In der Jugendorganisation werden wir mit ihm nicht zusammenarbeiten können, denn wir haben das schon zu oft und zu lange ohne Erfolg versucht. Was machen Sie der Jugend zum Vorwurf? Daß sie ihre Meinung kräftiger ausdrückt. Wenn in der Provinz ein Jugendlicher eine Dummheit sagt, so haben wir dagegen kein Mittel, weil wir nicht allmächtig sind. Allerdings auch die von uns Herangezogenen lieben Kraftausdrücke und sind mit ihrem Urteile schnell fertig. So war aber die Jugend immer und so wird sie immer sein.

Wenn diese Jugend nun auch wirklich aus Unerfahrenheit einmal eine Unvorsichtigkeit begeht, so kann gewiß eine unangenehme Lage geschaffen werden. Nach dem Prozeß Friedrich Adler wurden einige Jugendliche wegen des Rufes „Hoch Fritz Adler" verhaftet. (Mathilde Eisler: Auch Nichtjugendliche haben das gerufen!) Die Polizei greift bei solchen Rufen immer die Jugendlichen heraus. Ich selbst war in einer Versammlung, wo viele Erwachsene „Hoch Fritz Adler" gerufen haben, und was hat die Polizei getan? Sie hat einen kleinen Buben verhaftet. Wenn nun das, man möchte fast sagen, Kindern geschieht, ist es da nicht Pflicht der Genossen, sich ihrer anzunehmen? Da haben wir gleich das Lamento, weil sich die Parteigenossen einmal oder zweimal eines solchen Jugendlichen angenommen haben. Wenn einmal in einer Familie ein Kind eine Unvorsichtigkeit begeht, die üble Folgen mit sich bringen kann, haben da nicht die Eltern die Pflicht, für dieses Kind einzutreten? Und haben wir nicht auch die Pflicht, für unsere jungen Leute, für unseren Nachwuchs einzutreten und uns ihrer anzunehmen? Das ist doch ganz selbstverständlich. Ich kann nur sagen, daß die Arbeit in unserer Jugendorganisation eine herzerfreuende ist, weil sich zeigt, daß uns die Jugendorganisation ein Geschlecht von begeisterten Menschen bringt, und wer möchte noch leben, wenn wir nicht die Hoffnung hätten, daß unsere Jugend uns eine bessere Zeit und eine schönere Zukunft herbeiführen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Vom Abgeordneten Max Winter ist ein Antrag auf Anerkennung der „Kinderfreunde" eingebracht worden.

(Verliest Antrag 13.)

Kohn (Gänserndorf): Die Klagen des Berichterstatters scheinen mir ganz unbegründet zu sein, weil die Arbeit, die geleistet wurde, nicht weniger, sondern viel mehr bedeutet, als sie sich der größte Optimist denken konnte. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen, daß der Krieg in keiner Schichte größere Wirkungen ausübte als in der Arbeiterschaft, dann muß man überhaupt staunen, daß sich die Organisation erhalten hat. Wenn etwas unzureichend war, so war es die Zahl der Mitglieder im Frieden. Auch der Behauptung, es habe Mühe gekostet, den Kriegsrausch, der die gesamte Arbeiterschaft und Bürgerschaft ergriffen hatte, einzudämmen, muß ich widersprechen. Unter der Arbeiterschaft, besonders unter der organisierten Arbeiterschaft, hat ein Kriegsrausch überhaupt nicht bestanden. (Rufe: O ja!) Er hat vielleicht unter denjenigen bestanden, die sich der Folgen des Krieges nicht bewußt waren, also in erster Linie unter den Kindern, dann bei denen, die glaubten, nun werde ihre Saat aufgehen, dann bei denen, die so patriotisch waren, daß ihnen kein Opfer zu groß war, das andere bringen, und endlich auch bei einigen Schichten, die durch Professoren und Seelsorger aller Konfessionen verblendet waren. Eine Kritik der Unterlassungen, die natürlich nicht in Abrede gestellt werden können, ist ganz zwecklos und reine Zeitvergeudung. Wir haben uns nur zu bemühen, den Frieden herbeizuführen oder wenigstens in greifbare Nähe zu bringen. Uns aber damit zu beschäftigen, was hätte gemacht werden sollen, ist vollkommen zwecklos, weil niemand in Oesterreich eine Ahnung hatte, welche Dimensionen der Krieg annehmen wird. Geklagt wurde auch darüber, daß von den Flugschriften so viel liegengeblieben sind. Wenn eine Broschüre herausgegeben worden wäre mit der Verteidigungsrede Fritz

Adlers, so wäre sie gewiß nicht liegen geblieben, sondern sie hätte nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in allen bürgerlichen Kreisen die weiteste Verbreitung gefunden. (Zwischenruf: Wenn sie nicht verboten worden wäre!) Dem Antrag auf eine Sympathiekundgebung für Fritz Adler stimmen wir selbstverständlich alle zu. Ich bin ein alter Mann, aber wenn ich in der Lage wäre, Genossen Fritz Adler in Stein zu vertreten, würde ich es mit größtem Vergnügen auf mich nehmen, um ihn dorthin zurückzubringen, wo er nutzbringend wirken kann und wo er uns wirklich fehlt. Zur Frage der Parteisteuer möchte ich bemerken, daß wir damit in den Organisationen — von meiner weiß ich es sicher — auf Schwierigkeiten stoßen werden. Mindestens sollte eine Uebergangszeit geschaffen werden. Ich persönlich wäre ja dafür, aber als Delegierter kann ich nicht dafür stimmen. Nun hätte ich ja eine Idee, die allerdings nicht von mir stammt, wie dem Geldmangel abgeholfen werden könnte. Auf dem Parteitage 1897, also vor zwanzig Jahren, als wir die ersten Abgeordneten in das Parlament entsendet hatten, hat Genosse Dr. Morgenstern (Schönberg) beantragt, daß die Abgeordneten einen Teil ihrer Diäten abführen sollen. Der Antrag wurde als undiskutabel erklärt. Heute wurden nun die Diäten von 600 Kr. auf 1000 Kr. erhöht, und es wäre wohl kein Unglück, wenn die Abgeordneten auch weiterhin nur 600 Kr. bekämen und die 400 Kr. für Parteizwecke abführen würden. (Zwischenruf: Und Sie werden uns verköstigen?) Mit 600 Kr. verköstige ich sie, auch mit 300 Kr. Es wurde mir wegen meiner früheren Rede der Vorwurf gemacht, ich treibe Personenkultus. Diesen Vorwurf lehne ich ab. Wenn ich eine Person besonders hervorgehoben habe, habe ich nicht Personenkultus getrieben, sondern nur eine Tatsache vorgebracht, die jeder als richtig anerkennt und die allgemeine Zustimmung finden dürfte.

Abgeordneter **Schäfer**: Es läßt sich nicht vermeiden, daß man bei Besprechung des Parteiberichtes auf die gestrige Auseinandersetzung zurückkommt, da beide Debatten doch in Zusammenhang miteinander stehen. Die Entwicklung und die Austragung der Meinungsverschiedenheiten in wichtigen parteipolitischen Fragen hat in manchen Gegenden ungünstig auf die Organisation gewirkt. Wenn wir nur ein schwaches Anwachsen der Organisation sehen, so ist die Erklärung dafür in den Verhältnissen zu suchen. Als Skaret auf den Rückgang der Organisation verwies, hat er sein Recht ausgeübt, den Vertrauensmännern den Text zu lesen, weil sie nicht überall ihre Aufgaben erfüllen. Es ist wirklich in den ersten zwei Jahren des Krieges in manchen Bezirken verabsäumt worden, dem Zusammenbruch mancher Lokalorganisation rechtzeitig entgegenzuwirken, und es könnte in manchen Orten besser stehen. Aber die Vertrauensmänner allein möchte ich doch nicht verantwortlich machen. Die Parteileitung wurde gewiß zu Unrecht so heftig angegriffen, weil der innige Zusammenhang mit den Bezirken gefehlt hat. Ich weiß, daß die Ursache im Mangel an Kräften lag und daß auch andere unüberwindbare Hindernisse und Schwierigkeiten bestanden. Aber in Zukunft soll vom Parteivorstande überall dort, wo sich ein Niedergang zeigt, eingegriffen und den Genossen der Weg gewiesen werden, der herausführt. Das hat während des Krieges bis in die letzte Zeit nicht geschehen können. Für die Zukunft muß das aber eine der ersten Sorgen der Parteivertretung sein. Ueber den Parteibeitrag werden wir, obwohl er jetzt bei diesem Gegenstande schon verhandelt werden sollte, besonders sprechen müssen, weil eine Kommission uns einen Vorschlag unterbreiten wird. Ich möchte nur an die Mitteilungen der Genossin Proft von der Frauenkonferenz anknüpfend sagen, daß ich und mit mir gewiß viele Genossen erwarten, daß sich der Parteitag an dem Beschluß der Frauenkonferenz ein Beispiel nehmen und dafür sorgen wird, daß die Partei in Zukunft leistungsfähiger dasteht. (Sehr richtig!) Allerdings muß es gleich vorweg entschieden zurückgewiesen werden, die finanzielle Stärkung der Partei etwa auf dem Wege erreichen zu wollen, den mein unmittelbarer Vorredner vorgeschlagen hat, denn das wäre der verfehlteste Vorschlag, den man dem Parteitag unterbreiten kann, und man wird sich gewiß nicht irren, wenn man annimmt, daß dieser Vorschlag ebensowenig Berücksichtigung finden wird, wie seinerzeit der des Genossen Morgenstern. Ich glaube, daß wir trotz der ungünstigen Ziffern des Berichtes doch heute mit Genugtuung verzeichnen können, daß ungeachtet aller Schwierigkeiten die Parteiorganisationen auch draußen in der Provinz, auch in den schlechtestgestellten Bezirken, aufrechtgeblieben sind, und das gibt uns die Gewißheit, daß wir bei Wiederkehr normaler Verhältnisse die alten, etwas schütter gewordenen Reihen wieder stärken werden. Unter dieser Voraussetzung können wir wohl alle den Bericht entgegennehmen. Die Parteivertretung möge aber im Anschlusse an diesen

Parteitag mit den Organisationen und Parteikörperschaften im Reiche in lebhaftere Fühlung treten, als das bisher aus sicherlich zureichenden Gründen geschehen konnte.

Abgeordneter Jokl: Ohne die Absicht zu haben, auf die gestrige Debatte näher einzugehen, möchte ich doch die Meinung aussprechen, daß insbesondere die Art, wie die Debatte abgeführt worden ist, nicht gerade so nützlich war, wie es in der Resolution ausgesprochen wurde. Wenn alles das, was von der sogenannten Linken gesagt wurde, im Rahmen der üblichen Parteitagsverhandlungen als Kritik vorgebracht worden wäre, ohne die Aufmachung und ohne die vorhergehende Beratung, wäre es möglich gewesen, daß auch andere Genossen, die gegen die Parteileitung Beschwerden haben, sie hätten vorbringen können, ohne Gefahr zu laufen, mit der Linken in einen Topf geworfen zu werden. Bezüglich der mangelhaften Abfassung des uns unterbreiteten Berichtes schließe ich mich den Ausführungen des Genossen Cermak an. Ich möchte aber besonders hervorheben, daß in dem Berichte kein Hinweis enthalten ist auf die ungeheuren Bedrückungen und Verfolgungen, denen die Parteigenossen während der drei Jahre ausgesetzt waren. (Zustimmung.)

In dem Berichte ist sehr viel vom Genossen Friedrich Adler die Rede, und ich bin der letzte, der das beanständen möchte. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß viele Hunderte anderer Parteigenossen während der drei Kriegsjahre furchtbare Leiden zu ertragen hatten, ohne daß es zu einem öffentlichen Prozeß gekommen wäre, sondern man hat gegen sie die Verfolgung auf administrativem Wege gewählt. Viele Genossen sind mit dem Zeichen „P. U.", das heißt „politisch unverläßlich" auf dem Grundbuchsblatte eingerückt, und waren während ihrer ganzen Dienstzeit vielen Drangsalierungen und Verfolgungen ausgesetzt. Die Gemeindevorsteher haben die Gelegenheit benützt, sich gegen unsere Vertrauensmänner auszutoben. Diese Genossen und Vertrauensmänner wurden namhaft gemacht für die Arbeiterabteilungen und wir haben Orte in Schlesien, wo zehn Kolporteure hintereinander einberufen wurden. Kaum hatte man einen neuen Kolporteur, kam auch schon der Befehl zur Einberufung in eine Arbeiterabteilung. Dieser vielen Hunderte ungenannter Vertrauensmänner und Parteigenossen, deren Opfer und Leiden wir vielfach gar nicht erfahren, hat der Parteibericht nicht einmal in wenigen Worten gedacht. Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich verlange, daß bei unserem nächsten Parteitage, wenn der Krieg, wie ich hoffe, bereits der Vergangenheit angehören wird, zusammenfassend auf diese Tatsachen hingewiesen werden wird, damit unsere Parteigenossen nicht am Ende den Glauben haben, während des Weltkrieges hätte die Partei von der Regierung so eine Art stiller Duldung erfahren. (Abgeordneter Winter: Langer!) Ja, Langer, aber wir haben noch andere solche Fälle, wenn sie auch nicht alle direkt mit der Parteibewegung zusammenhängen. Die politischen Verfolgungen waren ungeheuer. In Alt-Ebersdorf wurde ein Arbeiter wegen eines geringfügigen Vergehens kurzerhand angeklagt und standrechtlich erschossen. (Entrüstungsrufe.) In einem anderen Orte wurde eine Arbeiterin gefragt, was sie tun würde, wenn die Russen kommen würden. Sie erwiderte ganz harmlos und ohne jede Absicht, daß sie ihnen einen Kaffee kochen würde und daß sie dann sicherlich Ruhe hätte. Diese Arbeiterin wurde angeklagt und zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt. (Neuerliche Entrüstungsrufe.) Solche Beispiele könnte ich unzählige anführen. Wenn man diese Dinge weiß, und auch die Parteileitung kennt sie, dann kann man doch verlangen, daß ausführlicher über diese Verfolgungen gesprochen wird. (Dr. Ellenbogen: Das Material sammeln!)

Was die Genossen Cermak und Schäfer über den Mangel an Fühlung mit den Vertrauensmännern bei Kriegsausbruch gesagt haben, kann ich vollkommen unterschreiben. Ich gehe sogar noch weiter und sage, daß auch heute noch die Erwartungen, die die Genossen draußen in die Parteileitung setzen, nicht erfüllt werden. Es genügt nicht, Briefe mit Weisungen hinauszuschreiben. Wenn draußen fast alle an der Spitze stehenden Genossen einrücken mußten und nur zwei, drei Genossen zurückblieben, die Parteileitung aber nur hinausschreibt, das soll gemacht werden, so kann das nicht genügen. Da muß man selbst hinausgehen und den Genossen Mittel an die Hand geben und sie belehren, wie der weitere Zusammenbruch verhindert werden soll.

Wir haben zwei Tage eine Zerstörungsdebatte gehabt, wichtiger wäre eine Wiederaufrichtungsdebatte gewesen. Wer an der Front war, der weiß es: die Leute, die gleichgültig gegen unsere Idee hinausgegangen sind, sind revolutioniert worden, und bis zu den Großbauern hinauf bezeichnen sich draußen alle heute als Sozial-

demokraten. Es wäre notwendig, die Vorarbeiten zu treffen, um die Leute, die sich instinktiv als Sozialdemokraten bezeichnen, in dem Augenblicke, wo sie zurückkommen, auch wirklich zu solchen zu erziehen. Um es militärisch zu sagen: die Kader müssen wir schaffen, in die wir die Kämpfer, sobald sie da sind, einreihen. Es genügt nicht, zu sagen: wir werden schon wieder aufbauen. Wenn die Demobilisierung kommt, sollen wir nicht erst sagen müssen: Wartet nur, bis die Organisation errichtet ist, dann könnt ihr euch einschreiben lassen. Die Vorbereitungen können schon jetzt getroffen sein. Die Parteileitung soll sich hauptsächlich mit dieser Sache beschäftigen und den Genossen in der Provinz an die Hand gehen, die Grundlage für den Wiederaufbau und den Neubau zu legen. Was jetzt mit kleinen Opfern erreicht werden kann, müßte später mit viel größeren neugeschaffen werden. (Beifall.)

Abgeordneter **Hillebrand**: Auch ich hatte das Bedürfnis, darzulegen, daß über die Verfolgungen der Parteigenossen allzu flüchtig hinweggegangen wurde. Nun hat mich Genosse Jokl dieser Aufgabe enthoben. In seinem einleitenden Bericht hat Genosse Staret darauf verwiesen, daß die Organisationen sich darauf ausreden, es sei jetzt nichts zu machen. Er hat sich mit Recht gegen diese Meinung gewendet. Aber es ist doch viel Berechtigung in dem Pessimismus, denn ein großer Teil der Vertrauensmänner ist weg, so daß wir in den Konferenzen ganz neue Gesichter sehen. Bei uns in Westböhmen gibt es auch nicht die Kriegsindustrie, die die Möglichkeit zur Wiederherstellung der Organisation gibt. Aber es ist selbstverständlich trotzdem mehr zu machen und das Mögliche muß gemacht werden. Viel zu leisten ist in der Frauenorganisation, und das, was hier und dort unternommen wurde, zeitigt gute Ergebnisse, wenn man ernsthaft alle Kräfte einsetzt. Ich möchte ganz kurz auch noch darauf verweisen, daß ich es für unerläßlich halte, der Jugendorganisation weit mehr Bedeutung beizumessen als es bisher der Fall war. Unsere Partei ist durch diesen Krieg an Blut und Leben so außerordentlich geschwächt, daß wir nach einiger Zeit recht gut die jetzt heranwachsenden jungen Leute werden brauchen können, es wird sich gewiß als sehr nützlich erweisen, wenn wir jetzt wenigstens einen Stab von jungen Vertrauensmännern haben, die, wenn der Krieg zu Ende ist, mit aller Wucht und Entschlossenheit sich für die Werbung unter der Jugend interessieren. Ich glaube auch, es wäre sehr notwendig, daß bei künftigen Parteitagen vor Beginn unserer Verhandlungen, womöglich einige Wochen früher, den Delegierten die Anträge und Resolutionen des Parteivorstandes zugeschickt werden. (Ruf: Und die Berichte!) Natürlich auch die Berichte. Ich will nicht bestreiten, daß heuer die Schwierigkeiten der Drucklegung größer waren als sonst, für die Zukunft möchte ich aber schon sehr darum bitten, denn wir beraten sonst zu Hause ins Blaue hinein, da wir nicht wissen, was uns hier beantragt werden wird.

Und zum Schlusse eine Sache, wegen der ich mich vor allem zum Worte gemeldet habe, eine Sache, die eine Gewissenssache ist. Es ist hier gestern durch Genossen Abram ein Zwischenfall hervorgerufen worden — durch denselben Genossen zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit. Ich bin ein guter Freund des Genossen Abram, es ist also kein persönlicher Ausfall gegen ihn. Ich muß mich aber — und ich hoffe das im Namen der großen Mehrheit des Parteitages tun zu können — ganz entschieden dagegen wenden, daß jetzt hier konfessionelle oder nationalistische Tendenzen in unsere Partei hineingetragen werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn Sie glauben, daß der Einfluß der Juden in unserer Partei gar so schädlich ist, dann beantrage Genosse Abram einmal, daß wir uns von Marx und Lassalle losmachen, dann werfen wir Dr. Adler und Ellenbogen und Bauer aus der Partei hinaus. Es geht nicht an, daß man Genossen, die genau wie andere mit ganzer Seele bei der Parteiarbeit sind, den tausendjährigen Fluch des Judentums in dieser Weise zu fühlen gibt. Das muß verbitternd wirken und ich glaube, gerade die österreichische Sozialdemokratie hat unter den nationalistischen Tendenzen, die in diesem Staate lebendig sind, und unter der konfessionellen Hetze, die früher noch mehr als jetzt eine Rolle gespielt hat, genug zu leiden, und wir haben es nicht notwendig, noch ein übriges dazu zu tun, um diese Dinge... (Dr. Ellenbogen: Aber! Aber! Es ist ja nicht so arg!) Als Nichtjude glaube ich es der Partei schuldig zu sein, daß man das auf dem Parteitage sagt. Ich muß diese Ausfälle als bedauerlich zurückweisen und glaube, daß es notwendig ist, daß wir das hier ausdrücklich aussprechen.

Rudolf Beer (Wien): Ich habe zu Protokoll zu erklären, daß der Antrag des Genossen Janecek, soweit er die Mißbilligung gegen den Parteivorstand betrifft, in der Bezirksorganisation XX unter der ausdrücklichen Verwahrung von meiner

und von Seite der Genossin Münzker, daß wir uns weder damit identifizieren noch ihn auf dem Parteitage vertreten können, angenommen wurde, daß es infolgedessen seine Sache ist, diesen Antrag hier zu vertreten.

Vorsitzender Seitz: Die Debatte ist geschlossen.

Tatsächliche Berichtigungen.

Abgeordneter Sever: Ich berichtige tatsächlich, daß ich mich nicht über den Unterricht und über die Belehrung aufgehalten habe, die einzelne Personen des Bildungsrates unseren Jugendlichen erteilen, sondern darüber, daß sie unsere Jugend zu anderen Zwecken benützen als zur Belehrung und zum Unterrichte. Ich habe hier ausführlich dargelegt, daß unsere Jugend von einer bestimmten Stelle benützt wurde — die Genossin Schlesinger weiß, welche Stelle ich meine — (Therese Schlesinger: Nein, ich weiß es nicht!) Dann werde ich Sie an die Stelle erinnern, wo die Zusammenkunft in einem Wiener Bezirke erfolgte, ich will sie nicht nennen, um gegen die Partei zu frondieren. Ich erinnere Sie daran, daß die ständigen Zusammenkünfte in einem bestimmten Lokale erfolgten. Dorthin wurden die Funktionäre unserer Jugendorganisation gerufen, um Flugblätter zu verbreiten, die eine Herabsetzung der Parteiorganisation und der Partei bedeuten, dort wurde die Jugend zu einer Arbeit aufgefordert, die ihr nicht zukommt und welche die Herren Arrangeure selbst verrichten sollten, wenn sie persönlichen Mut haben. Unsere Jugend ist uns zu gut, als daß sie wegen derartiger Querulanten von der Polizei aufgegriffen und eingesperrt wird. Während wir dann die Eltern beruhigen und ihnen erklären müssen, daß unsere Jugendorganisation mit derartigen Dingen nichts zu tun hat, lachen die Herren die Opfer aus. Ich berichtige tatsächlich, daß ich mich nicht darüber aufgehalten habe, daß wir die Laufereien haben, um die jungen Leute aus den Fängen der Polizei herauszubringen, wenn sie verhaftet wurden, sondern darüber, daß man diese Jugend zu Opfern macht und sie dann im Stiche läßt, dann aber zu „Sozialpatrioten" laufen muß, damit sie sie befreien. Ich berichtige tatsächlich, daß ich nicht gesagt habe, daß die „Beiräte" oder wir etwas dagegen machen sollen, wenn der Jugend Unterricht und Belehrung gebracht wird. Ich erkläre jedoch, daß wir uns dagegen stellen müssen, daß die Jugend verhetzt, daß in der Jugend die Parteiorganisation herabgesetzt und daß der Versuch gemacht wird, die Jugend über die Taktik der Partei entscheiden zu lassen. Ich habe nur den einen Wunsch, daß alle diese Herrschaften, die sich nicht persönlich hervortrauen, unsere proletarische Jugend in Ruhe lassen. Die Arbeit, die die Leitung der Jugendorganisation bis heute gemacht hat, war glücklicherweise eine gute und wir werden dafür sorgen, daß sie auch weiterhin eine gute bleiben werde. (Lebhafter Beifall.)

Scheibein (Innsbruck): Ich berichtige tatsächlich, daß auf der Konferenz in Innsbruck Genosse Abram über die Jugendorganisation nicht in der Form gesprochen hat, wie sie heute hier Genosse Honay behauptet hat. Ich konstatiere der Wahrheit gemäß, daß Abram in seinen Ausführungen in der Jugendorganisation nur über die geringen Mittel dieser Organisation gesprochen hat, die die Ursache sind, daß sie nichts Ersprießliches zu leisten vermag. Das ist aber etwas anderes. Genosse Abram bemüht sich heute ebenso wie er sich bisher bemüht hat, die Jugend dem Klerikalismus aus den Armen zu reißen, und er hat erklärt, daß er bereit ist, der Jugendorganisation unter die Arme zu greifen. Es war anläßlich der Konferenz, in der Genosse Max Winter das Referat über die „Kinderfreunde" hatte, und in der ich nach diesen Ausführungen sowohl über die „Kinderfreunde" als auch über die Jugendorganisation sprach. Dem Genossen Abram ist also von Honay bitteres Unrecht zugefügt worden. Es mag sein, daß die Presse in einer Form über seine Ausführungen geschrieben hat, die ein Mißverständnis zuläßt.

Therese Schlesinger (Wien): Ich stelle fest, daß gestern gesagt wurde, die Linke hätte die Jugendlichen verhetzt. Ich erkläre tatsächlich, daß wir diese Politik der Schlagworte und der Verhetzung bekämpfen. Wir bekämpfen die Politik, daß die Jugend selbst eingreift, wir erziehen sie für den Kampf, und ich erkläre, daß nicht ein einziges Mitglied der Linken, das mit uns in Verbindung steht, ein anderes Erziehungssystem befolgt, als ich hier eben angedeutet habe. Wenn Genosse Sever Leute kennt, die es anders machen, so soll er sich das mit diesen Leuten ausmachen. Aber er soll hier nicht Leute dafür zur Verantwortung ziehen, die gerade diese Politik vom Anfange an bekämpft haben und auch weiterhin bekämpfen werden.

Schlußwort des Referenten.

Abgeordneter Skaret: Die lange Debatte hat mir viel Darlegungen erspart. Aber trotzdem muß ich mich gegen mehrere Vorwürfe wenden. Es wurde gesagt, der Parteivorstand habe in der ersten Zeit des Krieges keine Weisungen hinausgegeben und die Vertrauensmänner sich selbst überlassen. Das ist vielleicht nur zum Teile richtig. Wir haben doch gleich am Beginne ein Manifest erlassen, in dem es heißt, unsere Hauptsorge müsse es sein, die Organisation aufrechtzuerhalten und alles zu tun, um das Elend der Zurückgebliebenen zu mildern. Die eine andere Weisung vermissen, vergessen, daß wir unmittelbar vor dem Kriege große Arbeitslosigkeit hatten. Schlager machte uns zum Vorwurfe, daß wir eine Weisung hinausgegeben haben, wie es mit denjenigen zu halten ist, die wegen Einrückung oder Arbeitslosigkeit nicht in der Lage sind, ihren Parteibeitrag zu bezahlen. Danach sind wir aber von einer Reihe von Organisationen ausdrücklich gefragt worden, und auf diese Fragen haben wir geantwortet, daß bei denjenigen, die eingerückt oder Schanzarbeiter geworden sind, in die Bücher eine entsprechende Bemerkung zu machen ist, damit sie ihrer Beitragsleistung enthoben sind und daß den Arbeitslosen die Beiträge gestundet werden. Es soll also getrachtet werden, daß die Leute als Mitglied erhalten bleiben. Wie Schlager zur Meinung kommt, daß wir mit dieser Weisung den Niedergang verschuldet haben, ist mir unerfindlich. Sie dürfen die Dinge nicht nur durch die steirische Brille ansehen. In einer Reihe von Gebieten war die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges ungeheuer groß und es mußte, soweit als möglich, dafür gesorgt werden, daß die Arbeitslosigkeit nicht der Vorwand sei, aus der Organisation auszutreten. Pichler hat sich beklagt, daß sich in seiner Bedrängnis der Parteivorstand seiner nicht angenommen habe. Aber, Genosse Pichler, wer hat denn Ihre Befreiung aus der Internierung erwirkt? War das die Einsicht der dortigen Behörde oder die Weisung des Ministeriums, um die wir uns bemüht haben? Wir hatten ja im Frieden alle Hände voll zu tun, um den Wünschen der Provinz nachzukommen, aber die Arbeit in diesen drei Jahren hat sich mehr als verzehnfacht. Dazu kommt, daß uns drei Viertel unserer Sekretäre fehlen. Winarsky, der leider gestorben ist, Deutsch, der eingerückt ist, und seit genau einem Jahre Friedrich Adler. Die ganze Arbeit konzentriert sich auf Glöckel, der jetzt mitwirkt, und auf mich. Dabei ist das Betrübende nicht, daß wir es physisch zu leisten nicht vermögen, sondern daß nicht immer der Erfolg eintritt, den man von unseren Interventionen, über die man dann so abfällig spricht, erwartet. Das erklärt vielleicht manches von Ihrem Unwillen. Ich habe es unterlassen, die Arbeiten, die sich so vermehrt haben, aufzuzählen. Ich erinnere Sie nur daran, was wir jetzt mit den Unterhaltsbeiträgen allein zu tun haben. (Glöckel: Die serbischen Internierten!) Ich kann unmöglich jetzt aufzählen, was wir im Interesse der Internierten und Konfinierten, derjenigen, die in die Schweiz oder durch die Schweiz nach Rußland reisen wollten, unternommen haben. Sie können versichert sein, an Arbeit und an Nervenverbrauch hat es in diesen Kriegsjahren dem Sekretariate und dem Parteivorstande wirklich nicht gefehlt.

Ich möchte aber auf den Vorwurf wegen der Maifeier zurückkommen, mit dem insbesondere die Wankelmütigkeit, die Schlappheit und Unentschlossenheit des Parteivorstandes bewiesen werden sollte. Wie war es denn mit der diesjährigen Maifeier bestellt? In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission haben wir eine Beratung darüber gepflogen, ob wir die Maifeier im Jahre 1917 ebenso wie in den ersten Kriegsjahren, das heißt ohne Arbeitsruhe feiern sollen. Wir haben gemeinsam mit der Kommission alle in Betracht kommenden Fragen erwogen und sind zu dem gemeinsamen Ergebnisse — ich sage mit Absicht: gemeinsamen Ergebnisse — gekommen, daß wir die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht proklamieren können. Erlassen Sie es mir, die Gründe hier in allen Einzelheiten auszuführen. Wer sich noch den notwendigen Grad von Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber unseren Parteigenossen gewahrt hat, wird unser Vorgehen auch in dieser Frage billigen. Wie sind wir aber dann zu dem entgegengesetzten Beschlusse gekommen? Da wird uns leider etwas unterschoben, was ich hier nicht auf uns lassen kann. Es ist ja richtig, daß wir damals in der Wiener Vertrauensmännerversammlung für die Beibehaltung der Maifeier ohne Arbeitsruhe referiert haben und es wurde auch so beschlossen. Wie sind aber die Dinge gekommen? Am 22. April kommt ein Telegramm aus Petersburg, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hat, den 1. Mai in ganz Rußland durch Arbeitsruhe zu feiern. (Resel:

Und zwar unseren 1. Mai!) Ich komme schon noch darauf. Daß Rußland seinen orthodoxen Kalender abändert und den internationalen Tag des 1. Mai als Tag der Arbeitsruhe und Maifeier proklamierte, das veranlaßte uns, die Frage des 1. Mai noch einmal in Erwägung zu ziehen. Es war am 22. April, als uns das Telegramm zu Gesicht kam. Die Ungarn hatten schon vorher beschlossen, ihre Maifeier durch Arbeitsruhe zu feiern. Von dieser Sache hatten wir volle Kenntnis. Aber die Arbeitsruhe der Ungarn hatte den ganz besonderen Zweck, für die Wahlreform ihres Landes eine eigene Demonstration zu veranstalten. Uns hatte, wie ich schon erwähnt habe, das Telegramm aus Petersburg veranlaßt, uns nochmals mit der Maifeier zu beschäftigen. Inzwischen ist die Nachricht gekommen — und das mag vielleicht Anlaß geben, daß es so gedeutet oder gedeutelt wird — daß das Kriegsministerium den ungarischen Arbeitern die Arbeitsruhe am 1. Mai freigegeben hat. Nun haben wir uns gesagt: Rußland ändert seinen Kalender, feiert den 1. Mai durch Arbeitsruhe, Rußland ist genau so ein kriegführendes Land wie Oesterreich, das Kriegsministerium, das nicht nur ein Kriegsministerium für Ungarn ist, sondern auch für Oesterreich, erklärt, den Arbeitern der Kriegsleistungsbetriebe in Ungarn nichts in den Weg legen zu wollen und weist die ungarischen Behörden an, den Arbeitern in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten zu machen. So war für uns die Situation gegeben, und deshalb sind wir mit unserem geänderten Antrage hinausgetreten. (Zwischenrufe des Delegierten Janecek.) Genosse Janecek, wenn Sie vor dem 22. April sich alle Konsequenzen einer von uns hinausgegebenen Parole auf Arbeitsruhe in den Kriegsleistungsbetrieben vorgelegt hätten, und wenn Sie sich auch Ihrer Verantwortung bewußt wären, dann hätte ich mir Ihr Urteil in dieser Frage gerne angehört. Diese nachträglichen Reden und dieser scheinbare Radikalismus imponiert doch keinem Menschen.

Nun komme ich zu den Vorwürfen, die Genosse Cermak auf den Parteivorstand und das Parteisekretariat hat niederregnen lassen. Er findet unseren Organisationsbericht ärmlich und den der Frauen außerordentlich reichhaltig ausgestattet. Das kommt nur immer darauf an, wie man die Dinge anschaut. Ich will nicht leugnen, daß wir uns im organisatorischen Teile außerordentlich knapp faßten, weil wir uns sagten: wir wollen nichts anderes sagen, als wie unsere Organisation vor dem Kriege war und wie sie jetzt nach drei Jahren Krieg ist. Was draußen in den Organisationen an Tätigkeit entwickelt wurde, hätten wir ja im Wege der Fragebogen erfahren können, aber auf dieses Gebiet konnten wir uns mit Rücksicht auf die mangelhafte Exaktheit der Ausführungen vieler Vertrauensmänner und vor allem wegen der Kürze der Zeit nicht begeben. Wir setzen bei den Quartalsberichten, daß wir dreißig bis vierzig Urgenzschreiben hinausschicken müssen, und erst einen Monat nach Ablauf des letzten Quartals bekommen wir den Fragebogen herein. Da würden wir mit unserem Parteiberichte, der für den 28. September bestimmt war, im Dezember nach dem Parteitage erscheinen müssen. Auch Genosse Cermak ist nicht ganz frei von dem Vorwurfe des späteren Einschickens. (Cermak: Aber darauf kommt es ja nicht an!) Wir haben geglaubt, es genügt, Ihnen vorläufig zu sagen, wie die Dinge jetzt stehen und wie sie vor dem Kriege standen. Der Vorwurf, daß wir mit der Jugendorganisation zu wenig Verbindung haben, kann nur von jenen erhoben werden, die die inneren Vorgänge nicht genügend kennen. Wir haben die Zentrale der Jugendorganisation im Hause, es kann kaum irgendein Ereignis eintreten, ohne daß wir mit den jeweiligen Sekretären der Jugendorganisation in ununterbrochener Verbindung stehen. Honay hat den Vorwurf erhoben, daß wir die letzte Reichskonferenz der Jugendlichen nicht beschickt haben. Der Grund lag einfach in einem zufälligen Zusammentreffen vieler Delegierungen gerade zu dieser Zeit.

Und nun komme ich auf die Anträge selbst. Cermak hat wegen der „Kinderfreunde" einen Vorwurf erhoben. Ich erinnere mich aber, daß darüber schon auf früheren Parteitagen gesprochen wurde. Im Laufe des Krieges war die Gelegenheit günstig, die früheren Landesvereine zu vereinigen. Der Parteivorstand entsendete die Genossin Popp in die Leitung der Organisation.

Den Antrag Winter bitte ich, dem zukünftigen Parteivorstande zuzuweisen, weil er es für notwendig halten könnte, sich mit den „Kinderfreunden" über verschiedene Seiten ihrer Tätigkeit auseinanderzusetzen. Dem nächsten Parteitage soll dann berichtet werden.

Die Abstimmung.

Der Antrag 6 der jugendlichen Arbeiter wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 8 der Bezirksorganisation Landstraße wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 11 (Janecek, Wien XX) wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 13 (Max Winter) wird dem Parteivorstande mit der Verpflichtung überwiesen, dem nächsten Parteitage zu berichten.

Der Antrag 12 (Janecek, Wien XX) wird mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 9 (Kontrollkommission) wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Vorsitzender Seitz: Es liegt noch ein Begrüßungsschreiben der Genossen der ukrainischen Sozialdemokratie vor. (Siehe Anhang.)

Ferner habe ich die Mitteilung zu machen, daß Ihnen das Präsidium mit Rücksicht auf den Verlauf der bisherigen Verhandlungen und mit Rücksicht darauf, daß wir alle rechtzeitig fertig werden und die Tagesordnung erledigen wollen, den Vorschlag unterbreiten muß, die Nachmittagssitzung etwa bis 8 Uhr, eventuell noch länger fortdauern zu lassen, damit wenigstens das Referat über die nationale Autonomie und Demokratie noch in der heutigen Sitzung erstattet werden könne. Wir sind aber auch dann noch sehr knapp in der Zeit bemessen, weil wir auch morgen Nachmittag eine Störung haben. Es ist nämlich morgen Nachmittag zwischen halb 4 und 4 Uhr — vielleicht kann es auch später werden — im Parlament die Abstimmung über das Budgetprovisorium. Dabei müssen sämtliche Abgeordnete anwesend sein. Anderseits wird es schwer sein, daß wir hier die Verhandlungen indessen fortführen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Bericht des Klubs der Abgeordneten.

Berichterstatter Abgeordneter Seitz: Dem Parteitage liegt der Tätigkeitsbericht des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gedruckt vor. Er ist eine Fortsetzung der bisher erstatteten Berichte, die in acht Heften in Ihren Händen sind. Wir haben jetzt das neunte Heft. Bei diesem Anlasse möchte ich an die Delegierten die dringende Bitte richten, diesen kleinen Heften, die ja keine amüsante Lektüre sind, es auch nicht sein können, weil sie eben trockene Berichte enthalten, dennoch ihre größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch dafür zu sorgen, daß sie abgesetzt und mindestens von den Vertrauensmännern gelesen werden. Bilden sie doch in ihrer Zusammenfassung eine Geschichte des Parlaments seit 1907, also des ganzen Parlaments des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechtes. Sie können daraus die Stellung sämtlicher Parteien des österreichischen Parlaments zu allen wichtigen politischen Fragen entnehmen und insbesondere die Stellung der Partei hiezu, aber auch ihre theoretische Begründung. Es ist also einer der wichtigsten Agitationsbehelfe. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, der diese Broschüren in tausenden Exemplaren unentgeltlich hinausgibt, und die übrigen zu einem sehr ermäßigten Preise, bringt dieses Opfer aus seiner Klubkasse nicht etwa, um der Eitelkeit der Abgeordneten zu frönen oder sich mit seinen Arbeiten zu brüsten, sondern um die Massen der Partei systematisch zur wirklichen Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Parlaments zu erziehen. Ein Erfordernis wahrer Demokratie ist, daß jedes einzelne Mitglied der Partei beziehungsweise jeder einzelne Bürger des Staates die Dinge, die sich im Parlament ereignen, miterlebt, daß er zu jeder Frage, die im Parlament auftaucht, Stellung nimmt, sich eine Meinung bildet, vor allem aber sich darüber informiert. Er kann nur dann sich selbständig entscheiden, er kann nur dann seinem Vertrauensmann im Parlament Weisungen geben, er kann mit einem Worte nur dann wirklich demokratisch an der Gesetzgebung und Verwaltung mitarbeiten, wenn er die Dinge kennt. Diese Berichte sind also auch einer der wichtigsten Bildungsbehelfe der Partei und wir können nicht oft genug sagen, wie notwendig es ist, ihnen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher. Ich werde mich natürlich enthalten, Ihnen über jede einzelne im Parlament erörterte Frage zu berichten. Ich muß mich darauf beschränken, die allgemeinen Gesichtspunkte und die wichtigsten Aktionen zu besprechen.

Die größte und schwerste Aufgabe des Klubs seit Beginn des Krieges war: für den Frieden zu wirken. Zu wirken im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse, die allen Bruderparteien den Auftrag erteilt haben, im Falle eines Krieges ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß er möglichst bald beendet werde.

Wir haben seit dem Jahre 1908, also fast seit Beginn des Parlaments, des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den Frieden gewirkt. Wir sahen schon damals deutlich die Vorboten der schrecklichen Ereignisse, deren Zeugen wir heute sind. Das Wettrüsten zwischen Deutschland und England und die internationalen Konflikte — ich erinnere an den Marokkokonflikt, an die Frage der Bagdadbahn und andere — haben uns schon damals veranlaßt, immer mehr den politischen Ereignissen unsere größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die imperialistischen Kriege Italiens, Englands und Japans sind nicht ohne Rückwirkung geblieben auch auf Oesterreich. Die Balkanwirren und die Balkankriege haben Oesterreich geradezu mit hineingezogen in die größten Probleme der Weltpolitik. Dazu kam die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die gleichfalls keine innerpolitische Angelegenheit Oesterreichs, sondern von schweren Folgen für die Gestaltung der ganzen zwischenstaatlichen Politik Europas war. Wir haben keinen Moment vorübergehen lassen im Parlament, ohne immer wieder vor den schweren Gefahren zu warnen, die durch die Fehler der österreichischen inneren und äußeren Politik heraufbeschworen wurden. Wir haben das Parlament immer wieder an seine Pflicht erinnert, gerade der letzten Phase der Entwicklung seine größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir haben aber auch keinen Parteitag, keine Volksversammlung vorübergehen lassen, ohne die Arbeitermassen an ihre Pflicht zu mahnen, der imperialistischen Entwicklung entgegenzutreten und für den Frieden zu wirken. Aus Gründen der Weltpolitik haben wir auch die nationalistische Hetze bekämpft. Man hat den Nationalitätenstreit und die Verfassungsfragen des Reiches immer bloß für innere Angelegenheiten gehalten. Heute sieht man, daß sie eine der Ursachen des Krieges waren. Sie haben — ob mit Recht oder Unrecht spielt keine Rolle — den Eindruck erweckt, daß dieser Staat schon so zermürbt sei, daß es nur des geringsten Anstoßes bedürfe, ihn zu zerschmettern. Man hat die Aspirationen der Nachbarn damit gefördert und, wo sie noch nicht waren, hervorgerufen. Man hat dadurch Oesterreich in die Stellung gerückt, die früher die Türkei hatte: Es schien der kranke Mann Europas zu sein. Die Nationalitätenwirren und die nationalistische Hetze waren eine der Ursachen des Weltkrieges. Wir haben sie nicht nur bekämpft, weil in diesem Staate kein Fortschritt, ja kein Leben möglich ist, wenn sie fortwirken, sondern vor allem aus Gründen der Weltpolitik. Diese Arbeit war nicht leicht; leichter ist es, heute über diejenigen zu spötteln, die sich in ernsten theoretischen Studien mit diesen Fragen beschäftigt haben. Aber auch der schärfste Gegner Renners wird nicht bestreiten können, daß die verfassungstheoretischen und nationalpolitischen Studien Karl Renners, Otto Bauers u. s. w. von großem Werte waren. Die Befolgung dessen, was die Partei für die Umgestaltung Oesterreichs gefordert hat, hätte viel Unglück abgewendet. Unsere Mahnungen waren leider vergebens, die nationalistischen Parteien sind heute noch so verblendet, daß jedes Wort der Vernunft abprallt wie Erbsen an einer Steinwand, daß es unmöglich ist, sie zu einer besseren Einsicht zu bringen.

Wir haben auch gegen die schweren Fehler unserer Handelspolitik gekämpft, gegen die Absperrung Serbiens und der übrigen Balkanländer, die eine Gefahr für die industrielle Entwicklung, eine Gefahr für die Ernährung der Massen Oesterreichs, vor allem aber eine Gefahr für den Frieden waren. Sie erinnern sich unseres scharfen Protestes gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina und an unsere Kundgebungen, die wir bei späterer Kriegsgefahr erließen. Als aber die Gefahr am allerhöchsten war, als das Ultimatum an Serbien erlassen und der Krieg erklärt war, gaben wir ein Manifest heraus, das in flammenden Worten vor dem Unglück warnte und jede Verantwortung für das, was die Herrschenden unternommen hatten, ablehnte. In diesem Manifest heißt es:

„Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab, feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, hüben wie drüben, angestiftet haben und entfesseln wollten! Und wir wissen uns darin einig mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt und nicht zum wenigsten mit den Sozial-

demokraten Serbiens! Feierlich bekennen wir uns zur Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode."

Wir haben gegen das Ultimatum, wir haben gegen diesen Krieg unseren schärfsten Protest erhoben; wir glauben ruhig sagen zu können, daß wir alles getan haben, was möglich war, um die Gefahr zu bannen, um die Welt zu bewahren vor dieser schrecklichen Menschenschlächterei. Wir werden auch in einem späteren Zeitpunkte genau zu prüfen haben, wer alles mit Schuld an dem Kriege, und wir werden, wie jede Sozialdemokratie in ihrem Lande, zunächst die Pflicht erfüllen, genau festzustellen, wer in diesem Staate die Verantwortlichen waren und wer jenen Teil der Schuld zu tragen hat, den dieser Staat mit am Weltkriege hat. Die persönliche und die sachliche Schuld werden wir festzustellen haben, nicht nur um Sühne zu schaffen für das Verbrechen, das geschehen ist, sondern auch um Lehren zu schöpfen für die Zukunft und um uns später vor schweren Fehlern zu bewahren. Wir werden bei dieser Untersuchung wahrscheinlich auch feststellen können, daß die Dinge durchaus nicht so überstürzt gekommen sind, wie es dem oberflächlichen Zeitungsleser in den Julitagen des Jahres 1914 geschienen hat. Denn es gab nicht nur in der ganzen Welt Vorboten des Krieges, man sah solche Vorboten auch in Oesterreich. Einer davon war die ganz deutlich zutage getretene Absicht der Regierung Stürgkh, das Parlament auszuschalten. (Sehr richtig!) Ich erinnere mich eines Tages im März 1914, wo wir im Klub eine Beratung hielten darüber, wie man die damals ausgebrochene Obstruktion der Tschechen bannen könne. Bei diesem Anlasse mußte ich gewissenhaft berichten, daß sich dem Kampfe gegen die Obstruktion sehr schwere Hindernisse entgegenstellten, die nicht nur bei den Tschechen, bei den Südslawen und bei den Ruthenen lagen, sondern vor allem bei der Regierung. Ich mußte berichten, wie man bei den Verhandlungen ganz deutlich sehen konnte, daß der Ministerpräsident Graf Stürgkh ein Interesse daran hatte, die Obstruktion zu erhalten und das Parlament zu verderben.

Und wenn wir auch wußten, daß sowohl die Regierung Bienerth wie die Regierung Stürgkh häufig Obstruktionen aus innerpolitischen Gründen angezettelt hatten, so mußte ich doch den Genossen damals mitteilen, daß Stürgkh den Eindruck erwecke, in diesem Falle noch weit wichtigere Gründe dafür zu haben, das Parlament zu zerstören. Wir waren keine Propheten. Wir konnten damals nicht voraussehen, daß der Weltkrieg kommt und die Ausschaltung des Parlaments eine Vorkehrung ist. Das konnten wir nicht. Wohl aber haben wir uns gesagt, daß große Dinge vor sich gehen und daß man weitgehende Absichten haben müsse, wenn die Regierung in so gewissenloser Weise Obstruktionen anzettelt, um das Parlament und seine Tätigkeit systematisch zu untergraben. Nun ist im März 1914 das Parlament wirklich geschlossen worden und der Absolutismus hat seine Herrschaft aufgerichtet.

Stürgkh hat zunächst in einer Reihe von § 14-Verordnungen flagrante Verfassungsverletzungen begangen. Ich erinnere hier an die Aufnahme von Anleihen in ungeheuren Beträgen, an eine Reihe von Justizverfügungen, die Ausschaltung der ordentlichen Gerichte, an das Verbot jeder politischen Tätigkeit in Versammlungen und Vereinen, an die Zensur, kurz an alle die Verfügungen, die verfassungsmäßig nur durch die Gesetzgebung getroffen werden können. Es ist nicht zu leugnen, daß manche absolutistische Maßregel auch einen sehr populären oder — besser gesagt — einen sehr demagogischen Charakter hatte. Erinnern Sie sich zum Beispiel an die § 14-Verordnung betreffend die Unfallversicherung der Bergarbeiter und an viele sozialpolitische Maßnahmen, die nur zu dem Zwecke getroffen wurden, um den Massen des Volkes zu zeigen: das Parlament hat euch bisher euer Recht versagt, der Absolutismus aber, der aufgeklärte Absolutismus, wird den vernünftigen und berechtigten Wünschen des Volkes Rechnung tragen; vertraut ihm, und er wird weit besser und zweckmäßiger das anordnen und verfügen, was zu eurem Besten ist, weit besser und zweckmäßiger, als es das Parlament konnte.

Wir dürfen auch nicht bestreiten — das beste ist, den eigenen Fehler zu erkennen — daß auch in unseren Reihen nicht wenige Stimmen waren, die damals gesagt haben: Woher wir das bekommen, was wir brauchen, ist schließlich gleichgültig; wenn nicht vom Parlament, so vom § 14. Eines der gefährlichsten Schlagworte, einer der gefährlichsten Gedankengänge! Wir haben sofort gewarnt und haben alles aufgeboten, um die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Parlamentes wachzurufen. Sie erinnern sich, daß wir schon lange vor dem Kriege, im Jahre 1913,

eine Parteitagsdebatte über die Obstruktion hatten. Sie erinnern sich an die Anträge, in denen die Fraktion aufgefordert wurde, falls die oder jene Vorlage von der Regierung eingebracht werden sollte, schlankweg mit der Obstruktion zu antworten. Wir haben diese Anträge bekämpft und der Parteitag hat gut daran getan, sie abzulehnen. Es war damals sogar sehr unpopulär, gegen einen solchen Antrag zu sein, auch in unseren Reihen, unpopulär, gegen die Obstruktion zu reden, und es hat ein sehr radikales Mittel geschienen, durch Obstruktion jede Tätigkeit des Parlamentes unmöglich zu machen in diesem Klassenparlament, wie man es damals nannte. Ich war ja persönlich eines der Opfer dieser unpopulären Politik. Wenn Sie das Protokoll von 1913 lesen, werden Sie sogar finden, daß ich, der als Referent des Klubs die Pflicht hatte, mit größerer Schärfe gegen diese Anträge vorzugehen, sogar eine wesentlich verminderte Stimmenanzahl bei der Wahl in den Vorstand erhielt. Aber so sehr ich die Stimme eines jeden einzelnen Delegierten hochschätze und so sehr es mir sonst eine ernste Mahnung wäre, wenn ich sähe, daß eine größere Zahl von Delegierten mich als einzelnen Genossen herausgriffe und mich gewissermaßen mißbilligte, so bin ich gerade heute stolz darauf, daß ich damals mit großem Nachdrucke diese Anträge bekämpft habe. Wie wären wir dagestanden im Jahre 1914, wenn Stürgkh hätte sagen können: Nicht die tschechische Obstruktion, sondern die Sozialdemokraten haben das Parlament zerstört und nun, da es tot ist, sind wir gezwungen, mit dem Absolutismus zu regieren.

Was das Parlament hätte bedeuten können bei Ausbruch des Krieges, was es vielleicht zur Verhinderung des Krieges hätte beitragen können, ist heute schwer festzustellen. Man kann nicht rückschauen und sagen, wie es unter anderen Bedingungen gekommen wäre, aber das können wir uns wohl sagen, daß ein leistungsfähiges Parlament, ein arbeitendes Parlament, ein sehr wichtiger Faktor gewesen wäre.

Es ist anders gekommen. Wir haben gegen den Krieg protestiert und haben die Einberufung des Parlamentes verlangt. Wir haben bei beiden Aktionen soviel erreicht, als der Macht des organisierten Proletariats in Oesterreich entsprochen hat, und da diese Macht eine geringe war, ist nicht viel erreicht worden. Wir mußten uns also darauf beschränken, zu protestieren, und wir haben es in den verschiedensten Formen getan. Es ist keine Klubsitzung vorübergegangen, keine Reichskonferenz, in der wir nicht das Parlament verlangt hätten. Wir haben keine Unterredung gescheut mit bürgerlichen Politikern, mit Männern der Regierung, ja selbst nicht mit den Mitgliedern des Herrenhauses. Wir waren immer die Dränger im Sinne der Einberufung des Parlaments. Natürlich, da wir es nicht hatten, ersetzten wir es durch alle Mittel, die uns zu Gebote standen. Wir mußten schwere Arbeit leisten und haben nicht, wie man jetzt höhnt, bürgerliche Wohltätigkeit geübt, sondern ernste, proletarisch-selbstbewußte Arbeit. Wir nehmen aber auch diesen Hohn auf uns in dem Bewußtsein, unsere Pflicht getan zu haben.

Endlich, am 30. Mai 1917, ist das Parlament zusammengetreten. Unser erstes sachliches Wort galt dem energischen Verlangen nach Friedensverhandlungen, der Forderung, so bald als möglich der Völkerschlächterei ein Ende zu bereiten. Unsere ersten zwei Reden sind auch in Druck erschienen. Die erste war ein flammender Protest gegen den Absolutismus, die zweite eine eingehende Kritik der großen Fehler und Mängel unserer Verfassung. Wir haben aber auch seither keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne gegen den Krieg zu protestieren, ohne deutlich den Friedenswillen der Massen zum Ausdruck zu bringen, ohne die Regierung zu drängen und zu stoßen, im Sinne des Friedens zu wirken und in Friedensverhandlungen einzutreten. Es wurde hier bemängelt, daß die Konferenz im Jahre 1918 nicht den Vorschlag akzeptiert hat, die Regierung sei aufzufordern, auf Grund der Formel „Keine Annexionen, keine Kontributionen" in Friedensverhandlungen einzutreten. Wie das die vorgestern verlesene Erklärung darstellt, sieht es aus, als ob wir — die Partei — jemals gegen einen Frieden nach der Formel „Keine Annexionen, keine Kontributionen" gewesen wären. Das ist natürlich unrichtig. Wir waren vom ersten Tage an für einen solchen Frieden, und ich erinnere an unsere wiederholten Reden, in denen es hieß: Das größte Glück wäre, wenn der Krieg remis endete. Das heißt dasselbe wie keine Annexionen, keine Kontributionen. Ich erinnere Sie, daß wir immer gesagt haben, der Krieg dürfe keinen Sieger und keinen Besiegten hinterlassen, daß wir vom ersten Tage an gesagt haben, das Ziel müsse sein, daß der Krieg ohne Sieg und ohne Niederlage ende und so als Mittel, internationales Recht zu

schaffen oder Aenderungen zu bewirken,' für alle Zeiten diskreditiert werde. Etwas anderes ist es aber, ob man in einem bestimmten Zeitpunkte des Krieges von den verantwortlichen Diplomaten verlangen kann, einen Vorschlag nach unserer Formel, nach der Formel der Sozialdemokratie, zu machen. Dazu sind die Dinge heute reif, damals waren sie es nicht. Ein Beispiel: Wir sind alle für die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Aber was würden Sie sagen, wenn heute auf dem Parteitage jemand den Antrag einbrächte, die Regierung sei aufzufordern, das Privateigentum abzuschaffen. (Therese Schlesinger: Schlechtes Beispiel!) Es ist ein schroffes Beispiel wie jedes, das einen Denkfehler aufzeigen will. Ich will damit sagen: was mein Programm als Sozialdemokrat ist, kann ich nicht jeden Augenblick auch der Regierung als ihr Programm zumuten. Im März 1916 standen die Dinge so, daß eine verantwortliche Regierung nicht in der Lage war, unsere Forderungen zu ihrem Vorschlage zu machen. Wir haben es deshalb abgelehnt, ihr unser Programm als ihres für jene Zeit zu empfehlen.

Heute ist das anders. Im März 1917 brach die russische Revolution aus, das Proletariat Rußlands im Bunde mit dem Militär und der Bourgeoisie stürzte den Zarismus. Es wurde eine Regierung der Revolution gebildet. Diese Regierung hat selbstverständlich das Programm der Massen zu ihrem eigenen gemacht, die russische Regierung war die erste, die den Grundsatz aufstellte: »Keine Annexionen, keine Kontributionen. Jetzt war der historische Moment gekommen, wo alle Anhänger dieser Friedensformel, alle, die von Anfang an diese Friedensformel gutgeheißen hatten, sagen konnten: Jetzt kann man sie vernünftigerweise jeder Regierung zumuten. Von diesem Augenblicke an haben wir auch an die österreichische Regierung ausdrücklich die Forderung gestellt, sie möge Friedensangebote machen nach dem Grundsatze: Ohne Annexionen und ohne Kontributionen. Das war unser erstes Wort im Parlament, und Sie werden in dem Wortlaut der Rede finden, daß wir gesagt haben: „Wir fordern die Regierung nicht nur im Namen des organisierten Proletariats, nein, im Namen des gesamten Proletariats Oesterreichs und nicht nur in ihrem, sondern auch im Namen der großen überwiegenden Majorität aller Völker dieses Staates auf, sich offen zu bekennen zu einem Frieden ohne Annexion und ohne Kontribution. Als die österreichische Regierung diese Forderung ablehnte — ich erinnere an die Erklärung des Herrn Seidler, die er bei der Erörterung der Friedensfrage angeblich namens des Grafen Czernin abgegeben hat — haben wir sofort gegen die Ablehnung aufs schärfste protestiert. Wir waren die ersten, die gegenüber der hochnasigen Erklärung, daß über Krieg und Frieden nach Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes entschieden werden müsse, feierlich protestiert und erklärt haben, die Völker, die in diesem Krieg bluten, die in diesem Krieg ihre Väter, Brüder und Söhne zu Millionen hinschlachten sehen, die alle dieses Leid ertragen, sie werden nicht dulden, daß künftighin andere entscheiden über ihr Schicksal, über Krieg und Frieden, als sie selbst durch ihre Vertreter. Wir haben dann — Sie können es Sitzung um Sitzung verfolgen — selbstverständlich keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne für den Frieden zu wirken.

Unsere letzte Aktion ist ein Antrag, den der Genosse Adler vor kurzem gestellt hat, und der dahin geht, das Präsidium des Klubs werde ermächtigt, im Hause die notwendigen Schritte einzuleiten, daß das Parlament selbst, aus eigener Initiative eine Friedenskundgebung veranstalte. Diese Idee ist durchaus zeitgemäß. Es haben bisher nur immer die Diplomaten gesprochen (Sehr richtig!), es hat der Reichskanzler gesprochen und es hat der englische Premierminister gesprochen, es hat der französische Ministerpräsident und es hat der Minister des Aeußern in Oesterreich gesprochen. Die Herren haben ihre Reden in den Parlamenten, aber auch bei Banketten und anderen Anlässen gehalten und miteinander polemisiert. Es ist ein Verdienst des deutschen Reichstages, und innerhalb dieser Körperschaft, ein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, nunmehr eine neue Methode eingeführt zu haben: die Methode, daß nicht nur die Diplomaten sprechen, sondern, daß die Völker reden durch ihre Parlamente. Wir werden dem Frieden weitaus mehr nützen, wenn auf die Erklärung des deutschen Reichstages das französische Parlament, wenn auf eine Erklärung des österreichischen Reichsrates das englische und französische Parlament antwortet, das heißt, wenn nicht die Diplomaten und die geborenen Führer, sondern wenn die Völker selber sprechen durch ihre Vertreter. Es ist daher ganz zeitgemäß, daß wir diesen Schritt weiter machen und im österreichischen Parlament uns bemühen, daß dieses selbst seinen Friedenswillen be-

kunde und damit den Friedenswillen der Völker. Aber so notwendig und nützlich das ist, dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß einer solchen Aktion sehr große Schwierigkeiten im Wege stehen. Es ist, ich glaube 14 Tage, wenn nicht drei Wochen her, daß wir diesen Antrag im Klub beschlossen haben, und wir haben ihn bis heute noch nicht einbringen können. Das ist nämlich nicht so einfach. Sehr einfach ist es, daß die Sozialdemokratie einen Antrag einbringt auf eine Friedenserklärung nach ihrem Programm. Der Antrag würde verlesen, vielleicht einem Ausschusse zugewiesen und dann darüber berichtet werden. Wenn aber dann die entscheidende Abstimmung käme, so würden sich vielleicht die Sozialdemokraten allein erheben und der Antrag wäre abgelehnt.

Einen Antrag, der die Friedensforderungen so weitgehend formuliert wie es die Sozialdemokratie will, setzen wir natürlich in einem bürgerlichen Parlament nicht durch. Wir müssen also eine Formel finden, die durchsetzbar ist. Denn einen Friedensantrag unterlassen, ist schlimm; aber einen Friedensantrag stellen und niederstimmen lassen, ist schlimmer, ja es wäre das Schlimmste. (Zustimmung.) Wir können uns also auf eine solche Taktik nicht einlassen. Es ist sehr leicht, draußen irgendwo zu sagen: Ja, warum stellt ihr nicht einen Antrag, der die und jene Forderungen enthält, die radikalsten Forderungen der Sozialdemokratie? Als verantwortlich für alle Folgen und als verantwortlich für jeden Schritt, der vom Klub getan wird, müssen wir genau prüfen, ob es nicht ein Schritt ist, der uns vom Frieden weiter wegrückt, als er uns zu ihm hinführt. Wir müssen unsere Anträge so einrichten, daß sie wirklich zu einer Kundgebung der Gesamtheit oder mindestens der großen Majorität werden können. Wir werden daher einen Friedensantrag stellen, der vielleicht manchem Empfinden nicht vollauf entspricht, der aber der Vernunft entspricht, und das ist das wichtigste Requisit in der Politik.

Die zweite Schwierigkeit ist folgende: Wir sind nicht ein einheitlich nationaler Staat wie Deutschland und Frankreich, wo ein Volk spricht, wir sind ein Staat von Völkern. Und jedes einzelne dieser Völker hat eine spezielle Friedensformel und spezielle Friedenswünsche. Es ist schwer, eine Form zu finden, die ebenso den Deutschen entspricht wie den Polen, den Polen so wie den Tschechen, Ruthenen und Italienern, kurz, zugleich allen Völkern. Man muß also wieder unter den Nationen unterscheiden. Es wäre wahrscheinlich sehr leicht möglich, einem Antrage die Majorität zu gewinnen, der so ist, daß sämtliche nichtdeutschen Vertreter für ihn stimmen, vermehrt um die deutsche Sozialdemokratie. Ich glaube nicht, daß ein solcher Beschluß des österreichischen Parlaments eine nützliche internationale Wirkung hätte und zum Frieden sehr beitragen würde. Der Antrag muß auf allen Seiten des Hauses Anhänger finden. Er bedarf nicht gerade der Einstimmigkeit, es gibt innerhalb jeder Nation wieder Kriegshetzer und Kriegsfreunde. Wenn er einen Teil der Deutschen unter Ausschluß der Kriegshetzer, wenn er einen Teil der Tschechen unter Ausschluß der nationalistischen Elemente gewinnt, so ist er möglich, weil er immerhin eine Bekundung österreichischer Völker darstellt. Der deutsche Reichstag hat seinen Beschluß auch nicht einheitlich gefaßt, sondern unter Ausschluß der Kriegshetzer. Ein solcher Beschluß wird verstanden und kann zum Frieden führen. Sie sehen also, welche schwierigen internen Verhandlungen im Parlament notwendig sind, um eine solche Aktion in die Wege zu leiten. (Beifall.)

Ich glaube nicht, daß es draußen den deutschen Genossen leicht war, den Antrag durchzubringen, daß es sehr leicht war, das Zentrum, Teile der Nationalliberalen und die Fortschrittler dafür zu gewinnen. Ungleich schwieriger ist diese Aktion im österreichischen Parlament. Wir werden uns bemühen, und hoffen, es zu einem Erfolge zu bringen. Ich mache aber aufmerksam, daß es ganz gut sein kann, daß dieser Antrag die Namen anderer Politiker trägt und nicht unsere. Wir glauben das Verständnis der Genossen dafür zu finden. Es kann auch oft nützlich sein, eine Aktion, die im Interesse des Proletariats liegt, mit den Namen anderer Personen zu verbinden. Wir sind keine Demagogen von „Zuerst dabei und Kompagnie", die man so häufig in den Parlamenten findet, und die ihren Stolz darin finden, daß sie die ersten waren. Wir verzichten auf billige Lorbeeren. Es werden also viele taktische Schwierigkeiten auftauchen, es werden viele Nebenumstände berücksichtigt werden müssen, kurz, es läßt sich die so beliebte lineare Politik, wenn sie auch im ersten Moment nützlich und notwendig erscheint, nicht machen.

Unser zweiter Protest war gegen die Bluturteile gerichtet, gegen die Ausschaltung der ordentlichen Gerichte, gegen die Stand- und Militärgerichte und gegen

die unsagbaren Verfolgungen nicht nur der slawischen Völker, sondern auch der Deutschen. Es ist ganz richtig, wenn gesagt wird, daß so wenig von den deutschen Opfern gesprochen wurde. Erinnern Sie sich an einzelne Fälle. Hier sitzt eines dieser Opfer, das so lange verfolgt wurde, und es war keine leichte Sache, es herauszubekommen. Ich erinnere an den Genossen Langer, der ein kleines Gedicht auf dem Zyklostil vervielfältigt hat, ein Gedicht an die Mütter, rein pazifistischen Inhaltes, das in verschiedenen Blättern, auch in der „Neuen Freien Presse" erschienen war. Der Genosse wurde von einem Feldgericht zum Tode durch den Strang verurteilt und dann zu einer fünfjährigen schweren Kerkerstrafe begnadigt. Der Genosse hat Schreckliches mitgemacht. Hunger und Entbehrungen, und es war keine leichte Arbeit, ihn aus den Krallen der Militärjustiz herauszubekommen und die Amnestie zu erlangen. Wie diesen einen Genossen, so hat es hunderte gegeben. Ich erinnere nur an unseren Genossen Glöckel, also ein Abgeordneter, der wegen einer Mairede unter Anklage gestellt wurde. Er wurde bei der Reichskonferenz im Eisenbahnerheim durch Detektivs herausgeholt, verhaftet und in den Garnisonsarrest gesteckt. Es wurde ihm der Prozeß nach § 65 gemacht, worauf eine jahrelange Kerkerstrafe steht, er wurde zum Glück freigesprochen. Wir haben gegen alle diese Bluturteile, von denen sowohl Tschechen und Südslawen als auch andere betroffen wurden, bei Zusammentritt des Parlaments protestiert und die notwendige Reparatur veranlaßt. Das war nicht leicht.

Die Justizgesetze, die beschlossen wurden, sind ein großes Verdienst des Parlaments, und die Wiederherstellung der Geschwornengerichte, die Aufhebung der Urteile der Militärgerichte, die Bestimmung des Artikels 4 des Geschwornengesetzes, wonach die am 7. Juli 1917 noch nicht endgültig entschiedenen Prozesse wieder in das Stadium der Voruntersuchung gestellt werden müssen, waren ernste und schwierige Maßregeln von weittragender Bedeutung nicht nur für das persönliche Schicksal der Leidenden, sondern vor allem für die Gesamtheit, weil man es sich künftig überlegen wird, jemals wieder zu solchen Gewaltmaßregeln zu greifen.

Wir werden nicht ruhen, bis wir diesen Beschlüssen Gesetzeskraft verschafft haben. Sie kennen die Schwierigkeiten, die das Herrenhaus macht, aber zum Teile findet man auch dort jetzt schon eine besonnenere Haltung. In den letzten Verhandlungen haben einige Mitglieder der Justizkommission den Versuch gemacht, den Wünschen der großen Volksmassen, die in einem einstimmigen Beschlusse des Parlaments zum Ausdrucke gekommen sind, Rechnung zu tragen. Das einzig Vernünftige wäre jedoch, die Gesetze, wie sie sind, anzunehmen. Das wäre eine kluge, ja auch eine konservative Politik. Hoffen wir, daß die großen Juristen, die in der Kommission sitzen, den Weg dazu finden, hoffen wir, daß das Herrenhaus erkennt, daß es nicht seine Aufgabe sein kann, dem Willen der Völker Oesterreichs, der Sanierung der Hochenburgerschen Justizgreuel, hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen.

Ich muß auch ein Wort gegenüber der Verdächtigung sagen, daß die ganze Justizaktion von uns nur unternommen wurde, um Fritz Adler zu befreien. Wir sagen ganz offen: Wie es uns um alle Opfer der Ausnahmsjustiz zu tun ist, so auch um unseren Freund Fritz Adler. Wir können doch in unserem Kampfe gegen die Ausnahmsjustiz nicht Halt machen bei Fritz Adler. So weit kann die Selbstentäußerung nicht gehen. Die Herren drehen aber den Spieß um, indem sie so tun, als wäre die ganze Aktion nur wegen einer Person unternommen worden. Gewiß, Fritz Adler hat sich vergangen, der Mord ist nach Recht und Gesetz ein Verbrechen. Aber für jedes Verbrechen besteht ein ordentliches Gericht, für den Mord das Geschwornengericht. Die Ausnahmsrichter waren nach dem Gesetze nicht befugt, ihn zu verurteilen. Wir verlangen also auch für Fritz Adler wie für jeden das ordentliche Geschwornengericht. Oder glaubt man, daß selbst das Klassengericht, selbst die Wiener christlichsozialen Geschwornen ihn freisprechen? Dann ist der Protest gegen die Ausnahmsurteile um so gerechtfertigter.

Wir haben auch Front gemacht gegen die Vergewaltigung der Kriegsleister. Wir haben das Kriegsleistungsgesetz bekämpft, als es im Werden war und als es bestand. Wir haben auch die Militarisierung bekämpft, die unter Mißbrauch des Gesetzes durchgeführt wurde. In der Zeit des Absolutismus haben wir nur durch Interventionen wirken können, das ist richtig. Wenn man aber bedenkt, daß am Beginne des Krieges die Absicht bestand, sämtliche Arbeiter als Landsturmmänner einzuberufen, sie auf die Kriegsartikel zu beeidigen, wenn man bedenkt, daß man die Absicht hatte, sie in den Fabriken arbeiten zu lassen gegen Löhnung

und Menage, und die Familien nur mit Unterhaltsbeiträgen abzufertigen, kurz, die freien Arbeiter zu Rekruten zu machen, so muß man uns zubilligen, daß wir nicht wenig durchgesetzt, nicht wenig abgewehrt haben. Freilich, es waren nur Interventionen und Verhandlungen. Aber wie sagt doch gerade Genosse Max Adler: Auf das Bewußtsein kommt es an! Daß wir diese Interventionen nicht in dem Bewußtsein unternommen haben, Bettler zu sein, die um Gnade bitten, daß wir uns bewußt waren, Volksrechte zu vertreten, daß wir gegen die Anschläge protestierten und unsere Forderungen stellten, ist das wichtigste. Es waren Verhandlungen von Macht zu Macht, wenn auch unsere Macht bei dem Stande unserer Organisation und unserer Fraktionsstärke gering war. Was wir aber an Macht hatten, haben wir in den Dienst der Arbeiter gestellt. Diese „Wohltätigkeitsaktion" mußte unternommen werden.

Wir haben die Unterhaltsbeiträge auf ein höheres Maß gebracht. Unbestritten ist, daß wir bei dieser Gesetzgebung die treibende und ausschlaggebende Kraft waren.

Gerade im Kriege hat sich die Unhaltbarkeit unserer Gemeinde- und Länderverfassung erwiesen. In den Gemeinden, in den Bezirken und Ländern herrschen Klüngel von Besitzenden. Die wichtigsten Angelegenheiten, die Verwaltung der Spitäler, die Versorgung der Greise, die Schulen, die Verkehrsmittel, alles leidet unter dieser Misere. Unser Kampf im Parlament galt der Demokratisierung der Gemeinden, der demokratischen Kreisverwaltung, der Demokratisierung der Länder. Auch dieser Kampf ist nicht leicht, auch hier sind die nationalen Gegensätze das schwerste Hemmnis. Alle Nationen mit Ausnahme der deutschen haben in der ersten Sitzung des Parlaments erklärt: „Wir wollen unseren eigenen Staat!" Dem haben wir Sozialdemokraten nichts entgegenzustellen als die Erklärung, auch wir Deutsche wollen unseren Staat. Dann werden wir ja sehen, wie wir im Wege von Verhandlungen vom Einzelstaat jeder Nation zum Nationalitätenbundesstaat kommen, der notwendig ist, um dem wirtschaftlichen Fortschritt neue Wege zu bahnen, den Völkern das Zusammenleben zu ermöglichen, ein Gesamtwirtschaftsgebiet zu bilden und innerhalb dessen so nebeneinander zu wirken, wie es das Interesse jedes einzelnen Volkes erheischt. Wir haben in diesen Fragen der Verfassungsreform nützliche Arbeit geleistet. Wir waren die Anreger, wir waren die Träger der Völkerversöhnung und wir werden in dieser Hinsicht nicht erlahmen. Zugute kommt uns dabei, daß wir uns nicht auf den bornierten Standpunkt der Deutschbürgerlichen gestellt haben, die geradezu mit Schadenfreude der Militärjustiz zugejubelt, ja erklärt haben, es sei noch zu wenig gehängt worden. Wir haben als internationale Sozialdemokraten das Unrecht überall bekämpft, wo immer wir es fanden, auch dort, wo es sich gegen andere Nationen richtete. Wir haben uns dadurch die Anerkennung als eine in nationalpolitischen Fragen unbefangene, besonnene und ruhige Partei erworben und werden so die natürlichen Mittler unter den Völkern. Allerdings erwächst uns aus dieser Stellung eine noch höhere Pflicht, die Pflicht des aufbauenden Organisators.

Es ist hier die Frage aufgeworfen worden, wie sich die Fraktion zu den Kriegskrediten und zum Budget stellt. Ich kann sie kurz beantworten. Wir waren am 4. August nicht beisammen, ich weiß nicht, wie wir am 4. August entschieden hätten. Das eine kann ich sagen: Als wir zusammenkamen, hat es nicht eine Stimme im Klub gegeben für die Kriegskredite. Wir haben die Kriegskredite ebenso abgelehnt, wie das Budget. Das war für alle ohne Ausnahme ganz selbstverständlich. Es hat bei den bürgerlichen Parteien und in der Regierung nicht wenige gegeben, die uns zugemutet haben, für das Budget zu stimmen. Ja, sie haben gehört, daß man uns zugemutet hat, Ministerstellen anzunehmen. Diese zwei Dinge sind nicht so verschieden, wie es scheint. Wenn ich für ein Budget stimme und die Ausgaben bewillige, dann ist es nur die vernünftige Konsequenz, daß ich auf die Art und Weise der Verausgabung auch Einfluß übe, ja daß ich sie bestimme, die Verwaltung übernehme, in die Regierung eintrete. Wer das Budget bewilligt, hat auch zu verwalten. Wir haben das eine wie das andere als Sozialdemokraten selbstverständlich abgelehnt.

Nun hat man dieses Parlament für ein Scheinparlament erklärt. Gewiß, das Parlament macht uns schwere Arbeit, es leistet wenig, es kann uns nicht genügen. Aber dennoch haben wir die Pflicht, dieses Parlament, das wir durch die Kraft und durch die Macht des Proletariats geschaffen haben, aufrechtzu-

erhalten. Und wenn ich sage, aufrechtzuerhalten, so meine ich nicht seinen äußeren Bestand und den äußeren Schein, sondern es aufrechtzuerhalten als eine wirkliche Vertretung der Völker dieses Staates. Und wenn wir hundertmal wissen, daß die Mehrheit dieses Parlaments eine bürgerliche Mehrheit ist, und wenn wir hundertmal wissen, daß wir mit unseren Anträgen immer wieder abgelehnt werden, und daß wir nur in schwierigem Ringen der bürgerlichen Majorität Stück um Stück kleine Teilerfolge, kleine demokratische und soziale Fortschritte abringen können, so werden wir doch nicht ruhen, immer wieder diesen Boden des Parlaments zu benützen, um die Macht des Proletariats zu erweitern, seine Interessen zu vertreten. Ohne uns über die Bedeutung und den Wert des Parlaments — so reden wir ähnlich, wie seinerzeit im Jahre 1889 — irgendwie zu täuschen, sichern wir den Bestand des Parlaments des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, verteidigen wir es, suchen wir es auszubauen zu einer wirklichen Vertretung der Völker nach dem Willen ihrer Mehrheit. Ist der Wille der Volksmehrheit irregeleitet, gibt es noch Millionen Proletarier, die den bürgerlichen Parteien nachrennen, so müssen wir uns bemühen, sie aufzuklären; aber das Parlament zu zerschlagen, weil es nicht so einfach, wie im Märchen der Esel, liefert, was man von ihm braucht, das wäre eine törichte Politik. Wir brauchen das Parlament.

Es ist sehr viel vom Ministerialismus gesprochen worden. Genosse Viktor Adler hat die Frage genügend erörtert, aber eines möchte ich noch hinzufügen. Die Schwierigkeiten sind entstanden, als man eine parlamentarische Mehrheit bilden wollte. Man könnte heute sofort eine parlamentarische Mehrheit bilden, bestehend aus allen nichtdeutschen Parteien, vermehrt um die deutsche Sozialdemokratie. Wäre das möglich? Anderseits aber scheitern alle Versuche, eine Mehrheit von bürgerlichen Parteien der Deutschen, Tschechen und Polen zusammenzubringen. Der Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen ist zu stark. Das ist der Grund, warum dieses Parlament nicht in seine Rechte treten kann, warum es immer wieder angewiesen ist auf Beamtenregierungen. Ich weiß nicht, ob und wann sich das bessern wird — heute ist es so. Nun hatten die Leute die Idee, wir Sozialdemokraten sollten eine solche Mehrheitsbildung ermöglichen. Durch unseren Eintritt als Mittler und Vermittler wäre die Bildung einer Koalitionsregierung, einer „heiligen Einheit", wie sie zum Beispiel in Frankreich besteht, wäre auch — so glaubte man — ein Zusammenwirken von deutschen und slawischen Bürgerlichen zu erzielen. Wir haben gedankt, wir haben eine solche Politik der heiligen Einheit im Kriege abgelehnt, wir haben die Ministerportefeuilles refüsiert. Allerdings, wir kommen damit in eine ganz sonderbare Situation. Wir wollen einesteils die Demokratie, das parlamentarische Regime, wir sehen aber anderseits, daß es ohne uns nicht möglich ist. Wir sollen eintreten, um der Demokratie Rechnung zu tragen, und wir sollen ablehnen, um unsere prinzipielle Stellung zum Kriege und zum Klassenstaate zum Ausdrucke zu bringen. Und just in dieser Zeit kommt das Stockholmer Büro und fordert Oesterreich und Deutschland auf, der Demokratie Geltung zu verschaffen, im Interesse des Friedens das parlamentarische Regime zu sichern. Wir müssen unseren Genossen in der Internationale offen sagen, daß wir das parlamentarische Regime nur einführen könnten durch das Eintreten von Sozialdemokraten in die Regierung, durch eine heilige Allianz à la Frankreich, durch einen Verrat an der Internationale, durch die Mitwirkung an einer kriegführenden Regierung. Das können wir nicht, das werden wir nicht. So scheitert das parlamentarische Regime an uns und an der Schwierigkeit des nationalen Kampfes der bürgerlichen Parteien, an dem bornierten Widerstand der Nationalisten, die lieber auf die Macht verzichten, als zur Vernunft zu kommen und sich zu versöhnen.

Wir müßten es als Sozialdemokraten geradezu wie eine Erlösung empfinden, wenn das Bürgertum endlich den Verstand und die Kraft hätte, sich in die Macht zu setzen und seine Klassenherrschaft aufzurichten, wir müssen bedauern, daß es seine Macht den Beamten überläßt. So leiden wir in Oesterreich unter Schwierigkeiten, wie keine Sozialdemokratie der Welt. Unter solchen Verhältnissen kann man nicht mit einem linearen Programm kommen und sagen: das sei Prinzip in der ganzen Welt und so müsse es auch in Oesterreich sein. Wir werden daher in diesem Parlamente machen, was wir leisten können, um der Demokratie die Wege zu ebnen und den Volksmassen den ihnen gebührenden Einfluß im Staate zu verschaffen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch unsere bürgerlichen

Gegner in die Mehrheit kommen. Wir werden dann schon wissen, wie wir den Kampf gegen sie zu führen haben und wie wir für die Masse des Volkes aus diesem Kampfe nützliche Erfolge erzielen.

Wir glauben, daß wir unsere Pflicht getan haben. Und wenn hier in einem Zettel mir noch die Frage gestellt wird, wie sich der Klub stellen wird, wenn das Herrenhaus noch einmal die Vorlagen über die Justizgesetze ablehnen wird, kann ich Ihnen nur sagen, wir würden uns stellen wie bisher; ein Zwangsmittel, den Herrenhäuslern die Hände zu heben, daß sie dafür stimmen, haben wir natürlich nicht. Aber wir hoffen, daß die Vernunft und die Ansicht Platz greifen wird, daß es notwendig ist, den berechtigten Forderungen der Volksvertretung nicht länger Widerstand zu leisten.

Wir glauben, in der Zeit des Absolutismus unsere Pflicht getan zu haben, wie in der Zeit des Parlaments. Wir haben, soweit unsere schwachen Kräfte reichen, die Interessen des Proletariats wirksam vertreten, wir haben im Parlamente eine prinzipiell unanfechtbare Politik gemacht und wir können ruhig unser Schicksal in Ihre Hände legen. Wir hoffen, daß der Parteitag durch eine einheitliche Kundgebung deutlich zum Ausdruck bringt, daß er mit uns einverstanden ist. Das wird uns stärken, auf dem schwierigen Posten auszuharren, das wird es uns ermöglichen, jene Erfolge anzustreben, die notwendig sind, um die Massen des Volkes nach diesen unsäglichen Leiden des Krieges wieder aufzurichten. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, unsere Organisationen zu stärken und kampffähig zu machen gegen alle unsere Feinde, gegen die ganze Meute der Unternehmer, die heute schon auf die Ohnmacht des Proletariats nach dem Kriege lauert. Wir hoffen, daß wir durch unsere Agitation und durch unser Wirken im Parlamente die Volksmassen stärken, so daß sie den schweren Kämpfen gewachsen sind, die nach dem Kriege unser harren. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Es ist der Genosse Anton Kristan als Vertreter der südslawischen Partei auf dem Parteitage erschienen. Ich glaube Ihres Sinnes zu sein, wenn ich den Genossen Kristan auf das herzlichste begrüße.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik**: Von der 9 cm M. 5 Feldkanonenbatterie aus den in Schnee gehüllten Bergen Tirols ist ein Begrüßungsschreiben eingelangt. (Beifall.)

Wir treten nun in die

Debatte über den parlamentarischen Bericht.

Baumheier (Reichenberg): Als im Jahre 1916 die Approvisionierung der Bevölkerung ins Stocken geriet und die Regierenden nicht mehr wissen mochten, wie sie die Verpflegung organisieren sollen, erging — nicht von der Parteivertretung, sondern von einzelnen Genossen — an die Provinzgenossen der Ruf, daß es die Parteivertretung für notwendig halte, daß die Provinzgenossen sich für die Verpflegsorganisationen interessieren und womöglich in sie eintreten. Die Genossen, die heute in der Opposition stehen, sind schon im Jahre 1916 auf dem Standpunkte gestanden, daß man durch diese Art der Parteibetätigung nicht das erzielen werde, was sich einzelne Genossen davon versprochen haben. Trotzdem sind sie in diese Verpflegsausschüsse eingetreten und haben dort mit ganzer Kraft gearbeitet, leider mit dem Erfolge, den sie vorausgesagt hatten, daß sie, wenn auch nicht juristisch, so doch moralisch mit die Verantwortung für die Arbeit dieser Organisationen trugen. Es ist vorgekommen, daß wir trotz aller Arbeit gar nichts erreichen konnten. Es hat mich eigentümlich berührt, als in der Debatte über die Resolution der Opposition darauf hingewiesen wurde, daß die Partei diese Arbeit deshalb auf sich genommen habe, um die Arbeiter vor dem physischen Zusammenbruche zu bewahren. Ich konnte mich, wenn ich an die Verhältnisse unseres Bezirkes dachte, eines Lächelns kaum erwehren. In Wirklichkeit war unsere Aufgabe in den meisten Fällen die, wenn die Not am größten war, bei der politischen Behörde zu intervenieren, wobei bestenfalls die Bevölkerung irgendeiner Gemeinde zwei Säcke Wicken erhielt, mit der sie drei bis vier Wochen durchhalten mußte, bis sie ohne Führung wieder auf die Straße zog, um gegen den Hunger zu demonstrieren. Dadurch hat man die Arbeiter physisch nicht kampffähig erhalten. Die Arbeiter haben das auch eingesehen, und es ist eine Tatsache, daß sie auf die Arbeit dieser Ausschüsse keine besonderen Hoffnungen setzten, sondern daß das Um und Auf

der Wünsche auf Herbeiführung des Friedens gerichtet ist. Als die russische Revolution ausbrach und noch die Möglichkeit bestand, daß mehr für den Frieden geschehen kann, wartete die Arbeiterschaft sehnsüchtigst, was die Fraktion für den Frieden tun wird, damit die Massen aus diesem Jammer herauskommen. Am 29. April hat die Fraktion allerdings beschlossen, sich rückhaltslos auf den Standpunkt des russischen Arbeiter- und Soldatenrates zu stellen, und man konnte erwarten, daß die Fraktion einen entsprechenden Friedensantrag im Parlamente stellen werde. Leider ist es dazu nicht gekommen. Wir haben an die Leitung der Fraktion auch ein Schreiben gerichtet. Genosse Seitz hat darauf geantwortet, der Wunsch sei unerfüllbar, denn die Genossen draußen hätten nicht das genügende Verständnis für die parlamentarische Technik. Man würde behaupten, ein solcher Antrag wäre reine Demonstrationspolitik, denn da der Antrag der Polen bereits vorläge, genüge es, für diesen zu sein. Wie uns Genosse Seitz mitgeteilt hat, wird morgen im Parlamente die Abstimmung über das Budget sein. Er erklärte, die Fraktion sei sich von vornherein klar darüber, daß sie das Budget dieser Regierung — das Wort „dieser" betonte er — verweigern werde. Ich meine aber, Budget und Kriegskredite hat man nicht dieser und auch keiner anderen Regierung zu bewilligen. Das ist nicht unsere Sache, wir haben keinerlei bürgerlichen Regierung solche Kredite zu bewilligen und müssen auf dem alten Standpunkte stehen, „diesem System keinen Mann und keinen Heller". Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

(Liest den Antrag 17.)

Rudolf Müller (Wien): Während der drei Kriegsjahre hat sich die Stellungnahme zum § 14 bei manchen Genossen derart verschoben, daß man der Meinung sein könnte, daß unser Prinzip den Genossen nicht ganz in Fleisch und Blut übergegangen ist. Ich will ja gern zugeben, daß eine Reihe von § 14-Verordnungen, die im Kriege erlassen wurden, den Arbeitern Gutes gebracht hat. Trotzdem dürfen wir aber nie vergessen, daß wir den § 14 negieren und daß es unsere Pflicht ist, darauf zu bestehen, daß auch das Gute, das für die Arbeiter geschieht, auf gesetzliche Weise geschaffen werde. Wenn aber zum Beispiel eine Verordnung erlassen wird, daß die Krankenkassen keine Generalversammlungen abzuhalten brauchen und daß der Vorstand auch die Statutenänderungen vornehmen kann, so brauchte, meiner Meinung nach, die „Arbeiter-Zeitung" nicht noch extra den Vorständen der Krankenkassen bekanntzugeben, daß sie die Statuten nach § 14 ändern können. Man soll Verordnungen gewiß nicht in Bausch und Bogen verwerfen, aber wenigstens prinzipiell sollten wir erklären, daß wir damit nicht einverstanden sind. Es ist aber eigentümlich, wie bei manchen Verordnungen vorgegangen wurde. Es sind Verordnungen erlassen worden, die einschneidend in die wirtschaftliche Lage des Arbeiters eingreifen, und bei diesen Verordnungen hat man selbstverständlich auch zuerst die Interessenten befragt. Ich weiß nun nicht, wieso es kommt, daß unsere Genossen bei solchen Verordnungen, wenn ihnen irgendein Vorwurf gemacht wird, immerwährend erklären, sie hätten von dieser Verordnung gar nichts gewußt. Diese § 14-Verordnung über die Krankenversicherung, die jetzt schon in ein Gesetz verwandelt wurde, hat eigentümliche Vorkommnisse gezeitigt, ich meine die Haltung der Sozialdemokraten im Sozialversicherungsausschuß. Ein Sozialdemokrat stellt den Antrag, daß die zweitägige Karenzfrist gestrichen wird, und der andere Sozialdemokrat polemisiert dagegen. Er kann logischerweise nicht anders handeln, weil er bereits bei der § 14-Verordnung mitgewirkt hat und nicht den Standpunkt eingenommen hat, den ein Sozialdemokrat den Arbeitern gegenüber einnehmen soll. Daß eine Reihe von Verbesserungen in diesem Gesetze enthalten sind, wollen wir nicht bestreiten. Aber wenn eine so einschneidende Verschlechterung des Gesetzes, wie die zweitägige Karenzfrist, die jeden kranken Arbeiter belastet, eingeführt wird, so muß ich schon sagen, daß man da einen anderen Weg hätte finden können, nicht im Sozialversicherungsausschuß, dort war es schon zu spät, aber vor Erlassung der § 14-Verordnung.

Es ist sehr bedauerlich, daß da ein paar Genossen, die Gewerkschafter sind oder es früher waren, diesen taktischen Fehler begangen haben. Ich will ja zugeben, daß wir nicht unfehlbar sind, ich bin es auch nicht, aber wenn man schon einen Fehler gemacht hat, dann muß man auch dafür einstehen. Schließlich kann man auch einem Sektionschef, wenn eine Verschlechterung geplant ist, sagen, daß die Arbeiter damit nicht einverstanden sind. Die Geheimnistuerei war nicht notwendig

und ich weiß, daß die Wiener Bezirkskrankenkasse, die auch gefragt wurde, welche Stellung sie zu der § 14-Verordnung einnimmt, davon auch anderen Leuten Mitteilung gemacht hat, wir aber erfahren davon erst, wenn die Sache schon perfekt ist. Die Genossen glauben, daß, wenn sie schon 20 oder 30 Jahre in der Partei tätig sind, sie die Arbeiter nicht mehr fallen lassen. Es ist aber heute schon so, daß man in den Delegiertenversammlungen strikte erklärt, die Urheber dieser Verschlechterung nicht mehr zu wählen. Meiner Ansicht nach kann eine so wichtige Frage nicht, wie es immer geschieht, vom fiskalischen Standpunkte aus betrachtet werden. Wenn behauptet wird, daß die Streichung der zweitägigen Karenzfrist eine zu große Belastung der Krankenkasse wäre, so möchte ich erwidern, daß wir ja ein Interesse an der Lebensfähigkeit und guten Fundierung der Kassen haben, daß man aber einen anderen Weg hätte einschlagen können. Wenn man jetzt schon die Beiträge um fast 2 Kr. erhöht hat, so wäre nichts mehr daran gelegen, sie um 5 oder 10 H. höher zu setzen, diese geringe Erhöhung würden die Arbeiter ganz gerne bezahlen, wenn sie wissen, daß ihnen nicht die ersten zwei Tage ihrer Krankheit gestrichen werden. Die Frage des § 1154 b liegt ganz abseits, sie hängt mit der Unterstützung aus der Krankenkasse nicht zusammen. Uebrigens ist die Leistung, die hier vorgeschrieben ist, abdingbar und die Gewerkschaften waren einverstanden, daß erst vom dritten Tage der Krankheit an der Lohn zu bezahlen ist. Man muß aber fordern, daß der Paragraph eine verständliche Fassung bekommt und daß nicht für jede Branche etwas anderes bedungen wird, so daß im Wesen die Arbeiter von diesem Paragraphen nichts haben. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, daß in dieser Frage energisch vorgegangen wird.

Kiesewetter (Trautenau): Wenn ich heute namens der Opposition das Wort ergreife, so tue ich es nicht, um über die Fraktion herzufallen, denn ich weiß, daß während des Krieges die Situation für die Fraktion und die Parteivertretung sehr schwierig war. Ich schätze die Arbeit, die nach den verschiedenen Richtungen — Approvisionierung, Unterhaltsbeiträge u. s. w. — geleistet wurde, und weiß, daß sie den ganzen Menschen in Anspruch nimmt. Nichtsdestoweniger kann ich mich des Gefühles nicht erwehren, daß die radikale Politik, die Politik, die wir meinen, zu kurz gekommen ist. Besonders daß die Fraktion zu wenig in der Betonung des Friedenswillens getan habe. Nach der russischen Revolution wäre es angängig gewesen, daß man selbständig und entschiedener aufgetreten wäre, um einen Ausgleichsfrieden zu verlangen, wie ihn die russische provisorische Regierung gefordert hat. Genosse Seitz hat als Entschuldigung angeführt, daß die Situation nicht dazu angetan gewesen sei, einen selbständigen Antrag einzubringen, weil keine Aussicht bestanden habe, eine Mehrheit für ihn zu bekommen. Man müsse eine günstige Situation abwarten, die eine sichere Mehrheit für einen solchen Antrag ergebe. Nun bin ich der Meinung, daß gleich nach dem Siege der russischen Revolution, als die preußische Regierung gleichsam ein Kompliment vor der russischen Revolution gemacht hat, es leichter gewesen wäre, eine Mehrheit zu gewinnen als jetzt, da doch der Nationalverband erklärt hat, er sei gegen einen Ausgleichsfrieden. Uebrigens kann auch eine andere Meinung bestehen in Bezug auf die Notwendigkeit, die Mehrheit zu gewinnen. Wir haben mit unseren Anträgen nie gewartet, bis Aussicht auf eine Mehrheit vorhanden war; wir haben immer die Gegner angenagelt, wenn sie die Anträge abgelehnt haben. Eine solche Annagelung wäre auch jetzt möglich gewesen. (Emmy Freundlich: Aber ob man damit dem Frieden nützt, ist eine andere Frage!) Der Standpunkt des Genossen Seitz, daß man eine möglichst große Mehrheit aus allen Parteien brauche, hat allerdings auch etwas für sich. Ich stelle folgenden Antrag:

(Verliest Antrag 18.)

Genosse Seitz hat mitgeteilt, daß vor drei Wochen in dieser Sache diskutiert und beschlossen wurde, mit einem solchen Antrag hervorzutreten. Auf mich macht es den Eindruck, daß die Nähe des Parteitages diesen Beschluß herbeigeführt hat. Genosse Seitz hat sich gewundert, daß Illusionen entstehen können, wie die, daß die Partei-Minister stellen könne. Es gab eine Zeit, es war vor zwanzig Jahren, daß man derartiges Illusion nennen mußte. Aber jetzt, wo wir so weit sind, daß wir als Mehrheitsbildner ebenfalls in Betracht kommen, daß die Genossen gefragt werden, ob sie geneigt wären, in das Ministerium einzutreten, braucht man es nicht als Wahngebilde hinzustellen, daß die Zeit kommen kann, daß die Partei Minister stellt. Obwohl ich heute auf der Seite der Linken stehe, so erkenne ich auch an, daß

die Fraktion tätig war. Wir haben auch nicht für den Antrag Janeček gestimmt, der der Parteivertretung und damit auch der Fraktion das Mißtrauen ausspricht. Diese Haltung war möglich, weil wir unsere Erklärung abgaben, in der wir unseren Standpunkt genau präzisieren, der derselbe ist, wie der der Minorität der Partei in Deutschland. Unsere Stellung ist heute anders als vor einem Jahre. Als ich da als alleiniger Wortführer der Minorität aus der Provinz auftrat, gab es Widerspruch und Gelächter. Aber unsere Zahl wird immer größer, und nach dem Kriege, wenn die Zeit der schwersten sozialen Kämpfe kommt, wird unser Gedanke des Klassenkampfes siegen. (Beifall.)

Schlager (Leoben): Wir verlangen, daß die Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung von der Fraktion energischer betrieben wird, beziehungsweise daß man heute erklärt, was die Fraktion zu tun gedenkt, um diese Frage so ins Rollen zu bringen, daß sie im Parlament endgültig erledigt wird. Wir unterstreichen dabei weniger das Wort „Altersversorgung", als vielmehr das Wort „Invaliditätsversicherung", weil wir wissen, daß nach diesem Kriege noch weniger Arbeiter als bisher in den Genuß einer Altersversicherung gelangen werden. Der größte Teil der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerindustrie, ist so degeneriert, daß er zusammenbricht, und daß die allerwenigsten von ihnen auch nur das fünfzigste Lebensjahr erreichen werden. Ich komme zu diesem Schlusse besonders deshalb, weil ich Woche für Woche sehe, wie aus dem Fabrikshofe Leute hinausgetragen werden, die im Werkspital nicht mehr geheilt werden können, weil sie vom Hunger so ruiniert sind.

Eine zweite Frage, von der besonders die Arbeiter der Schwereisenindustrie wünschen, daß sich die Fraktion eingehender damit beschäftigt, ist die Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem in den kontinuierlichen Betrieben. (Zustimmung.) Wir haben heuer die Beschwerdekommission erhalten, wir konnten jedoch auf dem Gebiete der Verkürzung der Arbeitszeit mit ganz wenigen Ausnahmen keinen positiven Erfolg erzielen. Man lehnt diese Forderung nicht deshalb ab — wenigstens sagt man es so — weil man Gegner der Verkürzung der Arbeitszeit sei, sondern man redet sich in den meisten Beschwerdekommissionen darauf aus, das sei eine Frage, die im ganzen Reiche geregelt werden müsse. Dasselbe gilt von unserer Forderung nach der Besserbezahlung der Nachtarbeit. Die Fraktion muß es sich zur Aufgabe machen, mit aller Kraft auf die Lösung dieser Frage zu dringen, da die mörderisch lange Arbeitszeit systematisch so viele unserer besten Parteigenossen vernichtet und für den Emanzipationskampf des Proletariats unfähig macht. Man sagt uns heute allerdings: „Ja, jetzt ist Krieg und Mangel an Arbeitern, also kann die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchgeführt werden." Ich habe allerdings nur aus der Hüttenindustrie Erfahrungen, aber auf Grund dieser Erfahrungen kann ich erklären: wenn wir diesen Zustand noch ein halbes Jahr bestehen lassen, dann werden wir bei der heutigen Ernährung und bei dieser Arbeitsmethode in einem halben Jahre noch viel weniger Arbeiter haben. Ich habe den Eindruck, daß, wenn die Fraktion mit allem Nachdrucke neuerlich an die Lösung dieser Frage geht, sie sich ganz zweifellos den Dank aller Hüttenarbeiter erwerben wird, wobei ich bemerke, daß die Hüttenarbeiter auch sonst der Tätigkeit der Fraktion ja sehr viel verdanken, so insbesondere in der Frage der Durchführung des Ruhepausengesetzes.

Zum Schlusse möchte ich die Fraktion nur noch auf ein Moment aufmerksam machen: Die heutigen Lebensverhältnisse stehen im schärfsten Gegensatze zu den Einkommensverhältnissen der Arbeiterschaft und es wird notwendig werden, daß sich die Fraktion mit der Frage beschäftigt, ob nicht das Personaleinkommensteuergesetz reformbedürftig ist. Ich habe dabei besonders im Auge die Art und Weise, wie die Familien besteuert werden. Wenn der Arbeiter endlich zwei oder drei Söhne soweit großgezogen hat, daß sie ihm notdürftig das Kostgeld bezahlen können, dann muß er obendrein vier- bis fünfmal so viel Steuer zahlen, als er sonst zu zahlen hätte. Er hat eigentlich nicht mehr Einkommen als früher, er hat nur ein Aequivalent für das, was er seinen Kindern an Kost und Verpflegung zur Verfügung stellt, und nun muß er eine Steuer zahlen, die er gar nicht zahlen kann. Die Kinder müssen von ihren Eltern weggehen, sie müssen anderswo hingehen, um sich zu verpflegen; darunter leiden aber sowohl die Eltern wie auch die Kinder, und bezahlt kann diese Steuer doch nicht werden, weil die Leute das Geld nicht haben.

Wolf (Kratzau): Genosse Baumheier hat, als er darüber sprach, daß wir uns auch in den Ernährungsfragen betätigen müssen, hervorgehoben, daß es bei dem allgemeinen Mangel an Lebensmitteln nicht möglich ist, für die Arbeiter mehr

herauszuschlagen. Die Dinge stehen nun so: Es handelt sich bei unserer Mitarbeit nicht darum, aus dem, was da ist, mehr zu machen, sondern vor allem darauf zu achten, daß durch unsere Mitglieder eine gerechte Verteilung der Lebensmittel an die Gesamtheit vorgenommen wird, denn wir wissen alle, daß eine Ernährungspolitik getrieben wurde, daß die Arbeiterschaft und insbesondere jene Arbeiter, die im Rufe stehen, Sozialdemokraten zu sein, gar, wenn sie genossenschaftlich organisiert sind, sehr oft bei der Verteilung der Lebensmittel nicht so weggekommen sind wie jener Teil der Bevölkerung, der den Bürgerlichen näher stand. Ich könnte Ihnen Hunderte von Beispielen anführen aus meinem Bezirke, welchen Schikanen wir ausgesetzt waren und welche Kämpfe es gekostet hat, um die Bürgerlichen zu einer gerechteren Verteilung der Lebensmittel zu zwingen. Gerade da muß die Fraktion ihr ganzes Augenmerk auf eine Aenderung in der Verteilung und Beschaffung der Lebensmittel richten. In unserem Bezirke ist jetzt, wo wir eigentlich Vorräte der heurigen Ernte zur Hand haben sollten, im Laufe der vorigen Woche eine 15prozentige Reduzierung der Brotration eingetreten. Auf der Bezirkshauptmannschaft wurde uns auf unsere Beschwerde erklärt: „Es tut uns leid, aber die tschechischen Agrarier liefern nichts, sie wollen, daß wir in Deutschböhmen Krawalle machen, damit sie dann sagen können: Wir sind nicht die armen Sünder, die Deutschen sind diejenigen, die Krawalle machen." So geht aber die Sache denn doch nicht. Eine Regierung muß die Macht haben, die Lebensmittelproduzenten zu zwingen, ihre Lebensmittel der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, und wenn der Arbeiter unter Kriegsleistungsgesetz gestellt wird, dann muß sie auch die Kraft aufbringen, die widerspenstigen Agrarier dahin zu bringen, die Allgemeinheit nicht zu schädigen. Täuschen wir uns nicht darüber, die Periode, der wir entgegengehen, wird ungleich furchtbarer sein, als die, die wir nun hinter uns haben.

Eine weitere Frage ist die des § 1154 b. Die Sache schaut für den Moment ja wie eine Errungenschaft aus, aber man läßt es in jedem einzelnen Falle darauf ankommen, ob sich der Arbeiter sein Recht durchzusetzen vermag. Ich habe unlängst für einen Arbeiter einen Prozeß durchgeführt. Da hat der geklagte Unternehmer den Arbeiter durch die Gendarmerie aufmerksam machen lassen, daß es nicht ratsam sei, wenn der Arbeiter, der als Enthobener in einer Munitionsfabrik arbeitete, auf der Durchführung der Klage bestehe, weil es sonst sein könnte, daß er die Einberufung bekommen könnte. (Rufe: Hört!) Der § 1154 b muß so klar abgefaßt werden, daß derartige Winkelzüge der Unternehmer nicht mehr möglich sind.

Paul **Richter** (Wien): Genosse Seitz hat uns mitgeteilt, daß der Standpunkt der Partei zum Frieden erst nach der Revolution zu einem Antrage erhoben werden konnte. Dann erst, als die russische Regierung, beeinflußt durch die Sozialisten Rußlands, diese Forderung zu der ihren gemacht habe, sei es möglich gewesen, sie auch hier zu stellen. Ich halte diesen Standpunkt für verfehlt, weil, wenn die Formel durch die sozialistischen Grundsätze bedingt ist, man es nicht als Voraussetzung aufstellen kann, ob auch die Regierung imstande sei, sie zu vertreten. Dieser Umstand darf nicht bestimmend sein für die sozialistische Partei. Seitz hat auch mitgeteilt — und es gibt niemand hier, der das nicht mit großer Freude begrüßen würde — daß neben der diplomatischen Aktion auch eine der Parlamente für den Frieden einsetzen soll und daß unsere Fraktion den Versuch unternehmen wolle, auch unser Parlament zum Sprechen zu bringen, zu veranlassen, daß es gleich dem Deutschen Reichstage eine Friedensaktion einleite. Aber auch hier setzen die Genossen alles auf die parlamentarische Tätigkeit. Ich glaube, daß das, was Seitz zur Begründung dieser Haltung gesagt hat, gerade zwingen müßte, einen Schritt weiter zu tun. Gerade weil er auseinandergesetzt hat, man könne es nicht risikieren, daß das Parlament einem Friedensantrage nicht beitrete; gerade weil es uns erwünscht sein muß, daß wir nicht allein für den Frieden uns einsetzen, sondern dieses Bestreben auch von anderen unterstützt wird: gerade deshalb brauchen wir neben der parlamentarischen Aktion eine solche draußen in der Bevölkerung, weil wir doch wissen, daß es im Parlament eine große Anzahl von verkappten und offenen Feinden des Verständigungsfriedens gibt. Nun können es aber die Stichwahlkrüppel nicht wagen, der Aufforderung nach Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu widerstreben, wenn eine große Volksbewegung einen Druck auf sie ausübt. Außerdem wissen wir, daß viel zu arbeiten ist, daß auch die sozialistischen Parteien der anderen Nationen einem solchen Frieden das Wort reden. Da ist es doch zweckentsprechend, den Arbeitern der anderen Nationen zu zeigen, daß hier eine große Bewegung für

den Verständigungsfrieden besteht. Ich begreife, daß Genosse Seitz erklärt hat, es könne uns nicht darum zu tun sein, die Aktion mit unserem Namen zu decken. Uns ist natürlich jeder willkommen, der sich für den Verständigungs- und Rechtsfrieden ausspricht. Um so mehr brauchen wir eine Aktion außerhalb des Parlaments, weil es heute nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern, wie wir gehört haben, auch die ältesten Hofräte sind, die den Frieden wollen. Diese Friedenssehnsucht als Druck auf das Parlament wollen wir wirksam machen für eine Aktion außerhalb des Parlamentes. Sie wird draußen Widerhall finden und beitragen, die Feinde des Verständigungsfriedens vorwärts zu bringen. (Beifall.)

Abgeordneter Smitka: Genosse Müller hat bemängelt, daß das Krankenversicherungsgesetz auf Grund des § 14 geändert wurde und weiters, daß bei Beratung der Bestimmungen dieser § 14-Verordnung die zweitägige Karenzfrist nicht beseitigt wurde. Ueber die Frage, ob es parteipolitisch klug ist, die Sache auf Grund des § 14 zu machen, kann man verschiedener Meinung sein. Aber soviel steht fest, daß die Aenderung der Krankenversicherung eines der dringendsten Dinge ist. Gerade durch den Krieg, durch die schlechten Ernährungsverhältnisse sind die Morbilitätsverhältnisse solche, daß die Krankenkassen entsprechend gerüstet sein müssen. Heute, wo das Hauptmedikament Ruhe und gute Nahrungsmittel sein sollten, bekommt der Arbeiter eine Krankenunterstützung, von der er nicht einmal die notwendigsten Nahrungsmittel kaufen kann. Aber auch eine Reihe von anderen Dingen ist in der heutigen Krankenversicherung veraltet. Familienversicherung, Säuglingsfürsorge, Kinderfürsorge, alle diese Dinge konnten bis heute nicht durchgeführt werden. Sie werden durch dieses Gesetz ermöglicht. Gegen alle diese einschneidenden und wichtigen Fragen ist die Frage der zweitägigen Karenzfrist, die übrigens auch nicht eine Frage von heute ist, von geringer Wichtigkeit. Nichtsdestoweniger stehen wir auf dem Standpunkte, daß sie ein Uebel ist, nicht einmal so sehr wegen der materiellen Schädigung der Arbeiter, als besonders deshalb, weil sie von dem Arbeiter immer als schikanöse Bestimmung empfunden wird. Wir haben im Ausschusse den Antrag auf Beseitigung der zweitägigen Karenzfrist gestellt, der Antrag wurde aber abgelehnt. Nun wurde ich zum Referenten des Ausschusses für das Haus bestimmt, und es war selbstverständlich, daß ich die Beschlüsse des Ausschusses vertreten mußte. (Ruf: Hätten Sie das Referat niedergelegt!) Soll ich das Referat einem Bürgerlichen geben, daß er die Sache verdirbt? Da dürften wir Sozialdemokraten überhaupt kein Referat übernehmen. Im Plenum habe ich bei diesem Punkte ausdrücklich erklärt, daß ich und meine Partei gegen die Karenzfrist sind, daß ich nur als Vertreter der Beschlüsse des Ausschusses nicht dagegen polemisiere. Genosse Müller hat dann auch von der zweiten § 14-Verordnung, die sich auf die Ermächtigung der Vorstände der Krankenkassen bezieht, gesprochen. Die Sache steht hier so, daß es eine Reihe von Krankenkassen gibt, wo die Einberufung einer Delegiertenversammlung vorweg unmöglich ist, weil von den Delegierten niemand mehr da ist. Nun muß aber doch jemand hier sein, der unter solchen Umständen, wenn eine Delegiertenversammlung nicht zustande kommt, über diese Aenderungen beschließt, und da wurde zugleich mit der Verordnung über die Krankenversicherung eine § 14-Verordnung erlassen, die den Vorstand ermächtigt, wenn es nicht möglich ist, Delegiertenversammlungen einzuberufen, die Sache im eigenen Wirkungskreise zu machen. Es ist also nicht so, daß bei allen Krankenkassen unter allen Umständen der Vorstand das zu machen hat, sondern nur dann, wenn die Einberufung einer Delegiertenversammlung infolge der Kriegsverhältnisse nicht möglich ist. Das ist eine so selbstverständliche und, ich möchte sagen, in sich selbst begründete Sache, daß darüber kein weiteres Wort zu verlieren ist.

Pichler (Bruck a. d. Mur): Es ist meine persönliche Anschauung, daß die Fraktion in der Unterhaltsfrage gewiß vieles geleistet hat. Wenn ein Genosse gesagt hat, daß das Schwergewicht weniger in der Beschaffung der Lebensmittel als in der gerechten Verteilung liege, so weiß ich nur das eine, daß wir trotz aller unserer ungeheuren Arbeit in den verschiedensten Approvisionierungsausschüssen nur sehr wenig zur gerechten Verteilung der Lebensmittel beizutragen imstande waren. Und ich möchte fast weitergehen — vielleicht stehe ich damit ganz allein, doch mache ich mir nichts daraus — und, wenn ein Genosse gemeint hat, die Fraktion solle sich insbesondere im zukünftigen Winter recht fest ins Zeug legen, meine ich, daß die Fraktion da nicht sehr viel Glück haben wird. Wir sind in Oesterreich schon so weit, daß ich meine, diese ganze Flickarbeit ist für die Katz und nützt nichts mehr. Die

Geschichte steht draußen so, daß, wenn dieser Krieg noch diesen Winter andauert und es noch einigemale vorkommt, daß die Arbeiter der Schwerindustrie bei den Hochöfen fünf und sechs Tage lang und noch länger zum Mittag- und Abendessen nur schwarzen Kaffee ohne Zucker und Salat ohne Essig und Oel haben, dann aber, wenn sie sich zur Wehr setzen, schließlich einrückend gemacht und eingesperrt werden, unsere allereifrigste Mitarbeit bei der ganzen Sache nichts nützt. Wir haben unsere Genossen im Ernährungsamt sitzen und auch in allen Bezirks- und Wirtschaftsämtern sitzen unsere Genossen. Aber ich frage: Wie ist eine gerechte Verteilung durchzuführen, welcher Arbeiter-Konsumverein wird in der Lage sein, eine nach der Meinung des Genossen aus Deutschböhmen gerechte Verteilung durchzuführen, wenn er nicht in der Lage ist, für ein Kilogramm Speck 27 Kr. zu bezahlen, wenn man 3 Kilogramm Speck braucht um 1 Kilogramm Fett herauszubekommen, so daß der Arbeiter als Mitglied des Arbeiter-Konsumvereines für 1 Kilogramm Fett heute dem Arbeiter-Konsumverein in Steiermark 81 Kr. bezahlen müßte? Das ist nachgewiesen, das haben wir auf Grund von Auswägungen feststellen können. Und nicht anders ist es mit der Versorgung durch die Betriebe. Die Kapfenberger Böhlerwerke sind beispielsweise imstande, ihren Arbeitern durch Kohlentausch aus Ungarn mehr Fett zuzuschanzen, was ja von der Firma gewiß sehr lobenswert ist, aber was sollen wir sagen, wenn der Arbeiter der Böhlerwerke — für den dies ja sehr notwendig und gut ist — 12 Dekagramm Fett bekommt und eine halbe Stunde davon entfernt, der Arbeiter der Firma Felten 7 Dekagramm, während die anderen Angehörigen der Gemeinde gar nur 4 Dekagramm bekommen? Wir sind nicht einmal dreiviertel Stunden voneinander entfernt, haben aber dreierlei Arten von Fettversorgung. Das ist auch in vielen anderen Orten der Fall. Ich will damit sagen, daß das Chaos in Oesterreich bereits so groß ist, daß nur noch die allergeringste Aussicht besteht, irgend etwas zu retten. Den Genossen Smitka kann ich wegen der zwei Tage Karenzfrist, insbesondere mit Rücksicht auf den § 1154b nicht recht geben. Genosse Smitka zieht nur die Verhältnisse in Wien und Umgebung in Betracht, aber die Betriebskrankenkassen draußen in den großen Industrieorten, wo ja der Arbeiter überhaupt nichts dreinzureden hat und wo der Arzt den strikten Auftrag hat, den Arbeiter, wenn irgend möglich, nicht länger als höchstens zwei, drei Tage im Krankenstand zu lassen, vergißt er. Und so ist es auch mit dem § 1154b. Ich bin selbst Mitglied der Lohnbeschwerdekommission und da habe ich einmal bei der Firma Felten vorgesprochen, weil ein Arbeiter einrückend gemacht worden ist. Wissen Sie, was mir da gesagt wurde? Mischen Sie sich nicht in solche Angelegenheiten hinein, sonst kann es Ihnen selbst passieren, daß Sie einrücken müssen! Die Gesetze und die Verordnungen mögen ja sehr schön sein, aber man vergißt, daß in der Provinz, weit weg von der Zentrale, wo jeder Bürgermeister macht, was er will und jeder Bezirkshauptmann ein Pascha ist, der Arbeiter nur schwer zu seinem Rechte kommt. Was die Frage der Personaleinkommensteuer betrifft, hatten wir bei uns folgenden Fall: Ein Arbeiter, der voriges Jahr 28 Kronen 60 Heller Steuer gezahlt hat, hat heuer eine Steuervorschreibung von 288 Kronen 70 Heller bekommen, weil seine zwei Söhne bei ihm in Kost sind und selbst verdienen. Man wirft das überall zusammen und sagt: das hat der Vater zu bezahlen, weil die Söhne bei ihm sind. Genau so geht es den Arbeitern mit dem Mieterschutzgesetz, genau so mit den anderen Gesetzen.

Hoffen wir, daß wir bald zum Frieden kommen. Der Friedenswille ist mächtig im Volke vorhanden. Das Volk will den Frieden. (Beifall.)

Vorsitzender Tomschik: Von Gröbner ist ein Antrag eingelangt.

(Verliest Antrag 19.)

Dr. Hartmann (Wien): Ich glaube, daß die Kritik, die an unseren Abgeordneten geübt wurde, eigentlich nichts enthält, als große Komplimente, indem Sie die Macht der Abgeordneten wirklich überschätzen, denn sonst würden Sie nicht alles, was schief geht in der Politik und sonst den Abgeordneten zuschieben. Was die Tätigkeit unserer Abgeordneten im einzelnen betrifft, so muß man sagen, daß sie gerade in den Hauptpunkten, insbesondere was den Frieden betrifft, getan haben, was sie nur tun konnten. Man darf nicht vergessen, daß die Rede des Genossen Seitz, mit der eigentlich das Parlament eröffnet worden ist, nach außen eine große Kundgebung für den Frieden war, die klar und deutlich den sozialdemokratischen Standpunkt darlegte. Sie dürfen auch nicht vergessen, was die deutschen und österreichischen Sozial-

demokraten in Stockholm getan haben. Man muß sagen, daß Stockholm, schon ehe die Konferenz zusammengetreten ist, einen guten Teil gewirkt hat für den Frieden und den Frieden näher gebracht hat. Man hat mich als Durchhalter um jeden Preis hingestellt. Es scheint mitunter, daß man sich auf der Linken eigene Teufel macht. Die Hauptteufel sind Pernerstorfer und Leuthner und ein kleiner Teufel bin ich. Ich bin also mit meinem Standpunkt gar nicht in schlechter Gesellschaft; abgesehen von Pernerstorfer und Leuthner, stand auch einmal Austerlitz, der mich jetzt angerempelt, auf einem Standpunkt, der von meinem nicht so sehr entfernt war. Auch bin ich mir keiner Exzesse bewußt, die mir der Reichenberger Genosse vorgeworfen hat. Man darf aber nicht nur den Balken im eigenen Auge sehen, sondern muß auch den Splitter im fremden betrachten. Es wäre ganz unklug, wenn herüber geschossen wird, es zu ignorieren. Die Regierung kommt den Tendenzen der Linken sehr weit entgegen, indem sie die Blätter des feindlichen Auslandes nicht hereinkommen läßt, so daß man hier nicht erfährt, auf welchem unversöhnlichen Standpunkt die Bruderparteien im Auslande stehen. Wenn man sagt, die Sozialdemokratie Deutschlands oder die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich sei nicht energisch genug, sollte man auch ein Wörtchen darüber sprechen, wie sich die anderen benehmen. Ich muß mich auch schuldig bekennen, daß mir ein Friede um jeden Preis nicht das Richtige scheint. Ein Friede um jeden Preis, der nicht zu einem dauernden oder halbwegs dauernden Frieden, sondern zu einer territorialen Gestaltung, die immer neue Erregung hervorrufen würde, ist kein Friede, den auch Sie wollen. Sie hätten den Weltkrieg in fünf Jahren wieder und das Elend abermals oder in noch höherem Maße. Einen Frieden um den Preis, etwa so, daß Wien russisch wird oder daß Ostpreußen russisch wird, würden doch auch Sie nicht haben wollen.

Es scheint mir, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Kleinarbeit viel geleistet hat und es nicht gerechtfertigt wäre, diese Anpassung an den Staat, wie er leider ist, gerade im Kriege zu tadeln. Wer das tut, steht nicht auf dem Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung, die zeigt, daß der kapitalistische Staat und seine Organisation heute das Mächtigste ist. Das muß anerkannt werden; man kann nicht absehen von den Realitäten und irreale Politik machen, die zu nichts führen kann. Freilich gibt es da gewisse Grenzlinien, über die man nicht hinaus darf.

Damit komme ich auf den Antrag des Bezirkes Josefstadt, den Genosse Gröbner eingebracht hat. Ich bin an der Einbringung des Antrages unschuldig. Aber er scheint mir gerechtfertigt. Es ist nämlich ein großer Unterschied zwischen den Interventionen und der Uebernahme der Verantwortung für das ganze Staatswesen und der Ministerialismus ist nichts anderes als diese Uebernahme. Stellen Sie sich die Minister Thomas und Vandervelde vor und denken Sie daran, was aus diesen Leuten in drei Jahren geworden ist. Können Sie sich vorstellen, daß diese Leute mit gutem Gewissen noch Sozialdemokraten sein können?

Das ist eine Sache der Unmöglichkeit. Ich glaube deshalb, daß die Fraktion sehr richtig gehandelt hat, indem sie abgelehnt hat, was ihr angeboten oder wozu sie gedrängt worden ist. Ich sehe nicht ein, warum man einen solchen Antrag, wie er vorgelegt worden ist, nicht annehmen kann. Ich würde sogar die Annahme empfehlen. Nur halte ich die Stilisierung für nicht ganz glücklich und glaube, daß man sich mit dem ersten Absatz begnügen soll. Wozu Sanktionen schaffen? Wenn der Parteitag in Uebereinstimmung mit der Fraktion es beschließt, so genügt das vollständig. Ich glaube auch, daß damit nichts gesagt ist. . . . (Abg. Dr. Adler: Das ist richtig, es ist damit nichts gesagt!) Entschuldigen Sie, so wollte ich es nicht sagen. Ich glaube, daß damit recht viel gesagt ist. Ich wollte sagen, es ist damit nichts gesagt, was dem Interesse der Fraktion widerspricht, dagegen sehr viel gesagt in bezug auf die Richtlinien der Partei für die Politik der Zukunft. (Beifall.)

Vermann (Wien): Die Zeit der parlamentarischen Tätigkeit unserer Genossen ist eine zu kurze, als daß wir heute die Möglichkeit oder gar Veranlassung hätten, diese Tätigkeit gründlich zu kritisieren. Die kurze Spanne Zeit, während welcher unsere Genossen im Parlament tätig waren, haben sie vornehmlich dazu benützen müssen, in den Ausschüssen die Fülle der § 14-Verordnungen nach und nach aufzuarbeiten, von welcher die große Mehrheit noch der Erledigung in den Ausschüssen harrt. Immerhin sind einige schon zur Beratung gekommen. Ich habe den Ausführungen des Genossen Smitka entnommen, daß sich ein Genosse bereits mit der Frage des Krankenversicherungsgesetzes befaßt hat. Nun meint Genosse Smitka, daß er als

Referent des Ausschusses im Hause nichts anderes tun konnte, als die Ansichten des Ausschusses zu vertreten. Wenn Genosse Smitka die Ansicht der Mehrheit des Ausschusses nicht geteilt hat, so hätte er das Referat für das Haus nicht übernehmen sollen. (Zustimmung. — Abg. Smitka: Nur in der einen Sache der Karenzfrist!) Das ist für die Arbeiter beinahe die wichtigste. (Widerspruch.) Es ist nicht außer acht zu lassen, daß wir zugleich einen § 1154 bekommen, der für die ersten zwei Tage der Krankheit den Lohn nicht zuspricht, und zu gleicher Zeit wird ein Krankenversicherungsgesetz geschaffen, welches sagt, daß während der ersten zwei Tage der Krankheit die Unterstützung nicht gezahlt werden soll. Es hat für einen Fernstehenden einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß im Hause gegenüber dem Referenten Genossen Smitka der Vertreter der Minorität, Genosse Pongratz, seine Meinung zu vertreten hatte, die vom Referenten Genossen Smitka nicht gutgeheißen werden konnte. Allerdings hat er sich sehr geschickt aus der Affäre gezogen. Aber es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Vertretung dieser Sache im Hause einem anderen Abgeordneten übertragen worden wäre.

Die Genossen der parlamentarischen Fraktion sollten mehr darauf Bedacht nehmen, mit Vertretern der Gruppen, deren Angelegenheiten jeweilig im Parlament zur Beratung stehen, Fühlung zu nehmen. Die Privatangestellten haben im Mai dieses Jahres nicht nur den Behörden, sondern auch unseren Genossen im Sozialpolitischen Ausschusse und den Genossen in einem anderen Ausschusse, von dem wir vermuteten, daß die Sache hingehört, eine Denkschrift überreicht, worin die Notwendigkeit der Schaffung eines Lohngesetzes begründet wurde. Dieser Gegenstand steht durch einen Antrag der Freiwaldauer auch auf der Tagesordnung des Parteitages. Die Privatangestellten haben in ihrer Denkschrift das Verlangen gestellt, daß man für die Privatbeamten in Oesterreich einen Mindestlohn festsetzt, Lohnkommissionen einsetzt u. s. w. Wir werden nicht ermangeln, dem Parlament einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf zu übersenden und sind davon überzeugt, daß wir die Unterstützung unserer Genossen der Fraktion finden werden. Wir haben eine ganze Reihe von Tatsachen in unseren Fachblättern verzeichnet, die eine vollständige Wegnahme, einen Raub der Rechte des Koalitionsgesetzes den Privatangestellten gegenüber beinhalten. Ich erinnere nur an Skoda in Pilsen, wo sich die Privatbeamten ausdrücklich durch Reverse verpflichten mußten, keiner Organisation beizutreten. Ich würde die Genossen bitten, im Parlament bei der Beratung jener Gegenstände unseren Standpunkt zu vertreten und in geeigneter Form den Privatangestellten das Koalitionsrecht zu sichern. Ich glaube, daß sich die Genossen im Parlament in der nächsten Zeit mit der § 14-Verordnung betreffend die Beschwerdekommissionen, beschäftigen werden. Auch von den Beschwerdekommissionen wurden die Rechte der Privatangestellten vollständig außer acht gelassen; sie haben keine Mitglieder in den Kommissionen, trotzdem erklärt wurde, daß sie das Recht haben, sich mit Beschwerden an diese Kommissionen zu wenden. Durch diesen Umstand kommt es vor, daß der Privatangestellte dort mit seiner Beschwerde zumeist abgewiesen wird, auch wenn sie begründet ist. Ich würde also wünschen, daß die Genossen im Parlament, wenn die Angestellten betreffende Angelegenheiten zur Verhandlung kommen, sich mit den Interessengruppen, um deren Angelegenheit es sich handelt, in Verbindung setzen. (Beifall)

Dr. Eisler (Graz): Die Diskussion des Parteitages ist dort angelangt, wo sie nach den Erlebnissen der letzten drei Jahre münden mußte, daß die Genossen von dem sprechen, was die Arbeiter draußen leiden, und ich bin davon überzeugt, es wäre manche Aeußerung in der Diskussion der letzten zwei Tage unterblieben, wenn von der Fülle unmittelbar dringender Arbeit, die draußen vor uns liegt und alle Kräfte in Anspruch nimmt und erschöpft, vorher gesprochen worden wäre. Dr. Ellenbogen hat nicht mit Unrecht hervorgehoben, daß die Befreiung der österreichischen Rechtsprechung von den Militär- und Ausnahmsgerichten eine Leistung der Fraktion war, die allein die Kritik widerlegt, die an dieser Tätigkeit geübt wurde, und ich glaube, es sollte auch aus dem Kreise der Delegierten nicht an Anerkennung für diese ganz kolossale Leistung fehlen. Sie können es mir glauben, mir, der ich unmittelbar damit zu tun hatte, was da an entsetzlichem Unrecht an Arbeitern verübt wurde, und dazu kommt noch, daß das, was in den Zeitungen zu lesen war, nicht einmal das entsetzlichste gewesen ist; denn das wurde nur durch Zufall auf den Redaktionstisch gebracht. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, wie tief

verankert diese Justiz in der ganzen Ordnung unserer öffentlichen Verhältnisse war und welche Leistung darin gelegen ist, diese Justiz zu entwurzeln und zu beseitigen. Was ich sagen will, ist, daß meiner Ueberzeugung nach erst der erste Schritt geschehen ist. Wir alle waren mit der österreichischen Ziviljustiz vor dem Kriege nicht einverstanden, sie war nach unserer aller Ueberzeugung schlecht und wir haben uns trotzdem gefreut, als uns diese schlechte Justiz wiedergegeben wurde. Ich möchte daher unsere Fraktion bitten, sie möge uns auch dazu verhelfen, daß wir auch wieder unsere schlechte österreichische Verwaltung zurückbekommen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es mag das ein Wunsch sein, der in dieser Allgemeinheit schwer erfüllbar erscheint, doch ist es so, daß heute die Verwaltung ihrer Tätigkeit völlig entsagt hat zugunsten der Kombination von Unternehmer und militärischem Leiter. Aber die Verwaltungstätigkeit dieser Persönlichkeiten beschränkt sich nicht nur auf die Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sie greift in alle Lebensverhältnisse ein, beherrscht den Arbeiter in der Arbeit und außerhalb der Arbeit. Ich denke mir, daß sich durch eine Aktion, wie sie in der Justiz durchgeführt wurde, wo die Veröffentlichung der krassesten Fälle solches Aufsehen erregte, also durch Veröffentlichung einer solchen Kette von Fällen in der Zeitung ähnliche Erfolge erzielen ließen. Damit könnten die allerschlimmsten Dinge, unter denen die Arbeiter jetzt leiden, und die ärgsten Auswüchse der Verwaltung beseitigt werden.

Ich möchte nun einer Gruppe von Menschen gedenken, die nicht vergessen werden soll: der Kriegsbeschädigten. Es macht trotz aller schönen Beteuerungen den Eindruck, als ob sie zu den Vergessenen gehören sollen. Sie sind ja auch die Aermsten, die niemand nützen und niemand schaden können. Es erinnert sich ihrer auch darum niemand. Es ist die Aufgabe der Fraktion, recht bald dafür Sorge zu tragen, daß auch zu ihnen ein Wort des Trostes dringe, und wenn sich niemand an sie erinnert, die Fraktion ihrer nicht vergißt. (Abgeordneter Glöckel: Der Antrag ist schon eingebracht!) Ich weiß, daß auch in nächster Zukunft ein weiterer Schritt gemacht wird. Ich glaube aber, daß es der Sache der Kriegsbeschädigten nützen wird, wenn der Parteitag der Meinung Ausdruck gibt, es sei für sie etwas zu tun. Und dann möchte ich noch der proletarischen Kinder gedenken. Es ist schade, daß die Zeit des Parteitages so kurz bemessen ist, daß nicht wenigstens etwas von den entsetzlichsten Qualen, die der Krieg über das proletarische Kind gebracht hat, hier gesagt werden kann. Es würde das unsere Tätigkeit auch in prinzipiellem Sinne befruchten. Es würde uns zeigen, daß das ganze Gebiet der Kinderfürsorge nicht in dem Maße berücksichtigt wurde, wie es sein sollte. Es sind im Parlament zwei Entwürfe zur Verbesserung des Loses der Kinder eingebracht worden, einer über die Fürsorge und einer, der die unhaltbaren Zustände unseres Jugendstrafrechtes beseitigen soll. Es ist mir bekannt, daß die Genossen für diese Entwürfe und für ihre Verbesserung tätig sind. Ich glaube aber, die Fürsorge der Partei für die proletarischen Kinder kann sich nicht erschöpfen in der Tätigkeit der Genossen im Parlament; der Parteitag hat die Pflicht, diese Tätigkeit draußen zu unterstützen, indem er allen Arbeitern die Wichtigkeit der Ausdehnung der Parteitätigkeit auf die Sorge um das proletarische Kind zum Bewußtsein bringt. Ich habe mit vielem Interesse die Debatte über die Jugendorganisation angehört, weil sie mir etwas Fremdes brachte, da sie aus Verhältnissen hervorging, die ich nicht kenne. Ich will natürlich nicht behaupten, daß die Partei bei den Kindern anfangen soll, sie politisch zu beeinflussen, aber ich bin überzeugt, die Debatte hätte nicht stattgefunden, wenn wir uns in einer Weise um die proletarische Jugend kümmern würden, wie es Pflicht der Partei ist. Die Ziellosigkeit unserer Organisation der Jugend ist zum großen Teil zurückzuführen auf die Ziellosigkeit ihrer Kinderjahre. Da sich in diesen Jahren niemand um sie kümmerte, da ihnen alles Elend und alle Entbehrungen doppelt und dreifach auferlegt wurden, ist es natürlich, daß in dem Augenblick, da sie reden können, der Radikalismus dreimal zum Ausdruck kommt. Seine Heftigkeit ist nur der Widerschein ihrer elenden Verhältnisse, deshalb möchte ich Sie bitten, so wie wir es in der Steiermark schon lange tun, dafür zu sorgen, daß den proletarischen Kindern ein besseres Los zuteil werde als bisher. (Beifall)

Dr. Max Adler (Wien): Gestatten Sie mir, daß ich vom Standpunkt der Linken aus einige Bemerkungen mache. Der Antrag Gröbner ist im vollen Einklang mit dem, was wir in unserer Erklärung dargelegt haben. Wir hätten geglaubt, daß deshalb eine besondere Betonung nicht nötig ist. Da aber der Antrag gestellt

ist, kann man ihn nicht anders als durch Annahme erledigen. Doch soll es im ersten Absatz „bürgerlichen kapitalistischen Regierung" heißen. Der Antrag Kiesewetter erscheint uns außerordentlich wichtig. Er stellt eine konkrete Kritik dar, die wir für berechtigt halten. Ich kann mich nicht der Meinung anschließen, daß die Durchführung des Beschlusses der Fraktion vom 29. April bei Beginn der Session untunlich gewesen wäre. Wir meinen sogar, der Zeitpunkt wäre damals sehr günstig gewesen. Damals trat das Parlament nach jahrelangem Schweigen wieder zusammen. Das ganze Volk — mit Ausnahme der einen kleinen, aber einflußreichen Schichte der Kriegsgewinner und Kriegshetzer — hat ihm mit froher Spannung entgegengesehen und das Proletariat hat darnach gelechzt, daß von der Volksvertretung eine machtvolle Kundgebung ausgehe. Sicher haben die Reden von Seitz und Renner viel gewirkt, weil man erkannte, es werde geäußert, was die Massen nicht haben äußern dürfen. Aber es war nicht das Eingreifen einer Volksvertretung in der Frage des Friedens. Damals war die Situation günstig und die russische Revolution stand auf einem ihrer Höhepunkte, denn sie hatte eine viel größere Macht im Bewußtsein aller Völker lebendig gemacht als heute, wo sich ihre Situation auch für Rußland kritisch gestaltet hat. Es war damals noch nicht der Zusammenstoß mit den Bolschewiki in den Straßen von Petersburg. Die Revolution war ungeteilt, sie stand einig da. Wir finden auch das Argument von Seitz nicht annehmbar, man müsse sich davon leiten lassen, ob man die Durchsetzung eines Antrages gewärtigen könne. Ich glaube, man hätte ihn damals leichter durchsetzen können, weil eben erst das Parlament zusammentrat und sich auch der Nationalverband noch nicht festgelegt hatte. Indessen, ganz abgesehen davon, ist der Standpunkt, der jede Aktion des Proletariats von einem unmittelbaren Erfolg abhängig macht, keineswegs der richtige für die revolutionäre Politik des Proletariats. Daß die Aktion zu einem bestimmten Resultat führen müsse, ist eine sehr berechtigte Anschauung, wenn es sich um kleine politische Aktionen handelt. (Viktor Adler: Umgekehrt!) Aber bei Fragen, wo es sich darum handelt, daß in einem geschichtlich hervorstechenden Zeitpunkt die Partei in unzweideutiger Weise ihren Standpunkt bekennt, ist nur diese eine Rücksicht maßgebend und keine andere. Würde damals unsere Kundgebung abgelehnt worden sein, würde das einen Sturm des Unwillens erregt haben, so daß wir nicht sagen können, ob wir nicht jetzt mit der heutigen Aktion viel günstiger stünden, als dies wirklich der Fall ist. Die Aktion war auch im Zusammenhang mit einer Volksbewegung durchzuführen. Der Zeitverlust von fünf Monaten ist uneinbringlich.

Nun noch ein Wort zu dem Antrag Baumheier: Ich hoffe, daß der Parteitag auch diesen Antrag annehmen wird, denn die Forderung, daß die Fraktion es sich nicht bloß genügen läßt, die Kriegskredite abzulehnen, sondern daß sie es prinzipiell begründet, mit dem Hinweis, daß sie sich in Gegnerschaft gegen jede kapitalistische Regierung und gegen jeden imperialistischen Krieg befindet, wird im jetzigen Moment für die internationale Lage von der größten Bedeutung sein. Denn sie wird zeigen, daß die österreichische deutsche Sozialdemokratie tatsächlich den entschlossenen Willen hat, die Kriegspolitik zu bekämpfen. Man wendet gegen diese prinzipielle Ablehnung gewöhnlich ein, daß wir uns damit auf eine schiefe Ebene begeben, daß wir in das dornige Gestrüpp der Frage der Landesverteidigung hineingestoßen werden. Ich halte das Wort von der Landesverteidigung für eines der verwirrendsten Schlagworte nicht nur auf Seite der sogenannten Linken, sondern verwirrend auch auf Seite der sogenannten Rechten. Wir negieren die Landesverteidigung absolut nicht und dadurch, daß man die Kriegskredite ablehnt, wird auch die Landesverteidigung nicht negiert. Krieg führt ja nicht das Proletariat, sondern führt der Staat allein. In den Kriegen der Staaten muß sich jeder Staat wehren. Das Proletariat ist in diesem Falle nur das Opfer der Notlage, in die es geraten ist, ohne und gegen seinen Willen. Das Proletariat hat daher in dieser Notlage keine eigenen Ziele und Zwecke zu verteidigen. Das Proletariat verteidigt in dem heutigen Kriege nicht jene Ordnung, die es anstrebt, welche eine Ordnung ist, die die Proletariate zusammenführen müßte, nicht aber gegeneinander. Es ist nicht die proletarische Ordnung, die im Kriege verteidigt wird. Daher ist der Begriff der Landesverteidigung vollständig irreführend. Wir vermissen, daß das Bewußtsein im Proletariat aufrecht erhalten wird, daß es eine ökonomische Notwendigkeit ist, welche die Proletariate aller Länder zu ihren Opfern gemacht hat. Da kann man auch nicht sagen, daß eine prinzipielle Verweigerung der Kriegskredite

bedeuten würde, daß man das Proletariat schutzlos in den Krieg hinausschickt. Das ist wohl das demagogischeste Schlagwort, das es je gegeben hat. Wir haben prinzipiell immer das Budget abgelehnt. Hat aber irgend ein Sozialdemokrat, der das Budget ablehnt, damit sagen wollen, daß er den Kindern keinen Unterricht geben will, daß er die Lehrer nicht bezahlen, die Gerichte nicht erhalten will? Es ist lächerlich, zu sagen, daß wir durch die Verweigerung der Kriegskredite die Soldaten schutzlos machen wollen. Verweigerung der Kriegskredite ist nur die prinzipielle Erklärung des Proletariats, daß es mit der Kriegspolitik nichts zu tun haben will, welche die Völker in dieses entsetzliche gegenseitige Massenschlachten hineingeführt hat, daß das Proletariat eine andere Ordnung anstrebt, und für eine andere Ordnung kämpfen und sterben will, als für die kapitalistische Ordnung. Das andere demagogische Argument ist: ihr könnt die Kriegskredite leicht ablehnen, weil ihr wißt, daß die anderen sie bewilligen werden. Nun, Parteigenossen, wenn wir überall in der Majorität wären, dann gäbe es keinen Krieg. Wenn die Sozialdemokraten heute in den Vertretungskörpern der kriegführenden Länder überall die Majorität hätten, so wäre am nächsten Tage der Krieg aus der Welt geschafft. Wenn Sie also all das überdenken, so sehen Sie, daß für das Proletariat tatsächlich keine andere Entscheidung möglich ist, als die Kriegskredite prinzipiell abzulehnen. Wenn Sie das tun, wird das von besonders wohltätiger Wirkung sein auf das Verhältnis zu unserer deutschen Bruderpartei, es wird aber auch aufklärend für die anderen internationalen Bruderparteien sein, welche sehen werden, daß sich von der Tat des österreichischen Parteitages eine breite gangbare Straße zur Völkerverständigung und zum Frieden eröffnet.

Ein Wort, das immer wieder zitiert wird, hat der Sozialdemokratie unheilbaren Schaden gebracht, jenes berühmte Wort, welches am 4. August möglicherweise berechtigt war: In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stiche. Ich glaube aber, die drei Jahre des Wahnsinns, die seither über die Völker gegangen sind, und die Vaterländer fast aller Sozialdemokraten in die furchtbarste Zerrüttung gebracht haben, haben gelehrt, daß es hoch an der Zeit ist, zu sagen: In der Stunde des Wahnsinns, der jetzt die Völker durchtobt, machen wir wahr, was wir nie hätten vergessen sollen, wir lassen die Idee des internationalen Sozialismus nicht im Stiche. Aus dieser Idee müssen wir prinzipiell gegen jeden Kriegskredit stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Scholz (Klosterneuburg): Genosse Seitz hat uns in seinem Berichte verraten, daß die Fraktion unserer Abgeordneten sich mit einem Antrage befaßt, der eine Kundgebung der Völker Oesterreichs werden soll. Genosse Richter meinte, daß gerade diese Aktion dazu angetan wäre, eine Volksbewegung hervorzurufen, um dadurch den Friedensantrag der Sozialdemokraten zu unterstützen. Aber wenn wir dies tun wollen, müssen wir erst die Massen dazu bearbeiten, wir müssen in Versammlungen dafür sprechen. Nicht nur wir allein sind für den Frieden, sondern es wurde uns ja von vielen Rednern gesagt, daß auch Hofräte und Generale für den Frieden sind, also die ganzen bürgerlichen Parteien, die ganze Bevölkerung ist für den Frieden und ich kann Ihnen sagen, daß zum Beispiel in unserem Bezirke auch die bürgerlichen Kreise mit einem gewissen Interesse auf den Parteitag blicken, weil sie hoffen, daß hier ein entscheidendes Wort fallen wird. Wir haben diese Friedensideen in vielen Friedensversammlungen in unsern Bezirk hinausgetragen, aber wenn wir eine Volksversammlung einberufen wollten, da hieß es: Halt, nur Vereinsversammlungen! Es ist eigentümlich, die bürgerlichen Kreise sind in dieser Hinsicht politisch noch so unreif, daß sie es nicht verstehen, daß sie in Vereinsversammlungen auch kommen können, wenn sie nicht Mitglieder sind; sie verstehen es nicht, daß sie sich die Sache anhören können oder aber es hat für die bürgerlichen Kreise überhaupt keinen Wert, wenn wir mit hundert und tausend Agitationszetteln irgendeine Vereinsversammlung ankündigen. Das haben wir alles getan und die Referenten, die von Wien draußen waren, mußten zu ihrem Bedauern sehen, daß die eigentliche Vereinsversammlung, welche über die Friedensfrage verhandelte, schwach besucht war, während die bürgerlichen Kreise draußen an den Fenstern horchten und mit allem, was die Redner sagten, einverstanden waren. Natürlich hatte das der Oeffentlichkeit gegenüber nicht den gewünschten Effekt, weil man nicht von einer großen Massenversammlung sprechen konnte. Wir meinen also: Um eine derartige Volksbewegung hervorrufen zu können, müssen Sie uns erst eine Gelegen-

heit verschaffen, frank und frei Volksversammlungen einberufen zu können und sie zu plakatieren. Wenn Versammlung plakatiert wird, dann zieht die Sache, wenn sie hingegen mit Agitationszetteln einberufen wird, zieht das nicht. Wir glauben also, daß es im Interesse des Friedens eine Pflicht der Fraktion wäre, es uns in allererster Linie zu ermöglichen, Volksversammlungen einzuberufen. Darum bitten wir die Fraktion, dafür einzutreten, daß das Versammlungsrecht, wie wir es vor dem Kriege gehabt haben, wieder durchgesetzt wird, so daß wir frank und frei zur Oeffentlichkeit sprechen können. Ich stelle deshalb einen Antrag, der diesen Wunsch zum Ausdruck bringt:

(Verliest Antrag 21.)

Parteigenossen! Wir sind bereit, alles zu tun für den Frieden. Ermöglichen Sie es uns, daß wir öffentlich hinausrufen können: Wir wollen den Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Seliger: Ich glaube, in der Friedensfrage gibt es für uns zwei Gesichtspunkte, von denen aus wir die Frage im öffentlichen Leben, im Kampfe und vor allen anderen Dingen auch parlamentarisch zu behandeln haben. Der eine Gesichtspunkt ist, daß wir wollen, daß das Parlament, wenn nicht in seiner Gesamtheit, so doch wenigstens in seiner Mehrheit ein starkes Bekenntnis zum Frieden ablegt. Wenn wir das wollen — und wir glauben, daß das die Aufgabe ist, die uns zunächst obliegt, und daß wir damit am ehesten und am besten dem Frieden dienen, — so müssen wir natürlich für eine solche Kundgebung die bürgerlichen Parteien des eigenen Volkes — denn vergessen wir nicht, wir sind ja nur die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich — zu gewinnen trachten, wir müssen auch zu gewinnen trachten die bürgerlichen Parteien oder wenigstens einen Teil der bürgerlichen Parteien und ganz selbstverständlich die proletarischen Parteien auch der anderen Nationen. Sie kennen ja unser Oesterreich, kennen doch aus Ihrer Erfahrung die politischen Verhältnisse im allgemeinen und unsere parlamentarischen Verhältnisse im besonderen und können sich, wenn Sie sich dieses Bild vor Augen halten, schon eine Vorstellung davon machen, welch ungeheuren Schwierigkeiten diese Arbeit begegnet.

Vor allen anderen Dingen handelt es sich also, wenn wir von der praktischen Friedensarbeit reden, darum, eine Kundgebung und Aktion des österreichischen Parlamentes in seiner Mehrheit für den Frieden herbeizuführen. Denn da handelt es sich darum, mit dieser Kundgebung zu sprechen zu den Parlamenten und Völkern der mit uns im Kriege befindlichen Staaten, auf diesem Wege zu bekunden, daß nicht nur eine bestimmte Klasse der Bevölkerung in diesem Staate, sondern daß die übergroßen Mehrheit der Völker unseres Landes den Frieden auf bestimmten Grundlagen und nach bestimmten Grundsätzen will. Aber wenn wir den Versuch hiezu unternehmen, so stellt sich uns sofort eine große Schwierigkeit in den Weg, da in ein solches Bekenntnis eine jede Partei ihre bestimmten nationalen Interessen hineinlegen will. Das ist die große technische Schwierigkeit, die Parteien und Nationen über diesen einen Leisten zu bringen, aber darin steckt auch immer die Gefahr, daß aus einer solchen Kundgebung dem Frieden der allerschlechteste Dienst geleistet werde. Und darum sind wir auch gewungen, ganz wider unseren Willen, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen. Wir haben gleich beim Zusammentritt des Parlaments im Klub sehr eingehend darüber beraten und sind doch zur Ueberzeugung gekommen, daß wir eine solche Kundgebung, die als eine Kundgebung des österreichischen Parlamentes zu den Völkern über die Grenzen des Reiches wirken soll, nicht zustande zu bringen in der Lage sind, weil die bürgerlichen und nationalen Parteien für solche Kundgebungen in unserem Sinne nicht zu haben sind. Darum mußten wir uns damit bescheiden, durch eine Rede des Genossen Seitz zum Ausdrucke zu bringen, daß das deutsche Proletariat in Oesterreich einen solchen Frieden will, wie Sie ihn hier wünschen. Nun gibt es auch noch einen anderen Standpunkt, der hier vertreten wurde: Wenn die Mehrheit für eine solche Kundgebung nicht zu haben ist, so soll man sie festnageln daran, so soll der Sozialdemokratische Klub einfach einen Friedensantrag einbringen und dann werden wir sehen, wer den Mut hat, dagegen zu stimmen. Das können wir jeden Tag machen, nichts leichter als das. Aber überdenken Sie sich das nur einen Augenblick. Welchen Nutzen leisten wir dem Frieden, wenn ein solcher Antrag schlankweg von der Mehrheit auf allen Seiten, von allen Nationen

abgelehnt würde? Ich sage, eine solche Kundgebung würde wirken als eine Adresse an die anderen und ich glaube, daß die Ablehnung eines solchen Friedensantrages dem österreichischen Parlament nützen würde, sondern von den Kriegshetzern in allen Ländern, nicht nur in Frankreich, England und Rußland, sondern auch in Deutschland und Oesterreich zur Agitation gegen den Frieden und für die Fortsetzung des Krieges verwendet werden würde.

Sie sehen, so leicht sind die Dinge nicht und wenn Paul Richter sagt, aus unserem Prinzip heraus erwächst uns die Pflicht, zu jeder Zeit und unter allen Umständen einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen zu verlangen, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß eine solche Formel unter Umständen kriegsverlängernd wirken kann. Es kann eine Situation in einem Staate eintreten, wo ein Friedensschluß nur möglich ist, wenn die Machtträger in diesem Staate sich dazu bereit erklären, den Frieden zu erkaufen durch die Preisgabe von ein paar Quadratkilometern Landes. Wenn die Sozialdemokratie aufsteht und sagt: „Ohne Kontributionen", dann ist eine solche Politik der Friedenserlangung nicht mehr möglich. Es gäbe vielleicht Momente in der militärischen Lage Oesterreichs, wo man diesen Standpunkt nicht so ohneweiteres vertreten könnte. Nun wird in dem Antrage Kiesewetter verlangt, daß wir eine solche klare Abstimmung im Parlamente herbeiführen und sie dann dazu benützen sollen, um eine große Volksbewegung für den Frieden auszulösen. Einverstanden! Aber ich möchte doch sagen, daß eine Volksbewegung für den Frieden in dieser Zeit eine Volksbewegung sein muß, die auf das Ganze geht und alle Konsequenzen einer solchen Bewegung auf sich nimmt und daß man eine solche Volksbewegung nur zu unternehmen in der Lage ist, wenn man die Verantwortung übernehmen kann und wenn man einigermaßen sicher ist, daß eine solche Bewegung auch jene Kraft, jene Energie und Konsequenz hat, daß ihr der Sieg unter allen Umständen sicher ist. (Lebhafter Beifall.)

Anna Kaff (Wien): Ich habe einen Antrag zu unterbreiten, der von sämtlichen weiblichen Delegierten unterzeichnet und unterstützt ist. Vorausschicken möchte ich nur, daß zu dem Antrage weder die Debatte, die von unseren streitenden Brüdern und Schwestern geführt wurde, noch die Ausführungen der Genossen Seitz und Richter die Veranlassung waren, sondern daß wir schon vor dem Parteitag diesen Antrag ausgearbeitet haben. Der Antrag lautet

(liest Antrag 22):

Wir Frauen sind keine Diplomaten. Wir haben in diesem Staate keine Rechte und wir fühlen uns deshalb gar nicht verantwortlich für diesen Staat. Die Frau als Soldat des Hinterlandes hat in diesen langen schweren Leidensjahren unendlich viel zu ertragen und zu leiden gehabt. Wenn bisher die Arbeiterfrauen Schutz und Hilfe in der Partei gefunden haben, dann soll ihnen Schutz und Hilfe auch werden, wenn es sich um den Frieden handelt. Wir wissen wohl, daß die Situation nicht immer dazu angetan war und ist, für den Frieden zu kämpfen und ihn vorzubereiten, doch wir glauben, daß nach der russischen Revolution die Zeit da war für die österreichische Sozialdemokratie, wenn die Errungenschaften der Revolution nicht verloren gehen sollen, ihren Willen zum Frieden zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir eine Kundgebung veranstalten, dann kann auch die Bruderpartei in Deutschland nicht mehr zögern, eine solche zu veranlassen. Ich richte noch einmal an den Parteitag die Aufforderung, unverzüglich eine solche Kundgebung zu veranstalten. Was die Fraktion betrifft, so sind diese Forderungen durch die Erklärung Seitz überholt, doch vor dem Parteitag konnten wir nicht wissen, was die Fraktion beschlossen hat. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Adler: Ich bin dem Parteitag selbstverständlich dankbar, daß er bei der mangelhaften Oekonomie unserer Zeiteinteilung und bei der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, mir die Wohltat erweist, einen großen Teil der Dinge, über die ich später referieren soll, vorwegzunehmen. Mein Referat wird dadurch sehr wesentlich kürzer werden. Ich bin außerordentlich erfreut, daß in so kräftiger und vielfacher Weise hier dem Wunsche und dem festen Willen der Sozialdemokratie und des Proletariats Ausdruck gegeben wurde, daß es die Pflicht der gesamten Partei, besonders ihrer Vertretung und ganz besonders ihrer Fraktion ist, für den Frieden das Notwendige und Mögliche zu tun. Worüber ich weniger erfreut bin und was ganz überflüssig war, ist, daß sich dieser Wunsch in Formen kleidete, wie im Antrage Kiesewetter, der die bisherige Tätigkeit als mangelhaft bezeichnete. Ich

glaube nicht, daß das dem Zweck des Antrages, nach außen zu wirken, sehr förderlich wäre. Ueberdies entspricht es nicht der Wahrheit. Was den Unterzeichnern des Antrages nicht mehr als uns nützlich und möglich erscheint, ist es zu jener Zeit nicht gewesen. Es wäre doch gut, wenn Sie der Fraktion auch einiges Urteil zumuteten. Wenn Sie in dem Antrage sagen, mit stärkerem Nachdruck soll das geschehen, so wäre dies nicht nur eine angenehmere Form — ich weiß, auf Annehmlichkeiten hat man hier keinen Anspruch — es würde aber auch der Wahrheit entsprechen. Ihre Fassung läßt den Anschein aufkommen, als ob die Genossen nicht würdigten, was in der Sache geschehen ist. Ich spreche darüber mit der größten Objektivität, weil ich durch meinen Aufenthalt in Stockholm und meine spätere Krankheit verhindert wurde, an diesem Kapitel der parlamentarischen Tätigkeit teilzunehmen. Als ich aber in Stockholm die Reden von Seitz und Renner gelesen habe, haben sie auf mich den allerstärksten Eindruck gemacht und ebenso auch auf die Genossen anderer Staaten, die draußen waren. Sie haben diese Reden sehr gewürdigt und standen unter ihrem Eindruck. Ich halte also den Standpunkt dieser Genossen für mangelhaft, aber die Tendenz begrüße ich. Ebenso geht es mir mit anderen Reden derselben Richtung. Paul Richter hat die Massenaktion empfohlen. Er ist selbst in der Lage, solche Massenaktionen anzuregen und zu befördern, denn er steht auf einem hervorragenden Posten in der Organisation. Am Parteivorstand haben solche Aktionen noch nie ein Hindernis gefunden, an der Fraktion noch weniger. Machen Sie nur solche Aktionen. Sie werden unsere beste Mithilfe haben! Wenn der Parteitag seinen Willen zum Ausdruck bringt — es müssen nicht Beschlüsse, es können auch Reden sein — ist uns das nur erwünscht. Aber Sie müssen unterscheiden zwischen der Tätigkeit der Partei nach außen und der parlamentarischen Tätigkeit. Diese hat andere Zwecke und andere Bedingungen. So schwach sind wir nicht mehr, daß wir uns begnügen könnten, Grundsätze zu proklamieren, ohne Rücksicht darauf, ob das einen politischen Effekt hat, bloß wegen der Agitation und der Aufklärung. Wir sind in einem Stadium, daß es uns nicht verboten ist, das durchzusetzen, was wir wollen, und das auf die Gefahr, als Opportunisten angesehen zu werden. Ich habe solche Bezeichnungen nie sehr tragisch genommen. Ich bin schon Radikaler, Opportunist, Beschwichtigungshofrat und Hetzer genannt worden. Das schadet nicht. Wenn man nur das Richtige tut, ist auch das Wort Opportunist auszuhalten.

Nun ist es richtig, daß die Fraktion nicht wegen des Parteitages, wie ein Genosse meinte, der sich die Dinge sehr einfach vorstellt, sondern weil sie gemeint hat, daß es möglich ist, wenn man es klug anfängt, einen Beschluß gefaßt hat, der seine Widerspiegelung in der Resolution findet, die morgen vorgelegt wird. Es war der Beschluß, sich nicht bloß etwa auszusprechen dafür, daß ein Friede geschlossen oder Verhandlungen angebahnt werden sollen „ohne Annexionen, ohne Kontributionen!", sondern es wurde beschlossen, den Versuch zu machen, ob es nicht gelingt, durch das Parlament die Regierung dazu zu bringen, daß ein bestimmtes Friedensangebot erzielt wird. Das ist wesentlich anders und wesentlich mehr, als hier von allen Seiten empfohlen wurde. Ich habe allen Respekt vor den Aeußerungen der Genossen und besonders vor dem Antrag Kaff, aber was wir wollen, das ist: einen wirklichen Schritt nach vorwärts zu bewirken und dazu auf die Regierung einzuwirken. Und da ist es nicht so, wie der Genosse Max Adler gemeint hat, daß es genügt, in großen Dingen nur Prinzipien zu verkünden, während man sich in kleinen um die Verwirklichung bemühen muß. Genau umgekehrt! In kleinen Dingen lasse ich es mir gefallen. Wenn ich da einen prinzipiellen Antrag stelle und er wird abgelehnt, so werde ich ihn heute über ein Jahr wieder einbringen. In großen Dingen, wo ich wirklich etwas durchsetzen will, wo ich nicht nur demonstrieren — ich unterschätze den Wert von Demonstrationen nicht — sondern die Regierung zu etwas veranlassen will, da will ich eine Majorität dafür gewinnen, um auf die Regierung einzuwirken, und da muß ich schon wie der Genosse Seitz sagen: Einen solchen Antrag mir ablehnen lassen, würde ich für einen Fehler halten. Denn die Ablehnung eines solchen Antrages würde das Gegenteil von dem bewirken, was ich will, würde die Situation nur verschlimmern. (Zustimmung. — Dr. Max Adler: Aber im Juni!) Ja, Sie reden immer vom Juni. In den Reden sprechen Sie von der Vergangenheit und in den Resolutionen von der Zukunft. Es kann nicht jeder so gescheit sein, aber auf den Kopf gefallen sind wir gerade dadurch, daß wir zu Abgeordneten gewählt worden sind, auch nicht. (Heiterkeit.) Gestatten Sie mir die etwas schulmeisterliche und vielleicht großväterlich klingende Bemerkung. Halten wir

uns auf beiden Seiten — da nehme ich niemand aus — fern von zwei großen Sünden, die bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei sehr schlimm werden können. Das ist erstens die Ueberhebung und zweitens die Rechthaberei. (Therese Schlesinger: Und auch die Schulmeisterei!) Auch die Schulmeisterei, ja wohl. Ich spüre es selber, ich werde ja von euch fortwährend geschulmeistert. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Es tut weh, wenn man so alt ist und sich von den Jungen schulmeistern lassen muß. Man hält das auch aus. (Therese Schlesinger: Wir auch!) Dann sind wir wieder einmal einig. (Heiterkeit). Sie müßten doch einsehen, daß wir im Parlament gerade in diesen schweren Dingen, die auch nach außen hin wirken sollen — ich meine für den Frieden und nicht für die Erziehung der deutschen Partei, die ich überhaupt nicht als meines Amtes ansehe — mit der größten Vorsicht vorgehen müssen. Was hier für den Frieden gesagt werden kann, soll vom Parteitag gesagt werden und je schärfer Sie es sagen und je mehr Sie annähernd dem entsprechen, was draußen die Masse fühlt und empfindet, um so besser.

Nun handelt es sich aber da um zwei Dinge, die miteinander im Zusammenhang sind. Wir haben da einen Antrag Gröbner, der uns extra ermahnt, wir sollen keine Ministerportefeuilles anstreben. Dr. Max Adler hat den Zusatz gemacht: Wenigstens nicht, so lange der Staat bürgerlich-kapitalistisch ist. (Dr. Max Adler: Das ist doch klar, was damit gemeint ist! Zum Beispiel in Rußland!) Sie wünschen eine Rede zu halten, ich habe dagegen nichts einzuwenden, ich höre Ihre Reden sehr gern. (Dr. Max Adler: Ich sage nur, es ist vollständig klar, was damit gemeint ist!) Es ist so klar, daß es überflüssig ist, wie der ganze Antrag. Das ist das Schädliche des Antrages, daß ich nicht dagegen stimmen kann. Ich stimme aber dafür nur mit dem größten Widerstreben, weil es mir scheint, daß es höchst inopportun, unseren politischen Interessen entgegengesetzt ist, daß irgend jemand meinen könnte, man müsse das erst auf unserem Parteitag beantragen. (Zustimmung.) (Dr. Max Adler: Sie waren nicht da, das habe ich selbst zu Beginn meiner Rede gesagt!) Ich bin dagesessen. (Dr. Max Adler: Ich habe es selbst gesagt!) Ich spreche ja nicht immer gegen Sie, Genosse Max Adler, ich spreche jetzt gegen Dr. Hartmann. — Ich halte den Antrag für gänzlich überflüssig und darum — wie soll ich denn sagen? ich will nichts Schlimmes sagen — für inopportun. Die Gefahr, daß plötzlich hinter dem Rücken des Parteitages die Minister nur so wachsen werden, besteht ja nicht. Diese Vorsichtsmaßregeln sind also, um mich eines gelinden Ausdruckes zu bedienen, überflüssig, aber ich meine, man hätte das hier so behandeln sollen, wie die Fraktion und die Parteivertretung und die Arbeiter-Zeitung die ganze Geschichte behandelt haben: als eine Unerheblichkeit und Selbstverständlichkeit. Warum den Parteitag da zu einer Demonstration herausfordern, als ob das etwas wäre, wo es Widerspruch gibt? Wir sind darüber alle einig und man kann selbstverständlich nicht dagegen stimmen. Der Antrag Baumheier ist auch so etwas: daß wir prinzipiell und nicht bloß opportunistisch gegen das Budget stimmen. Bismarck hat einmal gesagt: Das ist das Laster der Deutschen, daß sie, wenn sie in der Sache einig sind, dann über die Motive streiten. (Heiterkeit.) Wir haben immer das Budget verweigert, wir haben es immer verweigert, mit Kriegskrediten und ohne Kriegskredite — was wollen Sie? Sie wollen eine Rede haben! Sie werden Reden haben. Lassen Sie nur das definitive Budget kommen. Jetzt war ja nur ein Provisorium, das war ja nichts Besonderes. Ich habe mich zwar bemüht, als Redner der Fraktion auch für den Frieden zu reden und für die Aktion der Regierung, wie wir sie alle wünschen, zu sprechen, aber Sie werden aus dieser meiner Rede kaum eine Zustimmung zu den Kriegskrediten herausgelesen haben. Man bemüht sich also durchaus die Worte zu unterstreichen und sie so zuzuspitzen, als ob es Leute gäbe, die anderer Ansicht sind. Das mag ja nützlich sein für die einzelnen oder ihre Truppen, ist aber überflüssig und mitunter schädlich für die Partei. (Dr. Renner: Sie lassen sie einfach verdächtig und unzuverlässig erscheinen! — Dr. Max Adler: Sie gibt Gesichtspunkte für die Schwankenden!) Schwankend? Sie wissen nicht, wer schwankt. (Heiterkeit.) — (Dr. Max Adler: Eben, dann um so besser!) Na ja, ich habe ja nichts dagegen. Sie können denen, die Sie für schwankend halten, eine Privatvorlesung halten (sehr richtig!), aber daß der Parteitag der großen Oeffentlichkeit so hingestellt wird, als würde er zu den Schwankenden gehören, das ist überflüssig. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Tomschik**: Mit Rücksicht darauf, daß jetzt sowohl die niederösterreichischen als die deutschböhmischen Genossen Sitzungen halten, unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde. (Zustimmung.)

Adelheid **Popp** (Wien): Obwohl sich einige Genossen sehr für den Antrag Gröbner eingesetzt haben, kann ich doch aus taktischen Gründen nicht dafür sein. Ich spreche dabei natürlich nicht etwa für meine Ministerschaft (Heiterkeit), denn ich komme ja nach österreichischem Gesetz als politisch inferiore Frau nicht in Betracht. Obwohl mir also solche Lorbeeren nicht winken, bin ich dagegen, daß es Genossen unter keinen Umständen freistehen soll, Minister zu werden. Es können sich Lagen ergeben, in denen es von ungeheurer Wichtigkeit sein kann, daß unsere Fraktion freie Hand hat, um den — ich gebe zu — immerhin gefährlichen und verhängnisvollen Schritt zu tun, und zwar im Interesse der Arbeiterklasse. Als die Ministerfrage aktuell war, hat man sich im Parteivorstand nicht weiter aufgeregt, es hat gar keine Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben; es wurde einfach die Ansicht geäußert, daß eine Befragung der Parteigenossen nicht notwendig ist, um eine Ministerschaft abzulehnen, es wohl aber notwendig wäre, die Zustimmung des Parteitages zu erlangen, um eine Ministerschaft anzunehmen. Das könnte auch für die Zukunft gelten. Der sozialdemokratische Ministerialismus, wo er besteht, wirkt abschreckend auf alle Parteien. Wir sind eben in der Lage, nicht in der glücklichen Lage, daß wir immer aus den Fehlern und aus dem Unglück der sozialdemokratischen Parteien anderer Länder lernen können. So an den Wirkungen der Spaltung anderer Parteien, ebenso aber auch aus den Erfahrungen, die mit dem Ministerialismus gemacht wurden. Wenn ich also in den Reihen der Delegierten säße, würde ich den Antrag stellen, daß man über diese Anträge zur Tagesordnung übergehe. Denn eine Annahme würde ich für einen schweren taktischen Fehler halten.

Was den Antrag der Genossin Kaff betrifft, so bedeutet er durchaus keine Frauenrechtelei, denn die Frau ist sowohl als Frau, aber in noch höherem Maße als Mutter an der Beendigung des Krieges interessiert, hat aber im Parlament keine Gelegenheit, Anträge zu stellen, wie die Genossen. Wenn in dem Antrage verlangt wird, daß die Genossen darauf dringen sollen, daß der Friedensbereitschaft noch deutlicher als bisher und auf Grund der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates Ausdruck gegeben werde, so können gewiß die Genossen unserer Fraktion darauf sagen, es sei gefährlich, ihnen solch bindende Beschlüsse zuzuweisen, weil ein solcher Antrag von ihnen nur gestellt werden kann, wenn seine Annahme gesichert ist. Ich bin auch dafür, daß man die Zeit, wann die Aktion einzuleiten ist, der Fraktion überläßt, weil sie es besser zu beurteilen vermag, wann der geeignete Augenblick da ist. Wir können nur den Weg weisen, wissen aber nicht, wann der richtige Zeitpunkt gekommen sein wird. Ich würde Ihnen sehr empfehlen, dem Antrag der Genossin Kaff zuzustimmen, wenn auch unsere Abgeordneten bereits schöne und begeisterte Friedensreden gehalten haben. Alles, was die Abgeordneten im Parlament über die Friedenssehnsucht gesagt haben, war uns aus dem Herzen gesprochen. Es würde aber dem Wunsche der Oeffentlichkeit entsprechen, wenn noch mehr geschähe und der Friedensbereitschaft in noch umfassenderer Weise Ausdruck gegeben würde. (Sehr richtig!) So oft im Parlament von bürgerlicher Seite ein Antrag gestellt wurde, wie der Antrag des Abgeordneten Kraft, den Grafen Czernin einzuladen, oder wenn Friedensanträge von anderer Seite kamen, da fragte man sich, warum denn diese Anträge nicht von unseren Abgeordneten kommen. Die Genossen, die in der Fraktion sind, haben gewiß ihre ausreichenden Gründe dafür, wir aber, die wir nicht im Parlament sind, haben nicht immer Klarheit über diese Gründe, wenn wir auch Vertrauen haben. Deshalb bin ich dafür, daß der Antrag angenommen werde, daß aber diese Aktion zugleich unterstützt wird durch Massenkundgebungen. Wir leben wohl im Ausnahmszustande und ich kenne auch die Schwierigkeiten, die vorhanden sind, aber wir erinnern uns, daß es einen 28. November 1905 gegeben hat, wo wir schwächer waren im Parlament. Es war damals wohl kein Ausnahmszustand, aber die Macht, die der Ausnahmszustand gibt, hat die Regierung damals auch gehabt. Damals sagten wir uns: Die letzte Entscheidung im Wahlrechtskampfe muß fallen. Das Wahlrecht war eine große Sache, der Frieden aber ist keine minder große Sache. Ich gehöre nicht zur Linken, nenne mich aber auch keine Rechte, ich weiß nur, daß der Augenblick kommen kann, wo der Notwendigkeit Rechnung getragen werden muß und wo den Genossen in sichtbarerer Weise gezeigt werden muß, daß die Partei entschlossen ist, alles aufzubieten, um kraftvoller und energischer den Weg zum Frieden zu weisen. Eine solche Massenkundgebung wäre sicher von beispielgebender Wirkung für das Ausland.

Schmerzlich berührt es, daß jetzt jedes Wort des Humors oder des Spottes als eine Kränkung aufgefaßt wird. Hätte dieses Gefühl immer bestanden, so wären viele zusammengebrochen unter den Worten des Spottes und des Hohnes, die wir gerade von Viktor Adler haben über uns ergehen lassen müssen. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß es nicht nötig und nicht gut ist, aus kleinen Dingen große Affären zu machen. Noch eine Beschwerde oder richtiger einen Wunsch habe ich vorzubringen. Unsere Genossinnen, aber leider nicht die Genossen, treten mit ganzer Kraft dafür ein, daß das Stigma der politischen Inferiorität von uns Frauen genommen werde. Aber das österreichische Parlament ist noch nicht dazu gebracht worden, eine Debatte über diese Seite der österreichischen Rückständigkeit abzuführen. Es ist bedauerlich, daß diese Bewegung in unserem Parlament noch keine Resonanz gefunden hat. Ich bin nicht nur Parteigenossin, sondern auch Frau und wünsche, daß Sie mit aller Kraft für die politische Gleichberechtigung eintreten. Wir wollen nicht nur für den Frieden, sondern auch für den erhöhten Schutz der Frauen und der Kinder im Parlament kämpfen. (Beifall.)

Abgeordneter **Widholz**: Es ist wohl begreiflich, daß sich der Parteitag in erster Linie mit der Friedensfrage, mit dem Kriegsdienstleistungsgesetz und mit der Ernährungsfrage beschäftigt und daß eine Reihe von anderen Fragen, so insbesondere die Sozialpolitik, in den Hintergrund treten mußte. Man wird förmlich beklommen, wenn man in dieser gewiß weltbewegenden Debatte auf dieses Gebiet zurückkommen soll. Aber immerhin ist es notwendig, darüber einige Worte zu sagen, schon deshalb, weil von zwei Genossen gewissermaßen die Beschuldigung erhoben wurde, daß gewisse Dinge nicht genug klargestellt worden wären. Es ist Klage erhoben worden, daß eine § 14-Verordnung einfach in der „Arbeiter-Zeitung" publiziert wurde, von der niemand etwas gewußt hätte, die wir nun im Ausschusse in ein Gesetz, das sogenannte Ermächtigungsgesetz, umgewandelt haben. Es kann doch keine Beschuldigung erhoben werden, daß wir uns an der Umwandlung in dieses Gesetz betätigt haben. Dann wurde die Frage der Krankenversicherung erörtert und dabei die Beschuldigung erhoben, daß wir diese § 14-Verordnung gefordert hätten. Dazu möchte ich Ihnen mitteilen, daß schon im März 1916 eine Konferenz von Krankenkassenvertretern abgehalten wurde, in der wir allerdings mit Nachdruck verlangten, daß die Leistungen der Krankenkassen erhöht werden und gesagt wurde, daß diese zusammenzubrechen drohen, wenn dies nicht geschieht. Diese Konferenz hat öffentlich getagt und war von den Vertretern ganz Oesterreichs beschickt. Das hat dazu geführt, daß jene Bestimmungen des Sozialversicherungsgesetzes, welche sich auf die Leistungen der Kassen beziehen, herausgegriffen wurden und von der damaligen Regierung in eine § 14-Verordnung geformt wurden. Wir haben an den Beratungen selbstverständlich teilgenommen und haben uns von Haus aus gegen die zweitägige Karenzfrist gewehrt. Wir waren aber außerstande, sie zu beseitigen, und haben dann auch mit den Mitteln, die im Parlament zu Gebote stehen, für diesen unseren Standpunkt gekämpft. Es wurde uns zum Vorwurf gemacht, daß der Referent gewissermaßen eine andere Stellung eingenommen hat als die Mitglieder des Ausschusses oder des Klubs. Wir waren alle einig, aber es hat sich darum gehandelt, ob wir das Gute, das in dem Gesetze enthalten ist, versenken lassen sollen nur des einen Umstandes wegen, daß die zweitägige Karenzfrist drin enthalten ist. Ich brauche in diesem Kreise nicht aufzuzählen, welch ungeheure Vorteile in diesem Gesetze für die Arbeiterschaft liegen, und will nur sagen, daß im Vergleiche dazu die zweitägige Karenzfrist eine Kleinigkeit bedeutet. Wir konnten auf den Referenten nicht verzichten, weil wir die Vertretung der Vorlage nicht dem Wohlmeier oder Einspinner oder einem der Herren aus der großen Zunft der Gewerberetter und Arbeiterfeinde überlassen wollten. Sie wissen ja, daß der Antrag gestellt wurde, das Gesetz abzulehnen und die Krankenversicherung zu verstaatlichen. Wir mußten uns also dazu bequemen, das Unangenehme mit in den Kauf zu nehmen. Der Referent im Hause mußte sagen: „Das ist die Meinung des Ausschusses" und konnte nicht das Minoritätsvotum vertreten.

Eine zweite Frage, die hier erörtert wurde, bezieht sich auf die Invalidenversicherung. Wir glauben, daß durch die Schaffung des Gesetzes über die Krankenversicherung der Weg für die Invalidenversicherung geebnet wird. Wir haben auch sofort am Beginn der Session einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, eine Vorlage über die Invalidenversicherung einzubringen. Es ist jetzt nur die Situation etwas unklar, weil man gegenwärtig nicht weiß, welches Ministerium

kompetent ist. Der Minister des Innern will sich damit nicht mehr befassen, zweifellos wird es Sache des Ministeriums für soziale Fürsorge sein. Unser Klubvorstand hat sich mit der Angelegenheit bereits befaßt und es wurde unter den Parteigenossen eine eigene Gruppe gebildet, die sich hauptsächlich damit zu beschäftigen hat, daß die sozialpolitischen Vorlagen eingebracht und in entsprechender Weise erledigt werden. Wir sind uns dessen bewußt, daß — weil wir uns mit der großen Frage des Friedens und mit der Frage der Ernährung beschäftigen müssen — die Sozialpolitik stark in den Hintergrund treten mußte. Wir werden in Zukunft in verstärktem Maße dafür sorgen, daß die Vorlage eingebracht wird.

Es wurde hier der Wunsch ausgesprochen, daß wir mit den Vertretern der einzelnen Gruppen, deren Angelegenheiten im Parlament beraten werden, Fühlung nehmen, und im Zusammenhang damit wurde von einer Denkschrift der Handelsangestellten gesprochen und zwischen den Zeilen angedeutet, als ob wir da unterlassen hätten, auf diese Zusendung hin eine Aktion zu unternehmen. Gerade unsere Genossen von den Handelsangestellten verstehen die Agitation für ihre Sache so gut, daß ich glaube, wenn sie den Abgeordneten so etwas zu sagen haben, sie ihnen auch einige Zeilen dazu mitgeben und sagen sollten: Hört, das kommt von uns, wir ersuchen euch, die Sache zu machen und nicht zu übersehen! Wir wissen, daß wir noch eine Reihe von Fragen zu erledigen haben, wie die Nachtarbeit der Frauen, die Beseitigung des Arbeitsbuches, die Arbeitszeit der Frauen und Kinder, und eine Reihe von anderen Fragen, die selbstverständlich jetzt von uns alle in Angriff genommen werden müssen, deren Erledigung aber nicht von den Sozialdemokraten allein abhängt.

Abgeordneter **Leuthner**: Diejenigen, die wie Dr. Max Adler von einer Demonstration im Abgeordnetenhause — welches praktische Ergebnis sie auch sonst haben möge — eine große moralische Wirkung erwarten, befinden sich in einem sonderbaren Irrtum über die Art des österreichischen Parlaments wie über die Art des österreichischen Staates und sie beweisen auch in diesem Falle wieder, daß sie völlig in Vorstellungen und Begriffen des Auslandes leben und diese ungeprüft und ungeklärt auf Oesterreich übertragen. Worauf beruht die Wirkung einer rein radikalen Friedenskundgebung in der öffentlichen Körperschaft eines kriegführenden Staates? Doch nur darauf, daß sie das zu durchbrechen scheint, was man mit einem bekannten Schlagwort die Einheit der inneren Front nennt. Eine derartige Kundgebung würde etwa in Frankreich oder in Deutschland eine große Wirkung haben können, in Oesterreich nicht, denn sie tritt hier in Wettbewerb mit Kundgebungen, die sich mit einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit gegen den Staat wenden, der wir es nicht gleichtun können. Was soll eine noch so radikale Erklärung für einen Widerhall haben nach den Erklärungen der Tschechen und Polen, die sich nicht nur gegen die Kriegsziele der Regierung wenden, sondern die Erreichung ihrer Kriegsziele aus den Händen einer Konferenz erwarten, auf der wesentlich die Entente die Friedensbedingungen zu bestimmen hätte? Es würde auch einem Max Adler im österreichischen Parlament nicht gelingen, Sensationen des Radikalismus hervorzurufen. Das ist ein wichtiger Umstand, weil er eine rein demonstrative Kundgebung der Sozialdemokratie fast unmöglich macht. Dieser Umstand wirkt aber auch dahin, daß selbst eine Friedenskundgebung, wie wir sie planen und durchführen wollten, mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist . . . Man hat nicht nur verschiedene Anschauungen unter einen Hut zu bringen, auf die Meinungen bürgerlicher Parteien Rücksicht zu nehmen, um der Kundgebung eine Mehrheit zu gewinnen. Wenn diese so gewonnene Mehrheit dann nur aus Sozialdemokraten und Slawen besteht, ist doch nur ein sehr bedingter Wert erlangt, weil hinter den slawischen, besonders den tschechischen Stimmen nicht so sehr der Wille zum Frieden steht als die Absicht, der Regierung durch eine Friedenskundgebung Schwierigkeiten zu machen. Der wahre Wille aber zielt ganz wo anders hin. Man sieht auch hier, wie die Dinge, die sonst überall ganz einfach liegen, in Oesterreich verworren werden und ins Zwielicht treten. Man darf überhaupt nicht außer acht lassen, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg unter ganz anderen moralischen Voraussetzungen führt als alle übrigen am Weltkriege beteiligten Staaten. Alle anderen Staaten setzen sittliche Kräfte ins Spiel ein, Oesterreich muß aber darauf verzichten. Es muß sich bei dem größten Teile seiner Völker mit dem äußeren mechanischen Gehorsam begnügen. Es wird daher durch Erklärungen und Demonstrationen, die sich gegen den Kriegswillen aussprechen, nicht so unmittelbar getroffen wie zum Beispiel Deutschland, das die moralische Spannkraft

des ganzen Volkes mit ins Spiel gesetzt hat. Bei uns dagegen bleibt die moralische Spannkraft ganz außer acht, weil der größte Teil der Völker Oesterreichs an diesem Kriege von vornherein nicht mit dem Herzen beteiligt war. Der Krieg hat gezeigt, noch deutlicher als der Friede gezeigt, daß Oesterreich bloß ein rein äußeres Machtgefüge ist. Und wenn Oesterreich im Frieden diese Tatsache durch eine lässig bequeme Regierungsform einigermaßen verhüllt, so tritt sie jetzt desto unumwundener hervor. Daher kommt der scheinbare Widerspruch, der doch in Wahrheit eine Folgerichtigkeit ist, daß der Staat, der sich im Frieden durch ein Sichgehenlassen, durch Lässigkeit und Weichheit auszeichnete, im Kriege die größte Brutalität walten läßt, die meisten Rechtsbrüche und Gesetzesverletzungen aufzuweisen hat. Er muß mit Furcht erzwingen, was ihm die Liebe verweigert, und er kann sich der Rücksicht auf die Volksstimmung überheben, weil er sie ohnehin nicht zu gewinnen hoffen darf. Auch Deutschland hatte in Elsaß-Lothringen mit Widerständen zu rechnen, es hat sich aber gehütet, so zu wüten und so zu hängen wie es bei uns etwa in Ostgalizien geschehen ist. Denn bei uns war es der einzige Gedanke: es gibt kein besseres Mittel der Wirkung als das, Schrecken zu verbreiten. Und sicherlich sind alle Vergleiche mit dem Auslande bedenklich und unangebracht. Wollen wir die deutschen Sozialdemokraten durch Demonstrationen zu gleichem Tun hinreißen, so vergessen wir nicht, was die deutsche Sozialdemokratie bei jedem Schritte einzusetzen hätte. Sie muß selbst Rücksicht nehmen auf die moralischen Kräfte des Widerstandes und sie steht einer Generalität gegenüber, die die Welt mit ihrem Ruhm erfüllt hat, während unser militärisches Prestige bereits zum Teile Zylinderhüte trägt und den Ruhestand in allen Ehren oder Unehren genießt.

Genosse Hartmann hat hier erklärt, niemand könnte einem Frieden um jeden Preis zustimmen, auch nicht ein Zugehöriger der äußersten Linken. Das gilt für Deutschland, das gilt für Frankreich. Aber vergessen Sie, Genosse Hartmann, nicht, daß in Oesterreich dem Frieden um jeden Preis im Verlaufe dieser dreieinviertel Jahre je nach den Wechselfällen die entschiedensten schwarz-gelben Patrioten zuneigten. Es hat also das Hantieren mit den Begriffen, die draußen geprägt worden sind, in Oesterreich gar keinen Sinn, und wenn wir uns dieses Hantieren abgewöhnen wollten, so würden fünf Sechstel aller unserer Streitigkeiten entfallen. Es hat gar keinen Sinn, den Frieden um jeden Preis als Schreckbild in einem Lande aufzustellen, wo zwei Drittel der Bevölkerung im Parlament durch freigewählte Vertreter erklären, daß sie um jeden Preis aus Oesterreich weg wollen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Czech: Von Scharing (Rumburg) ist folgender Antrag eingebracht worden:

(liest Antrag 23).

Scharing (Rumburg): Wir dürfen einer großen Schichte von Menschen nicht vergessen, die eine ihrer schwersten Pflichten erfüllen müssen, das sind unsere Brüder im Waffenrocke an der Front. Es ist Pflicht dieses Parteitages, daran zu denken, wie wir unseren Soldaten Hilfe bringen können. Wenn man aus den Interpellationen der Genossen Sever und Max Winter an den Landesverteidigungsminister sieht, und es auch sonst weiß, wie man die Soldaten im Kriege behandelt, dann ist es von größter Bedeutung, daß von dieser Stelle aus an den Klub der Abgeordneten die Bitte gerichtet wird, er möge auf die Einsetzung eines Ausschusses dringen, dem die unumschränkte Vollmacht erteilt wird, die verschiedenen Fronten zu bereisen und dort aus eigener Wahrnehmung die Wünsche und Beschwerden der Soldaten entgegennehmen. Diese Reisen dürfen aber nicht darnach sein, um vielleicht den Triumph einiger Armeeführer herbeizuführen, sondern sie müssen tatsächlich die Möglichkeit geben, daß die Soldaten ihre Beschwerden vorbringen können und auf diese Weise Hilfe und Schutz erlangen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Czech: Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort des Berichterstatters.

Abgeordneter Seitz: Es ist selbstverständlich an der Tätigkeit der Abgeordneten scharfe Kritik geübt worden. Das ist gut, und traurig wäre es, wenn man sich mit dem Wenigen begnügen wollte, was erreicht wurde. Es ist selbstverständlich, daß eine Fraktion nicht alles das, was die Genossen wünschen, erreichen kann und ein großer Rest unerfüllter Wünsche zurückbleiben muß. Es sind uns auch gute Ratschläge gegeben worden, wie wir den einen oder den anderen Antrag hätten besser placieren

können und wie wir verhindern könnten, daß uns in irgendeiner Sache andere Abgeordnete zuvorkommen. Besonders das vertragen die Genossen nicht, daß ein anderer eine gute Idee um fünf Minuten früher durchführt als wir. Das ist ihnen unerträglich. Aber auf dem Boden des Parlamentes sind die Dinge anders und wir dürfen nicht kleinlich sein. Uebrigens fragen Sie den nächstbesten bürgerlichen Abgeordneten, ob wir in der parlamentarischen Taktik unseren Mann stellen. Sie werden, das kann ich ohne Ueberhebung sagen, von Freund und Feind bestätigt hören, daß der Sozialdemokratische Klub, was die parlamentarische Taktik anbelangt, allen anderen Parteien über ist.

Auf die Einzelheiten, die hier besprochen wurden, einzugehen, versagt sich durch die Kürze der Zeit. In der Frage der zwei Tage Krankenversicherung treffen die heftigen Vorwürfe nicht den Klub, sondern jene Instanzen, die für die Haltung des Klubs entscheidend waren. Der Klub kann in solchen Fragen nicht selbständig vorgehen, er ist da nur durchführendes Organ, hat die Weisung der Reichskommission der Krankenkassen und der Gewerkschaftskommission einzuholen. Als zwischen beiden eine Meinungsverschiedenheit war, insbesondere wegen des § 1154 b a. b. G.-B., haben wir im Klub eine Zusammentretung beider Körperschaften veranlaßt und es wurde unter Mitwirkung der Abgeordneten die Vereinbarung getroffen, daß der Antrag zu stellen sei, die beiden Tage hätten aufrecht zu bleiben. Dieser Antrag ist klipp und klar gestellt worden, und zwar namens der Fraktion durch den Abgeordneten Pongratz. Er hat leider nicht die Majorität gefunden, so warm wir uns auch dafür eingesetzt haben.

Die Fragen der Arbeiter, Bergarbeiter, Kriegsleister u. s. w., wovon Genosse Schlager gesprochen hat, haben ihre Lösung gefunden durch die Anträge, die wir gestellt haben und durch unsere Interventionen. Jeder von uns sieht ja, daß die Arbeiter die Kriegsleistung nicht mehr ertragen können, daß sie durch die Kriegsleistung physisch zugrunde gerichtet werden. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß dies nicht im Interesse der Heeresverwaltung selbst liegen kann. Was die Personaleinkommensteuer betrifft, so kommt diese Sache jetzt bei den Steuerberatungen zur Sprache. In der Frage der Personaleinkommensteuer müssen wir sehr vorsichtig sein. So sehr wir auch den Arbeiter vor der Besteuerung des Gesamtfamilieneinkommens bewahren möchten, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Personaleinkommensteuer progressiv ist und daß daher die Aufhebung der Familienbesteuerung denjenigen Schichten, die durch die Progression getroffen werden sollen, leicht eine Steuerhinterziehung ermöglichen würde. Solche Leute würden ihr Einkommen auf die einzelnen Mitglieder ihres Haushaltes aufteilen, insbesondere auf die erwachsene Jugend, wodurch sich eine weitaus geringere Steuer ergeben würde, als wenn das Haushaltungseinkommen als Einheit besteuert wird. Wir müssen also in dieser Frage sehr vorsichtig sein und nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Ernährungsfragen werden erörtert beim Referat über Ernährungsfragen. Mit den Fragen der Kriegsbeschädigten haben wir uns selbstverständlich vom ersten Tage an befaßt, wir haben darüber auch Anträge gestellt und hoffen, diese Angelegenheit im Zusammenhang mit all den Militärpensionsfragen, die auch in einem engeren Zusammenhang stehen mit der Sozialversicherungsfrage, bereinigen zu können. Fürsorge und Jugendstrafrecht ist auch erwähnt worden, ebenso eine Reihe anderer Justizgesetze. Wir haben im Parlament erst in der letzten Zeit die Frage der Fürsorgeerziehung eingehend behandelt. Bekanntlich ist man an diese Frage bis jetzt immer herangetreten vom rein kriminalistisch-juristischen Standpunkte. Man hat die Fürsorgeerziehung aufgefaßt als eine Maßregel gegen die Verwahrlosung der Jugend und zum Schutze der zur Verwahrlosung neigenden Jugend. Das ist eine Auffassung, die schon vor dem Kriege nicht zutreffend war. Nach dem Kriege ist sie unmöglich. Die Fürsorgefrage ist nicht mehr eine kriminelle, sie ist eine rein sozialpolitische Frage, sie kann nur vom sozialpädagogischen Standpunkte behandelt werden und wir werden alles daransetzen, um sie so zu behandeln. Dabei kommt selbstverständlich die Fürsorge für die gesamte Jugend, insbesondere für die Kriegerwaisen, für die Halbwaisen, für die Kinder von Eltern, die in Fabriken beschäftigt sind u. s. w., in Betracht. Im Rahmen dieser Fürsorge kann dann auch die Frage der kriminellen Fürsorge gelöst werden. Wir werden natürlich auch den übrigen von Dr. Eisler hier berührten Justizfragen unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden.

Hauptinhalt der Debatte war die Friedensfrage. Wir sind von jenen Genossen, die durchaus darauf bestehen, daß wir ihnen den Titel der Linken verleihen, auch hier scharf angegriffen worden. Ich möchte — nehmen Sie mir es nicht übel — eine Bitte

an Sie richten: Behandeln Sie alle diese prinzipiellen und parteitheoretischen Fragen nicht immer so gallig, so verbittert. Treten Sie doch nicht immer an die Fragen heran von dem Gesichtspunkt: Was kann ich da aufspießen, um mich zu den anderen Genossen in einen Gegensatz zu stellen? Gerade in der Frage des Friedens kann noch mehr wie bei allen anderen Fragen eine solche Behandlungsmethode nur Schaden bringen. Kann denn irgend jemand einem anderen Genossen zumuten, daß er den Frieden auch nur um ein Gran weniger will, daß er ihn weniger wünscht, daß er weniger seine ganze Kraft in den Dienst des Friedens stellt? Das ist ja unmöglich. Wir müssen uns also als Genossen und Freunde zusammensetzen, rein sachlich beraten, welche Wege man einschlagen soll, nicht aber Gegensätze künstlich konstruieren, die gerade in dieser Frage nicht bestehen. Ich möchte noch etwas bitten: Die Genossen sollen doch nicht gar so empfindlich sein. Jeder Scherz, jede etwas spöttische Bemerkung löst eine Empfindlichkeit aus, über die man staunen muß. Ich bin von Anfang des Krieges, und das gilt auch heute noch, in vielen Fragen den Genossen dort drüben ziemlich nahegestanden und jeder, der Einblick in die inneren Parteiverhältnisse hat, wird das bestätigen. Aber das, was hier geschieht, dieses Hineintragen eines rein theoretischen Streites in diese praktische politische Frage, das halte ich geradezu für ein Verbrechen. Gerade hier sollten wir uns bemühen, in parteigenössischer Weise und in Solidarität die Frage zu erörtern. Da wird uns gesagt: Weil der Parteitag gekommen ist, habt ihr im Klub einen Antrag zu stellen beschlossen. Wir haben uns also vor dem Parteitag gefürchtet! Genossen: Es hat sich eben jetzt vor drei Wochen eine günstige Konstellation ergeben. Das ist alles. Die Zeitungen berichteten, daß der Nationalverbändler Kraft den Antrag stellen wird, den Grafen Czernin in den Budgetausschuß zu laden. Nun ist das nach der Verfassung eine blanke Unmöglichkeit. Der Minister des Aeußern hat im österreichischen Parlament nichts zu suchen und wird daher auch nicht kommen. Aber dieser Antrag Kraft hat uns die Möglichkeit eröffnet, mit bürgerlichen Parteien über einen Friedensantrag zu verhandeln. Es wird auch gesagt, wir hätten rechtzeitig dahin wirken sollen, daß uns nicht Daszynski mit dem Friedensantrag zuvorkommt. Er hat lange bevor das Parlament zu meritorischen Verhandlungen kam, einen „Friedensantrag" eingebracht, der die Kennzeichnung seiner polnischnationalen Wünsche bezweckte. Man hat diesen Antrag immer hinausgeschoben und eines Tages ist er in eine Anfrage umgewandelt worden. Nun hat man ihn als ersten Redner reden lassen. Das soll ein Fehler sein! Ich habe die Genossen von Reichenberg über all das schriftlich aufzuklären versucht, aber sie haben mich — wie die Rede des Genossen Baumheier zeigt — leider noch immer nicht verstanden.

Für die Arbeit des Parlaments geradezu gefährlich ist das Streben, das man so häufig bei bürgerlichen Parteien beobachten kann: reine Demonstrationsanträge zu stellen, und die Sucht, anderen zuvorzukommen, die Politik der „Zuerst-dabei und Kompagnie". Wenn man nur in der Zeitung seinen Namen liest. Als wenn das ein Ruhmestitel wäre. Die Fraktion legt keinen Wert auf solche Aeußerlichkeiten, sie legt Gewicht darauf, in der Sache Erfolge zu erzielen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn uns der Parteitag auf die Bahn solcher Effekthascherei und Demagogie drängen wollte.

Ich sage, wir wollen den Frieden so wie Sie und wir sind entschlossen, alles zu tun, was möglich ist, ihn herbeizuführen. Wir heischen von jedem Sozialdemokraten das Vertrauen, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen soweit unsere schwache Kraft reicht, das tun wollen, was notwendig ist. Freilich, der Genosse Max Adler meint, wir hätten damals, wie das Parlament zusammengetreten ist, einen Antrag stellen sollen, der die Regierung aufgefordert hätte, Frieden zu machen auf der Basis: „Ohne Annexionen und ohne Kontributionen." Ich habe schon im Referat gesagt, daß wir sofort in unserer ersten Rede im Parlament die Regierung aufgefordert haben, diese Erklärung abzugeben. Einen Antrag haben wir nicht gestellt, weil er abgelehnt worden wäre, weil er nur die Stimmen der Sozialdemokraten und vielleicht einiger weniger anderer gefunden hätte und weil wir uns sagten, daß es zwar schlimm ist, einen Friedensantrag nicht zu stellen, aber noch weit schlimmer, ihn ablehnen zu lassen. Der Genosse Max Adler möge uns glauben, wir sind ja auch nicht von gestern im österreichischen Parlament, wir wissen, was erreicht werden kann und was nicht. Ich glaube nicht, daß er möchte, daß ein Friedensantrag abgelehnt wird. Wir müssen eben immer unterscheiden zwischen dem, was die Partei will, wofür die Partei agitiert und was das Parlament wollen kann, wofür eine Mehrheit zu finden ist. Wir haben keine Versammlung gehalten, ohne aufzufordern zur Agitation für den Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen. Aber eine ganz andere Sache

ist, ob die Partei im Parlament die Regierung auffordern soll und wann sie sie auffordern soll, eine solche Erklärung abzugeben.

Von der Genossin Kaff und anderen wurde ein Antrag eingebracht, man soll die Regierung auffordern, an Rußland die Erklärung abzugeben, daß wir für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen sind. Einverstanden. Aber es ist auch da eine gewisse Vorsicht nötig. Geht die Aufforderung allein an Rußland, so kann sie leicht als Angebot zu einem Sonderfrieden betrachtet werden, was doch gerade wir aus tausend Gründen nicht wünschen können. Unsere Aufgabe im Parlament ist jetzt nicht, mit der Frage des Friedens Agitation zu treiben. Wir benützen den Boden des Parlaments oft zur Aufrüttelung der Massen, zu ihrer Belehrung und zur Vertiefung ihrer Kenntnisse. In dieser Frage wäre es aber sehr gefährlich, das agitatorische Interesse mit hineinspielen zu lassen. In einer Frage, wo es sich um das Schicksal des ganzen Volkes und vor allem um das Schicksal der Arbeiterklasse, wo es sich um unser Leben handelt, können wir uns nicht darauf einlassen, das Gesamtinteresse durch irgendwelche taktische Rücksichten zu gefährden. Wir werden diese Frage vollkommen losgelöst von allen taktischen Interessen immer nur als solche behandeln und werden uns bemühen, überall Bundesgenossen zu gewinnen für den Kampf um den Frieden. Wir werden in diesem Sinne Erfolge zu erreichen trachten, selbst dann, wenn unser Name auf einem Antrag nicht genannt wird. Das ist mir gleichgültig und wenn ich auf dem nächsten Parteitag wieder zehnmal zur Verantwortung gezogen werden sollte, weil der Antrag vielleicht nach einem Polen, nach einem Christlichsozialen oder Nationalverbändler benannt ist und nicht nach uns. Wir werden uns in dieser Frage ausschließlich davon leiten lassen, was notwendig ist, um dem Antrag eine Majorität zu verschaffen, die womöglich aus Vertretern aller Nationen zusammengesetzt ist und den entschlossenen Friedenswillen aller Völker Oesterreichs zum Ausdruck bringt.

Wir werden dadurch die Verhandlungen von Parlament zu Parlament in die Wege leiten – der beste Weg zu einem endlichen Erfolg.

Abstimmung.

Ich komme nun zu den einzelnen Anträgen:

Der Antrag Wigstadtl ist zurückgezogen worden.

Vorsitzender Dr. Czech: Wir glauben in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn wir den Referenten jeden einzelnen Antrag besprechen lassen und anschließend daran die Abstimmung vornehmen. (Zustimmung.)

Abgeordneter Seitz: Der Antrag Gröbner will ausdrücken, daß die Partei Ministerstellen ablehnt und daß man, wenn es schon einmal dazu kommen sollte, diese Frage einem Parteitag zur Entscheidung vorlegen müsse. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir nicht für jetzt und für alle Zeiten den Eintritt in ein bürgerliches Ministerium abschwören. Nun, Genossen, ich bin kein Prophet, aber wir haben ja Erfahrungen in der ganzen Internationale. Wenn sich manche Parteien noch so energisch gegen den Eintritt in Regierungen ausgesprochen haben, so ist doch bei den meisten ein Moment gekommen, wo sie begannen, nachzudenken. So weiß ich nicht, ob es nicht in Oesterreich zu einem solchen Momente kommen kann. Ich halte die Frage nicht für eine prinzipielle, sondern für eine taktische. Welche Taktik die Partei in einem späteren Moment einschlagen wird, das ist ihre Sache. Ich kann dem Parteitag von heute nicht das Recht einräumen, jetzt schon zu entscheiden, was die Partei in einer, wenn auch noch so fernen oder nahen Zeit in einer so wichtigen taktischen Frage zu tun haben wird. Meine Meinung ist, daß wir noch lange nicht in die Lage kommen werden, auch nur zu erwägen, ob wir in ein Ministerium eintreten sollen. Als das Angebot jüngst an uns gestellt wurde, da war unser aller Meinung, daß wir es ablehnen müssen, es war das ein glattes Nein, das auch ohne irgendwelche Begründungen gewiß alle Genossen verstanden haben. Es wird dem Genossen Max Adler der Vorwurf gemacht, daß er ein Philosoph ist. Ich mache ihm diesen Vorwurf nicht, denn ich habe Achtung vor der Philosophie wie vor jeder Wissenschaft. Damit ich also nicht mißverstanden werde, mache ich meine Verbeugung vor der Philosophie. Aber wenn mir Dr. Max Adler in der Politik, von der ich etwas verstehe — zum Unterschied von der Philosophie (Heiterkeit) — immer wieder kommt und sagt: Du, es ist nicht wichtig, ob du für diesen Antrag bist oder gegen ihn, sondern das Wichtigste ist, in welchem Bewußtsein du für oder gegen diese Sache stimmst — Genossen, das geht mir immer an die Nerven (Heiterkeit). Die Politik ist Praxis; sie ist angewandte Wissenschaft. Es ist mir zunächst gleichgültig, ob der

Gegner oder der Freund bei der Abstimmung dieses oder jenes Bewußtsein hat — das alles überlasse ich dem Genossen Max Adler, er soll ihn psychoanalytisch oder sonstwie untersuchen — aber auf dem Boden des Parlaments, wenn ich darum kämpfe, daß einer ja oder nein sagt, dann frage ich nicht, aus welchem Bewußtsein heraus er ja oder nein sagt. Gewiß, der Redner in einer Volksversammlung wird ganz anders wirken, je nachdem, ob er vom inneren Bewußtsein über die Berechtigung seiner Sache getragen ist oder sich nur zögernd seiner Aufgabe unterwirft, aber auf dem Boden des Parlaments ist das anders.

Ein Zusatzantrag Max Adler zum Antrag Gröbner geht dahin, zu sagen, daß wir die Ministerschaft in einem bürgerlich-kapitalistischem Staate ausschließen. Nun, ich glaube, das ist selbstverständlich, denn daß wir auch in einem sozialistischen Staate nicht ins Ministerium eintreten dürften, wird niemand behaupten. Aber es ist sehr müßig, sehr lange über die Sache zu reden aus dem einfachen Grunde, weil Genosse Gröbner seinen Antrag modifiziert hat und diese Modifikation lautet nunmehr:

(Liest Antrag 19a.)

Das ist selbstverständlich und ist nützlich und was später kommt, das wird uns die Zukunft lehren. In der Vergangenheit waren wir schon einmal in einem Moment der Entscheidung. Erinnern Sie sich an das Jahr 1906, wo wir um die Wahlreform gekämpft haben. Wenn uns damals die Regierung Beck eingeladen und gesagt hätte: Wir können nicht mehr weiter, die Wahlreform wird parlamentarisch einfach nicht mehr getragen werden, wenn ihr nicht bereit seid, ins Ministerium einzutreten; was hätten wir getan? Wir hatten die Pflicht, die Wahlreform zustande zu bringen. Ich glaube, daß es damals in ganz Oesterreich nicht einen Genossen gegeben hätte, der gesagt hätte: nein, aus prinzipiellen und opportunistischen Gründen lehnen wir ab, wir werden lieber die Wahlreform scheitern lassen, ehe wir einem Genossen gestatten, einige Monate diesem Ministerium anzugehören. Ich glaube nicht, daß es auch einen einzigen Genossen gegeben hätte. (Rufe: Oho!) Ich glaube nicht, denn die Wahlreform war damals für uns alle so wichtig, daß wir in einer ähnlichen Lage gewesen wären, in der zum Beispiel vor kurzem die Dänen waren, die ihren Parteitag einberufen und sagen mußten: es steht jetzt so, es ist nun einmal das Interesse der Arbeiterklasse! und die beschlossen haben, ihren Vertreter ins Ministerium zu schicken. Ich glaube also, der Antrag des Genossen Gröbner ist in der neuen Fassung zutreffend und ich empfehle ihn zur Annahme.

Vorsitzender Dr. Czech: Wer für den Antrag 19a des Genossen Gröbner ist, den bitte ich, die Karte zu erheben. (Geschieht.) Bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.)

Der Antrag 19a (Gröbner) ist angenommen.

Referent Seitz: Ein Antrag Kiesewetter:

(Liest Antrag 18.)

Was den letzten Satz anbelangt, so ist das nicht Sache des Abgeordnetenklubs. Die Einleitung von Aktionen der Partei ist Sache der Partei, der Reichs-, Landes-, Bezirkspartei, das kümmert uns also nicht in unserer Eigenschaft als Klubangehörige. Was die Forderung anbelangt, eine Abstimmung herbeizuführen, so wäre es verfehlt, einen Beschluß zu fassen, der die Abgeordneten zwingt, morgen bei Zusammentritt des Hauses sofort diese Abstimmung zu veranlassen, aus den Gründen, die ich bereits erörtert habe. Man muß es uns überlassen, den geeigneten Zeitpunkt zu finden, in dem ein solcher Antrag Aussicht auf Erfolg hat. Ich bin daher gegen diesen Antrag. Soweit es sich darum handelt, zu konstatieren, daß der Klub seinen eigenen Beschluß, für den Frieden zu wirken, bisher nur mangelhaft ausgeführt hat, so enthalte ich mich darüber einer Aeußerung. Hier handelt es sich um ein Urteil, das der Parteitag selbst zu sprechen hat. Ich bin gegen die Annahme dieses Antrages.

Mathilde Eisler (Wien) zur Abstimmung: Ich beantrage die Stimmenzahl zu konstatieren.

Für den Antrag 18 stimmen 26, gegen den Antrag 85 Delegierte, er ist daher abgelehnt.

Abgeordneter Referent Seitz: Es liegt vor ein Antrag Franz Baumheier (Reichenberg):

(Liest Antrag 17.)

Was dieser Antrag will, kann ich nicht ergründen. Wir haben — wenn man es opportunistisch nennt, auch gut — erklärt, daß es nicht nützlich ist in eine Regierung einzutreten, daß wir Dinge nicht machen wollen, die uns nicht passen (Dr. Max Adler: Es handelt sich nicht um die Regierung, es handelt sich um die Kredite!) Wir haben auch gegen die Kriegskredite sowohl aus Opportunitätsgründen — wenn Sie das so nehmen wollen — als auch aus sachlichen und aus prinzipiellen Gründen gestimmt. Ich weiß nicht, ob wir am 4. August anders gestimmt hätten. Es handelt sich eben auch hier um taktische, nicht um prinzipielle Fragen. Gerade die Genossen von der Linken haben es selbst erlebt, daß am 4. August im deutschen Reichstag Genossen ihrer Richtung, wie zum Beispiel Bernstein, für die Kriegskredite gestimmt haben. Später hat Genosse Bernstein in einem Artikel unter dem Titel „Ist das noch derselbe Krieg?" die Antwort gegeben: „Nein, und daher stimmen wir nicht mehr für die Kriegskredite." Es war also zwar eine Abstimmung über Kriegskredite, aber die Sachlage war eine andere. Er hat die Taktik, nicht aber das Prinzip geändert. Sie sehen, daß dieser Antrag selbst von Ihrem Standpunkte aus nicht möglich ist. Wenn es Ihnen Freude macht, so habe ich gar nichts dagegen, daß er angenommen wird. Ich würde aber den Zusatz beantragen: „Wie immer"

Vorsitzender Dr. Czech: Wer für den Antrag in seiner ursprünglichen Form ist, wolle die Karte heben. (Geschieht.) Der Antrag 17 ist abgelehnt, infolgedessen entfällt die Abstimmung über den Zusatzantrag.

Referent Seitz: Genosse Scholz (Klosterneuburg) hat folgenden Antrag eingebracht:

(Liest Antrag 21.)

Ich bin für die Annahme dieses Antrages.

Der Antrag 21 wird angenommen.

Referent Seitz: Der Antrag 23 (Scharing) ist zum Teile schon erfüllt. Genosse Seder hat in unserem Namen einen ähnlichen Antrag bereits gestellt. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, den Antrag so zu modifizieren, daß alle Wünsche berücksichtigt werden. Ich beantrage daher, diesen Antrag dem Abgeordnetenklub zuzuweisen.

Der Antrag des Referenten auf Zuweisung des Antrages 23 an den Abgeordnetenklub wird angenommen.

Referent Seitz: Der Antrag 22 (Kaff) behandelt eine sehr schwierige Frage, über die man hier nicht ohneweiters entscheiden kann. Ich stimme mit den Intentionen des Antrages vollständig überein und bitte, ihn gleichfalls der Fraktion zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Czech: Wer für die Zuweisung des Antrages 22 (Kaff) ist, möge die Karte heben. (Angenommen.)

Es ist folgender Antrag Preußler eingelaufen:

(Liest Antrag 25.)

Referent Seitz: Ueber diesen Antrag habe ich mich nicht zu äußern. Auch wenn wir unsere schwachen Kräfte verzehnfachten, könnten wir nicht den zehnten Teil dessen leisten, was geleistet werden soll — für den Frieden und für die Besserung der Lage des Proletariats. Wir sind uns bewußt, daß wir noch lange nicht das leisten, was die Genossen mit Recht verlangen müssen. Wir glauben aber, unsere Kräfte angestrengt zu haben, soweit es möglich war. Wir überlassen es dem Parteitag, ob er unserer Haltung und unserer Arbeit die Zustimmung gibt.

Vorsitzender Dr. Czech: Wer für den Antrag Preußler ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Der Antrag 25, den Bericht des Abgeordnetenklubs mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen, ist einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Der nächste Punkt ist

Die Verwirklichung der politischen Demokratie und der nationalen Autonomie.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Renner: Durch die Welt geht ein einziger Ruf nach Demokratie. Seit dem Jahre 1905, seit der ersten russischen Revolution, steht nach einer langen konterrevolutionären Epoche zum erstenmal wieder die Demokratie auf der Tagesordnung, und zwar diesmal die Demokratie in der ganzen Welt. Als im Jahre 1905 an Stelle des alten Kurienparlaments das Parlament des gleichen Wahlrechtes errungen war, glaubten die Massen, daß nun die Demokratie in Oesterreich schon errungen und gesichert sei. Trotzdem haben wir gesehen,

daß dieses Parlament beseitigt wurde und dieses Stück Demokratie dem Absolutismus des Stürgkhschen Regimes weichen mußte: wir haben nach langen bitteren Kriegsmonaten uns das Parlament und die Verfassung wieder erkämpfen müssen und noch heute ist sie für uns ein fraglicher Besitz. Aber wenn uns schon gestattet wäre, anzunehmen, daß das Parlament ein dauerndes Besitztum ist: wäre dann bei uns die Demokratie schon gesichert? Es ist gar kein Zweifel: Nein! Wir müssen also fragen: Was fehlt uns daran? Was bedeutet die Demokratie für uns in Oesterreich? Wenn im Osten die russische Revolution eine vollständige Demokratie hergestellt hat, was haben wir im eigenen Lande zu tun? Zweifellos haben wir die Verpflichtung, uns zu prüfen, ob wir in dieser geschichtlichen Stunde nicht selbst und im eigenen Lande Aufgaben der Demokratie zu erfüllen haben, die noch nicht im Parlamentswahlrecht eingeschlossen sind. Die Demokratie ist Volksregierung! Diese ist ein Dreifaches, wie die Regierungsgewalt selbst. Sie ist Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung. Und wenn die Demokratie der Gesetzgebung errungen ist, was ist es mit unserer Rechtspflege? Demokratie der Rechtspflege ist die Rechtsprechung durch das Volk selbst. Davon haben wir nicht einmal die Geschwornengerichte gesichert, noch bleibt die ganze andere Justizverfassung undemokratisch! Der dritte Teil der Regierungsgewalt ist die Verwaltung. Noch haben wir uns sehr wenig Gedanken gemacht — mindestens auf unseren Parteitagen — ob es ein Naturgesetz der Staaten im allgemeinen und Oesterreichs im besonderen ist, durch betreßte, mit Degen und Dreispitz ausgerüstete Obrigkeiten verwaltet zu werden. Wenn wir heute prüfen, welcher Zweig der Demokratie für das Volk der wichtigste ist, ob die Gesetzgebung oder die Verwaltung, so müssen wir bekennen, daß die Verwaltung für die Demokratie eines Gemeinwesens ebenso wichtig ist wie die Gesetzgebung.

Mehr als alle theoretischen Beweise vermag in politischen Dingen die unmittelbare Anschauung des Lebens. Um zu wissen, wie unser Volk regiert wird, stellen wir uns einmal einen Industriearbeiter in einem böhmischen Industrieort vor und fragen uns: Von wem und wie wird dieser Mann regiert? Inwiefern genießt er eine Selbstregierung? Da steht über ihm zuerst die Ortsobrigkeit, ein Bürgermeister, auf dessen Wahl der Arbeiter nicht den geringsten Einfluß hat, der sein Klassengegner ist, ein Gemeinderat, dessen sämtliche Mitglieder den bürgerlichen Klassen angehören und der dem Arbeiter unerreichbar und unangreifbar ist. Das erzeugt ein Gefühl ohnmächtiger Untertänigkeit. Wie schaut dieser Gemeinderat aus? Manche meinen, wenn gewählt wird, ist schon Demokratie da. Aber eine solche Demokratie ist die rücksichtsloseste und brutalste Klassenherrschaft! Der böhmische Industriearbeiter gilt der Obrigkeit als Ortsfremder, gegen den man keine Versorgungspflicht, nicht die kleinste Rücksicht der Menschlichkeit empfindet. Aber diese Gemeindevertretungen haben nicht einmal das eine Gute, die Besitzenden zusammenzufassen. Es bestehen drei Wahlkörper, abgestuft nach dem Besitz, und unsere sogenannte Lokalverwaltung ist bloße Ausbeutung der Gemeindeeinrichtungen und der Ortsinsassen durch eine kleine Clique ohne wirtschaftliche, politische und moralische Verantwortlichkeit vor dem Volksganzen. Steht es in den Städten besser? In den kleinen und mittleren Städten ist die ganze Masse der Arbeiterschaft bis auf wenige Ausnahmen rechtlos und außerdem ist eine Gemeindevertretung hergestellt, die keine ist, weil sie aus drei zusammenhanglosen Vertretungen besteht, die in nichts einig sind und werden können, außer in der feindseligen Ablehnung der Arbeiterschaft. Wie erst im Kriege! Da sind mir Briefe von Eisenbahnern zugekommen, die in einer Gemeinde des Waldviertels die Mehrheit der Reichsratswähler darstellen, Eisenbahner, die im Staatsdienst hochqualifiziert sind, auf die es im Kriege beinahe am allermeisten angekommen ist; diese Eisenbahner waren rechtlos gegenüber 39 Besitzern von Bauernhöfen. Monatelang haben sie sich vergebens bemüht, die Gemeinde zur Aufnahme des Mehldienstes zu veranlassen; der Bürgermeister konnte erst durch die Bezirkshauptmannschaft gezwungen werden, für Brot zu sorgen. In manchen Städten wie in Wien gibt es noch eine Minorität von Sozialdemokraten, die vorwärtstreibt; aber wie viele Städte gibt es, wo die Arbeiterschaft ganz unvertreten ist. In diesen Städten ist die Stadtvertretung einfach die politische Organisation der Lebensmittelgewerbe, und wenn die Konsumvereine nicht die Approvisionierung übernommen hätten, dann wären die Arbeiter massenhaft zugrunde gegangen. So ist der Arbeiter heute verwaltet und regiert.

Dieses System bewirkt eine gewisse geistige Verkümmerung. Der Mann, der durch die Organisation noch nicht aufgerüttelt ist, der sieht in diesem Rechtszustand

eine unabänderliche Notwendigkeit, es entsteht dadurch in jenen, die oben sind, ein gefährliches Gefühl, gefährlich für sie und für das Gemeinwesen. Jeder Vermögendere im Dorfe und jeder Bürger in der Stadt fühlt sich schon kraft des Besitzes als Teilnehmer an der Herrschaft, und das schafft ein solidares Herrengefühl und für die Unterwürfigkeit, die er gegen oben bezeigt, fordert er mit Zinseszins die Unterwürfigkeit von unten. Der Sklavensinn, das ist die Vorstellung einer solchen bestimmungsgemäßen Unter- und Ueberordnung, der gottgewollten Abhängigkeit auf der einen und der gottgewollten Vorbestimmtheit zur Herrschaft auf der anderen Seite.

Aber diese Maschinerie der Ortsgewalt ist für uns noch aus einem anderen Grunde interessant. Als wir im Jahre 1897 das erstemal zu Wahlen schritten, mit keinem anderen Gedanken, als unsere staatsbürgerliche Gesinnung zu bekunden, hat die bürgerliche Klasse ihre Macht in den Gemeinden benützt, um uns um den Wahlrechtserfolg hinterher zu betrügen. Das Parlament würde ganz anders aussehen, wenn nicht der Druck der lokalen Gewalten von selbst oder bewußt das Wahlergebnis fälschte.

Man muß übrigens nur solch größeren Stadtverwaltungen in die Eingeweide sehen, um ihre ganze Gefährlichkeit für die Wirtschaftsentwicklung zu erkennen. Ich nehme als Beispiel eine Weltbadestadt. Dort ist die Stadtverwaltung in den Händen der Hausbesitzer und der Hotelbesitzer. Und die verwalten die Stadt so, daß sie das Stadtgebiet gewaltsam einschnüren und außerhalb des Stadtringes kein neues Gebäude erstehen lassen, nur damit die Mietzinse weitersteigen. Deswegen haben sie dort auch noch keine Tramway geschaffen. In einem anderen Badeort entzieht man jedem neuen Bewerber den Bezug des Badewassers; der Ort heißt Wildbad-Gastein. Eine andere Stadt, die im ersten Wahlkörper durch Hotel- und Hausbesitzer und im zweiten durch mitlaufendes Bürgertum vertreten ist, verhindert jeden Bau von Wohnhäusern, um die der Stadt drohende „Gefahr" zu beseitigen, zuviel Bevölkerung zu bekommen, sie verhindert jede Ansiedlung neuer Fabriken. Diese Art der Vertretung nach drei Wahlkörpern ist doch nichts anderes als das, was wir seit jeher die Kurienschande genannt haben; in den engen Verhältnissen einer Gemeinde erweist sie sich überaus nachteilig dadurch, daß vom Bürgertum nicht einmal das, was modern ist, zur Geltung kommt, sondern nur die alte eingerostete Spießbürgerei. In das System haben die Wiener Christlichsozialen die Methode der Altbürgerprivilegien gebracht. Die Neubürger, die doch wenigstens innerhalb der bürgerlichen Klassen einige wirtschaftliche Fortentwicklung vertreten, werden gleichfalls mitentrechtet. Der Altbürger hat entweder ein Haus oder er ist ein Kleingewerbetreibender. Die Altbürger erhalten versteckte Wahlvorrechte. Sie leisten Realsteuern und Erwerbsteuer. Nun kam in Oesterreich eine für die Spieß- und Pfahlbürgerei geradezu teuflische Erfindung, nämlich die Personaleinkommensteuer; da kommen Leute zum Steuerzahlen, die weder ein Haus noch ein Gewerbe haben! Festbesoldete, Bedienstete und Arbeiter. Die Wahlprivilegien der Altbürger scheinen durch diese Neubürger gefährdet. Was tut man also? Erst entrechtet man die Personaleinkommensteuerträger und sagt, die Steuerkrone aus der Personaleinkommensteuer ist nicht so gut wie die Steuerkrone aus der Erwerbsteuer, und dann setzt man sie zurück. Dazu kommt die Falschbuchung der Hauszinssteuer. Betrachten wir ein Wiener Zinshaus. Das Haus gehört etwa einem zur Ruhe gesetzten Schuhmachermeister, der ganz unberührt geblieben ist von jeder Entwicklung, im Grunde nichts anderes haben will als seine Ruh'. Der Mann hat in seinem Hause Leute, die den Zins zahlen und Steuern leisten, die der Hausherr einkassiert. Dafür bekommt er allein für sie alle das Wahlrecht! Er kommt in den ersten Wahlkörper, er ist Höchstbürger dank fremder Steuerleistung. Wenn in diesem Hause nun ein Fabrikant, ein junger Ingenieur u. s. w. wohnt, so wird er nicht im ersten Wahlkörper wählen — er hat nicht die staatsbürgerliche Qualifikation des Schuhmachermeisters. In der Tat hat in Wien und in anderen großen Städten immer der Hausbesitz die Herrschaft im ersten Wahlkörper. Heißt das aber nicht geradezu die unintelligenteste Besitzform, die gar keine Betätigung fordert, gar nichts schafft und vorwärtsbringt, zur Herrschaft über die anderen, selbst über die bürgerlichen Schichten berufen? So kommt es, daß in Städten, in denen die Aemter und Hochschulen sind, wo sich die ganze Bildung und der ganze Reichtum des Landes konzentrieren, wo alles wohnt, was unternimmt und wagt, denkt und schafft, in diesen großen Städten noch immer die alten Spieß- und Pfahlbürger die Herrschaft

haben. Und so ist diese unsinnige Form der ständischen Vertretung selbst zum Schaden des Bürgertums ausgefallen, dieses Wahlrechtsprivilegium die direkte Ursache für die Rückständigkeit selbst unseres Wirtschaftslebens. Diese Einrichtungen verwüsten unseren Volksgeist, schaffen den beklagenswerten Mangel an politischem Gemeinsinn, an politischer Bildung und politischer Betätigung. Wenn die Menschen durch viele Jahrzehnte unter solcher Verfassung leben wenn diese eingekrustet ist; wenn sie dem Sohne des Hausherrn erspart, politisch zu lernen, und doch gestattet Stadtrat zu werden; wenn sie es den kleinen Leuten erspart, sich mit dem gesamten Bürgertum auseinanderzusetzen, und den Genossenschaftsvorsteher unter allen Umständen in den Gemeinderat hineinbringt; wenn sie erspart, sich politische Geltung durch Arbeit zu schaffen: dann verstehen Sie, daß der ganze Geist, der politische und soziale Sinn dieser Gesellschaft mit solchen Einrichtungen verkümmern muß, daß der ganze Geist der Knechtseligkeit, Verantwortungslosigkeit und Absonderung erzeugt wird, worunter wir leiden. Weil diese Schichten glauben, sie seien ohne politische Arbeit, gleichsam durch die Natur selbst zur Herrschaft berufen, sind sie auch die Träger jeder Reaktion. Mit wie viel Erstaunen lesen wir, daß in Rußland auch das Bürgertum die Revolution mitmacht, daß Kerenski der Führer der Kleinbauern ist. Wir können das nicht glauben, weil wir im eigenen Lande bloß den kleinbürgerlichen Fiskalismus eines Steinwender, der sich als Sozialismus auftun möchte, die Balancierkunst eines Weiskirchner, den gemütlich-schnoddrigen Witz eines Lueger kennen. Da auch die intellektuellen Schichten in diese Institutionen eingeklemmt sind, ist es klar, daß auch sie politisch verkümmern, daß sie sich in einer Zeit der allergrößten Weltprobleme mit den kleinlichsten Dingen abgeben oder daß sie, wenn sie eine solche Politik satt sind, in Geist und Aestheten tum machen und sich um Staat und Gesellschaft nicht mehr kümmern. Ich bin überzeugt, daß dieser Geisteszustand auch ein altes Erbteil unseres Bodens ist; aber zum größeren Teil rührt er daher, daß die Menschen, die gewohnt sind, in solcher Weise verwaltet und regiert zu werden, in langen Jahrzehnten durch ihr öffentliches Sein äußerlich und innerlich gestaltet werden.

Wir kommen nicht heraus aus diesem Jammer, wenn das System nicht von Grund aus geändert wird. Ueber den Gemeinden steht nun zuerst der Bezirkshauptmann. Hier zeigt sich das umgekehrte Uebel. Dort die scheinbare Selbstverwaltung und faktische Beherrschung der anderen, die Ausbeutung durch eine Cliquenherrschaft, hier aber ein vom Wirtschafts- und Volksleben abgeschnittener Beamter, der rein juristisch geschult ist und auf einige Jahre — bis eine höhere Stelle oder ein besserer Amtssitz frei wird — hinausgeschickt wird in ein Amt, unter ihm ein paar ebensolche Beamte, die gleichfalls nach zwei bis drei Jahren weggehen, die den Augenblick gar nicht erwarten können, aus dem „Nest" wieder herauszukommen. Sie haben über ein ganzes Gebiet die Autorität zu spielen; aber zur wirklichen Verwaltung erhalten sie keine Mittel! Sie können auch gar nicht darauf bedacht sein, ein Reformwerk in Angriff zu nehmen, weil in zwei bis drei Jahren doch ohnehin ein anderer käme, der die Lorbeeren einheimste, nämlich die Eröffnungsrede hielte. Der politische Beamte ist darauf beschränkt, die bloße Polizei auszuüben. Ihn geht nicht die Wirtschaft, sondern bloß die Gewerbepolizei an; nicht die Verkehrsförderung, sondern bloß daß kein Fuhrwerk unbewacht auf der Straße steht, und so fort. Er ist als reine Paragraphenanwendungsstelle gedacht. Gehen wir einen Schritt höher! Da haben wir Landtage und Landesausschüsse. Im Landtag fallen uns die hohen Kirchenfürsten auf, eine Einrichtung, die man sonst im Leben nur bei der Firmung sieht und nur bloß wegen der silbernen Uhr in Erinnerung hat; sie stehen außerhalb alles modernen Lebens. Dann ist die Grafenbank da, die Erben jener alten Patrimonialherren, die einmal wirklich im Lande geherrscht und von ihren Schlössern das Volk verwaltet und gerichtet haben. Sie hatten damals wenigstens Verbindung mit dem Volke, wenn sie auch hergestellt war durch Stockprügel. Sie haben aber auch verwaltet; sie haben zum Beispiel den Bauern im Herbst so viel Getreide abgenommen, daß im Frühjahr das Saatgut gesichert war. Heute leben sie nur im Sommer draußen, wegen der bequemen Tennisplätze und Jagdgelegenheiten, drei Vierteljahre sind sie weg. Dann sieht man da die alten Zunftmeister, allerdings im neuen Gewande, nicht mehr mit alten Zunftzeichen, sondern im Bratenrock. Daneben ein paar Bauernvertreter. Diese Gemeinschaft, die keine innere Gemeinsamkeit des Denkens, des Wollens und der Interessen hat, ist nur da, von der Steuerbewilligung Gebrauch zu machen und jedem davon ein

Stück Subvention zuzuwenden. Nur in einem Punkte ist es in den letzten Jahren besser geworden; daß nämlich die Bauern verstanden haben, für sich manches Gut aus den Landtagen herauszuwirtschaften. Sonst sind diese Körperschaften volksfremd, unfähig in der Verwaltung, bereit zur Verschwendung der Mittel des Volkes. Sie sitzen in den Landesausschüssen, daneben sitzt der Statthalter, der nichts ist als ein Bezirkshauptmann in höherer Potenz. Wenn der Weber in einem böhmischen Dorfe ein Anliegen hat, geht er zum Bürgermeister, von ihm weg hat er oft einen ganzen Tag zur Bezirkshauptmannschaft zu wandern und dort wird es zu Akt gebracht. Den Beamten hat er noch nie gesehen, er ist ihm fremd. Vom Bezirk geht er an das Land, vielleicht zum Landesausschuß, vielleicht zur Statthalterei: nirgends eine Behörde, die aus dem Volke selbst hervorgegangen wäre, jede ihm klassenfremd und zumeist klassenfeindlich, keine den Volksmassen verantwortlich!

Die Verwaltung wirkt indessen noch anders als die Gesetzgebung. Die Verwaltung greift schon im Frieden in alle Lebensverhältnisse des Arbeiters ein; das Parlament ist doch gewissermaßen eine Feiertagsveranstaltung, aber unter der Verwaltung lebt er alle Tage, ihren Druck spürt er unaufhörlich und ihr Versagen ist Tag für Tag ein individueller Mangel seines Lebens. Und nun schauen Sie sich den ganzen Apparat an bis hinauf zu den Landesausschüssen und Landeskulturräten! Sie werden finden, daß unsere Gegner — die bürgerlichen und die agrarischen Klassen — in diesen Einrichtungen politisch organisiert sind. Wenn diese auch aufgehört haben, den wirtschaftlichen Erfolg zu haben, den sie haben könnten, die soziale Bestimmung zu erfüllen, der sie dienen sollten, eines haben sie nicht aufgehört zu sein: die politische Organisation der Bourgeoisie oder wenigstens der herrschenden Schicht der Bourgeoisie. Diese Organisation erspart es ihr, Parteien zu gründen, Wahlvereine zu schaffen, politische Klubs zu halten, Parteibeiträge zu zahlen, sich in den politischen Wettbewerb einzulassen. Daneben ist das Proletariat ganz allein und hilflos auf seine paar Groschen angewiesen und findet nirgends die geringste Stütze. Die Genossen in Niederösterreich, die da und dort schon in Gemeinden eingedrungen sind, können sich den Zustand im Reiche nicht mehr vorstellen. Aber wenn Sie in Böhmen von Eger nach Aussig und von dort nach Trautenau wandern, so kommen Sie durch ein Gebiet, das groß und mächtig ist einzig und allein durch die Hand der Arbeiterschaft, wo Sie aber kaum eine einzige Gemeinde antreffen, in der die Arbeiter nur das geringste zu sagen haben. Da nun der Arbeiter mit seinem Stimmzettel an diese Lokalgewalten nicht heran kann, fühlen sich die anderen über die Arbeiterschaft erhaben: sie brauchen den Arbeiter nicht zu kennen, sie brauchen ihn nicht zu achten, sie betrachten ihn als außerhalb der Gesetze und der Gesellschaft stehend. Und diese Ueberordnung in der Lokalgewalt erzeugt jenen ganz unverständlichen Hochmut, den wir in unserem Kleinbürgertum und mittleren Bürgertum finden und der in der ganzen Welt ohne Beispiel ist. Diese Leute können den Gedanken nicht fassen, daß der Arbeiter gleichberechtigt sein kann und solange sie in diesen Gemeinden, Bezirken und Ländern das Vorrecht haben, so lange werden sie gegen das Reichsratswahlrecht innerlich revoltieren und zur gegebenen Stunde auch äußerlich. Ich meine darum, die Demokratie in Oesterreich ist nicht bloß eine Halbheit, sondern noch eine ungewisse Halbheit dazu, solange sie nicht auf der anderen Seite durch die Demokratie in der Verwaltung gestützt ist. Es ist unmöglich, daß die Arbeiterklasse einen politischen Fortschritt erzielt und im Ernstfall auch dauernd behauptet, wenn sie überall in den Lokalbehörden rechtlos ist. Die Hauptmacht der Arbeiter liegt in der Werkstätte, zweifellos. Ich weiß es ganz gut, lieber noch als der Einfluß des Arbeiters in einer Gemeinde mit tausend Köpfen ist mir der Einfluß des Arbeiters in einer Fabrik mit tausend Köpfen, wenn es dort so weit ist, daß er seinen Fabriksausschuß mitwählt. Auch das weiß ich, daß, wenn er einmal in der Fabrik die zaristische Knechtschaft zu brechen die Macht hat, ihm sein Recht, in der Gemeinde mitzutun, nicht mehr versagt werden kann. Aber für die politische Befreiung des Arbeiters ist die Gemeinde gleich wichtig.

Für die politische Reifung des Proletariats ist das höchste Gebot, diese lokale Verknechtung und Versklavung zu brechen und ihm an der Verwaltung in allen ihren Stufen den tätigen Anteil zu sichern. Wie aber soll denn das geschehen? Kann denn das anders sein als bei uns? Gehen wir nach Deutschland, so finden wir es in den meisten Ländern beinahe ebenso: denn diese Art der öffentlichen Verwaltung ist uns allen Mitteleuropäern gleich, es ist der ständische

Aufbau der Gesellschaft, den wir gewohnt sind, die abgestufte Unterordnung, die jede Gleichheit und Freiheit prinzipiell unmöglich erklärt und die man jüngstens sogar verherrlicht, diese vorbehaltlose Unterordnung unter die hohe Obrigkeit, die man in der Literatur geradezu die „deutsche Freiheit" genannt hat. Das ist uns Mitteleuropäern allen leider gemeinsam, ja es ist nicht viel anders auf dem ganzen Kontinent. Anders in der angelsächsischen Welt. Dort gibt es keine stufenweise übereinanderstehenden Beamten. Dort steht kein Bezirkshauptmann unter dem Statthalter, der Statthalter ist nicht Bezirkshauptmann in zweiter und der Minister nicht Bezirkshauptmann in dritter Potenz. Diese Vorstellung kennt man gar nicht. In England ist nie eine Person Behörde, sondern die Gemeinde, das heißt die Gesamtheit der Bürger, die ein Gebiet bewohnt. Diese tritt in ganz kleinen Gemeinden zusammen und verwaltet direkt in der freien Gemeindeversammlung ihre Angelegenheiten, in größeren Gemeinden wird ein Rat gewählt, der verwaltet. Aehnlich sind in der Grafschaft Grafschaftsräte bestellt. Vom Minister ist kein Beamter eingesetzt und kann keiner eingesetzt werden. Es wäre den englischen Gemeinden oder Grafschaften unvorstellbar, daß von London einer kommen und sie regieren sollte, der sie gar nicht kennt. Sie regieren sich selbst, indem sich der Grafschaftsrat selbst einen Vorsitzenden setzt und die Grafschaftsräte jegliche Verwaltung führen, insbesondere auch die Polizeiverwaltung. Das Ministerium des Innern hat keine Beamten draußen sitzen, es stellt höchstens Bedingungen für die Wahl, schreibt gewisse Qualifikationen vor; aber eine direkte Ernennung ist ausgeschlossen. Man sieht, es geht ganz anders auch. Der Begriff unserer Bürokratie ist den Engländern ganz fremd, statt der obrigkeitlichen Verwaltung haben sie Munizipalverwaltung: was regieren, herrschen, befehlen will, das muß ein Munizipium sein und keine Person, das heißt, es muß alle jene, denen der Befehl gelten soll, umfassen. Innerhalb dieses Munizipiums, ob es Kirchspiel, Gemeinde, Distrikt oder die Grafschaft ist, amtieren nur erwählte oder von Erwählten ernannte Funktionäre, selbst die Richter sind nicht „Richter Seiner Majestät", sondern Richter der Grafschaft. Der Gedanke der bürokratischen Verwaltung fehlt ganz. Seit Jahrzehnten ist die englische Lokalverwaltung aufgerichtet auf den Grundgedanken des Munizipiums; an Stelle der Bürokratie steht heute das demokratische Stimmrecht aller. Wenn ich nun einen englischen Arbeiter, auch in einem kleinen Orte, dem Arbeiter Böhmens gegenüberstelle, so stößt der englische Arbeiter nur auf Funktionäre, die er mitgewählt hat, oder auf Beamte, die von Gewählten angestellt worden sind, sei es, daß er zur Gemeinde oder zur Grafschaft oder endlich zur Regierung selbst geht. Er ist Bürger dieser Gemeinschaft, Bürger auch in der Gemeinde, im Distrikt, in der Grafschaft und überall wahlberechtigt. Selbstverständlich ist es, daß sich eine solche Regierung vom Volke nicht loslöst, sondern an den Willen des Volkes gebunden ist, und der Bürger hat überall das Gefühl, dem Ganzen anzugehören. Es ist das Prinzip der durchgehenden Munizipalität in der Verwaltung. Eine solche Einrichtung schafft eine Schule des Gemeinschaftslebens und Gemeinsinnes auch für den, der sich nicht politisch betätigen will. Das ist ein im innersten Grunde ganz anderes System der Verwaltung als unseres; es war bisher nur der angelsächsischen Rasse eigentümlich. Die Franzosen haben es nicht, alle romanischen Länder auch nicht; sie haben alle die von Napoleon begründete bürokratische Ordnung des Amtes angenommen; sie haben im Grunde keine Demokratie der Verwaltung, sie haben keine ganze Demokratie, sondern nur das, was ich die hinkende Demokratie nenne, eine Demokratie bloß der Gesetzgebung; alles und jedes, was an Demokratie besteht, läuft auf das eine Zentralparlament hinaus, die Verwaltung ist dem Bürger ganz entrückt. Aber in England ist das Parlament nur der logische Abschluß aller Munizipalitäten, es ist nichts anderes als die Grafschaft der Grafschaften, es ist der organische Abschluß nach oben, wie die Gemeinde und die Grafschaft der organische Unterbau des Parlaments.

Bisher war die angelsächsische Rasse allein so verwaltet. Aber nun ist eine ganz andere Welt ähnlich organisiert, eine ungeheuer große Welt, die beinahe ein Drittel der bewohnten Erde ausmacht: Rußland. Dieses stand früher unter der bürokratischen Verwaltung nach Napoleonischem Muster: Der alleinherrschende Zar mit seiner Bürokratie in Petersburg, unter ihnen der Gouverneur und der Distriktsvorsteher. Erst in den letzten Jahrhunderten hatten sie ein Zwischenglied, nämlich die Semstwos, eine Art adeliger Landtage. Rußland war regiert vom „Tschin", das ist von der Bürokratie, und daneben von einer Anzahl ohnmächtiger Semstwos.

Das russische Volk hat in der Revolution die ganze Bürokratie und zugleich die Stände, den Tschin samt den Semstwos, weggejagt, in ganz kurzer Zeit, hat die Semstwos beiseite geschoben und hat sie durch einfache Munizipalitäten ersetzt, in der Gemeinde, im Distrikt und im Gouvernement. Die ganze Verwaltung wurde im wesentlichen auf dieselbe Grundlage gestellt wie die englische ... (Pichler: Da sind wir jetzt, was Rußland früher war!) Tatsache ist, daß unsere Verwaltungseinrichtungen heute in der ganzen Welt ohne Beispiel sind. Und nun stehen wir so im Kriege da mit einer beispiellosen bürokratisch-ständischen Verwaltung, die nicht nur in den Einrichtungen, sondern auch im Denken jedes einzelnen festwurzelt, weil er meint, es könne doch gar nichts anders sein. Das Vorwerk dieser Ordnung in Mitteleuropa ist Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht. Solange der preußische Landtag nicht wegzubringen war, so lange konnten wir uns trösten: Wir kommen immer um ein Jahrzehnt hinter Preußen und solange der preußische Landtag nicht wegzubringen ist, so lange müssen wir uns das gefallen lassen. Aber nun wird es ernst. Der Zusammenbruch des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen bedeutet von Haus aus eine machtvolle Aenderung, den Durchbruch einer ganzen Welt. Es ist die letzte Burg dieser halbständischen und halbreaktionären Verfassung weggefallen und da es dazu kommt und kommen muß — ich bin dessen gewiß, daß die Deutschen im Reiche draußen den Schritt aus dem Kriege in den Frieden nicht hinüber machen, ohne daß der preußische Landtag alten Stils abgetragen und das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird —, können wir uns unmöglich in der Welt mehr mit unseren Einrichtungen sehen lassen; ich möchte wissen, vor welchen Kenner unserer Dinge im Ausland wir hintreten könnten nach dem Kriege im beschämenden Bewußtsein unserer alten Landes- und Gemeindeeinrichtungen. Ich halte dafür, daß es für die österreichische Arbeiterklasse nicht nur der größte Schaden wäre, sondern direkt eine Schande, wenn wir nicht mit allen Mitteln dahin streben würden, diese Knechtschaft abzutun und auch für uns die Demokratie zu vollenden — und wir können sie nur vollenden durch die Reform der Verwaltung —, wenn wir nicht imstande wären, die Demokratie der Gesetzgebung zu sichern. Wir können diese nicht anders sichern, als indem wir die Organisations- und Sammelpunkte der Reaktion, das sind unsere Gemeinde- und Landstuben, niederwerfen und an deren Stelle demokratische Einrichtungen aufbauen. Heute aber geraten wir in eine neue, besondere Lage, in eine Lage, in der das Proletariat der Welt nie vorher war. Schon jetzt und besonders nach dem Kriege hat die Verwaltung eine zehnfache, vielleicht eine hundertfach größere Gewalt über den Menschen als früher. Wenig hatte der Arbeiter in normalen Zeiten auf seinem Gemeindeamt zu tun, außer wenn er verarmte, bei Heiraten, bei einzelnen Standesangelegenheiten und dann, wenn er um seinen Stimmzettel hinkam, um meist um ihn zu kommen. Nur in der einen Frage, in bezug auf die Schulen seiner Kinder, war die Gemeinde das wichtigste Organ. Die Verknüpfung des einzelnen mit dem Staate ist ja furchtbar ausgedehnt worden. Wir hätten es uns früher sehr verbeten, daß die Verwaltung in unsere tägliche Hauswirtschaft eingreift, sich einmischt, was wir kochen, ob wir mehr oder weniger Brot wollen, ob wir uns unser Wirtschaftsgeld so oder so einteilen; daß sie uns vorschreibt, welche Kleider und Schuhe wir kaufen — wir hätten jeden für verrückt gehalten, der uns derartiges zugemutet hätte. Tatsächlich bringt die Kriegswirtschaft die allerhöchste Form der Abhängigkeit von der Gemeinde und der Behörde. Jeder steht in vollster Abhängigkeit von der Verwaltung.

Es wird lange nach dem Kriege das jetzige System unserer Ernährung dauern. Nun denken Sie, jeden Bissen Brot bekommt der Arbeiter aus der Hand seines Klassengegners! Die Arbeiter haben sich immer in höchstem Grade gewehrt, in wirtschaftliche Abhängigkeit zu treten, auch nur dadurch, daß sie im Lebensmittelmagazin ihrer Fabrik ihre Waren beziehen sollen. Was haben wir jetzt? Unsere ganze Ernährung erhalten wir gleichsam aus dem öffentlichen Lebensmittelmagazin! Die Gemeinde bekommt die Lebensmittel von der Bezirkshauptmannschaft, der Staat verfügt über die Gesamtheit des Nährvorrats. Dieser Zustand ist schlechthin unerträglich, wenn nicht die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie als gleichgewertete Bürger, die mitbestimmen können und denen die Verwaltungsorgane verantwortlich sind, angesehen werden. Wir können nach dem Kriege mit der heutigen Verwaltung nicht mehr leben. Ein Beweis, daß die Gemeinde nicht imstande ist, den Ernährungsdienst zu bestreiten, ist, daß für die Ernährung die Gemeinde durch Wirtschaftsämter ersetzt werden mußte und erst auf unser Verlangen haben die Bezirks-

hauptmannschaften in diese Wirtschaftsämter Arbeiter hineingenommen. Man hat also die Gemeinden gleichsam abgesetzt, weil sie infolge ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zum Ernährungsdienst unfähig sind. Jüngst ist die Bekleidung dazu gekommen. Die Bekleidungsstoffe sind zusammengerafft worden in einer Zentrale, diese Zentrale gibt sie an die Länder, die Länder an die Handelskammern, diese an die Bezirke und die Bezirke an die Gemeinden. Also wird jeder, der ein Stück Stoff oder Gewand haben will, von der Verwaltung abhängen. Nun ermessen Sie, welche ungeheure Gelegenheit für Willkürlichkeiten, Rechtsbeugung und Rechtskränkung! Wir können unser leibliches Wohl und das Wohl unserer Kinder nicht diesen Gemeinden anvertrauen. Wir können die Kinder nicht den Landesausschüssen preisgeben. Denken Sie an die Pläne mit der Jugend, an deren Militarisierung, die der Angst des Bürgertums vor der Arbeiterschaft entspringt. Diese Angst treibt sie, die ganze Verwaltung durch Klerikalismus zu versenchen. Es ist einfach ausgeschlossen, die Schulen den Landesausschüssen zu lassen. Dann bedenken Sie die großen Aufgaben der Gesundung des Volkes. Wer soll das alles zahlen? Glauben Sie, daß die Gemeinde- und Landtagswähler, die das Wahlprivileg des Besitzes haben, jemals Besitzsteuern einführen werden? Die jetzige Autonomie ist auch finanziell tot, denn sie können ihre Aufgaben nicht erfüllen, weder die Gemeinden noch die Landtage. Diese haben sich seit Jahrzehnten geweigert, direkte Steuern zu erhöhen. Sie haben zu indirekten gegriffen, weil sie aber die Kompetenz dazu nicht hatten, haben sie sich Zuweisungen vom Staate machen lassen. Infolgedessen ist auch die wirtschaftliche Wiederherstellung durch unsere autonome Verwaltung nicht möglich. Es bleibt nichts übrig, als mit dem ganzen Wust Kehraus zu machen! Wir haben ja auch eigentlich keine Gemeinde. Das ist doch kein Munizipium, wenn die Gemeinde durchschnittlich 75 Häuser mit einigen hundert Seelen hat. Die Gemeinden sind zu zwerghaft, die Bezirkshauptmannschaften sind nicht zu brauchen, wir brauchen große Gebiete. Aber solche Gebiete, in denen das Volk noch zusammenhält, die wirklich eine Volksgemeinschaft sind, die sich historisch als zusammengehörig empfinden, sind unsere altüberlieferten Kreise, Gaue und Viertel. Diese Gebiete müssen wir zu Munizipien erheben, wir müssen sie zu Organen der Selbstregierung machen, dort Vertretungen des gleichen Stimmrechtes aller einsetzen und unter ihnen auch Gemeinden und Bezirke ebenso munizipalisieren, wie es England mit den Kirchspielen, Gemeinden und Distritten getan hat. Dann hat der einzelne Bürger über sich durchaus Verwaltungskörper, deren jeden er mitverwaltet, dann wird der Grundsatz wahr, der der Grundsatz jeder Freiheit ist: Du hast keiner Behörde zu gehorchen, an deren Bestellung du nicht mitgewirkt hast. Der zweite Grundsatz der Demokratie aber lautet: Du bist nicht verpflichtet, einer behördlichen Verfügung zu gehorchen, an deren Beschließung du nicht durch deinen gewählten Vertreter teilgenommen hast. Beide Grundsätze der Volksregierung lassen sich ohne Demokratie der Verwaltung niemals verwirklichen, sie sind die Grundgedanken jeder Volksregierung. Wir müssen auf Gemeinden und Kreise des gleichen Stimmrechtes die ganzen Hoheits- und Herrschaftsrechte, die einerseits der Bürokratie, anderseits den Landesausschüssen zustehen, übertragen und unter der obersten Leitung eines Zentralparlaments werden sie die staatliche Lokalverwaltung führen.

Das sind die Gründe, warum ich glaube, daß die Sozialdemokraten die Kreisverfassung fordern müssen; Gründe des politischen und sozialen Lebens und nichts anderes. Aber wenn wir sie fordern, so tun wir dabei unvermerkt auch den Nationen einen großen Dienst. Indem wir nämlich das Lokalverwaltungsgebiet so zusammenschließen, wie die Nationen selbst wollen, das heißt also abgrenzen und an den Grenzen den Gemeinden Optionsrecht geben, wir in absolut gemischten Gebieten und Städten wie Budweis zugleich neben der deutschen Ortsbürgerschaft auch die tschechische Bürgerschaft zu je einem Munizipium vereinigen, wenn diese zwei Munizipien zunächst ihre eigenen und sodann die vereinbarungsgemäß gemeinsamen Angelegenheiten durch einen gemeinsamen Oberausschuß regeln, so haben wir auch von den nationalen Schwierigkeiten der Lokalverwaltung neun Zehntel gelöst. Vor allem verschwindet von der Bildfläche die Beamtensprachenfrage; denn es ist selbstverständlich, daß der, der gewählt werden will, mit dem Wähler sprechen können muß. Auf dieser Unterlage wird sich folgendes ergeben: Wir haben soundso viel tschechische und daneben soundso viel deutsche Kreise. Faßt doch alle tschechischen Kreise zusammen und laßt sie sich eine gemeinsame Vertretung auf Grund des allgemeinen Wahl-

rechtes, ein tschechisches Parlament, geben! Das soll sich seine Verwaltung einsetzen und die tschechischen Kreise und Munizipien verwalten. Die Deutschen werden das gleiche tun und werden auf ihrem Gebiet durch ihre Vertretung allein herrschen. Was allen Nationen gemeinsam ist, werden sie im gemeinsamen Parlament erfüllen. Das ist der alte Grundgedanke des Brünner Programms.

Das Neue und Besondere, das erst in den letzten Jahren gewonnen worden ist, ist die Erkenntnis, daß so viel auf die örtliche Unterlage der Verwaltung ankommt, daß mit den Bezirkshauptmannschaften und Gemeindeämtern, wie sie sind, kein Auslangen zu finden sei und daß man durch die demokratisierte Lokalverwaltung erst die Grundlage für den ganzen staatlichen Ueberbau schaffen müsse. So kann es möglich werden, daß in einem einzigen Hause viele Wohnungen sind: eine für uns Deutsche, eine für die Tschechen, eine für die Polen, eine für jedes Volk. So sind für die Verwirklichung der nationalen Autonomie die schwierigsten Fragen des Nationalitätenstreites aus der Welt zu schaffen.

Den Gedanken der Kreisverfassung und der nationalen Autonomie haben sich auch unsere Bürgerlichen zu eigen gemacht. Die deutschen Nationalparteien meinen, sie werden die Deutschen Böhmens zu Kreisen mit ständischer Ordnung zusammenfassen, mit Wahlkörpern und Kurien, worin die Arbeiter entrechtet oder dauernd in eine einflußlose Minderheit gedrängt sind. Ja, das wäre vielleicht eine nationale, nicht aber auch eine volkliche Autonomie, nicht Volksregierung, sondern die alte ständische Herrschaft. Die Tschechen lehnen das natürlich ab, sie wollen das ganze Königreich, auch die deutschen Kreise, als ihr Herrschaftsgebiet. Ich halte dieses Bestreben der Tschechen bloß für einen Versuch der nationalistischen und kapitalistischen Expansion auf das Gebiet der anderen Nation für Imperialismus. Wir wollen keine Expansion in das tschechische Gebiet versuchen, noch eine Expansion der Tschechen auf das deutsche Gebiet dulden. Wir wollen, daß jede Nation in ihrem Wohngebiet gesichert sei. Das haben auch unsere sudetenländischen Genossen auf dem Sudetentage gesagt: Jedem sein Recht und das gleiche Recht. Die Deutschbürgerlichen wollen die Kreiseinteilung für sich in Böhmen, sie wollen sie aber nicht mehr in Steiermark und in Tirol. Selbstverständlich lassen sich die anderen Nationen nicht darauf ein. So ist die Vernunft der Kreiseinteilung Gegenstand des Ränkespiels der Nationalisten geworden. Wir wollen aber die nationale Autonomie und die Kreisverwaltung in allen Gebieten und das gleiche Recht für alle Nationen.

Die Deutschbürgerlichen haben einen weiteren Plan gemeinsam mit den Drahtziehern der Polen ausgeheckt. Wie Daszynski es einmal genannt hat, sie wollen ihre Feinde wegschenken, sie wollen Galizien „sonderstellen". Ein eigentümlicher Ausdruck, das Staatsrecht kennt ihn nicht. Es kennt wohl Bundesstaaten u. s. w., aber sondergestellte Staaten kennt es nicht. Der Gedanke ist wohl der, daß dort die Polen herrschen und die Ruthenen untertänig werden, die Polen das zweite und die Ruthenen das dritte Volk im Staate sind, etwa so wie in Ungarn, wo die Magyaren die Nation, das Volk erster Klasse, die Kroaten eine bevorzugte Nationalität oder das Volk zweiter Klasse und die Serben die Völkerschaft dritter Klasse sind. Wir können uns auf diese Systemisierung nicht einlassen. Wir fordern für das Staatsgebiet, das da im Frieden sein wird, die nationale Autonomie ohne Unterschied und ohne Ausnahme. Kein Deutscher in Böhmen, kein Ruthene in Galizien, kein Slowene in Untersteiermark kann dulden, daß sein Kronland „sondergestellt" werde. Erst wenn für uns Deutsche feststeht, daß alle deutschen Kreise Oesterreichs von Vorarlberg bis in den deutschen Städtekreis in der Bukowina, von Bodenbach bis Gottschee sich alle Kreise mit unentziehbarem Rechte selbst regieren, daß alle deutschen Gaue ein gemeinsames Parlament haben, das ihre nationalen Angelegenheiten regelt, dann erst wird für uns die nationale Sorge enden und dann erst können wir mit den Tschechen über gemeinsame Dinge und Einrichtungen, über irgend eine Landes- oder Länderautonomie zu reden uns einlassen. Wenn es nach dem Kriege zu einer Auseinandersetzung dieser Art kommen soll, so ist es klar, daß die Sonderstellung von 1867, der Dualismus, nicht als ewiges Grundgesetz gelten darf, sondern daß sich die Völker frei gliedern nach ihrem Bedürfnis. Niemals werden wir uns dem Gedanken unterwerfen, daß eine bestimmte Zufallsgrenze mitten durch den Volksleib geht, der Zukunft des Volkes präjudiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, des einzelnen, des Volksteiles und des ganzen Volkes steht für uns unverrückbar fest.

Bekanntlich war einer der stärksten Kriegsvorwände unser nationales Elend. Ist nicht für den russischen Zarismus das ungeklärte Verhältnis zwischen den Nationen Oesterreichs die Hauptverlockung zum Kriege, unsere ständisch-feudale, bürokratisch-absolutistische Verwaltung heute noch der Grund für das Mißtrauen der russischen Revolution? Von Rußland gibt's keinen Frieden, weil die russische Revolution fürchtet, die eigene junge Freiheit durch die Berührung mit unseren reaktionären Zuständen zu gefährden. Unsere Verfassung und Verwaltung sind ein Hindernis des Friedensschlusses mit der russischen Demokratie. Ich bin kein Freund der Methode der „Neuen Freien Presse", zu schwärmen für die Republik in Frankreich, für die Freiheit in England und für die Revolution in Rußland, sich aber nicht zu kümmern darum, wie es daheim im Lande aussieht — auch wenn dieses Daheim Oesterreich ist. Es will mir nicht gefallen, daß wir uns so viel um die Demokratie in Deutschland kümmern. Wie viel könnten wir selbst für die Demokratie bei uns tun? (Lebhafter Beifall.) Es will mir gar nicht gefallen, daß man niemals fragt, ob der russischen Revolution nicht besser genützt werden könnte als durch bloße Beteuerungen. Die Arbeiterschaft muß sich Rechenschaft darüber ablegen, was sie im eigenen Lande schafft, was das eigene Land für den Frieden tut und ob es der eigenen Zukunft nützt. Es nützt gar nichts, wenn wir über das eigene Land den Stab brechen. Man sagt, ich sei ein Sozialpatriot. Ich habe die beste, zuversichtliche Meinung, daß es jetzt gilt, Hand anzulegen und mit der ganzen Macht, die der Arbeiterklasse zur Verfügung steht, dem demokratischen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Es gilt jetzt, daß die Partei ihre Kraft dafür einsetze, daß das, was jetzt die ganze Welt erfüllt, das Gesetz der Demokratie, vor dem eigenen Lande nicht halt mache. (Lebhafter Beifall.) Aus diesen Erwägungen heraus ist die Resolution, die der Parteivorstand zur Annahme empfiehlt, entstanden. Ich bitte Sie, diese Resolution nach meinen Ausführungen noch einmal zu lesen, damit Sie den Zusammenhang erfassen. Jedes Mittel ist von nun an anzuwenden, ob parlamentarisch oder unparlamentarisch, jedes Mittel muß uns willkommen sein, um die volle Demokratie in Oesterreich zur Wahrheit zu machen. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution lautet:

(Verliest Antrag 26.)

Die Sitzung wird um ½10 Uhr abends geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Tomschik: Wir nehmen die Verhandlungen des Parteitages wieder auf. Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß vom Vorstande und der Parlamentsfraktion der bulgarischen geeinigten Sozialisten ein Telegramm eingelangt ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen nun zur

Debatte über politische Demokratie und nationale Autonomie.

Mück (Gmünd): Genosse Dr. Renner hat uns Beispiele dafür gebracht, wie die Verwaltung in den Gemeinden draußen und wie die Zustände in den Bezirkshauptmannschaften sind, und hat dann in der Resolution die Forderungen zusammengefaßt und gezeigt, in welcher Weise Abhilfe geschaffen werden könnte. Sie wissen, wie es draußen in kleinen Gemeinden zugeht, mit welchen Mitteln die Gemeindeobrigkeiten arbeiten, um der Arbeiterschaft und den Kleinhäuslern, welche uns zum großen Teile angeschlossen sind, ihre Rechte zu nehmen. Man hat bei uns Leute aus anderen Bezirken hergeholt, hat ihnen einen Quadratmeter Gemeindegrund gegeben, wofür sie 14 Heller Grundsteuer zu zahlen hatten, und hat sie auf diese Weise zu Wählern des dritten Wahlkörpers gemacht. So ist es gelungen, die Arbeiterschaft aus der Gemeindestube zu verdrängen. Sie können sich vorstellen, wie sich unter solchen Umständen unsere Mitarbeit bei der Aufbringung der Nahrungsmittel gestaltet. Die Ortschaft Klein-Meiselsdorf, aus der ich stamme, besteht aus 39 Wirtschaftshöfen und 37 Eisenbahnerfamilien. Trotzdem also beide Parteien gleich stark sind und der Obmann des Gemeindewirtschaftsamtes ein Genosse ist, gelingt es nicht, in dieser Ortschaft von 427 Einwohnern das regelmäßige Funktionieren der

Ernährung zu gewährleisten. Trotz allen Bemühens konnten wir es noch nicht zustande bringen, daß sich der Bezirkswirtschaftsrat im Bezirke Horn konstituierte. Es ist hoch an der Zeit, eine Aenderung des Verwaltungssystems durchzuführen.

Preußler (Salzburg): Wenn wir die Erneuerung, die wir bisher in Oesterreich gesehen haben, bedenken, haben wir das Gefühl, daß in der Zeit, in der der deutsche Reichskanzler von einer neuen Zeit, der Zeit der Demokratie, sprach, wir in Oesterreich nicht den geringsten Hauch eines neuen Geistes bei den Herrschenden verspüren. Wir hatten unter der grausamen Regierung Stürgkh das Gefühl der Vereinsamung unter allen Völkern Europas, und als die russische Revolution die Demokratie verkündigte, empfanden wir Scham. Wir sagten uns, daß die Dinge nicht mehr weitergehen können, so schwierig auch die Aenderung ist. Die Frage, was aus diesem Staate werden soll, hat in den anderen sozialistischen Parteien zum Anschluß an die kapitalistischen Parteien geführt, den wir so sehr bedauern. Auch unter uns deutschen Sozialdemokraten hat es nicht wenige gegeben, und ich zähle selbst zu ihnen, die entfernt die Möglichkeit in Betracht gezogen haben, daß wir ein demokratisches Deutschösterreich aufbauen, und deshalb ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen in Erwägung zogen. Dieser Traum ist ausgeträumt nach der Haltung der Bürgerlichen im Kriege. Wir kennen jetzt genau ihre Sehnsucht nach verstärktem Absolutismus, wir wissen jetzt von neuem, daß sie unverbesserliche Kinder sind. Dr. Renner hat die Verwirklichung der Demokratie von unten auf beleuchtet und damit den Kern der Sache getroffen, jene Verflauung, die unser ganzes öffentliches Leben erfüllt. In der Kleinarbeit begegnen wir auf Schritt und Tritt der geistigen und politischen Rückständigkeit unserer Bevölkerung und mit daher stammt die Schwierigkeit einer großen politischen Organisation, die nicht immer auf den Gewinst des Tages berechnet ist, sondern auch auf die großen Ideale abzielt. Das Auge der österreichischen Bevölkerung ist viel zu sehr auf den Tag gerichtet. Wenn wir die Frage stellen, ob wir uns zu Oesterreich bekennen, braucht man noch lange nicht in den Verdacht zu geraten, ein sogenannter Patriot zu sein. Genosse Doktor Adler hat schon wiederholt auf verschiedenen Parteitagen gesagt: Dieser Staat ist der Boden, auf dem die österreichischen Proletarier leben müssen. Wir müssen zunächst irgendeine Grundlage haben, auf der wir leben und wirken können. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir auch die Frage zu beantworten suchen, ob wir Oesterreich bejahen oder nicht. Wir bejahen keinen kapitalistischen Staat — das ist für uns vorweg klar — aber es fragt sich, ob Oesterreich nach dem Kriege jenes Schicksal finden wird, das ihm die Propheten schon seit mehr als einem halben Jahrhundert prophezeit haben, so daß überhaupt kein Mensch mehr an die Existenz dieses Staates glauben will. Wahrscheinlich wird es aber nicht zur Auflösung Oesterreichs kommen. Wir müssen uns also unbedingt darauf einrichten und müssen den Mut haben, auf der gewonnenen Grundlage aufzubauen. Ich bin überzeugt, daß gegen die Grundsätze der Lokalverwaltung, welche Genosse Renner uns vorgeschlagen hat, eine Einwendung schlechterdings unmöglich ist. Wenn auch die einzelnen Nationen Oesterreichs mit ihren staatlichen Aspirationen vielleicht nicht gerade entzückt sind von den Kreisverwaltungen, so bin ich überzeugt, die Träume, welche heute die Fanatiker des österreichischen Nationalismus haben, werden nicht alle reifen und es werden sich die Erwartungen der einzelnen Nationen herabmindern, so daß wir zum Schluß auf jene Grundlage gelangen, welche Dr. Renner vorschlägt. Deshalb ist es auf das wärmste zu begrüßen, daß Dr. Renner uns eine Plattform gegeben hat, mit der die österreichischen Arbeiter in den Kampf für die Demokratie eintreten können.

Emmy Freundlich (Wien): Es ist ein großes Verdienst Dr. Renners, daß er erkannt hat, welche Ziele die Arbeiterschaft in Oesterreich aufstellen muß. Die österreichische Bevölkerung muß von dem Gedanken erfüllt werden, daß die Demokratie unserer Gemeinden, unserer Verwaltung die wichtigste Voraussetzung für den Aufstieg aller Klassen ist. Natürlich wird eine demokratische Verwaltungsreform nicht den sozialistischen Staat in Oesterreich begründen, sie wird nur den bürgerlichen Staat auf festere Füße stellen, aber sie wird der Arbeiterschaft erst die Möglichkeit verschaffen, diesen Staat in allen seinen Teilen zu erobern. Vor allem müssen wir uns darüber vollständig klar sein, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo wir durch unsere Agitation die gesamte Bevölkerung mit dem Gedanken erfüllen können, daß die Demokratisierung unserer Verwaltung möglich und notwendig ist. Die Schäden unserer Verwaltung werden nicht nur von der Arbeiterschaft empfunden, sondern

gerade die Kriegswirtschaft hat einen ungeheuren Widerstand gegen die Bürokratie in vielen Kreisen der Bevölkerung wachgerufen.

Wir wollen und müssen die Freiheit haben, uns selbst zu regieren. Wenn die Arbeiterschaft über die Not und das Elend des Krieges empört ist, dann müssen wir diese instinktive Empörung der Massen hinüberleiten in den zielklaren Kampf um die Demokratie in der Gemeinde, in den zielklaren Kampf um die Demokratisierung des Staates. Der Kampf um die Gemeindewahlreform muß aber jetzt geführt werden. Ich empfinde es als eine schwere Schuld, daß wir in Wien den Kampf um die Gemeindewahlreform noch nicht mit anderen Mitteln geführt haben als mit den Mitteln der Interpellationen im Gemeinderate. Wir müssen den Kampf um die Gemeindewahlreform gerade in Wien viel energischer führen als bisher; viele wissen gar nicht, welche Macht die Gemeindeverwaltung Wiens ist. Das weiß auch ich erst, seitdem ich mit ihr jeden Tag zu tun habe. Dennoch müssen wir uns über eines klar werden: die Entscheidungsschlachten über Oesterreichs Erneuerung werden nicht vor allem auf niederösterreichischem und steirischem Boden geführt, sondern in den Sudetenländern. Die Macht der österreichischen Arbeiterklasse beruht auf der Macht, die sie in den Sudetenländern erringen wird, und wir können die böhmischen und mährischen Genossen nicht allein lassen, sondern müssen verlangen, daß die gesamte Partei ihre Kraft in diesem Kampfe zur Verfügung stellt. Wenn es uns gelingt, das deutschböhmische Bürgertum zu zwingen, endlich einmal mit diesem Schandfleck der deutschnationalen Politiker aufzuräumen, dann werden wir zu der Erneuerung Oesterreichs kommen.

Wir müssen erkennen, daß wir viel mehr als bisher die Arbeiterschaft mit dem Gedanken erfüllen müssen, daß auch die Gemeinde ungeheuer viel für sie bedeutet, daß sie der gemeinsame Haushalt der breiten Massen ist. In diesem Haushalt wollen wir mitentscheiden, mitregieren, mitverwalten. Es ist kein Kampf der Männer, sondern hauptsächlich einer der Frauen. Wenn die Gemeinde ein Haushalt ist, gehört in ihn die Hausfrau, und wenn an allen Straßenecken gekocht und gewirtschaftet wird, ist es notwendig, daß die Frau mitverwalten und mitbestimmen kann. Deshalb bitte ich Sie, daß Sie folgenden Beschluß der Frauenreichskonferenz auch zu Ihrem Beschluß erheben:

(liest Antrag 27.)

Weber (Wien): Im Kriege haben wir wiederholt von sämtlichen Staaten der Entente erklären gehört, daß sie mit den undemokratischen Zentralstaaten nicht in Verhandlung treten wollen. Ich weiß, daß das zum Teil eine bloße Redensart ist. Wenn wir aber in uns gehen, müssen wir erkennen, daß wir in Oesterreich wahrhaftig so ziemlich der undemokratischeste Staat sind, der in Europa besteht. Die eigentliche Wurzel der politischen Macht der herrschenden Klassen ist in den Gemeinden zu suchen, und wir alle, die praktisch arbeiten, wissen, daß es erst dann möglich sein wird, diese politische Macht zu entwurzeln, wenn die Vorbedingungen geschaffen sind: daß die Arbeiterschaft auch in die Gemeindestuben und Landtage eintritt. Es könnte der Anschein erweckt werden, daß der Kampf um die Demokratisierung der Gemeinde eine Verwässerung des Klassenkampfes sei. Das ist nicht der Fall. Denn es steht fest, daß der kleinste Bauer im Dorf und der kleinste Spießbürger in der Stadt großen wirtschaftlichen und politischen Einfluß haben, der gebrochen werden muß, und daß auf dem Wege zur Macht auch die Gemeindestuben und Landtage liegen. Es gibt für uns keinen anderen Weg vorwärts, als den Kampf auf der ganzen Linie, auf der ganzen Front mit aller Energie für die Demokratisierung der Gemeinden und der Landtage aufzunehmen. Die Schmach der Kurien in den Gemeinden und im Landtag, die Schmach, daß die Arbeiterklasse, die eigentlich der Träger der Gesellschaft ist, ausgeschlossen ist von der Gemeinde und vom Landtag, die Schmach, daß unsere Frauen, die doch gerade jetzt für das praktische Leben von ungeheurer Bedeutung sind, von Wahlrecht ausgeschlossen sind, muß beseitigt werden. (Sehr richtig!) Und zwar sofort. Wir dürfen nicht zuwarten bis nach dem Kriege; denn gegenwärtig liegen die Dinge so, daß die Arbeiterschaft bei dieser Forderung nach Demokratie nicht übergangen werden kann. Es soll nicht bei der Resolution bleiben, es muß sofort nach dem Parteitag der Kampf aufgenommen werden für die Demokratisierung von unten auf.

Abgeordneter **Reumann**: Sie werden begreifen, daß ich mit einer gewissen Befriedigung der Debatte folge. Wenn man 17 Jahre im Wiener Gemeinderate

ist, kennt man die Leiden, die eine kleine Minderheit zu ertragen hat. Ich habe es immer lebhaft bedauert, daß in unseren Kreisen wenig Gewicht auf die Vertretung in der Gemeindeverwaltung gelegt wird, daß sie unterschätzt wird. Gegenüber den Gemeindeangelegenheiten war man bisher zu teilnahmslos; der Beifall, den Sie Renner gespendet haben, beweist aber, daß eine Besserung eingetreten ist. Freilich die Annahme der Resolution genügt nicht, es muß entschieden dafür gekämpft werden, daß es anders wird. Nachdem wir im Wiener Gemeinderat den Antrag auf Aenderung des Gemeindewahlrechtes gestellt haben, haben wir zu unserer Freude gesehen, daß er Widerhall fand, besonders bei den Frauen, die den Nutzen ihrer Mitwirkung an der Gemeindeverwaltung begreifen. Die Behandlung unseres Antrages zeigt, daß es ohne Kampf nichts gibt. Wir müssen alle Kräfte einsetzen, um zu erreichen, was wir für die Gemeinde wünschen. Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

(liest Antrag 28.)

Wir haben in der Wiener Gemeindevertretung das Schauspiel erlebt, daß der Antrag, der zu Anfang dieses Jahres gestellt wurde, ungebührlich verzögert wird. Es ist aber nicht nur in Wien, sondern im ganzen Reiche offensichtlich, daß man glaubt, mit einer Verbeugung vor der Aenderung des Wahlrechtes, mit einer Verbeugung vor der Einführung des Frauenwahlrechtes alles getan zu haben. Es muß den Herrschenden gezeigt werden, daß es damit nicht abgetan ist, sondern daß es in der Tat nichts anderes mehr gibt, als die Beseitigung aller Wahlprivilegien.

Pichler (Bruck an der Mur): Es gibt Genossen auf dem Parteitage, die das Programm Renners im heutigen Staate Oesterreich deshalb nicht mehr für möglich halten, weil dieses Gebilde Oesterreich so verrottet ist, daß sie sich gar nicht vorstellen können, wie es möglich sein soll, bevor alles von oben bis unten umgekrempelt ist, der Demokratie in diesem Staate zum Durchbruch zu verhelfen. Dr. Renner sagt, in Rußland hat man die Munizipien genau nach englischem Muster durchgeführt. Bevor das aber geschehen ist, mußte man erst den Zarismus zu Boden werfen. Die Massen erwarten in der nächsten Zeit die Parole, für den Frieden um jeden Preis zu kämpfen. Wenn ich nun hinaus komme mit der Forderung nach Aenderung des Gemeindewahlrechtes, des Landtagswahlrechtes u. s. w., so werden das die Massen nicht gut verstehen können. In erster Linie müssen wir mit aller Kraft auf die Herbeiführung des Friedens hinarbeiten; erst wenn wir den Frieden haben, wird es möglich sein, die Demokratie in Oesterreich zu verwirklichen. Ich bin der Meinung, daß in Oesterreich nach Beendigung des Krieges, vielleicht auch jetzt schon, in erster Linie der Kampf um eine andere Verfassung geführt werden muß. Wie wollen Sie ohne Verfassungsreform eine Verwaltungsreform durchführen?

Püchler (Wiener-Neustadt): Das, was mein Vorredner angeführt hat, ist nicht das Mittel, um die Demokratisierung zu erreichen. Ich komme aus einem Orte, wo schon zum Teile der Einfluß der Massen in der Gemeinde erkämpft worden ist und ich möchte bemerken, daß unser ganzer Radikalismus, der uns alle beseelt, notwendig war, diesen Einfluß zu erringen. Ich bekenne mich als Radikaler, aber ich verstehe diesen Radikalismus nicht anders, als daß wir ihn so betätigen, daß es uns gelingt, unsere Leute in den Gemeinderat hineinzubringen. Ich möchte den Wiener Genossen, die uns in unserem Kampfe um den Gemeinderat geholfen haben, sagen, welche Freude es für jeden einzelnen war, mit seinem Radikalismus loszugehen gegen diese bürgerliche Gesellschaft und ihren Kastengeist. Wir hätten es in diesem Kriege sehr gespürt, wenn wir in unserer Gemeinde nicht unseren Bürgermeister, unsere Stadträte und unsere Gemeinderäte gehabt hätten; wir hätten das nicht erreichen können, was wir erreicht haben. Bei uns ist es anders als in Böhmen und Mähren, aus welchen Ländern uns Dr. Renner und Genossin Freundlich so traurige Bilder gebracht haben. Bei uns sind Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte unsere Parteigenossen und uns ist es möglich, sie in einer Parteiversammlung zu beauftragen, das und jenes habe zu geschehen. Voraussetzung aber, um das zu erreichen, ist ein radikaler Kampf.

Abgeordneter **Seliger**: Wenn Genosse Pichler davon gesprochen hat, daß man zuerst den Staat umkrempeln müsse, bevor man darangehe, die Demokratie aufzubauen, so weiß ich nicht, wie er das versteht. Renner hat gesagt, Demokratie in der Gesetz-

gebung ist eine halbe Demokratie, und niemand hat das bitterer empfunden im Kriege als die Genossen, die in Deutschböhmen die aufreibende Arbeit, nicht der Intervention, sondern des Kampfes geführt haben für den Unterhaltsbeitrag, die bei den verschiedensten Gelegenheiten eintreten müssen für das Recht der Frauen und Kinder bei den autonomen wie bei den staatlichen Behörden. Ein Gesetz kann noch so gut sein; wenn wir nicht Einfluß haben bis zur letzten Stelle, die es durchführt, wird es aus einem Mittel der Rechtsgewährung zu einem der Unterdrückung der Arbeiter. Wir brauchen Einfluß dort, wo ausgeführt wird, was das Parlament festgesetzt hat. Da werden wir uns der Bedeutung der Reform der Lokalverwaltung bewußt. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Aufgaben der physische und seelische Wiederaufbau des Volkes stellen wird, sehen wir ein, daß wir sie nicht alle dem Staat zuwälzen können. Diese Arbeit wird hauptsächlich die Industriegebiete betreffen; alles, was nötig ist, um die Waisen am Leben zu erhalten und ihnen eine entsprechende Erziehung zu geben; alles, was für die Krüppel und in sonstiger Krankenfürsorge zu leisten ist, wird nicht der Staat durch Errichtung großer Anstalten bewältigen. Wir müssen fordern, daß diese Arbeit in die Hände jener gelegt wird, die das stärkste Interesse an ihrer guten Durchführung haben. Nicht der Staat, sondern die autonome Verwaltung wird das entscheidende Wort haben müssen. Wie ich die Dinge in Deutschböhmen kenne — und sie sind anderswo nicht anders — werden wir, wenn wir darangehen, den Staat umzukrempeln, schwere Kämpfe führen müssen gegen die Bourgeoisie und das Bauerntum auf der ganzen Linie. Wir wissen es heute schon, auf welchen Widerstand wir bei uns in Deutschböhmen stoßen werden. Als die Deutschbürgerlichen mit Stürgkh die Oktrois vereinbart hatten, hatten sie auch ein Wahlrecht für die Kreisvertretungen ausgetüftelt. Deutschböhmen sollte acht oder neun Kreise bekommen, mit je einer Kreisvertretung von 60 Mann. Diese Kreisvertretung würde einen zwölfköpfigen Kreisausschuß einsetzen. Nun haben wir gefragt: Ja auf welcher Grundlage soll denn diese Kreisvertretung und dieser Kreisausschuß zustande kommen? Und da haben wir trotz der angeblichen Wandlungen im Denken, die der Krieg hervorgerufen haben soll, gesehen, daß wir es in den Deutschbürgerlichen Böhmens noch immer zu tun haben mit den alten reaktionären Arbeiterfeinden. Sie haben sich ein Wahlrecht ausgetüftelt, wonach diese sechzig Kreisvertreter in folgender Weise gewählt werden sollen: zwölf von ihnen sollten gewählt werden von den Höchstbesteuerten, die mehr als 500 Kr. Steuer zahlen, vierzig von denen, die 8 bis 50 Kr. Steuer zahlen, und acht von einer allgemeinen Wählerklasse, in der es den Arbeitern gnädigst gestattet sei, mit den anderen, die schon einmal gegessen haben, den letzten Brocken noch zu verzehren! So versuchten sie in die neue Zeit das alte verächtliche Vorrecht hineinzuschwindeln! Wir müssen damit rechnen, daß, wenn die Frage spruchreif werden wird, wir wieder auf dieselbe Begierde der kapitalistischen Klassen stoßen werden. Dieses Land, wo die Arbeiterschaft nicht nur die große Masse der Bevölkerung an sich bildet, sondern dem Lande wirklich Kraft und Reichtum schafft, will man der rückständigsten, der unfähigsten Klasse ausliefern, dem Kleinbürgertum, das nicht nur unfähig und verbohrt ist, sondern in seinem Haß gegen die Arbeiter selbst über jenes Maß von Haß hinausgeht, das wir bei den Unternehmern in den Kämpfen der Arbeiterklasse um höhere Löhne, um kürzere Arbeitszeit kennen gelernt haben. Wir werden uns also auf große und schwere Kämpfe vorbereiten müssen. So wenig es eine vollständige Demokratie gibt, wenn wir nur das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften haben und nicht auch zu den das Gesetz anwendenden Körperschaften, so wenig gibt es eine Eroberung der politischen Macht nur dadurch, daß wir vielleicht die Regierung ergreifen, die Macht im Parlament an uns reißen, wenn wir nicht zugleich auch unseren Willen, unsere Kraft und Energie hineintragen bis in die letzte Gemeinde. Denn bilden Sie sich ja nicht ein, daß Sie den Staat haben, wenn Sie die Regierung haben. Sie werden den Staat nur haben, wenn wir die Gemeinde haben und die sonstigen Gebilde der Lokalverwaltung, die die moderne Zeit notwendig macht.

Abgeordneter Muchitsch: Genosse Renner hat es in meisterhafter Weise verstanden, uns die Frage der Verwaltungsdemokratie nahezubringen, und von dem Beschluß des Parteitages erwarten wir, daß er dazu führen wird, daß nunmehr die Partei sich mit dieser großen und außerordentlich bedeutsamen Frage mehr beschäftigen wird, als bisher. Wir empfinden es alle schmerzlich, daß wir noch mitten drin stecken in dem sogenannten Obrigkeitsstaat. Genosse Pichler

empfindet außerordentlich stark, und ich glaube, wenn er etwas mehr objektiv, mit weniger Leidenschaft und mit etwas weniger Einseitigkeit nachdenken würde über diese Frage, so würde er zu demselben Resultat kommen, zu dem ich komme: daß wir halt diesen Obrigkeitsstaat nicht mit einem Ruck aus den Angeln heben können, sondern daß wir eben Schritt für Schritt weitergehen müssen, daß wir uns Position um Position erobern müssen und daß wir uns von unten auf die Demokratie erkämpfen müssen. Ich möchte bloß mit einigen wenigen Beispielen zeigen, wie diese Kurienschande, wie dieses Wahlkörpersystem draußen im Lande wirkt. Ich vertrete im Reichsrate den sechsten steiermärkischen Wahlkreis. Dieser Wahlkreis umfaßt $8\frac{1}{2}$ Tausend Wähler. Von diesen wählen nahezu $6\frac{1}{2}$ Tausend bei jeder Wahl Sozialdemokraten. Aber in den Gemeinden herrscht die große, reiche, mächtige Alpine Montangesellschaft. Im ersten Wahlkörper ernennt die Gesellschaft ihre Vertreter, im zweiten Wahlkörper werden nur die von ihr abhängigen Elemente zugelassen und im dritten Wahlkörper sind wir; wir sind also die Minderheit. Die Arbeiter müssen sich auch in der Gemeinde mit ihren Werkdirektoren herumraufen. Im Werke steht der Arbeiter unter der Knute des Direktors, in der Gemeinde ist dieser Direktor der Bürgermeister, unter dessen Knute wiederum der Arbeiter steht. Die Alpine Montangesellschaft beherrscht die ersten zwei Wahlkörper, nicht um für die Entwicklung der Gemeinde zu sorgen, sondern nur, um zu verhindern, daß sie eine Gemeindeumlage zahle, die den Ort in den Stand setze, aus den ungeheuren Reichtümern etwas für sich zu schöpfen. In diesen Gemeinden betragen die Umlagen 20 bis 30 Prozent, in den anderen steirischen 100 bis 200 Prozent! Es ist auch in diesen Gemeinden alles verbesserungsbedürftig. Wenn eine Schule benötigt wird, muß man jahrelang streiten, wer das Geld geben wird, doch die Aktionäre schleppen Millionen aus der Arbeit der dortigen Arbeiter davon. Es ist aufreizend, empörend, wenn man ansieht, daß in jeder Beziehung der Arbeiter im Joche der Kapitalisten steht, daß trotz dem Reichtum des Gebietes für die Bevölkerung nichts geschieht in sanitärer und kultureller Beziehung, weil die wirtschaftliche Macht begleitet ist von der Gemeindemacht der großen Gesellschaft. Dieser Parteitag soll gleichsam das Gelöbnis ablegen, daß wir es uns zur Aufgabe machen, die Massen zur Ueberzeugung zu bringen, daß wir unbedingt zur Demokratie gelangen müssen.

Hackenberg (Brünn): Nicht nur in den Alpenländern sind die Deutschbürgerlichen gegen die Kreiseinteilung, sondern auch bezeichnenderweise bei uns in Mähren, wo die Verhältnisse nicht wesentlich anders sind als in Böhmen und wo sie gewiß auch alle Ursache hätten, für die Selbstverwaltung und Kreiseinteilung einzutreten. Die Deutschbürgerlichen Mährens haben vor kurzem in Brünn eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten, wo sie erklärten, es sei die Kreiseinteilung nicht durchführbar, weil die Siedlungsverhältnisse andere seien als in Böhmen, und sie sei deshalb nicht notwendig, weil die Klärung der Verhältnisse herbeigeführt wurde durch den nationalen Ausgleich im Jahre 1905. In einem Artikel im „Kampf" konnten wir über das Wesen des nationalen Ausgleiches erschöpfende Aufklärung erhalten. Der Ausgleich hat keine nationale Selbstverwaltung herbeigeführt; keine im Lande lebende Nation ist imstande, über ihre Angelegenheiten selbständig zu beschließen, sie ist immer wieder an die Zustimmung der anderen Nationen gebunden. Der Ausgleich hat keine Regelung der nationalen Verhältnisse gebracht; der Ausgleich hat aber noch weniger eine Demokratisierung der Landesverwaltung oder der Gemeinde gebracht. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft dieses Landes mit dem „Ausgleich", der gegen ihren Willen geschlossen wurde, nicht einverstanden ist, sondern auch den Kampf in diesem Lande um die nationale Selbstverwaltung weiterzuführen gezwungen ist. Die Bedenken, daß es jetzt nicht möglich sei, die Masse für diesen Kampf zu gewinnen, sind nicht stichhaltig. Wir haben vor kurzem in Mähren eine Konferenz der Sudetenländer gehabt und die wurde gerade jetzt einberufen, weil wir auf dem Standpunkte standen, daß die Lösung dieser Frage unbedingt jetzt erfolgen müsse. Nach dieser Konferenz haben wir in Versammlungen berichtet und die Arbeiterschaft aufgefordert, den Kampf für die Demokratisierung fortzusetzen. Aus dem Besuch der Versammlungen und aus ihren Beifallskundgebungen haben wir gesehen, welch großes Interesse die Arbeiter daran nehmen und daß es geht, die Masse für die Sache zu begeistern. Man muß es nur verstehen, ihr die Bedeutung der Dinge vorzuführen, an Beispielen fehlt es gerade jetzt nicht. Nicht die Ernährungsfragen allein sind es, die die Arbeiter interessieren. Wenn das Unterhaltsbeitragsgesetz so elend gehandhabt wurde, daß viele tausende Frauen nicht zu

ihrem Rechte kommen konnten, so geschah das nicht nur durch die Schuld der bürokratischen Verwaltung, sondern auch deshalb, weil die Gemeinden nichts für oder sogar vieles gegen das Recht dieser Frauen unternommen haben. Denken Sie, wenn Sie den Schaden der heutigen Gemeindeverwaltung ermessen wollen, nur an die Handhabung des Heimatsgesetzes. Nur wenn man die Dinge nicht zur Ruhe kommen läßt, ist ein Erfolg möglich und er ist heute leichter möglich als später.

Abgeordneter Schäfer: Wenn heute darüber Klage geführt wurde, daß es bisher verabsäumt wurde, für die Erringung des Gemeindewahlrechtes und Demokratisierung der Lokalverwaltung das Notwendige zu tun, so steckt in diesen Klagen ein Stück Berechtigung. Nun haben wir in der Zeit des Krieges einen Anschauungsunterricht genossen, der voraussichtlich dazu führen wird, daß es von nun an anders wird. Wir haben in Deutschböhmen in den letzten Monaten die Frage der Gemeindewahlreform aufgerollt. Was haben wir als Antwort auf dieses Verlangen der Arbeiterschaft, das Gemeindewahlrecht zu erhalten, hören müssen? Zunächst einmal wird eingewendet, daß es so lange unmöglich ist, die Gemeindewahlordnungen zu ändern, so lange nicht im Reichsgemeindegesetz auch die Möglichkeit dafür geschaffen wird. Nach dem gegenwärtigen Rechtszustand in Oesterreich ist es Sache der Landtage, die Gemeindewahlordnungen zu bestimmen, und wenn wir in Böhmen darauf warten sollen, bis der böhmische Landtag wieder aufleben wird, bis sich auf dem Boden des böhmischen Landtages die deutschen und die tschechischen bürgerlichen Parteien einigen und zusammensetzen werden, könnten wir wahrscheinlich sehr lange warten. Anderseits haben wieder die Bürgerlichen, die sich mit der Sache beschäftigen mußten, erklärt: zunächst müssen die nationalen Fragen bereinigt werden; eine Aenderung der Gemeindewahlreform sei nicht gut möglich, solange es unbestimmt ist, in welcher Richtung die nationale Frage in Böhmen ihre Lösung finden werde. Wir haben demgegenüber erklärt, daß beide Fragen sehr eng zusammengehören, daß sie aber auf dem Wege der Demokratisierung auszutragen und zu regeln sind. Gerade jetzt, aus den Lehren des Krieges, geht hervor, daß wir mit aller Kraft die Demokratisierung der Lokalverwaltung erringen müssen. Das ist für jeden klar und darüber sind wohl wenige Worte zu verlieren. Wir sehen, daß in den ausgesprochenen Industriegemeinden, wo die Arbeiterschaft die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, nicht der Einfluß der Arbeiterschaft entscheidend ist, sondern der Einfluß der Agrarier, die von ihrem engherzigen Standpunkt die Gemeindegeschäfte beeinflussen. Das ist ein unerträglicher Zustand, den wir keinesfalls länger mehr zu ertragen gewillt sind. Wenn gesagt wurde, wir sollen warten, bis der Friede erreicht ist, so meine ich das Gegenteil: Noch während des Elends, das wir durchmachen müssen, jetzt, da die Masse am schärfsten das Unrecht der heutigen Gemeindeverwaltung verspürt, muß der Kampf aufgenommen werden. Wenn wir ihn heute verschieben, würden wir den Beifall unserer Gegner finden, die ebenfalls sagen: „Lassen wir doch erst den Krieg zu Ende gehen!“ Wir müssen aber schon jetzt darüber reden, daß dem Unrecht ein Ende bereitet wird.

Ofenböck (Wiener-Neustadt): Wenn gesagt wurde, die Masse wird den Kampf heute nicht aufnehmen, weil sie nur einen Willen habe: den sofortigen Frieden, so frage ich, wann die Arbeiter es besser verstehen sollen, daß sie die Macht in der Gemeinde brauchen als jetzt, da der Druck so furchtbar ist. Jetzt, da der Staat alles in der Hand hat und alle seine Anordnungen durch die Gemeinde ausführen läßt, haben diese ungeheure Wichtigkeit erlangt. Die Anordnungen werden wohl ausgeführt, wenn sie gegen die Arbeiter gehen, werden aber mißachtet, wenn die anderen sie befolgen sollen. Wir haben jetzt den k. k. Häferlgucker, der überall hineinschaut, aber nicht beim Herrn Bürgermeister, bei dem auch ein Schmoren, Braten und Prassen unbeanstandet bleibt, das über jede Vorstellung geht. Auch die Regierung sieht jetzt ein, daß die Demokratie nötig ist, denn was sind die Wirtschaftsräte anderes als Gemeinderatsersatz? Wenn der Gemeinderat aus Wirten, Bäckern und Fleischern besteht, so ist das eine Vereinigung zur Ausbeutung der Gemeindeangehörigen, aber nicht zu ihrer Verwaltung. Die Masse verhungert und die paar geben sich als die Patrioten aus. Nie hat sich so kraß das Unrecht dargestellt wie heute und niemals mehr als jetzt kann man offenen Sinn für unser Verlangen finden. Manche Genossen der „Linken“ richten Angriffe gegen die Partei. Wenn sie Renner den sozialdemokratischen Lueger nennen, so ist das etwas, was vielleicht nicht ihn, aber uns schmerzt, die wir an der Südbahnstrecke so gut wissen, daß er bei jeder Arbeit innig mit uns zusammenwirkt. Freilich, der Genosse Pichler macht,

wenn er ein Haus baut, zuerst die Dachluke, bei der er die rote Fahne hinausstekt. Wir aber heben erst den Grund aus und erbauen dann die Mauer. Jetzt ist die beste Zeit zum Kampf. Wenn wir verdammt sind, hier zu leben, so wollen wir uns auch wohnlich einrichten.

Beutel (Aussig): Wir haben vor allem anderen das Empfinden, daß das, was hier als Notwendigkeit ausgesprochen worden ist, in unserem Kreise vor allem aus Anlaß der Behandlung der Arbeiter bei den Unterhaltsbeiträgen zutrifft. Was da in den Gemeinden geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Die ungleichmäßige, willkürliche Behandlung dieser Dinge Leuten gegenüber, die es notwendig, und anderen gegenüber, die es nicht notwendig haben, das ist ein Kapitel, das unerschöpflich ist. Was Genosse Muchitsch aus seinen Erfahrungen hier erzählt hat, das trifft ganz auch bei unseren Industriegemeinden zu. Diese Gemeinden werden von den Industrie-Aktiengesellschaften in jeder Beziehung im Interesse des Kapitals mißbraucht. Wenn wir draußen in den Gemeinden die Arbeiterschaft mit dem nötigen Geist erfüllen, wenn wir ihnen sagen, wie notwendig es ist, die Verwaltung zu demokratisieren, dann wird die Arbeiterschaft mit aller Begeisterung für diesen Kampf zu haben sein, dann wird jenes Verständnis zutage treten, das es ermöglicht, den Kampf zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Schlußwort des Berichterstatters.

Abgeordneter Dr. Renner: Vertreter aus fast allen Teilen des deutschen Wohngebietes in Oesterreich sind aufgetreten und haben bezeugt, unter welch ungeheurer Schmach unsere ganze Arbeiterschaft leidet und wie diese Schmach besonders in Kriegszeiten sichtbar geworden ist bei der Versorgung mit Lebensmitteln, in der Behandlung der Arbeiter vor den Gemeindeämtern, in der Unzulänglichkeit unserer autonomen wie unserer juristisch-bürokratischen Verwaltung. Sie haben andererseits auch bekundet: die Arbeiterschaft wartet auf eine Orientierung der ganzen Partei, mit welchen Zielen der Kampf um die Demokratie in der Lokalverwaltung aufgenommen werden solle. Ich glaube, die zustimmenden Ausführungen der Genossen beweisen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir brauchen heute die Demokratie in der Verwaltung, allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für Männer und Frauen in der Gemeinde und in den zu schaffenden Kreisen — wir brauchen sie einfach als nackte Lebensnotwendigkeit der Massen. Indem wir diese Lebensnotwendigkeit erkämpfen, werden wir begreifen lernen, daß mit der Sicherstellung des bloßen Bedürfnisses zu leben auch zu gleich eine hohe politische Errungenschaft und ein Stück geistiger Schulung der Massen gewonnen wird. Ich werde nicht auf die einzelnen Ausführungen der Redner eingehen, das würde zu weit führen. Die Schilderung, die Muchitsch und andere über die mittelbare Beherrschung der Arbeiterschaft durch die Fabriken im Wege der Gemeindeverwaltung gebracht haben, die Schilderung der Uebelstände, die uns Genosse Mück über das Elend der Arbeiter in den kleinen Dorfgemeinden in wenigen Worten zusammenfassend gegeben hat, die Darstellung der Leiden und Bedrängnisse vieler Kriegsmonate und ganzer Familien sprechen für sich selbst. Ich möchte zu den Bemerkungen Ofenböcks, was meine Person betrifft, nur folgendes anführen: Wenn man in einer Partei wirkt, so empfiehlt es sich nicht, auf harte Worte, die gegen einen fallen, wie auf Worte, die man allenfalls selber gebraucht, empfindlich zu reagieren. Es bleibt im Grunde nichts anderes übrig, als weiterzuarbeiten und abzuwarten, bis die Massen der Partei sich nach der Leistung der Person von ihr ein Bild gemacht haben. Vertrauen wird erarbeitet und nicht erzankt. Deshalb habe ich seinerzeit unterlassen, auf die Ausfälle Friedrich Adlers in seinem Prozesse gegen mich einzugehen. Wenn man ins Gedränge gerät, muß man auf Püffe gefaßt sein. Und Püffe treffen häufig gerade denjenigen, der zufällig dazukommt. Ich habe mich über jene Ausfälle niemals öffentlich beklagt — ich habe sie wohl schmerzlich empfunden — aber einer späteren Zeit muß es überlassen bleiben, das mir widerfahrene Unrecht wieder gutzumachen.

Nun kehre ich zu unserer Aufgabe zurück. Wir haben eine Ersatzgemeinde und einen Ersatzlandtag schaffen müssen; eigentlich nicht wir, sondern der Staat selbst, der die Wirtschaftsämter gebraucht hat. Es ist das das klare und deutliche Bekenntnis, daß man mit der bisherigen Verwaltung das Land nicht weiter verwalten konnte, daß die heutige Organisation nichts taugt. Es ist auch das Bekenntnis, daß man

gerade den Arbeiter braucht, der in Gemeinde und Land rechtlos ist. Wenn sich die lokalen Gewalten gegen die Wirtschaftsämter gewehrt haben, so war die Staatsgewalt wider ihren eigenen Willen gezwungen, die Teilnahme der Arbeiter herbeizuführen. Man hat ferner die Frauen rufen müssen, es ist einfach ohne sie nicht gegangen. Sie arbeiten mit in diesen Aemtern und Räten. Sie haben die Politik praktisch üben gelernt in einer glücklichen Weise, nämlich indem man sie überall vor ganz konkrete Aufgaben gestellt hat. Wenn man, was und wie die Frauen in den ersten Kriegsmonaten gesprochen haben, mit ihrer heutigen Mitarbeit vergleicht, so sieht man, wie sich ihr Gesichtskreis erweitert hat, und erkennt, welch mächtige Schulung des politischen Geistes gerade in der Teilnahme an der Verwaltung liegt. Ich habe schon vor langem auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Erst recht belehrt wurde ich aber durch die konkreten Erfahrungen im Ernährungsdienst, aber auch durch die unmittelbare Anschauung in meinem Wahlbezirk. Ich habe da gesehen, was die Arbeiter durch die Teilnahme an der Gemeindeverwaltung zu erlernen imstande sind, welche Steigerung ihrer ganzen Persönlichkeit daraus entsteht. Da haben wir in einer Marktgemeinde mit einer ganz verstreuten Arbeiterschaft einen Konsumverein. Er war schon mehrere Male am Rande des Abgrundes, aber immer haben ihn die Leute aus eigener Kraft solidarisch mit vielen Opfern herausgerissen. Gerade diese Arbeit, diese unmittelbare Betätigung des Gemeinsinns, hat sie zu unerschütterlichen Sozialdemokraten gemacht. Es ist eben nicht wahr, daß im Kopf des unorganisierten Arbeiters gleichsam von vornherein der Sozialismus steckt und nur mehr bei den Führern fehlt, wie Max Adler gemeint hat. Im Gegenteil. Der von mir geschilderte Zustand der Rechtlosigkeit, wo sie nichts als lauter Gewalten um sich sehen, nichts als lauter Herren, der erzeugt jene geistige Stumpfheit und Gleichgültigkeit, die wir alle kennen. (So ist es!) Dieses Gefühl der Gebeugtheit hat der Krieg noch verstärkt. (Zustimmung.) Und gerade unsere Vertrauensmänner bemühen sich immer wieder, in rastloser Kleinarbeit gegen jede kleinste Bedrängnis anzukämpfen, so die Gebeugten aufzurichten durch den Hinweis auf das Große. Das leistet die Erziehungsarbeit des Vertrauensmannes und so wird Sozialismus in Wahrheit. Die Menschen, die so leiden, in ihren kleinsten Sorgen zu fassen, an diese anknüpfend den Zusammenhang mit den großen Schäden der Gesellschaft nachzuweisen und am Einzelnen und Konkreten den Sozialismus zu erläutern — das ist die große Aufgabe unserer Vertrauensmänner. Wir können den Arbeiter nur erziehen zum Sozialismus, wenn wir ausgehen vom Einzelnen und Nahen, von seinem nächsten Herrn, wenn wir die nahen Gewalten zuerst bekämpfen, denn die anderen sieht er zumeist nicht. Deshalb zu sagen — indem man von Demokratisierung spricht — daß bei den Kleinkämpfen das große allgemeine Ideal der Bewegung übersehen wird, das ist falsch! Deshalb muß ich betonen, daß der Kampf um die Lokalverwaltung das wichtigste Induktionsmaterial ist, um den Arbeiter zum freien Bürger, zum freien Menschen und zum Sozialisten zu machen. (Beifall.)

Man hat also die Arbeiter in die Ernährungsämter des ganzen Reiches gerufen, man war glücklich, auch die Frauen dazuzubekommen — und nun frage ich die Herrschenden, was sie denn eigentlich glauben? Wollen sie, wenn der Krieg zu Ende ist, zu diesen Menschen sagen: Tretet wieder zurück in das politische Nichts!? Arbeiter und Arbeiterfrauen, die in der letzten Zeit für das Volk und Land so Außerordentliches geleistet haben, noch einmal zurückzuverbannen in das politische Ghetto, das ist unmöglich. Wir erklären: Wir werden den Schritt vom Krieg in den Frieden nicht vollziehen in der alten Rechtlosigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeiterklasse hat sich diese Frage vorzulegen, ob sie denn dulden kann, daß die herrschende Klasse dieses Landes die Arbeiter weiter niederhalte, als ob nichts geschehen wäre! Parteigenossen, es handelt sich hier um die Zustimmung der Partei zu einem ganz bestimmten Willensentschluß, um die Aufforderung zu einer bestimmten Tat. Als das soll die Resolution genommen und als bestimmter Auftrag an den neuen Parteivorstand, zu handeln, betrachtet werden. Und da lasse ich mich gar nicht ein in die Frage, ob der Kampf lang oder kurz dauern wird, welche Mittel von Ihnen angewendet werden sollen, damit wir unseren Willen durchsetzen. Wenn die Herrschenden sich recht vernünftig dabei benehmen, braucht das nur zwei Monate zu dauern; wenn sie unvernünftig sind, dann muß man eben Erziehungsmethoden anwenden. Dann werden wir in die einzelnen Gemeindestuben gehen, allenfalls vor die Gemeindeämter, wenn es sein muß. (Zustimmung.) In und vor den Bezirkshauptmannschaften, in und vor dem Rathaus der Reichshauptstadt selbst

werden wir unsere Sache führen. Ich freue mich über eines, daß bei unseren Verhandlungen das nationale Moment ganz in den Hintergrund getreten ist, denn die deutsche Arbeiterklasse hat heute noch den durch die Umstände gebotenen Vorteil, sich zunächst um die reinen Arbeiterfragen und die reine, unverwirrte Frage der Demokratie kümmern zu können. Es muß nicht alles und jedes vom nationalen Gesichtspunkt vorerst angesehen werden, und wir wollen das nicht. Der Parteitag hat einen solchen Geist bewiesen, indem er es abgelehnt hat, sich auf die Frage der nationalen Ordnung nach oben hinaus näher einzulassen. Wir haben noch immer die Ueberzeugung, daß die Volksregierung von selbst zur nationalen Selbstbestimmung wird. Wenn in den Gemeinden, Bezirken, Kreisen sich das Volk selbst regiert, regiert sich automatisch die Nation selbst. Denn die Nation ist nicht etwas über dem Volke, sondern eine bestimmte Volkheit selbst. Alle Forderungen in Bezug auf nationale Autonomie sind nichts als der Gedanke der Selbstregierung des Volkes, angewendet auf die Nation. Wir sagen jeder Nation: Schafft euch die Selbstregierung, wie wir sie für uns haben wollen! Wenn die Nationen durch Selbstverwaltung gegliedert und selbständig und abgesondert vertreten sind, sollen sie miteinander reden, wie sie ihre Aufgaben abgrenzen und was sie gemeinsam verwalten wollen. Aus diesem Geiste ist das Brünner Programm entstanden, und wir halten an ihm fest. Wir beklagen es, daß die tschechische und polnische Sozialdemokratie — freilich nicht allein durch eigene Schuld, sondern durch die Hilf- und Kopflosigkeit unserer Regierungen — in das Lager ihrer Bourgeoisie hineingedrängt worden sind. Ich bin weit entfernt, anderen Parteien Vorwürfe zu machen. Es ist jedem Proletariat schwer genug, seinen Weg aufwärts zu finden, so daß ich es ablehne, mich zum Richter über ein anderes Proletariat zu machen. Ich mache den Tschechen und Polen keinen Vorwurf, ich weiß, welche Umstände zum Teile weltpolitischer Natur sie zu dieser Stellung bringen. Aber eines erwarte ich: was wir fordern, müssen die tschechischen und polnischen Arbeiter ebenfalls fordern, sie können gar nicht anders. Wenn sie die lokale Selbstverwaltung nicht forderten, würden sie ein schweres Verschulden begehen an der eigenen Klasse ihrer Nation und zugleich an uns. Wir können darum erwarten, daß bei unserer Forderung nach der Demokratie die tschechischen und polnischen Arbeiter mittun.

Es ist hier viel über Revolution gesprochen worden. Es wurde versucht, dem revolutionären Geist der Masse Ausdruck zu geben, teils in der naiv-ursprünglichen, aber echten Art des Genossen Pichler, teils ist versucht worden, durch ausgeklügelte Zusatzanträge zu Resolutionen das revolutionäre Temperament zu wecken. So, indem man den Satz nicht mehr gelten läßt: Euer Wort sei ja, ja oder nein, nein, sondern gesagt hat, es dürfe nicht ein opportunistisches Ja oder Nein, es müsse ein prinzipielles Ja oder Nein sein. Ich halte von solchen Methoden gar nichts. Aber das eine muß uns klar sein: wenn aus der Erregung und der Erschütterung der Massen irgend etwas Positives werden soll, so setzt dies voraus, daß sich wenigstens in den Hauptlinien die deutschen, tschechischen und polnischen Arbeiter miteinander verstehen. Wäre das nicht der Fall, so stände es schlimm um die Sache des Proletariats. Das Nichtbestehen der großen Internationale der Welt erfüllt uns mit schwerem Kummer, und ihr Wiedererstehen ist unsere große Hoffnung. Aber das Nichtbestehen der Internationale in Oesterreich ist unser nächstes und eigenstes Elend. Denn wenn wir eine Hand rühren für die Demokratisierung und diese Hand zurückgeschlagen wird von den nächsten Freunden selbst aus nationalen und sonstigen Vorurteilen, wenn wir fürchten müssen, daß unser Eintreten für die Demokratie nicht ein Mittel wäre für den Aufstieg des tschechischen und polnischen Proletariats, sondern für imperialistische Gelüste der tschechischen und polnischen Bourgeoisie, so wäre es besser, die Hand nicht zu erheben. Dann wäre unsere Tat nicht das Signal zur Befreiung der Arbeiterklasse, sondern zu einem sinn- oder ergebnislosen Rassenkampfe. Wer die Revolution will als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, ist darum vorerst eingeladen, sich um die Bedingungen einer Revolution im Nationalitätenstaat zu kümmern. Die Männer der Partei, die ein Menschenalter lang im schweren Kampfe um das Wahlrecht den Mut zur Tat bewiesen haben, hier auf die Anklagebank zu schleppen, weil sie das heute nicht wissen sollten, ist einigermaßen verkehrt und lächerlich. Nicht bei der Vorfrage, ob Revolution oder nicht, halten wir, sondern wir stehen schon längst beim zweiten Punkt, bei der Hauptfrage: Wie, wann und wo? Daher ist die Frage die: Unter welcher Bedingung kann die Arbeiterklasse mit Erfolg vorwärtskommen? Die Antwort ist klar und

eindeutig, denn in dieser Frage kann es in Oesterreich keinen Unterschied unter den Nationen geben: Auf dem Wege der Demokratie, durch die Verwaltungsreform, durch die Begründung einer demokratischen Lokalverwaltung. Wenn andere Nationen versagen, ist es schlimm. Wir haben gerufen; wenn auf unseren Ruf keine Antwort erfolgt, dann ist es nicht unsere Schuld.

Nur noch ein Wort über Polen. Die Resolution lehnt den Gedanken der Sonderstellung ab. Sonderstellung ist für uns kein faßbarer und kein gangbarer Begriff, wir kennen die Sonderstellung bloß aus dem Beispiel Kroatiens und wir haben nicht das geringste Bedürfnis, die Polen in ein Verhältnis zu uns und zu Ungarn zu bringen wie Kroatien, das durch dieses Verhältnis in Hochverratsprozesse und tausendfache Drangsalierungen geraten ist. Ein solches Verhältnis wollen wir für die polnische Nation nicht. Was wir wollen, ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, ebenso für die Polen wie für uns selbst. Aber keineswegs so, daß wir irgendeine Nation einem neuen imperialistischen Experiment einer zweiten Nation ausliefern. Wie immer sich die Sache mit Polen wenden möge, es ist eine Sache Europas, die Sache von Krieg und Frieden, die Sache des internationalen Friedenskongresses — wir können ihm nicht vorgreifen, wir müssen seine Entscheidung so annehmen, wie sie fällt. Ich möchte nur ein Wort an unsere polnischen Genossen, insbesondere an unseren Genossen Daszynski, richten: Wenn die Polen ihre Staatlichkeit gewinnen, haben die deutschen Arbeiter in Oesterreich einen guten Teil dazu beigetragen; die deutschen Arbeiter haben die Freiheit Polens zum großen Teile mit ihrem eigenen Blute erkauft; und wenn jetzt der deutsche Arbeiter Oesterreichs um ein Stückchen politischer Demokratie ringt, so kann er meiner Meinung nach mit Recht erwarten, daß die polnischen Sozialisten uns ihre Hilfe leihen, so gut sie können. Ich meine, es ist in den nächsten Monaten möglich, daß sich die proletarischen Parteien aller Nationen finden auf dem Wege der Tat, wenn auch nicht auf dem organisatorischen Wege, wozu es jetzt schon zu spät ist. Wenn es zu einer Reform der Verfassung kommt, müssen die Proletariate aller Nationen sich in dieser Frage finden.

Und jetzt nur noch ein letztes Wort: Was bedeutet die Demokratie in Oesterreich und in welcher Rolle erscheint sie mir? Auch ich habe das Gefühl, nicht nur das Gefühl, sondern auch den Wunsch, der russischen Revolution zu helfen. Auch ich würde es als das größte Unglück für die Arbeiterklasse Europas halten, wenn die russische Revolution unterginge mit einem Zusammenbruch des Proletariats und mit einem Untergange seiner proletarischen und sozialen Errungenschaften. Ich möchte helfen, möchte, daß wir deutschen Arbeiter den russischen helfen. Das, was die Russen fordern, ist Demokratie und nationale Selbstbestimmung. Und wir helfen der russischen Revolution am allerbesten, wenn wir das, was sie selber fordert, in unserem Lande erfüllen. Ich meine daher, daß mich von der „Linken“ nur das eine trennt: sie meint, wir könnten der russischen Revolution durch bloße Beteuerungen, durch Erklärung der Sympathie oder durch eine Gruppierung der Partei nach links ernsthaft helfen; ich glaube, das nützt nichts, Worte helfen nicht. Wir müssen vielmehr alles dazutun, die Grundsätze der russischen Revolution zu verwirklichen, aber nicht in Rußland, in Deutschland — das müssen jene Länder selber besorgen — sondern bei uns im eigenen Lande. So allein helfen wir der russischen Revolution, und so meine ich, daß unsere Arbeit auf verschiedenen Gebieten, in den Ernährungsämtern, Wirtschaftsämtern u. s. w. zwar Kleinarbeit ist, daß unser Kampf um die Demokratie zwar nur ein Land der Welt betrifft, daß sie beide aber beitragen zu der Revolutionierung der ganzen Welt, in der wir leben. (Stürmischer Beifall.)

Die Abstimmung.

Vorsitzender Seitz: Es wird nun über die Resolution des Referenten abgestimmt.

Die Resolution Antrag 26 wird einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag Freundlich, Antrag 27, wird angenommen.

Der Antrag Neumann, Antrag 28, wird angenommen.

Vorsitzender Seitz: Von Rudolf Beer ist beantragt, das Referat als Broschüre für die Massenverbreitung herauszugeben.

(Liest Antrag 29.)

Abg. Dr. Renner: Das Referat kann erst mit der Debatte zur vollen Wirkung gelangen; ich beantrage daher die ganze Debatte mit herauszugeben.

Die Anträge 29 und 30 (Zusatzantrag Renner) werden angenommen.

Vorsitzender Seitz: Nach der Abstimmung des Antrages Baumheier (Reichenberg) ist ein Mißverständnis aufgetaucht, das heute Folgen nach sich gezogen hat. Sowohl der Referent über diesen Gegenstand als auch Genosse Viktor Adler erklären daher, daß sie gegen den sachlichen Inhalt der Resolution nichts einzuwenden haben, sondern nur gegen die Fassung, die den Vorwurf enthält, das die Partei die Kriegskredite nur aus Opportunitätsgründen abgelehnt hätte.

Vorsitzender Seitz: Wir kommen nunmehr zu dem

Bericht über die Beitragserhöhung.

Berichterstatter Lindner (Graz): Ich habe Ihnen im Namen der Kommission für die Beratung der Beitragserhöhung über unsere Beschlüsse zu berichten. Die Kommission hat sich mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt, um so mehr, weil wir meinen, daß es unumgänglich notwendig ist, die Parteibeiträge zu erhöhen. Bei dem Punkt 1 der Tagesordnung wurde vielfach aufgezählt, welche Aufgaben die Partei während des Krieges zu erfüllen hatte. Es wurde davon gesprochen, wie vielen Zehntausenden und Hunderttausenden von Arbeitern geholfen wurde und es wurde auch gesagt, welche Massen von Arbeitern um Rat und Hilfe zur Partei kommen und es ist begreiflich, daß man auch verlangen kann, daß die Parteigenossen auch die Beiträge leisten, um allen ihren Wünschen gerecht werden zu können. Aber nicht das allein. Wir haben auch gehört, welch ungeheure Aufgaben wir in Zukunft zu erfüllen haben werden und wir haben soeben erst bei dem Referat des Genossen Dr. Renner vernommen, daß wir große Aktionen durchzuführen haben werden, um diese Forderungen durchsetzen zu können. Mit den kleinen Beiträgen, die die Partei bis jetzt von den Genossen eingehoben hat, wird das Auslangen nicht mehr gefunden werden können. Wir haben alle das Empfinden, daß sehr viele Aktionen der Partei überhaupt nicht gemacht werden können, weil die Lokalausschüsse kein Geld haben. Aus diesen Gründen erlaube ich mir namens der Kommission den Antrag zu stellen, das Parteistatut folgendermaßen zu ändern:

(Liest Antrag 14, Absatz 1):

Der monatliche Mindestbeitrag darf danach für jedes Mitglied nicht weniger als 40 Heller betragen. Jetzt heißt es 20 Heller und es wird somit eine Erhöhung um 20 Heller vorgeschlagen. Die Kommission beantragt ferner:

(Liest Antrag 14, Absatz 2):

Bis jetzt hat der Reichsparteibeitrag 3 Heller betragen und wir beantragen, daß jetzt 9 Heller gezahlt werden, das sind um 6 Heller mehr, so daß für das Land, für die Bezirke und für die Lokalorganisationen in Zukunft 27 Heller übrigbleiben werden. Die Kommission beantragt weiterhin, daß diese Beschlüsse vom 1. April 1918 an in Kraft treten.

Bei der Erhöhung des Reichsparteibeitrages um 6 Heller wurde von der Kommission der Wunsch ausgesprochen, daß, nachdem eine so namhafte Erhöhung für die Reichsparteivertretung vorgenommen wurde, auch das Reichsparteisekretariat einen Teil der finanziellen Lasten der Agitation und sonstiger wichtiger Dinge für die Länder oder Bezirke übernimmt. Den Antrag 5 des Genossen Berdau (Kladrau), auf Abnahme des Parteitagblattes in den einzelnen Orten, bitte ich abzulehnen. Das ist eine so wichtige Frage, daß sie vor allem in den Ländern geregelt werden muß. Ebenso bitte ich, den Antrag 7 (Freiwaldau) auf progressive Bemessung der Parteisteuer abzulehnen, weil er praktisch nicht durchführbar ist. Die Kommission war aber der Meinung, daß sich die Länder- oder Lokalorganisationen dadurch helfen können, daß sie an die bessersituierten Genossen appellieren, die Parteikasse durch regelmäßige Beiträge zu stärken.

Abgeordneter Hillebrand: Namens der westböhmischen Delegation habe ich zu erklären: Nachdem § 35 des Parteistatutes bestimmt, daß Anträge auf Aenderung der Partei- oder Wahlfondsbeiträge sechs Monate vor dem Stattfinden des Parteitages eingebracht werden müssen, erkennen wir an, daß es angesichts der Kriegsverhältnisse nötig war, diese Bestimmung zu umgehen. Es mußte aber dem Parteivorstand, als das Parlament zusammentrat, klar sein, daß es in absehbarer Zeit

zu einem Parteitag kommen dürfte. Deshalb wäre es angezeigt gewesen, daß er sich wenigstens annähernd an die Bestimmung des Statutes gehalten hätte, damit uns nicht eine Beitragserhöhung so plötzlich an den Kopf geworfen wird, ohne daß die Genossen Gelegenheit gehabt hätten, vorher darüber zu sprechen. So war es auf dem Innsbrucker Parteitag und das machte auf der Kreiskonferenz die größten Schwierigkeiten. Die Konferenz hat dagegen protestiert und auch heute müssen wir den Protest vorbringen. Trotzdem werden wir für die Erhöhung stimmen, müssen aber gegen diese Methode entschieden Verwahrung einlegen.

Kohn (Gänserndorf): Meine Ansicht habe ich schon gestern ausgesprochen. Ich beantrage aber, daß die Erhöhung nicht am 1. April, sondern am 1. Juli eintritt.

Scharflechner (Knittelfeld): Wir wissen, daß die Beitragserhöhung unbedingt notwendig ist, weil die Lokal- und Bezirksorganisationen bisher stiefmütterlich behandelt wurden. Mit den kleinen Beiträgen auszukommen ist unmöglich. Wir werden für die Erhöhung stimmen, wenn der größte Teil der neuen Einnahmen den Lokalorganisationen zukommt. Die großen Ausgaben zu bestreiten ist von den sechs Hellern des heutigen Beitrages von 30 Hellern unmöglich. Im Antrage heißt es, 40 Heller sollen der Mindestbeitrag sein. Damit ist zu jeder Erhöhung die Möglichkeit gegeben, aber es ist nicht gesagt, wie viel der Lokalorganisation verbleibt. (Ruf: Dann lesen Sie das Parteistatut. Da heißt es: Die anderen Instanzen teilen das ein.) — Wenn wir eine einheitliche Organisation haben, sollen wir auch einheitliche Beiträge haben. (Abgeordneter Skaret: Aber sie sind ja heute schon verschieden.) Der Beitrag für die Reichskasse scheint mir zu hoch.

Vorsitzender Seitz: Zum Protest des Genossen Hillebrand habe ich zu bemerken, daß zufolge der Bestimmung, daß Anträge über Beitragserhöhung sechs Monate vor dem Parteitage eingebracht und fünf Monate vorher veröffentlicht werden müssen, im allgemeinen über diese Anträge gar nicht hätte verhandelt werden können. Es ist jedoch ein alter, berechtigter Gebrauch, daß eine Beschränkung aufgehoben werden kann, wenn von keiner Seite eine Einwendung erhoben wird. Ich habe deshalb, bevor die Anträge verhandelt wurden, gefragt, ob eine Einwendung erhoben wird. Da dies nicht geschehen ist, ist die Verhandlung und die Abstimmung zulässig.

Abstimmung.

Vorsitzender Seitz: Die Kommission beantragt, die Anträge 5 (Berdan) und 7 (Freiwaldau) abzulehnen. Wir werden zuerst über diese Anträge abstimmen, dann über die beiden ersten Absätze des Antrages 14 der Kommission. Wer für den Antrag 5 ist, möge die Karte erheben. (Nach einer Pause.) Der Antrag 5 ist abgelehnt. Der Antrag 7 (nach einer Pause) ist ebenfalls abgelehnt.

Wer für die beiden ersten Absätze des Antrages der Kommission ist, möge die Karte erheben. (Geschieht). Antrag 14, Absatz 1 und 2 ist angenommen.

Nun zur Bestimmung des Termins an dem die Beitragserhöhung in Kraft tritt. Die Kommission beantragt den 1. April. Antrag 15 (Kohn) wünscht den 1. Juli.

Wer für den Antrag 15 ist, möge die Karte erheben. (Nach einer Pause). Antrag 15 ist abgelehnt. Wer für den Absatz 3 des Antrages 14 der Kommission ist, möge die Karte erheben. (Nach einer Pause). Der Antrag 14, Absatz 3 ist angenommen. Die Beitragserhöhung tritt also am 1. April 1918 in Kraft.

Wir kommen nun zum

Bericht der Wahlkommission.

Referent Abgeordneter Bretschneider: Nach sehr eingehender Ueberlegung, nach Anhörung der Wünsche der Genossen aller Provinzen, haben wir zunächst folgenden Vorschlag auf Aenderung des Organisationsstatutes zu machen.

(Liest Antrag 31.)

Bisher bestand der Parteivorstand aus zehn, die Parteikontrolle ebenfalls aus zehn Mitgliedern. Es hat sich aber wiederholt ergeben, daß Genossen den Beratungen des Parteivorstandes beiwohnen müssen, ohne daß sie ihm selbst angehören. Aus diesem Grunde beantragen wir die Vermehrung auf 14 Mitglieder. Auch die Zahl der Mitglieder der engeren Kontrolle soll vermehrt werden, und

zwar aus folgendem Grunde: Bisher konnte nicht jedes Kronland berücksichtigt werden, manche mußten nach jedem Parteitag miteinander abwechseln. Diese Abwechslung herbeizuführen, erzeugte immer Unannehmlichkeiten, damit dies vermieden werde, soll jedes Land vertreten sein und deshalb ist die Vermehrung auf zwölf Mitglieder geboten.

Der Antrag 31 wird angenommen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Dr. Czech: Der nächste Punkt ist:

Forderungen der Arbeiter zur Uebergangswirtschaft.

Vorsitzender Dr. Czech: Dieser Punkt hat drei Unterteile, für die je ein Referent bestimmt ist. Es ist wohl am besten, wenn wir zuerst alle drei Referenten sprechen lassen und dann gemeinsam die Debatte abführen. Ueber die Volkswirtschaft wird Dr. Ellenbogen, über das Arbeitsverhältnis Domes, über die Volksernährung Elderfch referieren. Zunächst kommt das Referat über

Volkswirtschaft.

Referent Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Wir sind uns darüber klar, daß das ungeheure Ereignis der Weltkrieg, nicht aus einer einzigen Ursache zu erklären ist. Aber wir wissen ebensogut, daß die entscheidende, die Hauptursache längst in den Tatsachen vorbereitet und begründet war, die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus, der nicht etwa einseitig auf einen Staat, auf eine kriegführende Seite beschränkt, sondern die Erscheinung eines allgemeinen Mechanismus auf einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist. So wie dieser Imperialismus aus den Gesetzen des Kapitalismus heraus selbst notwendig geworden, so ist aus dem Imperialismus naturnotwendig der Weltkrieg entstanden. Die Erscheinungen, die zu dem Weltkrieg geführt haben, sind die natürliche Folge eines jener Grundgesetze, die den Kapitalismus kennzeichnen: Des Prinzips der Anarchie der Produktion. Der Kapitalismus produziert wie die Natur. Wir wissen aus der Darwinschen Lehre, daß die Natur ihre Keime milliardenfach in die Welt hinausstreut, ohne sich um ihr Schicksal weiter zu kümmern. So ohne Ermessung des Bedarfes, ohne Ueberlegung, ohne Prüfung des Gebietes, wo die Waren abgesetzt werden sollen, produziert der Kapitalismus in Massen ins Blaue, sich darauf verlassend, daß irgendwo einmal die Waren untergebracht werden. Sind sie aber produziert, dann erst erhebt sich die Frage, wo sie abgesetzt werden. Es müssen Absatzgebiete gesucht werden. Die Massenproduktion ihrerseits erzeugt das Bedürfnis, den Betrieb auf eine immer breitere Basis zu stellen, ihm eine immer größere Intensität zu geben, wodurch das Absatzgebiet wieder immer ausgedehnter, der Bedarf an Rohmaterialien immer unersättlicher wird. Aber die Erde ist ein begrenztes Gebiet und mit dem ständigen Wachsen des Verlangens nach Absatz- und Rohstoffgebieten muß der Augenblick kommen, wo die kapitalistischen Ausdehnungstendenzen irgendwo in der Welt zusammenstoßen; es entstehen Reibungen, Interessengegensätze, es entsteht die Besorgnis, ob die kapitalistische Großwirtschaft die Absatzgebiete oder die für die Gewinnung der Rohstoffe notwendigen Gebiete vor der konkurrierenden Volkswirtschaft behaupten kann. In der ersten Zeit suchen die konkurrierenden Wirtschaften diese Interessengegensätze durch Verträge auszugleichen; solche bestanden in großer Zahl zwischen England und Rußland, England und Frankreich, zwischen Deutschland und England, Deutschland und Frankreich, was nicht hinderte, daß die Staaten, die solche Verträge schlossen, miteinander in Krieg gerieten. Je mehr sich nämlich die Gegensätze zuspitzen, desto weniger ist es möglich, ihre Schärfen durch Verträge abzuschleifen. So brechen die Konflikte immer stärker hervor und es hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine ganze Anzahl solcher imperialistischer Kriege gegeben, vom amerikanisch-spanischen Krieg an bis heute. Schon lange vorher waren also die ersten Zuckungen der Weltkatastrophe bemerkbar. Diese Konflikte erzeugen nun in allen Staaten, die auf der imperialistischen Stufe des Kapitalismus angelangt sind, das Verlangen nach Sicherung ihrer Interessen — sie wollen die Monopolstellung, sie verlangen, gewisse Gebiete unter ihre alleinige von niemand anfechtbare Herrschaft zu setzen. Man fängt mit der friedlichen Durchdringung an und endet mit der territorialen Eroberung.

Auf dieser ökonomisch-historischen Grundlage entsteht nun ein bestimmter Vorstellungskomplex: Die fremde Volkswirtschaft, sagt der Imperialismus, die mir den Boden abgräbt, muß mit allen Mitteln bekämpft, womöglich ausgerottet werden, sie hindert meine Entwicklung und der berühmte Ausspruch des deutschen Kaisers, daß sich Deutschland den Platz an der Sonne erobern müsse, das ist so der plastische Ausdruck dieser Vorstellung, die sich im kapitalistischen Staat herangebildet hat. Es hat sich aus dieser ganzen Ideenverbindung unter anderem folgende Meinung bei den Vertretern des Imperialismus herausgebildet: Ohne Rohstoff keine Produktion. Der Absatz der industriellen Produkte in den Neuländern der Ueberseo muß vor allem gepflegt, der von ihnen gelieferte Rohstoff muß mit unseren industriellen Produkten bezahlt und zu diesem Zwecke der Konkurrent von ihnen ferngehalten werden. „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser." Wenn wir aber die Tatsachen betrachten, so erweist sich diese Vorstellung falsch, trotzdem um ihretwillen ein Weltkrieg geführt wird. Im Jahre 1913 hat Deutschlands Einfuhr aus Europa 54·7 Prozent, aus Afrika 4·6, aus Asien 9·8, aus Amerika 27·8, aus Australien 27·8 Prozent betragen. Dagegen betrug Deutschlands Ausfuhr nach Europa 76·1 Prozent, nach Afrika 2·1, nach Asien 5·5, nach Amerika 15·3, nach Australien 1 Prozent. Der Handel spielte sich also hauptsächlich mit Europa ab, die Ausfuhr industrieller Produkte in die Neuländer blieb weit hinter der Einfuhr von Rohstoffen zurück. Absolut genommen ist Deutschlands Handel von 1889 bis 1913 von 2509·7 auf 7674·5 Millionen Mark gestiegen. Von den genannten 76 Prozent europäischer Ausfuhr sind 14·2 nach England, 8·7 nach Rußland, 7·8 nach Frankreich, 5·5 nach Belgien, 3·9 nach Italien gegangen, also 40·1 der gesamten, 52·6 Prozent der europäischen Ausfuhr sind nach den Ländern der Kriegsgegner (wie Serbien, Rumänen, Montenegro und Portugal) gegangen. Allerdings ist auch die Einfuhr aus Ueberseo enorm, sowohl absolut als relativ, gestiegen. Sie betrug 1889 22·9 Prozent gleich 743 Millionen Mark, 1913: 45·2 Prozent gleich 4869 Millionen Mark.

Darin drückt sich aber eben wie in vielem anderen der kolossale industrielle Aufstieg Deutschlands aus. Aber wir haben aus den früheren Ziffern gesehen, wie minimal trotz dieses ungeheuren Aufstieges der Einfuhrziffern die Ausfuhrziffern gestiegen sind. Das heißt mit anderen Worten: was Deutschland, um seine Industrie überhaupt zu erhalten, aus den Rohstoffländern bezieht, muß es mit dem bezahlen, was es in die alten konkurrenzierenden Industrieländer in Europa ausführt, oder mit anderen Worten: Würde diese Konkurrenz nicht bestehen, würde England, Frankreich, Rußland ruiniert sein, was der Zweck dieses Krieges ist, dann würde Deutschlands Industrie bankerott machen, weil es die Rohstoffeinfuhr nicht bezahlen könnte. Genau so steht es mit allen anderen Industriestaaten. In Rußlands Ausfuhr steht Deutschland an erster Stelle. 453 Millionen Rubel oder 30 Prozent (eigentlich 40 Prozent, denn 10 Prozent der russischen Waren gehen über Belgien und Holland nach Deutschland), also beinahe die Hälfte seines Absatzes verdankt es seinem größten Kriegsgegner. In der italienischen Ausfuhr steht Deutschland an erster Stelle: 338 Millionen Lire. In der Ausfuhr Englands steht Deutschland an einer der ersten Stellen mit 880 Millionen Pfund. In der Ausfuhr Deutschlands steht England mit 1100 Millionen Mark an erster Stelle. Sie sehen, wie alle Vorstellungen des Imperialismus durch diese klaren Ziffern über den Haufen geworfen werden.

Anderseits, habe ich gesagt, kennzeichnet den Militarismus auch das Bestreben nach kolonialer Monopolstellung. Aber auch da hat sich alles vollständig als falsch erwiesen. Erstens ist es auf den ersten Blick klar, daß eine Kolonie nicht alle Rohstoffe liefern kann. Nickel bezieht Oesterreich aus Kanada, Jute aus Indien, Schafwolle aus Australien, Kapland, La Plata u. s. w. Abgesehen davon beziehen auch hochentwickelte Kapitalstaaten gewisse Rohstoffe wie Kohlen, Zinn aus England, Flachs aus Rußland, Phosphate aus den Vereinigten Staaten, Kalisalz aus Deutschland. Aber trotz der Monopolstellung, die manche Staaten sich in ihren Kolonien gesichert haben, ist es nicht gelungen, die Ausfuhr aus diesen Kolonien in fremde Länder zu unterbinden.

Aber nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die Einfuhr fremder Staaten in die Kolonien ist gewachsen, trotz aller Maßregeln dagegen, wie Zollbegünstigungen, Ausfuhrerschwerungen u. s. w. Zum Beispiel: Neuseeland, Südafrika, Kanada, lauter fremde englische Kolonien, gewähren dem Mutterlande seit einigen Jahren große Zollbegünstigungen, bis zu 50 Prozent, das heißt, Waren aus anderen Ländern müssen um 50 Prozent höhere Zölle zahlen als aus England. Während die Einfuhr aus England von 1899 bis 1913 um 110 Prozent gestiegen ist, ist sie aus anderen Ländern um

782 Prozent gestiegen. Während von 1904 bis 1913 Englands Einfuhr nach Australien um 112 Prozent gestiegen ist, stieg sie aus anderen Ländern um 122 Prozent. Von 1904 bis 1913 betrug die Einfuhr Englands nach Indien 70·9 Prozent, aus anderen Ländern 181 Prozent. Die Einfuhr von Deutschland nach Indien hat sich verdreifacht, von Japan nach Indien sogar vervierfacht, während die Englands, wie gesagt, bloß um 70 Prozent gestiegen ist. Zwischen Frankreich und seinen Kolonien besteht sogar Zolleinheit. Frankreich und seine Kolonien sind von einer einzigen gleichmäßigen Zollmauer umgeben. Trotzdem stieg die Einfuhr Frankreichs nach Algier von 1903 bis 1913 um 100 Prozent, aus anderen Ländern 147 Prozent. Die ganze Politik und alle Voraussetzungen des Imperialismus haben sich auch für das Rohstoffgebiet als falsch erwiesen, dabei ist der Verkehr zwischen Mutterland und Kolonie minimal. Deutschland hat nach seinen Kolonien im ganzen für 30 bis 37 Millionen Mark Waren ausgeführt. Es lohnt sich nicht, wegen dieses minimalen Verkehrs mit den Kolonien den Geschäftsverkehr mit den anderen großen Kapitalstaaten zu verderben, mit ihnen in Feindschaft zu geraten. Die kleine Schweiz hat 1912 in Frankreich um 406 Millionen Francs Waren gekauft, das sind um 55 Millionen mehr, als alle französischen Kolonien zusammengenommen in Frankreich im selben Jahre gekauft haben.

Das ist ein kleines europäisches Gebiet mit einer geringen Industrie. Wie ist es erst in den großen Industriestaaten! Alle diese monopolistischen Bestrebungen bedeuten keinen Nutzen, sondern nur einen Schaden für die kapitalistischen Länder. Wenn man von dem Bestreben ausgeht, den kapitalistischen Konkurrenten niederzuringen, nützt man sich nicht, sondern sägt man den Ast ab, auf dem man selbst sitzt. Dieser ganze kapitalistische Vorstellungskomplex ist eine Lüge und aus dieser Lüge ist der Weltkrieg entstanden. Diese Erkenntnis wurde während des Weltkrieges zu beiden Seiten der Schützengräben ausgesprochen. Lujo Brentano hat in einem Vortrag gesagt: „Der Handel gedeiht am besten, wenn beide Konkurrenten gewinnen", und der englische Eisenindustrielle Sir Hugh Bell erklärte, der Handel sei nicht ein Konflikt, sondern ein Zusammenwirken, bei dem die Prosperität des einen durch die Prosperität des anderen bedingt wird. Das ist auch nicht schwer zu begreifen. Die Industrialisierung eines Landes bedeutet Heranziehung breiter Arbeitermassen, Sozialpolitik, höhere Löhne, Erhöhung des Lebensstandard, Vermehrung der Bedürfnisse. Der Herero oder Fidschiinsulaner braucht kein Gas, keine Straßenbahn, kein Straßenpflaster, kein Porzellangeschirr, keine Theaterbilletts, keine Bücher wie der moderne organisierte Industriearbeiter. Je höher die wirtschaftliche und damit kulturelle Entwicklung eines Landes, desto höher der Warenabsatz daselbst. Deshalb sind die beiden hochentwickelten Länder, Deutschland und England, einander die stärksten Warenabnehmer der Welt.

Das klassische Beispiel, wie falsch diese Vorstellung ist, sind die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn. In Oesterreich lebt bei manchen Industriellen noch heute die Vorstellung, man müsse Ungarns industrielle Entwicklung niederhalten, es solle ein Agrarstaat bleiben, wenn es eine eigene Industrie gründe, sei die österreichische ruiniert. Es hat sich aber gezeigt, daß von der Zeit, da Ungarn kein Industriestaat war, keine Eisenbahnen, keine Arbeiter hatte, von 1851 bis 1913 der Zwischenverkehr von 24 Millionen auf 3040 Millionen gestiegen ist. Die Ausfuhr von Ganzfabrikaten aus Oesterreich nach Ungarn von 1839 bis 1913 war von 39 auf 1190 Millionen Kronen gestiegen. Heute aber macht die jährliche industrielle Produktion Ungarns etwa vier Milliarden aus. Sie sehen, man muß diese Vorstellungen auf ihre Wahrheit, man muß die Tatsachen erforschen, um zu erkennen, daß die Voraussetzungen des Weltkrieges falsch waren, sagen wir ein weltgeschichtlicher Irrtum, oder besser gesagt, eine weltgeschichtliche Lüge. Das wird natürlich nicht hindern, daß sie eine Zeit lang wenigstens fortwirken wird. Solange gewisse imperialistische Kreise noch von der Kriegspsychose befallen sind, solange diese Konkurrenzvorstellungen auch noch nach dem Kriege fortwirken, werden sie das Bestreben, Wirtschaftskriege auch noch nach dem Kriege hervorzurufen, erzeugen. Dieses Fortwirken der Kriegspsyche gibt sich schon kund bei uns in den provokatorischen und aggressiven Absperrungsideen, die gewisse chauvinistische Kreise mit dem Gedanken „Mitteleuropa" verbunden haben, bei der Entente in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz. Die Schwerindustriellen hüben und ihre würdigen Gesinnungsgenossen drüben suchen ihr unheilvolles Werk der wirtschaftlichen Verhetzung der Völker, des Weiterwucherns des Völkerhasses schon vorzubereiten. Anderseits muß aber zugegeben werden, daß sich in allen Ländern schon jetzt auch die bessere Einsicht geltend macht. In Frankreich hat der Großindustrielle Landry, Obmann der Kommission für Volkswirtschaft, im Parlament in einem Briefe an die „Daily

News" einen scharfen Protest gegen alle Bestrebungen, einen Wirtschaftskrieg mit Zollbegünstigungen auch nach dem Kriege einzuführen, erhoben, weil die erste, die dadurch getroffen würde, die französische Industrie wäre. Ebenso haben der „Secolo" und der „Corriere della Sera", die ärgsten Kriegshetzerblätter in Italien, die die Hauptschuld an dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg tragen, als in Frankreich an der Pariser Wirtschaftskonferenz die Ideen von dem Wirtschaftskriege laut wurden, geschrieben, der Gedanke eines Handelskrieges gegen den besten Kunden Italiens, nämlich Deutschland, müsse auf das schärfste verurteilt werden. Trotzdem also die bessere Einsicht wächst, müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß die genannten Gruppen die alten Lügen und Irrtümer fortspinnen werden, und daß wir diese Politik so wie wir sie mit dem Weltkrieg bezahlt haben, noch weiter mit unserem eigenen Fleisch und Blut, mit unserem Hunger und Elend teuer bezahlen werden. Daher ist es die Aufgabe des Proletariats, die ganze Verlogenheit dieser imperialistischen Argumentation vor der ganzen Welt so klar und deutlich als nur möglich aufzuzeigen und seine Politik danach einzurichten, daß mit allen Grundlagen der Politik, die zum Krieg geführt hat, gebrochen werde, daß gegen alle Versuche, die Entwicklung der Staaten gegenseitig abzugraben, auf das entschiedenste Stellung genommen und von der Arbeiterklasse ein unversöhnlicher, leidenschaftlicher Kampf dagegen geführt werde. Mit einem Wort: es muß die Forderung nach dem völlig freien internationalen Verkehr, nach einer Politik der offenen Tür erhoben werden. Das muß das Programm der Arbeiterschaft auf dem Gebiet der Volkswirtschaft in der Zukunft sein.

Wir haben gesehen, ausgegangen ist diese ganze Entwicklung, die zum Weltkrieg geführt hat, von der Anarchie der Produktion. Es ist hier eine Entwicklungslinie, an deren einem Ende der Kapitalismus steht, am anderen der Sozialismus. Durch das Durchgangsstadium dieses Weltkrieges werden sich neue Entwicklungsmöglichkeiten ergeben, die die Bahn zum Sozialismus freier machen werden, als sie bisher gewesen sind. Diese Ueberzeugung schöpfen wir schon aus den bisherigen Entwicklungsformen. Auch der einzelne Kapitalist hat in der Manchesterperiode, der Zeit des freien Spieles der Kräfte, den anderen als seinen Feind angesehen, den man durch erhöhte Produktionsintensität, Schleuderpreise u. s. w. aus dem Felde zu schlagen suchte. Das Resultat war eine Krise der Gesamtindustrie, in der bis auf wenige Unternehmungen alle schwere Schäden erlitten. Die Kapitalisten haben dann die Produktion zusammengeschlossen, kontingentiert, aufeinander aufgeteilt. Sie haben die Preise einheitlich und einverständlich bestimmt, kurz es wurden Kartelle gebildet. Es ist eine Organisation der Produktion an die Stelle der Anarchie getreten. Und wenn auch, solange der Kapitalismus besteht, diese Organisation noch zum Schaden der Arbeiter und der Gesamtheit ausfallen muß, so ist es doch immerhin eine höhere Stufe der Entwicklung, daß an Stelle der Regellosigkeit die der Organisation getreten ist. So werden wir auch in der Weltwirtschaft, wenn dieser Krieg erledigt sein wird, wenn die Lehren aus ihm für die internationale Weltwirtschaft gezogen werden, einen Zusammenschluß der sich früher bekämpfenden großen Volkswirtschaftszentren wahrnehmen, werden sich naturgemäß internationale Kartellierungen, internationale Organisationen bilden, die die Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft auf eine immer höhere Stufe heben werden. Dann wird wirklich das eintreten, was im „Kapital" von Karl Marx die planmäßige Ausbeutung der Erde genannt wird. Bis jetzt hatten wir einen solchen Plan noch nicht, es herrscht vielmehr vollständige Regellosigkeit. Raubwirtschaft auf der einen, mangelhafte Kultivierung auf der anderen Seite. Erst auf Grund dieser zu erhoffenden internationalen Organisationen werden wir eine wirkliche Planmäßigkeit, eine vernünftige Reglementierung der Ausbeutung der Naturschätze der Erde erleben.

Wenn wir von der Politik der offenen Tür gesprochen haben, so wenden wir uns damit gegen das ganze System der bisherigen Handelspolitik, das auf den Zöllen aufgebaut ist. Wir haben die Agrar- und Industriezollwirtschaft, vor allem die erstere schon vor dem Kriege auf das intensivste bekämpft, wir haben aber jetzt überdies erkannt, daß die Agrarzollwirtschaft den größten Teil der Schuld an der mangelhaften Widerstandsfähigkeit des Staates im Kriege trägt.

Man hat uns immer gesagt, wir brauchen die Agrarzölle, damit wir unsere agrarische Produktion auf eine höhere Stufe bringen, denn wir sind ein agrarisches Defizitland, unser Lebensmittelbedarf ist höher als unsere Produktion. Das Ergebnis der Agrarzollpolitik ist aber, daß sich die Produktion nicht gehoben hat, sondern zurückgegangen ist. Wieweit sie zurückgeblieben ist, lehrt ein Vergleich mit Deutschland. Deutschland hat im Jahre 1912 auf den Hektar einen Weizenertrag von 22·6,

Oesterreich von 15, Ungarn von nur 12·9 Meterzentnern. Beim Roggen sind die Ziffern 18·5, 14, 11·7, bei Kartoffeln ist der Ertrag in Deutschland 150 Meterzentner, in Oesterreich 100, in Ungarn gar nur 85. Noch ärger steht es auf dem Gebiete der Viehproduktion. Deutschland hat 4½ Millionen Pferde, Oesterreich 1·8, Ungarn 2 Millionen. Rinder hat Deutschland 20, Oesterreich 9·2 und Ungarn 6 Millionen. Schweine hat Deutschland 21·9, Oesterreich 6·4 und Ungarn ebenfalls 6·4 Millionen. Also auf dem Gebiete der Viehproduktion liefern Oesterreich und Ungarn zusammen nicht soviel wie Deutschland. Sie sehen, es ist nicht wahr, daß die Agrarzölle eine Erhöhung unserer Erträge geliefert haben. Infolge der Agrarzölle ist in Ungarn der Bodenertrag sogar zurückgegangen. Das Land des humusreichsten Bodens — nächst Beßarabien hat das Alföld und das Banat den besten Boden in Europa — hat weit geringere Bodenerträge als Deutschland mit dem sandigen Boden seiner Mark. Die Agrarzölle bedeuten also nicht einen Ansporn der Produktion, sondern ein Faulbett, auf das sich der Großgrundbesitzer legt, eine Einrichtung, die mühelosen Gewinn in den Schoß wirft und ihn der Pflicht enthebt, sich anzustrengen, um die Produktion zu steigern. Den Profit hat der Agrarier, den Schaden die Gesamtheit und im Kriege, wie gesagt, auch der Staat, aber die Zölle haben nur die Habgier des Agrariertums erst großgezogen und wir wissen ebenfalls aus dem Kriege, welch furchtbare Wunden die agrarische Habgier uns geschlagen hat, wie alle Maßnahmen der staatlichen Bewirtschaftung von ihr in der boshaftesten, heimtückischesten Weise durchkreuzt wurden. Wir wissen, wie aller Appell an den Gemeinsinn, an die Vaterlandsliebe wirkungslos verhallt ist. Als Höchstpreise auf die Brotfrucht gesetzt wurden, wurde der Getreideanbau aufgegeben. Höchstpreise für Milch haben deren Verfütterung an das Vieh zur Folge gehabt, Höchstpreise für Fett führten wieder zur Verfütterung von Getreide an das Vieh; als man Rübenpreise festsetzte, wurden die Rüben als Futtermittel verwendet, wodurch die Zuckerproduktion so kolossal zurückgegangen ist. Mit einem Worte: kein Stand, keine Person, kein einzelnes Individuum hat eine solche schamlose Raff- und Raubgier, eine solche entmenschte Fühllosigkeit und Hartherzigkeit, eine solche Staatsfeindschaft gegen die sterbenden Kinder, gegen die hungernden Mütter bewiesen wie die Agrarier. Davon abgesehen haben die Agrarzölle wesentlich mit zur Erzeugung jener feindlichen Stimmung beigetragen, die den Krieg vorbereitet hat. Wir kennen unseren Konflikt mit Serbien und wenn wir auch nicht glauben, daß die Schweinewage allein den Krieg hervorgerufen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Versuche, durch Absperrungsmaßnahmen die serbische Volkswirtschaft zu ersticken und zu erwürgen, wie sie die ungarischen und österreichischen Agrarier beabsichtigt haben, zur Rechtfertigung jener künstlichen Hetze serbischer Chauvinisten bei den Landwirten wesentlich beigetragen haben, die den Krieg gegen Oesterreich wenn nicht als eine Art heiligen Krieg, so mindestens als Akt der berechtigten Notwehr hinstellten. Aus den Mitteilungen der russischen Professoren Mitrofanow und Tugan Baranowski geht ebenso hervor, daß die deutschen Agrarzölle zur Verschärfung des Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland beigetragen haben, weil, wie diese beiden Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse erklären, sich Rußland der Beeinträchtigung hingeben mußte, ebenso durch die deutsche Agrarpolitik erdrückt zu werden wie Serbien durch Oesterreich. Wir müssen also gegen diese Zollwirtschaft und ihre Fortsetzung entschiedenst Front machen

Aber der Krieg wird zu Ende gehen und wir werden noch einige Zeit brauchen, bevor normale Verhältnisse eintreten werden. Darüber darf sich niemand einer Täuschung hingeben, daß es lange dauern wird, ehe wir wieder halbwegs normale Preise haben werden, denn gänzlich werden wir das frühere Niveau voraussichtlich überhaupt nicht mehr erreichen, damit müssen wir heute schon rechnen. Aber bis auch nur halbwegs normale Verhältnisse eintreten, werden, wie gesagt, noch einige Jahre vergehen. Die erste und auffälligste Tatsache, die bei der Wiederaufnahme des Verkehrs mit dem Ausland unsere Stellung wesentlich erschweren wird, ist die starke Entwertung des Geldes. Zwei Ursachen sind es vornehmlich, die diesen Zustand erzeugt haben: erstens die Passivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz. Wir sind ein geschlossener Handelsstaat geworden, trotzdem führen wir mehr ein als aus; denn in einer Zeit, in der sogar Butter als munitionlieferndes Material verwendet wird und uns das Notwendigste zum Leben fehlt, kann man sich denken, daß wir kaum etwas an das Ausland abzugeben haben. Zweitens unsere innere Finanzpolitik. Wir sind genötigt, unseren ungeheuren finanziellen Kriegsbedarf bei der mangelhaften Höhe der zur Verfügung stehenden Kapitalien, die die Folge des niederen Niveaus unserer Volkswirtschaft ist — auch ein Kapitel unserer trostlosen Volkswirtschaftspolitik —

künstlich zu bedecken durch bedrucktes Papier. Diese Entwertung des Geldes werden wir nun lange nachspüren. Sie wird eine Zeitlang die Erlassung von gewissen Einfuhrverboten nötig machen. Auf die Einfuhr werden wir in hohem Grade angewiesen sein, da wir Rohmaterialien, Jute, Baumwollwaren, Erze u. s. w. brauchen, um unsere Industrie wieder in Gang zu bringen. Wir werden Zuchtvieh und Saatgut nötig haben, kurz wir werden eine Menge Dinge aus dem Auslande brauchen, schon um nur mit der normalen Wirtschaft anfangen zu können. Wir werden Unmassen Geld ins Ausland gehen lassen müssen. Das wird eine weitere Entwertung des Geldes nach sich ziehen. Wir werden daher gezwungen sein, die Einfuhr alles dessen, was nicht unbedingt notwendig ist, zu verhindern, zum Beispiel Luxusartikeln, das begreift sich auf den ersten Blick. Aber auf der anderen Seite verlangen wir, daß diese Verbote so vorsichtig als möglich gehandhabt und so rasch als möglich wieder aufgehoben werden und nur solange in Kraft bleiben, als die Valutaschwierigkeiten sie unbedingt nötig machen.

Schwierigkeiten wird es auch beim Rohstoffbezug geben. Alle Länder, insbesondere aber die unmittelbar kriegführenden, aber auch viele neutrale Länder werden sozusagen einen Run auf die Rohstoffländer machen. Die Rohstoffländer sind während des Krieges im Ertrag beträchtlich herabgegangen. Einerseits ist starker Raubbau verübt worden, anderseits fehlen auch ihnen im Kriege die Kräfte, die ja auch in neutralen Ländern aus der Produktion herausgerissen worden sind. Die ganze Welt wird sich auf die Rohstoffländer stürzen. Schon jetzt sind Verträge auf Lieferungen abgeschlossen worden. Es bestehen auch noch Lieferungsverträge aus der Zeit vor dem Kriege. Wenn nun nach dem Kriege ein anarchischer Ansturm auf die Rohstoffmengen einträte, würde eine neue Serie von Konflikten entstehen, woraus sich ergibt, daß die Frage der Zufuhr von Rohstoffen schon auf der Friedenskonferenz im internationalen Einverständnis geregelt werden muß. Dieselbe Schwierigkeit wird sich in Bezug auf den Schiffsraum ergeben. Oesterreich ist ein Land, das im internationalen Schiffsverkehr nur eine geringe Rolle spielt. Von den 22·9 Millionen Tonnen, die wir einführen, kommen aber immerhin 2·7 Millionen Tonnen über eigene und 1·8 Millionen Tonnen über fremde Häfen herein. 4½ Millionen kommen also über die See, wenn wir einen normalen Bedarf haben. Nun wird aber jetzt gerade das überseeische Einfuhrbedürfnis viel größer sein. Zu den 4½ Millionen Gewichtstonnen braucht man nach den Berechnungen der Fachleute 1½ Millionen Raumtonnen. Wir haben aber gegenwärtig nur mehr 180 Seeschiffe, 73 sind uns im Kriege verlorengegangen. Ein Teil von diesen 73 liegt allerdings in amerikanischen Häfen. Und da wir mit Amerika noch nicht eigentlich im Kriege sind, können sie, wenn sich die Beziehungen nicht verschärfen, zurückgegeben werden. Wenn also nicht weitere Schiffe zugrunde gehen, so haben wir etwa 180 Schiffe mit 960.000 Raumtonnen. Wir haben also nicht ganz zwei Drittel von dem, was wir zu normalen Zeiten auf eigenen Schiffen an Raum hatten. Aber dieser normale Bedarf wird um die notwendigen Einfuhrmengen von Getreide, Gefrierfleisch und Rohstoffen steigen. Anderseits können wir unsern Raumtonnenbedarf auch herabsetzen, wenn wir zum Beispiel englische Kohle, deren wir 1 Million Tonnen jährlich nach unseren Adriagebieten eingeführt haben, durch österreichische Kohle ersetzten, was freilich bei unseren verrotteten Zuständen kaum möglich ist, was aber, wenn wir die längst notwendige elektrische Zugförderung auf den Eisenbahnen und den Ausbau der Wasserkräfte durchgeführt hätten, wohl möglich gewesen wäre. Ebenso könnten wir Schiffsraum ersparen, wenn wir Salpeter durch Stickstoff, Kupfer durch Aluminium, Jute durch Papiergarn ersetzen u. s. w. Unser Bedarf erstreckt sich aber nicht nur auf die Schiffe, die wir selbst haben. Der Schiffsraum gehört der ganzen Erde, er ist ein Gemeingut der ganzen Welt. Amerikanische Phosphate werden nicht bloß auf österreichischen Schiffen hieher gebracht. Die ganze Welt sieht also mit Spannung auf die Wirkung des U-Bootkrieges, denn mit jedem Schuß, der ein amerikanisches Schiff versenkt, wird auch uns Schaden zugefügt. Jährlich kommen 711.000 Tonnen schwedische Eisenerze nach Oesterreich und jedes schwedische Schiff, das versenkt wird, erzeugt nicht nur eine wahnsinnige Erbitterung in Schweden, wie wir es in Stockholm erlebt haben, sondern fügt uns selbst schweren Schaden zu. Bei dem mit jedem Tag zunehmenden Mangel an internationalem Schiffsraum muß daher verlangt werden, daß die Frage des Schiffsraums ebenfalls als eine internationale auf dem Friedenskongreß behandelt werde. Vor allem muß aber die Regierung allen Schiffsraum mit Beschlag belegen. Es darf nicht sein, daß etwa der Oesterreichische Lloyd den Warenverkehr fremder Länder besorgt, im „Tramp" von Genua nach Marseille und Barce-

lona fährt, um damit glänzende Geschäfte zu machen, für die wir Millionen von Subventionen zahlen, wie das eben im Frieden der Fall war, sondern er muß alle seine Schiffe in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft stellen. Dasselbe gilt von der Flußschiffahrt.

Der Vorsitzende Dr. Czech erinnert, daß die Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter Dr **Ellenbogen**: Ich übergehe nun wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit die Frage des Kriegssozialismus, obwohl sie sehr wichtig wäre und komme zum Schluß. Der Krieg bedeutet den Bankerott des Imperialismus auf allen Linien. Sowie die theoretische Lehre des Imperialismus sich als auf falscher Voraussetzung fußend erwiesen hat, so hat die praktische Anwendung dieser Lehre beinahe zur Vernichtung der Menschheit und ihrer Kultur geführt.

Es ist wahr, der Kapitalismus hatte große Kräfte entwickelt, aber noch mehr Kräfte hat er vergeudet, er hat Raubbau getrieben an den Naturschätzen und das kostbare Gut, das menschliche Hirn und die menschliche Arbeitskraft, ruiniert. Die Zeit des Kapitalismus ist die blutigste in der Geschichte. Die kapitalistische Klasse hat nicht nur im Frieden das Proletariat ausgewuchert und ausgehungert, sie ist auch nicht davor zurückgeschreckt, die ganze Menschheit in Blut und Elend zu tauchen, als es galt, für ihre Profitinteressen einen vermeintlich entscheidenden Schlag zu führen.

Wenn wir aber heute nach fast dreieinhalb Jahren fragen: Was ist das Ende davon, daß wir in ein solches Ringen hineingetrieben wurden zur höheren Ehre des Gottes Profit, so ist das Ergebnis null. Der Krieg war zwecklos. Die Monopolstellung, die die Staaten wollten, haben sie nicht erlangt, die Niederringung der Konkurrenten ist nicht gelungen. Dafür haben sie aus der Erde eine Wüste gemacht. Nur den einen Vorteil hat der Krieg: Dadurch, daß er ergebnislos ausgegangen ist, hat er sich selbst ad absurdum geführt, vielleicht hat er sich selbst beseitigt.

Unsere Meinung, daß die Träume großer Philosophen und Philanthropen vom „ewigen Frieden" im Zeitalter des Kapitalismus unerfüllbar seien, hat sich als richtig erwiesen, und eine andere Lehre wird die Zeit nach dem Krieg bestätigen: daß, wenn man dauernden Frieden haben will, man zuerst die ökonomischen Voraussetzungen hiefür schaffen muß. Der internationale Zusammenschluß zum Zwecke der Regelung der Volkswirtschaft, der einverständlichen vertraglichen und verträglichen Ausbeutung der Schätze der Erde muß kommen, nicht damit einer reich werde auf Kosten der anderen, sondern damit die Gesamtheit reicher werde an Lebensgenüssen materieller und geistiger Art. Es muß zu einer internationalen Organisation der Produktion und des Absatzes kommen. Das ist noch nicht der Sozialismus, es ist aber als eine Vorstufe des Sozialismus zu betrachten.

Die Menschheit hat im Kriege gelernt, sie ist von einer Ahnung umgewandelt worden, von jenem Segen, den eine gesellschaftliche Bewirtschaftung der Produktion mit sich bringt. Sie haben zwar unsere Methoden falsch abgeguckt, haben den Sozialismus nicht verstanden, aber sie haben doch verstehen gelernt, wie segensreich er wirken könnte, wenn er richtig eingeführt würde. Sie haben gelernt, daß es eine unendliche Fülle von Kräften gibt, die der Kapitalismus nicht entfalten kann und die die Organisation des Kapitalismus geradezu in ihrer Entwicklung verhindert. Sie haben gelernt, daß, wenn sie entfesselt worden, das Emporblühen der Gesellschaft in noch höherem Grade als früher eintreten wird. Voraussetzung ist aber die Heranziehung aller Kräfte und das Recht der Teilnahme aller Kräfte an den Resultaten der Produktion. Es wird sich nach dem Kriege zweifellos eine Abkehr der Welt von den Methoden der Technik und der Weltanschauung des Kapitalismus geltend machen. Das Streben nach Gemeinsinn wird erwachen und in der Tiefe der Seele der Menschheit wird ein Sehnen nach einer Ordnung erwachen, die die Befreiung von diesem Fluche bringt, der auf der Menschheit infolge des Kapitalismus lastet. Auf diesen Weg die Menschheit zu führen, die Lehren des Krieges umzusetzen in die Tendenz: „tatsächlich höhere" Entwicklung der Menschheit, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie nach dem Kriege und wir dürfen wohl hoffen und die Ueberzeugung aussprechen: Aus den Trümmern dieses Krieges wird die Menschheit sich neu erheben unter der Fahne des Sozialismus. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Wir bitten Sie um die Annahme folgender Resolution:

(Liest Antrag 37.)

Vorsitzender Dr. Czech: Es bestand ursprünglich die Absicht, daß die

Wahl der Parteivertretung

erst morgen stattfinden wird, da aber mehrere Delegierte morgen nicht mehr anwesend sein werden, soll die Wahl schon jetzt vorgenommen werden. Ich bitte daher die Mitglieder der Wahlkommission, die Stimmzettel entgegenzunehmen und das Skrutinium zu besorgen. Das Ergebnis werden wir später bekanntgeben.

Wir kommen nun zum Punkte;

Das Arbeitsverhältnis.

Berichterstatter Abgeordneter Domes: Ich habe den Auftrag, namens der österreichischen Arbeiterschaft durch den Parteitag an die Regierung und das Parlament die Forderung zu stellen: Weg mit dem Ausnahmszustand, unter dem die Arbeiterschaft während des ganzen Krieges so furchtbar gelitten hat. Im Jahre 1912 hat das Parlament das Kriegsleistungsgesetz angesprochen und beschlossen, die Gefahren eines Krieges waren schon damals sichtbar. Zwischen Tür und Angel wurde das Gesetz angesprochen mit der Motivierung, daß für den Fall des Krieges die Produktion für die Bedürfnisse des Krieges unter allen Umständen gesichert werden müsse.

Und um diese Produktion zu sichern sei es notwendig, daß die Arbeiterschaft im Hinterland dieser Produktion unbedingt gesichert wird. Ich weiß zwar nicht, ob die Produktion gefährdet war durch Hindernisse, die ihr die Arbeiter eventuell bereitet hätten, es ist während des Krieges die Produktion niemals gestört worden, wenn nicht die Unternehmer diese Störung aus kapitalistischer Gewinnsucht selbst provoziert haben. Ganz natürlich wollen die Arbeiter es nicht verstehen, daß sie in der Werkstätte robotten sollen, um die Kriegsgewinner zu bereichern. Die Arbeiter in den Betrieben, in den staatlichen sowohl als auch in den privaten, wollen aus dem Ertrage ihrer Arbeit auch ihre eigene Existenz sichern. Ihre Existenz, die ja für die Produktion notwendiger ist als die Existenz des Kriegsgewinners. Darüber ist auch kein Wort zu verlieren. Daß aber die Betriebsbesitzer und die Besitzer von Grund und Boden jemals auf diese oder auf eine andere Notwendigkeit des Staates Rücksicht genommen hätten, das haben wir während des Krieges niemals wahrnehmen können. Das Gegenteil war der Fall. Sofort nach Ausbruch des Krieges, als das Kriegsleistungsgesetz praktisch in Wirksamkeit trat, da wurde die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben, die Lohn- und Tarifverträge wurden außer Kraft gesetzt, die Arbeitszeit wurde ausgedehnt. Kurz, das Kriegsministerium wurde für die Kriegsinteressenten besonders mobilisiert. Diese holten sich vom Kriegsministerium besondere Erlässe, durch die die Besitzer der Produktionsmittel in ihren Fabriken unbeschränkt schalten und walten konnten. Die Arbeitszeit in den Fabriken wurde auf 16, 18, 24 und sogar auf 48 Stunden ausgedehnt, bis die Arbeiter in den Betrieben buchstäblich zusammenbrachen. Während die Arbeitszeit ins Ungemessene verlängert wurde, wurden zugleich auch die Löhne reduziert. Das Kriegsleistungsgesetz hat allerdings dafür die Sicherheit geschaffen, daß die Industriearbeiter unbedingt arbeiten müssen, aber es hat nicht dafür gesorgt, daß die Arbeiter bei dieser Arbeit auch leben können und es hat auch nicht dafür gesorgt, daß die profitlüsternen Fabrikanten, die aus dem Kriege ein Geschäft machen, verhindert werden, die ohnehin schon ungenügenden Existenzbedingungen ihrer Arbeiter noch willkürlich zu verschlechtern.

Der Arbeitertag, der am 5. November des vorigen Jahres stattgefunden hat, hat einige Skizzen über die Behandlung der Kriegsleister aufgezeichnet. Die Zeit ist zu kurz, um alle die Gewalttaten, die in diesem Kriege an den Industriearbeitern verübt wurden, zu schildern. Nur einige Beispiele will ich anführen. Am schlimmsten wurden überall die Bergarbeiter behandelt. Im Jahre 1916 wagten es einige Bergarbeiter in Johnsdorf in Steiermark darauf hinzuweisen, daß die Löhne nicht ausreichen, um damit auch nur die allerbescheidenste Existenz zu fristen. Sie stellten Lohnforderungen an die Grubenbesitzer und stellten, als sie abgewiesen wurden, die Arbeit ein. Der militärische Leiter richtete an das militärische Kommando eine Eingabe, worin er die Angabe der Arbeiter, daß sie mit den Löhnen außerstande sind zu leben, bestätigte und forderte, daß ihre Löhne erhöht werden. Von der Kriegsverwaltung wurde auch nicht der leiseste Versuch gemacht, die Besitzer der Gruben zu bewegen, den Arbeitern derartige Löhne zu zahlen, die ihnen das Arbeiten ermöglichen. Ihre Forderung nach Erhöhung der Löhne wurde abgelehnt. Da sie die Arbeit verweigert hatten, wurde das standrechtliche Verfahren eingeleitet. (Hört! Hört!) Aber nicht etwa nur akademisch. Vielmehr wurden 17 Bergarbeiter von Johnsdorf von der standrecht-

lichen Gerichtsbarkeit einvernommen, der Galgen wurde aufgerichtet, die Pflöcke in die Erde geschlagen. (Neuerliche Rufe: Hört! Hört!) Für die Arbeiter, die sich geweigert hatten, die Profitgelüste der Alpinen Montangesellschaft zu befriedigen. Nachdem das standrechtliche Verfahren so weit gediehen war, wurden die Arbeiter wieder gefragt, ob sie arbeiten wollen. Angesichts dieser Tatsachen sagten die Arbeiter: „Wir haben die Arbeit nicht verweigert, wir haben nur verlangt, daß man uns einen Lohn gewährt, der uns das Arbeiten möglich macht." Darauf wurde das standrechtliche Verfahren eingestellt und das militärgerichtliche setzte ein. Die Arbeiter wurden nun zu 16, 17 und 18 Monaten Kerker verurteilt. (Lebhafte Pfuirufe.)

Die Produktion in den Bergwerksbetrieben hat sich gesteigert. In den Jahren 1915 und 1916 haben die Gruben mehr Kohlen gefördert, aber die Löhne sind reduziert worden. Im Ostrauer Bergrevier ist es geschehen, daß Arbeiter, die sich weigerten, eine Verringerung der Löhne zu akzeptieren, von Soldaten gefangengenommen und auf das Wachzimmer geführt wurden. Dort wurden die Arbeiter, die sich eine Reduzierung der Löhne nicht gefallen lassen wollten — gestützt auf die geringen Schutzbestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes, und zwar auf den § 6, der da sagt, daß der Unternehmer einseitig an den Bestimmungen des Lohnvertrages nichts ändern darf — auf die Bank gelegt, links und rechts wurden sie von Soldaten gehalten und jedem wurden 25 Stockstreiche verabreicht. (Lebhafte Pfuirufe.)

Vielleicht erkennen wir am besten, in welchem Zustand wir uns gegenwärtig befinden, wenn wir uns die Ereignisse, die sich während des Krieges bis heute und jeden Tag von neuem zeigen, klarzumachen versuchen. Ich habe schon gesagt, daß sich unter dem Schutze des Kriegsleistungsgesetzes die Kriegsinteressenten vom Ministerium Erlässe verschafften, wodurch das gemeine Arbeiterrecht ganz außer Kraft gesetzt wurde. Die Begrenzung der Arbeitszeit wurde außer Kraft gesetzt und dem Arbeiter die Freizügigkeit genommen. Für die Fabrikanten ist der Krieg eine ungeheuer günstige Konjunktur. Die Gewinne eines großen Teiles der Kriegsindustrie sind nun in weit höherem Maße gesichert als vor dem Kriege. Vor dem Kriege hatte jeder Unternehmer mit der Konkurrenz zu rechnen. Er mußte versuchen, den Konkurrenten zu schlagen, vor allem durch billigere Preise. Jetzt ist er dieser Aufgabe entledigt. Die österreichischen Unternehmer haben dem Staate einfach die Preise gemacht und der Staat hat sie akzeptiert. Und wir, die Gesamtheit des Volkes, müssen sie jetzt und in der Zukunft bezahlen. Während aber auf der einen Seite die Gewinne der Fabrikanten so gesichert waren, hat es das Kriegsleistungsgesetz unterlassen, den Arbeitern einen Lohn zu sichern, der in dieser harten und teuren Zeit genügt, das Leben zu fristen und etwa auch noch die über das normale Maß verausgabte Arbeitskraft wiederherzustellen. Die Fabrikanten haben aus diesem Zustande noch ganz anderes herauszuholen verstanden. Die Arbeiter aller Kategorien sind jetzt den kapitalistischen Interessenten ganz wehrlos ausgeliefert. Und jeder, der sich wehrt und sich etwa auf die Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes beruft, die ihn schützen, hat auch zu gewärtigen, daß er zum Meuterer und Verbrecher wider die Kriegsmacht des Staates gestempelt wird, ohne daß er eine Ahnung hat, wie er dazu kommt.

In den großen Munitionsgebieten wurden die Arbeiter, nach denen der Bedarf immer größer geworden war, schließlich auch aus dem Felde und aus den Etappen zurückberufen und als sogenannte Kommandierte in die Kriegsleistungsbetriebe gesteckt. Diese Kommandierten hätten nun mit der Uebersetzung in den Privatbetrieb einfach — wie ein Kriegsministerialerlaß vorschreibt — in das Privatverhältnis zurückversetzt werden müssen. Das geschieht allerdings, soweit ihre Lohnrechte, nicht aber, insoweit die staatsbürgerlichen Rechte in Betracht kommen. Für die Kommandierten ist dadurch die Möglichkeit, sich gegen Vergewaltigungen und Brutalitäten der Unternehmer zu wehren, noch weit geringer als für die anderen Arbeiter. Sie sind ja im Militärverhältnis geblieben und bloß abkommandiert. Daraus haben nun die Fabrikanten die Konsequenz gezogen, daß sie mit ihnen machen können, was sie wollen. Man zahlte ihnen nicht nur die unzureichenden Löhne, sondern kürzte diese noch um 30 bis 50 Prozent und noch mehr, und sie konnten sich nicht wehren. Sie konnten sich nirgends beschweren, denn es bestand für sie keine derartige Einrichtung. Man wundert sich, daß Hunderttausende Arbeiter die Vergewaltigungen, denen sie während des ganzen Krieges ausgesetzt waren, überhaupt zu ertragen in der Lage waren. (So ist es!) Ich wundere mich nicht, denn ich weiß es. Der Kommandierte ist immer in Gefahr, auch heute noch, als Meuterer vor die Militärgerichtsbarkeit gestellt zu werden, wenn er seinen Rechtsanspruch auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes geltend macht. In den Skodawerken in Pilsen haben Arbeiter, deren Löhne um 50 bis 60 Prozent

reduziert worden waren, weil sie mit Ueberspannung ihrer Arbeitskraft einen höheren Lohnverdienst erreicht hatten, beim Gericht eine Klage eingebracht auf Grund des § 6, der davon spricht, daß eine einseitige Aenderung von Lohn- und Arbeitsverträgen unter keinen Umständen vorgenommen werden darf; sie waren aber abgewiesen worden. Die Lohnreduktionen wiederholten sich nun von Woche zu Woche, von Tag zu Tag. Das erbitterte die Arbeiter und eines Tages sagten sie sich: Wir lassen den Krempel stehen, wir können diesen Zustand nicht mehr ertragen. Diese Arbeiter wurden vor das Divisionsgericht gestellt und dort wegen Verbrechens gegen die Wehrmacht nach § 327 des Militärstrafgesetzes verurteilt. Ich meine, es dürfte für niemand schwer sein, zu entscheiden, wer die Wehrmacht des Staates geschädigt hat, die Arbeiter, die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes ihr Recht verlangt, oder die Unternehmer, die das Recht der Arbeiter verletzt und sie in ihrer Existenz geschädigt hatten.

Vorige Woche brachten die Betriebsbeamten der Waffenfabrik Steyr eine Beschwerde ein, weil ihre Forderung auf Erhöhung ihrer Gehälter von der Generaldirektion abgelehnt worden war. Nun wurden sie von dem militärischen Leiter in die Kanzlei des Generaldirektors geladen und dort wurden sie aufgefordert, ihre Forderung zurückzuziehen. Wenn sie es nicht täten, werde man dem Kriegsministerium mitteilen, daß sie entbehrlich seien, da sie durch Frauen ersetzt werden könnten. Das ist übrigens eine allgemeine Einrichtung. So oft der Arbeiter auf sein Recht pocht, wird er mit Einrücken gestraft. Das kann geschehen, obwohl der Landesverteidigungsminister erklärt hat: Es gibt kein strafweises Einrücken! Und vor kurzem ist es auch wieder in vielen Betrieben der Metallindustrie und des Bergbaues geschehen. Aber diese Arbeiter, die ihr Recht auf einen angemessenen Lohn geltend zu machen wagten, rücken nicht bloß einfach zur Front ein, sondern es folgt ihnen auch in der Regel ein Steckbrief in Form eines Dienstzettels, in dem es heißt: „Er ist ein Sozialist", oder ein „Aufwiegler", oder ein „Hetzer", oder „er ist politisch verdächtig", oder „er ist politisch unverläßlich." Ich habe einen solchen Dienstzettel gelesen, auf dem es hieß: „unbedingt an die Front zu weisen". Es gehen Millionen zur Front, weil das eine Pflicht ist, der man sich nicht entziehen kann, aber daß man sich der feindlichen Kugel aussetzen soll, nicht weil der Staat es als Pflicht heischt, sondern weil man nicht geneigt ist, seine Kräfte für die Kriegswucherer ganz auszugeben, ohne entsprechenden Lohn, oder weil man das Vertrauen der anderen Arbeiter genießt, das ist doch eine eigenartige Anwendung der Militärpflicht. (Lebhafte Zustimmung.) Aber die Gewalttätigkeit ist auch damit noch lange nicht erschöpft. Beim strafweisen „Einrückendmachen" der Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner sieht man gar nicht darauf, ob der Arbeiter auch felddienstuntauglich ist. Es wurden wiederholt selbst Krüppel strafweise an die Front geschickt oder zwei Jahre lang in allen Spitälern herumgeschleppt, das heißt es wurden ihnen Qualen, dem Staate hohe Kosten bereitet, weil sie es wagten, Arbeiter über ihre Rechte aufzuklären.

Aber man hat noch andere Mittel, die Leute kirre zu machen. Im Wr.-Neustädter Gebiete bestehen fünf Eisenbetonfirmen. Als die Arbeitskräfte immer weniger wurden, hat diese Firma mit der Militärverwaltung die Vereinbarung getroffen, daß ihr Arbeiter zur Verfügung gestellt werden. Aus verschiedenen Gegenden Oesterreich-Ungarns kamen nun mehr als 2000 Zimmerer, Maurer, Metallarbeiter hin. Sie wurden nicht nach dem Tarif oder mit dem ortsüblichen Lohn bezahlt, sondern bekamen das, was die Militärverwaltung mit der Firma ausgemacht hatte, nämlich Kr. 2·70 und eine Schlafstelle im Barackenlager. Der tarifmäßige Lohn beträgt aber 7 bis 8 Kr. Die Arbeiter waren als Kriegsleister einberufen und stellten die Forderung auf den dem Gesetze entsprechenden Lohn, es wurde ihnen aber gesagt, sie seien keine Kriegsleister, sondern Landsturmarbeiter, ein Begriff, den aber kein Gesetz kennt, den man zugunsten der Kriegsgewinner eigens konstruiert hat. Diese Leute haben sich nun bei den inzwischen ins Leben gerufenen Beschwerdekommissionen beschwert. Diese erklärten sich aber für inkompetent, weil die Arbeiter von den betreffenden Betriebsunternehmern als Landsturmarbeiter bezeichnet wurden. Die Kommissionen erklärten ausdrücklich: In allen gesetzlichen Vorschriften existiert der Begriff „Landsturmarbeiter" nicht. Soweit die Kommissionen imstande sind, Gutachten abzugeben, geht es dahin, daß diese Arbeiter Kriegsleister sind und Anspruch auf den normalmäßigen Lohn haben. Dieses Gutachten ist an das Kriegsministerium und an das Landesverteidigungsministerium gegangen. Die Arbeiter haben inzwischen wieder geklagt, klagen immer wieder. Seit drei Jahren hat sich aber an ihrem Verhältnis nichts geändert, sie sind Landsturmarbeiter geblieben, die ihr primitives Recht der Inanspruchnahme der gesetzmäßigen Löhne verloren haben. Nach dem Gesetze hat die

Militärverwaltung die Pflicht, darauf zu achten, daß die Firmen, mit denen sie Verträge schließt, den Arbeitern den rechtmäßigen Lohn bezahle. Das steht auch in den Durchführungsbestimmungen, die der Landesverteidigungsminister zum Kriegsleistungsgesetz herausgegeben hat. Aber trotzdem schließt das Militärkommando, das dem Landesverteidigungsminister untersteht, mit den Unternehmern gegen den Sinn und Wortlaut des Gesetzes Verträge ab, wodurch der Unternehmer verpflichtet wird, den Arbeitern Kr. 2·70 und nicht mehr zu bezahlen. Inzwischen hat eine Verhandlung im Ministerium stattgefunden. Die Unternehmer erklärten, sie können den tarifmäßigen Lohn nicht bezahlen, denn dann müßten sie von der Kriegsverwaltung um etwa 42 Millionen höhere Kosten für die Ausführung der Bauten verlangen. Offenbar halten sie es für selbstverständlich, daß die Arbeiter auf diese Millionen leichter verzichten können.

Genossen! Nach alldem muß man immer wieder fragen: Wo ist bei uns Recht und Gesetz? Aber es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter nicht geneigt sind, diesen Druck so unbeschränkt auf sich lasten zu lassen. Wir haben denn auch bemerken können, daß sich Hunderttausende von Arbeitern in allen Industriegebieten gegen das Gewaltsystem zu wehren begannen. In Wien waren Hunderttausende im Streik, in Mährisch-Ostrau und Karwin gleichfalls Hunderttausende, im Pilsener Gebiet 30.000. Auf den Eisenbahnen, in den Bergwerksbetrieben und in der Munitionsindustrie haben die Arbeiter durch Ausstände gegen dieses Gewaltsystem protestiert. Man sollte glauben, daß, wenn die Erregung der Arbeiterschaft so kräftig sichtbar wird, die Behörden nun doch endlich Anlaß nehmen, zu untersuchen, welche Ursachen denn diesen Ausbrüchen der Empörung zugrunde liegen. Das hat man bisher noch nicht getan, wohl aber etwas anderes. Man ist mit der Militarisierung der Betriebe vorgegangen und ich fürchte sehr, daß die Arbeiter noch gar nicht wissen, in welches Verhängnis sie durch die Militarisierung dieser Betriebe gekommen sind. Die Militarisierung des Betriebes verfolgt keinen anderen Zweck als den, die Arbeiterschaft unter allen Umständen unter die Militärgerichtsbarkeit zu bringen.

Das Parlament hat mit der Militärjustiz im Hinterland aufgeräumt, die Militärgerichte existieren im allgemeinen im Hinterland nicht mehr. Für die Arbeiter sind sie aber erst recht wirksam gemacht worden durch die Militarisierung der Betriebe! Jeder Arbeiter, der im militarisierten Betrieb sich etwa entfernt, der gegen Vergewaltigung oder gegen Lohnreduzierungen Widerspruch erhebt, sich gegen gewalttätige Maßnahmen wehrt, wird vor das Militärgericht gestellt. Vor kurzem ist ein Reservatbefehl des Kriegsministeriums, wie sie jetzt zu Hunderten produziert werden, herausgekommen, der die Pflichten und Rechte der Arbeiter bestimmt und zugleich festlegt, mit welchen Mitteln gegen Arbeiter vorzugehen ist, die sich etwa ein Verbrechen gegen die Kriegsmacht im Sinne des Militärstrafgesetzes zuschulden kommen lassen. In diesem Erlaß wird gesagt, daß es die Arbeiter nicht notwendig haben, in den Streik zu treten, denn für ihre Beschwerden seien die Beschwerdekommissionen kompetent; diese hätten zu untersuchen, ob die Löhne den Lebensmittelverhältnissen entsprechen und sie seien kompetent, Recht zu sprechen. Sollten die Arbeiter die Arbeit verlassen, dann hätten die militärischen Organe gütlich auf sie einzuwirken, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sollten jedoch die Arbeiter Anlaß nehmen, auf die Judikatur der Beschwerdekommissionen Einfluß zu nehmen, dann seien sie unbedingt nach standrechtlichem Verfahren abzuurteilen. (Stürmische Rufe der Entrüstung.) Als die Gewerkschaften in zweijährigem Kampfe gegen die Kriegsverwaltung die Beschwerdekommissionen durchsetzten, glaubten wir nun ein Instrument, eine Behörde, eine Gerichtsinstanz für die Arbeiter zu haben,. um verletzte Lohnrechte gut zu machen, dies um so mehr, als im § 1 dieser kaiserlichen Verordnung ausdrücklich gesagt wird, die Beschwerdekommissionen hätten nach den gegebenen Lebensmittelverhältnissen, nach den beruflichen Eigenschaften der Arbeiter die Arbeitslöhne festzusetzen und autonom zu bestimmen. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Die Arbeiter haben in den verschiedenen Industriegebieten nachgewiesen, wie hoch die Kosten ihrer persönlichen Existenz sind. Sie haben das an der Hand der Lebensmittelpreise und der ihnen zukommenden Rationen nachgewiesen. Aber die Beschwerdekommissionen halten sich an diese Grundsätze des § 1 absolut nicht. Die Herren Industriellen laufen zum Kriegsminister, erzählen dort den Herren, die Forderungen der Arbeiter wären geeignet, die Kraft der Wehrmacht zu schädigen, weil die Unternehmer nicht in der Lage seien, so hohe Löhne zu bezahlen und wenn die Kommissionen entscheiden, daß die Forderungen entsprechend seien, dann gehe die Produktion zurück und die Wehrmacht sei gefährdet. Wie ich die Herren im Kriegsministerium kennen gelernt habe, sind es nicht lauter

Menfchen, die unbedingt glauben, mit dem Säbel raffeln zu müffen. Das muß ich ihnen zubilligen. Aber fie verftehen von fozialen Fragen nicht viel, weil fie damit nie etwas zu tun hatten und fo fallen fie den Unternehmern leicht bei diefem Schwindel hinein und die Folge find derartige Reffortaterläffe, wie ich foeben einen zitiert habe, wie fie aber auch fonft zugunften der angeblich bedrohten Kriegsmacht erlaffen werden. Der Bergbau ift im allgemeinen militarifiert, der Eifenbahnbetrieb ift beinahe vollftändig militarifiert, die Grubenbefitzer haben einer nach dem anderen an die Kriegsverwaltung das Verlangen nach Militarifierung geftellt und fie wurde auch durchgeführt und nun wollen auch die übrigen Induftriellen diefes Syftem gegen ihre Arbeiter. Genau fo wie im Anfang des Krieges die Induftrie von der Kriegsverwaltung unter das Kriegsleiftungsgefetz geftellt wurde, angeblich um den Unternehmern dadurch die Arbeitskräfte zu fichern, in Wirklichkeit weil die Unternehmer dadurch größere Möglichkeit der Ausbeutung erlangen wollten, genau fo wird jetzt wieder die Militarifierung verlangt. Die Militarifierung befchränkt fich aber nicht auf die Erklärung, daß foundfo viel Betriebe militarifiert find, obwohl dafür jede gefetzliche Handhabe fehlt, fondern fie vollzieht durch verfchiedene Reffortbefehle noch andere Dinge. Ein Reffortbefehl zum Beifpiel fagt, daß mit Rückficht auf den Material- und Kohlenmangel, der in der nächften Zukunft eintreten dürfte, die Arbeiter nicht voll befchäftigt werden dürfen. (Hört! Hört!) Durch frühere Reffortbefehle hatte das Kriegsminifterium beftimmt, daß die Unternehmer verpflichtet find, für Arbeitspaufen, die durch Material- oder Kohlenmangel eintreten, den Arbeitern den Lohn zu bezahlen — nicht aus eigener Tafche, fondern die Unternehmer bekommen dafür von der Kriegsverwaltung 50 Prozent, wie der militärifche Ausdruck heißt, als „Refundierung". Die Kriegsverwaltung erklärt nun, das könnte zu viel koften; derzeit wiffe man aber noch nicht, wie groß der Material- oder Kohlenmangel fein werde und die Arbeiter hätten nur Anfpruch für Paufen, die nicht länger als ein oder zwei Wochen dauern. Dauern diefe Paufen länger, dann werden die Arbeiter, Landfturmleute, Kommandierte, Kriegsleifter, dem Arbeiterfammelkader überftellt, ohne Rückficht darauf, ob einer gemuftert ift oder nicht, ob er tauglich ift oder nicht. Die Felddienfttauglichen werden an die Front gefchickt und die nicht Felddienfttauglichen werden, foweit fie nicht gemuftert find, der Präfentierung unterzogen, dann in Arbeitspartien für den landwirtfchaftlichen Betrieb in den Sammelkaders vorbereitet. Der Erlaß tut fo, als ob er humane Tendenzen hätte. Aber die Wirkung diefer Humanität ift die, daß wir aus dem Militärftrafgefetz überhaupt nicht herauskommen.

Es wird notwendig fein, daß die fozialdemokratifche Fraktion, daß das Parlament, vor allem die Arbeiterfchaft felbft, an die verantwortlichen Stellen diefes Staates das Begehren ftellt, daß diefer Ausnahmszuftand und die Vorbereitung diefes Ausnahmszuftandes, der durch das Kriegsleiftungsgefetz über die Arbeiter verhängt wurde, aus der Welt gefchafft wird (Lebhafter Beifall), wenn die Arbeiter unter der Laft diefer Ausnahmsverfügungen nicht zu zufammenbrechen follen. Wir find nicht gewillt, es zu dulden, daß die kapitaliftifchen Intereffenten zu allen den Vorrechten und Profiten auch noch die erhalten, daß die Arbeiter unter die Peitfche des Ausnahmszuftandes geftellt werden. Im Kriegsleiftungsgefetz find nicht nur Beftimmungen gegen die Arbeiter enthalten, fondern es ftehn darin zum Beifpiel, daß auch die Fabriken von der Militärverwaltung übernommen werden können. Von diefer Beftimmung wurde im ganzen Kriege kein Gebrauch gemacht. Wenn fich ein Unternehmer auch noch fo viele Uebergriffe zufchulden kommen ließ, kein einziger Betrieb ift aus diefem Titel in die militärifche Verwaltung übernommen worden, kein einziger Unternehmer mußte deshalb einrücken. Auch gegen die Lebensmittelwucherer ift der Staat vollkommen ohnmächtig. Diefe haben einen Freibrief auf die rückfichtslofefte Ausbeutung und Vergewaltigung der Arbeiter. Diefer Zuftand ift unerträglich, ift ein Gewaltverhältnis gegenüber der Arbeiterfchaft, das befeitigt werden muß, und diefe Befeitigung zu erreichen fordern wir das Parlament auf und vor allem die fozialdemokratifche Fraktion. (Lebhafter Beifall.)

Wir fchlagen Ihnen folgende Refolution vor:

(Verlieft Antrag 38.)

Vorfitzender Dr. Czech: Es folgt nun der Bericht über die

Volksernährung.

Berichterftatter Elderfch: Ich glaube keinem Widerfpruch zu begegnen, wenn ich feftftelle, daß nicht nur die ungeheuren Opfer an Leben und Gefundheit, die un-

erträglich gefteigerten Entbehrungen der Arbeiterfchaft, fondern vor allem der völlig unzureichende Zuftand unferer Volksernährung die Arbeiter revolutioniert, aber auch weite Kreife der Bevölkerung mit tiefem Abfcheu vor dem Kriege und mit heißer Friedensfehnfucht erfüllt hat. Auf keinem Gebiete ift ein fo lebendiger Anfchauungsunterricht darüber erteilt worden, daß die Fortdauer des Imperialismus und Kapitalismus zur blanken Unmöglichkeit geworden ift, wie auf dem Gebiete des Ernährungswefens. Wenn wir uns nun fragen, wie wir dazugekommen find, in diefem Maße Hunger zu leiden, müffen wir eine Reihe von Punkten feftkalten. Soweit es fich um die verkehrte Handels- und Zollpolitik handelt, hat Dr. Ellenbogen bereits das Nötige gefagt. Zu Beginn des Krieges hatten wir alle die Anfchauung, daß ein Krieg von folchem Umfang unmöglich lange dauern kann. Die Regierung war dabei noch von dem Optimismus erfüllt, daß unfere Landwirtfchaft in der Lage fein wird, uns in zureichender Weife zu ernähren.

Die Regierung hat es daher verabfäumt, rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen und, foweit es noch möglich war, Lebensmittel nach Oefterreich zu bringen und die Produktion zu fteigern. So haben fich wahrhaft anarchifche Verhältniffe herausgebildet. Die Preife find wahnfinnig geftiegen und die Verfuche, durch Höchftpreife Einhalt zu tun, waren wirkungslos, denn Höchftpreife haben nur dann einen Zweck, wenn die Lebensmittel ftaatlich bewirtfchaftet werden. Die Produktion hat natürlich während des Krieges eine ftarke Einfchränkung erfahren. Wenn der Landwirtfchaft Millionen Menfchen entzogen werden, wenn ihr das Arbeitsvieh genommen wird — und beim Militär verhungert es, weil kein Futter da ift, und dann werden neue Pferde genommen — fo ift es ja nicht anders möglich. Der Mangel führte zu einem Kampf um die Lebensmittel zwifchen Menfch und Tier. Die hohen Preife für Vieh und Fleifch begünftigten die Viehwirtfchaft, dadurch wurde wieder der Anbau von Futtermitteln gefteigert und die Nahrung für die Menfchen verringert. Zu diefer Einfchnürung der Lebensmittelproduktion in Oefterreich kommt die Befchränkung der Einfuhr aus Ungarn. Im Frieden haben wir, auf Mehl umgerechnet, jährlich 15 Millionen Meterzentner aus Ungarn bezogen. Die Lieferungen aus Ungarn haben aber faft aufgehört und die öfterreichifche Regierung hat es nicht vermocht, fie wieder zu erlangen oder es dahin zu bringen, daß die gemachten Verfprechungen eingehalten werden. Gleiche Preife in beiden Staaten wurden ebenfalls nicht feftgefetzt. Drüben find fie höher als in Oefterreich und das begünftigt einen Schleichhandel zu den allerwahnfinnigften Preifen. Für Fett werden 34 Kr., für Mehl 10 Kr. gezahlt. Die Regierungsorgane, die in Scheu und Ehrfurcht vor den Agrariern erzogen worden find, find nicht dazuzubringen, die Landwirtfchaft zu ihrer Pflicht zu verhalten. Der Mangel an Gemeinfinn bei der Landwirtfchaft hat fich in hohem Maße gerade im Kriege gezeigt. Die landwirtfchaftliche Bevölkerung hat im Frieden hauptfächlich von Pflanzenkoft gelebt, jetzt ift ihre Ernährung ganz umgewandelt. Sie ißt viel mehr Fleifch und ernährt fich viel beffer, weil fie es nicht mehr nötig hat, Geld hereinzubekommen, die Schulden find gezahlt und für die Anhäufung von barem Geld hat man auf dem Lande kein großes Intereffe. So find wir foweit gekommen: Die Kriegsgetreideverkehrsanftalt braucht 15 Millionen Meterzentner zur Befriedigung derer, die nicht als Selbftverforger an Getreide gelten, aber es fehlen ihr nicht weniger als 10 Millionen. (Hört! Hört!)

Die ganze Landwirtfchaft hat alfo höchftens fünf Millionen Meterzentner an Brotfrucht aufgebracht oder will diefe Menge aufbringen, die das Präliminare der Kriegsgetreideverkehrsanftalt aufftellt und die übrigen zehn Millionen, die gebraucht werden, um die Rationen für die Nichtfelbftverforger zu befriedigen, müffen wir in Ungarn fuchen. Es war die Einfuhr von zehn Millionen Meterzentnern an Getreide aus Rumänien in Ausficht geftellt, wovon wir annähernd die Hälfte bekommen follen. Nun verlautet, daß die Ernte fchlechter ift als anfangs gefchätzt werden konnte. Es ift immer fo, daß anfangs die Schätzungen optimiftifch find, dann kommt der Katzenjammer. Die Nachrichten werden für die Entente in die Welt gefetzt, die aber über die Wahrheit ficher ganz gut informiert fein wird, fo daß die optimiftifchen Darftellungen in unferer Preffe meiner Anficht nach nicht den geringften Wert haben. Wir haben alfo ein Defizit von zehn Millionen, das wir nur befeitigen können durch die Einfuhr aus Rumänien und Ungarn. Die Quellen, die in Rumänien zu erfchließen find, fcheinen erfchöpft zu fein, wenigftens in beträchtlichem Maße, und wir haben nur die eine Hoffnung, wenn wir nicht verhungern wollen: das nötige Quantum an Brotgetreide aus Ungarn zu bekommen. Ungarn ift aber, wie ich fchon betont habe, zu entfprechenden Lieferungen nach Oefterreich nicht zu bewegen, das fehen wir nicht nur

bei Brotgetreide, fondern auch bei jeder Kleinigkeit, fo beifpielsweife auch bei den Zwiebeln. Die Ausfuhr aus Ungarn nach Oefterreich ift gefperrt worden, angeblich bis zur Befriedigung des heimifchen Bedarfes. Die Zwiebeln werden unterdeffen von ungarifchen Zwifchenhändlern aufgekauft werden, dann wird der heimifche Bedarf befriedigt fein und die Grenzen werden geöffnet werden. Und wir werden die Zwiebeln zu ganz ungeheuren Preifen bekommen können. So geht es bei den meiften Artikeln. Ungarn beruft fich darauf, daß es die Verforgung des Heeres übernommen habe. Auch im Vorjahr hieß es fo, aber das Verfprechen wurde nicht erfüllt und in den letzten Monaten mußte der Bedarf des Militärs aus der öfterreichifchen Quote befriedigt werden. Es ift richtig, daß im Kriege das Militär ungleich mehr an Lebensmitteln verbraucht, als der Kopfquote des Soldaten in Friedensverhältniffen entfpricht. Dazu kommt noch, daß ungeheure Nahrungsmittelvorräte auf verfchiedenen Plätzen aufgeftapelt werden müffen, große Maffen davon auch zugrunde gehen und daß alle diefe Unzulänglichkeiten die Bevölkerung des Hinterlandes dann um fo fchwerer zu büßen hat. Was wir verlangen müffen, ift die Aufftellung eines Ernährungsplanes, der Deutfchland, Oefterreich und Ungarn umfaßt. Es geht nicht an, wenn wir von Schützengräben eingefchloffen find, wenn durch den Krieg ein Wirtfchaftsgebiet hergeftellt wurde und wir, wie behauptet wird, auf Tod und Leben miteinander verbunden find, daß wir Oefterreicher zum Verhungern verurteilt werden. Wir verlangen, daß die aufgebrachten Lebensmittelvorräte in diefen Ländern gleichmäßig auf die Bevölkerung aufgeteilt werden. Es geht nicht an, daß fich Deutfchland auf unfere Koften, weil unfere Regierung zu fchwach ift, um fich dagegen zur Wehr zu fetzen, bei den Bezügen aus dem Auslande bevorzugt. Wir verlangen gleichmäßige Verteilung, namentlich aber, daß in Oefterreich und Ungarn die Ernährungsverhältniffe nach gleichmäßigen Grundfätzen geregelt werden. Wir verlangen dies fchon feit Beginn des Krieges und haben nun durchgefetzt, daß ein gemeinfamer Ernährungsausfchuß eingefetzt wurde, der aber aus lauter Militärleuten befteht, denen ja weniger daran liegt, daß die Bevölkerung des Hinterlandes mit Lebensmitteln verforgt wird, als daß die Bedürfniffe des Militärs in zureichendem Maße befriedigt werden. Wir wollen dabei gar nicht behaupten, daß es den Soldaten gut geht, im Gegenteil: auch hier herrfchen unerträgliche Verhältniffe. Aber es muß vor allem darauf verwiefen werden, daß die Verpflegung der Offiziere fo luxuriös ift und in fchreiendem Gegenfatz fteht zur Verpflegung der Mannfchaft, daß hier endlich Wandel gefchaffen werden muß. Die Meinung muß fich durchfetzen, auch wenn fie noch fo oft unterdrückt wird, fobald wir fie der Oeffentlichkeit unterbreiten, daß dieſer Gegenfatz fo aufreizend, fein Fortbeftand fo unmöglich ift, daß die Militärverwaltung diefer Forderung Rechnung tragen muß.

Es wurde fchon gefagt, daß die Regierung abfolut nicht die Kraft hat, die Agrarier zu verpflichten, alle Lebensmittel, die fie produziert haben, die für die menfchliche Ernährung tauglich find und die fie nicht zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfniffe benötigen, für die Nichtfelbftverforger zur Verfügung zu ftellen. Es ift gewiß nicht leicht, die Agrarier zur Raifon zu bringen, und es müffen große Machtmittel aufgeboten werden, um die Agrarier, denen mit gütlichem Zureden und mit patriotifchen Aufrufen nicht beizukommen ift, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im öffentlichen Intereffe zu zwingen. Sie können durch Preisanbietungen noch am eheften intereffiert werden, aber auch das verfagt, weil die Agrarier immer noch damit fpekulieren, die Lebensmittel zurückzuhalten, weil fie damit rechnen, je weiter die Hungersnot fortfchreitet, einen um fo höheren Preis für ihre Produkte herauszufchlagen. Es müffen große Machtmittel aufgewendet werden. Es mag zugegeben werden, daß die Regierung vielfach über diefe Mittel nicht gebietet und es mag auch zugegeben werden, daß das Aufgebot diefer Mittel nicht immer wirkfam ift, denn die Soldaten im Hinterland unterliegen vielfach der Ueberredungskunft der Agrarier, fo daß fie die Requifitionen nicht mit jenem Nachdruck betreiben, der notwendig wäre, der Bevölkerung die Erfüllung ihrer Bedürfniffe zu ſichern. Aber nichtsdeftoweniger müffen wir feftftellen, daß die Regierung zu Beginn alles unterlaffen hat, den Agrariern gegenüber auf Erfüllung ihrer Verpflichtung zu dringen und auch im vierten Kriegsjahr ift ſich die Regierung Seidler über den Wert der ſtaatlichen Bewirtſchaftung noch nicht klar geworden. Sie hat im vierten Kriegsjahr mit Umgehung des Ernährungsrates eine Nahrungsenquete einberufen, um zu diskutieren, ob man in der ſtaatlichen Bewirtſchaftung der Lebensmittel fortzuſchreiten hätte oder den freien Handel wieder gewähren laſſen ſoll. Wir haben feſtzuſtellen, daß die Regierung zum Beiſpiel in der Kartoffelfrage einer in Kraft ſtehenden Verordnung moraliſch den Kragen

gebrochen hat durch vertrauliche Verhandlungen mit den Agrariern. Es ist eine Kartoffelverordnung erschienen, die die strenge staatliche Bewirtschaftung der Kartoffeln zum Gegenstande hat. Die Agrarier sind gegen diese Verordnung Sturm gelaufen und die Regierung hat sich insgeheim bereit erklärt, sich mit einem Kontingent von 20 Millionen Meterzentnern zufriedenzustellen, davon waren 17 Millionen für die Zivilbevölkerung, 3 Millionen für das Militärärar berechnet, und wenn dieses Kontingent sichergestellt oder abgeführt würde, sei die Regierung bereit, die restlichen Kartoffeln dem Landwirt zur Verfütterung oder zum Verkaufe zu höheren Preisen zu überlassen. Nun ist es natürlich, daß wenn die Regierung solche Kompromisse macht und ihre eigenen Verordnungen im Stiche läßt, man von den Agrariern nicht verlangen kann, daß sie ihre Verordnungen respektieren. Man kann bei den Agrariern schließlich den Gemeinsinn nicht voraussetzen, daß sie die Kartoffeln, die sie nicht selbst benötigen, restlos zur Versorgung der Bevölkerung bereitstellen werden. Wir erklärten damals, wenn mehr als 20 Millionen zur Verfügung stehen — das entspricht einer Kopfquote von 2 Kilogramm in der Woche — so ist es notwendig, das Kontingent entsprechend zu erhöhen, was gerade im heurigen Winter um so mehr ins Gewicht fällt, als die Vorräte an sonstigen Nahrungsmitteln auf das knappste bemessen sind. Die Regierung hat unseren Rat nicht gehört. Es ist bei dem Kompromiß mit den Agrariern geblieben und es besteht die Gefahr, daß die Ernährung versagt und der Hunger noch einen größeren Umfang annimmt.

Ein weiterer Uebelstand ist es, daß die Kriegsverwaltung ihre Einteilung ohne Rücksicht auf die Ernährungsbedürfnisse der Zivilbevölkerung trifft. Die Ernährungsfrage ist vor allem eine Transportfrage. Wir waren schon oft in Situationen, daß wir Lebensmittel hatten, aber nicht die nötigen Transportmittel. Gerade jetzt werden die Bahnen von der Militärverwaltung sehr in Anspruch genommen, aber jetzt sind auch die Kartoffeln zu verfrachten, und wenn das nicht rechtzeitig geschieht, gibt es keine Kartoffeltransporte mehr; jetzt ist die Rübe in die Zuckerfabriken zu bringen, wir brauchen auch mehr Kohle als sonst und gerade jetzt wird das Bahnmaterial vom Militär so in Anspruch genommen. Wir hören, daß Kartoffeln in den Stationen im Freien liegen, daß Obst, Zuckerrübe und Kohle nicht einwaggoniert werden kann. Die Erklärung, daß die Militärverwaltung die Termine nicht vorausbestimmen kann, macht das Uebel nicht weniger drückend. Aber gedankenlos darf sie doch nicht vorgehen. Obwohl wir wenig Zucker haben und darauf angewiesen sind, die Zuckerkampagne restlos auszunützen, wäre sie beinahe vereitelt worden. Einen Tag vor Beginn der Zuckerkampagne sind sämtliche Kriegsgefangenen und Kriegsleister aus den Zuckerfabriken gezogen worden, deren qualifizierte Angestellte wurden einrückend gemacht, so daß die Fabrikanten erklären mußten, sie seien nicht in der Lage, die Arbeit zu beginnen, wenn diese Maßnahmen nicht rückgängig gemacht werden. Da sieht man, wie wenig sich die Militärorgane über die Wirkung ihrer Anordnungen klar sind und was für Schaden daraus entstehen kann. Was wir also verlangen, ist, daß ein enger Kontakt zwischen Zivilverwaltung und Militärverwaltung hergestellt wird und daß die Militärverwaltung bei ihren Maßnahmen die notwendige Rücksicht auf die Bedürfnisse des Hinterlandes nimmt. Es nützen die größten Siege an den Fronten nichts, wenn die Bevölkerung im Hinterlande verhungert. (Sehr richtig!) Die Militärverwaltung kann derartige Rücksicht nehmen, kann sich mit der Zivilverwaltung ins Einvernehmen setzen, ohne ihre Interessen zu schädigen.

Wir haben gesehen, daß die hohen Futterpreise eine Bevorzugung des Anbaues von Futtermitteln gegenüber dem Anbau von Nahrungsmitteln bewirkt haben. Die Futtermittel haben höhere Preise als die menschliche Nahrung. Es muß zwischen den Preisen der Brotfrüchte, den Fleischpreisen und den Preisen der übrigen Nahrungsmittel eine Relation hergestellt werden. Es geht nicht an, die wilde Erstellung der Preise fortdauern zu lassen, weil die Landwirtschaft dadurch veranlaßt wird, die Wirtschaft so zu führen, daß sie nur das anbaut, wofür der höchste Preis erzielt wird und daß sie nicht die Bedürfnisse der Ernährung berücksichtigt, sondern ihre Wirtschaft nach dieser spekulativen Erwägung einrichtet. Dabei muß ich unserem lebhaften Bedauern Ausdruck geben, daß die Tätigkeit der Zentralpreisprüfungskommission unserem Erwarten durchaus nicht entspricht. Sie bestimmt vielfach Preise, die wucherisch genannt werden müssen. An einen Abbau der Preise ist gar nicht zu denken. Die Tätigkeit der Kommission wird auch unfruchtbar werden, insofern es sich um die Erstellung von Preisen für Lebensmittel oder Bedarfsartikel handelt, die nur in geringem Maße vorhanden sind. Diese werden gar nicht in Verkehr kommen, sondern nur auf Schleichwegen erhältlich sein, und da müssen natürlich Höchst- oder Richtpreise vollkommen

unwirksam werden. Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß der bisher geduldeten Preispolitik ein Ende gemacht werden muß. Die Masse der Bevölkerung leidet nicht nur darunter, daß unentbehrliche Lebensmittel in zu geringem Maße vorhanden sind, sondern auch darunter, daß die Nahrungsmittel, die noch erhältlich sind, einen Preis haben, der ganz und gar unerschwinglich ist. Dadurch, daß wir Lebensmittel aus dem Ausland einzuführen gezwungen sind, erhöht sich der Preis infolge der schlechten Valutaverhältnisse, aber für die Nahrungs- und Bedarfsartikel, die im Inland produziert werden, ist eine solche Preissteigerung absolut nicht gerechtfertigt. Wenn die Löhne auch noch so hoch sein würden, würden sie doch nicht ausreichen, um die Lebensbedürfnisse der Arbeiter zu decken, weil die Steigerung der Löhne in keinem Verhältnis steht mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Wir sehen auch, daß dort, wo sich der Staat energisch um die Preise der Lebensmittel bekümmert, diese nicht eine solche Höhe erreichen. Wir brauchen nur auf Deutschland zu blicken, um zu sehen, daß eine solche Preissteigerung nicht allein auf den Krieg zurückzuführen ist, sondern darauf, daß sie die Regierung den Agrariern ermöglicht hat.

Die Bevölkerung leidet auch in erschreckender Weise unter der schlechten Organisation der Verteilung der Lebensmittel. Es hat schon Genosse Renner darauf aufmerksam gemacht, wie sich die Gemeindeverwaltungen absolut nicht darum kümmern, die dringendsten Lebensbedürfnisse der unbemittelten Bevölkerung zu befriedigen, sondern daß sie die Lebensmittel einerseits als Steuerobjekt ansehen und anderseits die vorhandenen Lebensmittel nur den Bemittelten zugänglich machen, daß sie schließlich die Interessen der Händler und Produzenten schützen, die Bedürfnisse der Arbeiter aber vollständig ignorieren. Ich brauche mich über dieses Kapitel nicht weiter zu verbreiten, ich stelle nur fest, daß die Lebensmittel nur gerecht nach dem System der Rationierung, der Kundenlisten oder der Organisationen der Konsumenten verteilt werden können. Ohne dieses System ist alles Spiegelfechterei und bewirkt nur, daß die Wohlhabenden versorgt werden, während für die arbeitende Bevölkerung und die Unbemittelten nur ein unbeträchtlicher Rest zur Verfügung bleibt. Bisher sind von vielen Gemeindeverwaltungen, auch von der Gemeinde Wien, die Lebensmittel in einer Art und Weise verteilt worden, die nicht den Ansprüchen einer gerechten Verteilung entsprochen haben, sondern die einfach nur auf optische Wirkungen berechnet sind. Es wird eine bestimmte Menge Lebensmittel auf den Markt geworfen, Tausende Unbemittelte stellen sich an, bekommen aber nicht, was sie brauchen. Damit wird nur dem Bedürfnis eines kleinen Teiles der Bevölkerung nach Nahrungsmitteln entsprochen, ein großer Teil verschwindet bei den Händlern, die damit die Wohlhabenden versorgen. Ein solches System ist entschieden zu verwerfen. Wir verlangen, daß die ganze vorhandene Menge der Nahrungsmittel vollständig nach einem gerechten System verteilt werden, wir verlangen die Einziehung der unentbehrlichen Lebensmittel zugunsten der unbemittelten Schichten. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß, wenn wir den Wohlhabenden eine geringere Ration geben, die Erhöhung für die Minderbemittelten infolge ihrer großen Zahl auch noch gering sein wird. Die Produktion und Verteilung der Industrieartikel liegt auch sehr im argen, weil die Zentralen geleitet werden von den Produzenten und Händlern und weil sie gegründet wurden in einer Zeit, wo nicht mehr viel Waren vorhanden waren. Wir haben jetzt die Aktion für die Bekleidung, wo an Tuchen und brauchbaren Kleidern soviel wie gar nichts mehr vorhanden ist. So war es immer bei Beginn der Tätigkeit der Zentralen. So entsteht schon bei Beginn die Grundlage für die Klagen gegen die Zentralen.

Nun möchte ich noch etwas über unsere Mitarbeit in den Lebensmittelorganisationen sagen. Nicht daß ich sie überschätze oder daß ich glaube, daß sich unsere Tätigkeit darin erschöpfen darf. Sie ist für jeden unangenehm, Beifall ist nicht zu ernten, denn die elenden Verhältnisse machen es unmöglich, die Arbeiterschaft zufriedenzustellen und man nimmt mit dieser Tätigkeit ein Martyrium auf sich. Wir halten es aber für unsere Pflicht, dabei tätig zu sein. Wenn sich die Lebensmittelaufbringung und Verteilung ohne unsere Kontrolle vollzieht, leidet die Arbeiterschaft darunter am meisten. Es ist natürlich nicht genau festzustellen, welche Erfolge gerade unsere Mitarbeit gehabt hat, aber daß wir das ärgste verhüten konnten, steht wohl fest. Wir haben mit unserer Tätigkeit für den Klassenkampf und für den Frieden mehr gewirkt, als man bisher auf politischem Gebiete zu wirken imstande war. Diese Tätigkeit war ein lebendiger Anschauungsunterricht für die Unmöglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Wir haben auch Einblick in Verhältnisse gewonnen, die wir früher nicht gekannt haben. Diese Schule wird auch für die Arbeiten des Friedens von hohem

Werte sein, besonders wenn wir an der öffentlichen Verwaltung in höherem Maße teilnehmen werden. Auch für den Frieden haben wir damit gearbeitet, weil wir in jeder Sitzung der Regierung vorgehalten haben, daß alles dafür spricht, rasch Frieden zu machen, und es ist sehr die Frage, ob die Friedensbereitschaft der Regierung nicht auf unsere Mahnungen zurückzuführen ist. Wir überschätzen unsere Tätigkeit nicht, halten uns aber verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft physisch kampffähig erhalten werde. Die Verantwortung für alles, was geschieht, trägt die Regierung — so haben wir es immer erklärt — wir übernehmen sie nicht. Auch Genosse Renner hat im Ernährungsamt keine verantwortliche Stelle, der Titel „Direktor" ist ein ganz falscher Titel, die Direktoren haben nichts zu dirigieren, sondern sind nur Experten, und in dieser Eigenschaft vertritt natürlich Renner die Interessen der Arbeiterschaft in energischer Weise, doch eine Verantwortung hat er nicht auf sich genommen. Die Ernährungsverhältnisse bedürfen einer straffen Regelung. Wir wissen nicht, was kommen wird, einmal werden wir ja dazu berufen sein, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, woher sollen wir es aber können, wenn wir es früher noch nicht geübt haben? Ich bitte Sie nun, objektiv zu prüfen, was wir getan haben, um die Arbeiterschaft doch noch vor dem allerbittersten Elend zu bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Wir bitten Sie, folgende Resolution anzunehmen:

(Verliest Antrag 39.)

Vorsitzender Dr. Czech: Ehe wir schließen, bitte ich die Skrutatoren, uns noch das Ergebnis der

Wahl der Parteivertretung

mitzuteilen.

Rapoldi (Innsbruck): Das Skrutinium hatte folgendes Ergebnis:

Für den

Parteivorstand

wurden 195 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen Stimmen auf:

Viktor Adler 195,
Friedrich Austerlitz 192,
Otto Bauer 194,
Anton David 194,
Franz Domes 195,
Wilhelm Ellenbogen 195,
Matthias Eldersch 192,
Engelbert Pernerstorfer 162,
Adelheid Popp 195,
Karl Renner 194,
Jakob Reumann 195,
Karl Seitz 195,
Ferdinand Skaret 195,
Josef Tomschik 193.

Ferner entfielen auf Danneberg 10, Sever 4, Therese Schlesinger 2, Gabriele Proft 2, Hueber 1 und Smutny 1 Stimme.

Bei der Wahl der

Parteikontrolle

wurden 211 Stimmen abgegeben. Es erhielten:

Otto Glöckel (Wien) 194,
Laurenz Widholz (Wien) 192,
Anton Schäfer (Böhmen) 210,
Josef Seliger (Böhmen) 209,
Florian Gröger (Kärnten) 210,
Ludwig Czech (Mähren) 211,
Josef Gruber (Oberösterreich) 211,
Robert Preußler (Salzburg) 211,
Hans Jokl (Schlesien) 210,
Vinzenz Muchitsch (Steiermark) 211,
Simon Abram (Tirol) 203,
Hermann Leibfried (Vorarlberg) 210.

Diese sind somit gewählt.

Ferner entfielen auf Rapoldi 7 Stimmen, auf Löw 1, Mühlberger 1 Stimme.

Ich muß dazu bemerken, daß die Namen der Wiener Kandidaten für die Parteikontrolle irrtümlich auf den Stimmzetteln standen, die für die Wahl des Parteivorstandes aufgelegt wurden und nicht auf den Stimmzetteln, die für die Wahl der Provinzmitglieder der Parteikontrolle vorbereitet wurden. So erklärt es sich, daß sie weniger Stimmen erhielten.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Tomschik: Wir treten nun ein in die

Debatte über die Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Link (Jägerndorf): Die Arbeiterschaft von ganz Oesterreich wartet mit großer Spannung auf einen Beschluß des Parteitages in der Ernährungsfrage. Ich habe das Empfinden, daß die Arbeiterschaft mit dem nicht zufrieden sein wird, was wir heute über die Ernährungsfrage werden aussprechen können. Die Arbeiter hungern seit drei Wintern in furchtbarer Weise. Der Friede ist nicht gekommen, aber die Hungersnot hat sich verschärft Es muß endlich einmal daran gedacht werden, ob es nicht möglich ist, diesen furchtbaren Notstand unter den Arbeitern zu mildern und auf jene Leute abzuwälzen, die noch nicht gehungert haben, auf die besitzende Klasse. Wir haben in der letzten Zeit mit der Kartoffelversorgung etwas erlebt, was geradezu Empörung ausgelöst hat. Man möchte glauben, daß es in Wien nicht gar so schlimm steht, denn sonst hätte man sich nicht solange mit dem Parteistreit beschäftigen können. (Zustimmung.) In Wirklichkeit sind die Verhältnisse noch ärger und dabei die Gegensätze noch krasser. In den Gasthäusern gibt es 16 bis 20 Gerichte, nebenan aber warten bei den Kriegsküchen 200 bis 300 Frauen stundenlang, bis sie eine Suppe bekommen. Ich glaube, auch die Wiener Delegierten sollten trachten, eine bessere Verteilung durchzusetzen. In der Durchlöcherung der Kartoffelversorgung durch die Regierung ist ein Protest der Partei öffentlich nicht zum Ausdruck gekommen und die Arbeiter verstehen nicht, wie man das so ruhig hinnehmen kann. Der Höchstpreis war mit 15 Kronen festgesetzt, dazu kommt eine Schnelligkeitsprämie von 5 Kronen und außerdem noch die Gebühr der Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Das sind Zustände, die unerträglich sind. Ich erinnere Sie daran, daß Genosse Palme in einer Eingabe an das Volksernährungsamt darauf hingewiesen hat, daß man im Erzgebirge bereits Wiesenfutter und Kräuter auskocht, um etwas in den Magen zu bekommen. Es herrscht dort eben ausgesprochene Hungersnot und infolgedessen große Sterblichkeit.

Wie wird es denn im Frühjahr ausschauen? Man sagt, die Sache ist plötzlich gekommen und man konnte nichts dagegen machen. Wir Vertrauensmänner draußen bemühen uns, den Fabrikanten etwas mehr Lohn herauszupressen, aber mit einem Federstrich werden den Arbeitern diese Lohnerhöhungen wieder genommen. Wir haben in Schlesien in Versammlungen erklärt, daß dieser Zustand nicht zu ertragen ist, haben Deputationen an die Regierung geschickt und in der Preisprüfungsstelle vorgebracht, daß es nicht notwendig ist, 3 Kr. 50 H. zu bewilligen. Wir haben eine Ermäßigung dieser übermäßig hohen Gebühr verlangt, und es ist auch in Schlesien durch unseren Protest gelungen, daß wir nicht 3 Kr. 50 H., sondern nur eine Krone bezahlen. Diese Proteste wären auch in den anderen Ländern, hauptsächlich aber in Wien dringend notwendig gewesen. Seit wann stehen wir denn auf dem Standpunkt, daß wir gegen solche Preistreibereien nichts machen können? Wir haben zum Ausdruck zu bringen, daß die Massen unter diesen Umständen nicht leben können. Nicht viel anders als mit den Kartoffeln ist es mit den anderen Lebensmitteln. Wenn es schon nicht möglich war, die Kopfquote bei den Kartoffeln zu erhöhen, sollte man den Arbeitern doch etwas anderes dafür geben. Da noch genügend für die reichen Leute vorhanden ist, soll man diesen etwas wegnehmen. Wenn die Kopfquote auf zwei Kilogramm festgesetzt wurde, dann soll man auch festsetzen, daß die Millionäre und Kriegsgewinner nicht mehr Fleisch essen dürfen als die Arbeiter in den Munitionsfabriken. Wir sehen, wie verschiedene Nahrungsmittel, vor allem Butter, vom Markte verschwinden und die Arbeiter monatelang kein Stückchen Butter erhalten. In Schlesien war im Sommer eine ungeheure Dürre. Wir werden die Rinder abschlachten müssen,

die Milchknappheit wird noch größer werden, was soll dann mit den Kindern und mit den stillenden Müttern geschehen? Wenn in der Erklärung der Linken von einem Wohltätigkeitsverein gesprochen wurde, so meine ich, die Väter dieser Erklärung kennen das Elend in den Arbeiterfamilien noch nicht. Um jeden halben Liter Milch für die Arbeiter haben wir gekämpft; jetzt aber wird das als irgendeine Art bürgerlicher Wohltätigkeit hingestellt und wir werden dafür noch beschimpft. Unter denen, die diese Erklärung abfaßten, sind keine Mütter gewesen, denn sonst hätte man so nicht schreiben und sprechen können.

Eine wichtige Frage ist die Fettfrage. Fett ist da, aber in Ungarn. Die Erdäpfel sind knapp, weil viel Kartoffeln verfüttert wurden. Wo kommt aber das Fett von den Schweinen hin? Wir haben in Schlesien einen ziemlich großen Bestand von Schweinen, aber das Fett kommt nicht unter die Masse. Schuld daran sind die Hausschlachtungen. Die reichen Leute fahren von den Städten hinaus aufs Land und sagen zu den Bauern, sie mögen für sie Schweine füttern, koste es was es koste. Für die reichen Leute ist genug da, für die armen nichts. Die Hausschlachtungen sollten verboten werden, auch die Agrarier und die reichen Leute sollten auf denselben Speisezettel wie die Arbeiter gesetzt werden. Und nun zur Milchfrage: In Jägerndorf haben wir die Milchkarte eingeführt, dort bekommt der Millionär ebensoviel oder ebensowenig Milch wie der Fabriksarbeiter. Wir haben zu dem Zwecke eine eigene Kanzlei, in der ausdrücklich festgestellt wird, wieviel Milch vorhanden ist. Wir werden in der nächsten Zeit den Kindern von 6 bis 14 Jahren die Milchquote erhöhen. Denn Kinder brauchen Milch, eher die andern sollen darben. Die Ursache des geringen Milchbestandes liegt zunächst darin, daß sehr viel Milch verbuttert wird, dann aber darin, daß so viel Milch nach Wien an die höchsten Herrschaften geht. Ein Liter Milch kostet bei uns 36 bis 40 Heller. Auf ein Kilogramm Butter kommen 23 Liter Milch, im Schleichhandel wird das Kilogramm Butter um 30 Kronen verkauft. Man müßte dahin wirken, daß direkt ein Verbot der Verbutterung der Milch erlassen werde. Ich bin vollständig einverstanden mit dem, was die Genossen im Ernährungsamt geleistet haben, sie sind nicht schuld daran, daß es mit allem so schlecht bestellt ist. In Schlesien haben wir im Landwirtschaftsrat unsere Wünsche zum Durchbruch gebracht. Mit der jetzigen Wirtschaft kann es nicht so fortgehen, wenn nicht die Arbeiter und vor allem die Kinder zugrunde gehen sollen. Aufgabe des Parteitages ist es, zu erklären, daß Parteivertretung und Parlamentsfraktion baldigst, womöglich schon in den nächsten Tagen, alles versuchen, um eine Linderung dieser furchtbaren Notlage in der Provinz herbeizuführen, wozu vor allem eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel durchgeführt werden muß. (Beifall.)

Kohn (Gänserndorf): Die Anarchie der Teuerung in unserer ganzen Bedarfswirtschaft hat unter der Assistenz der Regierung, von ihr inszeniert und protegiert, Formen angenommen, bei der, da Reden zwecklos zu sein scheinen, zur Selbsthilfe durch Taten geschritten werden sollte. Wie die Regierung selbst die größten Preistreibereien beging, will ich nur an einem Beispiel vor führen. Im Jahre 1913 trat das Lederkartell in Kraft und die Preise wurden gleich um rund 50 Prozent erhöht, was in den lederverarbeitenden Gewerben sofort einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Bei Beginn des Krieges kostete ein Kilo Leder die Gerber zuzüglich aller Spesen nur 3 Kronen. Die Regierung war durch eine Enquete beim Handelsministerium darüber genau informiert worden. Man hätte also erwarten können, daß der durch den Krieg verursachte große Lederbedarf vom Kriegsärar einfach durch eine Verordnung, durch einen Befehl gedeckt worden wäre, worin den Gerbern gesagt worden wäre: Ihr habt um 150 Millionen Leder zu liefern, euch kostet ein Kilo 3 Kr., ich gebe euch Kr. 3·50. Was hat aber die Regierung gemacht? Sie hat beim Lederkartell um eine Offerte für 150 Millionen Leder angesucht. Das Lederkartell sagte sich, daß der Krieg unmöglich lange dauern werde und daß man also den Schab so rasch als möglich machen müsse. Es stellte der Regierung die Preise noch höher als die Kartellpreise schon an und für sich waren. Die Regierung gab darauf die Antwort: Offerte mit 25 Prozent Erhöhung angenommen. Das ist Tatsache. Die Regierung hat damit den Gerbern ein Präsent von 50 Millionen Kronen gemacht und zugleich ist mit diesem Augenblick das Leder aus dem Verkehre vollständig verschwunden und hat Phantasiepreise erreicht. Wie war es mit dem Getreide? Die Zeitungen schrieben stets, daß die Ernte über alles Erwarten gut ausgefallen sei, aber die Preise wurden trotzdem immer erhöht. Gerade diese Erhöhung der Preise war nur

Prämie für eine Verminderung der Produktion. Dasselbe war bei der Milch der Fall. Jedesmal, wenn eine Milchpreiserhöhung durchgeführt wurde, kam weniger Milch nach Wien. Der Bauer weiß eben, daß er durch die Steuerbehörde kontrolliert werden kann, er liefert bei Preiserhöhungen nur die Hälfte und verkauft den übrigen Teil zu noch erhöhten Preisen auf unkontrollierbare Weise. Ebenso ist es mit dem Fleische. Ich habe seinerzeit den Antrag auf Verbot der Hausschlachtungen und Einführung von Fleischkarten gestellt. Darauf wurde entgegnet, daß die Bauern beim Verbote der Hausschlachtungen die Mästungen einstellen würden. Das ist aber sicher unrichtig; ein Bauer, der zum Beispiel früher acht Schweine für sich abgestochen hat, würde vielleicht nur vier Schweine abstechen, zwei davon für sich verwenden, zwei kämen aber immer noch auf den Markt. Aber es ist noch ein zweiter Vorteil dabei. Diese vier Schweine wird er mit Futtermitteln füttern, die andern aber füttert er mit Lebensmitteln, die für menschliche Ernährungszwecke brauchbar wären. Darum ist der Schaden doppelt groß. Wenn der Bauer weiß, daß er am 1. Jänner Zahlungen zu leisten hat, so muß er verkaufen; heute weiß er aber, daß er am 1. Jänner Zinsen bekommt, braucht also nichts verkaufen und kann sich noch mehr vergönnen. Ich war oft bei Bauern, die viel mehr auf einem Jausentisch Fleisch haben, als unsereins sich eine ganze Woche hindurch vergönnen kann. Ich habe Brot gesehen bei Bauern, das sie sich bei ein viertel Zentimeter Stärke mit dreiviertel Zentimeter Fett beschmieren. Die Preise müssen stark abgebaut werden. Aber nicht nur bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern auch bei den industriellen Artikeln. Will die Regierung konsequent vorgehen, dann muß sie in erster Linie ihre eigenen Organe einsperren, die die größten Preistreiber sind. In der gestrigen „Arbeiter-Zeitung" habe ich einen kleinen Artikel gelesen, wo von der Teuerung in England die Rede war. Man konnte daraus ersehen, daß sämtliche Artikel dort um 94 Prozent gestiegen sind. Aber bei uns kostet das Leder, das 3 Kronen gekostet hat, heute 60 Kronen, man hat also wenig Anlaß, über die Teuerung in England zu spotten.

Schlemmer (Neunkirchen): Wenn man in einem großen Industriebezirke wirkt, weiß man, welche furchtbare Not die Arbeiterschaft jetzt leidet. Wenn wir kräftig intervenieren, daß die Arbeiterschaft mit Lebensmitteln besser versorgt wird, dann erklärt man uns, daß die Bezirke an der Südbahn ja ohnehin besser versorgt sind als andere Bezirke. Wir haben da den Herrschaften gesagt, wenn die Arbeiterschaft in anderen Bezirken noch schlimmer versorgt wäre, dann müßte sie längst verhungert sein. Es wird auf die hohen Löhne hingewiesen, die die Arbeiter jetzt haben. Das gilt aber nur für einen Teil der Arbeiter in der Munitionsindustrie, während die große Masse der Arbeiter nicht viel mehr, wenn nicht weniger, verdient als im Frieden. Wir haben draußen Textilarbeiter, die einen Taglohn von Kr. 2·60 bis 3 Kr. bekommen. Wir haben hunderte Papierarbeiter, die 14 bis 20 Kr. die Woche verdienen. Und dabei haben wir bei uns Lebensmittelpreise, die manchmal höher sind als in der Großstadt. Klar kommt uns jetzt zum Bewußtsein, wie sehr im Zusammenhang mit der jetzigen Not die Verwaltung der Gemeinden ist. Die Gemeinden haben sich unfähig erwiesen, in der Approvisionierung etwas zu tun und die Arbeiterschaft entsprechend zu verpflegen. Wenn nicht alle möglichen Lebensmittelvereinigungen gegründet worden wären, wäre der größte Teil der Arbeiter zugrunde gegangen. Die Gemeinden sind eben nichts anderes als Interessenvertretungen, in denen die Vertreter der Lebensmittelgewerbe und der Hausbesitzer schalten, wie sie wollen, und keine Verpflichtungen für die gesamte Gemeindebevölkerung zu haben glauben; wie der Arbeiter lebt, ist ihnen vollkommen gleichgültig. Daneben haben wir auch Gemeinden, wo die Unternehmer allmächtig sind. Wehe dem Arbeiter, der sich dort zu rühren wagt, er wird nicht nur in der Gemeinde als Paria behandelt, er wird auch in der Fabrik für seine Haltung draußen zur Verantwortung gezogen. Um mitzuhelfen, daß die Lebensmittelversorgung besser werde, sind wir in die verschiedenen Approvisionierungsausschüsse eingetreten, dann tun wir auch in den Gemeinde- und Wirtschaftsämtern mit. Wenn wir den Reservistenfrauen den Unterhaltsbeitrag erhöht haben, wenn wir den Hunger unserer Kinder, unserer Säuglinge stillen und neben dieser Tätigkeit auch noch unsere revolutionäre Tätigkeit nicht außer acht lassen, so werden uns, wenn einmal dieser furchtbare Krieg zu Ende sein wird, die Arbeiter für diese praktische Arbeit dankbar sein. Unsere Mitarbeit in den Gemeinden und in den Wirtschaftsämtern hat uns so recht gezeigt, wie unfähig die Organe der Verwaltung sind. Vollkommen hilflos stehen sie den neuen Problemen gegenüber und sind oft zu Tode froh, wenn wir ihnen einen

Rat geben. Wir wissen nicht, was uns der Winter bringt und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu den schrecklichsten Dingen kommen wird. Trotzdem lassen wir uns in unserer Tätigkeit nicht beirren, weil wir uns sagen: Besser als raunzen und schimpfen ist mithelfen, und je mehr wir aus dieser Zeit des Elends hinüberretten in die Zeit nach dem Kriege, desto besser wird es für die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie sein. Wir wollen diesen Augenblick einig und geschlossen erwarten, denn nur dann werden wir imstande sein, die Klassenherrschaft des Kapitalismus zu beseitigen und die Herrschaft des Volkes aufzurichten. (Beifall).

Grünwald (Wien): Ich habe so die Empfindung, als sei sowohl in den Referaten als auch in der Diskussion weit mehr Gewicht auf die Gegenwartswirtschaft als auf die Uebergangswirtschaft gelegt worden. Das darf natürlich nicht verwundern. Wenn die Not des Tages so unendlich groß ist, wenn das Elend des Momentes so auf die Nägel brennt, dann beschäftigt man sich natürlich weniger mit dem Morgen als mit dem Heute. Nichtsdestoweniger möchte ich Sie doch aufmerksam machen, daß wir ein wenig auch an die Zukunft, die uns nach dem Kriege erwartet, zu denken haben. Wir dürfen trotz aller Sorgen und Kümmernisse des heutigen Tages nicht das Morgen vergessen, weil aller Voraussicht nach, nach der Ansicht aller Sachverständigen, nicht nur aus dem Kreise der Parteigenossen, nach dem Kriege eine wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten ist, die die Not und das Elend und die Kümmernisse der Arbeiterschaft noch vermehren wird. Wir sehen unsere ganze Volkswirtschaft durch den Krieg zerrüttet und zerstört, wir sehen, daß die Arbeiterschaft darunter am meisten zu leiden hat, und wir müssen damit rechnen, daß sie auch nach dem Kriege am meisten zu leiden haben wird. Es ist das Schicksal der Arbeiter, daß sie mit dieser Volkswirtschaft zusammengeschmiedet, daß sie gewissermaßen ihre Bettgenossen sind, und daß sie die ersten sind, die das Elend zu tragen haben. Das Elend unserer Volkswirtschaft in der ersten Zeit nach dem Kriege wird mehrfache Ursachen haben: zerrüttete Valuta, Vernichtung der Produktion, Erschwerung in der Rohstoffversorgung. Aber weit schwerer und bedeutungsvoller und wichtiger als alles das, weit schwerer als die Vernichtung unserer Produktionsmittel wird auf der Volkswirtschaft lasten die Vernichtung und Zerrüttung der Produktionskräfte: Millionen von Arbeitskräften werden teils vernichtet, teils in ihrer Arbeitsfähigkeit vermindert sein. Es ist notwendig, das immer wieder zu betonen, immer und immer wieder die herrschenden Klassen daran zu erinnern, sie vorwärts zu treiben. Eine leise Ahnung von der Bedeutung der Arbeiterschaft in der Uebergangswirtschaft scheint schon den herrschenden Klassen aufzudämmern. Ich verweise auf die Reform der Krankenversicherung, dann auf die Reform der Unfallversicherung durch die teilweise Anpassung der Renten an die Folgen der Entwertung unseres Geldes. Ich verweise weiters auf das in Behandlung stehende Gesetz über den Zehnstundentag und das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Wir dürfen uns aber auf all das nicht allzusehr verlassen, denn wenn auch derartige leise Anzeichen heute erkennbar sind, werden sie sich nach dem Kriege doch nur dann entwickeln, wenn die Arbeiter mit all ihrer Kraft die Staatslenker vorwärtstreiben auf dieser Bahn, deren folgerichtige Verfolgung nicht allein im Interesse der Arbeiterklasse, sondern in noch weit größerem Maße im Interesse des Staates selbst liegt. Es ist aber nötig, immer wieder darauf zu verweisen, daß diese leisen Anzeichen viel zu leise und zu wenig sind. Das, was bisher auf diesem Wege versucht wurde und den Anschein der Besserung erkennen läßt, bedeutet nur die Einlösung längst fälliger Wechsel, aber durchaus nicht etwas, was geeignet wäre, dem notwendigen Wiederaufbau der Arbeitskräfte so zu dienen, wie es der Staat und die Arbeiterklasse nötig brauchen. Der Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung auf allen Gebieten ist ein gutes Stück Uebergangspolitik und Uebergangswirtschaft. Und es wird nötig sein, alle Mittel anzuwenden, daß auf diesem Gebiete, welches eines der wichtigsten für die Zukunft dieses Staatswesens ist, wirkliche Arbeit geleistet werde. Die Gewerkschaftskommission hat erst vor kurzem der Regierung eine Eingabe vorgelegt, in der sie die Minimalforderungen, die die Arbeiterklasse an den Staat unmittelbar nach dem Kriege bezüglich des Ausbaues der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Arbeiterversicherung und der Sozialgesetzgebung, zu stellen haben wird, zusammenfaßt, um die Regierung zu belehren, daß der Ausbau der Sozialgesetzgebung ein absolut nötiges befriedigendes Stück Uebergangswirtschaft ist.

Schweichhart (Bodenbach): Der Parteitag erwirbt sich unzweifelhaft ein großes Verdienst, wenn er es ermöglicht, daß neben den großen inner- und außer-

politischen Fragen auch die großen wirtschaftlichen Fragen zur Diskussion gelangen. Diese sollte so ausgiebig sein wie die Behandlung anderer Punkte, die wir erledigt haben. Genosse Grünwald hat schon auf die Bedeutung hingewiesen, die die Sozialpolitik in der Uebergangswirtschaft gewinnen wird. Man wird etwas tun müssen für die Arbeitslosen, die es geben wird, ebenso für die Altersversorgung u. s. w. Die Industriellen machen Millionengewinne auf Kosten des Staates und der Konsumenten. Von diesen Millionen etwas für die Allgemeinheit abzuknöpfen, wird Aufgabe der Fraktion sein. Ein Teil der Industriellen hat freilich nicht große Gewinne gemacht, bei uns in Nordböhmen zum Beispiel hat die Textil-, die Glas-, die Spitzen-, die Handschuhindustrie unter den Folgen des Krieges, besonders unter dem Materialmangel und unter der Unmöglichkeit der Ausfuhr gelitten. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß unsere Industriellen wohl eingerichtet sind auf das nächste Profitinteresse, daß sie möglichst viel herausschlagen wollen aus der Produktion, daß sie aber ihre wirtschaftlichen Zukunftsinteressen oft vernachlässigen. Ein Beispiel dafür, wie sehr die Wirren des Nationalismus das wirtschaftliche Denken ersticken, haben wir an der böhmischen Glasindustrie, die auf die Ausfuhr angewiesen ist und von nationalistischen Hetzern vertreten wird. Die Hauptgewinner in diesem Kriege sind ohne Zweifel die Agrarier und nicht bloß die großen, sondern auch die kleineren Agrarier haben soviel Gewinne wie niemals zuvor. Die Agrarier haben ihre Schulden bezahlt und haben noch viel bares Geld. Sie blicken nun auf die städtische Bevölkerung mit einer gewissen Geringschätzung und Verachtung herab. Diese Macht der Agrarier hat ihre Ursache auch in der geringen wirtschaftlichen Einsicht der übrigen Bevölkerung. Erinnern wir uns an die letzten Reichsratswahlen, wo die Industriellen, die Deutschradikalen, kurz die Konsumenten mitgeholfen haben, diese Macht zu stärken. Die Konsumenten sind also selbst mit schuld daran, daß ihnen der Brotkorb höher gehängt wird. Wenn man weiß, wie die Bauern jeder Verordnung ein Schnippchen schlagen, muß man staunen, daß der Staat nicht imstande ist, ihnen Halt zu gebieten. Der staatliche Einfluß auf die Landwirtschaft wird stärker werden müssen als bisher. Es muß gewiß auch getrachtet werden, die landwirtschaftliche Produktion zu vermehren. Vor einigen Wochen hat in Prag in einer landwirtschaftlichen Körperschaft ein reichsdeutscher Professor einen Vortrag gehalten, in dem er darauf hinwies, daß es unbedingt notwendig ist, aus dem österreichischen Boden einen höheren Ertrag herauszubringen. Es wird auch die Aufgabe unserer Fraktion sein, in dieser Beziehung neuerdings Reformen vorzuschlagen. Wir müssen trachten, daß aus dem Debakel, das der Krieg mit sich bringen wird, die Interessen der Arbeiterschaft möglichst ungeschmälert hervorgehen, wir müssen trachten, daß nicht zum Schluß der Imperialismus und der Kapitalismus die Sieger sind, sondern daß die Arbeiterklasse aus dem Elende dieser Zeit eine bessere Zukunft gewinnen wird. (Beifall.)

Pichler (Bruck a. d. Mur): Wir sind uns alle dessen bewußt, daß sich Genosse Domes und mit ihm der Oesterreichische Metallarbeiterverband ein ungeheures Verdienst um die Kriegsleister erworben hat. (Beifall.) Wenn wir im Auslande im Ruf der ärgsten Rückständigkeit stehen, so ist einer der Gründe dafür zunächst die Behandlung der internierten Arbeiterschaft. Die Firma Hinz u. Komp. in Berndorf, respektive Kapfenberg beschäftigt zum Beispiel einige hundert internierter italienischer Arbeiter. Abgesehen davon, daß diese Italiener bedeutend schlechtere Löhne beziehen als die österreichischen Arbeiter — angeblich aus Patriotismus — werden sie auch weder gegen Krankheit noch gegen Unfall versichert. Als nun ein solcher internierter Arbeiter im Spital in Bruck a. d. Mur starb, wollte die Firma Hinz die Spitalsrechnung von 384 Kr. nicht bezahlen, und es mußten erst die internierten Italiener unter sich eine Sammlung einleiten, um die Effekten des Verstorbenen herauszubekommen und seine Beerdigung zu ermöglichen. In meiner Anwesenheit haben sie 122 Kr. zusammengebracht. Aber auch jetzt noch werden die internierten Arbeiter nicht versichert. Und wenn man zur Beschwerdekommission kommt, so heißt es: Lassen Sie die Sache in Ruhe, es könnte Ihnen sonst unangenehm werden, das sind doch Reichsfeinde. Es ist natürlich nicht der Patriotismus, der die Unternehmer dabei leitet, sondern die nackte Profitwut, die aber auch uns schädigt, weil die Unternehmer bestrebt sind, möglichst viele internierte Arbeiter zu beschäftigen. Wir haben noch eine Firma, die auf dem Standpunkt steht, daß die internierten Arbeiter keinen Anspruch auf Kriegszulagen und höhere Löhne haben, und die ihnen noch immer dieselben Löhne ausbezahlte wie bei Beginn des

Krieges. Unter diesen Arbeitern gibt es sehr viele brave, organisierte und tüchtige Sozialdemokraten, und ich möchte deshalb bitten, daß ihnen trotz der Warnungen und des Abratens der Beschwerdekommissionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mehr Schutz zuteil wird. Wir als internationale Sozialdemokraten können nicht zusehen, wie diese internierten Arbeiter bei uns in Oesterreich in vieler Beziehung schlechter behandelt werden als die Hunde. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir zahlen für das Kilogramm Zwiebeln Kr. 2·40, für einen Liter Essig Kr. 2·40, für eine Klafter weiches Holz 96 Kr., für 100 Kilogramm Kohle 9 Kr., für einen Doppler mit Absätzen 23 Kr. Bei diesen Preisen ist es schwer, als gewerkschaftlicher Vertrauensmann zu wirken, und man möchte fast verzweifeln, man möchte fast sagen: wozu die ganze Arbeit, denn wenn heute oder morgen durch Lohnkämpfe eine kleine Lohnerhöhung errungen wird, so tritt schon übermorgen eine dreißig- oder vierzigprozentige Verteuerung der Lebensmittel ein, die die Lohnerhöhung wettmacht. Ungarisches Rindfleisch kostet Kr. 10·40 das Kilogramm, Schweinefleisch 17 Kr. bis 18 Kr. Solche Preise kann die steiermärkische Arbeiterschaft nicht ertragen. Dann kommen noch die Approvisionierungsverhältnisse in den Fabriken in Betracht. Wenn wir, die Kriegsverbandsmitglieder, jeden Tag vor der Gemeinde vorbeigehen und dort lesen, daß Kriegsverbandsmitglieder und Konsumvereinsmitglieder von der Versorgung ausgeschlossen sind, dann können Sie sich die Stimmung unter der Arbeiterschaft lebhaft vorstellen. Seit sechs Monaten haben wir keine Kartoffeln und kein Fett, während die Gemeinde doch Butter und Schmalz zur Verteilung bringt, da beginnt auch die Arbeiter die Verzweiflung zu erfassen. Alle Referenten haben betont, daß wir, wenn wir hinausgehen, ihren Forderungen Nachdruck verhelfen sollen. Aber wir brauchen zuerst die Freiheit, um für diese Grundsätze eintreten zu können. Bis heute haben wir diese Freiheit nicht. Man muß sich fürchten, sich in der Fabrik auch nur zu mucksen, da man sonst Gefahr läuft, einrückend gemacht zu werden. In Bruck a. d. Mur sind zwei Arbeiter in Gewerkschaftsversammlungen gegangen. Der militärische Leiter der Fabrik machte auf der Tafel kund, daß beide einrücken müssen. Der eine Arbeiter ist bereits gefallen, der andere schwer verwundet. (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe.) Unter solchen Umständen muß man begreifen, wenn die Vertrauensmänner in den kleinen Provinzorten draußen weit weg von Wien langsam zu verzweifeln beginnen und glauben, daß doch andere Mittel angewendet werden müssen, um zum Ziele zu kommen. (Beifall.)

Adelheid **Popp** (Wien): Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich in nur knappen Umrissen die Aufmerksamkeit auf die der Menschlichkeit ins Gesicht schlagenden Zustände richten, die der Krieg auf dem Gebiete der Frauen- und Kinderarbeit mit sich gebracht hat. Das Frauenreichskomitee hat darüber Erhebungen veranstaltet. Viele Arbeiterinnen haben davor gezittert, klare Antworten über ihre Lage zu geben, und selbst viele Vertrauensmänner wagten über die Zustände in den Fabriken nicht zu reden. Trotzdem ist es uns gelungen, von ungefähr 400 Arbeiterinnen und 30 Betriebsvertrauenspersonen Antworten auf unsere Fragen zu erhalten. Daraus geht hervor, daß Mädchen vom 14. Lebensjahre angefangen und Frauen bis in das Alter von 40 Jahren und darüber eine 12-, 14- und 18stündige, ja bei Schichtwechsel sogar 24stündige Arbeitszeit zu ertragen haben. Man muß sich aber vergegenwärtigen, welch schwere Arbeit diese Frauen zu leisten haben — sogar Schmiedeöfen werden von Frauen geheizt — welche Ernährung sie sich gönnen können, denn der durchschnittliche Lohn geht nicht über Kr. 3·60 im Tage. Man hält uns die Kriegslöhne von 50 bis 80 Kr. in der Woche vor, aber auf der anderen Seite sinken in vielen Fällen die Löhne sogar auf 8 Kr. wöchentlich herunter, und dies alles bei der langen und schweren Arbeit und der ungenügenden Ernährung. Die Gesundheit der Jugend und der Frauen wird dadurch natürlich vollständig zugrunde gerichtet, und es besteht für die Zukunft die Gefahr der vollständigen Verwüstung der Frauen- und Menschenkraft. Die heutigen Zustände gleichen denen, die in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestanden haben. Wie diese schwere Arbeit auf die Gesundheit der Frauen wirkt, erkennt man aus den vielen Ohnmachtsanfällen, die die Folge von Ermüdung und Hunger sind. Die schwere Arbeit wieder erzeugt Nerven-, Herz- und Lungenleiden, Brüche, Verluste von Fingern und dergleichen. Das Frauenreichskomitee hat in einer Eingabe an das Kriegsministerium verlangt, daß Kommissionen gewählt werden, in denen auch sachverständige Arbeiter und Arbeiterinnen mit darüber entscheiden, welche Arbeit, die früher Männer geleistet haben, den Frauen und Mädchen nicht zugemutet werden

dürfe. Bis heute ist in dieser Sache nichts geschehen, im Gegenteil, wir wissen, daß man immer rücksichtsloser die Frauen auf die Plätze der Männer stellt, damit diese in größerem Maße an die Front geschickt werden können. Die Arbeiterschaft ist all diesen Dingen gegenüber machtlos gewesen; nichts, was wir zur Verbesserung vorgeschlagen haben, wurde getan, aber das Kriegsleistungsgesetz wurde auch für die Frauen in Geltung gesetzt. Wir haben nachgewiesen, daß, wenn Frauen wegen zu geringen Lohnes und schwerer Arbeit ihre Arbeit kündigten, der militärische Leiter erklärte: „Kündigen können Sie schon, ob Sie aber die Arbeit verlassen dürfen, darüber wird die Beschwerdekommission entscheiden." Tatsächlich wurde von verschiedenen Beschwerdekommissionen schon entschieden, daß Frauen die Arbeit nicht verlassen dürfen. Die Frauen sind weder dienstpflichtig an der Front, noch haben sie das Recht, ins Parlament Abgeordnete zu wählen, aber nach dem Kriegsleistungsgesetz will man sie sogar mit Arrest von zwei bis drei Tagen bestrafen, wenn sie sich widerspenstig zeigen. Eine Frau, die zu Hause drei Kinder im Alter von 2, 5 und 7 Jahren hatte, sagte: „Ist das gerecht? Ich muß mich anstellen, und wenn ich um fünf Minuten zu spät komme, droht mir ein Abzug von einer bis zehn Kronen oder zwei bis drei Tage Arrest." (Lebhafte Pfuirufe.) Und andere, die in einem Betriebe zwölf Stunden arbeiten, fragen: „Kann die Sozialdemokratie nicht den Achtstundentag durchführen? Müssen wir zwölf Stunden im Tage arbeiten, um vollends zusammenzubrechen bei dem Hunger, den wir leiden?" Die Genossinnen haben auf der Frauenreichskonferenz eine Resolution beschlossen, in der sie weitergehen als die Gewerkschaftskommission in ihrer Eingabe, weil wir Frauen auf den Schutz der Mütter ganz besonderes Gewicht legen müssen. Ich glaube der Unterstützung des Parteitages gewiß zu sein, wenn wir dann unsere Anträge der Fraktion überreichen, damit sie im Parlamente mit aller Kraft für das Allernotwendigste, das jetzt schon durchführbar ist, eintrete.

Die Vermehrung der Gewerbeinspektorinnen wurde uns bereits im April verkündet, aber bis heute sind die Gewerbeinspektorinnen, die damals angekündigt wurden, noch nicht in Amtstätigkeit. Auch hier wird ein entschiedener Vorstoß unserer Fraktion notwendig sein. Auch eine ausreichende Vermehrung der Gewerbeinspektoren ist nicht zu umgehen, und damit sie ihrer Aufgabe gewachsen sind, ist es notwendig, daß sich ihre Amtstätigkeit auch auf die Kriegsindustrie erstrecken und daß so verzopfte altmodische Dinge beseitigt werden, wie sie bei uns bestehen, daß zum Beispiel die Gewerbeinspektorinnen nicht unter denselben Rangsbedingungen angestellt werden können wie die Gewerbeinspektoren. Die Frau kann das Doktorat erlangt haben, aber nach dem Schema, nach dem sie rangsgemäß eingereiht wird, kann sie immer nur nach den Gewerbeinspektoren rangieren. Es muß auch die Bestimmung beseitigt werden, daß zum Amte der Gewerbeinspektorinnen nur unverheiratete Frauen tauglich sind. Das Zölibat für Staatsbeamtinnen muß beseitigt werden. Wir verlangen auch, daß Sachverständige aus Arbeiterinnenkreisen zugezogen werden. Soll eine Frau, die jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung, sei es als Arbeiterin, sei es als Mitarbeiterin in der Bewegung Erfahrungen gesammelt hat, wenn sie den Ehering trägt, dann nicht mehr geeignet sein, Gewerbeinspektorin zu werden, auch wenn sie die größte Vorbildung, die größte Vorliebe für dieses Amt mitbringt? Unsere Fraktion wird dafür sorgen müssen, daß auch dieser Zopf endlich einmal beseitigt wird. (Beifall.)

Pohl (Turn): Schon Genosse Domes hat darauf verwiesen, daß die Rechtsverhältnisse der Bergarbeiter im Kriege am meisten gelitten haben. Von ihren Forderungen ist eigentlich nur eine erfüllt worden: die Beschwerdekommissionen. Es war uns im Anfang des Bestehens dieser Kommissionen wohl möglich, annehmbare Erfolge in der Lohnfrage durchzusetzen. Das dauerte aber nur kurze Zeit. Eine Beschwerdekommission setzte einen Minimallohn fest, und sofort brach der organisierte Sturm der Grubenkapitalisten und der anderen Industriellen gegen die Beschwerdekommissionen los. Die Industrie sei bedroht, die Kohlenproduktion werde gefährdet, war ihr Schlachtruf. Seitdem können wir bemerken, daß die Beschwerdekommissionen nach und nach von ihrem Standpunkt abgehen, ihre ursprünglichen Entscheidungen zum Nachteil der Bergarbeiter und zugunsten der Unternehmer revidieren. Die durch die Beschwerdekommissionsentscheidungen verursachte Kohlenpreiserhöhung haben die Unternehmer zwar eingesteckt, gingen aber nachher zu den Beschwerdekommissionen und verlangten die Aenderung der Entscheidung zu ihren Gunsten. Leider ist dies von manchen Kommissionen auch ge-

schehen. Wenn nicht von unserer Seite dagegen in der schärfsten Form protestiert wird, ist sicher anzunehmen, daß diese Vorgangsweise zur Gewohnheit wird. Bei der Durchführung von Beschwerden hat sich in unserem Berufe gezeigt, daß, obwohl die große Mehrzahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter militarisiert wurde, mehr als zwei Drittel der Bergbauunternehmungen nach § 18 des Kriegsleistungsgesetzes zur Weiterführung ihrer Betriebe nicht verpflichtet waren, trotzdem wurden die Arbeiter von Behörden und Unternehmern als unter dem Kriegsleistungsgesetz stehend behandelt und bestraft. Als die Tätigkeit der Beschwerdekommissionen begann, mußten die Bezirkshauptmannschaften und Landesregierungen dies in den meisten Betrieben erst nachholen, weil ja sonst die Entscheidungen der Beschwerdekommissionen keine Gültigkeit gehabt hätten. Die Einberufung des Parlaments ist erfolgt, und man sollte annehmen, daß nun bessere Verhältnisse eintreten würden. (Sehr richtig!) Das ist aber nicht geschehen. In den ersten Wochen des Monates September wurde die Militarisierung im Revier Elbogen ohne jede Veranlassung noch verschärft. Man hat dort die Arbeiter zum Schein gemustert, sie müssen in und außer Dienst Soldatenkappen tragen und abends 9 Uhr zu Hause sein. Dies steht aber nicht nur auf dem Papier, sondern Uebertretungen dagegen werden militärisch bestraft, wie zum Beispiel in Gloggnitz und in Grünberg am Schneeberg, wo man sogar jene Bergarbeiter, die ein kleines Anwesen oder Kartoffelfeld ihr eigen nennen, zwingt, um 9 Uhr abends zu Hause zu sein, obwohl sie zu dieser Zeit am Felde noch dringend zu arbeiten hätten. (Lebhafte Entrüstungsrufe und Hört! Hört!) Bei der Musterung im Elbogener Revier hat man den Bergarbeitern ausdrücklich verboten, einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation anzugehören.

Als sich mehrere Vertrauensmänner bei dem militärischen Kommandanten beschwerten, weil sie ja doch in der Gewerkschaft durch ihre langjährige Zugehörigkeit Rechte erworben hätten, die ihnen jetzt niemand ersetze, sagte der Oberleutnant, er sehe wohl selbst das Unrecht ein, habe aber den ausdrücklichen Befehl des Militärkommandos Prag und könne dagegen nichts machen. In Oststeiermark müssen die Arbeiter dreimal wöchentlich zum Rapport antreten, der immer einige Stunden dauert. Bei diesem Rapport werden alle privaten Familienangelegenheiten ans Tageslicht gezogen. In Ost- und Südsteiermark wurden auch die Briefe zensuriert und die geöffneten Briefe nur beim Rapport ausgegeben. Nun will ich noch an einem Beispiel zeigen, wie man auf einem staatlichen Bergbau die Arbeiter behandelt. Bei einem Bergbau, der erst im Laufe des Krieges in der Nähe von Cilli (Buchberg) eröffnet wurde, wurden durch den Betriebsleiter Oberleutnant Randa in der Zeit vom April bis Juni 1917 13 Bergarbeiter mit 163 Tagen Arrest bestraft, weil sie nicht die geforderte Anzahl von Hunten geliefert hatten. Ein Arbeiter erstattete bei der Berghauptmannschaft in Klagenfurt wegen der Zustände bei diesem Bergbau die Anzeige, es kam auch ein hoher Beamter hin, aber geändert hat sich seither nichts. Der Mann wurde zwei Tage später einberufen, ist noch heute beim Sammelkader in Marburg und hat dadurch einen effektiven Schaden von 600 Kr., weil er die Teuerungszulage verloren hat. Ein anderer Arbeiter namens Gallatschek bekam 28 Tage Arrest, weil er eine einzige Sonntagsschicht versäumte. So oft Bergarbeiter die geringste Auseinandersetzung mit ganz untergeordneten Organen haben, müssen sie damit rechnen, einberufen und an die Front geschickt zu werden. Wir stehen im heurigen Winter im Zeichen einer besonderen Kohlennot, und es ist begreiflich, wenn der Staat alles tut, um sie zu beheben und zu diesem Zwecke 25.000 Bergarbeiter von der Front entlassen hat. Aber viele von diesen Leuten werden aus dem einzigen Grunde, weil sie dem Betriebsleiter nicht zu Gesichte stehen, in andere Betriebe geschickt. Fortwährend werden hochqualifizierte Bergarbeiter strafweise einberufen und durch nichtqualifizierte ersetzt, weil sich ein eigentlicher Militärbefreiungsschwindel auf den Gruben eingenistet hat, Bauern- und Bürgersöhne, die zu den Gruben mit Lebensmitteln kommen, statt einzurücken enthoben werden. Hauptsächlich werden aber durch diese Zustände unsere Vertrauensmänner betroffen. In einem Reservaterlaß des Kriegsministeriums aus dem Jahre 1916 heißt es, daß die strafweise Einrückung von Arbeitern, besonders von Vertrauensmännern, aus dem Grunde, weil sie auf ein gesetzliches Recht Anspruch erheben, absolut unzulässig sei.

Wenn unser Arbeitertag vom November 1916 auf die Zentralstellen Einfluß ausgeübt hat, reicht dieser Einfluß noch nicht aus, daß er auch für die Bergarbeiter fühlbar geworden wäre. Was nützt es, wenn der Kriegsminister „ja“ sagt, und der

Feldwebel unten sagt „nein!“ (Sehr richtig!) Ich will nur einen besonders krassen Fall anführen. Material stünde mir freilich zur Verfügung, daß ich in ein paar Stunden nicht fertig werden würde. Der Bergarbeiter Franz Grundl, der Obmann der Bergbaugenossenschaft für zwei Revierbezirke, wurde im Jahre 1915 zum Ministerium für öffentliche Arbeiten geschickt, um allerlei Forderungen der Arbeiter vorzubringen. Vierzehn Tage später wurde Grundl einberufen, obwohl er seinen Dienst zur vollen Zufriedenheit gemacht hat. Im Februar 1917 wurde er von der Betriebsleitung neuerdings reklamiert. Beim Zurückkommen machte ihn der Betriebsleiter aufmerksam, er dürfe sich um gar nichts kümmern, sonst müsse er wieder einrücken. Das hielt er auch ein. Aber er war Obmann der Gruppe II und konnte diese Stelle nicht niederlegen. Im Auftrage dieser amtlichen Körperschaft mußte er nun zum Brüxer Bezirkshauptmann wegen der schlechten Ernährungsverhältnisse. Es wurde dann mit der Ernährung ein bißchen besser, aber Grundl wurde, weil er nach Brüx gefahren ist, am 29. Juni zum zweitenmal strafweise einberufen. Die Vorgesetzten seines Betriebes können unter Eid bestätigen, daß die Arbeiter wegen der Ernährungsverhältnisse die Arbeit hatten niederlegen wollen und daß sie nur auf Zureden des Grundl weitergearbeitet hatten. Wir intervenierten sofort und Grundl, der schon in der Marschkompagnie war, wurde der Ersatzkompagnie überstellt, aber nicht als freier Mann, sondern sozusagen als Sträfling. Es bekam keinen Ausgang, mußte alle Dienste machen, bei jedem noch so kurzen Ausgang begleitete ihn ein Zugsführer und er durfte auch nicht zu seiner Familie fahren. Es kam nun die Erledigung des Kriegsministeriums, daß Grundl schleunigst vom Schauplatze seiner Tätigkeit entfernt werden müsse, weil er die Bergarbeiter aufgehetzt habe — dadurch, daß er zum Brüxer Bezirkshauptmann gefahren war.

Das Wichtigste kommt aber erst. Ein früherer Betriebsleiter und jetziger Werksdirektor, bei dem Grundl früher gearbeitet hat, versuchte ihn zu reklamieren, da er ein hochqualifizierter Arbeiter ist und laut Militäroberkommandobefehl alle qualifizierten Bergarbeiter an die Bergarbeiterkader abzugeben sind. Der Werksdirektor wurde mit diesem Ansuchen jetzt schon zweimal abgewiesen, es wurde ihm immer gesagt, dieses Ansuchen könne erst bewilligt werden, wenn Grundl im Bergarbeiterkader ist. Zu diesem Zwecke muß er sich beim Rapport melden. Beim Rapport wurde er aber immer abgewiesen; er steckt jetzt in der Marschkompagnie und wird in der kürzesten Zeit an die Front abgehen, trotz des Militäroberkommandobefehls und trotz der wiederholten Reklamationen durch den Werksdirektor. Und dieser Fall ist für das ganze System im Bergbau typisch. Die Anzahl der Bergarbeiter, die strafweise infolge der Schikanierungen der Unternehmer einrückend gemacht wurden, beträgt seit Kriegsbeginn sicher viele Hunderte. Aus diesem Grunde haben wir auf dem Arbeitertag erklärt, daß wir die Verantwortung für die Folgen ablehnen. Was wir damals vorausgesehen hatten, ist in Mährisch-Ostrau und in Nordwestböhmen eingetreten.

Wenn die Bergarbeiter heute ruhig sind, so ist es die furchtbare Fuchtel, die brutale Gewalt des Säbels, die sie niederhält. Aber man wird die Bergarbeiter nicht ewig einrückend machen können und einmal werden auch die Feldwebel von dem Schachte abziehen. Auch dann wird man noch notwendig Kohle brauchen. Welche Stürme dann der Staat zu bestehen haben wird, weiß ich nicht. Es ist richtig, daß die Bergarbeiter wie alle anderen Arbeiter furchtbar unter der Unterernährung leiden. Wenn hie und da die Meinung besteht, die Bergarbeiter seien bevorzugt beliefert, so glauben Sie mir, daß diese bevorzugte Belieferung nur den Herren Werksbeamten und Werksdirektoren, nicht aber den Bergarbeitern gilt. (Zustimmung.) Man weiß nicht, wohin solche Kalamitäten führen können, wenn die Bergarbeiter ihrer Menschenrechte vollständig entkleidet und unter die Herrschaft des Militarismus gebeugt werden. Nur aus Not, weil der Staat möglicherweise vor den schwersten Gefahren steht, hat man uns in Mährisch-Ostrau ein bißchen Bewegungsfreiheit in der Organisation eingeräumt und ich bin direkt beauftragt, zu verlangen, daß vor allem einmal Klarheit darüber geschaffen wird, wie es mit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit bei diesen Arbeitern bestellt ist.

Es nützen die Interventionen nichts, es nützt uns nichts, wenn die Minister erklären, daß sie nichts gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter einzuwenden haben, es ist notwendig, daß einmal ein klarer und unzweideutiger Erlaß herauskommt oder daß in einer öffentlichen Sitzung des Parla-

ments erklärt wird, wie es damit steht. Immer und immer wieder muß der Ruf ertönen: Weg mit der Militarisierung, weg mit der Kriegsdienstleistung. Deshalb müssen wir der Resolution Domes zustimmen, die der Wiederherstellung des Rechtes der Arbeiter gilt, nicht nur während des Krieges, sondern auch nach dem Kriege; denn kein Beruf hat dies so notwendig wie unsere Bergarbeiter. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Abgeordneter **Abram** (Innsbruck): Der Appell des Genossen Pohl an das Parlament ist schön; er wird aber nichts nützen, weil ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten sehr damit einverstanden ist, daß die Kriegszeit zur Drangsalierung der Arbeiter benützt wird, während ein anderer Teil wohl nicht damit einverstanden ist, aber damit, daß dem Staate die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Ich möchte die Meinung aussprechen, wir sollten uns nicht wie gewöhnlich damit begnügen, über den Parteitag in einer Versammlung Bericht zu erstatten, sondern im Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission eine Versammlung einberufen, die nur das Kapitel „Weg mit der Kriegsdienstleistung!" behandelt. Dieser Gegenstand bedarf einer besonderen Erörterung, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und eine Wiederherstellung des Rechtes durch das Parlament zu erreichen.

Wenn vor einigen Tagen hier so viel von der Hoffnung auf die große Stunde gesprochen wurde, meine ich, daß wir uns vor allem für die schweren Stunden, die uns allen bevorstehen, rüsten müssen. Als wir im März die Berufung in den Ernährungsrat erhielten, habe ich selbst die Meinung ausgesprochen, wir sollten den ganzen Krempel hinwerfen. Bei besserer Ueberlegung mußte ich mir jedoch sagen: nicht wegwerfen den Krempel, sondern schärfer eindringen müssen wir in alle diese Wirtschaftsräte, denn wenn die schweren Stunden kommen werden, werden wir doch nichts anderes tun können als nach den Tagen der furchtbaren Aufregung zu versuchen, mit ordnender Hand dem Proletarier zu helfen. Wenn es wirklich durch die Haltung der Regierung und der Agrarier zu revolutionären Erhebungen kommt, bleibt uns zum Schlusse nichts anderes übrig, als im Interesse der ärmsten Proletarier die Wiederherstellung der Ordnung zu versuchen. Je besser wir heute in den Ernährungsfragen eingearbeitet sind, desto leichter wird uns dies dann möglich sein. Daß es zu diesen großen schweren Stunden kommt, ist für mich außer Zweifel. Im vorigen Jahre hatten wir noch den ganzen Zuschuß aus Rumänien. Wieviel ist in Rumänien in diesem Jahre angebaut worden? Sicherlich nicht soviel wie zu der Zeit, wo Rumänien nicht im Kriege stand und seine landwirtschaftlichen Arbeiter im Lande waren. Wir haben ein kleines Plus in Serbien, sonst eine zunehmend schlechte Ernte einerseits durch die Trockenheit, anderseits durch den ungeheuer wachsenden Widerstand der Agrarier, insbesondere jener, die mit innerstem Behagen jene Stunde erwarten, wo diesem Staate das Wasser bis in den Mund laufen wird.

Ich bitte Sie, sich durch die Worte „Sozialpatrioten" und „Wohltätigkeitsverein" nicht abhalten zu lassen, draußen, wo Sie können, mit der größten Energie auf eine Verbesserung der Approvisionierung zu dringen, die schlechtesten Tage werden uns noch rasch genug erreichen. Wenn unsere Anträge draußen abgelehnt werden, dann sollen wir es uns überlegen, ob wir nicht hinausgehen auf die Marktplätze und auch den hungernden Beamten und den hungernden Kleinbürgern mit lauter Stimme sagen, wie wir uns die Regelung der Approvisionierung vorstellen. Wir sollen auch heute aussprechen, was wir auf dem Genossenschaftstage vom 28. Juli in der Handelskammer in klarer Weise ausgesprochen haben, daß wir für die kommenden Ereignisse jede Verantwortung ablehnen. So laut sollen wir es aber sagen, daß die Regierung darüber nicht zur Tagesordnung übergehen kann.

Ich habe Ihnen deshalb folgende Resolution vorzulegen:

(Verliest Antrag 40.)

Vorsitzender **Tomschik**: Von Bermann (Wien) ist folgender Antrag eingelaufen:

(Verliest Antrag 41.)

Emmy Freundlich (Wien): Die Referenten sprechen weit mehr von der Kriegswirtschaft als von der uns hoffentlich nicht mehr fernliegenden Uebergangswirtschaft. Die großen Schwierigkeiten der Kriegswirtschaft stehen in gar keinem Verhältnisse zu den noch größeren der Uebergangswirtschaft. Wir müssen aber leider gestehen, daß wir auf diesem Gebiete in Oesterreich eine geistige Vorarbeit eigent-

lich noch gar nicht geleistet haben. Man muß mit Neid nach Deutschland hinüberblicken, wenn man sieht, welche ungeheure Vorarbeit für die Uebergangswirtschaft von den Gewerkschaften und den anderen Organisationen draußen geleistet wurde. Den Problemen der Uebergangswirtschaft können wir nur gerecht werden, wenn wir uns mit diesen Schwierigkeiten einmal eingehend beschäftigen. Dazu fehlt uns aber heute die Möglichkeit, da wir zu wenig Kräfte haben, um so ungeheure Probleme bearbeiten zu können. Wir müssen es aber dennoch versuchen, und deshalb stelle ich folgenden Antrag:

(Verliest Antrag 42.)

Wir haben vor allem bei der Uebergangswirtschaft eine ungeheure Fülle der Probleme, zu allererst die Ueberführung des Arbeitsmarktes aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft; eine Ueberführung, die ungeheuer kompliziert ist, weil im Kriege so viele Frauen in die Betriebe einrücken mußten, daß sich schon daraus große Schwierigkeiten ergeben werden, da die zurückkommenden Männer vielfach ihre Plätze mit weiblichen Kräften besetzt finden werden und es dann leicht zu einem Kampfe zwischen den Männern und Frauen um die Arbeitsplätze kommen kann. Wir haben aber auch das große Problem zu lösen, wie wir endlich zu einer weitgehenden Verkürzung der Arbeitszeit gelangen. Gerade in der Zeit, in der wir mit einer ungeheuren Reserve von Arbeitern zu rechnen haben, wo so viele Arbeiter keinen Arbeitsplatz finden werden, da sich die Produktion erst in die neuen Verhältnisse hineinfinden muß, gerade in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit werden wir alles tun müssen, um vom Staate zu verlangen, daß er die Arbeitslosigkeit dadurch einschränkt, daß wir endlich zu einer gesetzlichen Regelung eines verkürzten Arbeitstages, womöglich zur Festsetzung des Achtstundentages kommen. Außerdem werden wir darauf Einfluß nehmen müssen, daß die Regierung Arbeitsmöglichkeiten beschafft. Wir werden uns da nicht auf die Weisheit der Regierung verlassen dürfen — da sind wir schon verlassen — sondern wir werden die Weisheit, die wir brauchen, selbst beisteuern und jene Arbeiten finden müssen, die für die Erweiterung unserer volkswirtschaftlichen Betätigung, für die Hebung der Produktion und die Vermehrung der Arbeitsmöglichkeit dringend notwendig sind. Da ist es vor allem nötig, daß wir uns mit der Frage beschäftigen, ob wir nicht auch der Arbeiterschaft und der gesamten Volkswirtschaft am besten dadurch dienen, daß wir endlich an die Ausgestaltung unserer Binnenschiffahrt und da namentlich an die Ausführung der großen Kanalprojekte schreiten, die vor vielen Jahren im Parlamente beschlossen wurden. Der Bau des Donau-Oderkanals und damit der Donauhäfen würde vielen Tausenden von Arbeitern Arbeitsgelegenheit bringen können. Noch viel größere Probleme haben wir aber auf dem Gebiete der Ernährung zu lösen. Jeder Schuß aus einem U-Boote verringert ja nicht nur den Schiffsraum der Entente während des Krieges, sondern auch den nach dem Kriege uns zur Verfügung stehenden Schiffsraum.

Wir werden nach Friedensschluß vor dem schwierigen Problem stehen, ob wir lieber Rohmaterialien einführen sollen, damit unsere Arbeiter eine Arbeitsmöglichkeit, oder Getreide, damit sie Brot haben. Wir müssen also auf diese Gestaltung der ganzen Einfuhr Einfluß gewinnen, wir müssen nicht nur im Generalkommissariat für die Uebergangswirtschaft vertreten sein, sondern mitbestimmen können, wie der Schiffsraum verwendet wird, der uns zur Verfügung steht. Wir müssen uns endlich einmal kritisch mit der Preispolitik auseinandersetzen. Wir haben im Ernährungsrat schon lange Debatten darüber gehabt, aber das ganze Problem der Preispolitik wird in seiner weittragenden Bedeutung auch von uns noch nicht voll erfaßt. Nicht nur daß unsere Valuta vollständig zugrunde gerichtet wird, daß heute die Preissteigerung dazu beiträgt, daß unsere Kaufkraft im Auslande vermindert wird, wir müssen auch konstatieren, daß die Lebenskosten in Deutschland um 9 Prozent vermindert wurden, während sie in Oesterreich in derselben Periode eine Erhöhung des durchschnittlichen Teuerungsprozentes von 124 auf über 348 Prozent zu verzeichnen hatten. In Deutschland bereitet man heute systematisch den Abbau der Preise vor, in Oesterreich bleibt man bei der alten Preispolitik. Wir haben seinerzeit vom Kriegsminister Krobatin verlangt, daß er als größter Auftraggeber doch endlich einmal festsetzen solle, welche Löhne in der Heimindustrie, welche Preise für das Rohmaterial gezahlt werden sollen, weil soundso viele Organisationen, die im Interesse ihrer Arbeiter Aufträge des Kriegsministeriums übernommen haben, nicht imstande

sind, diese Aufträge durchzuführen, weil von Tag zu Tag die Preise für das Rohmaterial steigen. Wir haben damals die Festsetzung der Preise für Zwirn, Bänder u. s. w., die man zur Herstellung der Heimarbeit braucht, verlangt. Der Kriegsminister hat aber erklärt: Ich dachte mir bei Kriegsbeginn: Ich bin der größte Auftraggeber, ich werde festsetzen, was ich bezahle und was für das Rohmaterial bezahlt werden soll. Die Eisenindustriellen haben jedoch erklärt: Gewiß, Sie sind der größte Auftraggeber, aber das Rohmaterial haben wir, wenn wir kein Rohmaterial geben, können Sie Ihre Aufträge nicht durchführen. Als ich meinte, es gebe ein einfaches Mittel, man solle die Unternehmer unter das Kriegsdienstleistungsgesetz stellen, da ist der Kriegsminister die Antwort schuldig geblieben. Natürlich, dazu fehlt der Regierung die Energie. Der Vizepräsident Sonntag hat in der letzten Sitzung des Ernährungsamtes in seinem Referat den Satz ausgesprochen: In der Kriegswirtschaft kann es kein Privateigentum geben, wir müssen die Privateigentümer auch in ein Lohnverhältnis stellen. Dasselbe ist ja auch bei den Schlachtungen der Fall. Die ganze Produktion muß in ein Lohnverhältnis übergehen. Ich möchte nur noch eines sagen: Ich glaube, daß wir bei der ganzen Frage der Lebensmittelversorgung die Arbeiterschaft auf eines hinweisen müssen, daß alle Macht und Kraft der Regierung und der Arbeiterschaft an der einen Seite scheitern wird, an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nur eine Umgestaltung dieser Gesellschaftsordnung ist imstande, das Recht der Arbeiterklasse auf allen Gebieten herzustellen. Wenn wir die Arbeiterschaft nicht jetzt überzeugen, daß der Todfeind der Arbeiterschaft die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist, dann wird es niemals gelingen, die Wirkungen dieses Zustandes zu beseitigen. Deshalb ist es notwendig, unseren Einfluß in allen Vertretungskörpern zu stärken, um die Masse der Arbeiterschaft aus ihrem Joch herauszureißen, denn nur die vereinigte organisierte Macht der Arbeiterklasse wird imstande sein, eine Umgestaltung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Von Pichler (Bruck a. d. M.) ist folgender Antrag eingelaufen.

(Verliest Antrag 43.)

Scholz (Klosterneuburg): Die Unzufriedenheit unter den Arbeitermassen ist groß. Wir haben gehört, daß in einer großen Anzahl von Betrieben die Arbeiterschaft sich spontan aufgerafft hat, um ein bißchen mehr Brot zu erwerben. Wir haben zu Ausbruch des Krieges leider gesehen, daß die Kriegspsychose eine große Anzahl von Arbeitern, auch brave Parteigenossen, erfaßt hat. Wie die hungrigen Wölfe warfen sie sich auf die Kriegsberichte, und der übrige Teil der Presse, der von der Sozialpolitik und den Ernährungsfragen handelte, wurde übergangen. Heute ist es anders. Heute schaut der Arbeiter zuerst nach, wie es mit den Kartoffeln steht. Die Kriegsberichte interessieren uns nicht mehr. Mit Siegen sind wir vollständig sattgefressen, aber Kartoffeln haben wir keine. Die Lebensmittelpreise sind um rund 900 bis 1000 Prozent gestiegen, die Arbeitslöhne sind kaum um 100 bis 120 Prozent höher. Trotz der angeblich hohen Löhne ist es der Arbeiterschaft nicht möglich, sich die allernotwendigsten Lebensmittel zu verschaffen. Dagegen sehen wir auf der anderen Seite die Kaufkraft der Reichen ansteigen. Es seien keine Lebensmittel da, heißt es. Aber wer sich das Kilogramm Schmalz mit 30 Kr. leisten kann, kann genug Schmalz bekommen. Man kann einen ganzen Waggon Mehl um 17.000 Kr. bekommen, man kann Bohnen haben, soviel man braucht, wenn man für das Kilogramm 8 bis 12 Kr. bezahlt. Die Verpflegung in Wien ist eigentlich noch glänzend zu nennen, wenn man die Verpflegung in der Provinz betrachtet. Ich war zum Beispiel in Mödritz, da saß eine Frau mit drei Kindern weinend, Ich fragte sie nach ihren Leiden. Da sagte sie: „Ich habe hier drei Säcke mit je 10 Kilogramm Kartoffeln, das repräsentiert unseren Wochenlohn. Heute ist es mir gelungen, ein paar Kilogramm Kartoffeln zu ergattern, der Bauer verlangt für das Kilogramm 1 Kr. und ich darf ihn nicht einmal anzeigen, sonst gibt er mir das nächstemal keine mehr." Auch die Bewirtschaftung und Konservierung der Lebensmittel ist für die Arbeiterschaft aufreizend. In Klosterneuburg wurden im Jahre 1914 in einen Keller drei Waggon Kartoffeln eingelagert, die dann später gänzlich in die Donau geschüttet werden mußten. In demselben Keller hat nun im Jahre 1915 und auch im Jahre 1916 die Militärverwaltung dasselbe Experiment gemacht und nach drei Kriegswintern sind heuer wieder Kartoffeln eingelagert worden und mußten bereits jetzt in die Donau geschüttet werden. In Horn sind 600 Kilogramm Fett verdorben,

in Eggenburg wurde der Bürgermeister vor acht Tagen eingesperrt, weil er das Fett verderben ließ. Auf dem Franz-Josefs-Bahnhof stand eine Kiste mit 400 Kilogramm Fett durch sechs Wochen und das Ernährungsamt hat darüber nicht verfügt, obwohl es ihm einige dutzendmal angezeigt wurde. In Heiligenstadt sind fünf Waggons Kürbisse und Gurken vom Empfänger nicht übernommen worden. Es wurde an das Ernährungsamt telegraphiert; nach 48 Stunden kam die Weisung, der Greißler X. von Ottakring wird die Ware übernehmen. Dieser Greißler hat die Ware nicht übernommen, es vergingen abermals 48 Stunden, es wurde angeordnet, daß der Staatsbahndirektor darüber verfügen werde. Endlich nach weiteren 24 Stunden kommt die Weisung und es wird angeordnet, daß diese fünf Waggons, aus denen schon die Fäulnisflüssigkeit herausrann, an die Personalküchen zu verkaufen sind. (Hört! Hört!) Und das Personal mußte diese fünf Waggons auffressen und hat durch zwei Monate nichts als Kürbisse bekommen. Für die 16.000 Einwohner Klosterneuburgs werden jetzt wöchentlich 12 Stück Rinder zugewiesen, die 3000 Pioniere und 260 Offiziere jedoch bekommen wöchentlich 50 Stück Rindvieh. Es wäre ja gut, wenn die Pioniere etwas zu essen bekämen, aber sie müssen von Tür zu Tür betteln gehen, so daß sie für die allein zu Hause bleibenden Frauen schon geradezu eine Gefahr geworden sind, worüber wir bereits vor Monaten eine Beschwerde eingereicht haben. (Abg. Winter: Den hungernden Soldaten ist es durch einen Erlaß schon verboten worden, betteln zu gehen! Der Erlaß ist schon da!) Die gewöhnliche Bevölkerung kann ohne Mehlmarken keine fünf Dekagramm Mehl bekommen. Da hat sich aber der Herr Ministerialrat Dr. Munk im Finanzministerium eine Kiste Aepfel aus Beneschau schicken lassen, die bei der Ausladung zu stauben anfingen. Es war nämlich ein Sack doppelgriffiges Nullermehl darin. Auch der Herr Sektionschef Dr. Artur Stöcker ließ sich eine Kiste Marmelade aus Böhmen schicken und auch diese Marmelade hat gestaubt. Haben diese Herren Mehlmarken gehabt? Diese Herren, die dazu berufen sind, die Verordnungen der Regierung zu befolgen und ihre Einhaltung zu überwachen, gerade sie sind diejenigen, die die Anordnungen der Regierung bei jeder Gelegenheit übertreten. Und wenn sich ein armer Teufel zwei Kilogramm Erdäpfel im Rucksack hereinführt, dann werden sie ihm auf dem Bahnhof abgenommen.

In Kritzendorf ist der zugewiesene Zucker von 3000 Kilogramm spurlos verschwunden und man weiß bis heute nicht wohin. Was die Obstpreise betrifft, so sind sie bei der heurigen Ernte direkt ein Wahnsinn und ich glaube, daß sie mit Erlaubnis der Regierung deshalb so hoch gestellt sind, weil in ihnen schon eine indirekte Steuer bezahlt wird. Die Landwirtschaft hat bei uns vollständig versagt. Genosse Elderfch hat in der Beziehung schon alles gesagt, es wäre aber auch notwendig, zu sagen, was wir in der Uebergangs- und Zukunftswirtschaft tun sollen. In Hamburg gibt es einen Konsumverein, der zwei große Anwesen gekauft hat und seine Mitglieder durch Eigenproduktion versorgt. Es wäre notwendig, daß auch wir in Zukunft zur Eigenproduktion übergehen, denn nur dadurch, daß wir der Landwirtschaft sozusagen Konkurrenz bieten, ist ein Abbau der Preise möglich. Der größte Preistreiber in Oesterreich ist die Regierung selbst.

Schober (Wien): Ich habe mich zum Referat des Genossen Elderfch zum Worte gemeldet, nicht um den Antrag der Bezirksorganisation Wien-Alsergrund zu begründen, weil wir wissen, daß es nicht von einem Antrag abhängt, eine Aenderung von Zuständen herbeizuführen, sondern um zu begründen, welche Stimmung uns zu unserem Antrag veranlaßt hat. Man braucht durchaus nicht in einem Fabriksort zu leben, um zu fühlen, wie rechtlos die Arbeiterschaft ist. Auch in Wien leiden wir in allen Bezirken ebenso darunter, wir sind ebenso hilflos, denn wir haben das schlechteste Gemeindewahlrecht, bei uns gibt es überhaupt kein Mittel, eine Verbesserung herbeizuführen. In Wien fühlen wir in allen Bezirken die Willkürherrschaft der Gemeinde und wir mußten sehen, wie die Lebensmittelversorgung nicht nur immer schlechter, sondern auch die Verteilung immer ungerechter wird. Ich möchte da zunächst auf den Volksbetrug mit dem sogenannten Volksrindfleisch hinweisen; da hat die Regierung eine Aktion mit viel Aufwand an Papier und Verordnungen eingeleitet, sie hat den Agrariern viele Millionen in die Taschen geworfen, aber fragen wir die Arbeiterfrauen, wieviel sie davon bekommen haben! Ebenso ist es mit der Milch. Unsere Gemeindevertreter haben berichtet, daß nur mehr ein Drittel jener Milch, die in Friedenszeiten nach Wien geliefert wurde, nach Wien

kommt, und ich frage die Arbeiter und Arbeiterinnen: Bekommen wir wirklich das Drittel der Milch, die wir früher erhalten haben? Das alles ist nur möglich, weil wir in Wien einen kontrollosen Stadtrat haben und deshalb auch eine kontrollose Lebensmittelverteilung. In der Bevölkerung sagt man deshalb, daß nur eine Uebertretung der Verordnungen satt macht. Wir sind noch nicht soweit, einen revolutionären Geist zu spüren, wohl aber sehen wir allerorts den Geist der Verzweiflung, daher konnten wir auch nicht in den Bezirken mit größeren Aktionen gegen diese Zustände wirken. Wir haben uns nun gesagt, der Parteitag wird sich die Frage stellen müssen: Können unsere Vertrauensmänner im Ernährungsrat und in allen anderen derartigen Körperschaften auch noch weiter mithelfen?

Man darf sich nicht wundern, wenn viele gedacht haben, es möge doch einmal der Zusammenbruch kommen, damit einmal Schluß wäre. Nun kam aber der Parteitag und der hat uns neue Wege und Ziele gezeigt. Kurz berühren möchte ich den dritten Punkt dieses Antrages. Da steht: Der Unterschied zwischen Mannschaft und Offizierskorps hat künftighin zu entfallen. Es geht nicht an, daß die Offiziere schwelgen, während täglich arme kranke Soldaten auf den Straßen Nahrungsüberreste auflesen. Es geht auch nicht an, daß die Offiziere ihren Angehörigen als Militärgut Lebensmittel schicken, während man den Kriegerfrauen 2 Kilogramm Kartoffeln wegnimmt. Ueber diese Ungleichheit muß ein ernstes Wort im Parlament geredet werden. Die dringendste Aufgabe für die Sozialdemokratie scheint es mir zu sein, daß wir als Partei in der Lebensmittelfrage den richtigen Weg finden. Auf allen Gebieten des Ernährungswesens besteht eine Anarchie ohnegleichen, gegen die anzukämpfen fast unmöglich ist. Angesichts dieser Zustände wurde auch die Frage aufgeworfen, ob wir uns überhaupt noch an dieser Arbeit beteiligen sollen, weil sie ja ganz erfolglos erscheint. Genosse Abram hat den Standpunkt vertreten, daß wir in dieser Beziehung unsere Arbeit nicht niederlegen, sondern das Aeußerste versuchen sollen, um den Interessen der Arbeiterklasse weiter zu dienen. Es ist aber sehr fraglich, ob wir den Hungernden diese Vernunft beibringen und ihnen klarmachen werden, daß unsere Arbeit unerläßlich ist, wenn wir ihnen nicht mehr Brot bringen. An den Beratungstischen der Bezirks- und Gemeindewirtschaftsämter können wir nur beraten, lösen können wir diese Frage dort jedoch nicht. Der Hunger bleibt und wird noch größer. Es ist deshalb notwendig, daß die sozialdemokratische Fraktion im Parlamente die Anarchie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung noch schärfer zur Sprache bringt und daß vor allem endlich einmal gesagt wird: Wir können die Verantwortung für diese bestehenden Zustände nicht weiter tragen. (Zustimmung.)

Schatzmayr (Villach): Die Ernährungsverhältnisse sind bei uns nicht besser als anderswo. Auch bei uns hat die Dürre das Ernteergebnis stark beeinflußt, insbesondere was die Futtermittel anbelangt. Wir werden das erst im Frühjahr besonders zu spüren bekommen. Auch in Bezug auf die Milch- und Butterversorgung steht es in Kärnten nicht besser, wir haben an der nötigen Milch ebenso Mangel wie in den großen Städten. Wir haben in Villach die Milchkarte, aber die verhindert nicht, daß gerade die Aermsten, insbesondere die Kinder und Kranken, vollständig die Milch entbehren müssen, weil viele Offiziersdamen, die sich dort im Sommer aufhalten, die Milch in Hülle und Fülle bekommen, weil sie jeden Preis dafür bezahlen. Ich bin mit einer solchen Dame gefahren, die erzählte, daß sie täglich zwei Liter Milch auftreiben konnte. Die Wirtschaftsräte können keinen Erfolg haben, sie können nur mitberaten, aber keine Anträge stellen, die etwas ändern könnten. Die Kommissionen der Lebensmittelverteilung haben aber die Bürgerlichen für sich behalten. Früher war der Sterz bei uns die Nationalspeise. Aber schon seit dem Frühjahr müssen wir darauf verzichten, und haben nur noch die Kartoffeln, die 28 Heller das Kilogramm kosten. Die Kopfquote von zwei Kilogramm ist viel zu gering. Auch bei uns geschieht es, daß Leuten, die hinausgehen um Kartoffeln zu kaufen, nachher diese Kartoffeln weggenommen werden, während die Offiziere für ihre Familien unter dem Deckmantel des offenen Befehles tausende Kilogramm von Kartoffeln wegschicken können. Ich habe selbst einmal einen Beamten ersucht, festzustellen, daß in einer solchen Packung 200 Kilogramm Kartoffeln sind, aber er sagte mir, daß hier seine Macht zu Ende sei, da es sich um einen offenen Befehl handle. Ich ersuche unsere Fraktion im Parlament, Sorge dafür zu tragen, daß auf dem Gebiete des Ernährungswesens das möglichste geschieht, damit die Arbeiterschaft die physische Kraft behalte für den großen Kampf, der uns bevorsteht. (Beifall.)

Vorsitzender Tomschik: Die Debatte ist beendet und es folgen noch die

Schlußreden der Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Der Genosse Kohn hat eine Reihe von Tatsachen in Bezug auf die Lederzentrale vorgebracht. Ich bin allen denjenigen, die solches Material haben, dankbar, wenn sie es mir zur Verfügung stellen für die Behandlung in der großen Untersuchung, die gegenwärtig über die Frage der zentralen und der staatlichen Bewirtschaftung im Abgeordnetenhause veranstaltet wird.

In wenigen Worten will ich nun auf den sogenannten Kriegssozialismus zu sprechen kommen. Sowohl in sozialistischen als in gegnerischen Kreisen werden die Maßnahmen der staatlichen Bewirtschaftung als Kriegssozialismus bezeichnet. Diese Bezeichnung ist falsch. Der Sozialismus verlangt ja bekanntlich die Erweiterung der Lebensgenüsse, die Erhöhung unseres Lebensniveaus, während der Kriegssozialismus eine Einschränkung unserer Lebenshaltung bedeutet. Die staatliche Bewirtschaftung ist notwendig geworden durch den Zwang zur Entbehrung. Allerdings steckt ein Kern von Richtigkeit in diesem Worte insofern, als diese staatliche Bewirtschaftung das Eingeständnis der herrschenden Klasse bedeutet, daß sie die Verhältnisse im Kriege nicht meistern kann. Es ist eine Art Bankerottansage der Methoden des Kapitalismus in dem Augenblicke, wo der Staat gezwungenermaßen zu einem geschlossenen Handelsstaate wird. Die maßgebenden Kreise und die Regierungen haben das richtige, wenn auch nur dunkle Gefühl gehabt, daß der Klassengegensatz, der trotz dem Kriege weiter besteht, bewirken würde, daß die ohnehin geringe Vorratsmenge noch stärker zu ungunsten der besitzlosen Klasse eingeschränkt würde. Dieser Tendenz der herrschenden Klasse, durch ihr größeres Vermögen den gesamten, eingeschränkten Vorrat der besitzlosen Klasse wegzunehmen, mußte der Staat im Interesse der Fortführung des Krieges begegnen, weil sonst nicht nur Hungerrevolten entstanden wären, sondern auch das Material für die Soldaten für die Verpflegung der Armee gefehlt hätte. Weiterhin liegt gewiß in der staatlichen Bewirtschaftung das Prinzip, sozialistische Methoden anzuwenden. Alle Rayonierungen bedeuten den Grundsatz, daß jeder einzelne Staatsbürger, ob arm oder reich, Feudaler oder Kohlenarbeiter, in gleicher Weise nur das Recht auf eine bestimmte Menge von Nahrungsmitteln hat, die für keinen überschritten, aber auch für keinen unterschritten werden darf. Dieser Grundsatz ist gewiß ein sozialistischer Grundsatz der Gleichheit aller auch vor der Verteilung der Vorräte. Daß aber dieser ganze sogenannte Kriegssozialismus nun nicht wirksam werden konnte und überall durchbrochen wurde, ist wieder darauf zurückzuführen, daß diese sozialistischen Methoden, die sie ja tatsächlich sind, unmittelbar auf den Körper einer kapitalistischen Ordnung aufgepfropft wurden, und da die Gesetze dieser kapitalistischen Ordnung trotz dem Kriege weiter wirken, so haben sie alle diese wohlgemeinten, schon im Interesse der Kriegführung wohlgemeinten Maßnahmen illusorisch gemacht. Das gilt im allgemeinen für alle Länder. Es mußten diese Maßnahmen illusorisch werden, weil der Gemeinsinn, den man von der Gesamtheit im Kriege verlangt, nicht über Nacht den Staatsbürgern sozusagen anwächst, er kann nur das Resultat einer langen systematischen Erziehung sein. Für den Bauer, der sieht, daß er durch den Verkauf von fetten Schweinen höhere Preise erzielen kann, existiert die Frage des Gemeininteresses nicht und was ich in meinem Hauptreferate die Habsucht der Agrarier genannt habe, ist eine mit der kapitalistischen Ordnung naturnotwendig verbundene Erscheinung, die sich auch bei den Industriellen gezeigt hat. Aber wenn wir auch alle wissen, daß diese Maßnahmen nur unter dem Zwange des Krieges von der herrschenden Klasse eingeführt wurden, so wissen wir auch, daß sie notwendig waren. Und da der Vorratsmangel noch längere Zeit nach dem Kriege fortbestehen wird, wird auch die Notwendigkeit der staatlichen Bewirtschaftung weiter bestehen. Zu der alten wüsten Anarchie der Lebensmittelversorgung werden wir überhaupt nicht mehr zurückkehren dürfen. Bedarf und Produktion werden in ein geregeltes System gebracht, die Bewirtschaftung gewisser Produktionsgebiete gänzlich und dauernd in die Hand des Staates übernommen, aus den Fehlern der Kriegsbewirtschaftung wird gelernt werden müssen. Und übrigens wird die finanzielle Not dazu zwingen. Das Getreide- und Viehhandelsmonopol zum Beispiel liegt auf dem Wege.

Wenn daher auch mit vollem Recht die Unvollkommenheit der Wirtſchaft mit den Zentralen getadelt wird, ſo können wir uns doch nicht denen anſchließen, die nichts anderes tun, als wütend auf dieſe ſtaatliche Bewirtſchaftung losſchimpfen; denn alle dieſe Herrſchaften, die jetzt im Parlament und außerhalb desſelben ihre Beſchwerden erheben, ſtehen im Verdachte, daß ſie entweder ihre ganz privaten oder doch die Profitintereſſen ihrer wirtſchaftlichen Gruppe bei ihrer Kritik vertreten. Zu all dem kommt die totale Unfähigkeit der Verwaltung, die gänzlich undemokratiſch iſt. Wenn dieſe Verwaltung demokratiſiert wäre, würde ſie ſich weit mehr von den Intereſſen der Bevölkerung leiten laſſen. Dazu kommt weiter das Verhältnis zu Ungarn, das alle Maßnahmen, wenn ſie auch noch ſo gut gemeint ſind, unwirkſam macht, weil in Ungarn das Mißverhältnis zwiſchen Geſamtintereſſe und Gemeinſinn noch kraſſer iſt als bei uns und die Verwaltung noch verſchlampter und unfähiger als hier. Ich bitte daher, auch den den Kriegsſozialismus betreffenden Teil der Reſolution der Parteivertretung anzunehmen. (Beifall). Den Antrag 32 (Freiwaldau) bitte ich der Fraktion zuzuweiſen, Antrag 42 (Emmy Freundlich) anzunehmen.

Vorſitzender Dr. Czech: Wir werden immer ſofort über die zu jedem Referat vorliegenden Anträge die

Abſtimmung

vornehmen.

Die Reſolution, Antrag 37, wird angenommen, ebenſo Antrag 42.

Der Antrag 32 wird dem Klub der Abgeordneten zugewieſen.

Referent Elderſch (für den abweſenden Domes): Der Delegierte von Steyr, Genoſſe Wokral hat mich gebeten, folgenden Vorfall zur Kenntnis zu bringen, der vielleicht dem Parteitag wertvoll erſcheint. Es handelt ſich um die Einflußnahme der Fabriksverwaltungen auf die Beſchwerdekommiſſionen. Die Arbeiter der Steyrer Waffenfabrik haben ſich mit einer Eingabe an die dortige Beſchwerdekommiſſion wegen Bewilligung von Teuerungszulagen gewendet. Die Beſchwerdekommiſſion hat dieſe Eingabe der Fabriksleitung zur Aeußerung übermittelt und dieſe hat das Begehren der Arbeiterſchaft als wahnſinnig und verbrecheriſch bezeichnet. Die Fabriksleitung hat erklärt, falls die Beſchwerdekommiſſion dem Verlangen der Arbeiter ſtattgibt, ſich an das Kriegsminiſterium zu wenden. Darauf hat die Beſchwerdekommiſſion die Wünſche der Arbeiter abgewieſen.

Der Antrag der Bezirksorganiſation Freiwaldau wurde bereits der Fraktion zugewieſen. Wir haben dem Parteitag ein Programm für ſozialpolitiſche Forderungen deshalb nicht erſtattet, weil wir glaubten, den Proteſt des Parteitages ausſchließlich auf das Kriegsleiſtungsgeſetz konzentrieren zu ſollen. Selbſtverſtändlich wird der Antrag von der Fraktion gebührend beachtet werden. Sowohl die Krankenkaſſen als auch die Gewerkſchaftskommiſſion haben ein ausführliches Memorandum betreffend den Arbeiterſchutz an die Regierung gerichtet und ich glaube, daß darin auch die Wünſche der Bezirksorganiſation Freiwaldau berückſichtigt ſind.

Die Reſolution Domes, Antrag 38, wird angenommen.

Referent Elderſch: Den Antrag 43 (Pichler) bitte ich gleichfalls der Fraktion mit dem Auftrage zur entſprechenden Durchführung zuzuweiſen.

Der Antrag auf Zuweiſung wird angenommen.

Referent Elderſch: Den Antrag 41 (Bermann), der verlangt als Pflicht des Staates, den durch den Krieg erwerbsloſen Arbeitern und Angeſtellten die Exiſtenzmöglichkeit zu ſichern und die Gewährung ſtaatlicher Unterſtützungen an die durch die Folgen des Krieges ſtellenlos gewordenen Arbeiter fordert, bitte ich gleichfalls der Fraktion zuzuweiſen.

Der Antrag auf Zuweiſung des Antrages 41 wird angenommen.

Referent Elderſch: Ich komme nun zu den Anträgen über die Volksernährung. Ich bitte Sie um Annahme der Reſolution, Antrag 39.

Die Reſolution, Antrag 39, wird angenommen.

Referent Elderſch: Die Anträge 33 (Bezirksorganiſation Wien XVII), 34 (Bezirksorganiſation Wien IX), 35 (Bezirksorganiſation Miſtelbach-Matzen) und 36 (Bezirksorganiſation Haida) ſind bereits in der Reſolution berückſichtigt und es kann daher eine Abſtimmung entfallen.

Vorſitzender Dr. Czech: Da kein Widerſpruch dagegen erhoben wird, daß die Abſtimmung entfällt, ſo erklären Sie damit Ihr Einverſtändnis.

Referent **Elderfch**: Ferner empfehle ich die Annahme der Resolution Abram, Antrag 40. Die Feststellung, die Abram in seinem Antrag niederlegt, ist sehr wertvoll.

Der Antrag 40 wird angenommen.

Elderfch: Ich möchte nur ganz kurz Beschwerden aus den Reihen der Delegierten besprechen. Es wurde über die Versorgung der Bevölkerung mit Petroleum Klage geführt. An und für sich herrscht ja eine Petroleumknappheit. Im Frieden haben wir 6 Kilogramm per Kopf und Jahr berechnet, jetzt ist es nur möglich, eine Menge von 2 Kilogramm zur Verteilung zu bringen. Aber auch diese Menge wird nicht direkt verteilt. Das Petroleum wird bezirksweise zugewiesen. Nun werden von diesem Kontingent vor allem erst die Bedürfnisse der Aemter, Gemeinden u. s. w. gedeckt und erst der Rest wird an die Bevölkerung ausgeteilt. Diese Verteilung in den Behörden erfolgt vollständig kontrollos, so daß nicht nur die notwendige Anstaltsbeleuchtung gedeckt wird, sondern sicher auch die Personen, die bei diesen Aemtern angestellt sind, davon für sich Petroleum erhalten. Dadurch ist der Rest so gering, daß er nicht genügt. Die Genossen, die in den betreffenden Zentralstellen sind, werden darauf zu drängen haben, daß dem ein Ende gemacht wird. Allerdings gibt es auch technische Schwierigkeiten. Fässer sind in ungenügender Zahl vorhanden und die Bahnen weigern sich, leere Fässer zu befördern. Dadurch entstehen Stauungen, so daß die Bevölkerung nicht nur wird hungern und frieren müssen, sondern diese Leiden auch noch im Finstern zu ertragen haben wird. Ich möchte noch unsere Arbeit in den einzelnen Verwaltungsorganisationen des Ernährungsdienstes besprechen. Wir haben uns oft, wenn wir vergebliche Arbeit gemacht haben, gefragt, ob es nicht besser wäre, diese Stelle niederzulegen und bei der Regelung der Ernährungsfragen nicht mehr mitzutun. Wir sind aber zu dem Schlusse gekommen, daß wir die Verantwortung dafür umsoweniger übernehmen können, als bei einem Zusammenbruche des Ernährungswesens die Arbeiterschaft am allerschwersten getroffen würde und wir nicht nur daran zu denken haben, daß die Volksernährung einer staatlichen Regelung während des Krieges bedarf, sondern daß wir auch in der Friedenszeit vieler strenger Eingriffe und einer strammen Regelung bedürfen werden, um der Bevölkerung nicht ganz unerträgliche Leiden aufzuhalsen. Wenn wir den Schleichhandel ausschalten, gegen die Profitwut und die Verschleppung der Lebensmittel durch die Agrarier wirksam ankämpfen wollen, so kann das nur durch die von uns beauftragten lokalen Wirtschaftsämter geschehen und in diesen lokalen Wirtschaftsämtern müssen die Vertreter der Arbeiterschaft, der Kleinhäusler und der Fixbesoldeten in einer wirksamen Anzahl vertreten sein. Denn nur durch eine energische lokale Kontrolle, die auch die Verhältnisse zu überblicken vermag, wird es möglich sein, den schlimmsten Auswüchsen zu steuern. Ich bitte zu glauben, daß wir in diese Arbeit nicht verliebt sind, sondern sie nur deshalb leisten, weil wir glauben, daß dadurch den Interessen der Arbeiter am besten gedient wird und in der Zukunft noch schwerere Leiden von ihnen ferngehalten werden. (Beifall.)

Abg. Dr. **Renner**: Ich habe nur noch eine kurze Erklärung abzugeben. Ich habe an einem anderen Orte erklärt, daß das Arbeitsfeld, auf dem ich zu tun habe, die Genossenschaften sind, und ich habe die Auffassung, daß die Stellung eines Obmannes des Zentralverbandes mit der dauernden Ausübung des Mandates im Parteivorstande nicht ganz vereinbar ist. Aber mit Rücksicht auf die außerordentliche Krise unseres Staatswesens und unserer Partei habe ich mich entschlossen, das Mandat im Parteivorstande auf Zeit anzunehmen und im Interesse der Partei auszuüben und in allen Fragen, die strittig sind, eventuell das Votum auch der Genossenschaften einzuholen. Selbstverständlich werde ich mich, bis wir wieder normale Verhältnisse haben, ausschließlich wieder den Genossenschaften widmen und den Genossen des flachen Landes Niederösterreichs, die mich in den Parteivorstand vorgeschlagen haben, die anderweitige Besetzung des Mandates wieder anheimstellen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Dr. **Czech**: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

Stockholm und der Friede.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Adler**: Wir haben wohl gehofft, daß wir jetzt Ende des Jahres 1917, wenn wir wieder zusammenkommen, im Frieden zu-

sammenkommen werden. Wenn Sie sich einen Moment zurückdenken in den Beginn des Jahres 1914, in die Stimmung, die in unserer Partei, wie in den Parteien aller Länder, nach dem Kongreß von Basel und in der Erwartung des Internationalen Kongresses von Wien herrschte, in diese Stimmung von Kampfesmut, aber auch von den ernstesten Befürchtungen, eine Stimmung, die aber erhöht war von dem Bewußtsein der Sicherheit und der Solidarität zwischen uns allen, und wenn Sie sehen, wie wir heute stehen, heute im vierten Kriegsjahr, mit der Hoffnung auf ein baldiges Ende, aber noch immer ohne die Möglichkeit, die Internationale zusammenzuführen, dann überblicken Sie eine Periode des proletarischen Lebens, wie wir sie nie durchgemacht und sie, wie wir hoffen, nie mehr erleben werden. Man spricht heute noch so viel davon, wer die Schuld gehabt habe am Kriege — die äußere Schuldfrage, und wer die Schuld gehabt habe an dem Versagen der Internationale — die innere Schuldfrage. Ich werde die Schuldfrage nicht aufrollen. Ich halte es auch nicht für nützlich, daß sie bei einem Kongreß des Proletariats diskutiert wird, denn es kann dabei nicht viel herauskommen. Heute liegt nicht die Frage zur Diskussion, wer ist schuld am Kriege, sondern wer ist schuld, daß der Krieg nicht zu Ende geht? (Sehr richtig!) Aber wie tiefgehend auch die Ursachen dieses Weltkrieges, und wie verknüpft sie auch mit unserem ganzen politischen Wirtschaftssystem sind, wie sehr auch Kapitalismus und Imperialismus zu diesem Kriege führen mußten, und wir auch immer gesagt haben, was sich leider glänzend bewahrheitet hat, daß der Kapitalismus in der letzten Erscheinungsform und im Wettrüsten, das eine Folge davon ist, zu diesem Kriege führen mußte, so sage ich doch: Wer einen vielleicht ausweichlichen Brand angezündet hat, der trägt die größte Schuld! Wir werden es niemals vergessen und nie vergessen lassen und nicht in den Hintergrund stellen und nicht verhüllen lassen, daß die Fackel, die in den leider bestehenden Scheiterhaufen geworfen wurde, die die Explosion bewirkt hat, die serbische Note war. (Sehr richtig!) Im Evangelium heißt es irgendwo: „Aergernis muß sein in der Welt, aber wehe dem, der Aergernis erregt!“

Wir konnten niemals zum Ausdruck bringen, was als brennendes Bewußtsein und was als Verdammungsurteil in uns lebt, und obwohl viel gemildert wird dadurch, daß die schuldtragenden Personen auf die eine oder die andere Weise verschwunden sind aus dem politischen Leben und aus dem Leben überhaupt, so muß es doch gesagt werden, und wenn wir es so hätten sagen können, wie wir es heute sagen können und zu geeigneter Zeit noch deutlicher sagen werden, dann wäre manches Mißverständnis vermieden worden, das zwischen uns und den Sozialisten anderer Länder entstanden ist.

Ich erinnere mich an die letzte Sitzung des Internationalen Büros unmittelbar vor Ausbruch des Krieges. Als die Nachricht, daß der Krieg mit Serbien erklärt sei, kam, bin ich aufgestanden und habe gegenüber den Reden, die dort geführt wurden, gesagt: „Der Krieg ist da, wir wissen nicht, was wir später einmal werden tun können. Wenn ihr gegenwärtig von uns Auflehnungen, Bekämpfungen des Krieges erwartet, so wäre das eine Täuschung. Die Gewalt herrscht in Oesterreich und wir sind zu schwach, als daß wir dagegen aufkommen könnten. Alles, was wir tun können, ist, die Partei und ihre Organisationen zu erhalten; das werden wir mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte tun.“ Man hat mir das damals im Büro von verschiedenen Seiten übel genommen. Man hat gesagt, ich hätte weniger nüchtern sprechen sollen, sondern mehr aufreizend. Ich erwähne das, weil Sie auch gelesen haben, daß man meine damalige Haltung eigentlich „kläglich“ gefunden hat. Ich habe es in meinem ganzen politischen Leben für meine Pflicht gehalten, blankweg nüchtern und mit so viel Selbstkritik, als irgend möglich ist, mir und meinen Genossen die Wahrheit zu sagen. Ich habe es niemals für meine Aufgabe gehalten, mehr zu versprechen, als ich halten kann. Wenn ich auch nicht das ganze Ausmaß von Gewalttaten im Innern — ich spreche nicht von den glorreichen Waffentaten nach außen, sondern von der Aufrichtung der Gewalt im Innern, nicht vom Krieg gegen das feindliche Ausland, sondern gegen das befreundete Inland — voraus ermessen konnte, so habe ich gewußt, weil ich mein Oesterreich kenne, welchem Ausmaß von Gewalt und welcher rücksichtslosen Ausübung der Gewalt wir gegenüberstehen, und ich hätte es als ein Verbrechen gehalten, meine Freunde im Ausland darüber zu täuschen, daß wir unfähig sind, dieser Gewalt unsere bescheidene Macht entgegenzustellen. Dann kam ein Neues. Die Züchtigung Serbiens, die anfangs

nicht so ausgefallen ist, wie sie sich die Züchtiger vorgestellt haben, war kaum im Beginn, da stand vor uns Rußland. Nun wird gesagt, wir hätten uns dem Schlagwort des Kampfes gegen den Zarismus, dem Schlagwort, das von den Regierungen geschickt ausgegeben wurde, allzu leichtgläubig angeschlossen. Das ist nicht wahr; wahr ist, daß die Gefahr des Krieges des Zarismus für uns und für die Deutschen eine furchtbare, von uns begriffene war und daß wir nicht anders konnten, als darauf antworten, daß wir entschlossen sind, sie abzuwehren. Daß die Regierungen das benützt haben, das war kein Zweifel, das ist der geringste Vorwurf, den ich ihnen mache; daß wir aber diese Gefahr hätten unterschätzen sollen, darum, weil wir die Schuld unserer Regierung genau kannten, das ist ein Fehlschluß. Wenn ein Haus angezündet wird, dann gilt es vor allem zu löschen. Den Brandstifter, wenn man ihn dingfest machen kann, dingfest zu machen ist erwünscht, aber vor allem muß man löschen. Sie begreifen, daß damals eine andere Stimmung war, als die Armeen des Zaren gegen Krakau und Brünn vorgerückt sind, als heute, wo wir es mit den Bauern und Arbeitern zu tun haben, die unter den Fahnen der russischen Revolution stehen. Die Dinge haben sich sehr geändert, damals haben die Arbeiter eines jeden Landes in gutem Glauben gehandelt. Ob sie sich geirrt haben und wer sich geirrt hat, das wird einmal die Geschichte entscheiden, aber sie haben in gutem Glauben gehandelt, daß sie vor allem sich und ihre Zukunft, ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung schützen müssen vor den Folgen eines Einbruchs, einer Niederlage. Darum sollen wir gerecht gegen alle sein und suchen, auch die anderen zu verstehen, zu verstehen auch die gröblichsten Exzesse, die in der Leidenschaft der Verteidigung des Landes geübt worden sind. Ich billige nicht, daß Vandervelde, der Vorsitzende des Internationalen Büros, Minister geworden und dabei Präsident der Internationale geblieben ist, was gewiß ein Fehler war, ich billige es nicht, aber ich begreife, daß in dem Moment, wo sein Land überfallen war, und für Belgien gilt dieser Ausdruck (Sehr richtig!), überfallen und überschwemmt von der deutschen Armee, jede andere Rücksicht, als sein Land zu verteidigen, für ihn aufgehört hat. Vielleicht hätte er, und ich bin heute ebenso dieser Ansicht wie damals, in Rücksicht auf sein Amt erkennen sollen, daß es inkompatibel, unvereinbar war, an der Spitze der Internationale und zugleich Minister zu sein; wenn er aber Minister werden mußte, dann mußte er das Amt der Internationale niederlegen. Aber unseren deutschen Genossen, uns selbst heute ein Verbrechen daraus machen, daß wir die Pflicht, eine Niederlage mit allen ihren Folgen von unserem Boden abzuwenden, erfüllt haben, ist falsch, und wenn ich bereit bin, die Meinung der sozialistischen Parteien in Frankreich, England und Belgien über ihre Lage mit aller möglichen Einsicht zu beurteilen und gelten zu lassen, dann sage ich, was ich den anderen zubillige, das werde ich auch unseren nächsten Freunden nicht verweigern. Und wenn die Franzosen und Engländer insbesondere uns nicht verstehen, dann wollen wir als die älteren Internationalisten uns dadurch von ihnen unterscheiden, daß wir sie verstehen.

Die Internationale, sagt man, sei zusammengebrochen und das wäre eine Schuld. Das war keine Schuld, sondern das war ein Schicksal. Die Internationale konnte nicht mehr Kraft haben als die einzelnen Proletariate, die ihr angehört haben. Mehr als die einzelnen hatte sie nicht. Sie konnte nicht mehr haben, als wir ihr gegeben haben, und welche Macht und welches Ausmaß von Kraft wir ihr geben konnten, das wissen Sie alle sehr gut. Die Internationale war auch keine Organisation, die für den Weltkrieg gedacht war. So phantastisch-optimistisch war man vor dem Kriege nicht. Beim Ausbruch des Krieges hat man sich gewundert, daß die Internationale eine Macht nicht ausüben kann, die sie sich nie zugetraut hat. Lesen Sie alle die Resolutionen durch von Stuttgart, von Kopenhagen, selbst von Basel. Ueberall ist gesagt, wir wollen alle Anstrengungen machen, um den Krieg zu verhindern. Das haben wir überall redlich getan. Die Franzosen haben einen erbitterten Kampf gegen den Krieg geführt, die Deutschen haben gerade in der letzten Zeit vor dem Kriege einen für deutsche Verhältnisse ganz unerhörten Kampf geführt. Wenn der Berliner Arbeiter, wenn man überhaupt in Preußen auf die Straße geht und große Demonstrationen macht, so ist das noch ganz etwas anderes, als wenn wir auf die Straße gehen, die wir gewissermaßen auf der Straße geboren sind. Aber die Pflicht ist es, dann, wenn der Krieg ausgebrochen ist, so heißt es in allen diesen Resolutionen, für seine Abkürzung zu sorgen, und hier liegt das Schwerste. Diese Bemühungen der Internationale sind allerdings

zunächst daran gescheitert, daß in allen Ländern und nicht zuletzt in den Ländern, die sich mit Recht ihrer demokratischen Verfassung rühmen, die größten Schwierigkeiten entstanden sind, Schwierigkeiten nicht nur bei den Regierungen, Herrschenden und Nutznießern des Krieges, sondern, seien wir offen, auch in dieser Massenpsychose, in diesem fanatischen Geist, der einen großen Teil der Massen ergriffen hat. Ich will milde von den anderen sprechen und uns nicht mehr entschuldigen, als unbedingt notwendig ist. Aber das möchte ich doch hervorheben, daß vom ersten Moment an deutsche und vor allem auch österreichische Sozialdemokraten jeden Versuch unterstützt haben, die Internationale wieder zusammentreten zu lassen und Fühlung miteinander zu gewinnen. Denn dieser Mangel an Fühlung, dieser Mangel einer Aussprache, dieser Mangel einer Verbindung zwischen uns war eines der schwersten Hindernisse, das heute noch nicht völlig beseitigt ist. Wir leben in einem Staate, der, sagen wir, aufgeklärt genug ist, zu glauben, es sei nicht nützlich, daß uns noch weitere und überschüssige Aufklärung von außen kommt. Wir in Oesterreich hatten nicht einmal Zeitungsnachrichten von außen und bekommen sie heute noch nicht. Wir bekommen keine ausländischen Blätter, außer durch Zufall und auf Umwegen. Wir sollen nicht erfahren, wie es draußen zugeht. Ich habe mit vielen von den Herren Regierenden gesprochen und ihnen auseinandergesetzt, daß es ja ganz töricht sei, unter dem Vorwand, daß Kriegsnachrichten hinauskommen könnten und daß es Kriegshandlungen beeinträchtigen kann, uns auch abzuschneiden von Nachrichten von außen. Wenn die anderen nicht wissen sollen, was bei uns ist, dann soll man uns doch wenigstens erlauben, daß wir erfahren, was bei den anderen los ist. Das, sollte man glauben, kann doch nicht gefährlich sein. Aber ich bin daraufgekommen — und das ist bezeichnend —, daß dieses Verbot und alles, was damit zusammenhängt, nicht den Zweck hat, daß wir nicht erfahren sollen, was draußen vorgeht, sondern wir sollen nicht erfahren, was in Oesterreich vorgeht. (So ist es!) Man hat uns zu absoluter Stummheit, Taubheit und Blindheit verurteilt, und darum wollte man nicht, daß auf einem Umweg über das Ausland etwas zu uns hereinkommt. Gelogen wurde furchtbar im Ausland, umsomehr als keine Korrektur möglich war. Aber die Lüge im Inland war nicht geringer. Das Lügen ist überhaupt die höchste patriotische Tugend geworden in allen Ländern. Aber diese Absperrung jedes Verkehrs, auch des brieflichen und telegraphischen, die hat sehr viel dazu beigetragen, daß ein Zusammentritt, eine Fühlungnahme zwischen den einzelnen Parteien unmöglich gemacht wurde. Trotzdem haben der Rest des Internationalen Büros und der Sekretär Huysmans mit großer Zähigkeit dahingewirkt, daß alle diese Bemühungen, uns an einen Tisch zusammenzubringen, nicht zunichte werden. Dieses Bestreben wurde von den Deutschen und von uns mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen, aber die Franzosen und die Engländer ließen sich absolut nicht dazu bringen.

Nun hat sich eine Episode ereignet, der Versuch der Minoritäten in Zimmerwald, eine solche Fühlung herzustellen. Wir Oesterreicher haben damals — und ich habe dem in der „Arbeiter-Zeitung" Ausdruck gegeben — gesagt, wir erwarten nicht viel von Zimmerwald, können nicht viel Hoffnungen darauf setzen, aber schließlich ist jeder Versuch mit den besten Wünschen zu begleiten, wenn er nicht die Einheit im eigenen Lande gefährdet. Das einzige, was ich der ganzen Zimmerwalder Bewegung, die sich dann in Kiental und zuletzt in Stockholm fortsetzte, zum Vorwurf mache, ist, daß sie, die eine Internationale der Minoritäten erzeugen wollte — nicht erzeugt hat —, darin ihre Hauptwirkung gehabt hat, daß sie dem jeweiligen Ausland das Friedensbedürfnis und den Friedenswillen des Proletariats als den Friedenswillen einer Minorität vorgestellt hat. Wenn man nach Zimmerwald geht und dort den Frieden und den Friedenswillen betont, zugleich mit einer Spitze und mit einem Protest gegen die Majorität des eigenen Landes, dann muß im Ausland die Meinung entstehen, als ob diese Majorität wenigen oder gar keinen Friedenswillen hätte. Wenn wir unseren Friedenswillen vielleicht anders ausgesprochen haben als diese Minoritäten und wenn dieser Friedenswille vielleicht hätte früher und kräftiger zur Aussprache kommen können — was ich leugne —, so war trotzdem das Vorgehen der Minoritäten nichts Gutes. Es konnte insbesondere in den gegnerischen Ländern, in Frankreich und in England, die Dinge so darstellen, als wären die großen Massen der Majorität des sozialistischen Proletariats weniger entschlossen zum Frieden als diese einzelnen Vertreter der Minoritäten. Von diesem Standpunkt schien mir und scheint mir noch heute das Werk von Zimmerwald und

Kiental nicht nützlich. Den guten Willen spreche ich niemandem ab. Wenn etwas weniger Kampf nach innen geführt würde, so wäre es gut. Und wenn man etwas weniger sich um den Kampf um einzelne Formen bemühen würde, die auch dort, wo es wieder Majoritäten und Minoritäten gibt, nicht nützlich gewirkt haben, so wäre es zu wünschen. Das Schlimmste aber ist, daß die große und ernste und die ganze Welt ergreifende Friedensbemühung, die sich um den Namen Stockholm gruppiert, so herabgesetzt wurde als etwas Ungenügendes. Als die Vertreter der holländischen Partei im Internationalen Büro zusammen mit den Skandinaviern den Entschluß faßten, nachdem alle Bemühungen um eine Sitzung des Internationalen Büros gescheitert waren, in Stockholm ohne dieses Büro und nebenbei eine Zusammenkunft zu ermöglichen, als sie, benützend den unmittelbaren Moment nach der russischen Revolution, die Parole ausgaben: Auf nach Stockholm! da war gemeint und gewollt — und es wäre Pflicht gewesen, das zu verstehen und zu wollen —, daß in Stockholm zusammenkommen sollen die Vertreter aller Proletariate, die sozialistisch und klassenbewußt sind ohne Unterschied der Programme im einzelnen, mit den Unterteilungen, die bestehen. Das wollten wir und so hat uns die Welt verstanden, alle, selbst ganz fernstehende Kreise. Die einfachsten Frauen, die nie gewußt haben, was Sozialismus ist, die nie gewußt haben, was Internationalität ist, die uns mit ihren Segenswünschen begleiteten, die die Bedeutung der russischen Revolution kaum verstanden, haben doch begriffen, was das heißt: Auf nach Stockholm! Das heißt, daß dort alle Arbeiter der ganzen Welt erklären sollen: „Es ist genug mit dem Krieg, wir wollen, daß die Schlächterei ein Ende nimmt, wir halten es nicht länger aus und wir wollen Schluß machen!“ Diesen Ruf, den alle begriffen haben, haben viele von unseren wärmsten und aufrichtigsten — daran zweifle ich nicht —, aber ein wenig zu engen Vertretern des Friedensprogramms und der Revolution nicht verstanden. Hier liegt ein Fehler und wenn uns Anklagen und Kritik nicht erspart sein sollen, so darf ich wohl diese Kritik hier mit Recht üben.

Der große Abschnitt im Verlauf der Dinge und in der Entwicklung auch der Internationale war die russische Revolution. Ein neuer Tag hat begonnen, das haben wir alle empfunden, es war wie eine Erlösung, und wir spürten alle, da ist etwas geschehen, was unsere Geschicke bestimmt im Krieg und weit über den Krieg, und alle Hoffnungen knüpften sich an die russische Revolution. In diesem Moment haben die Holländer und Skandinavier beschlossen, in Stockholm den Versuch eines solchen Kongresses zu machen, und als es nicht gelang, sofort die Vertreter der Länder zusammenzuführen, da hat man aus der Not eine Tugend gemacht und machen müssen. Es war sehr klug, es zu machen. Man wollte keine Lücke entstehen lassen und hat nun die Delegierten der einzelnen Nationen nacheinander eingeladen, damit sie dort die Meinung der sozialistischen Parteien über die einzelnen Fragen auseinandersetzen. Das war ja gewiß sehr nützlich und hat zur gegenseitigen Verständigung gewiß sehr viel beigetragen. Aber es war nicht das, was die Massen und was wir alle im ersten Moment von Stockholm erwarteten, es war nicht dieser feierliche Chor der Blutenden und Leidenden, es war nicht dieser Aufschrei des Proletariats, der großen Massen, den wir von Stockholm erwartet hatten. Aber wenn auch das nicht gelungen ist, wenn es verhindert wurde, wesentlich dadurch, daß in Frankreich und in England die Vertreter der sozialistischen Parteien gehindert wurden, in Stockholm zu erscheinen, auch diejenigen, die erscheinen wollten, so ist Stockholm nicht umsonst gewesen, und die Arbeit, die dort geleistet wurde, nicht fruchtlos gewesen. Und Stockholm ist bis zum heutigen Tage eine moralische Kraft geworden und der Name Stockholm ist ein Symbol geworden in der ganzen Welt für den Willen des Proletariats, der, wenn er auch nicht in einem geschlossenen Rufe zum Ausdruck kommen konnte, doch die Hoffnung ist für alle, die denken, und die Sicherheit, daß dem Rufe Erfüllung werde. Wenn wir hier und in Deutschland den Ruf: Nach Stockholm! von überall gehört haben, so will das nicht so viel bedeuten; denn die Regierungen von Deutschland und Oesterreich — aus welchen Gründen immer, das sei jetzt nicht untersucht — waren schon lange für Friedensverhandlungen. Aber auch in Frankreich und England ist der Ruf nach Stockholm aus den Soldatenregimentern herausgedrungen, und der Ruf nach dem Frieden, der von den russischen Soldaten, Proletariern und Bauern im Soldatengewand, in allen Werkstätten ausgegangen, dieser Ruf hat sich auch in dem symbolischen Ruf: Nach Stockholm! vereinigt. So ist in Stockholm aus der Initiative,

die von den Neutralen ausgegangen ist und von dem Reste des Sozialistischen Büros sowie den Bemühungen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, eine Vereinigung zustande gekommen.

Welche Aussichten haben wir nun für die Internationale, welche Aussichten haben wir für ihre Lebendigwerdung, für ihr Wiedereintreten in ihre Funktion? Diese Aussichten hängen restlos mit dem Frieden zusammen, der ist die Vorbedingung. Wir haben in Stockholm gewartet, in meinem ganzen Leben habe ich nicht mit solcher Sehnsucht gewartet, gewartet, gewartet, daß neben den Delegierten der Mittelstaaten und des Orients sowie der Neutralen endlich auch Delegierte aus den Ententeländern kommen. Engländer, Franzosen, ja sogar die Russen waren lange verhindert, zu erscheinen, die Russen wesentlich durch ihre Tätigkeit in dem schweren Werke der Durchführung der Revolution; nach außen sieht das aus wie eine Aenderung der Kulissen. Es ist aber eine schwere, verantwortungsvolle, mühsame und alle Kraft und Energie der Menschen in Anspruch nehmende Arbeit. Und als die Vertreter der Russen endlich nach Stockholm kamen, war das für uns alle, die noch dort waren, ein Tag der Freude und der Erlösung; denn wir hatten nun mit Parteigenossen zu tun, die im Vorgefühl ihrer Verantwortung waren, im vollen Gefühl auch, verantwortlich zu sein nicht nur für die Internationale, sondern auch für die Interessen ihres Landes und für die Revolution selbst und ihr Schicksal; die Freude, mit Genossen zu sprechen, die wußten, was sie wollten, und die wirklich entschlossen waren, die Wirklichkeit zu sehen. Wir haben damals neue Kraft und neue Hoffnungen geschöpft und als diese Genossen weiterfuhren nach London, nach Paris und nach Rom, da ist ihnen ja viel gelungen. Sie haben bis zu einem hohen Grade eine Umstimmung in diesen Ländern und in den sozialistischen Parteien durchzusetzen vermocht, einfach dadurch, daß sie berichteten, was ist und was man dort vielfach gar nicht wußte. Freilich nicht eine Umstimmung, die genügen kann. Die Schwierigkeit ist ja bei einem solchen internationalen Kongreß, nicht nur theoretisch, sondern unmittelbar praktisch das Handeln des Proletariats zu bestimmen; die Schwierigzeit ist ja immer die, daß sich da eine Minderheit, die nicht immer eine Gruppe der sozialistischen Arbeiter ist, die hinter ihr stehen, fügen soll einem Beschluß, der von anderen gefaßt wird, die vielleicht nicht genau wissen, welche Schranken gezogen werden müssen in der Tätigkeit und in der Aktion jedes einzelnen. Aber wir haben auch dafür einen Weg gefunden, und in einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Russen auf der einen Seite und den Vertretern der Deutschen und mir auf der anderen Seite, einer Besprechung, die natürlich ohne offiziellen Auftrag sein mußte, aber die die Wege gesucht hat, haben wir endlich einen, wie ich heute noch glaube, richtigen Weg gefunden.

Es geht natürlich nicht an, daß ein solcher Kongreß einzelnen Ländern Pflichten auferlegt und Vorschriften macht, an die die anderen nicht gehalten sind. Es geht zum Beispiel nicht an, daß ein solcher Kongreß Vorschriften macht über das Verhalten einer einzelnen Partei gegenüber den Militärforderungen, wenn nicht die anderen auch entschlossen sind, dieselbe Taktik einzuhalten. Das ist ein im ganzen Verlauf der Verhandlungen immer wiederkehrender sehr wichtiger Punkt. Es ist nicht so, wie es in einem Artikel im „Kampf" in der letzten Nummer dargestellt ist. Da weiß der Autor Dr. Danneberg aus Zeitungsnachrichten, daß ich dort erklärt habe, wir würden eventuell in Opposition gehen, wenn auf dem Kongreß ein solcher Beschluß gefaßt würde. Er hätte sich informieren können — technisch wäre das vielleicht sehr leicht möglich gewesen — daß es mir nicht eingefallen ist, in Opposition zu gehen, weil ich nie Gelegenheit hatte, in Opposition erst zu gehen. Er hätte sich weiter vergewissern können, daß ich das einfach nicht konnte, darum, weil dieses In-Opposition-Gehen abhängig gemacht werden könnte, nicht von irgendwelchen Bedingungen, von einzelnen Beschlüssen, sondern ich habe dort mit aller Schärfe gesagt, wenn Franzosen, Engländer und auch Russen von den Deutschen und den Oesterreichern verlangen — bei uns war ja die Sache damals noch nicht aktuell und war auch die Forderung überflüssig — daß von vornherein der Regierung die Mittel zur Fortführung des Krieges verweigert werden sollen, dann kann ein solcher Beschluß von den Vertretern der deutschen Arbeiter nur dann durchgeführt werden, wenn auch die anderen zugleich nach derselben Richtschnur handeln. Ich habe da wirklich nicht für uns Oesterreicher gesprochen, denn für uns bin ich meiner Sache sicher ohne ausdrücklichen Auftrag. Wir haben im Frieden nicht für die Militärausgaben gestimmt und haben dadurch dem Frieden zu dienen wirklich nach Mög-

lichkeit gesucht. Hätten wir eine Majorität für unseren Standpunkt in allen Ländern, dann wäre es nie zum Kriege gekommen. (Sehr richtig!) Aber man muß begreifen, daß die Zumutung eine unmögliche ist, anderen Ländern, die es nichts angeht, Vorschriften zu machen, die man selbst von sich abwälzt. Sie wissen, es hat bei den Unterhandlungen wegen der Konferenz auch die Frage eine große Rolle gespielt, ob sie bindende Beschlüsse fassen soll oder nicht. Alle unsere Bemühungen waren vergeblich.

Auch bei den Franzosen hat sich, und nicht ohne Einfluß von Stockholm, die Stimmung wesentlich geändert. Die mit der Regierung verknüpfte und mit ihr identifizierte Majorität ist kleiner und in ihrem Auftreten und ihrer Autorität schwächer geworden. Auf ihrem letzten Kongreß in Bordeaux hat sich ein so erheblicher Teil, eine Minorität, die nicht als eine hoffnungslose bezeichnet werden kann, dafür ausgesprochen, daß in Friedensverhandlungen sofort eingegangen werde, hat den schwierigen Punkt Elsaß-Lothringen schon nicht mehr in jener absoluten Schärfe in den Vordergrund gestellt, mit der das noch in der offiziellen Antwort auf dem Fragebogen von Stockholm geschehen ist. Es wird anders! Selbst in England mehren sich die Zeichen, daß — was uns ja verborgen ist, weil wir keine englischen Blätter lesen dürfen — ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft — und das bedeutet dort als politisches Moment mehr als bei uns, da der unmittelbare Einfluß auf die Regierung dort natürlich viel stärker ist — immer mehr dem Frieden zuneigt und viel energischer wird im Bedürfnis, Frieden zu schließen, daß auch in England jener Teil der Arbeiterschaft, der sich von der Politik, den Krieg ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Lohnhöhe und der zukünftigen Lohnpolitik zu betrachten, freigemacht hat, immer größer wird und daß die Führung der Unabhängigen Arbeiterpartei immer mehr Einfluß gewinnt. Was soll ich nun von Deutschland reden? In Deutschland bedauere ich ungemein die unselige Spaltung, die die Tatsache entstellt, daß die Massen dort heute der Regierung, insofern sie eine kriegführende ist, aber auch sonst, ganz anders gegenübersteht als vor dem Kriege. Es ist nicht wahr, daß die deutsche Majorität nichts geleistet hat. Und es ist das auch nicht wahr, wenn man das Maß der Leistung abmißt nach der Stärke der Worte. Was durchgesetzt wurde in Deutschland, ist für das verpreußte Deutschland tatsächlich etwas ganz Ungeheures. Wenn man drüben in der Entente behauptet, den Krieg gegen Potsdam zu führen, dann wird man sich schon sagen müssen: Potsdam gibt es in allen Ländern, wenn es auch nicht so heißt, und die größte Arbeit im Sinne der Demokratie ist — von Rußland sehe ich ab — in dem Lande geleistet worden, wo Potsdam seinen Sitz hat. Das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland vor dem Kriege. Auch da hat das Anklagen der Majorität durch die Minorität nichts Gutes geleistet. Ebensowenig wie ich es für gut, vernünftig und für den Frieden herbeiführend halte, daß man jede Aeußerung und jede großtuerische Proklamation der Scharfmacher und der Junker, der eigentlichen Potsdamiten, hinausschreit als einen Beweis, daß Deutschland noch immer nicht den Frieden wolle. Seit wann sind denn diese Herrschenden Deutschland? Und wenn es eine Aufgabe für uns gibt, die wir durchzuführen haben gerade in den verfeindeten Ländern, bei unseren Brüdern in Frankreich und England, dann ist sie eine umgekehrte, dann ist nicht zu sagen, Deutschland sind die Verbände der Schwerindustriellen und der schlimmsten Junker, die wollen nicht den Frieden, sondern man muß ihnen sagen: Laßt euch nicht täuschen, daß diese Nutznießer des Krieges, diese Parasiten des Volkes im Frieden wie im Kriege, das deutsche Volk seien! Die Kriegshetzer anzuklagen ist gut, sie zu bekämpfen noch besser. Das ist notwendig. Aber hinausschreien und unseren französischen Genossen sagen: „Was sind denn die deutschen Arbeiter; die Herrschenden wollen doch nicht den Frieden!", das ist eine falsche Politik.

Wie steht es denn jetzt? Wer das so genau wüßte, wer auch hinter die Kulissen sehen könnte! Es ist nicht alles so friedlich bis ins Innerste, was die einen sagen, und es ist nicht alles so kriegerisch und unerbittlich, was die anderen sagen. Aber das eine dürfen wir doch zugestehen, daß der Gedanke des Friedens, daß die Verdammung des Krieges, und nicht nur dieses Krieges, sondern der Möglichkeit des Krieges für alle Zeiten, seit dem Jahre 1915 einen kolossalen Weg gemacht hat. Wenn die Entente den Krieg führt, um das erste Wilsonsche Programm durchzusetzen, dann könnte sie heute schon sagen, daß sie viel durchgesetzt habe. Selbstverständlich hat die Entente, wahrscheinlich auch Amerika und wahrscheinlich auch Wilson, ganz andere Absichten als die Durchführung ethischer Grundsätze. Aber es ist kein Zweifel, daß trotz alledem

die psychologische Umwälzung in den Massen bis hoch hinauf mit unentrinnbarer Zwangsgewalt ihren Weg nimmt. Die Mittelstaaten haben ja verschiedene Friedensangebote schon lange gemacht, aber wenn wir das erste Friedensangebot vergleichen mit der letzten Rede des Grafen Czernin, so müssen wir schon sagen, sie haben etwas zugelernt. Es ist noch nicht das, was wir wünschen, was wir fordern und was möglich, ja was notwendig ist, um das Ziel zu erreichen, das sie selbst anzustreben vorgeben. Wir haben vor uns ein Bekenntnis zum Verzicht auf Eroberungen; aber ganz unsicher und unbestimmt wurde insbesondere in Deutschland der Verzicht auf Eroberungen ausgedrückt. (Leuthner: In Oesterreich fehlt er ganz!) Ich glaube, der Genosse Leuthner irrt sich. Kein Mensch in Oesterreich hat aus dieser Rede anderes herausgelesen als den absoluten Verzicht auf Landerwerb, aber das kann uns nicht genügen, darum, weil, wenn schon Genosse Leuthner es nicht verstanden hat, der doch nahe dabei ist, es die Engländer und Franzosen noch weniger verstehen (Heiterkeit), die viel weniger Vertrauen zu den Worten unserer Diplomaten haben als Genosse Leuthner. Darum meine ich, dieser Verzicht muß sehr deutlich ausgesprochen werden. Dieser Appell richtet sich zunächst an unsere Regierung und die Regierungen, die uns angehen, er richtet sich aber auch, obwohl er kaum seine Adresse erreichen wird, an die Regierungen aller anderen Staaten. Parteigenossen! Die Offensiven, wo sie auch stattfinden, im Westen, im Osten oder im Süden, was immer ihr Ausgang sei, ob siegreich für den einen Teil oder siegreich für den anderen Teil, alle diese Offensiven bringen uns dem Frieden nicht näher, das hat der bisherige Verlauf genügend klargestellt. (Sehr richtig!) Jede einzelne Offensive, an welcher Front sie auch entwickelt wird und von welcher Seite, kostet Tausende und Hunderttausende von Opfern, ungemessene Opfer und bringt keine sichtbaren Erfolge. Denn wenn etwas sicher ist: die Kriegslage oder, wie in einem unglücklichen Moment Bethmann Hollweg das genannt hat, die Kriegskarte, kann den Frieden nicht bestimmen, nicht herbeiführen.

Die Mittelstaaten, die einer Welt von Feinden gegenüberstehen, haben gezeigt, daß sie sich halten, halten mit den furchtbarsten Opfern. Ich will diesen Katalog der Opfer, unter denen wir alle blutig leiden, jetzt nicht wieder aufrollen. Aber die Mittelstaaten leisten Widerstand und sie werden weiter Widerstand leisten; die Hoffnung, sie zu überrennen, muß bei der Entente ausgeschlossen sein, selbst wenn sie die Hoffnung auf Amerika hat. Auf der anderen Seite haben alle diese Gewaltmittel, die die Mittelstaaten aufzuwenden gehabt haben, nichts genützt, außer daß sie sich halten. Was hat aber die Ausnützung und Ausbeutung der Wissenschaft und des technischen Fortschritts mehr getan, was hat der Luftkrieg und der Unterseebootkrieg mehr getan, als neue Feinde uns gebracht und die alten gereizt und sie nicht zur Friedensstimmung kommen lassen? Es ist traurig, daß englische Luftschiffe kommen und über friedliche Städte Bomben fallen lassen, gewiß traurig und empörend. Aber ich frage Sie: wenn London hundertmal eine Festung ist und es den Begriffen irgendeines Völkerrechtes, das zu diesem Zwecke lebendig gemacht wird, nicht zuwiderläuft, daß man über London Bomben abwirft: was bewirkt das? Furcht nicht, aber Erbitterung (Sehr richtig!) und Entschlossenheit zur Abwehr. Ich erinnere Sie nur an eines, das sehr charakteristisch ist. Es war nie eine wirkliche Kriegsstimmung bei uns gegen die Serben und gegen Rußland, nur Abwehr. Aber damals war die Stimmung am bittersten, als Italien in den Krieg eintrat, weil man gesagt hat, das war nicht notwendig. Man war bereit, ihm einen Teil seiner Wünsche zu erfüllen, man war für Landabtretungen und wir Sozialdemokraten haben offiziell Gelegenheit genommen, damals unserer Ueberzeugung im Ministerium des Aeußern Ausdruck zu geben. Man hat gespürt, daß der ganze Krieg dort wirklich mutwillig herbeigeführt wurde, überflüssig war. Ich bin kein Kriegssachverständiger. Ich weiß nicht, was man mit den Unterseebooten noch ausrichten wird, ob es wahr ist, was in Deutschland und vom Wolffschen Büro behauptet wird, daß diese Unterseeboote wirklich soviel Getreide und Leder auf den Meeresboden bringen, oder ob es wahr ist, was wir heute aus einer Rede Lloyd Georges lesen, daß das immer weniger wird. Das weiß ich nicht. Was ich aber weiß, ist, daß dieser Unterseebootkrieg den Krieg mit Amerika gebracht hat und daß dieses Hereinziehen von ganz Amerika heute die große Hoffnung der Kriegshetzer in der Entente ist. Wir haben das volle Recht und die Pflicht, die Sünden und die Fehler des einen Teiles festzustellen und anzuklagen, aber nicht das Recht, die Augen zu schließen vor den Fehlern des anderen Teiles, weil dadurch unsere Angriffe jeder Wirkung verlustig werden. Uebrigens bedarf die Entente unserer Verteidigung nicht, sie verteidigt sich selber sehr gut. Was mir aber an diesen fortgesetzten Offensiven das Schmerzlichste ist, ist der Gedanke an die menschlichen Gehirne, die da liegen als Brei, und dieser Brei enthält das Resultat der tausendjährigen Arbeit aller

Völker an der Kultur, enthält alles, was wir sind. Man muß sich fragen, wie sieht es in den Köpfen der Menschen aus, die noch immer fortfahren, auf unmöglichen Wegen den Frieden zu suchen? (Lebhafter Beifall.)

Ich zweifle nicht — ich sage es mit aller Aufrichtigkeit — an der Lauterkeit der Friedensabsicht des Papstes und ich glaube, daß niemand daran zweifelt. Ich glaube auch fest an die Friedensabsichten des Grafen Czernin. Aber der Fehler bei uns und noch mehr der Fehler in Deutschland ist, daß wir in die äußere Politik zu viel innere Politik bringen, in Deutschland am allermeisten, weil man dort glaubt, wie das insbesondere bei dem ersten Friedensangebot im Dezember 1916 der Fall war, daß man dieses mit Trommelrühren und Säbelrasseln begleiten muß, damit nicht die Kriegslustigen im Lande weniger kriegslustig werden, damit die Entschlossenheit zum Siege nicht geringer werde. Man vernichtet damit die ganze Wirkung des Friedensangebotes. So hat auch leider Graf Czernin an die wirklich ausgezeichnete Rede, in der er zuletzt seine Friedensliebe begründet hat, den Nachsatz geknüpft, daß diese Vorschläge zum Frieden, die er macht, befristet sind, das heißt: Jetzt gebe ich es noch um den Preis. Wenn ihr jetzt nicht annehmt, bin ich später nicht gehalten. (Austerlitz: Da ist niemand sehr erschrocken!) Es scheint schlau, wenn auch niemand sehr erschrocken ist. Vergessen Sie nicht, daß erstens Czernin nicht nur für sich gesprochen hat, sondern auch für Deutschland, da sieht das mit dem Erschrockensein schon ein wenig anders aus, und zweitens, daß es nicht davon abhängt, ob die Gegner wirklich erschrecken, sondern davon, wie sie eine Aeußerung ausbeuten für ihr Land und für die Massen, die sie immer wieder in den Tod hineintreiben. Darum ist es notwendig, daß ein Schritt weiter geschehe, ein Schritt weiter von den Regierungen und ein Schritt weiter von uns. Die Forderungen, die zum Schluß unserer Resolution gestellt werden, liegen schon vor in den Aeußerungen, die sowohl, behaupte ich, in Deutschland gefallen sind als auch insbesondere sehr klar in der Rede von Czernin, aber sie müssen klar und deutlich gestellt werden. Und sie müssen endlich in diplomatischen Formen gestellt werden, das heißt nicht, wo die Diplomatie ein Mittel ist, um die Gedanken zu verbergen, sondern wo sie ein Mittel ist, um Tatsachen zu schaffen. Und es ist etwas ganz anderes, ob ein Minister im Parlament oder beim Bankett, was ganz gleichgültig ist, oder im politischen Wirken die Meinung ausspricht, daß er den Frieden will, oder ob er die Staaten und die Regierungen vor die Notwendigkeit stellt, eine Antwort zu geben. Das ist, was wir hier wollen. Und wir hoffen, daß diese Aktion sehr entschieden begünstigt werden wird durch das, was zuletzt in Stockholm und in Petersburg geschah.

In Stockholm hat das Aktionskomitee seine Tätigkeit nicht etwa beendet, wie man hier meint, sondern seine Tätigkeit in Bezug auf die Feststellung der Meinungen der Sozialisten der einzelnen Staaten zu einem Abschluß gebracht, indem es ein nach der Meinung der Vertreter von Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark mögliches Friedensprogramm festgelegt hat, und gleich darauf hat der russische Arbeiter- und Soldatenrat ebenso seine Meinungen über die Bedingungen ausgesprochen, unter denen man in Verhandlungen eintreten kann. Ich werde mich auf die Einzelheiten dieser Programme nicht einlassen. Eines muß ich aber sagen: Man mag den einen oder den anderen Punkt von diesem oder von jenem politischen oder vom Interessenstandpunkt als nicht akzeptabel ansehen, sicher ist, daß beide Programme geeignet sind, daß man in Verhandlungen darüber eintrete. In beiden Programmen wird die künftige Abrüstung als das Ziel hingestellt, in beiden Programmen sucht man die nationalen Fragen zu lösen. Und welchen Fortschritt wir gemacht haben dem Frieden näher, das äußert sich ja in einer einzigen Tatsache, die ganz charakteristisch ist. Durch die ganzen Kriegsjahre hat man als Hindernis für den Frieden immer Belgien bezeichnet. Das war das Schlagwort. Belgien ist aus der Diskussion verschwunden, seitdem der deutsche Staatssekretär erklärt hat, der einzige Punkt, über den man nicht reden kann, ist Elsaß-Lothringen. Das bedeutet ja gewiß eine schwierige Sache, aber es bedeutet auch, daß alle anderen Fragen nicht mehr dieselbe Rolle spielen wie einst. Gewiß wäre es nützlich, wenn die deutsche Regierung auch ihre Politik in Belgien selbst heute so einrichten würde, daß das Mißverständnis, als wollte sie Belgien behalten, nicht Nahrung gewinnt. Das sind politische Fehler. Das gilt auch für uns, die wir sehr gut wissen, daß die österreichische Regierung Serbien weder behalten kann noch behalten wird, auch nicht den Anspruch darauf macht. Die Verwaltung dort unten ist aber nicht ganz so, daß sie sich darauf einrichtet, mit Serbien später in ein befreundetes Verhältnis zu kommen. Es wird, was uns näher angeht, die Forderung der Autonomie in Bosnien und der Herzegowina aufgestellt. Wir armen Oesterreicher sind die einzigen, die die Annexion von Bosnien noch nicht anerkannt haben. Wir

haben sie noch nicht im Gesetz. Aber davon abgesehen, es wäre gut, wenn wir uns in Bosnien und Herzegowina so benehmen würden wie ein Staat, der sich als Freund in Solidarität vertragen will mit den Völkern, die er vereinigt, so wie es gut wäre — und das gilt neben der Regierung auch von gewissen Parteien —, wenn man nicht der inneren Friedenserreichung und damit auch der Gewinnung des äußeren Friedens Schwierigkeiten machen würde, indem man das Verhältnis zwischen den Deutschen und den slawischen Völkern in Oesterreich fortgesetzt durch neue Anklagen und neue Denunziationen vergiftete. Es wäre gut, wenn man auch nach innen eine Politik des Friedens machen würde.

Aber was wir hier von der Regierung verlangen — und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir das Parlament in einer oder der anderen Form veranlassen werden, dem beizutreten — das ist nur die eine Hälfte unserer Aufgabe, die andere Hälfte haben Sie alle draußen zu besorgen, Sie haben den Friedenswillen der Masse zum Ausdruck zu bringen, Sie haben dem entgegenzuwirken, daß ihre Verzweiflung zum Ausdruck kommt; denn die Verzweiflung ist ein schlechter Ratgeber, so begründet und erklärlich sie sein mag. Verzweiflung ist immer ein Ausdruck der Schwäche und nie der Kraft. Nicht die Verzweiflung wollen wir zum Ausdruck bringen, sondern die Entschlossenheit, das Unsere zu tun, daß Friede werde, das Unsere zu tun, die Regierung zu drängen, daß sie alles tue über das hinaus, was sie schon getan hat, was wir anerkennen, was aber lange nicht genug und nicht die nötige Form ist; es ist, als ob Kinder nur langsam eine neue, fremde Sprache erlernen. Man muß heute anders zu den Völkern sprechen, als früher die Diplomaten sprechen gelernt haben. Wenn man früher höflich französisch gesprochen hat, muß man heute deutsch reden zu allen Völkern, so deutsch, daß sie es verstehen. Sie erlernen es schwer, sie müssen sich aber diese Sprache angewöhnen. Wenn es daran fehlen soll, wollen wir deutsch sprechen. Wir wollen keine Vergewaltigung nach außen, jede würde in unser eigenes Fleisch schneiden. Wo können wir ein Land erwerben, wo können wir an Vergrößerung denken, wo wir nicht fertig werden mit den Schwierigkeiten im eigenen Lande, wo wir im Elend uns abquälen an den nationalen Schwierigkeiten? Es ist für uns gewiß kein Verdienst, daß wir nicht Landerwerb fordern. Wir müssen fordern, daß den Völkern die Möglichkeit des Auslebens gegeben werde; nur so werden wir sie für die Ueberzeugung gewinnen, daß es eine Notwendigkeit ist, für sie wie für uns, das Zusammenleben aller zu ermöglichen. Wir müssen sie für diese Ueberzeugung erst gewinnen, da die Sünden, die während des Krieges begangen wurden, eine vergiftete Atmosphäre hervorgerufen haben, die nur mit größter Mühe und langsam wird gereinigt werden können.

Unsere Pflicht ist es, hier einzusetzen. Mögen unsere Genossen anderer Zungen in Oesterreich handeln, wie ihre Einsicht und ihr Gewissen es ihnen vorschreiben. Ich zweifle nicht daran, daß auch die österreichische Internationale wieder erstehen wird in voller Kraft, die eherne Notwendigkeit wird uns dazu treiben, in Oesterreich wie überall. Denn wir haben heute ernsthaft die Aufgabe, jeden Groll zu vermeiden, auszutilgen, als ob ein Volk durch andere Völker beherrscht werden soll oder könnte. Wir haben diesen Aberglauben auszutilgen und für die Freiheit der Völker einzutreten mit aller Kraft im Parlament und außerhalb des Parlaments ebenso wie für den Frieden, der allerdings das Dringendste, das unmittelbar Ersehnte sein muß. Vor allem wollen wir, daß nicht mehr geschossen wird. (Lebhafter Beifall.) Das Morden soll aufhören. (Neuerlicher Beifall.) Ich bin überzeugt und Sie wohl mit mir, daß, wenn einmal die Leute an einem Tische sitzen, auch der Blutrausch verfliegen wird und daß, wenn man einmal zu morden aufgehört hat, es unmöglich sein wird, es wieder anzufangen. Denn die Erkenntnis wird immer deutlicher für alle und greift immer mehr und mehr um sich, daß die Opfer, die gebracht wurden, in jeder Woche des Krieges weit größer sind, als was jeder Staat und jedes Volk durch noch so glorreiche militärische Erfolge zu Land, zu Wasser, unter dem Wasser oder in der Luft erringen kann. Alle diese Erfolge verschwinden neben dem Martyrium aller Völker! Ich verkünde da nichts, was uns als die Schwächeren hinstellen würde, denn daß es den Franzosen besser geht als uns oder dem nächsten Feinde, den Italienern, ist nicht anzunehmen, vielleicht haben sie mehr zu leiden, aber wir können das Maß ihrer Leiden verstehen, wenn wir an unsere Leiden denken.

Darum Arbeit für den Frieden, Verkündung des Willens zum Frieden in Versammlungen, in der Presse, soweit das möglich ist, und es ist das heute schon in weit größerem Maße möglich, als es vor einiger Zeit war, Arbeit, Arbeit für den Frieden, die zugleich die Arbeit für die Freiheit, für die Zukunft ist! Die Internationale wird wieder erstehen, das Proletariat wird wieder einig sein, das Proletariat

wird wieder — ich weiß nicht in welchen Formen, ob uns das Licht kommen wird vom Haag oder von Brüssel, von Stockholm oder von Petersburg — sich zusammenfinden. Ich gestehe Ihnen, ich bin darin nicht engherzig und nehme den internationalen Zusammenschluß von überall. Aber die Bedingung dafür ist, daß wir den Frieden wollen, nicht nur außen, sondern daß wir die brüderliche Solidarität auch unter uns aufbringen. (Lebhafter Beifall). Daß wir nicht wieder alle, wenn es schlecht geht, zu zanken anfangen. Tüchtige Leute, wenn es schlecht geht, setzen sich zusammen und unterdrücken kleinliche Dinge. So muß es auch bei uns sein, in unserer Internationale, in der Internationale in Oesterreich und auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. (Beifall.) Das ist eine wesentliche Pflicht. Seien wir selbst tüchtige Sozialdemokraten! Für die Internationale wird die Geschichte sorgen, die die Internationale früher gemacht hat und sie auch in der Zukunft machen wird. Wir erfüllen unsere proletarische Pflicht, unsere Pflicht als Menschen, indem wir alles einsetzen für den Frieden! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, lautet:

(Verliest Antrag 47).

Vorsitzender Seitz: Es sind vorläufig acht Redner zum Worte gemeldet. Es ist jetzt vier Uhr vorüber, um fünf Uhr müssen wir schließen. Es ist noch der Punkt „Eventuelles" zu erledigen, dann die Formalitäten, die ebenfalls eine halbe Stunde in Anspruch nehmen werden. Das Präsidium ist daher entschlossen, niemandem die Rede auch nur um eine Minute verlängern zu lassen.

Austerlitz (Wien, zur Geschäftsordnung): Sie haben soeben von Seitz die Geschäftslage des Parteitages erfahren. Eine solche Debatte kann unmöglich abgeschnitten werden. So wie ich werden auch Sie der Ansicht sein, daß es bei diesem Punkte ein unbedingtes Erfordernis ist, daß dieser Gegenstand nicht Zwischenfällen ausgesetzt ist und es wäre gewiß nicht würdig, wenn wir diesen Parteitag im Trubel überschnell endigen müßten. Viel würdiger und eindrucksvoller wäre es, auf eine Debatte überhaupt zu verzichten und die Resolution zu beschließen, gegen die ja doch niemand Einwendungen erhebt. Von diesem Gesichtspunkte aus stelle ich den Antrag, von der Debatte abzusehen und die Resolution ohne Debatte anzunehmen. (Beifall.)

Dr. Max Adler (Wien): Es ist ein ungemein großer Schaden, daß wir die kostbare, knappe Zeit durch formelle Anträge verschwenden müssen. Ich glaube, daß es des Parteitages nicht würdig ist, seine Verhandlungen so durchzupeitschen, und daß wir gegen diese Anschauung mindestens unseren Protest zum Ausdruck bringen müssen. Man wird es gewiß nicht verstehen draußen in der Parteiöffentlichkeit, daß gerade derjenige Punkt der Tagesordnung, der der brennendste ist, nicht die Möglichkeit gibt, sich auszusprechen. Diese Aussprache hätte nicht Zwietracht zu bedeuten, sondern es könnten einzelne Delegierte die vorgeschlagene Resolution noch durch andere Gesichtspunkte ergänzen. Deshalb bitte ich, den Antrag Austerlitz abzulehnen.

Abgeordneter Dr. Renner: Für den Parteitag waren vier Tage in Aussicht genommen, jetzt tagt er schon den fünften Tag. Eine weitere Verlängerung ist doch deshalb nicht möglich, weil die genossenschaftliche Konferenz, die heute hätte stattfinden sollen, eben infolge der Verlängerung des Parteitages erst morgen zusammentreten kann. Eine Verschiebung dieser Konferenz ist ausgeschlossen. Wir stehen also vor der Unmöglichkeit, über den letzten Punkt zu diskutieren, denn eine überstürzte Diskussion ist keine Diskussion und der Sache unwürdig. Es handelt sich doch in erster Linie darum, den Willen des Parteitages zum Frieden kundzutun und das geschieht durch die Resolution Viktor Adlers.

Abgeordneter Leuthner: Ich wollte nur sagen, daß in der Not der Wahl zwischen einer kurzen Rede und einem völligen Verzicht auf die Rede ich den Verzicht vorziehe, obwohl manche einzelne Punkte der Resolution namentlich in der Beurteilung der österreichischen Politik und der Stellung zur polnischen Frage zu einer Diskussion anreizen.

Der Antrag Austerlitz wird a n g e n o m m e n.

Vorsitzender Seitz: Wir schreiten zur

Abstimmung.

Die Resolution, Antrag 47, wird e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Seitz: Weiter liegt ein Antrag von Dr. Hartmann vor. Ich ersuche den Referenten, sich darüber zu äußern.

(Liest Antrag 48.)

Abgeordneter Dr. Adler: Ich habe selbstverständlich nicht viel gegen den Inhalt des Antrages. Ich glaube aber, wir haben darüber bereits gesprochen, was wir wollen und es wäre, glaube ich, am besten, wenn Genosse Hartmann den Antrag zurückziehen und ihn im Parteivorstand vorbringen würde.

Dr. Hartmann: Ich ziehe den Antrag zurück und werde ihn im Parteivorstand stellen.

Vorsitzender Seitz: Nun kommen wir zum Antrag 44 von Robert Ascher.

Dr. Adler: Darüber haben wir unsere Ansicht schon geäußert, die dieser entgegengesetzt ist. Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag 44 wird beschlossen.

Vorsitzender Seitz: Nun der Antrag 45 der Bezirksorganisation Landstraße.

Dr. Adler: Ich habe bereits gesagt, daß wir auf diesen Antrag nicht gewartet haben, sondern daß Beziehungen mit beiden Parteien bereits bestehen. Der Antrag erscheint mir daher überflüssig und ich möchte die Genossen bitten, ihn zurückzuziehen. (Nach einer Pause): Ich glaube, daß die Genossen, wenn sie auf einer Abstimmung bestehen, der Sache selbst einen schlechten Dienst erweisen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 45 mit 84 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Vorsitzender Seitz: Es folgt nun der Antrag 46 der Bezirksorganisation Landstraße.

Dr. Adler: Ich kann nur erklären, daß es niemandem mehr leid tut, daß Genosse Karl Kautsky, der in der „Neuen Zeit" sein tiefes Wissen und seinen klaren Verstand zum Ausdruck bringen, und nicht nur für den Ausbau unserer Theorie, sondern auch für die Ausbreitung unserer Bewegung wie der ganzen Internationale wirken konnte, die Stätte seines Wirkens verlassen muß. Aber so sehr ich wünsche und hoffe, daß jeder von Ihnen diese Empfindung teilt, so wenig halte ich es für wünschenswert, daß wir uns in eine Kritik dessen einlassen, was draußen geschieht. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, aber die Worte „verdrängt worden ist" zu ersetzen durch die Worte „verlassen mußte". Ich will es nicht im einzelnen sagen, wie sehr ich einerseits von der Traurigkeit dieser Zwangslage ergriffen bin, für wie wenig glücklich ich anderseits die Methoden halte, die von der einen wie von der anderen Seite drüben in der ganzen Zeit geübt wurden. Lassen Sie uns das eine Warnung sein, daß wir uns zurückhalten und nicht Freude daran haben, wenn die Gegenseite einen Fehler macht. Ich wünsche und hoffe, daß Genosse Kautsky, wenn beide Teile wieder vernünftig sind, wieder die Feder führen wird für eine einige deutsche Sozialdemokratie, und ich bin überzeugt, er wird mitwirken für diese Einigung zum Unterschied von denen, denen die Partei nicht klein genug sein kann. Er wird sich auch nicht freuen, wenn eine oder die andere Seite Exzesse begeht, die die Spaltung vertiefen. Ich glaube in Ihrem Sinne zu reden, wenn ich empfehle, ihm Gruß und Anerkennung zu zollen, aber zu vermeiden, daß wir in einen schiefen Beschluß hineingedrängt werden, wie er uns bei der vorigen Abstimmung bereits aufgezwungen wurde. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich nur bemerken, daß der Beschluß, der vorhin gefaßt wurde, den Parteivorstand nicht hindern wird in den Beziehungen zu beiden Parteien, denn die Ablehnung bedeutete nicht, daß der Parteivorstand das nicht tun soll, sondern daß er nicht den Befehl dazu hat. So werden wir hoffentlich gut machen, was die übergescheiten Landstraßer geschadet haben. (Zustimmung.)

Austerlitz: Ich beantrage, die Debatte zu eröffnen. (Abgelehnt.)

Vorsitzender Seitz: Ich werde den Antrag 46 mit Weglassung der Worte „von der Stätte ... verdrängt worden ist" zur Abstimmung bringen. Wenn der Antrag mit dieser Weglassung abgelehnt wird, ist der Antrag überhaupt abgelehnt. Wenn er angenommen wird, werde ich über die Worte „die Stätte ... verlassen mußte" abstimmen lassen. Sollten diese abgelehnt werden, über die Worte „von der Stätte ... verdrängt worden ist". Wer für den Antrag mit Weglassung jener Worte ist, möge die Karte erheben. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist angenommen. Wer für die Worte „die Stätte ... verlassen mußte" ist, bitte ich, die Karte zu erheben. (Nach einer Pause.) Der Antrag ist angenommen.

Vorsitzender Seitz: Es folgt nun der Antrag Therese Schlesinger.

(Verliest Antrag 50.)

Berichterstatter Dr. Adler: Der Antrag ist unklar, denn die Fragebogen sind schon längst beantwortet. Ich nehme an, es handelt sich der Genossin Schlesinger um die Antwort auf die abschließende letzte Kundgebung des Stockholmer Büros.

Therese Schlesinger: Ich modifiziere meinen Antrag folgendermaßen:

(Verliest Antrag 50 a.)

Dr. Adler: Ich bitte Sie, darüber getrennt abzustimmen. Dem ersten Teil dieses Antrages, daß in der Organisation diskutiert werde, stimme ich zu, den zweiten Teil bitte ich Sie, dem Parteivorstand zuzuweisen.

Der erste Teil des Antrages wird angenommen, der zweite Teil dem Parteivorstand zugewiesen.

Vorsitzender Seitz: Wir haben nun den Antrag Neurath.

(Verliest Antrag 51.)

Berichterstatter Dr. Adler: Diesem Antrag stimme ich mit Freuden zu, denn er ist nur die Konsequenz meiner Resolution.

Der Antrag 51 wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Seitz: Es liegt noch folgender Antrag Fritz Wagner vor.

(Verliest Antrag 52.)

Berichterstatter Dr. Adler: Der Inhalt dieses Antrages entspringt einer Empfindung, die wir alle haben. Selbstverständlich widmen wir den Opfern des proletarischen Kampfes überhaupt in allen Ländern und insbesondere innerhalb des Kriegszustandes alle Sympathie und bewahren ihnen brüderliche Solidarität. Ich hätte aber gewünscht, daß es vermieden worden wäre, durch Hervorhebung einzelner Namen dem Antrage eine Richtungsfärbung zu geben. Wir wissen, daß es Opfer gibt nicht nur links, sondern auch rechts, wenn die rechts von der Namensnennung auch keinen so übertriebenen Gebrauch machen. Aber gewiß ist, daß die Justiz, wie sie sich an viele vorgebrachte Namen knüpft, eine Brandmarkung verdient. Aber ich würde wünschen, daß wir diese Brandmarkung nicht dadurch hervorheben, daß sie sich an Namen des Auslandes knüpft, weil ich vermeiden möchte, daß die ungezählten Opfer im Inlande (Lebhafter Beifall) nicht dadurch in den Hintergrund geschoben werden.

Der Antrag ist natürlich nicht abzulehnen, damit kein Mißverständnis entstehe, wir werden den Antrag annehmen, aber ich darf wohl sagen, ohne jemand wehe zu tun, daß mir eine glücklichere Fassung lieber gewesen wäre.

Abgeordneter Jokl: Ich bitte um getrennte Abstimmung.

Dr. Adler: Ich bin absolut gegen den Antrag Jokl. Dadurch, daß wir so abstimmen würden, würden wir erst recht das tun, was ich vermieden wissen wollte. Ich weiß nicht, welche Absicht Genosse Jokl mit dem Antrag hat, es hat aber beinahe den Anschein, als daß er die Absicht hat, zum Ehrenmitglied der Linken ernannt zu werden. Wir widmen unsere Sympathien allen Opfern dieser Schandjustiz hier und im Auslande, aber ich bitte Sie, die Unterstreichung von Namen zu unterlassen.

Vorsitzender Seitz: Zur Abstimmung gelangt der Antrag zunächst unter Hinweglassung der Namen, dann werde ich den Antrag mit Einschaltung der Namen zur Abstimmung bringen. Der Antrag ohne Anführung der Namen, über den ich nun zuerst abstimmen lasse, lautet also:

(Verliest Antrag 52 a.)

Der Antrag wird angenommen.

Vorsitzender Seitz: Ich bringe nun den Antrag 52 (mit Nennung der Namen) zur Abstimmung.

Der Antrag wird abgelehnt. (Unruhe. Zwischenruf von der Galerie: Pfui!)

Vorsitzender Seitz: Wir verwahren uns entschieden dagegen, daß der Parteitag, der eine so würdige Kundgebung der Partei war, zuletzt durch solche Zwischenrufe entwürdigt wird. Von der Galerie ist ein Zwischenruf gefallen, den ich auf das entschiedenste zurückweise. (Lebhafte Bravorufe.) Wenn noch ein solcher Zwischenruf fallen sollte, dann wäre ich zu meinem größten Bedauern gezwungen, auf die Anwesenheit von Gästen zu verzichten. (Rufe: Sehr richtig!)

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Eventuelles.

Hier liegt bloß folgender Antrag Hillebrand vor:

(Verliest Antrag 53.)

Wer für den Antrag ist, bitte ich die Karte zu erheben. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender Seitz: Mehr denn je können die Delegierten dieses Parteitages mit Freude und Stolz, mit Genugtuung über die geleistete Arbeit in ihre Heimat zurückkehren. Denn sie haben nicht wie sonst bloß Rückschau gehalten über die Arbeit eines Jahres und vorbestimmende Beschlüsse gefaßt für die des nächsten. Der Parteitag hatte Stellung zu nehmen zu dem größten Ereignis der Geschichte der Kulturmenschheit, zu dem Weltkrieg des Imperialismus. Diese unsere Stellung ist kurz gekennzeichnet: Der Krieg ist unserem Wesen fremd. Aber so sehr wir ihn ablehnen und nichts von ihm wissen wollen: er ist doch stärker als wir, er bestimmt uns täglich und stündlich, er hat auch die Arbeiten des Parteitages bestimmt. Der Parteitag hat sich befaßt mit den Berichten der Parteivertretung und der Abgeordneten über ihre Tätigkeit im Kriege und gegen den Krieg, mit der durch den Krieg bedingten Umgestaltung der Verfassung im Sinne der Demokratie und Autonomie, mit den wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft und der Volksernährung im Kriege und nach dem Kriege und er hat schließlich in dem letzten Referat Stellung genommen zur Internationale, zum Friedenskongreß, zu Stockholm.

Aus allen diesen Beratungen, aus allen Debatten erwächst uns die Erkenntnis: So kann es nicht weitergehen! (Lebhafter Beifall.) Die großen Massen des Volkes haben es satt, dieses Elend, diese Not, diese Pein zu ertragen. Aus Millionen gequälter Herzen kommt der Ruf nach dem Frieden, der Ruf nach dem Aufbau der Menschheit, nach dem Aufbau der Kultur im Sinne des Friedens. Die Sünden der Vergangenheit sind die Ursachen des Weltkrieges, die Tugenden der Zukunft müssen eine Folge seiner Lehren sein. Das Unternehmertum und die kleinen und großen Rentner sollen es deutlich hören: Der Krieg führt uns in eine neue Zeit, in der sich die Arbeiter ihrer Haut wehren wollen, eine Zeit, in der die Arbeiter entschlossen sein werden, zu kämpfen für ihre Rechte. Wenn die Mächtigen des Kapitals meinen, daß nun die Kriegsgewinne, die sie aus Not und Elend, aus Siechtum und Sterben der Menschheit erzielt haben, ihnen einen neuen Rechtstitel schaffen werden auf Nichtstun und auf Ausbeutung derer, die der Krieg noch zurückgelassen hat, dann sollen sie wissen, daß die organisierte Arbeiterschaft entschlossen ist, dieser schrankenlosen Ausbeutung ein Ende zu machen. Ihre Zeit ist vorbei, es kommt eine neue Zeit eine Zeit der Arbeit aller im Dienste aller und zum Besten aller. Es kommt ein neue Zeit der sozialen Arbeit, des Wiederaufbaues der Menschheit. Wir werden dafür kämpfen, jeder einzelne auf seinem Platze und jede Organisation. Wir werden die Organisationen wieder aufrichten, sie schlagfertig und kräftig machen; sie ausgestalten, auf daß sie den großen Aufgaben der Zukunft gewachsen seien.

Genossen! In fünftägiger Debatte suchten wir Klarheit zu gewinnen über unsere Haltung in diesen drei Jahren und in der Zukunft. Zwei Aufgaben sind es, die der Partei gestellt sind: erstens die Arbeiter geistig und körperlich kampffähig zu machen, sie zu organisieren für den Klassenkampf, für den Kampf gegen Ausbeutung gegen Not und Elend. Das ist die Gegenwartsaufgabe des Proletariats; und zweitens die Massen zu erfüllen mit ihrer geschichtlichen Mission, sie vorzubereiten für die große Zukunft, die ihrer harrt, sie entschlußfähig zu machen, auf daß sie ihr gewachsen seien: das ist die Zukunftsarbeit der Partei. Dieser zwei großen Aufgaben gedenken wir jeder einzelne Tag für Tag. Und wie sich jeder gewissenhaft fragt, ob er in der Tagesarbeit nicht der Zukunft vergesse und ob er nicht über den Gedanken an die Zukunft die Arbeit des Tages vernachlässige, so haben diese zwei Richtungen auch auf dem Parteitag gegeneinander gerungen. Die eine mahnt uns an die Zukunft, die andere an die Gegenwart. Dieser Streit war nützlich und notwendig und er wird immer geführt werden bei Tagungen der Partei, wenn wir uns unserer Pflichten bewußt sind. So heftig er war, ja trotzdem er hie und da sogar in Persönliches ausartete, was wir unendlich bedauern, so sind wir uns trotz aller Meinungsverschiedenheiten dessen bewußt geblieben, daß die Einheit und Geschlossenheit der österreichischen Sozialdemokratie aufrechterhalten werden muß. (Lebhafter Beifall.) Wir sind entschlossen, alles zu tun, um das Unglück von uns abzuwehren, das unsere deutsche Bruderpartei erlitten hat und das in Oesterreich ein weit größeres Unglück wäre. Wir sind nicht so stark, um uns innere Kämpfe leisten zu können.

Und deshalb danken wir dem Genossen Viktor Adler (lebhafter Beifall), daß er uns mit der von ihm beantragten Resolution wieder zusammengeführt hat. Was er in dieser Resolution sagt, das ist, wie alle Weisheit, kurz, schlicht und klar. Er sagt in dieser Resolution — und der Parteitag hat ihm einhellig zugestimmt —, „daß die

Partei ohne Unterschied der Richtungen darin einig ist, ihre Geschlossenheit und Einheit zu erhalten, den Kampf für den Frieden mit aller Tatkraft fortzusetzen und in der notwendigen täglichen Kleinarbeit für die Interessen des Proletariats die Pflicht nicht zu vernachlässigen, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten". Das war unsere Pflicht von altersher und wird es auch in der Zukunft sein. Dann werden wir den großen Aufgaben gerecht werden, die der Krieg uns stellt, hier im Inland, in der schweren Arbeit der österreichischen Politik, aber auch in den Fragen der Weltpolitik; dann wird die österreichische Sozialdemokratie sein, was sie sein muß, ein wichtiges Glied der Internationale, stark und in sich gefestigt. Wir werden mitarbeiten an der Internationale, die die Welt zu erlösen hat von der Qual dieses Krieges. Die Herrschenden haben den Krieg verschuldet, die Unterdrückten und Geknechteten werden den Frieden erringen! Die Herrschenden haben die Völker mit Haß erfüllt, die Geknechteten werden sie in Liebe zusammenführen. So richtet sich die Hoffnung aller Unterdrückten, die Hoffnung des Proletariats, die Hoffnung der Mütter, der Frauen und Kinder auf die Internationale der Arbeit, auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Ich danke noch der Bezirksorganisation von Favoriten, dem Verein Arbeiterheim Favoriten und dem Lokalkomitee, das sich um die Unterbringung der Delegierten verdient gemacht hat, und erkläre den Parteitag für geschlossen.

Die Versammelten erheben sich und stimmen das „Lied der Arbeit" an.

Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Von der deutschen Sozialdemokratie.

Der Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sendet der Wiener Tagung der deutsch-österreichischen Bruderpartei die herzlichsten Grüße und zugleich das Gelöbnis, mit ihr weiter wie bisher in gemeinsamer Arbeit für die rasche Herbeiführung eines dauernden Friedens und für die Wiederaufrichtung der Arbeiterinternationale wirken zu wollen.

Von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wir begrüßen den Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs mit dem Wunsche, daß seine Arbeiten zur Stärkung jener Ideale beitragen, für die die großen Vorkämpfer des Sozialismus ihr Bestes eingesetzt haben. Wir empfinden schmerzlich, daß Fritz Adler nicht am Parteitage anwesend sein kann.

Für die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands: Haase.

Von der bulgarischen Sozialdemokratie.

Wir beglückwünschen die Kongreßverhandlungen der Bruderpartei. Vorwärts zum baldigen und dauerhaften Frieden!

Vorstand und Parlamentsfraktion der bulgarischen geeinigten Sozialisten:

Sakasoff.

Von der ukrainischen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Werte Genossen!

Unvermögend, unseren brüderlichen Gruß und unsere besten Wünsche Ihnen persönlich und mündlich mitzuteilen, erlaube ich mir, die Zuschrift an das werte Präsidium Ihres Parteitages zu leiten, um unserer Freude Ausdruck zu geben, daß die deutschen Genossen, die uns stets als Vorbild der Parteiorganisation und der zielbewußten Parteipolitik gedient haben, auch diesmal die ersten in unserem Staate sind, die durch Einberufung des Parteitages den altbewährten Weg der demokratische Massenpolitik wieder betreten haben. Bedauerlicherweise erlauben uns die bekannten Verhältnisse in unserem ostgalizischen Lande, das in seiner Gänze im Kriegsgebiete und in seinem weitaus größeren Teile noch im engeren Kriegsgebiete liegt, nicht, Ihrem Beispiele zu folgen!

Wir hegen jedoch die zuversichtliche Hoffnung, daß der schreckliche Krieg bald zu Ende sein wird, und dann wird sich auch das ukrainische Proletariat Oesterreichs, obwohl es in diesem Kriege die härteste Prüfung zu bestehen hat, Arm in Arm mit dem Proletariate anderer Nationen bei der tatkräftigen Arbeit für die erhabene Idee des Sozialismus wiederfinden!

Indem ich Ihrem Parteitage die besten Resultate wünsche, vor allem, daß er wesentlich dazu beitrage, das Kriegsende zu beschleunigen, verbleibe ich mit Parteigruß

Wladimir Temnyzkyj

für die Parteileitung der ukrainischen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs.

Ferner sind Begrüßungen eingelangt vom Abgeordneten Pernerstorfer, Abgeordneten Palme, von der organisierten Arbeiterschaft der Flugzeug-Auto-Bestandteilfabrik Wien XIII, von der 9 cm M. 5-Feldkanonenbatterie, ferner von den Genossen Hieronymus Schloßnikl, derzeit Nowo-Radomsk, F.-J.-B. 5, Wanacek (Feldpost 392), Rohner (Saaz) Feldpost 3.

Präsenzliste.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Abram Simon	Innsbruck	Parteikontrolle
Ackerl Anton	Amstetten	Bezirksorganisation Amstetten
Adametz Wenzel	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Adler, Dr. Max	Wien	„Der Kampf"
Adler, Dr. Viktor	Wien	Parteivorstand
Arthold Franz	Wien	Z.=Org. d. Hotel=, Gast=u. Kaffeehausang.
Aster Anna	Turn	Frauenlandeskomitee Böhmen
Austerlitz Friedrich	Wien	Parteivorstand
Bachheimer Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Bauer Otto	Wien	Parteivorstand
Baumheier Franz J.	Reichenberg	Kreisorganisation Reichenberg
Beck Eduard	Salzburg	Bezirksorganisation Salzburg I Stadt
Beer Rudolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Berdiczower Max	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Berger Adolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Bermann Julius	Wien	Organisierte Handelsangestellte Oesterr.
Beutel Franz	Aussig	Kreis Aussig
Beutlmayr Marie	Urfahr bei Linz	Bezirksorganisation Urfahr bei Linz
Biner Leopold	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Bock Marie	Wien	Frauenorganisation Steiermark
Böhme Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Bojnitzer Samuel	Wien	Ver. d. H.=Ag. f. Privatkundenbes. N.=Oe.
Böhrer Karl	Wien	Verband der Maler, Anstreicher 2c.
Bombek Josef	Wien	Redaktion der „Verbands=Zeitung"
Boschek Anna	Wien	Gewerkschaftskommission
Breitenfelder Josef	Salzburg	Bezirksorganisation Salzburg
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesorg. N.=Oe. Red. „Gemeinde"
Broczyner Alfred	Wien	Verein der Versicherungsangestellten
Brod Jakob	Wien	Redaktion „Arbeiterschutz"
Bronner Therese	Brünn	Landesorganisation Brünn
Brückner Franz	Kapfenberg	Bezirksorganisation Bruck an der Mur
Brunner Ludwig	Baden	Bezirksorganisation Baden
Brunner Maria	Baden	Bezirksorganisation Baden
Bugler Robert	Wien	Red. „Organ der Versicherungsangest."
Cermak Karl	Teplitz	Kreisvertretung Teplitz=Saaz
Czech, Dr. Ludwig	Brünn	Parteikontrolle
Da Riu Alexander	Wien	Redaktion „Der Tonarbeiter"
Dametz Josef	Linz	Landesorganisation Oberösterreich
Danneberg Robert	Wien	„Bildungsarbeit"
David Anton	Wien	„Volkstribüne"
Domes Franz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Dötsch Albin	Eger	Reichsratsabgeordneter
Ebert Franz	Turn=Teplitz	Redaktion „Glück auf!"
Ebner Anton	Graz	Landesorganisation Steiermark
Eisler, Dr. Arnold	Graz	Bezirksorganisation Marburg
Eisler Mathilde	Wien	Niederösterr. Frauenlandeskommission
Emmerling Georg	Wien	Parteivorstand

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Elderſch Matthias	Wien	Parteivorſtand
Ellenbogen, Dr. Wilh.	Wien	Parteivorſtand
Ennſer Hans	Urfahr	Bezirksorganiſation Urfahr
Epſtein David	Wien	Bezirksorganiſation Wien IX
Fiſcher Hermann	Wien	Bezirksorganiſation Wien II
Fohringer Joſef	Mürzzuſchlag	Bezirksorganiſation Mürzzuſchlag
Forſtner Auguſt	Wien	Reichsratsabgeordneter
Franek Aloiſia	Salzburg	Frauenlandesorganiſation Salzburg
Frenes Heinrich	Wien	Bezirksorganiſation Franzensfeſte
Freundlich Emmy	Wien	Redaktion „Hausmütter“
Fuchs Friedrich	Wien	Verb. d. Juweliere, Gold- u. Silberſchm. ꝛc.
Frießnecker Matthias	Wien	Gewerkſchaft der Dachdecker
Gaſpertmayer Franz	Traiſen	Bezirksorganiſation Lilienfeld
Gerdinitſch Ferdinand	St. Pölten	Bezirksorganiſation St. Pölten
Geyer Leopold	Wien	Bezirksorganiſation Floridsdorf
Gilg Franz	Oberfurt	Bezirksorganiſation Mähriſch-Oſtrau
Ginzinger Hans	Linz	Bezirksorganiſation Linz
Gion Johann	Wien	Redaktion „Fachblatt der Schneider“
Glöckel Otto	Wien	Reichsratsabgeordneter
Goth Joſef	Warnsdorf	Bezirksorganiſation Warnsdorf
Gottlein Moritz	Proßnitz	Bezirksorganiſation Proßnitz
Götzl Wilhelm	Neutitſchein	Bezirksorganiſation Neutitſchein
Grigorovici Georg	Wien	Reichsratsabgeordneter
Gröbner Johann	Wien	Bezirksorganiſation Wien VIII
Gröger Florian	Klagenfurt	Reichsratsabgeordneter
Groß Johann	Wien	Bezirksorganiſation Wien VI
Gruber Joſef	Linz	Parteikontrolle
Grünbaum Erwin	Teſchen	Bezirksorganiſation Teſchen
Grünwald Julius	Wien	Red. d. „Gewerkſch.“ u. Ver. d. Buchb. ꝛc. Oeſt.
Haas, Dr. Viktor	Mähriſch-Oſtrau	Bezirksorganiſation Mähriſch-Oſtrau
Habſchied Auguſt	Wien	Red. d. Brauerei-, Mühlenarb., Faßb. ꝛc.
Hackenberg Julie	Brünn	Frauenlandesorganiſation Mähren
Hackenberg Theodor	Brünn	Landesorganiſation Mähren
Hahn Alois	Chodau	Bezirksorganiſation Elbogen
Hamſchik Anton	Wien	Bezirks rganiſation Wien XIII
Hannſch Ferdinand	Wien	Union der Textilarbeiter
Hartl Karoline	Trumau	Bezirksorganiſation Ebreichsdorf
Hartmann, Dr. Ludo	Wien	Bezirksorganiſation Wien VIII
Häuſer Robert	Leobersdorf	Bezirksorganiſation Ebreichsdorf
Hecker Auguſt	Aſch	Kreisorganiſation Aſch
Hedorfer Florian	Wien	Bezirksorganiſation Wien XI
Heidrich Dagobert	Wigſtadtl	Bezirksorganiſation Odrau
Heitzinger Heinrich	Wien	Bezirksorganiſation Wien V
Herweg Mathilde	Furthof	Bezirksorganiſation Lilienfeld
Heydtmann Artur	Wien	Wiener Volksbuchhandlung
Hilferding, Dr. Margret	Wien	Bezirksorganiſation Wien IV
Hillebrand Oswald	Karlsbad	Reichsratsabgeordneter
Hirſch Ernſt	Turn	Bezirksorganiſation Teplitz
Hofegger Ignaz	Kienberg-Gaming	Bezirksorganiſation Kienberg-Gaming
Holek Heinrich	Wien	Redaktion „Zeitrad“
Hölzl Anton	Wien	Redaktion „Vorwärts!“
Honay Karl	Wien	Redaktion „Jugendlicher Arbeiter“
Hönigsmann Olga	Wien	Bezirksorganiſation Wien V
Horak Johann	Marchegg	Bezirksorganiſation Marchegg
Hübel Ernſt	Wien	Redaktion „Textilarbeiter“

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Hubmann Georg	St. Veit a. d. Glan	Bezirksorganisation St. Veit a. d. Glan
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission
Hummel Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Huppert Stephan	Wien	Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Janeček Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Jelinek Karl	Klosterneuburg	Bezirksorganisation Klosterneuburg
Jokl Hans	Troppau	Landesorganisation Schlesien
Jokl Marie	Troppau	Frauenlandesorganisation Schlesien
Josefsberg Josef	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Kaff Anna	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Kaff Siegmund	Wien	Redaktion „Der Konsumverein“
Kieninger Josef	Windischgarsten	Bezirksorganisation Windischgarsten
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	Kreisorganisation Trautenau
Koch Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Koch Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Kohl Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Kohn Alois	Gänserndorf	Bezirksorganisation Matzen, Mistelbach
Kollinger Rupert	Linz	Landesorganisation Oberösterreich
Köllner Alois	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Königstetter Kathi	Wien	Heimarbeiterinnen
Kreitner Johann	Wien	Verband der Pflasterer
Krombholz Franz	Krumau	Kreisorganisation Südböhmen
Krotký Josef	Wilhelmsburg	Bezirksorganisation St. Pölten
Kunda Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Kurz Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Kurz, Dr. Oskar	Wien	Redaktion „Der Abstinent“
Kyselý Berta	Steyr	Bezirksorganisation Steyr
Langhans Jakob	Wien	Verband der chemischen Arbeiter
Leibfried Hermann	Dornbirn	Landesorganisation Vorarlberg
Lenz Hans	Böhmzeil	Bezirksorganisation Gmünd
Lenkert Heinrich	Marglan	Landesorganisation Salzburg
Lenthner Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Linder Julius	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Lindner August	Graz	Landesorganisation Steiermark
Link Franz	Jägerndorf	Bezirksorganisation Jägerndorf
Lorenz Wenzel	Altrohlau	Bezirksorganisation Karlsbad
Lötsch Konrad	Wien	Bezirksorganisation Floridsdorf
Löw Dominik	Drahowitz	Reichsratsabgeordneter
Löw Emmy	Drahowitz	Kreisorganisation Karlsbad
Marianek August	Wien	Verband der jugendlichen Arbeiter
Meißner Theodor	Wien	Zentralverband d. Bauarbeiter Oesterr.
Metschl Karl	Wien	Verband der Drechsler Oesterreichs
Morgenstern, Dr. Ludw.	Mähr.-Schönberg	Redaktion „Volkswacht“
Moriz Gustav	Wien	Fachblatt des Vereins der Handelsagenten
Mrkwička Thomas	Wien	Verband der Holzarbeiter Oesterreichs
Muchitsch Vinzenz	Graz	Reichsratsabgeordneter
Mück Johann	Klein-Meiseldorf	Bezirksorganisation Gmünd
Mühlberger Karl	Wien	Oesterr. Senefelder-Bund
Müller Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Müller Rudolf	Wien	Reichsratsabgeordneter
Müller Rudolf	Wien	Verband der Steinarbeiter Oesterreichs
Münzker Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Mützel Wilhelm	Wien	Verein d. Angest. d. soz. Versicherungsinst.
Nejedly Anton	Wien	Verein der Schuhmacher
Nemec Cilli	Wien	Bezirksorganisation XIV

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Neubauer Marie	St. Aegyd	Bezirksorganisation Lilienfeld
Neumann Fanny	Aussig	Frauenlandesorganisation Böhmen
Neurath Alois	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Nießner Wilhelm	Brünn	Redaktion „Volksfreund“
Nitsche Ignaz	Elbogen	Bezirksorganisation Elbogen
Nowack Alexander	Wien	Redaktion „Die Edelmetallindustrie“
Nowak Therese	Linz	Frauenlandeskomitee Oberösterreich
Obrist Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Ofenböck Anton	Wr.-Neustadt	Redaktion der „Gleichheit“
Palme Josef	Purkersdorf	Bezirksorganisation Purkersdorf
Paulik Anna	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Perthen Anna	Bodenbach	Kreisorganisation Bodenbach
Philipp Johann sen.	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Pichler Anton	Bruck an der Mur	Bezirksorganisation Bruck an der Mur
Pick Karl	Wien	„Oesterr. Angestellten-Zeitung“
Pipal Edmund	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Planer Karl	Wien	Ledergalanteriearbeiter
Pletzl Robert	Wien	„Bäcker- und Konditoren-Zeitung“
Plonský Heinrich	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Pochop Leopold	Wien	Verband der Buchdrucker Oesterreichs
Pohl Adolf	Turn	Union der Bergarbeiter Oesterreichs
Pohl Anton	Graz	Bezirksorganisation Wies
Polke Emil	Wien	Landesorganisation Niederösterreich
Pölzer Amalie	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pongratz Josef	Graz	Reichsratsabgeordneter
Popp Adelheid	Wien	Parteivorstand
Prager Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Preußler Robert	Salzburg	Landesorganisation Salzburg
Prihoda Eleonore	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Proft Gabriele	Wien	Frauenreichskomitee
Püchler Josef	Wr.-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Pülsl Franz	Liesing	Bezirksorganisation Liesing
Rapoldi Martin	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck
Rappel Ferdinand	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Raschl Betti	Kapfenberg	Bezirksorganisation Kapfenberg
Ranscher Julie	Wr.-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Reifmüller Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Reismann Edmund	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Renner, Dr. Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Renmann Jakob	Wien	Parteivorstand
Resel Hans	Graz	Reichsratsabgeordneter
Reyzl Josef	Warnsdorf	Kreisorganisation Warnsdorf
Richter Karl	Wien	Redaktion „Der Holzarbeiter“
Richter Käthe	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Richter Paul	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Rieger Eduard	Wien	Redaktion „Volkstribüne“
Robinson Moritz	Graz	Bezirksorganisation Umgebung Graz
Rösch Eduard	Stockerau	Bezirksorganisation Stockerau
Roth Friedrich	Wien	Redaktion des „Korrespondenz-Blatt“
Rothe Franz	Linz	Redaktion „Tagblatt“
Rothe Hermine	Linz	Bezirksorganisation Linz
Sailer Georg	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Schacherl, Dr. Michael	Graz	Reichsratsabgeordneter
Schäfer Anton	Reichenberg	Parteikontrolle

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Schäfer Else	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Schafranek Emil	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Scharflechner August	Knittelfeld	Bezirksorganisation Knittelfeld
Scharing Julius	Rumburg	Bezirksorganisation Rumburg
Schatzmayr Hans	Villach	Bezirksorganisation Villach
Scheibein Wilhelm	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck
Scheidl Hans	Wien	Red. „N. Zentralorg. d. H.-, G.- u. K.-Ang."
Schener Oskar	Znaim	Bezirksorganisation Znaim
Schiegl Wilhelm	Wien	Reichsratsabgeordneter
Schilha Karl	Steyr	Bezirksorganisation Steyr
Schindler Ferdinand	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Schlager Franz	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Schlager Rudolf	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Schlemmer Ferdinand	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Schlesinger Therese	Wien	Frauenreichskomitee
Schmerz L.	Wien	Reichsverein der Zeitungsbeamt. Oesterr.
Schnofl Marianne	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Schober Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Schober Marie	Gloggnitz	Bezirksorganisation Neunkirchen
Scholz Gustav	Klosterneuburg	Bezirksorganisation Klosterneuburg
Schramm Franz	Wien	Zentralverein der Bildhauer
Schröder Oskar	Wien	Bezirksorganisation Wien I
Schweighart Josef	Bodenbach	Redaktion „Nordb. Volksbote"
Schubaschitz Franz	Wr.-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Schuller Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Seitz Karl	Wien	Parteivorstand
Sekirnjak Karl	Wien	Redaktion des „Hutarbeiter"
Seliger Josef	Teplitz	Parteikontrolle
Sever Albert	Wien	Reichsratsabgeordneter
Siegl August	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivorstand
Smitka Johann	Wien	Verband der Schneider
Smutny Bartholomäus	Wien	Redaktion des „Metallarbeiter"
Sončck Gottlob	Wien	Tonarbeiterverband
Spalt Johann	Purkersdprf	Bezirksorganisation Purkersdorf
Sponer Marie	Reichenberg	Kreisorganisation Reichenberg
Stastný Ferdinand	Wien	Verband der Zimmerer Oesterreichs
Steidl Franz	Karlsbad	Redaktion „Volkswille"
Stika Felix	Hirtenberg a. d. Tr.	Bezirksorganisation Pottenstein
Suchanek Johann	Wien	Organisation der Fleischhauer
Taub Siegfried	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Tobola Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Tomschik Josef	Wien	Parteivorstand
Trampus Gisela	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Tuller Ludwig	Graz	Bezirksorganisation Graz
Ullmann Johann	Neuhammer	Bezirksorganisation Neudek
Unterkircher Luise	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Urbach Otto	Wien	Bezirksorganisation Wien I
Vaučata Karl	Wien	Zentralverein der Hutmacher
Vanicek Josef	Ebreichsdorf	Bezirksorganisation Ebreichsdorf
Vejvoda Maria	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Vogl Leopold	Wels	Bezirksorganisation Wels
Volkert Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Wabitsch Josef	Wien	Gewerkschaftsverein
Wageneder Karoline	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Wagner Fritz	St. Aegyd a. N.	Bezirksorganisation Lilienfeld
Weber Anton	Wien	Redaktion „Volksbote“
Weigl Karl	Wien	Verb. d. Handels- u. Transportarb. Oest.
Weinhofer Leopold	Schwechat	Bezirksorganisation Schwechat
Weiß Anna	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Wendt Betti	Krems a. d. D.	Bezirksorganisation Krems a. d. D.
Wendt Johann	Krems a. d. D.	Bezirksorganisation Krems a. d. D.
Wiedenhofer Josef	Wien	Metallarbeiterverband
Wilhelm Wilhelm	Wien	Zentralverband der Konsumvereine
Wimmer Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Winkler Ernst	Wien	Arbeiter-Abstinentenbund
Winter, Dr. Fritz	Wien	Redaktion „Gewerberichter“
Winter Max	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Witte, Eugen de	Karlsbad	Kreisorganisation Karlsbad
Wittek Anton	Wien	Verband der Bäcker und Konditoren
Witternigg Josef	Salzburg	Bezirksorganisation Hallein
Witzmann Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Wolf-Schwertner Leop.	Kratzau	Bezirksorganisation Kratzau
Zemann Käthe	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Zinke Oskar	Fischern	Verband der Porzellanarbeiter Oesterr.
Zorn Eduard	Freiwaldau	Bezirksorganisation Freiwaldau
Zoubek Franz	Wien	Zentralverein der Gießer Oesterreichs
Zuffer Anna	Mödling	Bezirksorganisation Mödling

Als Gast: Anton Kristan (Laibach) für die südslawische Sozialdemokratie in Oesterreich.

Ergebnis der Abstimmungen.

Angenommene Anträge.

1 und **3.** Anträge der Parteivertretung. (Tagesordnung mit Weglassung des Punktes 6.)

6. Jugendliche Arbeiter. (Diskussion in den Organisationen.)

8. Bezirksorganisation Landstraße. (Sympathie für Friedrich Adler.)

9. Kontrolle. (Absolutorium.)

10. Dr. Adler. (Zur Erklärung der „Linken".)

11. Janeček. (Rücksichtsloseste Bekämpfung des Krieges.)

13. Winter. (Anerkennung des Vereines „Kinderfreunde".)

14. Beitragskommission. (Erhöhung der Parteibeiträge, 1. April.)

19 a. Gröbner. (Zustimmung zur Ablehnung der Ministerposten.)

21. Scholz. (Versammlungsfreiheit.)

25. Preußler. (Kenntnisnahme des Berichtes des Abgeordnetenklubs.)

26. Resolution Dr. Renner. (Politische Demokratie und nationale Autonomie.)

27. Emmy Freundlich. (Frauenwahlrecht.)

28. Neumann. (Gemeindewahlrecht.)

29 und **30.** Beer und Dr. Renner. (Referat Renner und Debatte als Broschüre.)

31. Wahlkommission. (Aenderung des Organisationsstatuts.)

37. Resolution Dr. Ellenbogen. (Volkswirtschaft.)

38. Resolution Domes. (Arbeitsverhältnis.)

39. Resolution Elderisch. (Volksernährung.)

40. Abram. (Ablehnung der Verantwortung.)

42. Freundlich. (Kommission für Uebergangswirtschaft.)

46. Bezirksorganisation Landstraße. (Dank an Kautsky.) Modifiziert durch Abänderungsantrag **49** vor Adler.

47. Resolution Dr. Adler. (Stockholm und der Friede.)

49. Adler. (Modifikation zu 6.)

50 a. (Erster Teil.) Therese Schlesinger. (Diskussion über die Kundgebung des Stockholmer Büros.)

51. Neurath. (Volksbewegung für den Frieden.)

52 a. Fritz Wagner. (Sympathie an alle Opfer des Kriegszustandes ohne Namensnennung.)

53. Hillebrand. (Aenderung des Organisationsstatuts.)

Dem Parteivorstand oder der Fraktion zugewiesen.

22. Anna Kaff. (Friedensangebot und Massenkundgebungen.)

23. Scharing. (Ausschuß für die Beschwerden der Soldaten.)

32. Bezirksorganisation Freiwaldau. (Achtstundentag und Mindestlöhne.)

41. Bermann. (Unterstützung für erwerbslose Arbeiter und Angestellte.)

43. Pichler. (Bekämpfung der Einrückung der Untauglichen.)

50 a. (Zweiter Teil.) Therese Schlesinger. (Antwort an das Stockholmer Büro.)

Abgelehnte Anträge.

5. Berdan. (Obligatorische Abnahme des Tagblattes.)

7. Bezirksorganisation Freiwaldau. (Klassenmäßige Parteisteuer.)

12. Janeček. (Mißbilligung für den Parteivorstand.)

15. Kohn. (Erhöhter Parteibeitrag erst vom 1. Juli an.)

44. Ascher. (Bedingungslose Erörterung der Schuldfrage.) — Uebergang zur Tagesordnung.

45. Bezirksorganisation Landstraße. (Auftrag zur Verhandlung mit beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland.)

52. Fritz Wagner. (Sympathien an die Opfer wie 52 a, mit Namen.)

Durch Zurückziehung oder sonst erledigte Anträge.

2. Bezirksorganisation Klosterneuburg. (Tagesordnung.)

4. Steiermärkische Landesparteivertretung. (Erhöhung des Parteibeitrages.)

16. Lokalorganisation Wigstadtl. (Arbeitslosenunterstützung für Textilarbeiter.)

19. Gröbner. (Ministerialismus.) Modifiziert durch 19 a.

20. Zusatzantrag Dr. Max Adler zum Antrag 19.

24. Zusatzantrag Seitz zum abgelehnten Antrag 17.

33. Bezirksorganisation Wien XVII. (Gerechte Verteilung aller Lebensmittel.)

34. Bezirksorganisation Wien IX. (Dasselbe.)

35. Bezirksorganisation Mistelbach und Matzen. (Dasselbe.)

36. Bezirksorganisation Haida. (Staatliche Bewirtschaftung.)

48. Dr. Hartmann. (Instruktion Skobelew als Grundlage für Friedensverhandlungen.)

50. Therese Schlesinger. (Stockholmer Kundgebung.) Modifiziert durch 50 a.

Sachregister.

Seite

Absolutorium für die Parteivertretung 81, 113, 190
für den Klub 223
Abstimmung über die Erklärung der „Linken“ 175
zum Punkt „Berichte“ 190
„ „ „Bericht des Klubs“ . . . . . 221 f.
„ „ „Politische Demokratie und nationale Autonomie“ . . . 242
über die Beitragserhöhung 244
zum Punkt „Kriegs- und Uebergangswirtschaft“ 277
„ „ „Stockholm und der Friede“ 288
„ „ „Eventuelles“ 290
Abstimmungen, Ergebnis der (Uebersicht) 300
Adler Friedrich 64, 81
Anträge . . . . . 80 bis 94
Verlesung der in den Verhandlungen gestellten, und zwar: (Antrag 3) Seite 99, (9) 113, (10) 166, (11) 176, (12) 176, (13) 183, (14) 243, (15) 244, (17) 200, (18) 201, (19) 205, (19a) 222, (20) 209, (21) 211, (22) 212, (23) 218, (24) 223, (25) 223, (26) 232, (27) 234, (28) 235, (29) 242, (30) 243, (31) 244, (37) 251, (38) 256, (39) 261, (40) 271, (41) 271, (42) 272, (43) 273, (47) 288, (48) 289, (49) 289, (50) 289, (50a bis 53) 290
siehe auch „Abstimmung“.
Arbeiterrecht im Kriege, Beschlüsse der Reichskonferenz 68
Arbeitsverhältnis, Referat 252
Resolution (Antrag 38) 89, 256, 277
Arbeitszeit des Parteitages 99
Ausgleich, Beschluß der Reichskonferenz 59
Autonomie, Nationale, siehe Demokratie.
Bedauern über Klub (Antrag 18) . . . . . 201, Abstimmung 222
Begrüßungsschreiben und Telegramme 156, 175, 190, 199, 232, 293
Beitragserhöhung siehe Parteibeiträge.
Bericht der Parteivertretung 17
des Parteikassiers 52, 105
über Druckerei und Presse 106
der Volksbuchhandlung 111
der Kontrolle 112
siehe auch „Klub“ und „Parteivorstand“.
Beschwerden der Soldaten, Ausschuß für (Antrag 23) 218, 223
Bildungswesen, Bericht 33
Bruderparteien, Beziehungen zu den 25
Absetzung von der Tagesordnung 99
Büro des Parteitages 2, 95
Demokratie, Politische, und nationale Autonomie 223
„ (Antrag 26) 84, 232, 242
Druckerei, siehe „Parteidruckerei“.
Einberufer des Parteitages 2
Erklärung der „Linken“ 113
Ernährung, siehe „Volksernährung“.
Eventuelles 290
Forderungen der Arbeiter, siehe „Kriegs- und Uebergangswirtschaft“.
Frauenarbeit und Frauenrechte, Beschluß der Reichskonferenz 63
Frauenorganisation, Bericht 39
Frauenwahlrecht (Antrag 27) . . . . . 234, Abstimmung 242

Seite

Frieden, Der Kampf für den 25
Beschlüsse der Reichskonferenz 71
(Antrag 22) . . . . . 212, Abstimmung 223
siehe auch „Stockholm".
Gemeindewahlrecht (Antrag 28) 235
Abstimmung 242
Genossenschaftsbewegung, Bericht 49
Geschäftsordnung des Parteitages 79, 99
Gewerkschaftsbewegung, Bericht 47
Handelspolitik und Ausgleich, Beschluß der Reichskonferenz 59
Heimarbeit, Beschluß der Reichskonferenz 70
Internationale, Beziehungen zur 25, 64
siehe auch „Stockholm".
Invalide siehe „Militärversorgung".
Jugendorganisation, Bericht 42
Kassenbericht. siehe „Parteikassier" und „Bericht".
Kinderfreunde, Bericht 43
Antrag 13 . . . . . 82, 183, 190
Klub der Abgeordneten 190
Anträge . . . . . 82, 221 f.
Kommissionen, siehe „Wahlkommission", „Mandatprüfungskommission", „Parteibeiträge".
Konferenzen, siehe „Reichskonferenz".
Krieg, Bekämpfung des (Antrag 11) 82, 176
Kriegskredite (Antrag 17, 24) 82, 83, 200, 223, 243
Kriegs- und Uebergangswirtschaft, Forderungen der Arbeiter in der 245
Anträge . . . . . 87 f. 251, 256, 261, 277
siehe auch „Volkswirtschaft", „Arbeitsverhältnis", „Volksernährung".
Linke, Erklärung der 113
Antrag 10 . . . . . 81, 166, 175
Maifeier, Bericht 36
Mandatprüfungskommission 2, 99, 175
Militärversorgung, Beschluß der Reichskonferenz 54, 57
Ministerialismus (Antrag 19, 19 a, 20) 82, 205, 209, 222
Mißbilligung für den Parteivorstand (Antrag 12) 82, 176, 190
siehe auch „Bedauern".
Nationalitätenprogramm (Wortlaut) 6
Nationale Autonomie, siehe „Demokratie".
Oesterreich nach dem Kriege, Beschluß der Reichskonferenz 61
siehe auch „Demokratie".
Organisation, siehe „Parteiorganisation".
Organisationsstatut (Wortlaut) 8
Aenderung des (Antrag 31) 87, 244. 245
(Antrag 53) 94, 290
siehe auch „Parteibeiträge".
Parlament, Einberufung des 70
Parlamentarische Tätigkeit, siehe „Klub der Abgeordneten".
Parteibeiträge (Anträge 5, 7, 14, 15) 81, 82, 244
Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung der Erhöhung . . 105
Wahl der Kommission 111
Bericht der Kommission 243
Erklärung des Vorsitzenden Seitz über die Zulässigkeit der Verhandlungen 157, 244
Protest Hillebrand 243
Parteibuchhandlung, Bericht 46, 111
Parteidruckerei, Bericht 106
Parteikassier, Bericht 52, 105
Parteikontrolle, Bericht 53, 112
Wahl 261
Parteiorganisation, Bericht 38, 54
Parteipresse, Bericht 44, 106
Parteitätigkeit 54, 57

Seite
Parteivertretung, Bericht 17
Wahl der 252, 261
Erklärung Dr. Renners 278
siehe auch „Wahlkommission", „Organisationsstatut", „Parteivorstand".
Parteivorstand, Bericht 99, 175, 190
Anträge 80, 190
Präsenzliste 294
Presse, siehe „Parteipresse".
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich (Wortlaut) . . . 3
Reichskonferenzen 24
Beschlüsse 54, 57, 65
Soldaten, siehe „Beschwerden", „Militärversorgung".
Sozialversicherung 57
Sprechregister 305
Stockholm, Konferenz in, Bericht der Parteivertretung 33
Organisation der 72
Antwort der österreichischen Delegation 72
Stockholm und der Friede 278
Anträge 92, 288
Stürgkh, Das System 20
Sympathieerklärung 71
(Anträge 8, 46, 49, 52, 52 a) 81, 93, 94, 190, 289, 290
Tagesordnung 2, 80, 99
Siehe auch „Parteibeiträge".
Tod von Parteigenossen 50, 96
Uebergangswirtschaft, siehe „Kriegs- und Uebergangswirtschaft".
Unterhaltsbeiträge, Beschluß der Reichskonferenz 65
Versammlungen für den Frieden (Anträge 21, 22, 51) . . 83, 94, 211, 212, 223, 290
Volksbuchhandlung, siehe Parteibuchhandlung.
Volksernährung, Resolution der Reichskonferenz 55, 65
Referat 256
Resolution (Antrag 39) 90, 261, 277
Volkswirtschaft, Referat 245
Resolution (Antrag 37) 88, 251, 274
Wahlkommission 97
(Antrag 31) 87, 249
Siehe auch „Parteivertretung".
Witwen und Waisen, siehe „Militärversorgung".

Sprechregister.

* Bemerkungen zur Geschäftsordnung, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen.

Seite

Abram 166*, 271
Dr. Adler Max . . . 123, 208, 288*
Dr. Adler Viktor 96, 131, 170, 278, 289
Auspitz 152, 288*, 289*

Baumheier 199
Beck 178
Beer 161, 186*
Bermann 206
Beutel 175
Bretschneider 144, 244

Cermak 180
Dr. Czech 112

Dr. Danneberg 111
Domes 252

Dr. Eisler 207
Ederich 256, 277
Dr. Ellenbogen . . 105, 146, 245, 276
Emmerling 106

Freundlich Emmy 233, 271

Glöckel 166*
Grünwald 167*, 265

Hackenberg 237
Dr. Hartmann 205, 289*
Hillebrand 139, 186, 243
Honay 176

Janecek 123, 175
Jokl 185, 290*
Josefsberg 150

Kaff Anna 212
Kiesewetter 201
Kohn 129, 183, 244*, 263

Leibfried 177
Leuthner 217, 288*
Lindner 243
Link 262

Seite

Muchitsch 236
Mück 232
Müller Rudolf 200

Neurath 167, 171*

Ofenböck 238

Pichler 118, 167*, 204, 266
Pohl 268
Pölzer 157
Popp Adelheid 215, 267
Preußler 233
Proft Gabriele 113, 162, 181
Püchler 119

Rapoldi 158, 261
Dr. Renner 119, 167*, 223, 239, 278, 288*
Reumann 120*, 234
Richter Paul 129, 167*, 203

Dr. Schacherl 113*, 125
Schäfer 174*, 185, 238
Scharflechner 144, 244
Scharing 218
Schatzmayr 275
Scheibein 187*
Schlager 118, 202
Schlemmer 264
Schlesinger Therese . . 181, 187*, 290*
Schober 274
Scholz 273
Schweichhart 265
Seitz 135, 190, 218, 291
Seliger . . 120*, 127, 174*, 211, 235
Sever 151, 187*
Skaret 95, 99, 175*, 188
Smitka 204

Weber 234
Winter Max 179
Winternigg 143
Wolf 202

Inhaltsverzeichnis.

Tagesordnung 2
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich 3
Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich . . 6
Organisationsstatut 8
Bericht der Parteivertretung 17
Bericht des Parteikassiers 52
Beschlüsse der Reichskonferenzen 54
Die Stockholmer Konferenz 72
Geschäftsordnung für den Parteitag 79
Anträge zum Parteitag.

Verhandlungen des Parteitages.

Eröffnungssitzung 95
Die Tagesordnung 99
Erster Verhandlungstag 99
Bericht des Parteivorstandes 99
Kassenbericht 105
Druckerei und Presse 106
Volksbuchhandlung 111
Bericht der Kontrolle 112
Die Erklärung der „Linken" 113
Zweiter Verhandlungstag 139
Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der „Linken" 139
Dritter Verhandlungstag 175
Bericht der Mandatprüfungskommission . . . 175
Debatte über den Bericht der Parteivertretung . 175
Bericht des Klubs der Abgeordneten 190
Debatte über den parlamentarischen Bericht . . 199
Verwirklichung der politischen Demokratie und der nationalen Autonomie 223
Vierter Verhandlungstag 232
Debatte über politische Demokratie und nationale Autonomie 232
Bericht über die Beitragserhöhung 243
Forderungen der Arbeiter zur Uebergangswirtschaft 245
Volkswirtschaft.
Wahl der Parteivertretung 252
Das Arbeitsverhältnis 252
Volksernährung 256
Wahl der Parteivertretung 261
Fünfter Verhandlungstag 262
Debatte über die Kriegs- und Uebergangswirtschaft . . 262
Stockholm und der Friede 278
Eventuelles 290
Begrüßungsschreiben und Telegramme 293
Präsenzliste 294
Ergebnis der Abstimmungen 300
Sachregister 302
Sprechregister 305

HX
256
S6
1917

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

Oesterreichs Erneuerung

Von Dr. K. Renner

Erster Band. Inhalt: Reform des wirtschaftlichen Bewußtseins. — Oesterreich-Ungarn und seine Völker. — Die Verwaltungsreform. — Oesterreich-Ungarn und Mitteleuropa. 160 Seiten. Kr. 4·50

Zweiter Band. Inhalt: Die Wirtschaftsreform. — Mitteleuropa und die Krise der Weltwirtschaft. — Kronland, Nation und Verwaltungsreform. 200 Seiten. Kr. 6·—

Dritter Band. Inhalt: Wir und unsere Nachbarvölker. — Der Imperialismus im nahen Osten. 120 Seiten. Kr. 3·50

Agitationsausgabe, nur für organisierte Arbeiter. Band I Kr. 2·—, Band II Kr. 2·40, Band III Kr. 2·—.

*Arbeiter oder Soldaten? Von Karl Seitz. 12 Seiten. Kr. —·12

Die Tätigkeit der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat. 8. Heft. 12. Legislaturperiode (21. Oktober 1913 bis 29. Mai 1904.) 44 Seiten. Kr. —·40

— 9. Heft. 12. Legislaturperiode (30. Mai 1914 bis 16. Juli 1917.) 48 Seiten. Kr. —·60

☞ Die Hefte 1 bis 7, umfassend die Jahre 1907 bis 1913, werden unter Berufung auf diese Anzeige für 60 H. abgegeben. ☜

*Die Ausgestaltung der Krankenversicherung durch die kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917. Mit Anhang: Das geänderte Krankenversicherungsgesetz. Von Dr. Leo Verkauf. 72 Seiten. Kr. 1·—

*Die russische Revolution und das europäische Proletariat. Von Heinrich Weber. 40 Seiten. Kr. 1·—

*Der Marxismus in der Praxis. Von Gustav Eckstein. 120 Seiten Kr. 4·50

*Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats. 52 Seiten. Kr. 1·60
Vereinsausgabe für organisierte Arbeiter. Kr. —·80

(Die mit * bezeichneten Bücher und Broschüren sind im Jahre 1918 erschienen.)

Mit Rücksicht auf die enormen Regiespesen wird zu den angegebenen Preisen bis auf weiteres ein zehnprozentiger Teuerungszuschlag für alle Bücher und Broschüren eingehoben.